

Tilman Mayer *Hrsg.*

Die trans- formative Macht der Demografie



Springer VS

Die transformative Macht der Demografie

Tilman Mayer
(Hrsg.)

Die transformative Macht der Demografie

Herausgeber
Tilman Mayer
Bonn, Deutschland

ISBN 978-3-658-13165-4 ISBN 978-3-658-13166-1 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-658-13166-1

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2017

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Lektorat: Katrin Emmerich

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Inhalt

Wandel gestalten. Forschungsimpulse aus dem Feld der Bevölkerungswissenschaft. Eine Einleitung	1
<i>Tilman Mayer</i>	

I „Demografische Trägheit“ – warum wir die Bevölkerungswissenschaft als Disziplin brauchen, um Revolutionen auf leisen Sohlen wahrzunehmen

Der gesellschaftliche Auftrag der Demografie, demografischer Metabolismus und Bildung als dritte demografische Dimension	11
<i>Ein Interview mit Wolfgang Lutz</i>	

Demografie und Geopolitik	27
<i>Josef Schmid</i>	

Das Postulat einer „intelligence démographique“: Die Bevölkerungswissenschaft in Frankreich	43
<i>Martina Lizarazo</i>	

Die demografische Trägheit und ihre Politikresistenz	59
<i>Charlotte Höhn</i>	

II Fertilität, Alterung, Migration, statistische Bevölkerungsveränderungen – die Herausforderungen der Bevölkerungsentwicklung

Die demografischen Transformationen und das ungelöste Genderproblem ..	75
<i>Jürgen Dorbritz</i>	

Facetten und Perspektiven der Geburtenentwicklung in Deutschland	91
<i>Olga Pötzsch</i>	
Familiengründung und Migration: Aussiedlerinnen und türkischstämmige Migrantinnen im Vergleich	109
<i>Michaela Kreyenfeld und Sandra Krapf</i>	
Female Employment and Higher Fertility – Policy Goals in Perfect Harmony?	127
<i>Stefan Fuchs</i>	
Gute Aussichten auch für ein alterndes Deutschland	139
<i>Axel Börsch-Supan</i>	
Lebenserwartung 100 Jahre – ein (Alb-)Traum? Bemerkungen zur aktuellen Lebenserwartung	143
<i>Eckart Bomsdorf</i>	
Potenzial der zukünftigen Entwicklung der Lebenserwartung	157
<i>Marc Luy</i>	
Lebensverlängerung und die Folgen für den Pflegebedarf bezogen auf das Lebensalter über 60	173
<i>Rembrandt D. Scholz</i>	
Arbeitsmarktbezogene Ungleichheiten und subjektive Belastung beim Übergang in den Ruhestand	187
<i>Frank Micheel</i>	
Physische Mobilität und Gesundheit im Alter. Ansätze zur Reduktion von Pflegebedürftigkeit und Demenz in einer alternden Gesellschaft	207
<i>Alexander Barth und Gabriele Doblhammer</i>	
Migration und Bevölkerung	245
<i>Stefan Luft</i>	
Migration und migrationsbedingte Veränderungen der Bevölkerungs- struktur in Deutschland. Befunde, Prognosen und Herausforderungen	257
<i>Sonja Haug</i>	
Die Entstehung von Migrationspotenzial – neue Entwicklungen	279
<i>Susanne Schmid</i>	
Herausforderungen der globalen Bevölkerungsentwicklung	295
<i>Gerhard K. Heilig</i>	

Im Osten etwas Neues?	331
<i>Harald Michel</i>	

Bevölkerungsprojektionen ethnischer Gruppen in Großbritannien und Nordirland. Die räumliche Ausbreitung ethnischer Diversität	339
<i>Pia Wohland, Phil Rees, Paul Norman, Nik Lomax und Stephen Clark</i>	

III Paare und Kinder – Geltungsverlust oder Transformation der Lebensform Familie?

Die Romantisierung des Kindes und der Wandel der Lebensphase Kindheit	365
<i>Norbert F. Schneider</i>	

Partnerlosigkeit in Deutschland und im internationalen Vergleich	377
<i>Jan Eckhard und Thomas Klein</i>	

Bedeutungsverlust, Polarisierung, wachsende Vielfalt? Gedanken zu demografischen Mehrebenen-Effekten auf Lebensformen und Familie	395
<i>Johannes Huinink</i>	

The Road to Children is Paved with Good Intentions. Über die Determinanten von Kinderwunsch, Fertilitätsintention und deren Realisierung	407
<i>Isabel N. Häberling</i>	

Das „cultural lag“ in der Familienpolitik	429
<i>Wiebke Rösler</i>	

IV Handlungsauftrag Demografie? Politische Gestaltungsmöglichkeiten; Demografiepolitik

Herausforderungen der Familienpolitik für Land und Kommunen. Ein wissenschaftspragmatischer Diskurs	445
<i>Franz-Xaver Kaufmann</i>	

Demografiepolitik zur gesellschaftlichen Transformation: Möglichkeiten und Grenzen	459
<i>Michael Hüther</i>	

Gäbe es das Elterngeld ohne demografische Argumente? Eine Analyse anhand des Policy-Cycle der Elterngeldreform	477
<i>Martin Bujard</i>	

Der Mortalitätseffekt auf das deutsche Rentensystem und eine automatische Anpassung des Renteneintrittsalters	501
<i>Robert Fenge</i>	
Langfristige Tragfähigkeit der Sozialfinanzen	513
<i>Martin Werding</i>	
Der demografische Wandel läuft und läuft. Ohne regionale Anpassungsstrategien geht es nicht	531
<i>Steffen Maretzke</i>	
Gibt es eine sichere Rente?	555
<i>Volker Deville</i>	
Die transformative Macht der Demografie	565
<i>Franz Müntefering</i>	
Den demografischen Wandel ernst nehmen, Familienpolitik als Gesellschaftspolitik, Vereinbarkeit von Kindern und Beruf	581
<i>Ein Interview mit Renate Schmidt</i>	
Autorenverzeichnis	589

Wandel gestalten. Forschungsimpulse aus dem Feld der Bevölkerungswissenschaft

Eine Einleitung

Tilman Mayer

Zusammenfassung

Der Titel „die transformative Macht der Demografie“ bringt die tiefgreifenden gesamtgesellschaftlich wirkenden Umwälzungsprozesse begrifflich auf den Punkt, die wir aktuell in der Folge des demografischen Wandels – so, wie er sich parallel auf globaler, regionaler, nationaler und lokaler Ebene vollzieht – erleben. Der demografische Wandel ist in aller Munde. Die Breite und Tiefe der Veränderungsprozesse, die im demografischen Wandel entstehen und sich im sozialen und kulturellen Wandel auswirken, stellt zum einen die Wissenschaft und hier eine Bandbreite von Disziplinen vor große Herausforderungen. Zum anderen wird dringend eine praktische Politik benötigt, die die Zeichen der Zeit erkennt und den Mut hat, mit Blick auf die nächsten Jahrzehnte heute beherzt einzugreifen. Der demografische Wandel ist kein schicksalhafter Prozess; er birgt viele Chancen, die ergriffen werden, indem der Prozess aufgegriffen und aktiv gestaltet wird.

Schlüsselwörter

Demografischer Wandel, Macht der Demografie, Transformation, Bevölkerungswissenschaft, Demografiestrategie, Grand Challenges

Der demografische Wandel ist in aller Munde. Er umfasst Prozesse der Alterung, des Fertilitätsrückgangs, der Zuwanderung und der entsprechenden gesellschaftlichen und politischen Folgeprobleme. Parallel zum demografischen Wandel ist

vom sozialen und kulturellen Wandel die Rede. Er bezieht sich auf die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse, die aus soziologischer und kulturwissenschaftlicher Perspektive untersucht werden. Dabei werden aber auch die Veränderungen der Bevölkerungsstruktur und in der Folge auch die der Familienstruktur tangiert.

Themen der Transformation ganzer Gesellschaften sind seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes in den Sozialwissenschaften und speziell in der Politikwissenschaft ins Zentrum der Beachtung gerückt – Wandlungsprozessen also auf der Ebene von Makrosystemen. Transformation bedeutete dabei den Wandel von einer Gesellschaftsform zur anderen. Zum Teil wurde auch von Transition gesprochen, obgleich dieser Begriff im englischen Sprachraum eine fast identische Bedeutung mit dem der Transformation hat. Transition meint mehr einen Übergang in eine andere Gesellschaftsformation, im konkreten politikwissenschaftlichen Fall von der totalitären zur demokratischen und pluralistischen Gesellschaft (Kollmorgen/Merkel/Wagener 2015, darin besonders Dorbritz 2015).

In der demografischen Forschung ist bekanntermaßen der Begriff der Transition gebräuchlich, und zwar im Sinne eines spezifischen Prozesses, der eine neue Stufe der Bevölkerungsentwicklung umfassen soll. Gar von einem zweiten demografischen Übergang ist die Rede – ein Begriff, der nicht allseits geteilt wird (Willekens 2015). Wenn wir von der transformativen Macht der Demografie sprechen wollen, so meinen wir damit Veränderungsprozesse, die im demografischen Wandel entstehen und sich im sozialen und kulturellen Wandel auswirken. Dennoch: Wer wen beeinflusst, ob die gesellschaftliche Entwicklung oder der kulturelle Veränderungsprozess oder soziale Verwerfungen oder Änderungen der normativen Struktur einer Gesellschaft ursächlich sind, das lässt sich selbstverständlich diskutieren und bleibt zum Teil sicherlich auch kontrovers.

Der demografische Wandel sei also in aller Munde, so betonten wir, doch die dazugehörige Bevölkerungswissenschaft führt ein Schattendasein. Bevölkerungswissenschaft stellt eine Disziplin dar, die breiter angelegt ist als die Demografie, die eher als nur statistisch angelegte Wissenschaft fungiert. Bevölkerungswissenschaft kann als sozialwissenschaftliche Disziplin angesehen werden, die ihrerseits demografische Prozesse zum Gegenstand hat, so insbesondere den erwähnten öffentlich viel diskutierten demografischen Wandel.

Als Präsident der *Deutschen Gesellschaft für Demographie* (DGD) von 2010-2016 war es mir ein besonderes Anliegen, in dem Sinne integrativ zu wirken, dass sich viele mit demografischen Fragen befasste Disziplinen angesprochen fühlen konnten, ihre Erkenntnisse vorzustellen. Sichtbar wurde dies auf den Jahrestagungen, die Disziplin übergreifenden Charakter hatten. Der vorliegende Band umfasst einige Beiträge, die im Rückblick auf diese Zeit verfasst wurden.

Wenn künftig das Stichwort Demografie fällt so ist damit die Lage der Bevölkerung gemeint. Die transformative Macht der Demografie entspricht dem, was in jüngster Zeit als „Grand Challenges“ verhandelt wird und vom Wissenschaftsrat in einem Positionspapier als „Große gesellschaftliche Herausforderungen“ definiert wird (Wissenschaftsrat 2015). Zu ihnen zählt der Klimawandel und mit ihm verbunden die Herausforderung eines grünen Wachstums, das heißt Strategien zur Förderung von Umwelttechnologien; zu ihnen gehört die Grand Challenge in Global Health (Gates-Foundation in 2003); und im ERAB (European Research Area Board) wird unter den Grand Challenges immerhin auch „Ageing“ erwähnt und dabei reklamiert, es fehle an wissenschaftlicher Begleitung der entsprechenden Programme.

Die EU-Kommission hat ihrerseits ein neues Programm – *Horizont 2020* – aufgelegt, in dem es u. a. auch um „societal challenges“ geht und „Health, Demographic Change and Wellbeing“ einen Teilbereich darstellt.

Auch die Bundesregierung hat – Hightechstrategie 2020 – ein Programm zur Lösung „dringende(r) Fragen des 21. Jahrhunderts“ aufgelegt, das themenspezifisch Zukunftsprojekte behandeln will. Unter sechs globalen Herausforderungen stehen auch „demografische Entwicklungen“ auf der Agenda; diese sind jedoch operativ von eingeschränkter Bedeutung.

Dass die Lösung von „Großen gesellschaftlichen Herausforderungen“ wichtig wäre, steht fest. Desgleichen, beim demografischen Wandel beziehungsweise der transformativen Macht der Demografie. Der Anspruch hier Lösungen erziehen zu wollen, klingt fast naiv.

Gleichwohl ist die Bevölkerungswissenschaft oder besser sind die bevölkerungswissenschaftlichen Forschungsansätze als breit aufgestellte, vernetzte und interdisziplinär angelegte Wissenschaften berufen, neuen, kooperativen Forschungsansprüchen zu genügen – so, wie sie bei Jahrestagungen der DGD zu Tage treten, wo auch anwendungsorientierte Interessen zugegen sind, wo politisch-gestalterische bzw. staatliche Instanzen Präsenz zeigen und Interesse artikulieren.

Innerhalb der breiten sozialwissenschaftlichen Bevölkerungswissenschaft ist kritisch zu sehen, dass es einem vernetzten Denken nicht entspräche, wenn man begrenzte, also nur migratorische oder nur familienpolitische oder nur altersspezifische Sichtweisen und Forschungsperspektiven wahr nähme anstatt die dringend erforderliche Einbettung eigener Forschungsansätze in größeren Zusammenhänge anzusprechen,.

Natürlich ist die Problemidentifikation und die Suche nach Problemlösungen primär der Wissenschaft zu überlassen. Aber es gibt die objektive Schwierigkeit, dass sich der Lösbarkeit der „Großen Herausforderungen“ des demografischen Wandel in der Praxis viel entgegenstellt – was allerdings nicht bedeutet, im Gegenteil, dass

man vielen Forschungszugängen nicht eine Chance bieten muss, um sich dem menschlichen Zusammenleben in der Zukunft widmen zu können.

Eine der besonders gravierenden, ungelösten – lösbaren? – Herausforderungen der bevölkerungsspezifischen Lage, die schon lange bekannt ist, liegt weiterhin darin, dass seit Beginn der 70er Jahre die nachwachsende Generation nicht mehr die Elterngeneration ersetzt. Eine Schrumpfung, die damit strukturell angelegt ist, blieb aber aus, weil wie auch schon in den früheren Jahrzehnten der Bundesrepublik die Migration einen relativ hohen Anteil an der Bevölkerungsentwicklung hatte und hat (Marschalck 1984, S. 98; Ehmer 2013; Bacci 1999). Allein deshalb muss die Migration besonders beachtet werden, denn Deutschland hat sich, was seine Bevölkerungsentwicklung angeht, von ihr abhängig gemacht. Die Zuwanderung könnte sogar zu einem Wachstum der Bevölkerung führen. Das Stichwort Einwanderungsland ist insofern berechtigt, aber etwas billig aufgegriffen, weil einseitig in Migration eine Lösung (ein Fluchtweg könnte man fast sagen) gesehen wird. Zu einem Einwanderungsland gehört aber, dass es beides gibt: sowohl eine wirkliche natürliche Bevölkerungsbewegung, also einen Geburtenüberschuss und eben zusätzlich Zuwanderung. Dagegen profitiert Deutschland viel stärker allein von Zuwanderung, lebt also von der Fertilität anderer Länder. Das ist in regulären Einwanderungsländern anders. Damit radikalisiert sich – realiter: sehr wenig als radikal wahrnehmbar – der demografische Durchmischungsprozess, d. h. der fehlende oder zu geringe autochthone Geburtenanteil beziehungsweise die zu geringe Geburtenrate – in Großstädten sind z. T. schon 50 % der Kinder unter 15 Jahren ausländischer Herkunft (sogenannter Migrationshintergrund) – sorgt nicht für die in Einwanderungsländern günstig angelegte Durchmischungssituation. Unter diesem Gesichtspunkt besteht eine spezielle „Große gesellschaftliche Herausforderung“ in dieser relativ ungünstigen Einwanderungskonstellation bzw. fertilitätsdefizitären Lage. Sich ihrer anzunehmen, auch wenn die Herausforderung schon lange besteht (Casterline/Lee/Foote 1996; Bulatao/ Casterline 2001) wäre mehr als angemessen, demografiepolitisch wie sozialwissenschaftlich.

Die Demografie ist im demografischen Wandel niemals als Akteur identifizierbar im Sinne eines handelnden Subjekts. Sie hat eher Prozesscharakter, nimmt die Gestalt einer Entwicklung oder Evolution an, die eine fließende Veränderung produziert. Akteurscharakter könnte man dem generativen Verhalten zuschreiben, dem Altern der Personen, dem Zu- oder Auswandern oder dem Kinderlosbleiben; demografisch adäquater ausgedrückt wäre von einem Rückgang der Sterblichkeit und einem Anstieg der Lebenserwartung zu reden und von einem Bedeutungswandel von Heirat, Ehe und nichtehelichen Beziehungen, von einem Geburtenrückgang, usw.

Wenn die Transformationsforschung die Gesellschaft zum Gegenstand ihrer Untersuchungen in all ihren Facetten hat, wird man analog bei der Bevölkerungs-

wissenschaft pauschal die Bevölkerung selber als Gegenstand der Forschung annehmen dürfen. Der Gestaltwandel dieser Bevölkerung auf der Mikro- wie auf der Makroebene wird hier thematisiert. Eingriffe in das Bevölkerungsgeschehen, zum Beispiel im Bereich der Sozial- und der Familienpolitik (Flöthmann/Höhn 2007), der Demografiepolitik (Milde 2016) und so weiter stellen Interventionen dar, die einen Gestaltungswillen zum Ausdruck bringen. Dafür, um dabei Erfolg zu haben, ist es besonders relevant, das sogenannte gesellschaftliche Klima zu kennen, desgleichen Konstellationen der religiösen Dispositionen, aber auch, wie Gerhard Mackenroth vor Jahrzehnten sagte, die Bevölkerungsweise, die Konsumnorm oder das neomalthusianische Verhalten (Mackenroth 1953).

Der Titel des vorliegenden Bandes betont eine starke Wirkung demografischer Faktoren, er ist unmittelbar einleuchtend und insofern über die Beiträge auch gut abgesichert. Die Sammlung kann nicht auf Vollständigkeit hin angelegt sein, das heißt weitere Aufsätze auf der gelegten Spur sind erwartbar. Der Titel leuchtet aber nicht nur makrodemografisch ein, ganze Populationen angehend, sondern auch mikrodemografisch, also Entwicklungen und Komponenten erfassend wie etwa die Ein-Kind-Familie.

Transformation meint mehr als nur den demografischen Wandel oder den demografischen Übergang (Demographic Transition), insofern mit dem Begriff der transformativen Macht gerade regelrechte Strukturveränderungen gemeint sind, d. h. Aggregatzustände, die sich grundlegend ändern. Ein deutlicher, nachhaltiger Gestaltwandel ist zu konstatieren. Skizziert man die Transformation auf diese Weise, so wird klar, dass das Bevölkerungsthema von weitreichender Bedeutung ist und viele Disziplinen erfasst.

Von Transformation können wir berechtigterweise sprechen, denn wenn wir den Wechsel (Beginn, Prozess, Vollzug) z. B. von Altersbildern ansprechen, den Wechsel der Familienleit-bilder verhandeln, das Entstehen alternder Gesellschaft aufgrund abnehmender Geburtenraten untersuchen oder die starke Zunahme der Lebenserwartung und den daraus folgenden hohen Hochbetagtenanteil in Gesellschaften in den Blick nehmen, so wird deutlich, wie sehr und wie stark es zu gesellschaftlichen Formationsänderungen kommt oder gekommen ist.

Der *Anspruch des Titels des Bandes* leuchtet in diesen Jahren, 2015/2016, auch deshalb zusätzlich ein, weil die insbesondere nach Deutschland einfließenden Flüchtlingsbewegungen beziehungsweise migrationsdemografischen Prozesse einer breiten Öffentlichkeit vor Augen stellten, dass eine Wanderungsbewegung eine ganze Bevölkerungsentwicklung verändern kann – und zwar viel schneller, als das in demografischen Prozessen, die fachwissenschaftlich mit dem Stichwort demografische Trägheit gekennzeichnet werden, sonst üblich und erwartbar war.

Dass der Titel mit dem Stichwort Geburtenschwund in Europa unmittelbar verknüpfbar ist und zwar nicht nur in Deutschland bereits seit den 70er Jahren, belegt seine Relevanz und wir betonen dieses Phänomen ganz besonders. Aber auch umgekehrt: Ein Fertilitätsvolumen, das zu einem gigantischen Größenwachstum ganzer Kontinente und Nationen führt und führen wird, demonstriert die Macht der Demografie, über deren politische Konsequenzen noch zu wenig gesprochen wird.

Das Stichwort Macht bedeutet, dass wir einen dynamischen Faktor vor uns haben, dessen Einfluss dann gewaltig ist, wenn es im Ergebnis, retrospektiv zu-mindest gesehen, zu Strukturveränderungen gekommen ist, eine lang anhaltende Entwicklung transformierenden Charakter angenommen hat, ein strukturell neuer Zustand eingetreten ist. Vergleichbar ist diese Macht mit dem Faktor der Ökonomie, deren Dynamik sich sichtbarer, vielfältiger, schneller entfaltet. Die demografische Transformation dagegen zeigt zwar Dynamik, aber sie verläuft kaum wahrnehmbar, sehr zäh und langsam. Wenn aber sich die Struktur im Lauf der Jahrzehnte verwandelt hat, dann haben wir einen neuen Ist-Zustand, der massiv im Raum steht: Statt sehr hoher Kinderzahlen vor 1870 nun Ein-Kind-Familien, gegenwärtig besonders in den neuen Bundesländern sowie das Phänomen der Kinderlosigkeit (besonders in Westdeutschland, viel weniger in Frankreich); homogene/heterogene Bevölkerungszusammensetzungen; Ein- statt Auswanderung (19./21. Jahrhundert); Veränderungen der Sterblichkeit und der Fertilität; Bevölkerungswachstum im außereuropäischen Raum (Afrika, Asien). Dass diese demografischen Machtdemonstrationen auch politische Auswirkungen haben, ähnlich wie andere gesellschaftliche Produktivkräfte, die daseinsbestimmend wirken wie etwa die Kultur und wirtschaftliche Faktoren, versteht sich von selbst, gehört zur Botschaft dieses Bandes.

Es wäre wünschenswert, dass aus der Beschäftigung mit demografischen Herausforderungen, mit Grand Challenges, an den Universitäten *Population Studies* eingeführt, aber auch mehr Professuren für Bevölkerungswissenschaft in Deutschland gegründet werden und demografische Forschung über die wichtigen Einrichtungen in Rostock und Wiesbaden hinaus gestärkt werden sowie Demografiepolitik in der politischen Praxis mehr Bedeutung gewinnt – auch um die Demografiestrategie der Bundesregierung zu unterfüttern, die leider von Seiten der Regierung selbst nicht richtig ernst genommen zu werden scheint.

Allen Beiträgerinnen und Beiträgern zu dem vorliegenden Band danke ich ganz herzlich für ihre entscheidende Mitwirkung. Die angenommene Beteiligung an diesem Band unterstreicht die Disziplin übergreifende Wertschätzung von bevölkerungsorientierter Forschung.

Zu danken habe ich auch insbesondere meinen Vorständen in der DGD, die meine Arbeit in den vergangenen sechs Jahren sehr konstruktiv begleitet haben:

Jürgen Dorbritz, Stefan Fuchs, Sonja Haug, Steffen Maretzke, Rembrandt Scholz, Erika Schulz, Thomas Salzmann, Bettina Sommer.

Zu danken habe ich auch meiner Mitarbeiterin Ruth Knoblich, die das editorische Projekt entscheidend vorangetrieben hat.

Wenn die aufgeworfene These von der transformativen Macht der Demografie bewusstseinsbildend wirkt, dass auf jeden Fall sozialwissenschaftlich, aber auch gesellschaftswissenschaftlich an der Großen gesellschaftlichen Herausforderung Demografie nicht vorbei zu kommen ist und das wissenschaftlich Konsequenzen haben sollte, politikpraktisch ohnehin, wäre viel gewonnen.

Zum vorliegenden Band

In einem ersten Teil geht es um Fragen des Selbstverständnisses der Bevölkerungswissenschaft, wobei ein anspielungsreicher Titel gewählt wurde. Neue Ansätze wie etwa der demografischen Metabolismus werden entwickelt ebenso wie auch das Thema demografische Trägheit durchdekliniert wird. Neue Betrachtungen und Erkenntnisse zur Lage der französischen Bevölkerungswissenschaft schließen sich an.

Der zweite und größte Teil des Buches schließt auch alle Fragen des demografischen Wandels ein, d. h. Aspekte der Fertilität werden mit unterschiedlichen Aspekten ebenso behandelt wie anschließend Fragen des Alterungsprozesses, darunter Fragen der Lebenserwartung. Im Ausgang werden Migrationsthemen aufgeworfen, aber auch globale Veränderungen und ethnodemografische Strukturen erwähnt.

In einem dritten Teil stehen Aspekte der Familie, der Partnerwahl, der Stellung des Kindes und des Kinderwunsches und familienpolitische Ansätze im Mittelpunkt.

In einem abschließenden Teil werden demografiepolitische Fragen zur Sprache gebracht und zwar auf der Bundesebene, aber auch auf der Landes- und Kommunalebene. Familienpolitische Akzente wie das Elterngeld werden ernst genommen, aber auch Fragen der demografisch prekären Rentenpolitik kritisch untersucht.

Dankenswerterweise haben auch Bundesministerin a.D. Renate Schmidt und Bundesminister a.D. Franz Müntefering an dem Band mitgewirkt. Dass sich der wissenschaftliche Kollegenkreis besonders eindrucksvoll bereit gefunden hat, an dem Projekt mitzuwirken, darf ich einmal mehr betonen und unterstreicht die Bedeutung des aufgeworfenen Titelthemas.

Literatur

- Bacci, Massimo Livi. 1999. *Europa und seine Menschen. Eine Bevölkerungsgeschichte*. München. Bulatao, Rodolfo A., John B. Casterline. hrsg. 2001. *Global Fertility Transition*. Supplement to Vol 27. New York: Population Council.
- Casterline, John, Ronald D. Lee, Karen A. Foote. hrsg. 1996. *Fertility in the United States: New Patterns, New Theories*. Supplement to Population and Development Review 22. New York: Population Council.
- Dorbritz, Jürgen 2015. Demografie und Transformation. In: *Handbuch Transformationsforschung*, hrsg. Jürgen Flöthmann, Charlotte Höhn, S. 499-507. Norderstedt.
- Ehmer, Josef. 2013. *Bevölkerungsgeschichte und Historische Demographie 1800 – 2000*. München 2. A.
- Flöthmann, Jürgen, Charlotte Höhn. hrsg. 2007. *Wege zu einer erfolgreichen Familien- und Bevölkerungspolitik*. (= Schriftenreihe der DGD Bd. 1). Norderstedt.
- Kollmorgen, Raj, Wolfgang Merkel, Hans-Jürgen Wagener. hrsg. 2015. *Handbuch Transformationsforschung*. Wiesbaden.
- Mackenroth, Gerhard. 1953. *Bevölkerungslehre. Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung*. Berlin u. a.
- Marschalck, Peter. 1984. *Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. Und 20. Jahrhundert*. Frankfurt/Main 1984.
- Milde, Jurek. 2016. *Demografiepolitik*. I.E.
- Willekens, Frans. 2015. Demographic Transitions in Europe and the World. In *Population Change in Europe, the Middle-East and North-Africa: Beyond the Demographic Divide*, hrsg. Koenraad Matthijs, Karel Neels, Christiane Timmerman, Jaques Haers, Sara Mels, S. 13-44. London: Ashgate/Routledge.
- Wissenschaftsrat. 2015. *Zum wissenschaftspolitischen Diskurs über Große gesellschaftliche Herausforderungen*. Positionspapier. Drucksache 4594-15.

I

**„Demografische Trägheit“ –
warum wir die Bevölkerungswissenschaft
als Disziplin brauchen, um Revolutionen
auf leisen Sohlen wahrzunehmen**

Der gesellschaftliche Auftrag der Demografie, demografischer Metabolismus und Bildung als dritte demografische Dimension

Ein Interview mit Wolfgang Lutz

Zusammenfassung

Wolfgang Lutz umreißt den Wert probabilistischer Prognosen und Szenarien in der Bevölkerungsforschung und betont den gesellschaftlichen Auftrag der Demografie als Interventionswissenschaft. In Deutschland wie auch in Österreich herrsche ein evidentes Missverhältnis zwischen der Wichtigkeit demografischer Fragestellungen und dem Maß demografischer Forschung, die diese Fragen systematisch analysiert. Um ein Vielfaches größer sei das Defizit an Expertise überdies bei internationalen Bevölkerungsfragen, die die eigentlichen Herausforderungen der Zukunft bereit hielten. Lutz portraitiert das sich aktuell in der Gründung befindende *Centre of Expertise on Demography and Migration* in seiner Aufgabe, die langfristigen Auswirkungen unterschiedlicher Migrationsszenarien auf die europäische Bevölkerung in einem multidimensionalen Kontext zu analysieren. Er plädiert für die Integration von Bildung in demografische Modelle als drittgrößte Quelle für Heterogenität und tritt für eine Neudefinition des Alters ein.

Schlüsselwörter

probabilistische Prognosen, Szenarien in multidimensionalem Kontext, Demografie als Interventionswissenschaft, Demografieforschung, demografischer Metabolismus, Bildung

1. Warum ist es in der Öffentlichkeit noch immer so schwierig, unterschieden zu bekommen, dass zwischen Prognosen, Szenarien und Vorausberechnung klar zu differenzieren ist?

Richtig, zwischen diesen Begriffen herrscht eine ziemliche Verwirrung, sowohl im Deutschen als auch im Englischen. Im Englischen spricht man von *Forecasting*, das ist der allgemeinste Begriff; im Deutschen wären das die *Vorausberechnungen*; *Projection* oder im Deutschen die *Prognose* hat immer die Konnotation, dass es sich um etwas relativ Sicheres handelt – obwohl wir natürlich auch von den Wetterprognosen her wissen, dass sie nicht immer eintreten. Es ist interessant, dass es in einigen Länder auch probabilistische Wetterprognosen gibt; da heißt es dann mit einer Wahrscheinlichkeit von 20 % oder 70 % wird es morgen regnen und das ist schon hilfreich für die Frage, ob ich einen Schirm mitnehme, wenn ich am Morgen aus dem Haus gehe. Ich selbst habe die Erfahrung gemacht, dass in Ländern, in denen es auch probabilistische Wetterprognosen gibt, die Zuhörer mit Wahrscheinlichkeitsangaben allgemein viel mehr anfangen können – einfach weil sie es gewohnt sind zu denken: Es gibt nicht nur einen Bestcase oder die eine wahrscheinlichste Variante, sondern es geht immer um Unsicherheit und darum, diese einzuschätzen.

Die Methodologie der probabilistischen Bevölkerungsprognosen haben wir am International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA) schon in den 1990er Jahren entwickelt und als erste global angewandt. Einzelne Statistikämter hatten sie bereits damals aufgegriffen, doch erst jetzt finden sie weitere Verbreitung. Unter anderem sind jetzt auch die UNO-Prognosen seit ein paar Jahren probabilistisch. Die Definition von Unsicherheitsintervallen – oder auch Konfidenzintervallen – etwa bei Aussagen über die zukünftige Geburtenentwicklung, die Sterbeentwicklung oder auch das Altern der Bevölkerung – ist sicher eine sehr nützliche Art der Darstellung, gerade wenn es auch um die Folgen der Alterung der Bevölkerung geht. Betrachtet man zum Beispiel den Anteil der Über-65-Jährigen in der Bevölkerung über die nächsten Jahrzehnte, dann haben wir doch einen relativ geringen Unsicherheitsbereich, da die entsprechenden Kohorten ja schon da sind; die wesentlichen Unsicherheiten liegen in den Punkten Migration und vielleicht bei der Sterblichkeit, aber das sind sehr enge Bereiche. Anders sieht es aus, wenn man darüber spricht, wie viele Schulen wir in 30 Jahren brauchen: Die Geburtenrate ist einfach sehr viel unsicherer und dann kommt noch die Frage nach der Zahl von Migranten und ihren Kindern hinzu. Man sieht also: In der Politikberatung gibt es nicht nur unterschiedliche Variablen, sie sind auch in unterschiedlichem Ausmaß sicher und unsicher.

Das Problem bei den probabilistischen Prognosen ist, dass man nicht modulieren kann: Man kann nicht zeigen, was unterschiedliche politische Interventionen für Folgen haben. Hierfür benötigt man nun das Instrument der *Varianten* bzw. der *Szenarien*. So kann man etwa mit Blick auf die Auswirkungen von Migration aufzeigen, wie sich ein Szenario bei einer weiterhin starken Zuwanderung entwickelt oder wie ein Szenario bei einer mehr restriktiven Zuwanderungspolitik ausschauen würde. So etwas kann eine probabilistische Prognose nicht leisten, weil sie den insgesamt abgeschätzten Rahmen dargestellt.

2. Sie unterscheiden im Bereich der Demografie zwischen der Sozialwissenschaft als Interventionswissenschaft und der Geisteswissenschaft als Identitätswissenschaft. Was meinen Sie damit und was ist der Hintergrund für diese Beschreibung?

Ich habe zwei Motivationen für diese Art der Klassifikation bzw. den Versuch, hier die gesamten Geistes- und Sozialwissenschaften durch zwei einander ergänzende wissenschaftliche Paradigmen zu beschreiben. Die eine Motivation ist, dass die Geistes- und Sozialwissenschaften in Europa derzeit eher in einer defensiven Position sind und es schon die Öffentlichkeit und natürlich auch die wissenschaftliche Forschungsinstitutionen davon zu überzeugen gilt, dass es nach wie vor nützlich und sinnvoll ist, auch in die Geistes- und Sozialwissenschaften zu investieren. Für eine solche Überzeugungsarbeit ist es essentiell, die Stärken dieser Forschungsbereiche für ein breiteres Publikum plausibel zu machen. Die zweite Motivation ist, dass ich oft bei Sozialwissenschaften eher qualitativer Natur, also auch mit vielen Soziologen, Probleme habe, mich darauf zu verständigen, was jetzt ein besseres Modell, oder was eine bessere Theorie ist und was eigentlich der langfristige gesellschaftliche Nutzen unterschiedlicher Gedankenkonstrukte der Sozialwissenschaften ist. Durch die Fokussierung darauf, dass man sich bekennen muss, entweder eben eine *Identity Science* oder eine *Intervention Science* zu betreiben, sollen die Kollegen in gewisser Weise auch dazu gezwungen werden, etwas präziser in der Aussage zu sein, welchen Beitrag sie mit ihrer Forschung leisten wollen.

Die Identity Science fragt vielleicht allgemeiner – sie fragt: Wer sind wir? Woher kommen wir? Was ist unsere Identität? – Das sind also primär die historischen Wissenschaften und in der Regel die Kulturwissenschaften. Natürlich haben diese Gewicht: „Identität“ ist ein für fast alle Menschen positiv besetzter Begriff und der Sinn und Zweck einer solchen Forschung lässt sich durchaus darstellen. Nehmen wir zum Beispiel die aktuelle Migrationsdebatte, da geht es ja nun sehr viel um die Frage der Identität: Wer sind wir? Was unterscheidet uns von anderen? Wie können wir unsere Identität behalten? Das sind sehr qualitative Fragen

und auch für unser tägliches Leben wichtige Aspekte. Die Rolle bzw. die Aufgabe der Sozialwissenschaften – soweit sie sich nicht auch als Identitätswissenschaften verstehen wollen – besteht für mich darin, dass sie konkreter und in der Regel durch Modelle das Funktionieren von Gesellschaft und Wirtschaft beschreiben. Das eröffnet auch die Möglichkeit von Eingriffen (Interventionen) in das System, um die Gesellschaft ein Stück zu verändern oder auch zu verbessern. Es geht bei den als Interventionswissenschaften verstandenen Sozialwissenschaften also in erster Linie darum zu verstehen, wie das komplexe System der sozial- und wirtschaftlichen Zusammenhänge im Wesentlichen funktioniert, um dann Aussagen darüber treffen zu können, welche Intervention kurz-, mittel- oder langfristig die oder andere Folgen hat bzw. einzuschätzen, was das Ausbleiben einer Intervention für Konsequenzen hätte.

In den Wirtschaftswissenschaften ist eine solche anwendungsbezogene Zielsetzung vollständig akzeptiert: Wenn sich die Zentralbank überlegt, ob sie den Zinssatz anheben oder senken soll, so ist das eine Intervention in die gesamte Wirtschaft; man überlegt und entscheidet entlang von Prognosen über kurz-, mittel- und langfristige Konsequenzen, die auf Modellen beruhen, ob und wie man interveniert. Ich denke ähnlich ist das für Sozialwissenschaften im Bereich der Demografie – auch wenn soziale Veränderungsprozesse sicherlich komplexer verlaufen. So überlegt man beispielsweise, wie sich die Erhöhung der Sozialhilfe für ledige Mütter mittelfristig auswirkt – auf das Einkommen natürlich, aber auch auf die weitere reproduktive Zeit der Frau, Familienbildungsprozesse, etc. Ich sehe hier eine wichtige Rolle der Sozialwissenschaften, die diese allerdings bisher nicht ernst genug genommen haben. Dabei gibt ihnen die Gesellschaft den Auftrag, die gesellschaftlichen Mechanismen besser zu verstehen, letztlich eben auch im Blick darauf, diese Mechanismen im gewünschten Sinne dann beeinflussen zu können. Ja, ich sehe die Demografie in diesem Auftrag und damit ganz klar als Intervention Science und nicht als eine Identity Science.

3. Wenn Sie die institutionelle Ausprägung von Demografieforschung betrachten, warum fallen Deutschland und auch Österreich im Vergleich mit vielen anderen Ländern zurück?

In den Gesprächen mit internationalen Kollegen, z. B. aus den USA, ist immer wieder Thema, dass hier ein evidentes Missverhältnis zwischen der Wichtigkeit der demografischen Fragestellungen für die deutsche Gesellschaft, für die deutsche Wirtschaft und dem Maß der Begleitung der Politik durch systematische wissenschaftliche Analyse dieser Fragestellungen herrscht – und dabei gibt ja sogar die

Demografieinitiative, die Demografiestrategie der Bundesregierung -, der sogar Angela Merkel selbst an der Spitze vorsteht. Die demografische Forschungslandschaft in Deutschland wird im Wesentlichen von zwei Instituten bestellt: erstens, dem Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock, das sich dezidiert auf Grundlagenforschung konzentriert, so wie die Max-Planck Gesellschaft sich grundsätzlich und bewusst nicht an der politiknahen Forschung beteiligen möchte; und zweitens dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB) in Wiesbaden, das natürlich als eine nachgeordnete Bundesbehörde auch eine bestimmte Agenda durchzuführen hat, in Verwaltungsprozesse mit eingebunden ist, und sehr viel Beratung für die Bundesregierung macht; im BIB sitze ich jetzt auch im Kuratorium.

Zwischen diesen beiden Extremen gibt es in Deutschland nichts, und im internationalen Vergleich fällt es eben besonders auf, dass im universitären Bereich Flaute herrscht; im kleinen Schweden oder in den Niederlanden gibt es wesentlich mehr universitäre demografische Forschung als es in Deutschland oder auch in Österreich der Fall ist. Sicherlich ist dies eine Langfristfolge der NS-Zeit, den Irrungen der Bevölkerungswissenschaft jener Zeit. Auch in anderen europäischen Ländern waren die Demografen damals recht eugenisch orientiert, aber sie waren doch nicht so extrem, dass sie nach dem Krieg die Kurve zurück in die seriöse Wissenschaft vollziehen konnten.

Man kann sich nun mit Recht vor Augen halten, dass die NS-Zeit nun 70 Jahre zurückliegt und damit genug Zeit gewesen wäre, dieses Defizit wieder auszugleichen. Wenn aber eine Wissenschaft – wie in Deutschland und Österreich – einmal ganz weg aus dem System ist, dann kann auch die universitäre Autonomie ihre Wiedereinführung behindern. Für mich ist es ungemein enttäuschend zu sehen, dass immer wieder neu gesetzte Initiativen – die Schaffung von Demografielehrstühlen oder auch von etwas breiter gefassten Lehrstühlen für Bevölkerungswissenschaft – misslingen; es wurden ja sogar die drei großen existierenden Lehrstühle in Deutschland im Wesentlichen abgeschafft, nachdem der Inhaber emeritiert wurden. Dies hat sicher mit der universitären Autonomie zu tun, oder – so kann man das sicher sagen – mit der Kleinkarriertheit und disziplinären Begrenztheit der aus historischen Gründen an den Unis gut etablierten Wissenschaftszweige. Insbesondere sind hier die Kollegen der Soziologie angesprochen, die dann eben doch im Zweifel lieber noch einen 20. Soziologen berufen als einen Demografen. Da ist immer, wie man in Österreich sagt „das Hemd näher als der Rock“.

4. Mit Blick auf die globale Bevölkerungsentwicklung und das Thema Migration: Was sind die zentralen Fragen und Aufgaben für Europa in den kommenden Jahrzehnten?

Aus europäischer Sicht ist sicherlich die Frage entscheidend, was die verschiedenen Migrationsströme längerfristig für die Bevölkerungsstruktur Europas bedeuten. Aber lassen Sie mich in Anlehnung an die vorherige Frage noch rasch anfügen: Das Defizit der demografischen Forschung in Deutschland ist, was die Fragen der Weltbevölkerungsentwicklung betrifft, noch um ein Vielfaches stärker ausgeprägt: Weder das Max-Planck Institut noch das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beschäftigen sich mit diesen wichtigen Fragen. Aber genau hier, in den globalen Bezügen, liegen die größten demografischen Herausforderungen der Zukunft. Ich komme gerade von der Jahrestagung der Population Association of America (PAA) in Washington zurück, wo weit über die Hälfte aller Sessions und Vorträge internationalen Bevölkerungsfragen insbesondere in den Entwicklungsländern gewidmet waren. In Deutschland gibt es da schlichtweg gar nichts und das, obwohl Deutschland finanziell einen riesigen Beitrag für die Entwicklungszusammenarbeit leistet. Die EU insgesamt ist der weltweit größte Akteur in diesem Bereich und dass Deutschland als das größte EU-Mitgliedsland hier keine Expertise oder Kompetenz hat, ist nicht bloß zu bedauern, sondern gehört dringend geändert.

Im Kontext von Migration und Bevölkerungsentwicklung hat die Flüchtlingslage des letzten Jahres in der Europäischen Kommission zu einem Erwachen geführt, nämlich darüber, dass auch innerhalb der Europäischen Kommission keinerlei inhaltliche und wissenschaftliche Kompetenz vorhanden ist, um die Frage zu analysieren, welche Auswirkungen die unterschiedlichen Migrationsströme längerfristig für die Bevölkerungsstruktur Europas haben. Und das ist die zentrale Frage aus europäischer Sicht: Ist das etwas, was zu begrüßen ist, was Europa längerfristig nützt? Oder ist das eher eine Gefahr, die uns längerfristig schadet? Die Antwort muss natürlich differenziert sein. Die Effekte von Zuwanderung sind abhängig von verschiedenen Faktoren, nicht nur von der Zahl der Migranten, sondern auch von der Zusammensetzung, von ihrer Integrationsmöglichkeit und so weiter.

Die Europäische Kommission hat einen Inhouse-Researchzweig, die sogenannten *Joint Reseach Centres (JRC)*, die in verschiedenen Orten, insbesondere im italienischen Ispra beheimatet sind. Das sind mehr als 2500 Wissenschaftler, die Angestellte der Europäischen Kommission sind, darunter die Mehrzahl aus dem Bereich der Naturwissenschaften. Dass sich die Centres auf Naturwissenschaften konzentrieren lässt sich aus der Geschichte erklären, denn den Ursprung dieser Forschungseinrichtungen bildeten die ehemaligen Kernforschungszentren, die zusammengefasst wurden. Die JRC betreiben auch in begrenztem Ausmaß ökonomische Forschung in einem Zentrum in Sevilla, aber gerade demografische Fragen betreffend haben

sie bislang keine Expertise. So ist man auf mich zugekommen, in diesem Kontext zu helfen. Der jetzige Stand der Dinge ist, dass noch Mitte des Jahres ein gemeinsames *Centre of Expertise on Demography and Migration* gegründet wird – aus der Zusammenarbeit des Internationalen Instituts für angewandte Systemanalyse (IIASA) in Laxenburg bei Wien, an dem ich das Weltbevölkerungsprogramm leite, und des JRC in Ispra. Der neue Forschungsverbund wird mit dem expliziten Ziel gegründet, die langfristigen Auswirkungen unterschiedlicher Migrationsszenarien auf die europäische Bevölkerung zu analysieren, und zwar in einem multidimensionalen Kontext. Ich meine damit, dass wir ein 4-dimensionales Modell verwenden, das die konventionelle Betrachtung der Entwicklung nach Alter und Geschlecht zusätzlich auch um eine dritte Dimension „Bildung“ und eine vierte Dimension „Erwerbsbeteiligung“ erweitert. Weitere Dimensionen werden wir uns zu mindestens in explorativer Weise anschauen, also etwa die Religionszusammensetzung der Bevölkerung, ethnische Gruppen, Sprachgebrauch, etc., also weitere Faktoren für den Prozess der Integration. Dieses Projekt bezieht sich allerdings nicht nur auf die europäische Perspektive. Wir sind auch überein gekommen, alternative Szenarien auch für die möglichen Herkunftsländer in Afrika und Westasien zu analysieren, denn es sind natürlich bei der Motivlage von Migration nicht nur die Pull-Faktoren, um die es geht, also die Faktoren, die potentielle Zielländer attraktiv machen, sondern auch die Push-Faktoren in den Ursprungsländern: Was bringt die Menschen dazu, ihre Länder zu verlassen? Da gibt es Faktoren wie derzeit die Kriege, die natürlich statistisch nicht vorhersehbar sind, aber man kann doch Belastungsfaktoren und Risikofaktoren quantitativ fassen, etwa die enorme Zunahme der jungen Menschen ohne Berufsaussichten, ohne Aussichten auf ein akzeptablen Erwerbsstandard, zusammen mit dem sich verändernden Klima und der zu erwartenden Knappheit von Wasser, den landwirtschaftlichen Auswirkungen, also der Bedrohung von Ernährungssicherheit, und so weiter.

5. Es gibt gewisse Fertilitätsunterschiede im europäischen Raum. Wenn wir etwa die demografische Entwicklung der südeuropäischen Länder mit den Ländern Nordeuropas verglichen: Wird sich hier Konvergenz einstellen?

Wenn man dieser Frage nachgehen will, muss man zunächst darüber sprechen, welchen Indikator der Fertilität man betrachtet. Die Gesamtfruchtbarkeitsrate oder *Total Fertility Rate* ist ein durchaus problematischer Indikator, da er nur die in einem Jahr beobachteten altersspezifischen Geburtenraten zusammenfasst und er sehr starken sogenannten Tempoverzerrungen ausgesetzt ist. Ich habe einmal darüber geschrieben, dass er eigentlich wirklich ein in mehrerer Hinsicht irre-

führender Indikator ist. Grundsätzlich kann man sich hier für zwei verschiedene Fragen interessieren, die eine ist: Wie viele Geburten gibt es in einem Land in einem Jahr? – und das ist relevant für Zahl der Kindergartenplätze und Schulen, etc. Die Total Fertility Rate ist hier nicht die richtige, weil wir die Altersstruktur herausrechnen; da müsste man dann eher wirklich auf die groben Geburtenraten oder die absolute Zahl bei den Geburten schauen. Die andere Frage ist: Wie verändert sich das reproduktive Verhalten? Wie viele Kinder haben Frauen im Durchschnitt? – und auch dann ist die Total Fertility Rate nicht geeignet, weil sie eben durch die Tempoverzerrungen oft massiv verändert ist; man muss sich hier entweder auf die Kohorten-Fertilität beschränken – was aber den Nachteil hat, dass man diese erst wirklich definitiv darstellen kann, wenn die Frauen 45 bis 50 Jahre alt sind. Oder aber man verwendet sogenannte *Tempo Adjusted Total Fertility Rates*; das sind ebenfalls in einem Jahr beobachtete Raten, bei denen man aber versucht hat, den Tempoeffekt herauszurechnen; das ist sicher für die Beantwortung der Frage: Wo geht es mit der Fertilität, der durchschnittlichen Kinderzahl weiter hin? die relevantere Herangehensweise.

Wenn wir versuchen, uns auf die Kohortenfertilität bzw. auf die um den Tempoeffekt korrigierte Gesamtfruchtbarkeitsrate zu beziehen, dann ist auch der Unterschied zwischen den europäischen Ländern deutlich geringer. Wir haben dann vielleicht eine Bandbreite von etwa 1,5 (z. B. in Spanien) bis rund 2,0 (z. B. in Schweden und Frankreich). Ich denke, die Kohortenfertilität wird in Europa um einen Mittelwert von rund 1,7 mit einem Auf und Ab von rund 0,3-0,4 schwanken. Natürlich gibt es nachhaltige regionale Unterschiede und zumindest in nächster Zeit keine volle Konvergenz. Aus globaler Sicht ist das trotzdem ein recht enges Band.

Die Frage, wie sich die Zahlen zukünftig entwickeln, hängt natürlich von verschiedenen Faktoren ab – Migration ist eine, von der wir eben schon gesprochen haben. Ein anderer Faktor, der in Europa anders ist als wir es derzeit etwa in Ostasien beobachten, ist die Beziehung der Geschlechter zueinander. In Europa, wo schon und zwar in allen Ländern mehr Geschlechtergerechtigkeit einzieht und Männer stärker an der Kinderpflege beteiligt sind, gibt es das plausible Argument, das auch empirisch belegt ist, dass dies eher zu einer Stabilisierung der Geburtenraten beiträgt. In solchen Gesellschaften ist zu erwarten, dass sich die Zahlen langfristig eher in einem Bereich von 1,5 bis 2,0 bewegen.

Ein anderer Faktor, der eine Rolle spielen wird und der in Europa und Ostasien unterschiedlich ausfällt, ist der Kinderwunsch, und zwar die als ideal angesehene Kinderzahl. Derzeit wünschen sich in Europa 70-80 % der jungen Leute zwei Kinder. Fragt man genauer nach, dann wünscht man sich das erste Kind gewissermaßen für sich selbst, also um überhaupt Eltern zu werden und in Nachkommen weiterzuleben; das zweite Kind wünscht man sich eher, damit man für das erste Kind

einen Partner zum Spielen und für den gesamten Lebensweg hat. In Ostasien ist das anders – und ich beziehe mich nun auf einige Artikel, die ich zum Thema *Low Fertility Trap* geschrieben habe, also zu der sogenannten Falle niedriger Geburtenraten.¹ Wenn nämlich das lange Vorherrschen einer Einkindfamilie, wie wir es etwa in China sehen, dazu geführt hat, dass eine neue Generation herangewachsen ist, die nichts anderes kennt als Familien mit nur einem Kind, dann kann das als Norm verinnerlicht werden. Umfragen in Shanghai oder Peking zeigen, dass etwa 70-80 % der jungen Frauen dort überhaupt nur ein Kind wollen und als ideal ansehen. Wenn man auch hier fragt warum, dann bekommt man genau die gegenteilige Antwort: Kinder streiten miteinander, und wenn es ans Erben geht, dann gibt es Probleme, etc. Es wird hier also rationalisiert im Hinblick darauf, dass man nur ein Kind möchte. Und so etwas kann sich natürlich in Ostasien durchaus verfestigen. Ob das zu uns nach Europa kommt oder in andere Länder, das ist sicherlich offen, es wird also ein gewisser Unsicherheitsbereich bestehen bleiben.

6. Sie haben in den letzten Jahren die These des demografischen Metabolismus formuliert. Was ist aus diesem Ansatz im Rückblick geworden, wie ist sie zukünftig weiter anwendbar?

Vielleicht zunächst ein paar Erläuterungen zum Ursprung der These. Es ist ja seit jeher eine Weisheit aller menschlichen Gesellschaften, dass junge Menschen und neue Generationen Impulse setzen und Veränderungen bringen. Im wissenschaftlichen Sinne wurde das aber kaum aufgegriffen. Es gibt einen bekannten Aufsatz von Karl Mannheim über „Das Problem der Generationen“², der das auch beschreibt, aber in einer sehr qualitativen Weise; thematisch geht es bei ihm auch eher darum, wie Künstlergenerationen oder Kunstrichtungen einander ablösen. Dann war es ein Demograf, Norman Ryder, der auf dieses Phänomen in seinem bekannten Aufsatz von 1965 im *American Sociological Review* über den Kohortenansatz deutlicher, präziser zu sprechen kam.³ Er war es auch, der den Begriff des demografischen Metabolismus eingeführt hat. Über den Begriff kann man streiten,

-
- 1 Etwa: Wolfgang Lutz, Vegard Skirbekk, Maria Rita Testa. 2006. The Low Fertility Trap Hypothesis: Forces that may lead to further postponement and fewer births in Europe. *Vienna Yearbook of Population Research* 4: 167-192.
 - 2 Karl Mannheim. 1928. Das Problem der Generationen. *Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie* 7: 157-85.
 - 3 Norman B. Ryder. 1965. The cohort as a concept in the study of social change. *American Sociological Review*: 843-861.

aber mir scheint er doch deutlich zu beschreiben, worum es geht: den Wandel, der dadurch entsteht, dass die älteren Geburtsjahrgänge die Bevölkerung verlassen und die Jungen nachkommen, die in vieler Weise anders sind. Obwohl Ryder ein mathematischer Demograf war, hat er es, aus welchen Gründen auch immer, nicht unternommen, seine Erkenntnisse in ein mathematisch-quantitatives Modell zu übersetzen. Vielleicht war auch das Werkzeug dazu damals noch nicht gegeben.

Das Werkzeug stellen die erst in den 1970er Jahren entstandenen Methoden der multidimensionalen mathematischen Demografie dar, die hauptsächlich in den Arbeiten von Andrei Rogers und Nathan Keyfitz entwickelt wurden: Verschiedene Bevölkerungen sind in Subpopulationen unterteilt, die unterschiedliche Geburten- und Sterberaten haben, und deren Populationsdynamik Dynamik simultan beschrieben wird: Dabei gibt es gleichzeitig auch Transitionen zwischen diesen Subpopulationen und Außenwanderung.

Das war ursprünglich sehr geografisch gedacht; daher der Ansatz, z. B. verschiedene Provinzen eines Landes als Untersuchungsgegenstand zu wählen. Aber man kann ihr Modell eben auch abstrakt auf andere Unterteilungen der Bevölkerung nach verschiedenen als relevant angesehenen Merkmalen anwenden und genau dies ist der Grundgedanke der von mir vorgeschlagenen Operationalisierung dieses Modells – des demografischen Metabolismus. Es geht um Aussagen bzw. Prognosen für Jahrzehnte in die Zukunft, in denen die sich ändernde Zusammensetzung der Bevölkerung nach diesen Merkmalen durch den Generationenwechsel zu einem Wandel der Gesellschaft führt. Dabei ist der Generationenwechsel nicht die einzige Kraft der Veränderung, da Menschen auch während ihres Lebens Veränderungen erfahren und – aus dem Modell heraus gesprochen – zwischen Subpopulationen wechseln können. Älterwerden in einer bestimmten Gruppe oder mit Wechseln zwischen Gruppen – so etwas können diese multidimensionalen Modelle sehr gut darstellen. Ich habe die Möglichkeiten der Anwendung dieses Modells für die demografischen Prognosen vor ein paar Jahren in einem Artikel zum demografischen Metabolismus dargelegt⁴ und wir wird sind gerade dabei weitere Anwendungen zu analysieren. Der Ansatz ist eigentlich eine echte Theorie in dem Sinne, dass er prognosefähig ist – eine Theorie nach der Denkschule Karl Poppers; und es ist eine der wenigen prognosefähigen Theorien in den Sozialwissenschaften überhaupt, wo wir mit einem Zeithorizont von mehreren Jahrzehnten in die Zukunft sinnvolle Aussagen treffen können.

4 Wolfgang Lutz. 2013. Demographic Metabolism: A Predictive Theory of Socioeconomic Change. *Population and Development Review*: 38: 283–301. doi: 10.1111/j.1728-4457.2013.00564.x

Der Grund dafür liegt im langen Lebenszyklus von etwa 80 Jahren in unserer Gesellschaft der für stabile Merkmale eine gute Grundlage für Prognosen darstellt. Bildung ist so ein stabiles Merkmal. Wenn wir etwa wissen, wie viele 20-25-jährige Frauen ein Abitur haben, dann wissen wir mit hoher Wahrscheinlichkeit, wie viele 60-65-jährige Frauen in 40 Jahren mit Abitur sein werden. Und das ist relevant, da Bildung nicht nur Auswirkungen auf Beruf und Einkommen hat, sondern sich z. B. auch der Gesundheitsstatus im höheren Alter stark nach der Bildung unterscheidet. Sozialer Wandel durch das Heranwachsen besser gebildeter Menschen in der Bevölkerungspyramide ist eine wichtige Kraft der Veränderung in der Wirtschaft, was wir ganz deutlich in den asiatischen Tigerstaaten gesehen haben. Dort war der Generationenwechsel auch ein ganz entscheidendes Element.

Wir haben aber in unseren neuen Anwendungen auch gezeigt, dass der Generationenwechsel für alle möglichen anderen Dinge gilt, wie zum Beispiel die europäische Identität, wo sich auch die Jüngeren in der Regel mehr als Europäer fühlen und nicht so sehr als Nur-Mitglieder ihres Nationalstaates. Statistische Analysen haben gezeigt, dass es sich hier nicht um einen Alterseffekt (wenn man älter wird, wird man wieder stärker national orientiert), sondern um einen Kohorten-Effekt handelt (die jüngeren Jahrgänge haben mehr von Europa gesehen und identifizieren sich stärker damit). Und wir haben auch frühere Prognosen getestet, die auf dieser Basis erstellt wurden. Wir hatten zum Beispiel im Jahr 2006, also noch vor der Eurokrise, auf Basis des angenommenen Kohorten-Effekts Prognosen zur weiteren Zunahme der europäischen Identität gemacht und diese nun mit neuen Daten des Eurobarometers überprüft. Viele Menschen haben angenommen, dass die europäische Identität durch die Eurokrise abnimmt. Wir aber konnten sehen, dass sich das europäische Identitätsgefühl entlang der Kohortenlinie genauso weiterentwickelt hat wie es 2006 berechnet wurde. Das einzige, was sich etwas geändert hat, ist, dass die jüngsten Jahrgänge kein weiteres Mehr an europäischer Identität zeigen. Aber diejenigen, die vor 2006 im Alter von 20-25 Jahren ihre europäische Identität gefestigt hatten, haben diese weiter behalten und ersetzen Schritt um Schritt die älteren eher national orientierten Generationen, was durch diesen demografischen Metabolismus insgesamt zu einer weiteren Zunahme der europäischen Identität führt – trotz aller institutionellen Krisen in der EU.

7. Was die Weltbevölkerungsentwicklung angeht, so steht uns ja einerseits eine globale Alterung bevor, eine Transformation, die vermutlich auch die Politik tangiert, weil andererseits es Regionen gibt, die gleichzeitig noch wachsen werden. Stehen uns demografisch gesehen turbulente Jahrzehnte bevor?

Vielleicht eingangs eine Bemerkung zum Begriff der Alterung oder dem von mir abgelehnten, häufig verwendeten Begriff der Überalterung: Der Begriff der Alterung ist an sich schon problematisch, denn er wird ja vom individuellen Altern des Individuum auf die ganze Gesellschaft übertragen. Man kann nachverfolgen, dass es der französische Demograf Alfred Sauvy war, der diesen Begriff bewusst eingeführt hat, um der veränderten Altersstruktur, die sich durch eine niedrige Geburtenrate längerfristig ergibt, eine negative Konnotation zu geben. Wir verbinden ja emotional mit dem Begriff Altern das Schwächerwerden, Weniger-Leistungsfähigwerden; das gilt für ein Individuum und endet mit dem Tod des Individuums. Der Begriff suggeriert für Gesellschaften, dass es einen ähnlichen Prozess gibt, obwohl sich eine Gesellschaft natürlich durch jüngere Generationen immer wieder erneuert. Und ob der Anstieg des durchschnittlichen Alters der Bevölkerung eine Schwächung der Gesellschaft bedeutet, ist durchaus kritisch zu hinterfragen. Wenn die jüngeren Generationen, auch wenn sie kleiner sind, durch bessere Bildung, größere Innovationskraft, etc. stärker leistungsfähig sind, heißt das überhaupt nicht, dass eine alternde Gesellschaft notwendigerweise ein negatives Szenario darstellt.

Das zweite was man mit Blick auf das Alter in Frage stellen muss, ist der Begriff eines über die Zeiten hin konstanten Alterseffekts. Es gibt diesen schönen Ausspruch: 70 ist das neue 60, also dass die 70-Jährigen heutzutage genauso fit und vital sind wie die 60-Jährigen vor 30/40 Jahren und dass sie auch mit einer ähnlichen verbleibenden Lebensdauer rechnen können. Es gibt keinen Grund nicht anzunehmen, dass das so weiter geht. Deshalb arbeiten meine IIASA Kollegen Sergei Scherbov und Warren Sanderson an einem großen Projekt zur Neudefinition des Alters. Natürlich, ein 65-Jähriger war früher jemand, der in der Regel alt und gebrechlich und nicht mehr sehr leistungsfähig war; heute muss man sich nur anschauen, wie viele agile 70-Jährige und Über-70-Jährige sich auf Luxuskreuzschiffen befinden, die durchaus im Beruf noch leistungsfähig wären. Aber wir haben eben ein soziales Sicherungssystem, wo in der Regel diese noch dem chronologischen Alter invariablen Altersgrenzen festgeschrieben sind. Zu diesem Thema hat auch die Deutsche Akademie der Wissenschaften Leopoldina zusammen mit anderen europäischen Akademien eine gemeinsame Stellungnahme herausgegeben, die den Stand der

Wissenschaft zum Thema Altern näher beleuchtet.⁵ Es zeigt sich auch dort eine deutlich optimistischere Version auf der Basis von Anpassungsfähigkeit: Ältere Menschen sind eben heute meist nicht nur körperlich gesünder, sondern auch kognitiv länger leistungsfähig und in der Regel auch leistungswillig. Wenn man diese Faktoren hier einbezieht, dann sieht die Zukunft weit weniger dramatisch aus.

Mit Blick auf andere Regionen in der Welt: Gerade über China sagt man immer, dass es dort so entsetzliche demografische Probleme in der Zukunft geben wird. Auch der *Economist* hat kürzlich geschrieben, dass Indien so viel besser aufgestellt sei als China, weil Indien eine deutlich jüngere Bevölkerung hat. Ich halte eine solche Argumentation für absurd, weil die indische Bevölkerung eben so viel schlechter qualifiziert ist, so viel weniger gebildet ist als die chinesische, was viel wichtiger ist als das durchschnittliche Alter. Und auch wenn man die Pensionslast thematisiert: Leider muss man im Falle Chinas sagen, dass die überwiegende Mehrheit der älteren Menschen oder derer, die bald das Alter von 60/65 erreichen, derzeit überhaupt keine Pensionsansprüche haben. Diese Menschen werden vermutlich so, wie es seit Jahrhunderten notwendig war, arbeiten bis sie nicht mehr können. Das ist sicher tragisch und entspricht nicht dem, was wir uns heute unter einem modernen Sozialstaat vorstellen. Aber es heißt auch gleichzeitig, dass dann keine spezielle Belastung für einen Pensionsfond zu erwarten ist – auch wenn man aktuell versucht, langsam ein minimales Sicherungssystem durch Pensionsfonds insbesondere für die ländliche Bevölkerung in China einzuführen. Die Vorstellung, alte Menschen seien eine Last für die Gesamtwirtschaft, hat nur dann Relevanz, wenn diese alten Menschen auch eine garantierte Leistung erhalten.

8. Sie setzen in ihren Arbeiten einen starken Akzent auf den Faktor Bildung, der entscheidend sei für die Entwicklung der Menschheit. Kann Bildung den demografischen Transformationsprozess entscheidend korrigieren, zum Beispiel in Entwicklungsländern?

Die Demografie hat, wenn wir das jetzt einmal wissenschaftshistorisch anschauen, immer versucht, relevante Aspekte der Heterogenität von Bevölkerungen in ihre Modelle einzuarbeiten. Wenn ich also die Geschichte der Bevölkerungsprognosen und des Modellierens von Bevölkerungsentwicklungen anschau, so war es bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts üblich, nur die Gesamtbevölkerung zu projizieren

5 Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina et al. 2014. *Mastering demographic change in Europe*. Berlin. https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2014_Joint_Statement_Demographic_Change_ALLEA.pdf (letzter Zugriff 19. April 2016).

und eine Wachstumsrate r anzuwenden. Erst ab 1950 ungefähr wurde üblich, was heute sozusagen state of the art ist, nämlich die Gliederung nach Alter und Geschlecht. Man hat also bald in Folge der Weltkriege, weil die Altersstruktur plötzlich ganz irregulär war, eingesehen, dass es einen großen Unterschied für die zukünftige Zahl der Geburten macht, ob jetzt große oder kleine Geburtsjahrgänge in das Haupterwerbsalter kommen – und man hat diese Erkenntnis explizit in die Modelle integriert.

In ähnlicher Weise gibt es jetzt viele Gründe dafür – sowohl bei uns als auch in den Entwicklungsländern – eine weitere Quelle der Heterogenität, nämlich die unterschiedliche Bildung explizit mit in die Modelle hineinzunehmen, weil eben sowohl die Geburtenraten als auch die Sterbewahrscheinlichkeiten massiv von der Bildung abhängen. Das ist speziell in den Entwicklungsländern der Fall, aber auch bei uns gibt es bei der Lebenserwartung einen Unterschied zwischen höheren und den niedrigeren Bildungsgruppen. Der Effekt der Bildung der Frauen auf ihre Kinderzahl ist in den Entwicklungsländern enorm. Um als Beispiel Äthiopien zu nennen: Frauen, die niemals eine Schule besucht haben, haben im Durchschnitt sechs Kinder und wenn sie mindestens eine Sekundärschule abgeschlossen haben, dann haben sie im Durchschnitt unter zwei Kinder. All das spricht dafür, die Bildung systematisch als die dritte demografische Dimension – nach Alter und Geschlecht – zu betrachten. Ich nenne Bildung auch die dritt wichtigste Quelle beobachtbarer Heterogenität. Wir haben in praktisch allen Ländern nach der Bildung gegliederte Daten f und wir haben die multi-dimensionale Methodologie, um sie in unsere Analysen zu inkorporieren. Deswegen gibt es eigentlich gar keinen Grund, nicht immer und überall die Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Bildung zu differenzieren und auch zu modellieren.

In der Praxis stellt sich heraus, dass die Aussagen der Demografie durch das explizite Berücksichtigen der sich verändernden Bildungsstruktur viel relevanter werden. Das gilt für alle möglichen Anwendungsbereiche: Bei der Wirtschaftsentwicklung konnten mit unseren neuen Daten, die wir für alle Länder der Welt nach Alter, Geschlecht und Bildung rekonstruiert haben, erstmals zeigen, dass in der Tat die Zunahme von Bildung und Basisbildung breiter Bevölkerungsschichten eine Schlüsselvariable für wirtschaftliches Wachstum ist.⁶ Das konnte man in der Vergangenheit nicht so klar zeigen, obwohl es die ökonomische Theorie immer suggeriert hat, weil man eben nicht die kohortenspezifischen Bildungsdaten hatte; wir konnten etwa klar zeigen, dass in den Ländern wie Singapur, Korea und anderen sogenannten Tigerstaaten das enorme Wirtschaftswachstum in den 1980/90er Jahren

6 W. Lutz, J. Crespo Cuaresma, W. Sanderson. 2008. The demography of educational attainment and economic growth. *Science* 319: 1047-1048.

genau dann stattfand, als die weit besser gebildeten jüngeren Geburtsjahrgänge in das Haupterwerbsalter nachrückten.

Die Relevanz von Bildung für Gesundheit ist ein weiterer Bereich: Wir haben gezeigt, dass es auch bei alten Menschen Unterschiede bei ihrem Gesundheitszustand bestehen, die mit Bildungsunterschieden zusammenhängen. Über Alzheimer wurde gerade eine große Studie publiziert. Auf der Basis der altersspezifischen Alzheimerquote hatte man einen enormen Zuwachs an Erkrankungen prognostiziert, aber dieser Zuwachs ist zum Stillstand gekommen. Der Hauptgrund dafür liegt vermutlich in der Tatsache, dass die heutigen älteren Menschen einfach besser gebildet sind als die früheren. Und dieser Effekt, also dass die gebildeten Menschen in den gleichen Altersgruppen weniger Alzheimer haben oder wenn, dann die Krankheit erst in späteren Jahren zur Ausprägung kommt, weil sie nachlassende Gedächtnisleistung einfach besser kompensieren können, ist beeindruckend und bringt optimistischere Prognosen für die Zukunft. Ein anderer Anwendungsbereich ist die Frage der Vulnerabilität gegenüber dem Klimawandel, wo auch Befähigung durch Bildung einer der entscheidenden Faktoren ist. Wenn die zukünftigen Gesellschaften im Durchschnitt besser gebildet sein werden als die heutigen, dann können sie auch mit den unvermeidbaren Klimafolgen besser umgehen.

Bereits dieser kurze Anriss weniger Themen sollte aufzeigen, dass das starke neue analytische Instrument der multidimensionalen Bevölkerungsdynamik dazu beiträgt, die Demografie in weiten Bereichen wesentlich relevanter zu machen. Lassen Sie mich abschließend noch einmal grundsätzlich betonen: Auch wenn in Deutschland noch nicht so viele Leute verstanden haben, wie wichtig die Demografie als Wissenschaft ist, so bin ich doch sehr optimistisch, dass die Demografie sich einfach Kraft ihrer methodischen Stärke und gesellschaftlichen Relevanz in Zukunft weiter durchsetzen wird.

Die Fragen stellte Tilman Mayer; das Gespräch wurde am 15.4.2016 aufgezeichnet.

Demografie und Geopolitik

Josef Schmid

Zusammenfassung

Der Beitrag will den Weg vorstellen, den eine auf Amtliche Bevölkerungsstatistik festgelegte Demografie zu ihrer thematischen Ausweitung genommen hat und noch wird nehmen müssen. Es stellte sich bald ein Zwang zur sozialwissenschaftlichen Interpretation ein und zwar in Verbindung mit Ökonomie, Soziologie und Politikwissenschaft. Das 21. Jahrhundert hat eine globale Konfliktlage heraufbeschworen, die nach Demografie verlangt und zu ihrem Gegenstand werden muss. Dazu ist eine zeitgemäße Analyse von Macht nötig und besonders der Machtfaktoren, worunter Bevölkerungsgrößen, Bevölkerungsdynamik und qualifiziertes Humankapital (Soft power) zählen. Geopolitik ist das rivalisierende Zusammentreffen, ein Wettkampf um Territorien, Einflusszonen und um öffentliche Güter. Demografische Transformation verursacht und verstärkt – nach Auffassung des Autors – aktuelle und zu erwartende Konfliktlagen, , die zu vermessen und zu beurteilen, eine danach ausgerichtete Demografie aufgerufen ist.

Schlüsselwörter

Demografie, Soziologie, Geopolitik, Bevölkerungswissenschaft, Macht, Demografischer Übergang, Bevölkerungsgröße, Bevölkerungsdynamik

Die Wissenschaften vom Menschen sind wieder herausgefordert, den Rahmen ihrer Kompetenz und Zuständigkeit neu zu bestimmen, wenn nicht gar zu erweitern. Die Globalisierung scheint die Arbeitsfelder der Disziplinen ins Grenzenlose getrieben zu haben. Vielleicht war die Nationalökonomie noch am ehesten darauf vorbereitet, weil eine wachsende Außenwirtschaft eine neue Qualität von Welthandelsströmen und Finanztransfers vermuten ließ. Umso mehr wurden die Disziplinen Politikwissenschaft und Soziologie unerwartet von Globalisierung getroffen und diese von ihnen als neuer Weltzustand gedeutet (Schmid 1996).

Die drei genannten Disziplinen führen noch eine vierte im Gepäck, die ihnen mit statistischen Fakten eine realistische Basis verschafft. Es ist dies Bevölkerungswissenschaft, inzwischen geläufiger als Demografie bezeichnet.¹ Sie ist geprägt von den jeweiligen Bezugswissenschaften, in deren Diensten sie stand bzw. noch steht: es gibt eine Demo-Ökonomie, eine Bevölkerungssoziologie und eine Demografie-Strategie bzw. bevölkerungsbezogene Politik.

1 Demografie als Sozialwissenschaft – Quantität und Qualität

Demografie hat sich längst von den Bezugswissenschaften gelöst und ihre Fragestellungen und Methoden eigenständig gebündelt. Sie beruht auf statistischen Ergebnissen, die zugleich unverrückbare Fakten zu menschlichen Angelegenheiten sind: Lebenslauf, Alter, Familie, Gemeinschaft und Staat, regionale Kulturen und ihre Ausdehnung auf Kontinenten. Demografie hat die Aufgabe, quantitative Analyse und qualitative Einschätzung sozialer Vorgänge zu verbinden. Bekannte Beispiele sind das quantitative Verhältnis von Jung und Alt nun einer qualitativ-soziologischen Analyse des Generationenvertrages zu unterziehen – oder zu zeigen, welche Machtungleichgewichte zwischen Ethnien und Religionen die Bereitschaft zu Konflikt und Krieg nähren. Sie werden nicht nur mit materieller, sondern auch mit immaterieller, ideologischer Munition ausgetragen.

Die Demografie kann alle wesentlichen Funktionen, die eine Gemeinschaft und ihre Lebensformen dauerhaft machen, wie Familie, Paarbeziehung, Arbeitsteilung auf eine gesicherte Datenbasis stellen, die dann auch als Basis für die sozialwissenschaftliche Interpretation dient.

1 Der Modus eines Bevölkerungswachstums oder einer Abnahme wird im Journalismus oft schon allein als „Demografie“ bezeichnet. Hier soll nur die Disziplin damit genannt sein und nicht bereits eine Tendenz.

Längst wurde die rein statistische Demografie um den Wissensvorrat von Wirtschafts- und Sozialgeschichte, soziologischer Theorie, Empirie und der politischen Machtfrage erweitert. Das Verhältnis von Politik und Demografie besteht schon, seit es Amtliche Statistik gibt. Darüber hinaus wurde Demografie von politischer Seite zur Evaluierung von Maßnahmen genutzt, die in die Bevölkerungsvorgänge eingreifen sollen. Dies betrifft Migration, Heiratsgesetze, Frauenbeschäftigung und Besteuerung von Familien sowie Siedlungs- und Raumfragen.

Demografie hat ihre Eigengesetzlichkeiten und ihre Hauptgegenstände zeigen das: die natürliche Bevölkerungsbewegung (der aufeinander abgestimmten Geburten- und Sterbevorgänge); sodann die Alters- und Geschlechtsverteilung, die sichtbar gemacht mit der „Alterspyramide“, über einen exakten Anschauungsunterricht zum Vorrücken der Jahrgänge im Generationsverlauf verfügt. Volkswirtschaftslehre, Politikwissenschaft und Soziologie fehlt eine derartig gegliederte und gesicherte Basis. Sie wagen es nicht, über fünf Jahre hinaus zu prognostizieren, während für eine Bevölkerung mit einer Lebenserwartung von durchschnittlich 80 Jahren eine Bevölkerungsvorausschätzung auf 50 Jahre nur noch wenig falsch machen kann. Demografie ist die verlässlichste Basis eines Zukunftsdenkens.

Die Demografie deckt Zustände auf. Ein Bündel ausgewählter demografischer Indikatoren beleuchtet eine Epoche präziser als reine Historie. Kindersterblichkeit ist ein sensibler Indikator, der schon allein auf den Entwicklungsstand einer Region hindeutet. Um einen Entwicklungsprozess im größeren Rahmen zu verstehen, helfen soziologische Theorien wie diejenige vom *demografische Übergang*. In ihm wird für die Bevölkerungsstruktur das vollzogen, was sich in der Gesellschaft auf ihrem Modernisierungsweg, also auf dem Weg in die Industrialisierung, Landflucht und Verstädterung zugetragen hat. Auf Seite der Bevölkerung ist es ein Übergang von vormodernen, agrarischen Verhältnissen mit hoher Sterblichkeit und ebenso hohen Geburtenzahlen zu niedriger Sterblichkeit wie Geburtenhäufigkeit in nur zwei Generationen. Es spiegeln sich darin die Auswirkungen industrieller Fortschritte und Lebensverbesserungen. Der so genannte demografische Übergang stellt den wechselseitigen Modernisierungsprozess von Bevölkerung und Gesellschaft in den Rahmen sozialer und kultureller Evolution.

Die wichtigsten demografischen Indikatoren stehen fest. Es sind dies die Messzahlen der drei Bevölkerungsvorgänge Geburten, Sterbefälle und Migration. An ihren quantitativen Veränderungen im Lauf der Zeit sind Ausmaß und Folgen der industriellen Umwälzungen abzulesen: da ist einmal an die Verkleinerung der Familien zu denken: von 5 Kindern und mehr vor 1900 auf nur noch 2 in der Zwischenkriegszeit; sodann der Anstieg der Lebenserwartung, besonders nach dem Zweiten Weltkrieg. Die verlässliche empirische Basis bewahrt die Demografie vor einem Abgleiten in überzogene Interpretation, Prophetie und kulturkritische

Prosa. Man könnte die Kant'sche Bemerkung, es sei nur so viel Wissenschaft in einer Aussage, als sich in ihr Mathematik befinde, analog abwandeln: es sei nur so viel gesichertes Wissen in sozialen, ökonomischen und politischen Aussagen, als in ihnen Demografie stecke.

2 Historische Tendenzen und Bevölkerungsdynamik

Interpretationen benötigen neben dem statistischen Material theoretisches Wissen, das der Forschungsfrage angemessen ist. Systemtheorie taugt für Probleme politischer Einheiten wie Integration, sozialer Zusammenhalt und Wandel (Karl W. Deutsch, David Easton); der Ökonomie ist ein „rational choice“-Ansatz entnommen, der menschliches Handeln in Entscheidungen und Kosten-Nutzen-Erwägungen auflöst (G.C. Homans, Hartmut Esser) und schließlich die interpretative Soziologie, die sich in Sachen Alltagsbewältigung, Kommunikation und Kulturverstehen für zuständig hält (Peter L. Berger, Th. Luckmann, Herbert Blumer).

In einer sozialwissenschaftlichen Demografie hat jeder Sachverhalt eine *historische Dimension*, weil er aus vergangenen Strukturen – Brüche und Umwälzungen eingeschlossen – hergeleitet werden kann. Jede demografische Situation trägt Vergangenheit und Zukunft in sich und kann es mit Faktenwissen belegen, sei es für zurückliegende Epochen, sei es mit Vorausberechnungen und Projektionsmethoden für die Zukunft.

Die auf Bevölkerungsstatistik beruhende Demografie kennt *Bestandsmassen* (Größe und Größenveränderungen) und *Ereignismassen* (Häufigkeiten demografischen Verhaltens im Lauf der Zeit: Geburten, Eheschließungen, Grenzübertritte, Sterbefälle).

Aus den Größenverschiebungen in der Bestandsmasse sind zweifellos historische Tendenzen abzulesen – wie etwa die Vervielfachung der europäischen Bevölkerung seit Beginn der Neuzeit. Ereignismassen bieten einen genaueren Einblick in Leben und Sterben in einer Region zur bestimmten Zeit. Über die letzten 250 Jahre ist ein langsamer Rückgang der Sterbefälle in den jüngeren Altersklassen zu beobachten, was auf verbesserte Agrartechniken und Lebensumstände in Europa zurückzuführen ist. Die Ereignismassen geben dagegen einen Einblick in ein demografisches Verhalten, das zu einem Bevölkerungswachstum, zu Stagnation oder zur Bevölkerungsabnahme führt. Sie zeigen eine *Bevölkerungsdynamik*. Darunter sind das Tempo und die Intensität zu verstehen, mit denen sich eine Bevölkerung in eine bestimmte Richtung bewegt.

Die moderne Bevölkerungsstruktur wirft neue Fragen auf: In welchen Altersklassen wird durchschnittlich geheiratet? Wie verhält sich die Zahl der Ehescheidungen zur Zahl bestehender Ehen? Wieviel Nachwuchs trauen sich junge Paare zu und

warum zögern Ausbildungszeiten die Eheschließung und Erstgeburt bis um das dreißigste Lebensjahr hinaus? Liegt Kinderlosigkeit ein fester Entschluss des Paares zugrunde oder ist es eher ein Hineinschlittern in die Kinderlosigkeit durch Verschieben und Verdrängen des Kinderwunsches? Verliert sich der Kinderwunsch im Gestrüpp der persönlichen und beruflichen Umstände zwischen 29 und 34?

Es ist herrschende Lehrmeinung, dass die postindustrielle Gesellschaft, die sich der höchsten Freiheitsgrade rühmt, dennoch Zwänge hervorbringt, die bis in das Familienbild, die Partnerschaft und die Individualität hineinreichen.

Der Alterungsprozess steht damit insofern in einem Zusammenhang, weil Geborenendefizit ja nichts anderes bedeutet als Jugendschwund, der zu zwei Drittel für den Alterungsprozess verantwortlich ist. Unsere Zivilisation hat die Sterblichkeit im Jugend- und Erwachsenenalter maximal beseitigt und so findet die Arbeit an steigender Lebenserwartung nur noch in den Altenjahrgängen sein Wirkungsfeld. Unablässig steigt das Alterungsmaß, das Durchschnittsalter der Gesamtbevölkerung und es steht inzwischen bei über 40: es ist das Medianalter, an dem sich die Bevölkerung exakt in zwei gleich große Teile, in einen jüngeren und einen älteren teilt. Der Jugendschwund bewirkt ein anteilmäßiges Weiterwachsen der Altenbevölkerung am Gesamtvolumen, während die steigende Lebenserwartung in dieser Altenbevölkerung die Zahl älterer Menschen absolut erhöht. Es gibt jährlich mehr 90-jährige als im Jahr zuvor und jährlich mehr Hundertjährige als jemals zuvor. Die Kombination der zwei Alterungsfaktoren in der deutschen Bevölkerung, von Jugendschwund und steigender Lebenserwartung, macht sie zu der am raschesten alternden Bevölkerung der Erde.

Beiden Faktoren wohnt eine starke Sogwirkung inne, die im Falle der Geborenendefizite eine ständige Abwärtsbewegung der deutschen Bevölkerungszahl bedeutet. Die Langlebigkeit in einer Bevölkerung zeigt sich an einem wachsenden Altenkopf seiner Alterspyramide, den die Sozialpolitiker des Generationenvertrags als Solidargemeinschaft in Schieflage bezeichnen und als *Koloss auf tönernen Füßen* fürchten.

Dieser Zustand charakterisiert Deutschland, das einer der bestorganisierten Industrie- und Verwaltungsstaaten der Gegenwart ist. Man sieht sich darin geschichtlich erfolgreich, weil zugleich maximale Freiheit und ein noch nie dagewesener Individualismus hervorgebracht wurden, in dem allerdings Partnerschaft und Familiengründung nicht mehr vorrangige Lebensziele sind.

Die Demografie hat hier die Hand am Pulsschlag der Völker: Die Alterspyramide der modernen wie der entwickelnden Welt umspannt die Altersjahrgänge der Neugeborenen bis in die hohen Altersstufen. Aus ihr ist zu ersehen, wie viele der einzelnen Jahrgangsstufen in die nächst höheren gesellschaftlichen Funktionen hineinwachsen, – wie aus den Jugendjahrgängen schrittweise ein qualifiziertes Humankapital wird.

Man muss die Intensität ermessen, mit der sich eine Bevölkerung in ihrem Inneren erneuert oder verringert und welche Stellung sie im Konzert mit anderen Nationalstaaten einnimmt. Es ist also die *Wachstumsdynamik*, mit der es einer Bevölkerung von achtbarer Größe gelingt, auf internationaler Bühne als Akteur aufzutreten und ernst genommen zu werden.

Altbekannte Wörter wie „Lebensraum“ (Friedrich Ratzel), Kampf ums Dasein, Überleben des Fittesten kommen wieder in den Sinn, um eine Welt in Krieg und Konflikten zur Kenntnis zu nehmen, die mit dem Ende des Kalten Krieges wieder-gekehrt ist. An dessen Stelle traten viele kleine heiße Kriege, so dass ein agonales, auf Kampf und Wettbewerb gerichtetes Welt- und Menschenbild in die Gemüter der Führungsklassen einzuziehen beginnt. Die Heftigkeit der Auseinandersetzungen scheint kein Völkerrecht zu bändigen und schlichten zu können.

Ein Grund für die Komplikation und die streckenweise Aussichtslosigkeit, Kriegshandlungen zu beenden, sind die Machtkämpfe hinter ihnen, die außerhalb dieser Sphäre unbekannt sind oder nicht verstanden werden. Was im 21. Jahrhundert Macht bedeuten könnte, ist eine propädeutische Frage der Geopolitik.

3 Macht im 21. Jahrhundert

Schon ein kurzer Blick in die Geschichtsbücher belehrt über Macht. Macht ist schwer zu fassen, aber unschwer zu spüren. Das Tagesgeschehen handelt von Übermacht, Supermacht, dann noch von Mittelmächten und so ist Macht niemals ein neutraler unpolitischer Begriff. Die Grundlagen und Attribute von Macht sind als bekannt vorauszusetzen. Weniger bekannt ist das große Spektrum, in dem die Grundpfeiler Territorium und Einwohnerzahl zueinander stehen. Die Fürstentümer Lichtenstein und Monaco mögen territorial und nach Einwohnerzahl zwar unbedeutend sein, doch können sie als Steueroase und beliebter Aufenthaltsort der Weltprominenz ihre geringen klassischen Machtfaktoren anderweitig kompensieren.

Die geniale Definition von Max Weber, Macht sei die Chance, Gehorsam zu finden, wurde auch vom französischen Soziologen Raymond Aron (gest. 1983) übernommen, der der fruchtbarste und scharfsinnigste Denker der Epoche nach 1945 geworden ist. Sein Schrifttum war grundlegend für das Studium von Machtkonstellationen, Ideologien und Geopolitik (R. Aron, 1962).

Das eigentliche Thema ist die Herausbildung von *Machtfaktoren* im Verlauf gesellschaftlicher Entwicklung. In frühen Geschichtsepochen war Macht gleichbedeutend mit militärischer Macht, um fremde Territorien zu erobern und die eigenen

zu schützen. Der nächstwichtige klassische Machtfaktor ist Bevölkerung, solange aus ihr Steuern und ein stehendes Heer herangebildet werden kann.

Mit Verfeinerung der inneren Struktur der Machtgebilde kam dann Wirtschaft hinzu. Rechnungswesen und Geldtransfer wurden in den oberitalienischen Stadtstaaten erfunden, in denen sich ein erstarktes Bürgertum der Adelherrschaft entgegenstellte. Deutsche Kaiser als Darlehensnehmer von den Augsburger Fuggern zu Beginn der Neuzeit sind ein Symbol für den sinkenden Wert ausschließlich militärischer Macht und den Aufstieg des Bürgertums.

Im Verlauf der neuzeitlichen Entwicklung blieben die klassischen Konstanten der Macht weiterhin gültig, unterliegen aber Verschiebungen. Militärtechnik und Bewaffnung bleiben im Kriegsfall die zentralen Faktoren, werden aber in vieler Hinsicht ergänzt. Aus Kriegen und Spannungen entstand ein erweiterter Katalog um Wirtschaftskraft und Industrie. Die Produktionssektoren Boden, Arbeit, Kapital sind Güter von außenpolitischer Bedeutung geworden. Autarkiestreben war auch immer ein Signal nach außen. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kommen zu den *physisch-materiellen* Machtfaktoren mehrere „*immaterielle*“ hinzu. Denn Macht kommt nicht mehr ohne Imagepflege aus. Sie hat nicht mehr allein auf dem Schlachtfeld zu obsiegen, sondern hat zu tun, sich im Wettbewerb mit Rivalen durchzusetzen und in der Weltmeinung sich günstig darzustellen. Dies wirkt als Vertrauensvorschuss, schlägt auf diplomatischen und kommerziellen Umwegen günstig zu Buche und stärkt die Machtposition.

Zu den immateriellen Ressourcen zählen Innovationskapazitäten, die ein darauf ausgerichtetes Bildungssystem brauchen; für technologische Fortschritte gehört schon in der Jugenderziehung der Boden bereitet. Der US-Politologe Joseph Nye nannte die immateriellen Machtkriterien *Soft Power* (Nye, 2004). Das ist Fähigkeit zu gelungener Öffentlichkeitsarbeit und damit die Eigenschaft eines Staates, Einfluss zu haben und als attraktive Nation zu erscheinen, wie Frankreich vom 17. bis zum 19. Jahrhundert und wie die USA im 20. Jahrhundert; sodann durch kulturelle Ausstrahlung zu überzeugen und einen beneidenswerten Lebensstil vorführen zu können.

Wissensbasierte Fähigkeiten und Fertigkeiten werden immer wichtiger, um die physischen Ressourcen eines Territoriums zu erschließen. Handelt es sich hierbei um ein begehrtes Welthandelsgut (z. B. Erdöl, Erdgas, sonstige Bodenschätze wie Seltene Erden) und fehlen für den Ressourcenabbau die neuesten Technologien, werden ausländische Großunternehmen für die Erschließung gewonnen. Ein ressourcenreicher Staat (z. B. Nigeria) spart damit zwar an Investitionen, mindert jedoch seine Macht. Eine dringliche Modernisierung nach innen wird dadurch beeinträchtigt, dass die Eliten des Landes sich als die alleinigen Besitzer der Ressourcen betrachten und die Abbaugewinne mit den beauftragten Firmen teilen. Konflikte

mit Stammesvölkern, die Ansprüche anmelden, werden niedergeschlagen. China will seinen Ressourcen hunger durch enge Wirtschaftsbeziehungen zu afrikanischen Staaten stillen. Die Folgen sind noch nicht abzuschätzen. Idealerweise müsste es einen Tausch von Materie gegen technisches Know-how geben.

Eine Warnung ergeht an Staaten, die ihren Außenhandel allein mit Bodenressourcen bestreiten. Dies kann zu einem fehlgeleiteten „*Segen der Erde*“ (nach Knut Hamsun) führen, wenn er das Haupteinkommen eines Staates bildet und die Exportgewinne von der herrschenden Elite eingestrichen werden. Exemplarisch sind hier die Ölförderstaaten am Golf und im Nahen Osten. Es sind absolute Monarchien, wo die Grenze zwischen Staatsbudget und Privatschatulle des Herrschers fließend ist. Die dort üblichen Monumentalbauten sollen nicht über die Entwicklungsdefizite hinwegtäuschen. Wenn die Gewinne aus dem Ressourcenexport nicht in gründliche Entwicklungsprogramme, in Alphabetisierung und Erziehung der einheimischen Bevölkerung investiert werden, drohen Revolten mit gefährlichem Ausgang. Hier sei der Arabische Frühling von 2011 genannt, der seinen Frühling noch nicht erlebt hat. Überall dort, wo ein plötzlicher Reichtum im Lande selbst keine Wurzeln schlägt, wo die Menschen aus ihren kümmerlichen bäuerlichen Existenzen nicht herausgeholt, nicht zu wertschöpfender Arbeit herangezogen werden, hat Machtverlust schon eingesetzt. Das postkommunistische Russland ist bestrebt, mit Hilfe der Ressourcen Erdöl und Erdgas etc. seine verlorene Weltmachtrolle teilweise zurückzugewinnen. Ein großer Nachteil des Handels mit flüssigen und flüchtigen Ressourcen ist, dass er kaum nennenswert Arbeitsplätze schafft.

Positive Beispiele sind die USA, deren Anteil an natürlichen Ressourcen am gesamten Exportaufkommen gering ist. Das könnte sich ändern, wenn die USA beginnen würden, im großen Stil Erdgas aus Gestein gewinnen zu wollen (Fracking) und auf den Weltmarkt zu werfen. Mit Norwegen ist ebenfalls ein positives Beispiel zu nennen. Seine Erdölexporte sind zwar beträchtlich, doch sorgt seine offene, transparente Demokratie dafür, dass ihre Gewinne dem Gemeinwohl zugutekommen.

4 Geopolitik – Sichtweise und Prinzipien

Mit Geopolitik verbindet sich zum einen ein Erfahrungsschatz, der das zusammenfasst, was in Politologie und Soziologie internationaler Beziehungen an Forschungstätigkeit hervorgebracht hat. Verteilungskämpfe und Rankkämpfe um Machtpositionen sind von größtem Interesse. Zum andern ist Geopolitik eine Sichtweise, wenn nicht schon Methode, um auf eine Welt der Spannungen, Interes-

senkämpfe, der regionalen Machtausübung und der verschiedensten Kriegsformen angewendet zu werden.

Geopolitik ist das Studium der Rivalitäten um Macht und Einfluss auf einem Territorium (Courdin/Verluisse 2015). Eine Situation ist geopolitisch, wenn Territorien regelrecht auf dem Spiele stehen, wenn sie der Einsatz in Machtspielen und Machtkämpfen sind. Das Streitgut muss bedeutsam sein, dass Rivalitätskämpfe darum verständlich sind (Giblin 2010). Geopolitisch relevant ist, (a) wenn die Aneignung eines fremden oder strittigen Gutes ernsthaft betrieben wird, (b) wenn sich Kräfte regen, dies zu verhindern, (c) wenn ein potenzieller Interessent vom Erwerb bewusst zurücktritt, (d) wenn er einem Machtspiel darum gleichgültig gegenübersteht. Politikenthaltung signalisiert ein Einverständnis mit den jeweiligen Abläufen. Die Thematik der Geopolitik widerspiegelt den Gang der Menschheitsgeschichte.

Sowie sich neue, bislang unbekannte Akteure auf dem internationalen Parkett oder Schlachtfeld zeigen und eine bis dato gültige Weltordnung umzustößen drohen, ist die Zeit für Geopolitik angebrochen. Es ist auffällig, dass Umstürze und Neuerungen, die das Gesicht der Erde verändern, mit der Neuzeit zugenommen haben. Die langen Zeiträume, über die sich die Reiche im Altertum erstreckt haben und lebendig erhielten, sind mittlerweile undenkbar. Normal ist eher, dass in einem Menschenleben, so wie im 20. Jahrhundert, zwei Weltkriege und alle Höhen und Tiefen im Politischen und Wirtschaftlichen, von Diktatur und Staatskriminalität bis liberale Demokratie, von Staatsbankrott bis Wirtschaftswunder Platz finden. Die Ereignisdaten, welche den Zeitverlauf in ein Vorher und Nachher scheiden, kommen in immer kürzerem Abstand.

So wird verständlich, dass das 20. Jahrhundert das weltgeschichtliche Treibhaus für die Idee einer Geopolitik geworden ist. Begründer ist der Schwede Rudolf Kjellén (gest. 1922), Fortsetzer und bekanntester Protagonist schon in der Zwischenkriegszeit wurde Karl Haushofer (gest. 1946) mit Monatszeitschrift und eigenem Institut. In der Nachkriegszeit war es die Weltmacht USA, die schon geopolitische Konzepte besaß und befolgte (*Monroe-Doktrin*), und unter dem Stichwort *containment* dem kommunistischen Gegner im Kalten Krieg begegnen wollte; sodann wird unter der Thematik Sicherheit und mit den Namen George Marshall, William Fulbright, Zbigniew Brzezinski und Henry Kissinger zu Geopolitik geforscht, geschrieben und nach ihr gehandelt.

Die längste stabile Ordnung verschaffte der Westfälische Frieden, indem er den souveränen Staat erfand, der sich einen Raum mit anderen zu teilen habe. Bis daraus dann Nationalstaaten wurden, musste erst die Nation greifbar sein und mit dem Staat vermählt werden. Das dauerte noch 200 Jahre. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges mussten mehrere geopolitische Einschnitte verkraftet werden; so die Ordnung von Jalta, die Europa und die Welt teilte in einem Kalten Krieg. Der Zerfall

des Kommunismus und die Auflösung der Sowjetunion beendeten diese Epoche und schufen eine neue, in der vieles nicht neu war. Die Wende befreite wieder alles das, was vom gewalttätigen Unionismus begraben worden war, und was auch der Westen meinte, mit Aufklärung und individualistischer Demokratie ausreichend zersetzt zu haben. Es geht hier (1) um die Wiederkehr des Nationalstaates, der Nation und Ordnung versöhnt; die kleinen Einheiten wie Volksgruppen und Stämme melden Ansprüche an und drohen mit Krieg, der wegen der Ungleichheit der Kriegsparteien *asymmetrischer Krieg* genannt wird; schon meldeten sich die seit hundert Jahren bekannten Pulverfässer Kaukasus, der Balkan und der Nahe und Mittlere Osten; (2) ein Bedeutungsgewinn von Religionen außerhalb Europas, der in Feindschaften und Kriegen zum Vorschein kommt. Für den Westen war der Islam Geschichte, nun zeigt er sich wieder lebendig, ausgreifend und gefährlich in seiner sektiererischen Vielfalt; (3) Die Zerstörung des World Trade Centers am 11. September 2001 war wie die Ansage eines neuen Ost-West-Konflikts mit terroristischen Mitteln (Islamismus, Salafismus, Islamischer Staat) und ideologischer Zielrichtung: Westeuropa besteht auf Werten des *Universalismus* wie Menschenrechte, Verfassung und Demokratie, während der Osten und Süden ein Volksgruppendenken, religiös-ethnische Gruppenziele und Kulturdifferenzen gegenüber dem Westen stark betonen. Man kann hier von einem *Kulturalismus* sprechen, der sich allerdings nicht selbstgenügsam gebärdet, sondern den Raum oder die Welt „islamisieren“ möchte. (4) Das Auftauchen Chinas als Wirtschaftsmacht war die einschneidendste Änderung des globalen Machtgefüges. Indien befindet sich in einem Aufholprozess mit konstant hohem Wirtschaftswachstum, während die westliche Welt ab 2007 die größte Finanzkrise seit 1929 zu bewältigen hat. (5) Im Frühjahr 2011 begann im nordafrikanischen Raum und im Nahen Osten ein so genannter „Arabischer Frühling“ oder „Arabellion“ – ein Aufstand der Mittelklassen gegen die autoritäre Willkürherrschaft von Tunesien, Libyen und Ägypten, die über Jahrzehnte keine Besserung ihrer Lebensumstände zuwege gebracht und auch nicht erwarten ließ. Daran knüpften sich in Europa Hoffnungen auf eine demokratische Revolution, die sich nirgendwo erfüllt hat. Es ist auch ein Musterbeispiel für eurozentrische Fehldeutung von brutalen Großereignissen in Europas unmittelbarer Nähe. In diesem Zusammenhang müssen auch laufende Fehlentscheidungen am Golf Irak, Iran und Afghanistan festgestellt werden. Am Desaster und Schlachtfeld Syrien versagt noch immer jeder Deutungsversuch. (6) Der von Demografie schon seit Jahrzehnten gefürchtete Aufbruch der Völker Asiens und Afrikas nach Westeuropa hat sich in aller Dramatik in wenigen Monaten ab Herbst 2015 eingestellt – in einem Ausmaß, wofür das schlichte Wort „Migration“ den wahren Vorgang verniedlicht. (A. Sauvy, 1982, 1987). (7) Die Globalisierung wird nicht nur durch regionale Konflikte und Stammesfehden zergliedert, sondern auch durch neue Formen von Ehrgeiz zur „Reichebildung“. Es ist das Bestreben,

über Abhängigkeiten anderer und Kooperationsangebote eigene Einflusszonen zu schaffen und besonders dort, wo sie schon einmal bestanden haben; das wäre im Falle Russlands das außerhalb der EU gebliebene Osteuropa und Zentralasien. Solches Bestreben bestand schon immer bei den USA gegenüber Lateinamerika und inzwischen auch gegenüber Asien. China versucht im südchinesischen Meer, sich eine Einflusszone zu schaffen und will die anderen Anrainer und Mitbewerber davon fernhalten.

Nun erhebt sich die Frage, ob aus diesem vielfältigen Aufriss eine Kategorie gefunden werden könnte, die Klarheit in diese epochalen, auseinanderstrebenden Erscheinungen trägt.

Demografische Bewegungen geben verlässliche Hinweise auf die tiefer liegenden Motive gesellschaftlichen Wandels. Die daraus bezogene Information ist realistisch sowohl was die Gegenwart betrifft, wie für das, was bis Mitte des Jahrhunderts in großen Zügen bevorsteht.

5 Demografische Transformation und Geopolitik

Demografische Transformation ist am Zustand und Wandel der Bevölkerungsgewichte zu erkennen und zugleich die Ursache, zumindest ein ernstes Motiv für Staaten und Staatenbünde, sich in internationalen Beziehungen neu zu verorten. Strukturwandel der Bevölkerungen von derartigem Ausmaß in allen Weltregionen beeinflussen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, auf die Stimmungslage der Nation und die nationalen Ziele. Die gewaltige Transformation in den Entwicklungsländern wird die Sicherheitslage Europas und des Westens allgemein betreffen, schon im Hinblick auf die dort vor sich gehende Alterung.

Eine möglichst große Bevölkerung in die Waagschale des Schicksals einer Nation zu werfen, galt Jahrtausende als ein unbestrittener Vorteil im Kampf um Raum und Geltung. Die schrankenlose Vermehrung der Bevölkerung in einem Staat hat die Nachbarn und die Region schon immer berührt, bzw. beunruhigt. Auf rasches Anwachsen seiner Bevölkerung, sei es mit deutlich mehr Geburten als Sterbefällen oder starker Zuwanderung waren Staaten niemals vorbereitet. Im ersten Fall treten bald Ressourcen- und Nahrungsmangel auf, im zweiten Fall bleiben Verteilungskämpfe zwischen Zuwanderern und einheimischer Bevölkerung nicht aus.

Das Machtargument der großen Bevölkerung hat im Lauf der Geschichte gewiss seine Bestätigung erfahren. Sie stand für gelungene Eroberungszüge, gewonnene und verlorene Schlachten mit Menschenopfern ohne Zahl. Die Erinnerungsdaten zum Ersten Weltkrieg vor 100 Jahren sind Anlass, sich das Schicksal großer Heere

vor Augen zu führen. In einem Abnutzungskrieg (Gen. Falkenhayn) wurden die geburtenstarken Jahrgänge vor 1900 bewusst geopfert. Frankreich bangte um seinen Sieg wegen seiner geringen Geburtenrate während des 19. Jahrhunderts. Als Japan in den 1930er Jahren Abtreibung verbot – höchst ungewöhnlich für eine asiatische Nation – war das bereits ein Zeichen für seinen bevorstehenden Eroberungskrieg im pazifischen Raum.

China mit seiner größten Bevölkerung seit je auf Erden lebt einige tausend Jahre in dem Bewusstsein seiner Unverrückbarkeit und scheint keine Aggressivität nach außen entwickelt zu haben. Fremde Eroberer wie Mongolen und Mandschus sind viel kleinere Reitervölker, die nach ihrem Sieg von der chinesischen Großbevölkerung regelrecht absorbiert wurden. China wurde jeweils um die Herkunftsländer seiner Eroberer größer. Doch das Reich der Mitte hat mit der Konfrontation mit westlichen imperialistischen Mächten im 19. Jahrhundert erfahren müssen, wie nachteilig es ist, nicht zu einer Volkserhebung fähig zu sein. Das zeigte der Opiumkrieg, wo China machtlos seiner Öffnung durch überlegene Kriegsflotten zusehen musste; nicht weniger zeigte das der so genannte Boxeraufstand, der als sektiererischer nativistischer Aufstand gegen Fremde gedeutet werden kann.

Erst unter Mao wurde China zu einer nationalstaatlichen und trotz aller Irrwege handlungsfähigen Einheit.

Indien, mit bald der größten Bevölkerung der Welt, war vor 150 Jahren schon mit dem heutigen Pakistan und Bangladesch ein territorialer und demografischer Gigant. Es war ebenso gespalten in Fürstenherrschaft und Religionskriege, so dass es für einen entschlossenen Eroberer zur leichten Beute werden konnte. 1857, das Jahr der Einverleibung Indiens in das Britische Weltreich erregt bis heute bei der Elite des Landes Selbstzweifel und Schmach: Wie war es möglich, – so Indira Gandhi in einem Vortrag kurz vor ihrer Ermordung – dass so viele Inder von einer kleinen Schar Briten wie im Handstreich erobert und 150 Jahre von ihnen beherrscht wurden.

Es gäbe noch weitere Beispiele, mit denen der relative Wert einer großen Bevölkerung dargestellt werden könnte. Materielle Machtfaktoren gehören mit organisierenden und innovativen Fähigkeiten verbunden, die aber erst im Entwicklungsprozess der Gemeinwesen entstehen. Heute verfügt kein Staat und keine Staatengruppe über alle Faktoren der Macht und niemand hat ernstlich vor, sich an die Stelle der Vereinigten Staaten zu setzen. Bevölkerung bleibt eine Machtbedingung, wenn sie zu einem fortgeschrittenen Entwicklungsstand herangebildet wurde und dadurch die Handlungsfähigkeit eines Gemeinwesens garantiert.

Die Bevölkerungsgrößen sind auch Daten der Weltgeschichte. Das Aufblühen und der Untergang von Reichen wird mit Größenveränderungen begründet, die schon in der Bevölkerungsdynamik nachweisbar sind (s.2.Kap.). Oswald Spengler sagte, dass eine hohe Geburtenziffer ein Kennzeichen aufblühender Staaten sei.

Danach müsste der andauernde Geburtenrückgang Märkte, Zentren und Städte ausdünnen und Räume entvölkern. Dagegen steht der Modernisierungsprozess des demografischen Übergangs, in dem Geburtenrückgang als industrielle Rationalität in Familie und Lebensform erscheint. Er kann nur beurteilt werden, wenn man seinen Ausgangspunkt, sein Tempo und seinen vorläufigen Endpunkt genau be-
sieht. Geburtenrückgang in einer bäuerlichen 8-Kinder-Familie um 1900 ist völlig verschieden vom Geburtenrückgang in einer städtischen Zwei-Kinder-Familie. Mit Ende des Babybooms 1965 war in nur 8 Jahren die deutsche Geburtenzahl von 2.2 Kindern je Frau im Durchschnitt um fast die Hälfte gefallen und landete ein Drittel unterhalb des Generationenersatzes. Damit ist ab 1973 eine nie dagewesene demografische Situation entstanden, eine programmierte Bevölkerungsimplosion. Sie setzt die deutsche Bevölkerungsdynamik in eine Negativspirale, in einen Sog abwärts, dass selbst eine hohe Zuwanderung den Trend nicht umkehren wird können.

Tab. 1 Die EU-28 im demographischen Vergleich der Weltregionen: 2015-2020, 2050 (Mittlere Projektionsvariante, UNPD 2015)

Bevölkerung	Bev. Mitte 2015 in Mio.	Nat. Wachs- tumsrate 2015-2020 in %	Durchschn. Kinderzahl je Frau 2015-2020	Bev. 0-14 2015 in %	Durch- schnittl. Lebens- erwartung bei Geburt 2015-2020	Bev. 2050 in Mio.	Anteil an Welt- bev. 2050 in %
WELT	7.349	1,1	2,5	26	72	9.725	100
Industrieländer	1.251	0,1	1,7	16	79	1.286	13
Entwicklungsländer	6.098	1,3	2,6	28	70	8.439	87
Europa	738	-0,1	1,6	16	78	707	7
- EU-28 (*)	510	0,0	1,5	16	81	518	5
Afrika	1.186	2,5	4,4	41	61	2.478	25
- Nordafrika	224	1,8	3,1	32	72	354	4
Asien	4.393	0,9	2,1	25	73	5.267	54
- Westasien	257	1,6	2,7	30	74	395	4
Nordamerika	358	0,4	1,9	19	80	433	4
- USA	322	0,4	1,9	19	80	389	4
Lateinamerika/Karibik	634	1,0	2,1	26	76	784	8

Quelle: UNPD (Population Division of the Department of Economic and Social Affairs of the United Nations Secretariat) (2015). World Population Prospects: The 2015 Revision. Highlights. New York: UN, <http://esa.un.org/unpd/wpp/> (Zugegriffen 01.02.2016); (*) DSW (Deutsche Stiftung Weltbevölkerung) Datenreport 2015. http://weltbevölkerung.de/fileadmin/content/PDF/Datenreport_2015_Stiftung_Weltbevölkerung.pdf (Zugegriffen 01.02.2016).

Die Konsequenz von geringer Geburtenhäufigkeit und deutlicher Alterung wurde schon betont. Würde man eine Weltkarte nach staatlichen Geburtenziffern erstellen, hätte man zugleich ausreichend Hinweise, dass *junge* Bevölkerungen in der südlichen Hemisphäre und *alte* Bevölkerungen in der nördlichen zu finden sind. Aus Tab. 1 geht hervor, wie ein Zusammenhang von Lebenserwartung, durchschnittlicher Kinderzahl je Frau und Anteil der Jugendlichen bis 14 an der Gesamtbevölkerung eine bestimmte Weltregion charakterisieren können. In Afrika beträgt die Kinderzahl je Frau 4,4. Das entspricht einem Jugendanteil von 41 % an der Gesamtbevölkerung, d. h. die Hälfte der Bevölkerung besteht aus Jugendlichen – eine Situation, wie sie dem Europäer fremd und unvorstellbar ist. Eine besonders niedrige Lebenserwartung von 61 Jahren verweist auf eine niedrige Entwicklungsstufe mit hoher Sterblichkeit, die schon aus den übrigen Indikatoren zu Zentralafrika hervorgeht.

Die höchste Lebenserwartung von 81 Jahren bei Geburt liegt in der EU. Das ist ein Zeichen der modernen alten Welt, die außerdem mit niedriger Kinderzahl je Frau von 1.5 und geringem Jugendanteil von 16 % einhergeht. In Deutschland wird bis 2050 der Anteil der über 65-jährigen 30 % der Gesamtbevölkerung betragen. Die EU ist der höchstentwickelte Raum nach sozialen und politischen Standards. Gegen das westeuropäische Lebensmodell spricht zurzeit nichts mehr.

6 Nord-Süd-Konflikt – und kein Ende

Die Teilung der Welt in *Industrieländer* und *Entwicklungsländer* (Tab.5.1) stammt aus den 1960-er Jahren, der Zeit der großen Hoffnungen auf ein rasches Aufschließen der letzteren hinsichtlich Demokratie und Wohlstand an die Standards des Nordens. Der einstige *Nord-Süd-Konflikt* war handelspolitisch begründet (UNCTAD-Konferenzen). Für etliche Entwicklungsländer hat sich die Stellung zum Weltmarkt seitdem geändert und eigenständig verbessert. Was einmal „Dritte Welt“ hieß, ist wirtschaftspolitisch ein buntes Spektrum. Die Entwicklungsländer sind kein „Block“ mehr, als der sie jahrelang in den Vereinten Nationen auftraten und agierten. Nord und Süd stehen sich nicht mehr auf der Suche nach fairen Welthandelspreisen gegenüber, sondern als gleichwertige Handelspartner in einer globalisierten Finanzwelt. Sie sind sich aber fremd in ihren demografischen Differenzen, die tief in den Lebensformen beider Welten verankert sind. Sie treten als potenzieller, latenter und auch offen ausbrechender Kulturkonflikt zutage, am häufigsten mit aggressiv-islamistischem Hintergrund. Samuel Huntington war schon aufgefallen, dass der Süden zwar Modernisieren wolle, aber nicht dabei Verwestlichen.

Die demografische Trennung von Nord und Süd, die einer kulturellen Trennung gleichkommt, zeigt sich schon einmal an den Kinderzahlen der Frauen, dass unvereinbare Welten aufeinander treffen würden. Der Alterungsprozess verläuft nur in Ostasien ähnlich wie in Europa. Er weist dennoch einen Unterschied auf. Während Europa und die moderne Welt erst nach ihrer industriellen Entwicklung zu altern begannen, altern die heutigen Entwicklungsländer über medizinischen Beistand und Technologietransfer schon bevor sie industrialisiert und reich genug sind, staatliche Altersfürsorge einzuführen. Da werden sie einen ökonomischen und familialen Stress gleichzeitig zu tragen haben. Was Bevölkerungsgröße und -wachstum anlangt, gehen auch Nord und Süd in verschiedene Richtung. Die Entwicklungsländer erreichen bis 2050 einen Anteil an der Weltbevölkerung von 87 %, während die EU-28 mit nur 5 % dagegen peripher wirkt. Die Verbreitung der geistigen und politischen Werte scheint angesichts dessen wie ein übermenschliches Vorhaben. Das Wirtschaftswachstum der EU schwächelt seit langem, während Indien auf diesem Gebiet regelrecht davonstürmt. Der auf die EU zukommende Wanderungsdruck aus Afrika könnte denjenigen aus dem Nahen Osten an Ausmaß und Wucht übertreffen.

Literatur

- Aron, Raymond. 1962. *Paix et guerre entre les nations*. Deutsche Ausgabe: 1963. *Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt*. Frankfurt a. M.: S. Fischer.
- Brzezinski, Zbigniew. 2012. *Strategic Vision: America and the Crisis of Global Power*. New York: BASIC BOOKS.
- Buhler, Pierre. 2014. La puissance au XXIème siècle. <http://www.diploweb.com/La-puissance-au-XXIeme-siecle.html>. Zugegriffen: 01. März 2016.
- Deutsch, Karl W. 1963. *The Nerves of government*. Deutsch Ausgabe: 1969. *Politische Kybernetik – Modelle und Perspektiven*. Freiburg i. Br.: Rombach.
- Dodds, Klaus. 2007. *Geopolitics – A very short introduction*. Oxford: Univ. Press.
- Dumont, Gérard-Francois. 2007. Démographie politique – les lois de la géopolitique des Population. *La revue géopolitique*. <http://www.diploweb.com/Demographie-politique-Les-lois-de.html>. Zugegriffen: 01. März 2016.
- Easton, David. 1965. *A framework for political Analysis*. Englewood Cliffs: Prentice Hall.
- Giblin, Béatrice. 2010. Herodote No. 136, Editorial. *Manuel de géopolitique*. <http://www.diploweb.com/-Manuel-de-geopolitique,58-.html>. Zugegriffen: 01. März 2016.
- Haushofer, Karl. 1939. *Geopolitische Grundlagen*. Berlin, Wien: Industrieverlag Spaeth & Linde.
- Jackson, Richard, Neil Howe. 2008. The Graying of the Great Powers – Demography and Geopolitics in the 21st Century. *European Papers on the new welfare*, Paper No. 11/2009.

- Jenkins Philip. 2015. Germany's Coming Demographic Revolution – Islamization was once overblown, but this time Europe may actually see radical change. *The American Conservative* vom 15. September. <http://www.theamericanconservative.com/articles/germanys-coming-demographic-revolution/>. Zugegriffen: 01. März 2016.
- Kjellén, Rudolf. 1924. *Der Staat als Lebensform*. Berlin: Berlin-Grunewald, K. Vowinckel.
- Michaud, Yves. 2002. *Géopolitique et Mondialisation*. Paris: Université de tous les saviors.
- Nye, Joseph, S. 2004. The Decline of America's Soft Power – Why Washington should Worry. *Foreign Affairs* 83 (3): 16-20.
- Sauvy, Alfred. 1982. *Les Mondes en Marche*. Paris: Calmann-Levy.
- Sauvy, Alfred. 1987. *L'Europe submerge – Sud-Nord dans 30 ans*. Paris: Bordas-Dunod.
- Schmid, Josef. 1996. Unausweichlich, aber kein Fortschritt – Bei der Debatte über die Globalisierung sollte man die Finger von Geschichtsphilosophie lassen. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. 8. 1996.

Das Postulat einer „intelligence démographique“: Die Bevölkerungswissenschaft in Frankreich

Martina Lizarazo

Zusammenfassung

Die Entstehung und das Selbstverständnis der französischen Bevölkerungswissenschaft sind unmittelbar verbunden mit der außergewöhnlichen demografischen Vergangenheit des Landes sowie mit der hohen politischen Relevanz, die demografische Themen dort seit dem Ende des 19. Jahrhunderts besitzen. Die Entwicklung der französischen *démographie* zu einer autonomen und durch das *Institut national d'études démographiques* erstmals auch institutionalisierten Wissenschaftsdisziplin zeigt deutlich, in welch hohem Maße in ihr von Beginn an die wissenschaftlich-theoretische Zielsetzung mit dem Zweck einer politikpraktischen Anwendung einherging. Ihren Ausdruck findet diese besondere Ausrichtung der französischen *démographie* in dem Postulat, in der französischen Politik und Gesellschaft eine *intelligence démographique* zu schaffen.

Schlüsselwörter

Bevölkerungswissenschaft, Frankreich, *démographie*, Institut national d'études démographiques, *intelligence démographique*, Demografiepolitik

Das besondere Selbstverständnis der französischen Bevölkerungswissenschaft, wie es sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs herausbildete, ist eng verknüpft mit der außergewöhnlichen demografischen Entwicklung, die Frankreich seit der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts durchlebte und die als *demografische Exzentrizität* bezeichnet werden kann. Der etwa hundert Jahre früher als in den anderen

europäischen Ländern einsetzende Geburtenrückgang als Folge einer sinkenden Kindersterblichkeit und einer freiwilligen Beschränkung der Nachkommenschaft sowie die dadurch entstandene frühzeitige demografische Alterung führten dazu, dass der Anteil Frankreichs an der europäischen Bevölkerung zwischen 1800 und 1950 um die Hälfte, d. h. von 20,1 auf 10,6 % zurückging (vgl. Chesnais 1988, S. 183/184). Darüber hinaus war die französische Bevölkerung am Vortag des Zweiten Weltkriegs die älteste der Welt. (Vgl. Roland Pressat 1981, S. 23) Als Charles de Gaulle, Chef der Provisorischen Regierung, nach der *Libération* zwölf Millionen „schöne Babys“ für Frankreich forderte (vgl. de Gaulle 1945, S. 184), der Zusammenhang von demografischer Vitalität und nationaler Stärke erneut im Mittelpunkt des politischen Diskurses stand und die Devise „améliorer la quantité et la qualité de la population“¹ die Ausrichtung der demografiepolitischen Maßnahmen bestimmte, formulierten die politischen Entscheidungsträger auch die Notwendigkeit einer bevölkerungswissenschaftlichen Forschungseinrichtung. Diese sollte aus einer wissenschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Perspektive heraus die Bevölkerungsentwicklung sowie die aktuellen und künftigen demografischen Herausforderungen analysieren und die politischen Entscheidungsträger wie auch die Gesellschaft hierüber ‚aufklären‘.

1 Entstehung und Ausrichtung der französischen *démographie*²

Während die Bevölkerung als Untersuchungsgegenstand diverser Wissenschaftszweige auf eine lange Tradition zurückblicken kann (z. B. in der politischen Arithmetik, der amtlichen Statistik oder auch in der Volkswirtschaft), entwickelte sich in Frankreich die *démographie* als wissenschaftliche Disziplin erst ab der Mitte des 19. Jahrhunderts. Im Jahre 1855 definierten ihre Namensschöpfer Achille Guillard und dessen Schwiegersohn Louis-Adolphe Bertillon die *démographie* als eine Wissenschaft, die sich ausschließlich mit der Bevölkerung als Objekt befasst und dazu die internen Beziehungen zwischen deren Hauptvariablen – der Geburtenzahl, der Heiratshäufigkeit sowie der Sterblichkeit – zu einem bestimmten Zeitpunkt untersucht (vgl. Rosental 2003, S. 11). Allerdings führte die *démographie* als eigenes Fachgebiet, das die Bevölkerung als ein Ganzes betrachtet und sich ausschließlich

1 „die Quantität und die Qualität der Bevölkerung zu verbessern“ [hier und im Folgenden Übersetzung von M.L.].

2 Hier und im Folgenden verstanden als die wissenschaftliche Disziplin.

für die Bemessung bevölkerungsinterner Variablen interessiert (*démographie pure*) bis in die Zwischenkriegszeit ein Schattendasein. Zwar verfügten andere Wissenschaftsbereiche über verschiedene Instrumente zur Analyse demografischer Prozesse – so z. B. die Statistik mit ihren Erhebungsmethoden –, derer sich die *démographie* später auch selbst bediente. Diese dürfen jedoch nicht verwechselt werden mit der spezifisch-methodischen Grundlage einer eigenständigen und in sich geschlossenen bevölkerungswissenschaftlichen Disziplin, die sich erst sehr viel später herausbildete. (Vgl. ebd., S. 10 und 175; Sauvy 1970, S. 1163)

Philosophen und Gelehrte, die sich im Frankreich des späten 17. Jahrhunderts mit der Bevölkerung als Problemgegenstand befassten, waren in erster Linie Anhänger der politischen Arithmetik³. Daher brachten sie ihrem Untersuchungsobjekt eher ein ökonomisches und politisches, weniger jedoch ein wissenschaftliches Interesse entgegen. Zwar machten die Bevölkerungsberechnungen einen grundlegenden Teil ihrer Analysen über die wirtschaftliche, militärische und politische Stärke Frankreichs aus, waren jedoch nicht das erklärte Ziel ihrer Studien, sondern eher Mittel zu politischen oder wirtschaftlichen Zwecken. So dienten ihre mathematisch gewonnenen, rationalen Erkenntnisse vornehmlich als Grundlage staatlichen Handelns: „une entreprise de quantification du social au service de l'action politique“⁴ (Martin 2003, S. 3). Auch der Ingenieur und General Sébastien Le Prestre marquis de Vauban veröffentlichte im Jahre 1686 seine „Méthode générale et facile pour faire le dénombrement des peuples“⁵ aus einer eher wirtschafts- und nicht zuletzt auch militärpolitischen Motivation heraus:

Toutes ces connaissances sont si nécessaires à l'œconomie des païs qu'elles devoient faire la principale application des Intendants, d'autant plus que de tous les moyens de procurer l'accroissement des peuples, [...], résulte sans contredit le plus grand service qu'on puisse rendre au Roy & [sic !] à l'État.⁶ (Vauban 1686, S. 13)

-
- 3 In den 1660er Jahren von John Graunt und William Petty durch die Entwicklung früher Statistik- und Zensusmethoden in England begründet. Die Zielsetzung der politischen Arithmetik war vor allem die Erkenntnis gesellschaftlicher und ökonomischer Gesetze sowie deren Anwendung auf politische Probleme.
 - 4 „Ein Prozess der Quantifizierung der Gesellschaft im Dienste der politischen Handlung.“
 - 5 „Allgemeine und einfache Methode zur Zählung der Völker“.
 - 6 „All diese Kenntnisse sind so notwendig für die Wirtschaft der Länder, dass sie zu den grundlegenden Anwendungsbereichen ihrer Verwalter zählen sollten, und dieses umso mehr, als dass aus jedweden Mitteln, die zu einem Wachstum der Völker beitragen, ohne Zweifel der größte Dienst erwächst, den man dem König und dem Staat erweisen kann.“

Einen ersten wichtigen Beitrag zur Entwicklung der französischen *démographie* lieferte der Mathematiker Antoine Deparcieux 1746 mit seinem Werk „Essai sur les probabilités de la durée de la vie humaine“⁷, in dem er die erste französische Sterbetafel sowie die ihr zugrunde liegende Methode, u. a. die klare begriffliche Unterscheidung zwischen *vie moyenne* und *vie médiane*⁸, herausbrachte und damit die Bemessungsgrundlage für die französischen Versicherungsunternehmen im 19. Jahrhundert schuf (vgl. Behar und Duceil 2003, S. 148). Auch wurden erst ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts auf die Initiative einzelner Wissenschaftler hin (z. B. Georges Louis Leclerc de Buffon, Louis Messance, Abbé Expilly oder Jean-Baptiste Moheau) die Tauf-, Heirats- und Bestattungsregister, die viele Gemeindepfarrer bereits seit dem 14. Jahrhundert angelegt hatten, als Grundlage zur Berechnung der Bevölkerungsgröße genutzt. (Vgl. Dupâquier und Lepetit 1988, S. 57-59) Dabei kam erstmals auch die Forderung nach einem genaueren Wissensstand über die Bevölkerungszusammensetzung, d.h. die Alters- und Geschlechterverteilung, zu politikpraktischen Zwecken auf: „Ce n'est point assez de connoître [sic!] la force de la population et de la masse de l'humanité, si la division des individus qui la composent, à raison de leur sexe et de leur âge ne nous met à portée d'apprécier leurs besoins et les services qu'on peut en attendre.“⁹ (Moheau 1994, S. 91) Nach der Französischen Revolution gewann die aus Deutschland stammende Statistik die methodische Oberhand über die politische Arithmetik. (Vgl. Dupâquier und Le Mée 1988, S. 19) Dieser Wandel sowie das wachsende öffentliche Interesse an den demografischen Auswirkungen der Revolution spiegelten sich im Jahre 1801 in der Gründung des *Bureau de Statistique*, einer Vorgängerinstitution des 1833 gegründeten *Bureau de la Statistique de la France* – seit 1840 *Statistique générale de la France* (SGF) – wider. Ihm oblag es von nun an, alle die, für die öffentliche Verwaltung relevanten Bevölkerungsdaten zu erheben und zu sammeln (z. B. im Rahmen der Volkszählungen). Bis nach dem zweiten Weltkrieg sollte die Analyse der französischen Bevölkerung ein Kompetenzbereich der nationalen Statistik bleiben. Diejenigen, die sich außerhalb der amtlichen Statistik mit Bevölkerungsfragen beschäftigten – z. B. Fernand Boverat, Adolphe Landry oder Georges Pernot – sorgten sich insbesondere um die zurückgehenden Geburtenzahlen und zählten seit 1896 zu den Mitgliedern der von Jacques Bertillon, Präsident der *Société statistique de*

7 „Essai über die Wahrscheinlichkeit der Dauer eines menschlichen Lebens“.

8 Durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt und wahrscheinliche Lebensdauer.

9 „Es genügt überhaupt nicht, die Stärke der Bevölkerung und die Masse der Menschheit zu kennen, wenn wir nicht durch die Verteilung der einzelnen Individuen entsprechend des Geschlechts und Alters ihre Bedürfnisse und die Dienste, die man von ihnen erwarten kann, erfahren.“

Paris und Verfasser der Schrift „La dépopulation de la France“, gegründeten *Alliance nationale pour l'accroissement de la population française*¹⁰. Als Einrichtung, der rund hundert Personen aus der Wissenschaft, aber auch aus den politischen Kreisen oder dem intellektuellen bzw. kulturschaffenden Milieu angehörten, war diese *Alliance nationale* jedoch weniger eine Forschungsinstitution an sich, sondern eher ein Organ, das durch pronatalistische Propaganda ein öffentliches demografisches Problembewusstsein schaffen und Druck auf die staatlichen Einrichtungen ausüben wollte. Die Argumentation ihrer Mitglieder stützte sich vor allem auf nationale bzw. militärpolitische Interessen und hatte die Kriegsniederlage Frankreichs gegen Preußen im Jahre 1870 – die ihrer Meinung nach vor allem auf die unterschiedliche demografische Stärke beider Länder zurückzuführen war – zur Grundlage.

Einen für die Entwicklung der französischen *démographie pure* grundlegenden Ansatz entwickelte James Lotka in den 1920er Jahren in den USA. Der eher induktiven Vorgehensweise der Bevölkerungsstatistik setzte er ein deduktives Analyseverfahren entgegen, das auch hypothetische Annahmen über die künftige Bevölkerungsdynamik ermöglichte. Indem er sich für seine Berechnungen allein auf die bevölkerungsinhärenten Variablen (Sterbe-, Geburtenzahlen und das Alter) stützte, legte er die mathematische Grundlage, um die Altersstruktur einer Bevölkerung sowie die natürliche Bevölkerungsbewegung zu bemessen. Während bis dato die deskriptive Bevölkerungsstatistik die Grundlage demografischer Analysen gebildet und dadurch in gewisser Weise die Konstituierung einer eigenen, in sich geschlossenen wissenschaftlichen Disziplin verhindert hatte, schuf Lotkas Formalisierung erstmals einen theoretischen Korpus, der in der Folge auch das Fundament für die französische *démographie* legte: „Il [d. i. le modèle de Lotka] fournit à la démographie une architecture autonome par rapport aux mathématiques, et va désormais définir l'identité scientifique de la discipline. [...] Avec Lotka, la démographie connaît sa deuxième grande mutation.“¹¹ (Rosental 2003, S. 190) Lotkas Ansatz fand in Frankreich vor allem im Rahmen des 1937 in Paris stattfindenden Bevölkerungskongresses Verbreitung und beeinflusste Demografen wie Paul Vincent oder Jean Stoetzel.

Unter der Vichy-Regierung entstanden in Frankreich erstmals zwei staatliche Institutionen, die sich auf unterschiedliche Weise mit dem Untersuchungsgegenstand ‚Bevölkerung‘ befassten. Zum einen ging die SGF in dem neu gegründeten *Service national des Statistiques* (SNS) auf, dem von nun an die Zusammenführung

10 Seit den 1930er Jahren in *Alliance nationale contre la dépopulation* umbenannt.

11 „Es [d. i. Lotkas Modell] gibt der *démographie*, gegenüber der Mathematik, eine eigene Architektur, und wird von nun an die wissenschaftliche Identität der Disziplin bestimmen. [...] Durch Lotka erfährt die *démographie* ihren zweiten großen Umbruch.“

und Aktualisierung aller den Staat und die Bevölkerung betreffenden statistischen Daten, die Informationsvermittlung an politische Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit sowie der Austausch mit Statistikinstitutionen im Ausland oblagen. Die fachliche Ausbildung seiner Funktionäre stellte der SNS durch die Gründung einer *École d'application*¹² und in Kooperation mit dem 1922 etablierten *Institut de Statistique de l'Université de Paris (ISUP)* sicher. Zum anderen schuf das Regime eine wissenschaftliche Einrichtung, die es in dieser Form bisher noch nicht gegeben hatte und die unter dem Namen *Fondation française pour l'étude des problèmes humains (FFEPH)* – auch *Fondation Carrel* genannt – nach praktikablen Maßnahmen zur ‚Verbesserung‘ des physiologischen, mentalen und sozialen Zustands der französischen Bevölkerung suchen sollte und darauf zielte, eine „Science de l'homme“ (Drouard 1983, S. 1040) zu errichten. Obwohl die *Fondation Carrel* in der Nachkriegszeit höchst umstritten war wegen der offen eugenetischen und rassistischen Denkart ihres Direktors, des Medizin-Nobelpreisträgers Alexis Carrel, wegen dessen enger Beziehung zum Vichy-Regime sowie der öffentlichen und finanziellen Unterstützung der Institution durch Marschall Pétain, besaß sie eine grundlegende Bedeutung für die weitere Entwicklung und Ausrichtung der französischen *démographie*. Nachdem Alexis Carrel im August 1944 aufgrund des Verdachts auf Kollaboration von all seinen Funktionen suspendiert worden war, stellte sich auch die Frage nach der Zukunft der *FFEPH*. Einerseits misstraute die ‚Provisorische Regierung‘ der vom Vichy-Regime gegründeten Institution, andererseits benötigte sie für die Umsetzung ihres politischen Ziels, mit allen Mitteln eine Erhöhung der Geburtenrate und der Bevölkerungszahl herbeizuführen, selbst eine wissenschaftliche Forschungseinrichtung. Die Institutionalisierung und Ausrichtung der französischen Bevölkerungswissenschaft wurde teilweise denn auch wegen der Kontinuität kritisiert, die zwischen der *Fondation Carrel* und dem am 24. Oktober 1945 gegründeten *Institut national d'études démographiques (Ined)* auf mehreren Ebenen und insbesondere durch die dreizehn übernommenen Mitarbeiter¹³ herrschte. (Vgl. Le Bras 1991) So ging aus Artikel 8 der Verordnung zur Schaffung des *Ined* hervor, dass dieses von Rechts wegen die *FFEPH* ersetzte und damit einhergehend auch deren Räumlichkeiten mitsamt den daraus hervorgehenden Verpflichtungen erbt. Des Weiteren wurden in Artikel 2 die Ziele des *Ined* wie folgt definiert:

12 Eine Hochschulform, die bereits diplomierten Universitätsabsolventen eine berufliche Spezialisierung ermöglicht und deren Besuch vielfach Voraussetzung für den Eintritt in den öffentlichen Dienst ist.

13 U. a. Jean Bourgeois-Pichat, Alain Girard, Jean Stoetzel, Jean Sutter oder Paul Vincent.

L'Institut National d'Études Démographiques est chargé d'étudier les *problèmes démographiques sous tous leurs aspects*. L'Institut rassemble la documentation utile, ouvre des enquêtes, procède à des expériences et suit les expériences effectuées à l'étranger, étudie tous les moyens matériels et moraux susceptibles de contribuer à l'accroissement quantitatif et à l'amélioration qualitative de la population, et assure la diffusion des connaissances démographiques.¹⁴ (Vgl. Ordonnance No. 45-2499; eigene Hervorhebungen).

Demzufolge übernahm das *Ined* von der *Fondation Carrel* wörtlich das Ziel, nach Maßnahmen zur qualitativen Verbesserung der französischen Bevölkerung zu suchen. Hinzu kam der eindeutig natalistisch wie populationistisch zu interpretierende Auftrag, auch Lösungen für ein nachhaltiges Bevölkerungswachstum zu erarbeiten. Schließlich oblag dem *Ined* die politische und öffentliche Aufklärung, die wesentlicher Bestandteil unseres zweiten Kapitels sein wird. Bei den genannten Parallelen zur *FFEPH* muss jedoch auch hervorgehoben werden, dass das Hauptinteresse der *Fondation Carrel* eher in der Analyse der „problèmes humains“ (Desrosières 1997, S. 64) und ihr Forschungsschwerpunkt daher auf medizinischen bzw. biologischen Aspekten gelegen hatte. Die *Inédiens* der ersten Generation waren hingegen eher auf die Bereiche Statistik bzw. Mathematik spezialisiert und strebten darüber hinaus nach einer Fortentwicklung der methodischen Grundlagen der *démographie*.

Die Verwaltungsstruktur des *Ined* reflektierte sowohl die enge Verbindung zur politischen Administration wie auch das wissenschaftliche Selbstverständnis des Instituts: Rechtlich war es dem *Ministère de la Santé Publique* (ab November 1945 *Ministère de la Population*) unterstellt, dessen Minister auch den Direktor, als erstes Alfred Sauvy, vorschlug und die acht Mitglieder des Verwaltungsrates ernannte. Fünf dieser Mitglieder wurden von den demografiepolitisch relevanten Ministerien (Gesundheit und Bevölkerung, Arbeit, Bildung, Wirtschaft, Wiederaufbau und Urbanisierung) bestellt. An der Spitze des Verwaltungsrates verkörperte dessen Präsident Adolphe Landry, Hauptverfasser des Werkes „*Traité démographique*“ (1949) und ehemaliger Staatsminister, in Personalunion die Verknüpfung von wissenschaftlicher Expertise und politischer Praxis. Die Zusammensetzung des für den

14 „Das Institut National d'Études Démographiques ist damit beauftragt, die demografischen Probleme unter all ihren Gesichtspunkten zu untersuchen. Das Institut trägt alles nützliche Material zusammen, leitet Studien ein, führt Versuche durch und verfolgt die im Ausland praktizierten Studien, erforscht alle materiellen und moralischen Mittel, die geeignet sind, zu einem quantitativen Wachstum und zu einer qualitativen Verbesserung der Bevölkerung beizutragen, und gewährleistet die Verbreitung des demografischen Wissens.“

wissenschaftlichen Bereich zuständigen technischen Komitees¹⁵ spiegelte im Kleinen ein weiteres charakteristisches Merkmal des *Ined* wider, das damals weltweit ein Unikum darstellte: Die interdisziplinäre Organisation und Forschungsausrichtung. Von Roland Pressat (1995) als „l'esprit-Sauvy“ bezeichnet, brachte die Multidisziplinarität des Instituts die Überzeugung seines Direktors zum Ausdruck, demografische Prozesse als Teil eines mehrdimensionalen Universums sowie in Abhängigkeit von den geografischen, zeitlichen, soziostrukturellen, entwicklungstechnischen und kulturellen Bedingungen einer jeweiligen Bevölkerung zu verstehen (vgl. Girard 1995, S. 1337). Für die wissenschaftliche Praxis bedeutete dies, dass über rein quantitative Studien, bzw. die *démographie pure*, hinaus eindeutig auch qualitative Aspekte und insbesondere die vielfältigen Kausalbeziehungen zwischen der Bevölkerung und den relevanten Gesellschaftsbereichen in die Forschung mit einbezogen wurden: „Économie, sociologie, psychologie, doivent être simultanément consultées.“¹⁶ (Population 1946, S. 7/8) Nur auf diese Weise konnte auch der politische Auftrag, die demografischen Probleme in ihrer Gesamtheit zu untersuchen, umgesetzt werden. Gleichzeitig bildete die Gründung des *Ined* die Geburtsstunde der französischen *démographie* als in sich geschlossener und vor allem institutionalisierter wissenschaftlicher Disziplin, die sich nun von der behördlichen Infrastruktur, der sie als Teil der amtlichen Statistik angehört hatte, emanzipierte und sich schließlich auch als akademisches Fach langsam an der Universität etablierte: „Tout était à vrai dire à créer, puisque cette science, certes fort ancienne, mais encore à l'état sauvage, ne comptait que bien peu de personnes, ayant (le plus souvent par occasion) touché à quelques-uns de ses problèmes.“¹⁷ (Sauvy 1970, S. 1165) Eine klare institutionelle Trennung zwischen der statistischen Stammdatenerhebung und den demografischen Analysen vollzog sich schließlich mit der Gründung des *Institut national de la Statistique et des Études économiques (Insee)* im April 1946, welches damit quasi die Nachfolge des *SNS* antrat. Seitdem lieferte das *Insee* vielfach die statistischen Daten für die einzelnen Forschungsfelder des *Ined*, bzw. arbeiteten beide Institute u. a. im Rahmen von Langzeitstudien eng zusammen.

Ein weiteres Charakteristikum des *Ined* zeigte sich darin, dass es zwar die Forschungshoheit im Bereich der Demografie und das exklusive Mandat zur

15 U. a. Pierre George (Bevölkerungsgeograf), Adolphe Landry, Jacques Doublet, Pierre George (Geograf), Pierre Laroque (Generaldirektor der *sécurité sociale*), Robert Debré (Mediziner und Präsident des *Institut national d'hygiène*).

16 „[Die] Ökonomie, Soziologie, Psychologie müssen gleichzeitig zu Rate gezogen werden.“

17 „Eigentlich musste alles erschaffen werden, da diese gewiss sehr alte, aber sich noch im Zustand der Urwüchsigkeit befindende Wissenschaft nur sehr wenige Personen zählte, die (vielfach nur gelegentlich) mit nur einigen ihrer Fragen in Berührung gekommen waren.“

Wissensverbreitung besaß, gleichzeitig jedoch von jeglichem Unterrichts- bzw. Ausbildungsauftrag befreit war. Diese Aufgabenverteilung hatte wiederum viel mit der Rekrutierungsform der Beamten- und Fachbeamten in der französischen Verwaltung zu tun. Diese stammten fast ausnahmslos von den *Grandes écoles* und dabei insbesondere von der *École polytechnique*. Dementsprechend besaßen die Absolventen zwar Kenntnisse in den benachbarten Fächern der *démographie* wie etwa der Mathematik, den Naturwissenschaften oder auch der Wirtschaft, nicht jedoch in der demografiespezifischen Analyse und Methodik. Darüber hinaus arbeiteten diese „ingénieurs-enseignants-chercheurs à la française“ (Desrosières 1995, S. 57) als hohe Beamte direkt in der Verwaltung und produzierten ihre Expertise nicht an einer unabhängigen Universität oder einem fachspezifischen Lehrstuhl. In dieser Tradition stehend war auch das *Ined* unabhängig von der akademischen Lehre. Die Mitarbeiter, und hierbei insbesondere Alfred Sauvy, setzten sich jedoch in der Nachkriegszeit für die Etablierung des Fachs *démographie* an der französischen Universität ein. Bis dahin war das *Institut de statistique de l'Université de Paris* die einzige akademische Einrichtung gewesen, an der Henri Bunle, ein auf Bevölkerungsaspekte spezialisierter Statistiker, im Rahmen der Statistikausbildung Lehrveranstaltungen zu demografischen Themen anbot. Das am 3. Oktober 1957 gegründete *Institut de Démographie à l'Université de Paris (IDUP)* bot unter der Leitung Sauvys im Rahmen eines Postgraduiertenstudiums zwei staatlich anerkannte Diplome an („Allgemeine Demografie“ und „Demografie-Experte“) und bildete die, zwischen 1950 und 1975 rekrutierte zweite Generation der *Iné-diens* aus. Die Tatsache, dass die Lehre am *IDUP* bis zum Ende der 1960er Jahre vornehmlich von den Mitarbeitern des *Ined* übernommen wurde, verdeutlicht die klare Kompetenzverteilung: Während das *IDUP* ausschließlich mit der gesetzlich beschlossenen Ausbildung von Nachwuchsdemografen beauftragt war, besaß das *Ined* die ‚Forschungshoheit‘. Demzufolge etablierte sich zunächst nur die Lehre des Fachs an der Universität, die Forschung hingegen erst später.

2 Der Einfluss auf Politik und Gesellschaft: Die französische *démographie* als Bindeglied zwischen Wissenschaft und politischer Praxis

Wie im ersten Kapitel bereits dargestellt, war die demografische Expertise in Frankreich bis nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs eng an den politischen Verwaltungsapparat und an einen, seit dem Ende des 19. Jahrhunderts langsam entstehenden demografiepolitischen Diskurs geknüpft. Jene, die die enge Bezie-

hung zwischen der französischen *démographie* und der politischen Praxis bereits im 17. und 18. Jahrhundert verwurzelt sehen (vgl. Rosental 2003, S. 10), verweisen oftmals auf die ähnliche Zielsetzung der politischen Arithmetik und des *Ined*: Beide hatten die Absicht, ihre Erkenntnisse in den Dienst der Politik und der Gesellschaft zu stellen. Die Entwicklung der französischen *démographie* zu einer autonomen wissenschaftlichen Disziplin zeigt bereits deutlich, in welchem Maße in ihr von Beginn an die wissenschaftliche Zielsetzung mit dem Zweck einer politikpraktischen Umsetzung einhergingen: So waren prägende Leitfiguren wie Lucien March, Michel Huber, Adolphe Landry oder auch Alfred Sauvy zwar in erster Linie Wissenschaftler bzw. auf Bevölkerungsfragen spezialisierte Statistiker. Gleichzeitig gehörten sie jedoch als Absolventen der *École polytechnique* oder der *École nationale d'administration* zum politischen Verwaltungsapparat und pflegten enge Beziehungen zu den politischen Machthabern bzw. übten selbst wichtige politische Funktionen aus. Diese Verbindung bringt beispielsweise auch das Werk „*Traité de démographie*“ zum Ausdruck, in dem Adolphe Landry, Henri Bunle, Pierre Depoid, Michel Huber und Alfred Sauvy rein wissenschaftliche Themen, wie z. B. die *démographie pure*, in Zusammenhang mit den verschiedenen Bevölkerungsdoktrinen und möglichen demografiepolitischen Maßnahmen stellten. Seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts hatten demografische und demografiepolitische Fragen überhaupt die Grundlage zahlreicher Kommissionen, Komitees, Kongresse und Kolloquien gebildet, die wissenschaftliche Expertise und politikpraktische Ansätze miteinander verbanden. Erst durch die *Commission extra-parlementaire sur la dépopulation*, in der im Jahre 1902 viele Mitglieder der *Alliance nationale*, auf demografische Aspekte spezialisierte Wissenschaftler, Politiker und Funktionäre zusammenkamen, erhielten die damalige demografische Entwicklung, die daraus entstehenden möglichen nationalen Konsequenzen sowie die Frage nach praktikablen politischen Gegenmaßnahmen erstmals eine öffentliche und politische Aufmerksamkeit. (Vgl. Lenoir 1995, S. 41) Ebenso verweist der Soziologe Rémy Lenoir darauf, dass die *démographie* in Frankreich wahrscheinlich keinen ähnlich großen gesellschaftspolitischen Einfluss erlangt hätte, wenn ihre Entstehung nicht mit der Etablierung zahlreicher Einrichtungen einhergegangen wäre, die die Problematik des Geburtenrückgangs öffentlich thematisierten und staatliche Maßnahmen forderten bzw. entwarfen. Insbesondere nach der erneuten Niederlage gegen Deutschland im Ersten Weltkrieg erhielt das ‚Geburtenproblem‘ den Status einer nationalen Schicksalsfrage ersten Ranges, und entstanden Institutionen, die sich dauerhaft mit der Analyse und möglichen Problemlösungsstrategien beschäftigten. So wurde 1919 der *Conseil supérieur de la natalité et de la population* gegründet und mit der Entwicklung pronatalistischer Politikmaßnahmen beauftragt. Ihm gehörten u. a. Jacques Bertillon sowie Fernand Boverat, neuer Präsident der

Alliance nationale, an. Vor allem beeinflussten Bertillons natalistische Ideen die politischen Entscheidungsträger in den 1920er Jahren maßgeblich und trugen zur Schaffung eines natalistischen Klimas bei, vor dessen Hintergrund Alfred Sauvy 1928 den damals eindeutig negativ konnotierten Begriff *vieillessement démographique* entwickelte. Die bedeutendste Einrichtung der Zwischenkriegszeit, in der natalistische Propaganda, wissenschaftliche Expertise und politische Verwaltung aufeinandertrafen, entstand schließlich mit der Gründung des *Haut Conseil de la Population (HCP)* im Februar 1939. Dieser Hohe Rat unterstand direkt dem Regierungschef, setzte sich aus Wissenschaftlern, sachkundigen Parlamentariern sowie Beamten der demografiepolitisch relevanten Ministerien zusammen¹⁸ und stellte die erste Institution in der Geschichte Frankreichs dar, die offiziell mit der Koordinierung einer kohärenten Demografiepolitik beauftragt war. (Vgl. Rosental 2003, S. 18) Aus der Tätigkeit des HCP ging im selben Jahr der *Code de la famille*, die Grundlage der staatlichen Familienpolitik in Frankreich, hervor. Allen diesen Kommissionen, Räten und Komitees gemein war, dass die Ergebnisse ihrer Arbeit und ihre familialistisch bzw. natalistisch ausgerichtete Perspektive das Fundament für die Bildung eines offiziellen Standpunktes bzw. eines öffentlichen Problembewusstseins lieferten, und ihre jeweiligen Analysen von einem „esprit d’État“ (Lenoir 1995, S. 37) durchdrungen waren.

Seit der Gründung des *Ined* bildeten in Frankreich die nun institutionalisierte *démographie*, die politische Praxis und die mit der Umsetzung der Demografiepolitik beauftragten Organe ein „tout indissociable“ (Rosental 2011, S. 476). Als Bindeglied zwischen Wissenschaft und politischer Anwendung definierte das Institut in der Ära Alfred Sauvys seine Tätigkeit im Sinne einer *Science d’État*, d. h. mit dem klaren Ziel einer politikpraktischen Umsetzung: „La science ne prenait finalement pour lui [d. i. Alfred Sauvy] sa valeur qu’en vue de l’intérêt général, par sa capacité à améliorer le sort des hommes.“¹⁹ (Girard 1995, S. 1347) Der von Paul-André Rosental verwendete Begriff der *intelligence démographique* bringt dieses enge Ineinandergreifen von Theorie und praktischer Anwendung zum Ausdruck. Während das *Ministère de la Population* bzw. ab Ende 1946 das *Ministère de la Santé Publique et de la Population* im Nachkriegsfrankreich die Entscheidungen über demografiepolitische Maßnahmen traf, der *Haut Conseil consultatif de la Popula-*

18 Fünf Mitglieder, darunter die Parlamentarier Georges Pernot (Familialist), Philippe Serre und Adolphe Landry (letzterer auch Ökonom, Natalist und u. a. ehemaliger Arbeitsminister), der Requetenmeister des Staatsrates Frédéric Rajou, der Präsident der *Alliance* Fernand Boverat und später auch Alfred Sauvy.

19 „Die Wissenschaft zeigte für ihn [d. i. Alfred Sauvy] erst in Hinblick auf das Gemeinwohl ihren Wert, durch ihre Fähigkeit, die Lage der Menschen zu verbessern.“

tion et de la Famille (HCCPF) seine Auffassung über Gesetzesvorschläge äußerte und eigene Handlungsempfehlungen formulierte, lieferten die wissenschaftlichen Studien des *Ined* die notwendige fachliche Expertise und dienten im Voraus der Aufklärung beider Institutionen über Ursachen und Konsequenzen der Bevölkerungsentwicklung: „L'information [étant], en soi, la première étape vers l'action.“²⁰ (Rosental 2003, S. 148) Damit stand die französische *démographie* in den Jahren des nationalen Wiederaufbaus im Dienst der großen gesellschaftlichen und sozialen Themen der Zeit. Gleichzeitig war es zur Umsetzung dieser Aufklärungsfunktion unumgänglich, auch ‚Avant-Garde-Studien‘ über Problemfelder zu betreiben, die sich erst vage am Horizont abzeichneten und von der Gesellschaft bzw. Staatsmacht noch nicht wahrgenommen wurden:

... pour pouvoir éclairer les pouvoirs publics, il fallait les prévenir, et par conséquent, étudier les problèmes à l'avance. Lorsqu'une question est posée par un gouvernement elle est toujours extrêmement urgente. Si le service interrogé doit à ce moment commencer des recherches, il risque de ne répondre que dans un délai de six mois ou un an, lorsque les soucis politiques auront peut-être été transportés sur un autre point.²¹ (Sauvy 1970, S. 1166)

Dementsprechend beschäftigte sich das *Ined* schon frühzeitig mit Fragen, die erst sehr viel später Aktualität erlangen sollten, wie z. B. der demografischen Alterung und deren Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme (Vgl. Daric 1946 oder Vincent 1946), der Ausweitung der Erwerbstätigkeit von Frauen und den daraus resultierenden Konsequenzen für die Geburtenentwicklung (Vgl. Daric 1947) oder aber auch mit dem starken Bevölkerungswachstum in Nordafrika (vgl. z. B. Chevalier 1946), einem Thema, das vor allem infolge des erneuten Geburtenrückgangs ab den 1960er Jahren zunehmend kritisch diskutiert werden sollte. Entsprechend der Überzeugung, dass die aktuelle demografische Situation eines Landes im Wesentlichen von der Bevölkerungsentwicklung der Vergangenheit abhängt und durch die Analyse vergangener demografischer Prozesse Rückschlüsse auf die künftige demografische Entwicklung gezogen werden könnten, begründete Louis Henry in den 1950er Jahren den Fachbereich der *démographie historique*: „... le passé n'est pas un monde à jamais mort [...], c'est un réservoir d'observations faites ou à faire;

20 „Die Information an sich [war] der erste Schritt hin zur Handlung.“

21 „... um die Staatsorgane aufzuklären zu können, musste man sie informieren, und folglich die Probleme im Voraus untersuchen. Wenn sich eine Regierung eine Frage aufwirft, ist diese immer äußerst dringlich. Muss die befragte Einrichtung erst in diesem Moment mit ihren Nachforschungen beginnen, besteht die Gefahr, dass sie erst innerhalb von sechs Monaten oder einem Jahr eine Antwort geben kann, wenn sich die politischen Anliegen vielleicht schon auf ein anderes Problem verlagert haben.“

c'est même notre seul réservoir d'observation.“²² (Henry 1972, S. 386) Mit dieser Forschungsausrichtung situierte sich das *Ined* zwischen Grundlagenforschung und angewandter Wissenschaft. Als öffentliches Forum für diese Art von Analysen wie auch für alle anderen Forschungsansätze des *Ined* diente die Fachzeitschrift „Population“, die ab 1946 unter Sauvy's Leitung herausgegeben wurde. In ihrer thematischen Ausrichtung spiegelt sie noch heute die Multidisziplinarität des Instituts wider und setzt die an das Institut gerichtete Aufklärungsmission in die Praxis um.

Über den engen informativen Austausch hinaus existierte zwischen dem *Ined* und den demografiefpolitisch relevanten Institutionen eine starke interpersonelle Vernetzung: Während Adolphe Landry, Jacques Doublet und Robert Debré sowohl dem *Comité technique* des *Ined* – Debré sogar als dessen Präsident – als auch dem *HCCPF* angehörten, stand Robert Prigent als Gesundheits- und Bevölkerungsminister an der Spitze des für die Demografiefpolitik und das *Ined* zuständigen Ministeriums, hatte durch diese Position formell gesehen einen maßgeblichen Einfluss auf das Institut oder zumindest auf dessen *conseil d'administration* und war ferner Mitglied des *HCCPF*. Durch die Regierungsräte Pierre Laroque und Jacques Doublet bestand außerdem eine direkte Verbindung zwischen dem Institut und dem Beratungsgremium der Regierung: „... cette double compétence à la fois bureaucratique et scientifique, [...], les prédispose à parler et à penser au nom de l'État et donc au point de vue de l'État“²³ (Lenoir 1995, S. 46).

Zwar bildeten die von Alfred Sauvy rekrutierten wissenschaftlichen Mitarbeiter hinsichtlich ihrer politischen oder auch konfessionellen Überzeugung ein sehr heterogenes Team. Was alle Forscher des *premier Ined* ideologisch jedoch verband, war eine mehr oder weniger stark ausgeprägte natalistische Überzeugung. (Vgl. Rosental 2003, S. 164) So formulierte das Institut in der Gemeinschaftsstudie „*La limitation des naissances en France*“ aus dem Jahre 1956 große Vorbehalte gegenüber einer Liberalisierung des Gesetzes von 1920 gegen Abtreibung und die Verbreitung oder Propagierung von Kenntnissen und Mitteln zur Empfängnisverhütung. Auch in der fortschreitenden Politikdebatte über die Legalisierung empfängnisverhütender Präparate (1967) und des freiwilligen Schwangerschaftsabbruchs (1974) mahnte das *Ined* immer wieder, geburtenfördernd wirkende Gegenmaßnahmen zu treffen und warnte vor einer Überalterung der französischen Bevölkerung in Folge des erneuten Geburtenrückgangs. Die eindeutig natalistische Ausrichtung

22 „... die Vergangenheit ist keine für immer tote Welt [...], sie ist ein Fundus aus gemachten oder zu machenden Beobachtungen; sie ist sogar unser einziger Beobachtungsfundus.“

23 „Diese doppelte, gleichzeitig wissenschaftliche und politische Kompetenz befähigte sie dazu, im Namen des Staates und vom Standpunkt des Staates aus zu sprechen und zu denken“.

des Instituts änderte sich allerdings mit dem Ausscheiden Alfred Sauvys im Jahre 1962. Dennoch behielt das *Ined* die wichtige Aufklärungsfunktion bei und baute die Popularisierung demografischer Themen innerhalb der Gesellschaft weiter aus. Seit April 1968 erschien das vier Seiten umfassende Informationsblatt „Population et Sociétés“, das noch heute die am weitesten verbreitete, auch in englischer Sprache verfasste Publikation des Instituts darstellt. Des Weiteren wurde auf Vorschlag des HCCPF hin im Juli 1968 innerhalb des *Ined* das *Centre d'information sur les problèmes de la population* geschaffen, das die permanente Unterrichtung der Öffentlichkeit über demografische Probleme und deren ökonomische wie soziale Auswirkungen sicherstellen sollte. Aber auch die Information der politischen Entscheidungsträger hatte 1967 eine neue rechtliche Legitimation erhalten. So wurde das *Ined* im Gesetz „*Neuwirth*“ dazu verpflichtet, dem französischen Parlament jährlich einen Bericht über die demografische Lage des Landes vorzulegen. Damit blieb die Absicht, durch Aufklärung in Politik und Gesellschaft eine *intelligence démographique* zu schaffen, d. h. ein breitgefächertes Problembewusstsein hinsichtlich demografischer Fragen, weiterhin bestehen. Ebenso lebte die hinter diesem Begriff stehende Überzeugung, das Wissen um die Bevölkerungsdynamik und –prozesse könne das Verhalten der Bevölkerung wesentlich beeinflussen, weiter fort. Gleichzeitig wurde die stärkere Ausrichtung als Forschungseinrichtung im Jahre 1986 gesetzlich verankert: Von nun an war das *Ined* hauptsächlich dem Forschungsministerium und nur noch zusätzlich dem für Bevölkerungsfragen zuständigen Ministerium unterstellt. Dennoch blieb die durchaus auch spannungsreiche Position des Instituts als Bindeglied zwischen Wissenschaft und politischer Praxis weiter erhalten und schlug, je nach gesellschaftlicher und demografischer Konjunktur bzw. der persönlichen Neigung des jeweiligen Direktors, stärker in die eine oder in die andere Richtung aus. (Vgl. Desrosières 1997, S. 62) Unter der Leitung Gérard Calots zwischen 1972 und 1990 traten beispielsweise wieder stärker natalistische Ideen in den Vordergrund, und zeigte sich der Direktor als Anhänger einer Politik des dritten Kindes. Allerdings beschränkten sich diese ideologischen Ansichten mittlerweile auf einzelne Individuen und repräsentierten keine einheitliche Haltung des Instituts. Wie stark das *Ined* jedoch weiterhin als eng mit der demografischen Vergangenheit des Landes und der (demografie-)politischen Praxis verbunden wahrgenommen wurde, zeigte ein ‚Skandal‘, der sich Anfang der 1990er Jahre ereignete. Der am Institut beschäftigte Demograf Hervé Le Bras beschuldigte das *Ined* öffentlich, in seinen Demografieberichten ausschließlich die niedrigere zusammengefasste Geburtenziffer verwendet zu haben und nicht die Kohortenfertilität. (Vgl. hierzu Le Bras 1991) Die Aufmerksamkeit, die diese Debatte in den Medien, unter den Politikern und als Diskussionsthema in der *Assemblée nationale* erlangte, konnte in dieser Form wahrscheinlich nur in Frankreich vorkommen, in einem Land, in

dem die Bevölkerungsentwicklung eng mit der nationalen Identität verknüpft ist, in dem demografische Themen die politische Kultur prägen (vgl. Rosental 2003, S. 9), Presse und Politiker die demografischen Prozesse aufmerksam und fachkundig verfolgen, und in dem das *Ined* quasi einen Monopolstatus besitzt, von dem aus es seit über einem halben Jahrhundert eine *intelligence démographique* schaffen konnte.

Literatur

- Anonymus. 1946. *Introduction. Population* 1 (1) : 5-8. www.persee.fr/doc/pop_0032-4663_1946_num_1_1_1642. Zugriffen: 16. Januar 2016.
- Behar, Cem, Yves Ducel. 2003. L'arithmétique politique d'Antoine Deparcieux. In *Arithmétique politique dans la France du XVIII^e siècle*, hrsg. Thierry Martin, 147-161. Paris: Institut national d'études démographiques (INED).
- Chesnais, Jean-Claude. 1988. La politique de la population depuis 1914. In *Histoire de la population française* Bd. 4, hrsg. Jacques Dupâquier et al., 181-231. Paris: Presses Universitaires de France (INED).
- Chevalier, Louis. 1946. Une enquête en Afrique du Nord. *Population* 1 (4): 722-724. www.persee.fr/doc/pop_0032-4663_1946_num_1_4_1717. Zugriffen: 4. Februar 2016.
- Daric, Jean. 1946. Vieillesse démographique et prolongation de la vie active. *Population* 1 (1): 69-78. www.persee.fr/doc/pop_0032-4663_1946_num_1_1_1647. Zugriffen: 3. Februar 2016.
- Daric, Jean. 1947. La population féminine active en France et à l'étranger. *Population* 2 (1): 61-66. www.persee.fr/doc/pop_0032-4663_1947_num_2_1_1163. Zugriffen: 3. Februar 2016.
- Desrosières, Alain. 1995. Démographie, science et société: le cas français. In *Les contours de la Démographie au seuil du XXI^e siècle*, hrsg. Jean-Claude Chasteland, Louis Roussel, 57-93. Paris: Institut national d'études démographiques (INED).
- Drouard, Alain. 1983. Les trois âges de la Fondation française pour l'étude des problèmes humains. *Population* 38 (6): 1017-1047. www.persee.fr/doc/pop_0032-4663_1983_num_38_6_17821. Zugriffen: 28. Januar 2016.
- Dupâquier, Jacques, Bernard Lepetit. 1988. Le peuplement. In *Histoire de la population française* Bd. 2, hrsg. Jacques Dupâquier et al., 51-98. Paris: Presses Universitaires de France.
- Dupâquier, Jacques, René Le Mée. 1988. La connaissance des faits démographiques, de 1789 à 1914. In *Histoire de la population française* Bd. 3, hrsg. Jacques Dupâquier et al., 15-30. Paris: Presses Universitaires de France.
- Gaulle, Charles de. 1945. Vers le renouveau national. Discours prononcé le 2 mars 1945 devant l'Assemblée nationale. In *Charles de Gaulle. Discours de guerre (Mai 1944-Septembre 1945)*, hrsg. Pierre Courthion, 169-186. Freiburg, Paris: Egloff.
- Girard, Alain. 1995. Le premier âge de Population (1946-1962). *Population* 50 (6): 1335-1347 www.persee.fr/doc/pop_0032-4663_1995_num_50_6_5870. Zugriffen: 16. Januar 2016.

- Henry, Louis. 1972. Passé, présent et avenir en démographie. *Population* 27 (3): 383-396. www.persee.fr/doc/pop_0032-4663_1972_num_27_3_15155. Zugegriffen: 25. Januar 2016.
- Landry, Adolphe. 1949. *Traité de démographie*. Paris: Payot.
- Le Bras, Hervé. 1991. *Marianne et les lapins. L'obsession démographique*. Paris: Hachette.
- Lenoir, Rémy. 1995. L'invention de la démographie et la formation de l'État. *Actes de la recherche en sciences sociales* (2): 36-61. http://www.persee.fr/web/revues/home/prescript/article/arss_0335-5322_1995_num_108_1_3146. Zugegriffen: 16. Januar 2016.
- Martin, Thomas. 2003. Introduction: Une arithmétique politique française ? In *Arithmétique politique dans la France du XVIII^e siècle*, hrsg. ders., 1-13. Paris: Institut national d'études démographiques.
- Moheau, Jean-Baptiste. 1994. *Recherches et Considérations sur la population de la France (1778)*, Neuauflage. Paris: Éditions de l'Institut national d'études démographiques.
- Ordonnance n° 45-2499 du 24-10-45 portant création de l'Institut National d'Etudes Démographiques. *Population* 1 (1) : 187-188 www.persee.fr/doc/pop_0032-4663_1946_num_1_1_1663. Zugegriffen: 30. Januar 2016.
- Pressat, Roland. 1981. La population française: Mortalité, natalité, immigration, vieillissement. I. Une évolution originale: 1750-1950. II. La situation présente. In *Actes du colloque national sur la démographie française*, hrsg. Ministère du Travail et de la Participation, hrsg. Ministère de la Famille et de la Condition féminine, 11-33. Paris: Presses Universitaires de France.
- Pressat, Roland. 1995. L'INED à ses débuts: l'esprit Sauvvy. *Population* 50 (6): 1349-1354 http://www.persee.fr/doc/pop_0032-4663_1995_num_50_6_5871. Zugegriffen: 17. Januar 2016.
- Rosental, Paul-André. 2003. *L'intelligence démographique. Sciences et politiques des populations en France (1930-1960)*. Paris: O. Jacob.
- Rosental, Paul-André. 2011. Science de la population et pouvoir politique au XX^e siècle. In *Dictionnaire de démographie et des sciences de la population*, hrsg. France Meslé et al., 476-480. Paris: A. Colin.
- Sauvy, Alfred. 1970. L'I.N.E.D. a 25 ans. *Population* 25 (6). 1163-1178. http://www.persee.fr/doc/pop_0032-4663_1970_num_25_6_14779. Zugegriffen: 31. Januar 2016.
- Vauban, Sébastien Le Prestre marquis de. 1686. *Méthode générale et facile pour faire le dénombrement des peuples*. Paris: Veuve d'Antoine Chrestien.
- Vincent, Paul. 1946. Vieillessement de la population, retraites et immigration. *Population* 1 (2): 213-244. www.persee.fr/doc/pop_0032-4663_1946_num_1_2_1745. Zugegriffen: 4. Februar 2016.

Die demografische Trägheit und ihre Politikresistenz

Charlotte Höhn

Zusammenfassung

Demografische Trägheit bedeutet eigendynamische Bevölkerungsschrumpfung infolge der gegebenen Altersstruktur und damit der ca. 100-jährigen Bevölkerungsgeschichte. Insbesondere der säkulare Geburtenrückgang hat die Altersstruktur allmählich in Richtung einer Bevölkerungsalterung verändert. Ein zusätzlicher Faktor ist die steigende Lebenserwartung. Eine geburtenfördernde Familienpolitik hätte in den 1970er Jahren begonnen werden müssen, als das Geburtenniveau noch nicht lange unter das Bestandserhaltungsniveau gefallen war. Eine solche Politik war aber damals nicht erwünscht. Mittlerweile ist die Zahl der potentiellen Eltern geschrumpft, was zu weiter sinkenden Geburtenzahlen führt. Ein Geburtenanstieg auf das Bestandserhaltungsniveau erscheint unwahrscheinlich. Die weitere Bevölkerungsalterung ist auch durch Zuwanderung nicht zu stoppen, wie Modellrechnungen der Vereinten Nationen belegen.

Schlüsselwörter

Demografische Trägheit, Altersstruktur, Bevölkerungsalterung, Geburtenrückgang, Familienpolitik, Migrationspolitik

1 Vorbemerkung

Demografische Trägheit ist schon ein eigentümlicher Begriff aus dem Gebiet der (theoretischen) Populationsdynamik, der trotzdem, wie noch zu zeigen sein wird, ein Begriff von großer Aussagekraft ist. Im Englischen verwendet man die Bezeichnung *Momentum*, wenn man entweder die demografische Schwungkraft oder die demografische Trägheit einer Bevölkerungsentwicklung untersucht. Während eine wachsende Bevölkerung sich durch demografische Schwungkraft auszeichnet, muss eine schrumpfende Bevölkerung durch demografische Trägheit charakterisiert werden. Beide Phänomene des Bevölkerungswachstums und der Bevölkerungsschrumpfung sind durch eine dynamische Kraft gekennzeichnet, die Folge der gegebenen Altersstruktur einer Bevölkerung und damit einer bestimmten ca. 100jährigen Bevölkerungsgeschichte ist. So wenig man die Bevölkerungsgeschichte mit ihrem Zusammenspiel aus unterschiedlichen faktischen Geburtenniveaus, Sterblichkeitstrends und Wanderungsbewegungen ändern kann, kann man eine einmal gegebene Alterstruktur leicht ändern.

2 Was versteht man unter demografischer Trägheit?

Im Mehrsprachigen Demografischen Wörterbuch (Höhn et al. 1987)¹ findet sich als Begriff 703-12² folgender Text:

„Im Zusammenhang mit dem Wachstumspotential sei auch die *demographische Eigendynamik*¹², der *demographische Schwung*¹², das *Trägheitsmoment*¹² oder kurz das *demographische Momentum*¹² erwähnt: damit bezeichnet man die im Altersaufbau

-
- 1 Das Mehrsprachige Demografische Wörterbuch beruht auf den Vorlagen der IUSSP, die gemäß deren offiziellen Sprachen auf Englisch und Französisch erscheinen. Erstmalig erschien ein *Multilingual Demographic Dictionary* bzw. *Dictionnaire démographique multilingue* im Jahr 1958. Es wurde in mehrere weitere Sprachen übersetzt, wobei die deutsche Fassung von Wilhelm Winkler bearbeitet wurde und 1960 im Eigenverlag der Deutschen Akademie für Bevölkerungswissenschaft erschien. Als die IUSSP Anfang der 1980er Jahre in Folge der erheblichen Erweiterungen der demografischen Terminologie eine völlig überarbeitete Neufassung herausbrachte (*Multilingual Demographic Dictionary* (Van de Walle 1982) bzw. *Dictionnaire démographique multilingue* (Henry 1981) wurde im Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung wiederum eine deutsche Fassung erarbeitet.
 - 2 Durch die eindeutige Nummerierung der Begriffe und das Stichwortverzeichnis ist das Auffinden der fremdsprachlichen Begriffe erst möglich.

versteckte Dynamik einer zeitlich verzögerten Wachstumsreaktion, hervorgerufen durch die biologische Tatsache, daß vom Zeitpunkt der Geburt einer *Kohorte* (116-2) bis zum Beginn ihrer Periode der *Fortpflanzungsfähigkeit* (620-1) eine gewisse Zeit vergeht. Eine Bevölkerung kann aus diesem Grunde z. B. noch wachsen, obwohl das Geburtenniveau schon längst sinkt. Auch der umgekehrte Fall ist möglich. Die Eigendynamik fällt insbesondere bei diskontinuierlicher Geburtenentwicklung und bei abrupter Trendumkehr stark ins Gewicht.“ (Höhn et al. 1987, S.113f.)

Der ‚umgekehrte Fall‘ ist unsere aktuelle Lage, d. h. der Bevölkerungsrückgang und die damit einhergehende Alterung setzt sich fort, selbst wenn das Geburtenniveau wieder stiege. Bei abrupt und stark steigender Geburtenzahl wären die Verwerfungen in den zukünftigen Altersstrukturen (mehr Senioren und mehr Kinder) nicht unerheblich.

In den älteren demografischen Lehrbüchern wird das demografische Momentum nur im Hinblick auf die Beeinflussbarkeit des Bevölkerungswachstums in Entwicklungsländern durch Familienplanungsprogramme behandelt. Insofern ist das Mehrsprachige Demografische Wörterbuch aus den 1980er Jahren schon zeitgemäßer, weil es auch den ‚umgekehrten Fall‘ der Bevölkerungsschrumpfung und -alterung aufzeigt. Die Botschaft ist aber analog: die Veränderung einer gegebenen Bevölkerungsentwicklung ist ‚träge‘ und vollzieht sich nur über Jahrzehnte.

In der von mir sehr geschätzten *Encyclopaedia of Population* (Demeny & McNicoll 2003) schreibt Griffith Feeney: „Population momentum is the tendency for changes in population growth rates to lag behind changes in childbearing behaviour and mortality conditions. Momentum operates through the population age structure.“ und nach Ausführungen zu einer wachsenden Bevölkerung: „Population momentum is important because of the magnitude and duration of the effect.“ (Feeney 2003, S. 646f.) Des Weiteren geht er aber auch auf den ‚umgekehrten Fall‘ ein:

“Consider for example a population that has a very old age distribution as a result of an extended period of population decline resulting from below replacement fertility. Should fertility rise to and remain at replacement level, population decline would nevertheless continue for many decades. Large numbers of persons in post-reproductive ages would generate relatively large numbers of deaths, because death rates in old ages are high, but no births. Population decline would slow only as the large cohorts of older persons die out, so that the population age distribution ceases to be old.” (Feeney 2003, S. 648)

Bei Feeney (2003, S. 648f.) gibt es auch die mathematische Definition des Momentums. Wer sich dafür interessiert, sei auf Dinkel (1989) und sein Kapitel 4.2.2 verwiesen. Da diese Analysen jedoch auf der Theorie der stabilen Bevölkerung beruhen,

die es in der Wirklichkeit nicht gibt,³ wollen wir uns direkt der Altersstruktur in Deutschland als Trägerin der demografischen Trägheit zuwenden.

3 Zur Geschichte der Altersstruktur in Deutschland

Um die konkrete, für Deutschland gegebene Altersstruktur und die ihr innewohnende demografische Trägheit zu verstehen, müssen wir uns anhand von Abb. 1 zunächst über 150 Jahre zurückbegeben. Mitte des 19. Jahrhunderts (1864) war die Altersstruktur im damaligen Gebiet Deutschlands⁴ pagodenförmig so wie in den ärmsten Entwicklungsländern heute. Viele der zahlreichen Neugeborenen starben noch als Säuglinge und Kleinkinder. Im Jahre 1910 hatte Deutschland einen pyramidenförmigen Altersaufbau, weil die Säuglingssterblichkeit bereits gesunken war. Allerdings war auch schon das Geburtenniveau gesunken, was man an der Verminderung der 1- bis 3-Jährigen Kinder bereits ablesen kann.

Der erste große Geburtenrückgang von im Durchschnitt fast 5 Kindern pro Frau auf 2 Kinder fand von den Frauengeburtjahrgängen 1865 bis 1910 statt. Nur die vor 1890 geborenen Frauen hatten noch die für die Bestandserhaltung der Bevölkerung erforderlichen Kinderzahlen, wobei man bedenken muss, dass damals für den Ersatz der Elterngeneration wegen der noch hohen Säuglings- und Kindersterblichkeit 3,5 Geborene pro Frau erforderlich waren (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2009, S. 44-46)⁵.

Bereits 1910 sind also erste Anzeichen für eine Alterung der Bevölkerung zu erkennen. Sie setzt sich fort, wenn das Geburtenniveau unter dem Bestandserhaltungsniveau bleibt. Da dies bis auf die Frauen der Geburtsjahrgänge 1930 bis 1937 der Fall war und das Geburtenniveau seit Mitte der 1960er Jahre auf 1,5 Geborene je Frau fiel, verstärkte sich die Alterung der Bevölkerung. Im Altersaufbau 1975

3 Durch die in der theoretischen Demografie üblichen mathematischen Analysen und damit zusammenhängende Modellberechnungen werden Wirkungszusammenhänge wie das Momentum aber erst entdeckt und damit auf tatsächliche Bevölkerungsveränderungen anwendbar.

4 Die jeweilige Altersstruktur ist in % dargestellt und daher über die Jahrzehnte vergleichbar, unabhängig von der Bevölkerungsgröße und dem jeweiligen Gebietsstand.

5 Siehe zum Verlauf der zusammengefassten Geburtenziffern seit 1871 bzw. der endgültigen Kinderzahlen der Geburtsjahrgänge 1865-1967 die Abb. 12 und 13 (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2009, S. 45); zum gleichen Sachverhalt auch Höhn 1999, S. 22f. sowie m. W. erstmals Schwarz 1974 und politisch rezipiert in Bundesministerium des Innern 1980.

erkennt man die Einschnürung der unter 10-jährigen Kinderjahrgänge, den Baby-boom aus den Jahren 1955 bis 1965 (die Kinder der Frauen der Geburtsjahrgänge 1930 bis 1937), eine Lücke bei den um die 30-Jährigen (Geburtenausfälle in Folge des Zweiten Weltkriegs), bei den über 40-Jährigen (Geburtenausfälle in Folge der Weltwirtschaftskrise) und bei den um die 60-Jährigen (Geburtenausfälle in Folge des Ersten Weltkriegs). Besonders sei auf die über 65-Jährigen hingewiesen, denn dort befinden sich die vor 1910 Geborenen. Einmal Geborene durchlaufen mit zunehmendem eigenem Alter (bis zum 60. Lebensjahr kaum durch Sterblichkeit

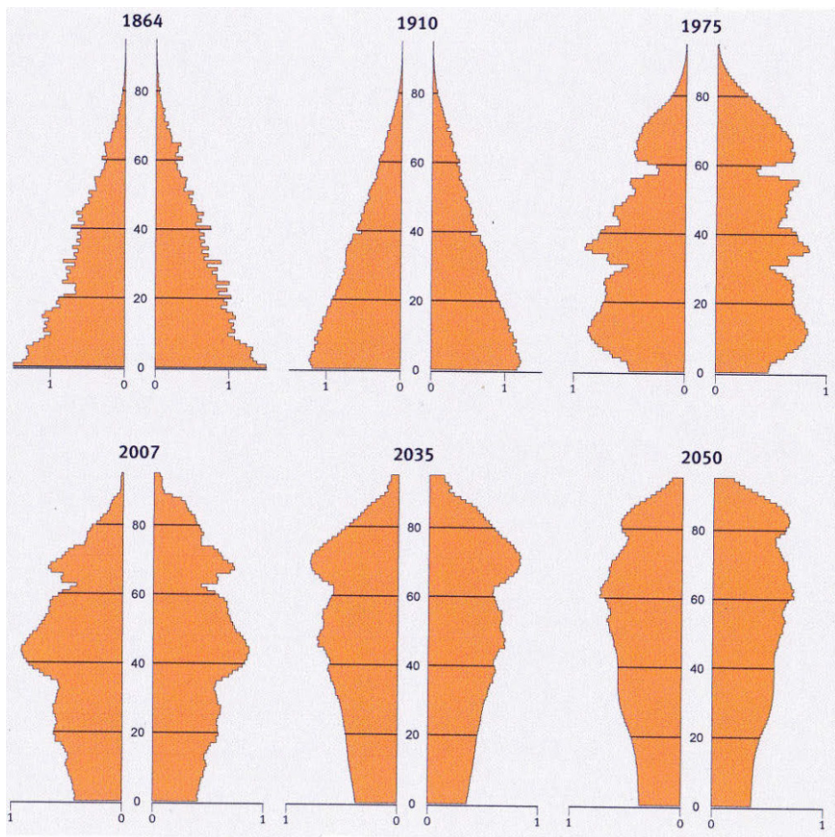


Abb. 1 Altersstrukturen der Bevölkerung in Deutschland 1864 bis 2050 (in %)

Quelle: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2009, S. 23

dezimiert)⁶ die Alterstruktur. Die Bevölkerungsgeschichte verändert damit die Alterstruktur allmählich und unweigerlich. Ein zusätzlicher Faktor der demografischen Alterung ist die steigende Lebenserwartung. So sehr eine längere Lebenserwartung zu begrüßen ist, führt sie doch insbesondere zu einer nicht unerheblichen Zunahme der Hochbetagten, also der über 80-Jährigen.

Im Altersaufbau 2007 erstreckt sich die Einschnürung bis zu den fast 40-Jährigen: es gibt mehr und mehr einen Mangel an Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Letztere bedeuten übrigens auch einen Mangel an potentiellen Eltern. Diese Alterstruktur führt zusammen mit dem niedrigen Geburtenniveau zu einer niedrigeren Geburtenzahl als bei zahlenmäßig stärker besetzten Elterngenerationen (sogenannter Echoeffekt). Die Babyboom-Jahrgänge sind im Jahr 2007 37 bis 47 Jahre alt. Ihr eigener „Altersstruktureffekt“ für die von ihnen geborenen Kinder ist bei den 18- bis 30-Jährigen als kleine relative Verstärkung erkennbar.

Die jeweilige Alterstruktur bestimmt die weitere Bevölkerungsentwicklung. Deshalb sind die Babyboomer im Jahr 2035 unweigerlich im Rentenalter und gehören 2050 zu den Hochbetagten. Die Alterung schreitet eigendynamisch weiter fort. Die Frage, ob dagegen etwas unternommen werden kann mittels einer geburtenfördernden Politik oder durch Zuwanderung drängt sich auf.

4 Hilft ein Geburtenanstieg gegen die demografische Alterung?

Aktuell im Jahr 2016 ist die Zahl der unter 45-Jährigen und damit der potentiellen Eltern weiter geringer geworden. Eigentlich ist der ‚*point of no return*‘ längst überschritten, denn die Altersstruktur hat eine schrumpfende Eigendynamik entwickelt. Selbst wenn die potentiellen Eltern ab sofort und auf Dauer im Durchschnitt zwei Kinder haben würden (was übrigens bei einer Kinderlosigkeit von nur 10 % bedeutet, dass etwa die Hälfte der Eltern drei oder mehr Kinder haben müsste), so würde es doch mindestens 25 bis 30 Jahre dauern, bis die Altersstruktur wieder ‚von unten‘ ausgebessert wäre.

Zwei bis drei Kinder je Paar und nur 10 % Kinderlosigkeit bedeuten Lebensentwürfe, die kaum realisierbar erscheinen. Sie würden eine massive Neubelebung der sogenannten traditionellen Familie oder doch zumindest Familiengründungen

6 Dies gilt im Altersaufbau 1975 nicht für die 45- bis 60-Jährigen Männer, bei denen man im Vergleich zu den gleichaltrigen Frauen die Verluste durch den Zweiten Weltkrieg erkennt.

überwiegend im Alter von unter 30 Jahren erfordern. Ich kann mir solche massive Verhaltensänderungen nicht vorstellen.

Falls die Politik in den späten 1960er Jahren oder frühen 1970er Jahren eine geburtenfördernde Politik eingeleitet hätte, hätte die Bevölkerungsentwicklung vielleicht einen anderen Verlauf genommen. Immerhin konnte die Politik seit der 4. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung aus dem Jahr 1973 wissen, dass bei weiterhin niedrigem Geburtenniveau mit einer erheblichen Alterung der Bevölkerung zu rechnen ist (Höhn 1999, S.19-21). Außerdem war der ‚Pillenknicke‘ nach 1966 in den Medien und der Politik ein stark diskutiertes Thema (Höhn 2007, S. 77). So wurde denn 1973 das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung mit dem expliziten Auftrag, die Gründe des Geburtenrückgangs zu erforschen, gegründet. Das Positionspapier des 1974 eingesetzten Bad Soodener Kreises zu Bevölkerungsfragen wurde 1978 sogar dem Kabinett Schmidt vorgelegt (Ebd.).

„Auf einer Kabinettsitzung am 15.11.1978 diskutierte die Bundesregierung ausführlich über einen vom Innenministerium vorgelegten Bericht zur Bevölkerungsentwicklung. Aber die vorgelegten Daten erschienen der Ministerrunde und dem Bundeskanzler zu umstritten für schnelle politische Maßnahmen. Zwei Arbeitsgruppen ‚Bevölkerungsfragen‘ (Innenministerium) und ‚Politik für eine familien- und kinderfreundliche Umwelt‘ (Familienministerium) sollen den Fragen ausführlich und genau auf den Grund gehen.“ (Silkenbäumer 1979, S. 12)

Tatsächlich kam nur die interministerielle Arbeitsgruppe Bevölkerungsfragen zustande, die dann 1980 und 1984 einen Bevölkerungsbericht der Bundesregierung in zwei Teilen vorlegte (Bundesministerium des Innern 1980; Bundesministerium des Innern 1984). Geburtenfördernde Maßnahmen werden darin nicht empfohlen und auch die Auswirkungen der demografischen Alterung auf verschiedene Politikbereiche werden eher heruntergespielt (vgl. Höhn 2007, S. 82). Die Bevölkerungsfrage war nämlich in den Parteienstreit geraten.

Die parteipolitischen Gegensätze in den 1970er Jahren fasst Silkenbäumer wie folgt zusammen:

„Die Betonung der ‚Privatheit der Familie‘, der Rückzug in die angeblich ‚heile Welt‘, die positive Bewertung der ‚Hausfrau und Mutter‘, finanzielle Anreize wie zinsgünstige Darlehen, Geburtszuschüsse, Erziehungsgeld – diese Merkmale kennzeichnen den familienpolitischen Ansatz der CDU/CSU. Sozialliberale Bundesländer setzen ihre Akzente in den Ausbau der Familienbildung und Familienberatung, in die Senkung der Elternbeiträge für Kindergärten, in den Ausbau der Kinderhorteinrichtungen, in verstärkten Angeboten zur Familienerholung, in Ganztagschulen, in der Teilzeitarbeitspolitik und Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Kindererziehung und

Berufstätigkeit soll für die Frauen – wenn gewünscht – vereinbar sein“ (Silkenbäumer 1979, S. 19).⁷

Und Albrecht Müller, damals Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt, stellt fest:

„Es ist hier offenbar ein Thema entdeckt worden, das der Diskreditierung der Bundesregierung und der sozialliberalen Koalition – ja der gesamten sozialliberalen Epoche dienen soll. Auf einen einfachen Nenner gebracht wird die Bevölkerungsentwicklung der Reformpolitik angelastet, die die Familie zerrüttet und zerschlagen habe.“ (Müller 1979, S. 150)“ (Höhn 2007, S. 80).

Albrecht Müller lässt eine Reihe von massiven Vorwürfen an die CDU/CSU-Opposition folgen, der in 17 Beobachtungen ‚völkisches Denken‘, Angst vor dem Individualismus und materiell-instrumentelle Bevölkerungspolitik vorgeworfen werden (Höhn 2007, S.81). Der letzte zusammenfassende Satz lautet:

„Die Diskussion um die Bevölkerungsentwicklung wird im Bundestagswahlkampf 1980 zum Propagandasturm entfacht werden. Man wird am Ergebnis auch ablesen können, ob dieses Land und sein Volk zu einer dem einzelnen zugeneigten aufgeklärten Position bereit ist oder ob völkische Vorurteile hierzulande mehrheitsfähig sind“ (Müller 1979, S. 169).

Nach dieser vernichtenden Beurteilung muss es umso mehr erstaunen, dass Familienministerin Renate Schmid (SPD) ab 2003 die Kampagne „Deutschland braucht mehr Kinder“ startet und den bevölkerungspolitischen Bann löst. Für demografische Auswirkungen ist es da aber schon wegen der demografischen Trägheit infolge von drei Dekaden mit niedrigem Geburtenniveau fast zu spät.

Gehen wir noch kurz auf die Jahre nach 1982 unter Bundeskanzler Kohl ein.

„Zunächst wurden sozialliberale, familienpolitische Leistungen gekürzt,⁸ um den Haushalt zu sanieren. Ab 1986 wurden unter Familienminister Heiner Geissler umfangreiche familienpolitische Maßnahmen eingeführt:

18 Monate Erziehungsurlaub mit Wiederbeschäftigungsgarantie, ein einkommensabhängiges Erziehungsgeld, Anerkennung eines Babyjahrs in der Rente, Wiedereinführung von Kinderfreibeträgen. Die Dauer des Erziehungsurlaubs wurde in

7 Ganztagschulen blieben übrigens in Westdeutschland -auch in sozialliberalen Bundesländern- bis vor nicht allzu langer Zeit die Ausnahme; und nach der Wiedervereinigung wurden die Ganztagschulen in Ostdeutschland zunächst zu Halbtagschulen.

8 Das Kindergeld wurde ab dem 2. Kind wieder einkommensabhängig. Das Schüler-Bafög wurde gestrichen. Die 7-monatige bezahlte Freistellung erwerbstätiger Mütter (nach dem gesetzlichen Mutterschutz monatlich 700 DM) entfiel.

mehreren Schritten auf schließlich 3 Jahre erweitert. (...) Der demographische Effekt dieses familienpolitischen Programms ist Null, führte aber eventuell dazu, dass das Geburtenniveau nicht noch weiter absank (Schwarz 1987). Karl Schwarz beschäftigte sich auch mit den familienpolitischen Programmen in den Bundesländern. Demografische Wirkungen, nämlich negative, lassen sich nur bei Kürzungen der Familienpolitik nachweisen“⁹ (Höhn 2007, S. 83).

Wenn Familienpolitik rechtzeitig, d. h. bevor die durchschnittlichen Geburtenzahlen dauernd unter das Bestandserhaltungsniveau gesunken sind, eingeführt wird, es nicht immer wieder Kürzungen und Veränderungen im familienpolitischen Maßnahmenbündel¹⁰ gibt und ein familienfreundliches Klima herrscht, dann kann Familienpolitik helfen den Wunsch nach zwei Kindern zu erfüllen. Frankreich, das seine großzügige Familienpolitik unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg begann, ist dafür das beste Beispiel. Die demografische Alterung erfolgt dann im Wesentlichen nur durch die längere Lebenserwartung, aber nicht durch „zu wenige“ Geburten. In (West)Deutschland gab es dagegen zu viele Veränderungen in der Familienpolitik, in der ehemaligen DDR einen späten pronatalistischen Versuch, der durch andere Mängel (z. B. Wohnungs- und Einkommensfrage) für potentielle Familien nicht nachhaltig war. Und es fehlte gerade in Westdeutschland zu lange an der Bereitschaft zur bevölkerungsbezogenen Familienpolitik: „Alle Bundesregierungen betonten gegenüber den Vereinten Nationen in ihren seit 1976 alle zwei Jahre durchgeführten Umfragen,¹¹ das Geburtenniveau sei zwar zu niedrig, doch gebe es keine pronatalistischen Maßnahmen, vielmehr eine Familienpolitik, die keiner demografischen Rechtfertigung bedürfe.“ (Höhn 2007, S. 83)

5 Hilft Zuwanderung gegen die demografische Alterung?

Im Zusammenhang mit der Zuwanderung von Flüchtlingen im Jahr 2015 bis Anfang 2016 kam (nicht zum ersten Mal) das Argument, dass dies auch aus demografischen sowie arbeitsmarktpolitischen Gründen für Deutschland nützlich

9 Das markanteste Beispiel ist das Saarland, das bis zum Saarvertrag 1955 auch in den Genuss der französischen Familienpolitik kam, die danach durch die noch sehr schwach entwickelte bundesrepublikanische Familienpolitik ersetzt wurde.

10 Es muss sich um ein Bündel von Maßnahmen handeln, da auch die Gründe gegen ein (weiteres) Kind sehr vielfältig sind. Die EINE erfolgversprechende Maßnahme zu finden ist eine Illusion.

11 Zumindest bis zum Jahr 2007, als mein Aufsatz entstand.

sei. Wir wollen uns hier nur mit den demografischen Aspekten befassen. Zunächst handelt es sich bei den Zuwandernden überwiegend um junge Erwachsene, so wie sie der altersspezifischen Verteilung der Einwanderer nach Australien, Kanada und die USA entsprechen (United Nations 2000, S. 14-17). Die Hälfte der Einwanderer in diese traditionellen Einwanderungsländer ist zwischen 20 und 40 Jahre alt; hinzu kommen knapp 30 % unter 20-Jährige und 20 % über 40-Jährige (davon besonders wenig über 55-Jährige)¹². Aus demografischer Sicht ist zu bedenken, „daß Zuwandernde keine Kinder sind – also einen Mangel an Kindern nicht direkt ausgleichen –, dass Zuwandernde auch mit ihren eigenen Kindern – mitgebrachte und im Zielland geborene – als Minderheit nicht heimischen Mangel an Kindern ausgleichen können, zumal Zuwandernde im Laufe der Jahre im Zielgebiet ihre Geburtenhäufigkeit reduzieren, und schließlich und demografisch wesentlich, dass Zuwandernde selber altern.“ (Höhn 1999, S. 18)

Der Hinweis, dass Zuwandernde selbst altern ist wesentlich, weil kurzfristige Zuwanderungswellen Unregelmäßigkeiten in der Altersstruktur (wie die Baby-boom-Generation) verursachen und dann längerfristig die Bevölkerungsalterung sogar verstärken.¹³ Wenn die Zugewanderten im Zielland erwerbstätig werden, zahlen sie zunächst zwar Steuern und Sozialversicherungsbeiträge und entlasten die Sozialversicherungssysteme, sie erwerben aber auch Rentenansprüche, die nach einigen Jahrzehnten zu leisten sind. Zuwanderung ist durchaus geeignet, die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu verstärken, nicht jedoch die demografische Alterung zu stoppen.

„Die demografische Verjüngung durch Migration ist also nur eine mittelfristige, es sei denn, die Wanderungsströme würden in Zukunft auf fast 1 Million pro Jahr wachsen. Dies hätte aber Bevölkerungswachstum und eine sehr erhebliche Verschiebung der Anteile einheimischer zugunsten zugewanderter Bevölkerungen zur Folge, wie Feichtinger und Steinmann (1992) sehr eindrucksvoll für das frühere Bundesgebiet zeigten. Zu einer ähnlichen Beurteilung kommen auch Birg und Flöthmann (1993) für das vereinigte Deutschland.“ (Höhn 1999, S. 19)

Bleibt noch der Hinweis, dass 1 Million in nur einem Jahr für den von Feichtinger und Steinmann bzw. Birg und Flöthmann gezeigten demografischen Verjüngungseffekt nicht reicht; vielmehr müssten stetig und auf Dauer ca. 1 Million Zuwanderer pro Jahr dazu kommen.

12 Die Flüchtlinge und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten waren überwiegend Frauen, Kinder und alte Leute.

13 Wir haben hier ein weiteres Beispiel der demografischen Trägheit durch die Alterstruktur.

„Mit dem Beginn des neuen Millenniums und der Präsentation von diversen Prognosen kamen auch Bevölkerungsvorausschätzungen ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Politik und Medien beschäftigten sich seitdem mit dem ‚Demografischen Wandel‘ (...) Große Hoffnungen wurden zunächst auf die Zuwanderung von Spitzenkräften gesetzt (Greencard, Zuwanderungsgesetz), aber die UN Modellrechnungen zur Bestandserhaltungsmigration (2000) zeigen (erneut), dass Zuwanderung die Alterung der Bevölkerung nicht verhindern kann.“ (Höhn 2007, S. 87f.)

Bezeichnenderweise war die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen gebeten worden zu errechnen, wie groß die Wanderungsströme in Länder mit einer Fertilität unter dem Bestandserhaltungsniveau¹⁴ sein müssten, um (ausgehend vom Jahr 1995) die Bevölkerungszahl bzw. die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) bzw. den potentiellen Unterstützungsquotient (Anzahl der 15-64 Jährigen auf eine 65 und ältere Person) als Maßzahl der Bevölkerungsalterung konstant zu halten. Zum Vergleich wird die mittlere Variante der VN Bevölkerungsprojektionen 1998 und eine Variante ohne Wanderungen herangezogen.

Für Deutschland ergeben sich folgende Sachverhalte (United Nations 2000, S. 37-42):

- Um den Bevölkerungsstand 1995 von 81,7 Millionen bis 2050 konstant zu halten, müssten von 1995 bis 2050 insgesamt 17,8 Millionen Personen zuwandern, d. h. durchschnittlich 324 000 pro Jahr. Doch würde die Zahl der 65+Jährigen leicht steigen und der potentielle Unterstützungsquotient statt von 4,41 auf 2,05 (mittlere Variante) nur auf 2,26 fallen.
- Um die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) bis 2050 konstant zu halten, müssten von 1995 bis 2050 insgesamt 25,2 Millionen Personen zuwandern, d. h. durchschnittlich 458 000 pro Jahr. Dabei stiege die Bevölkerung von 81,1 Millionen auf 92 Millionen, darunter 36 % Zuwanderer einschließlich Nachkommen. Die Zahl der über 64-Jährigen läge um 2 Millionen höher als in der mittleren Variante (Zuwanderer altern auch!) und der potentielle Unterstützungsquotient läge bei 2,44 statt 4,41.
- Zur Stabilisierung der Alterung auf dem Stand von 1995 (das entspricht einem konstanten potentiellen Unterstützungsquotienten von 4,41) müssten von 1995 bis 2050 insgesamt 188,5 Millionen Personen zuwandern, d. h. durchschnittlich 3,4 Millionen pro Jahr (dieser Durchschnitt verhüllt aber die zeitliche Entwicklung von jährlich 1,4 Millionen in den Jahren 1995-2000, dann jährlich 2,3 Millionen in den Jahren 2000 bis 2025 und schließlich jährlich knapp 5 Millionen in den

14 Die ausgewählten 8 Länder sind Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Südkorea, Russland, Großbritannien und die USA, sowie die EU und Europa.

Jahren 2025 bis 2050). Die Bevölkerung stiege dadurch von 81,1 Millionen auf 299,3 Millionen, darunter 80 % Zuwanderer einschließlich deren Nachkommen. Die Bevölkerungsdichte wäre unvorstellbar und die Deutschen sehr schnell in der Minderheit. Ich habe diese Berechnung als Zahlenspielerei bezeichnet, weil sie die gut gemeinte Frage „Hilft Zuwanderung gegen die demografische Alterung?“ ad absurdum führt.

6 Schlussbemerkungen

Alle Bevölkerungsvorausschätzungen seit den frühen 1970er Jahren ergeben – fast möchte ich sagen mit hartnäckiger Bosheit – einen Anstieg der über 60-, 70-, 80-, 90- und 100-Jährigen. Doch handelt es sich hier nicht um Bosheit sondern um das Wirken der demografischen Trägheit, denn unsere Alterstruktur hat sich im Wandel der Jahrzehnte langsam, aber unaufhaltsam von unten vermindert. Maßgeblich ist das eigentlich schon seit 1900 fallende Geburtenniveau. Durch historische Geburtenausfälle und einen temporären Anstieg der Geburtenzahlen von 1955 bis 1965 (Babyboom-Jahrgänge) ist der Altersaufbau zerklüftet wie ein Tannenbaum, dessen Stamm außerdem seit 1972 von Jahr zu Jahr länger wird. Mittlerweile erstrecken sich die schwächer besetzten Jahrgänge bis zu den 45-Jährigen. Längst gibt es von Jahr zu Jahr weniger potentielle Eltern und damit immer weniger Kinder trotz gleichbleibendem Geburtenniveau.

Selbst wenn das Geburtenniveau sofort und auf Dauer von 1,4 auf 2,1 Geburten je Frau anstiege, wofür wenig spricht,¹⁵ würde es Jahrzehnte dauern, bis die Alterstruktur von unten wieder aufgefüllt wäre.

Die Hoffnung, durch Zuwanderung die demografische Alterung stoppen zu können, erweist sich als Illusion. Darüber hinaus frage ich mich ernsthaft, ob es irgendwo Politiker gibt, die Migrationspolitik zu diesem demografischen Zweck machen würden.

So wird denn die demografische Trägheit weiter wirken und die demografische Alterung bis zum Jahr 2035 einem relativen Höhepunkt zuführen. Falls keine neuen Bevölkerungswellen entstehen, wird sich die Eigendynamik der Alterung danach etwas verlangsamen, ohne aufzuhören. Bis dahin werden viele Anpassungspolitiken unsere Gesellschaft und das Leben der Älteren verändert haben.

15 „Although fertility may rebound in the coming decades, few believe that fertility in most countries will recover sufficiently to reach the replacement level in the foreseeable future.“ (United Nations 2000, S. 7).

Literatur

- Birg, Herwig, E.-Jürgen Flöthmann. 1993. *Bevölkerungsprojektionen für das vereinigte Deutschland bis zum Jahr 2100 – unter besonderer Berücksichtigung von Wanderungen*. Studienbericht im Auftrag der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“ des Deutschen Bundestages. Berlin: Deutscher Bundestag.
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. 2009. *1973 – 2008. 35 Jahre bevölkerungswissenschaftliche Forschung am BiB. Ein öffentlicher Tätigkeitsbericht*. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Bundesministerium des Innern. 1980. *Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, 1. Teil: Analyse der bisherigen Bevölkerungsentwicklung und Modellrechnungen zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung*. Bonn: Bundestags-Drucksache 8/4437.
- Bundesministerium des Innern. 1984. *Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, 2. Teil: Auswirkungen auf die verschiedenen Bereiche von Staat und Gesellschaft*. Bonn: Bundestags-Drucksache 10/863.
- Demeny, Paul, Geoffrey McNicoll. 2003. *Encyclopaedia of Population*. Bd. 2. New York: Macmillan Reference.
- Dinkel, Reiner. 1989. *Demographie. Band 1: Bevölkerungsdynamik*. München: Vahlen.
- Feeney, Griffith. 2003. Momentum of population growth. In *Encyclopaedia of Population*. Bd. 2., hrsg. Paul Demeny, Geoffrey McNicoll, 646-649. New York: Macmillan Reference.
- Feichtinger, Gustav, Gunter Steinmann. 1992. Immigration into a Population with Fertility below Replacement Level – The Case of Germany. *Population Studies* 46: 275-284.
- Höhn, Charlotte. 1999. Die demographische Alterung – Bestimmungsgründe und wesentliche Entwicklungen. In *Die demographische Alterung und Wirtschaftswachstum. Seminar des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung 1998 in Bingen*, hrsg. Evelyn Grünheid, Charlotte Höhn, 9-32. Opladen: Leske+Budrich.
- Höhn, Charlotte. 2007. Bevölkerungsforschung und demographischer Wandel – Zur politischen Würdigung der Demographie seit den 1970er Jahren. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 32 (1-2):73-98.
- Höhn, Charlotte et al. 1987. *Mehrsprachiges Demographisches Wörterbuch. Deutschsprachige Fassung*. Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Bd. 16. Boppard: Boldt.
- Henry, Louis. 1981. *Dictionnaire démographique multilingue*. Liège: Ordina.
- Müller, Albrecht. 1979. Ideologische Elemente, Ungereimtes und Widersprüchliches in der bevölkerungs- und familienpolitischen Diskussion. In *Geburtenrückgang. Risiko oder Chance*, hrsg. Rainer Silkenbäumer, 150-169. Hannover: Fackelträger.
- Schwarz, Karl. 1974. Die Frauen nach der Kinderzahl. Ergebnisse der Volkszählung am 27. Mai 1970. *Wirtschaft und Statistik* 6: 404-406.
- Schwarz, Karl. 1987. Demographische Wirkungen der Familienpolitik in Bund und Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg. *Zeitschrift für Bevölkerungsforschung* 13 (4): 409-450.
- Silkenbäumer, Rainer. 1979. *Geburtenrückgang. Risiko oder Chance*. Hannover: Fackelträger.
- United Nations. 2000. *Replacement Migration: Is it a Solution to Declining and Ageing Populations?* New York: United Nations.
- Van de Walle, Etienne. 1982. *Multilingual Demographic Dictionary*. Liège: Ordina.
- Winkler, Wilhelm. 1960. *Mehrsprachiges Demographisches Wörterbuch*. Hamburg: Deutsche Akademie für Bevölkerungsforschung.

II

**Fertilität, Alterung, Migration,
statistische Bevölkerungsveränderungen –
die Herausforderungen der
Bevölkerungsentwicklung**

Die demografischen Transformationen und das ungelöste Genderproblem

Jürgen Dorbritz

Zusammenfassung

Der Beitrag thematisiert den Wandel der Institution Ehe und Familie im ersten und zweiten demografischen Übergang und deren Einfluss auf das generative Verhalten. Wesentlich für den zweiten demografischen Übergang ist, dass sich die Verhaltensnormierung durch soziale Institutionen abgeschwächt hat. Dadurch werden vielfältige Wege der Familienentwicklung und das Entstehen unterschiedlicher Lebensformen möglich. In diesem Prozess haben sich die Geschlechterrollen von der Festlegung der Frau auf die Rolle der Hausfrau zur erwerbstätigen Mutter gewandelt. Dieser Wandel erfolgte asymmetrisch nur auf der Seite der Frauen. Sind dann in einer Partnerschaft die Rollenvorstellungen inkongruent, geht davon ein begrenzender Effekt auf die Kinderzahl bzw. einer erhöhten Wahrscheinlichkeit zur Kinderlosigkeit aus und erzeugt einen familienpolitischen Anpassungsbedarf.

Schlüsselwörter

Demografische Übergänge, Wandel der Familie, Geschlechterrollen, Geburtenrückgang, Kinderlosigkeit, soziale Institution, Lebensformen

1 Einleitung

Demografische Transformationen sind vielschichtige und komplexe Vorgänge, die aus der rein demografischen Sicht das sich bedingende Zusammenwirken verschiedener demografischer Verhaltensweisen (generatives Verhalten, Partnerwahlverhalten, Heirats- und Scheidungsverhalten, Gesundheitsverhalten, Migrations- und Mobilitätsverhalten) und demografischer Strukturen (Altersstruktur, Geschlechterstruktur, regionale Bevölkerungsverteilung, Struktur der Lebensformen und Haushalte, Gliederungen nach Migrationshintergrund, Nationalität) beinhalten. Demografische Transformationen können allerdings nicht gelöst von Gesellschaftstransformationen betrachtet werden, da beide ein interdependenter Entwicklungszusammenhang verbindet. Einerseits können langfristig verlaufende demografische Transformationen als eine strukturelle Veränderung in den Prozessen der Bevölkerungsreproduktion bestimmt werden, die infolge komplexer sozioökonomischer, politischer und kultureller Veränderungen eintreten, die aber auch eine demografische Eigendynamik besitzen und sich dadurch kaum kurzfristig beeinflussen lassen. Dies liegt aber auch daran, dass der demografische Wandel über lange Zeiträume verläuft, einsetzende Veränderungen nicht erkannt und die gesellschaftlichen Konsequenzen nicht sofort offensichtlich werden. Insofern stellen demografische Transformationen und ihre konkreten Ausprägungen Kausalfaktoren für politisch induzierte Gesellschaftstransformationen dar. Andererseits können solche Transformationen, z. B. gesellschaftliche Systemwechsel, demografische Verhaltensmuster kurzfristig verändern und damit einen demografischen Wandel auslösen (Dorbritz 2015, S. 499).

2 Theoretische Ausgangspunkte

Der theoretische Ausgangspunkt wird in den Bereich des historischen Institutionalismus gelegt. „Im historischen Institutionalismus werden gesellschaftliche Transformationen als distinkte historische Prozesse betrachtet, um zu betonen, dass der Zeitpunkt, der Ablauf und die Dauer solcher Prozesse einen deutlichen Einfluss auf die Qualität und die Richtung gesellschaftlicher Transformationen besitzt“ (Stefes 2015, S. 125). Dabei spielen soziale Institutionen eine zentrale Rolle, da durch sie die Richtung und die Dauer der Veränderungsprozesse geprägt werden, indem Informationen bereitgestellt und negative und positive Anreize über abweichendes bzw. konformes Verhalten offensichtlich werden. In einem demografisch ausgerichteten Beitrag, der auf das Entstehen von Kinderlosigkeit

und den Wandel der Geschlechterrollen fokussiert ist, besitzt der Wandel der Institution Ehe/Familie eine besondere Bedeutung. Dazu werden die Ansätze der Individualisierungstheoretiker aus den 1980er-Jahren, namentlich Ulrich Beck und Hartmann Tyrell, aufgegriffen. Von ihnen wird der Wandel der Institution Ehe/Familie mit Individualisierungs- und Pluralisierungsprozessen in Verbindung gebracht und Rückschlüsse für die Ausgestaltung der privaten Lebensführung gezogen. Mit der Individualisierungsthese wird allgemein, nicht nur bezogen auf die familialen und nichtfamilialen Lebensformen, die Freisetzung der Individuen aus traditionellen gesellschaftlichen Strukturen mit dem Ergebnis beschrieben, dass die private Lebensführung und der Biografieverlauf stärker der Selbstbestimmtheit durch das Individuum unterliegen. Die Konsequenzen für den Wandel der Lebensformen werden durch Beck folgendermaßen beschrieben: „Bei der Frage nach der Zukunft ‘der’ Familie wird häufig von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Es wird die bekannte Form der Kernfamilie mit irgendeinem Zustand der ‘Familienlosigkeit’ konfrontiert oder unterstellt, dass ein anderer Familientyp die Kernfamilie ersetzt. Sehr viel wahrscheinlicher ist – wenn die skizzierte Analyse stimme –, dass nicht ein Typus von Familie einen anderen verdrängt, sondern dass eine große Variationsbreite von familialen und außerfamilialen Formen des Zusammenlebens nebeneinander entstehen und bestehen wird“ (Beck 1986, S. 195). Als Schlussfolgerung wurde gezogen, dass Ehe und Elternschaft nicht mehr normativ durch die Handlungsorientierung der sozialen Institution vorgegeben werden und keine selbstverständliche Lebensperspektive mehr sind. Vielmehr werden die Biografieoptionen zu einem Gegenstand freier Wahl. „Deinstitutionalisierung heißt hier nun einerseits Verlust der exklusiven Monopolstellung von Ehe und Familie; für Alternativen ist nunmehr Raum. Und andererseits heißt es: Rückläufigkeit der Inklusion. Für die Ehe bedeutet das zunächst: Unverheiratetes Zusammenleben verliert mehr und mehr das Stigma der ‚wilden Ehe‘, des ‚Konkubinats‘, es wird diskriminierungsfrei als Alternative wählbar und wird auch faktisch, vielfach als Vorstadium der Ehe, gewählt“ (Tyrell 1988, S. 151). Letztlich sind danach die Bedeutungszusammenhänge von Liebe und Ehe sowie von Ehe und Elternschaft aufgelöst und damit ist die Grundlage für das Entstehen einer breiten Vielfalt an Lebensformen entstanden. Damit hat auch die Biografieoption Kinderlosigkeit eine erhöhte Realisierungschance erhalten.

In dem hier vorgelegten Beitrag ist ausgehend von den theoretischen Ausgangsüberlegungen vor allem von Interesse, wie sich im Verlauf der demografischen Transformationen die soziale Institution Ehe/Familie verändert hat, wie neue individuelle Verhaltensoptionen entstehen und wie sich diese Veränderungen auf die Lebensformen und speziell auf die Geschlechterrollen und die Kinderlosigkeit ausgewirkt haben.

3 Die demografischen Übergänge

Nachhaltig beeinflusst worden sind die demografischen Trends der vergangenen 150 Jahre durch zwei demografische Übergänge. Der Begriff der Transformation ist von Thompson (1929) und Notestein (1945) geprägt worden. Demografische Transformationen stellen Unterbrechungsphasen im stetigen Verlauf des demografischen Wandels dar, in denen sich die Art und Weise der Bevölkerungsreproduktion deutlich verändert. Statistisch nachweisbar sind zwei demografische Transformationsphasen, die um 1900 (erster demografischer Übergang) und nach dem zweiten Weltkrieg (Europe's Second Demographic Transition) stattgefunden haben. Die erste demografische Transformation war geprägt durch den Übergang der vorindustriellen in die industrielle Gesellschaft. Der zweite Übergang, von van de Kaa (1987) als Europe's Second Demographic Transition bezeichnet, basierte vor allen Dingen auf einem tiefgreifenden kulturellen Wandel. Beide Transformationsphasen sind durch einen deutlichen Geburtenrückgang gekennzeichnet, weisen aber auch spezifische Merkmale auf¹. Eine der auffälligen Besonderheiten des zweiten demografischen Übergangs besteht darin, dass er ausschließlich durch einen starken Geburtenrückgang gekennzeichnet ist, während die Lebenserwartung einem stetigen Anstiegstrend folgt. Im ersten Geburtenrückgang senkt sich sowohl das Geburten- als auch das Sterblichkeitsniveau.

Mit dem Konzept der ersten demografischen Transformation wird der Übergang von einer Bevölkerungsweise mit hoher Fertilität und Sterblichkeit zu einer mit niedriger Fertilität und Sterblichkeit beschrieben. Dieser Übergang fand in Deutschland in der 2. Hälfte des 19. und in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts statt. Demografisch belegbar ist dies durch folgende Daten: Um 1870 hat jede Frau durchschnittlich fast 5 Kinder zur Welt gebracht. Am Ende der Transformationsphase waren es nur noch zwei. Die Lebenserwartung stieg im Zeitraum der Transformationsperiode für die Frauen von 38 auf 68 Jahre und für die Männer von 35 auf 65 Jahre. Im Transformationsverlauf sind zunächst die Sterbeziffern und dann zeitlich verzögert die Geburtenziffern gesunken, um sich dann wieder auf einem einheitlichen Niveau zu treffen. Der eher einsetzende Sterblichkeitsrückgang kann dadurch erklärt werden, dass der wissenschaftlich-technische, medizinische und hygienische Fortschritt sich unmittelbar positiv auf Gesundheit und Lebenserwartung auswirkt. Der Geburtenrückgang hingegen hat verzögert eingesetzt, da die

1 Der Verlauf des ersten demografischen Übergangs wird in diesem Beitrag nur in seinen Grundzügen beschrieben, da die zu behandelnde Fragestellung vor allem mit den Transformationsprozessen in Europe's Second Demographic Transition verbunden ist.

Entscheidungen über eine Verringerung der Kinderzahlen erst als Ergebnis eines bewussten Entscheidungsprozesses in den Familien eintreten konnten.

Die Industrialisierung hatte zu jener Zeit die Bevölkerung in den Städten stark anwachsen lassen, die Menschen wurden aus den traditionell ländlichen Gemeinschaften herausgelöst. Der Übergang von der Gemeinschaft zur Gesellschaft, das Herauslösen der Individuen aus starren gesellschaftlichen Strukturen, abgeschwächte soziale Kontrolle und eine beschleunigte Individualisierung ebneten den Weg zu einer wachsenden Rationalität bezüglich der Entscheidungen über die Zahl der Kinder. Der Geburtenrückgang war einerseits das Ergebnis der zunehmend bewussten Geburtenkontrolle und andererseits vor allem Ergebnis der neuen Rolle des Kindes in Familie und Gesellschaft (die Entdeckung des Kindes). Kinder begannen ihre Rolle als Arbeitskraft und Altersstütze der Eltern zu verlieren. Sie rückten immer mehr in den Mittelpunkt der Familie und wurden zu einem wertvollen Gut ihrer Eltern, die verstärkt Zeit, Geld und Emotionen für die Kinder aufbrachten (Aries 1985). Die zukünftigen Lebenswege der Kinder waren nicht mehr starr vorgegeben, sondern eröffneten einen Gestaltungsspielraum. Es ging um das Kind selbst, um seine Erziehung und Ausbildung, die über die Lebensperspektive entschieden. Es setzte sich die Erkenntnis durch, dass die Eltern ihre neue Rolle mit weniger Kindern viel besser erfüllen konnten, es kam immer mehr auf die Qualität der Erziehung weniger Kinder als auf die Geburt vieler Kinder an.

Europe's Second Demographic Transition hat in Deutschland zwischen der Mitte der 1960er- und der Mitte der 1970er-Jahre im Anschluss an das Geburtenhoch (Babyboomer) nach dem zweiten Weltkrieg stattgefunden. Innerhalb von 10 Jahren ist die zusammengefasste Geburtenziffer von 2,50 auf 1,48 gesunken. Der Geburtenrückgang ist der Hauptindikator der zweiten demografischen Transformation, wird aber von einer ganzen Reihe anderer Prozesse begleitet, die zum Teil in der Phase des Übergangs begonnen haben und noch immer nicht abgeschlossen sind. Zu den wichtigsten weiteren Merkmalen des demografischen Wandels zählen:

- Der Anstieg des Durchschnittsalters der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes.
- Die wachsenden Anteile kinderloser Frauen. Kinderlosigkeit ist insbesondere unter Hochqualifizierten weit verbreitet.
- Der Anteil der nichtehelichen Geburten steigt als Indiz für die Entkoppelung von Ehe und Elternschaft.
- Die Formen des Zusammenlebens von Frauen, Männern und Kindern ändern sich. Zentral ist der Bedeutungsrückgang der Ehe.

Unterschiede zwischen der ersten und zweiten demografischen Transformation bestehen aber auch in der Faktorenkonstellation, die den Geburtenrückgang

verursacht hat. Die zweite Transformation wird generell mit einem kulturellen Wandel in Verbindung gebracht bzw. der zunehmenden Verbreitung postmaterieller Werte (Inglehart 1977). Von van de Kaa (1987, S. 11) gibt folgende Punkte als zentrale Übergänge an:

- den Übergang vom goldenen Zeitalter der Ehe zur nichtehelichen Lebensgemeinschaft,
- den Übergang von der Ära des Königskindes mit Eltern zum Königspaar mit Kind,
- den Übergang von der vorbeugenden Kontrazeption zur selbstbestimmten Empfängnis und
- den Übergang von einheitlichen zu pluralistischen Familien- und Haushaltsformen.

Der so beschriebene Wandel bedeutet letztlich die Ablösung des standardisierten auf gesellschaftlichen Normen beruhenden Übergangs in die Elternschaft durch individuelle bzw. paarspezifische Entscheidungen über die Erfüllung des Kinderwunsches. Es sind nun vielfältige Wege der Familienentwicklung möglich, die zu unterschiedlichen Lebensformen führen können. Ausschlaggebend für die Möglichkeit eines Geburtenrückgangs ist die reduzierte Verhaltensnormierung durch die Institution der Ehe und Familie.

Beide Geburtenrückgänge unterscheiden sich erheblich hinsichtlich der verursachenden Faktoren. Bezüglich des Wandels der Institution Ehe und Familie weisen sie aber einen gemeinsamen Bezugspunkt auf. Der erste demografische Übergang ist ausgehend vom Bürgertum des 19. Jahrhunderts mit der weiten Verbreitung des Modells der Hausfrauenehe als Mainstreammodell verknüpft, die in Deutschland ihren Höhepunkt in der Nachkriegszeit bis in die 1970er-Jahre hinein fand. Paare waren verheiratet, hatten Kinder und ihr Zusammenleben war durch eine klare partnerschaftliche Arbeitsteilung gekennzeichnet. Der Frau fiel die Rolle als Mutter, Erzieherin und Organisatorin des Haushalts zu, während der Mann auf die Ernährerrolle durch außerhäusliche Erwerbstätigkeit verwiesen war (Breadwinner-Homemaker-Modell). Dies galt aus der Kinderperspektive als erstrebenswerte Situation, es entstand das Leitbild der „guten Mutter“. Errungenschaften aus der Sicht der damaligen Zeit waren die Kinderzentrierung und die Emotionalisierung der Partnerschaftsbeziehung. Mit dem zweiten Geburtenrückgang beginnt sich die im ersten Geburtenrückgang etablierte Form der traditionellen Familie als Verhaltensnorm wieder abzuschwächen. Lesthaeghe und Neels (2002, S. 331) geben einen Überblick zu den Besonderheiten der beiden demografischen Übergänge hinsichtlich der Eheschließung, der Fertilität und der sozialen Hintergründe (Tab. 1).

Tab. 1 Übersicht zu den demografischen und sozialen Hintergründen im ersten und zweiten demografischen Übergang

<i>Erster demografischer Übergang</i>	<i>Zweiter demografischer Übergang</i>
Eheschließung	
<ul style="list-style-type: none"> • Steigender Anteil Verheirateter, sinkendes Erstheiratsalter • Niedrige oder rückläufige Anteile unverheiratet Zusammenlebender • Niedriges Scheidungsniveau • Hohe Wiederverheiratungshäufigkeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Rückgang des Anteils Verheirateter, Anstieg des Erstheiratsalters • Steigende Anteile unverheiratet Zusammenlebender (vor- und nachehelich) • Anstieg des Scheidungsniveaus, frühe Scheidungen • Rückgang der Wiederverheiratungen von Geschiedenen und Verwitweten
Fertilität	
<ul style="list-style-type: none"> • Rückgang der ehelichen Fertilität durch die Reduktion später Geburten, sinkendes Durchschnittsalter bei der ersten Elternschaft • Unzureichende Kontrazeption, angestrebte Parität verfehlt • Rückgang der nichtehelichen Geburten • Niedrige endgültige Kinderlosigkeit bei verheirateten Paaren 	<ul style="list-style-type: none"> • Weiterer Geburtenrückgang durch spätere Geburten, steigendes Durchschnittsalter bei der ersten Elternschaft, strukturelle Unterschreitung des Bestandernhaltungs-niveaus • Effektive Kontrazeption (Ausnahmen bei bestimmten sozialen Gruppen) • Anstieg der nichtehelichen Fertilität, Elternschaft bei unverheiratet zusammenlebenden Paaren • Anstieg der endgültigen Kinderlosigkeit in Partnerschaften
Gesellschaftliche Hintergründe	
<ul style="list-style-type: none"> • Sorge um Befriedigung grundlegender materieller Bedürfnisse: Einkommen, Arbeitsbedingungen, Wohnen, Gesundheit, Ausbildung, soziale Sicherheit, Solidarität als wichtiger Grundwert • Wachsende Mitgliedschaft in politischen, zivilen und gemeinschaftsorientierten Netzwerken, Stärkung des sozialen Zusammenhalts • Starke normative Vorgaben durch Staat und Kirche, erste Säkularisierung, politische und soziale ‚Versäulung‘ • Segregierte Geschlechterrollen, familialis-tische Politiken, Verbürgerlichung • Geordnete Lebenslaufübergänge, bedachtes Heiraten und die Dominanz eines einzelnen Familienmodells 	<ul style="list-style-type: none"> • Bedeutungszunahme der Bedürfnisse höherer Ordnung: individuelle Autonomie, Selbstverwirklichung, expressive Arbeits- und Sozialisationswerte, Basisdemokratie, Anerkennung, Toleranz als Grundwert, • Loslösung von zivilen und gemeinschaftlich orientierten Netzwerken, Sozialkapitalverschiebung zu einem expressiven und affektiven Typus, Schwächung des sozialen Zusammenhalts • Rückzug des Staats, zweite Säkularisierungswelle, sexuelle Revolution, Ablehnung von Autorität, politische ‚Entsäulung‘ • Wachsende Kongruenz der Geschlechterrollen, ökonomische Autonomie der Frauen • Flexible Lebensverläufe, unterschiedliche Lebensstile, offene Zukunft

Quelle: Lesthaeghe, Neels 2002, S. 331 (eigene Übersetzung)

4 Institutioneller Wandel, Individualisierung und Pluralisierung

In Anlehnung an die ersten Individualisierungstheoretiker ist lange Zeit davon ausgegangen worden, dass wir es hinsichtlich des Wandels der Familie mit einem umfassenden Deinstitutionalisierungsprozess zu tun haben, der zu einer breiten Vielfalt an Lebensformen mit hohen Anteilen individualisierter Lebensformen führt. Aktuell sind die Thesen der Individualisierung (verstanden als die zunehmende Unabhängigkeit der Individuen von der Verhaltensnormierung sozialer Institutionen) und Pluralisierung (wachsende distributive und strukturelle Vielfalt der Lebensformen) in der Literatur umstritten. Mit der distributiven Vielfalt wird die Verteilung der Bevölkerung auf die gängigen Lebensformen beschrieben. Mit der strukturellen Vielfalt wird das Entstehen neuer Lebensformen zum Ausdruck gebracht (Wagner, Valdeés Cifuentes 2014, S. 75).

Konkret wird gegenwärtig in der Forschungslandschaft eher von einer distributiven Vielfalt als von einer strukturellen Vielfalt ausgegangen. Inzwischen gibt es eine ganze Reihe von Autoren, die gegen die Individualisierungsthese argumentieren (u. a. Schneider 2001, S. 85, Lengerer und Klein 2007, S. 447). Gegenwärtig wird eher von einer Pluralität in Grenzen ausgegangen. Werden die Lebensformen nach den klassischen Merkmalen (Kinder, Partnerschaft, Ehe) strukturiert, ist nicht das Entstehen neuer Lebensformen, sondern eine neue Verteilung auf die bislang bekannten Lebensformen zu beobachten. Dieser Wandel basiert auf einem Bedeutungsrückgang der Ehe, die aber noch immer die am häufigsten gewählte Lebensform ist und dem Bedeutungszuwachs nichtehelicher Lebensformen wie nichtehelichen Lebensgemeinschaften oder bilokalen Paarbeziehungen. Letztlich ist die Pluralisierung der Lebensformen in Deutschland nicht mit der erwarteten Intensität eingetreten (Wagner, Franzmann und Stauder 2001). Daneben wird angenommen, dass eine breitere Vielfalt der Lebensformen keine Allgemeingültigkeit besitzt, sondern auf die Altersgruppen zwischen dem 20. und 35. Lebensjahr begrenzt ist und bei den Hochqualifizierten häufiger anzutreffen ist.

In der Diskussion um die Vielfalt der Lebensformen wird zudem betont, dass hinter den üblicherweise betrachteten Lebensformen eine neue Vielfalt existiert, die vor allem auf die veränderte Rolle der Frau in der Gesellschaft zurückzuführen ist. Nach Huinink und Konietzka (2007, S. 105) ist die Individualisierung in zwei Schritten verlaufen. Der erste Individualisierungsschub setzte mit der Industrialisierung ein, fällt somit in die Zeit des ersten demografischen Übergangs und betraf insbesondere die Männer. Die zweite Phase begann in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg, womit sich die Rolle der Frauen verändert hat. Damit einher geht eine breitere Vielfalt an Wahlmöglichkeiten hinsichtlich des Vereinbarens

von Erwerbstätigkeit und Elternschaft. Nach Esping-Andersen (1999, S. 50) ist das gewählte Vereinbarkeitsmodell, mit dem das Paar die materielle Sicherheit der Familie gewährleistet, zu einem bedeutenden Differenzierungskriterium der Lebensformen geworden. Eine Familie muss nicht mehr zwingend auf dem Breadwinner-Homemaker-Modell aufbauen, sondern es ist eine breite Vielfalt in der partnerschaftlichen Aufgabenteilung beim Vereinbaren von Erwerbstätigkeit und Elternschaft möglich.

5 Fertilität und Geschlechterrollen

Der Wandel der Institution Ehe und Familie eröffnet die Möglichkeiten zu einem veränderten generativen Verhalten, führt aber nicht zwingend zum Entstehen einer Low-Fertility-Situation oder einer hohen Kinderlosigkeit. Einer der konkreten Gründe, warum die neuen von der Institution bereitgestellten Handlungsmöglichkeiten in Kinderlosigkeit münden, ist das ungelöste Genderrollenproblem.

Die gender-orientierten Studien der letzten Jahre gelangen zu einem weitgehend übereinstimmenden Fazit der aktuellen Situation hinsichtlich des Wandels der Geschlechterrollen: In den letzten Jahrzehnten haben einerseits die Geschlechterrollen, insbesondere die Rolle der Frau, gemeinsam mit der Institution der Familie einige tiefgreifende Veränderungen erfahren. Das traditionelle Modell der bürgerlichen Familie mit dem Mann als Familienernährer und der Festlegung der Frau auf die Rolle der Hausfrau wird durch die steigende Anzahl der erwerbstätigen Frauen und Mütter zunehmend in Frage gestellt. In den ehemals sozialistischen Ländern war dieses Modell zumindest in den entwickelteren Ländern bereits in den 1980er-Jahren quasi überwunden, hat aber in den postkommunistischen Gesellschaften mit der teilweisen Verdrängung der Frauen vom Arbeitsmarkt wieder an Bedeutung gewonnen. In den „westlichen“ Ländern entscheiden sich zunehmend mehr vor allem junge Frauen für andere Lebens-, Familien- und Beziehungsformen. Eine höhere Ausbildungsbereitschaft, ein gestiegenes Bildungsniveau, aber auch niedrigere Kinderzahlen oder Kinderlosigkeit und eine steigende Scheidungshäufigkeit führen zu einer zunehmenden Präsenz der Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Frauen erreichen eine größere ökonomische Unabhängigkeit, die sie zur Abkehr von den traditionellen Rollenmustern tendieren lässt. Die steigenden Erwerbsquoten, verschiedene Vereinbarkeitsmodelle, eine wachsende Anzahl an Lebens-, Familien- oder Haushaltsformen haben zu mehr Wahlmöglichkeiten für den Biographieverlauf von Frauen geführt. Das ist aber nur die eine Seite der Entwicklung. In der Literatur wird andererseits immer wieder die Frage aufgeworfen, ob der

Wandel des weiblichen Rollenbildes tatsächlich mehr reale Wahlmöglichkeiten und Emanzipationsstrategien gebracht hat. Die Forschungen bestätigen immer wieder, dass sich trotz zunehmender Karrierechancen innerhalb der Partnerschaft hinsichtlich der Geschlechterrollen kaum etwas verändert hat. Der Wandel in den Geschlechterrollen hat sich asymmetrisch, also nur auf Seiten der Frauen vollzogen. Hausarbeit und Kinderbetreuung ist zentrale Aufgabe der Frauen geblieben. Verändert hat sich, dass zu dieser traditionellen Aufgabe der Frauen die außerhäusliche Erwerbstätigkeit hinzugekommen ist. Die Männerrolle hingegen hat sich nicht in Richtung auf Familienarbeit und Kinderbetreuung gewandelt – Männer engagieren sich eher nebenher an diesen Vereinbarkeitsbereichen. Hauptfazit der Situation ist, Männer in Doppelverdienerpaaren sehen Familie und Erwerbstätigkeit nach wie vor als getrennte Lebensbereiche an und sind auf außerhäusliche Erwerbstätigkeit fokussiert. Frauen dagegen sind aufgrund des Geschlechterrollenwandels in die Vereinbarkeitsfalle gelangt und sehen sich gezwungen, das Spannungsfeld von außerhäuslicher Erwerbstätigkeit oder gar Karrierechancen und der traditionellen Rollenzuweisung in der Familie zu bewältigen.

Esping-Anderson und Billari (2015, S. 8) postulieren einen Zusammenhang zwischen Fertilität und Einstellungen zu den Geschlechterrollen in den Partnerschaften. Fertilitätsentscheidungen sind paarinterne Entscheidungen, wobei die jeweiligen Erwartungen hinsichtlich des angestrebten Vereinbarkeitsmodells übereinstimmend sind bzw. voneinander abweichend sind. Das wiederum hängt davon ab, ob in der Gesellschaft ein vorherrschendes Vereinbarkeitsmodell existiert oder miteinander konkurrierende Modelle vorliegen. Besteht ein Mainstream-Modell, ist die Chance niedriger, in einer Partnerschaft von der Einstellung des Partners enttäuscht zu werden und es erhöht sich die Chance, ein (weiteres) Kind zu bekommen. Konkurrieren Modelle miteinander, ist die Chance größer, dass Partner mit unterschiedlichen Einstellungen zum Vereinbaren von Beruf und Elternschaft aufeinandertreffen. Es erhöht sich das Risiko von Enttäuschungen mit negativen Auswirkungen für das Geburtenniveau.

Der historische Zusammenhang zwischen Fertilität und Geschlechterrollen lässt sich in zwei u-förmigen Verteilungen darstellen. Der Trend der Fertilität lässt sich in einer normalen U-Kurve und die Variationen der Einstellungen zu Geschlechterrollen in einer umgedrehten U-Kurve darstellen. In der Phase der Dominanz des Ernährermodells ist die Fertilität hoch, sinkt aber in dem Abschnitt, in dem Ernährer- und Doppelverdienermodell alternative Handlungsoptionen darstellen. Nach der Abbildung 1 wäre zu erwarten, dass mit der Dominanz des Doppelverdienermodells auch die Fertilität wieder ansteigt.

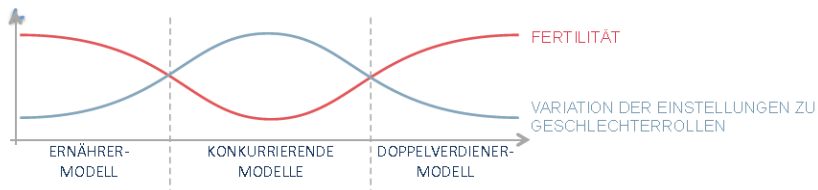


Abb. 1 Schema zum Zusammenhang zwischen Fertilität und dem Wandel der Geschlechterrollen

Quelle: Hudde 2016

6 Empirische Ergebnisse

Einen Überblick über den Wandel der Lebensformen geben die Ergebnisse zur paritätsspezifischen Verteilung der Lebensformen in den Mikrozensus 1996² und 2004 in der Altersgruppe von 37–41 Jahren³ (Tab. 2). Im Zeitraum zwischen den beiden Beobachtungszeitpunkten sind deutliche Veränderungen in der Struktur der Lebensformen eingetreten. Auf zwei Punkte soll spezifisch hingewiesen werden:

1. Deutlich angestiegen ist der Anteil kinderloser Frauen von 31,2 auf 37,9%. Darin kommen der generelle Trend einer steigenden Kinderlosigkeit und die Verlagerung der Geburt von Kindern in die Altersgruppen jenseits der 30 zum Ausdruck. Diese Anteile kinderloser Frauen bilden ausdrücklich nicht die endgültige Kinderlosigkeit ab, da immer noch Erstgeburten stattfinden werden. Zu erwarten ist allerdings, dass sich dieser Trend zukünftig nicht fortsetzen wird. Analysen der tatsächlichen Paritätsverteilungen auf Kohortenbasis mit den Daten des Mikrozensus 2012 zeigen, dass sich der Anstiegstrend der Kinderlosigkeit bei den Akademikerinnen nicht fortgesetzt hat (Bujard 2015, S. 285). Parallel zum Anstieg der Kinderlosigkeit sind Rückgänge vor allem bei den Paritäten

2 1996 wurde als Startjahr gewählt, da zu diesem Zeitpunkt das Lebensformenkonzept in den Mikrozensus eingeführt wurde.

3 Die Wahl der Altersgruppe von 37–41 Jahren ist dadurch entstanden, dass in diesem Alter die Wahrscheinlichkeit, dass die Kinder mit ihren Eltern im Haushalt zusammenleben, am höchsten ist. Der Auszug der Kinder aus dem Haushalt ist noch begrenzt und Geburten erster oder weiterer Kinder werden nicht mehr so häufig vorkommen (Scharein 2011: 26).

- 1 und 2 zu verzeichnen. Die Abnahme des Anteils Kinderreicher ist auf einem sehr niedrigen Niveau dagegen gering. Auch hier sind durch späte Geburten noch Anstiege erwartbar.
2. Es hat eine erhebliche Anteilsverschiebung von den Ehepaaren zu den nichtehelichen Lebensgemeinschaften stattgefunden. 1996 betrug der Anteil verheirateter Frauen zwischen dem 37. und 41. Lebensjahr 73,1 %, 2014 gehörten mit 57,7 % nur noch wenig mehr als die Hälfte zur Lebensform Ehepaar. Im Gegenzug sind die Anteile bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften, Alleinerziehenden und Ein-Personen-Haushalten angestiegen. Die Anteilsverschiebungen bei den verheirateten Frauen gehen auf die kinderlosen Ehen und die Ehen mit Kindern zurück. Die deutlichsten Rückgänge sind bei den Ein- und Zwei-Kind-Familien zu verzeichnen.

Tab. 2 Lebensformen von Frauen in Deutschland 1996 und 2014 in der Altersgruppe 37 – 41 Jahre nach der Zahl der im Haushalt lebenden Kinder (%)

Lebens- formen	Kinderzahl/Jahre											
	0		1		2		3		4+		insgesamt	
	1996	2014	1996	2014	1996	2014	1996	2014	1996	2014	1996	2014
Ehepaare	12,0	8,5	21,5	16,4	29,1	24,0	8,2	7,0	2,3	1,8	73,2	57,7
NLG ¹	3,3	5,6	1,6	3,6	0,9	2,2	0,2	0,4	0,1	0,1	6,1	12,0
Alleinerzieh. ²	-	-	2,9	3,8	1,5	2,1	0,3	0,4	0,1	0,1	4,8	6,5
Ein-Pers.-HH ³	16,0	23,8	-	-	-	-	-	-	-	-	16,0	23,8
Insgesamt	31,2	37,9	26,0	23,8	31,5	28,3	8,7	7,9	2,5	2,1	100,0	100,0

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 1996 und 2014, Berechnungen BiB

¹ Nichteheleche Lebensgemeinschaften, ² Alleinerziehende, ³ Ein-Personen-Haushalte

7 Diskussion – die gestalterische Macht der Demografie

Die Entwicklungen von Kinderlosigkeit und Kinderreichtum sind mit der Situation der Hochqualifizierten verknüpft. Erstens wird durch die längere Verweildauer im Bildungssystem, die spätere berufliche Etablierung und die Umsetzung von Karriereambitionen die Geburt des ersten Kindes oder die Wahl eines gemeinsamen Wohnortes in einen späteren Lebensabschnitt verlagert. Das Aufschieben kann mit der Etablierung eines Lebensstils verbunden sein, in dem Kinder keinen Platz mehr finden. Ein weiterer Effekt dieser Situation ist die Verkürzung des biologischen Zeitfensters für die Geburt von Kindern, da also nur ein kurzer Lebensabschnitt zur

Verfügung steht, in dem die Bedingungen für die Erfüllung des Kinderwunsches (Partnersituation, materielle Absicherung, berufliche Position) absolut stimmig sein müssen. Gleichzeitig wird durch den verkürzten reproduktiven Lebensabschnitt das Entstehen von Kinderreichtum behindert.

Zweitens können Kinderlosigkeit und Niedrigfertilität über einen mikroökonomischen Ansatz anhand der Opportunitätskostenthese erklärt werden. Danach kalkulieren potentielle Eltern die dem Paar durch Kinderbetreuungszeiten entgangenen Einnahmen und berücksichtigen dies bei ihren Fertilitätsentscheidungen. Dazu gehören nicht nur Einkommensausfälle, sondern auch nicht realisierte Qualifikationsmöglichkeiten oder entgangene Karrieresprünge (Becker 1965). Indem Frauen verstärkt in den Arbeitsmarkt eingetreten sind, haben sich die Opportunitätskosten bei einem durch die Kinderbetreuung veranlassten Ausstieg aus dem Erwerbsleben sprunghaft erhöht, was insbesondere auf hochqualifizierte Frauen zutrifft, die sehr viel in ihre Ausbildung investiert haben. Hier besteht ein enger Bezug zum Anstieg der Kinderlosigkeit.

Damit im Zusammenhang steht auch das nach wie vor ungelöste Problem der Gleichheit der Geschlechterrollen. Nach McDonald (2013: 981) ist die Inkongruenz der Geschlechterrollen eine der wesentlichen Ursachen für Niedrigfertilitätssituationen. „Gender equity theory in relation to fertility argues that very low fertility is the result of incoherence in the levels of gender equity in individually oriented social institutions and family-oriented social institutions.“ Er bezeichnet die Nichtübereinstimmung von emanzipierten Frauen mit dem traditionellen Rollenverständnis der Männer als Ursache für den Fertilitätsrückgang. Die Geschlechterrollen sind neu bestimmt worden, orientieren sich nicht mehr an der Mutterrolle, sondern an der erwerbs- und karriereorientierten Frau. Geschlechterrollen werden im Paar-kontext getroffen und sind die Rollenvorstellungen inkongruent, so hat das einen begrenzenden Effekt auf die Kinderzahl. Dies gilt insbesondere für Westdeutschland. „Es ist davon auszugehen, dass die oftmals schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf aufgrund fehlender Kinderbetreuungseinrichtungen sowie das nach wie vor präsende Leitbild der „guten Mutter“, also der Mutter, die zum Kind gehört, die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass berufsorientierte Frauen häufiger kinderlos bleiben“ (Schneider und Dorbritz 2011, S. 33).

Der Wandel der Institution der Ehe und Familie in den demografischen Übergängen veranschaulicht deutlich, welche Gestaltungsanforderungen über veränderte Fertilitätsmuster an die Gesellschaft entstehen. Wie die ausgewählten empirischen Ergebnisse zum Wandel der Lebensformen zeigen, haben sich im institutionellen Wandel angelegte Biographieoptionen in Form eines Bedeutungsverlustes der Ehe, einer Begrenzung der Kinderzahlen und dem Entstehen von Kinderlosigkeit realisiert. Letztlich zwingt der gesellschaftliche Wandel, der in den zwei demo-

grafischen Übergängen durch institutionellen Wandel sichtbar geworden ist, zu gesellschaftspolitischen Reaktionen. Wesentlich für den zweiten demografischen Übergang ist, dass die Geschlechterfrage neu gestellt worden ist und dass nachfolgend der neuen Rolle der Frauen in einer ganzen Reihe von Politikbereichen nicht entsprochen worden ist. Erst das dadurch ausgelöste niedrige Geburtenniveau und das u. a. davon ausgehende Alter der Bevölkerung mit einer Vielzahl sozialer Folgen haben zu einem Paradigmenwechsel beispielsweise in der Familienpolitik geführt. Abgerückt wurde mit der Einführung des einkommensabhängigen Elterngeldes und dem Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen von der Förderung der Einverdienerehe. Stärker in den Mittelpunkt gerückt wurde die erwerbstätige Frau bzw. das erwerbstätige Paar (Mayer und Rösler 2013, S. 174). „Deutschland befindet sich zumindest rhetorisch auf dem Weg zur Zwei-Erwerbstätigen-Familie. Der Übergang stellt einen Paradigmenwechsel in der (west)deutschen, nicht der ostdeutschen Familienpolitik dar“ (Ostner 2006, S. 167).

Literatur

- Aries, P. 1975. *Geschichte der Kindheit*. Carl Hanser Verlag: München.
- Beck, U. 1986. *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. edition Suhrkamp: Berlin.
- Becker, G. 1965. A Theory of the Allocation of Time. *The Economic Journal* 75 (299): 493-517.
- Dorbritz, J. 2015. Demografie und Transformation. In: *Handbuch Transformationsforschung*, hrsg. R. Kollmorgen, W. Merkel, H.-J. Wagner, 499-507. Springer VS: Wiesbaden.
- Esping-Andersen, G. 1999. *Social Foundations of Postindustrial Economies*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Esping-Andersen, G., F. C. Billari. 2015. Re-theorizing Family Demographics. *Population and Development Review* 41 (1): 1-31.
- Hudde, A. 2016. *Fertility Is Low When There Is No Societal Agreement on a Specific Gender Role Model*. Vortrag auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demographie. Leipzig im März.
- Huinink, J., D. Konietzka. 2007. *Familiensoziologie. Eine Einführung*. Campus Verlag: Frankfurt/New York.
- Inglehart, R. 1977. *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton (New Jersey).
- Lesthaeghe, R., K. Neels. 2002. From the First to the Second Demographic Transition: An Interpretation of the Spatial Continuity of Demographic Innovation in France, Belgium and Switzerland. *European Journal of Population* 18: 325-360.
- Lengerer, A., T. Klein. 2007. Der langfristige Wandel partnerschaftlicher Lebensformen im Spiegel des Mikrozensus. In: *Wirtschaft und Statistik*. Heft 4, hrsg. Statistisches Bundesamt. 433-447. Wiesbaden.

- Mayer, T., W. Rösler. 2013. Der „Paradigmenwechsel“ zur Einführung des Elterngeldes und seine Fehlkonstruktionen. *Zeitschrift für Familienforschung* 25 (2): 173-192.
- McDonald, P. 2013. Social foundations for explaining low fertility: Gender equity. *Demographic Research* 28 (34): 981-994.
- Notestein, F. W. 1945. Population – the long view. In: *Food for the world*, hrsg. Th. W. Schultz, 36-57. Chicago: Chicago University Press.
- Ostner, I. 2006. Paradigmenwechsel in der (west)deutschen Familienpolitik. In: Der demografische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse, hrsg. P. A. Berger, H. Kahlert, 165-199. Campus: Frankfurt a. M.
- Scharein, M. 2011. Kinderlose Akademikerinnen 0.3 – Wo war das Problem? *Bevölkerungsforschung Aktuell* 32 (3): 25-26.
- Schneider, N. F., J. Dorbritz. 2011. Wo bleiben die Kinder? Der niedrigen Geburtenrate auf der Spur. *Politik und Zeitgeschichte* 10-11: 26-34.
- Schneider, N. F. 2001. Pluralisierung der Lebensformen – Fakt oder Fiktion? *Zeitschrift für Familienforschung* 13: 85-90.
- Stefes, C. H. 2015. Historischer Institutionalismus und Gesellschaftstransformation. In: *Handbuch Transformationsforschung*, hrsg. R. Kollmorgen, W. Merkel, H.-J. Wagner, 125-137. Springer VS: Wiesbaden.
- Thompson, W. S. 1929. „Population“. *American Journal of Sociology* 34 (6): 959-979.
- Tyrell, H. 1988. Ehe und Familie – Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung. In: *Die „postmoderne“ Familie*, hrsg. Kurt Lüscher, F. Schultheis, M. Wehrspau, 145-156. Konstanz: Universitätsverlag.
- van de Kaa, D. 1987. Europe's Second Demographic Transition. *Population Bulletin* 42 (1): n.p.
- Wagner, M., G. Franzmann, J. Stauder. 2001. Neue Befunde zur Pluralität der Lebensformen. *Zeitschrift für Familienforschung* 13 (3): 52-73.
- Wagner, M., I. Valdeés Cifuentes. 2014. Die Pluralisierung der Lebensformen – ein fortlaufender Trend. *Comparative Population Studies* 39 (1): 73-98.

Facetten und Perspektiven der Geburtenentwicklung in Deutschland

Olga Pötzsch

Zusammenfassung

Die Geborenenzahl wird voraussichtlich schon in den 2020er Jahren aufgrund der aktuellen Altersstruktur sinken. Eine höhere Geburtenrate könnte diese neue demografische Welle abmildern. Noch bleibt allerdings die Fertilität in Deutschland trotz des Anstiegs der zusammengefassten Geburtenziffer in den Jahren 2012 bis 2014 auf einem niedrigen Niveau und das Geburtenverhalten der Frauenkohorten weist zum Teil verfestigte Muster auf. Für die künftige Fertilitätsentwicklung wird ausschlaggebend sein, ob sich diese Muster auflösen und die langfristigen Trends ändern werden. Für einen dauerhaften Anstieg der Fertilität wäre kurz- bis mittelfristig erforderlich, dass sich die Geburtenhäufigkeit im Alter unter 30 Jahren stabilisiert, die durchschnittliche Kinderzahl je Mutter nicht unter 2,0 fällt und sich der steigende Kinderlosigkeitstrend umkehrt.

Schlüsselwörter

Kohortenfertilität, zusammengefasste Geburtenziffer, Geburtenabstand, Geburtenfolge, Parität, Kinderzahl je Frau

1 Einführung

Für die Bevölkerungsentwicklung ist die Geborenenzahl von zentraler Bedeutung. Rapide Veränderungen, wie die Zunahme der Geburten Mitte des 20. Jahrhunderts und der darauf folgende zweite demografische Übergang (van de Kaa 1987) mit

schnell sinkenden Geburtenzahlen haben starke Disparitäten in der aktuellen Altersstruktur verursacht. Der anschließende, seit vier Jahrzehnten anhaltende niedrige Geburtenstand wird auch die demografische Entwicklung der nächsten Jahrzehnte prägen. Solche demografischen Wellen bleiben in der Regel nicht ohne ökonomische Folgen. Besonders problematisch können sie sich bei umlagebasierten, auf einem Generationenvertrag beruhenden sozialen Sicherungssystemen erweisen. Denn die Zahl der potenziellen Empfänger von Leistungen aus den sozialen Sicherungssystemen wird aufgrund der demografischen Disparitäten in näherer Zukunft deutlich zunehmen, während die Zahl der Beitragszahler voraussichtlich sinken wird. Die künftige Geborenenzahl kann die Folgen dieser Entwicklung mittel- und langfristig entweder verschärfen oder abmildern. Dieser Beitrag gibt einen kurzen Überblick über die wichtigsten empirischen Befunde und Tendenzen in der Geburtenentwicklung und zeigt, welche Zukunftsoptionen sich daraus ergeben.

Zwischen 1947 und 1971 wurden in Deutschland jährlich mehr als eine Million Kinder geboren. Der Geburtenhoch entfiel bekanntermaßen mit 1,36 Millionen Babys auf das Jahr 1964. Danach sank die Geborenenzahl kontinuierlich auf 782 000 im Jahr 1975. Anschließend hat sie sich wieder erhöht und betrug 1990, im Jahr der deutschen Einheit, 906 000. Im vereinigten Deutschland folgte dann ein Geburtenrückgang. Bis Mitte der 1990er Jahre war dieser vor allem durch den Fertilitätseinbruch in den neuen Ländern verursacht. Ab 1998 nahm dann auch die Anzahl der Geburten im früheren Bundesgebiet kontinuierlich ab. Bis zum Jahr 2005 fiel die Geborenenzahl bereits unter 700 000 und schwankte seitdem zwischen 663 000 und 686 000 Geburten pro Jahr. Im Jahr 2014 stieg sie nun um 33 000 auf 715 000. Dieser vergleichsweise starke Zuwachs und die Tatsache, dass die Geburtenrate drei Jahre in Folge zugenommen hat, weckten neue Hoffnungen und warfen die Frage auf, ob dies der Anfang eines neuen Geburtenanstiegs sei.

Im Folgenden betrachten wir die Besonderheiten der aktuellen Altersstruktur der weiblichen Bevölkerung und wie sich diese auf die zukünftige Geborenenzahl bei unterschiedlichen Annahmen zur Fertilität und zu den Wanderungen auswirken würde. Anschließend analysieren wir das Für und Wider eines Fertilitätsanstiegs. Neue Tendenzen und langjährige Trends in der Periodenfertilität werden im Zusammenhang mit dem Geburtenverhalten der Frauenkohorten erörtert. Dabei wird unter anderem deutlich, dass hinter der Veränderung der altersspezifischen Geburtenziffern bestimmte Verhaltensmuster der Frauenkohorten stehen. Um Perspektiven der Fertilitätsentwicklung einschätzen zu können, reicht deshalb eine formale Extrapolation der altersspezifischen Trends nicht aus. Eine entscheidende Rolle kommt den Entwicklungen im Geburtenverhalten zu, wie dem Zeitpunkt der Familiengründung, dem Verhältnis zwischen Aufschub und Nachholen der Geburten, den Abständen zwischen den Geschwistern sowie der Paritätsverteilung der Frauenkohorten.

2 Geburtenentwicklung als Zusammenspiel von Altersstruktur der Frauen und Periodenfertilität

Wie sich die Geborenenzahl entwickelt, hängt – demografisch gesehen – von zwei Parametern ab: von der Anzahl der potenziellen Mütter einerseits und von der relativen Geburtenhäufigkeit der Frauen andererseits. Wie Abb. 1 zeigt, war die Geborenenzahl mit der periodenbezogenen zusammengefassten Geburtenziffer (period total fertility rate, PTFR) in der Vergangenheit überwiegend eng verwoben. Nur in einigen Perioden gingen die beiden Entwicklungen sichtbar auseinander. Dazu gehört z. B. der Zeitraum zwischen 1975 und 1990 mit einer stagnierenden Geburtenziffer einerseits und einer tendenziell steigenden Geborenenzahl andererseits. Zum Anstieg der Geburten trugen damals die stark besetzten Jahrgänge der potenziellen Mütter aus den 1950er und 1960er Jahren bei. Zwischen 1997 und 2005 kann umgekehrt beobachtet werden, dass die Geborenenzahl sank, obwohl die PTFR relativ stabil war. Diese Entwicklung hing mit der abnehmenden Anzahl der Frauen in der wichtigsten fertilen Altersgruppe zwischen Mitte 20 und Mitte 30 zusammen.

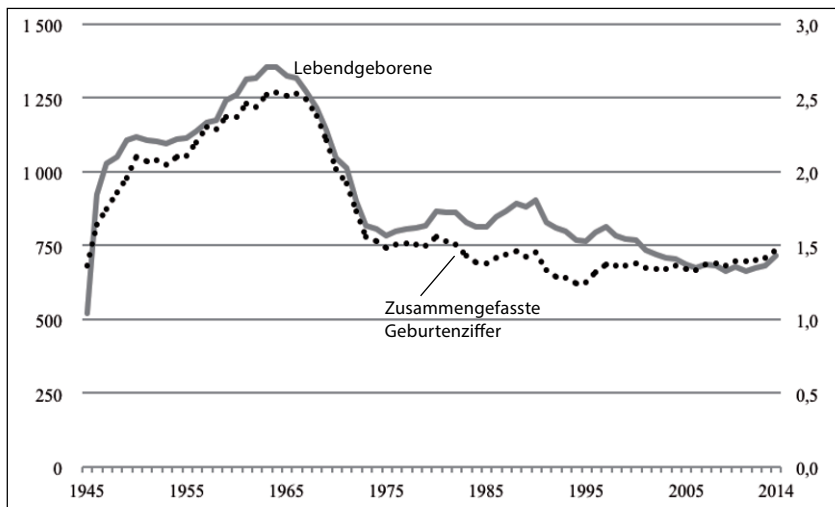


Abb. 1 Lebendgeborene und zusammengefasste Geburtenziffer 1945 bis 2014

Anmerkung: Zusammengefasste Geburtenziffer von 1945 bis 1971: früheres Bundesgebiet, ab 1972: Deutschland.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Geburtenstatistik. Eigene Darstellung.

Die mittelfristige Entwicklung der Geborenenzahl ist im Wesentlichen durch die gegenwärtige Altersstruktur der weiblichen Bevölkerung vorgezeichnet. Im Jahr 2014 waren die Altersjahrgänge zwischen 25 und 34 Jahren mit jeweils etwa 500 000 Frauen besetzt (Abb. 2). Die Anzahl der Frauen in den jüngeren Kohorten im Alter unter 24 Jahren wird dagegen immer kleiner. Die Jahrgänge der unter 10-jährigen Mädchen sind jeweils um durchschnittlich 160 000 Personen kleiner als die Jahrgänge der 25- bis 34-jährigen Frauen. Solange die relativ gleichmäßig besetzten Kohorten das Alter mit hoher Geburtenhäufigkeit von Mitte 20 bis Mitte 30 Jahre durchlaufen, bleibt die Zahl der Geborenen voraussichtlich stabil oder nimmt sogar zu. Ab dem Jahr 2017 kommen aber die Jahrgänge aus den 1990er Jahren mit einer deutlich kleineren Anzahl der potenziellen Mütter in das Alter mit höchster Fertilität. Die Geborenenzahl wird dann – bei einer konstanten Geburtenhäufigkeit – allein aufgrund dieser strukturellen Veränderungen sinken. Zwei Faktoren könnten theoretisch dieser Entwicklung entgegenwirken: die Zuwanderung und der Anstieg der Geburtenhäufigkeit.

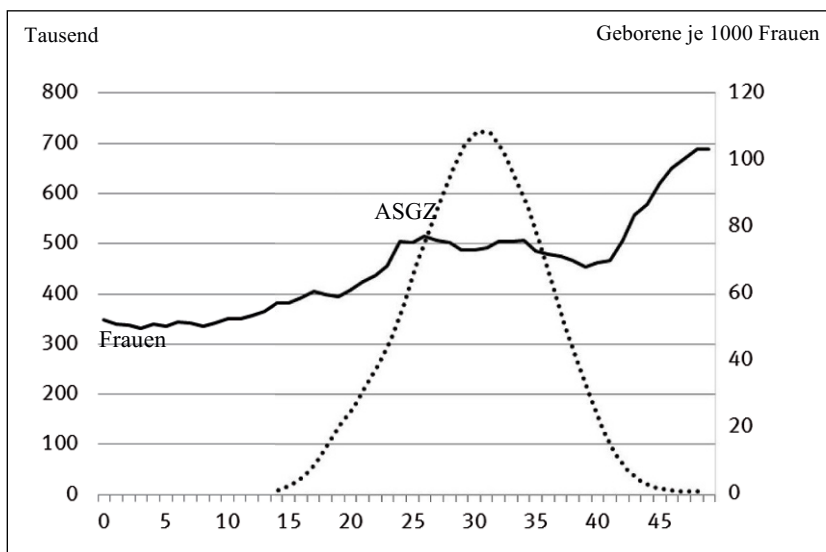


Abb. 2 Anzahl der Frauen nach Altersjahren von 0 bis 49 und altersspezifische Geburtenziffern (ASGZ) im Jahr 2014

Quelle: Statistisches Bundesamt, Geburtenstatistik. Eigene Berechnungen und Darstellung.

Mit Hilfe von Bevölkerungsvorausberechnungen wollen wir die Auswirkungen dieser Faktoren auf die künftige Entwicklung der Geborenenzahl nachvollziehen (Abb. 3). Die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung geht von den Verhältnissen des Jahres 2013 aus (Statistisches Bundesamt 2015a). Ihre Varianten 2 (G1-L1-W2) und 6 (G2-L1-W2) beschreiben die Entwicklung der Geburten jeweils unter der Annahme einer annähernd konstanten beziehungsweise einer steigenden zusammengefassten Geburtenziffer. In der ersten Annahme (G1) beträgt die PTFR während des gesamten Vorausberechnungszeitraums 1,43 Kindern je Frau, wobei das durchschnittliche Alter der Frauen bei der Geburt bis 2028 um ein Jahr zunimmt und anschließend konstant bleibt. In der zweiten Annahme (G2) steigt die PTFR bis 2028 auf 1,62 Kinder je Frau, wobei sich die Geburtenhäufigkeit im jüngeren fertilen Alter stabilisiert und im Alter ab 30 Jahre weiter erhöht. Diese Fertilitätshypothesen sind mit der Annahme einer stärkeren Zuwanderung (W2) kombiniert: In den Jahren 2014 und 2015 geht diese von einem Saldo der Zu- und Fortzüge von jeweils 500 000 Personen aus. Danach sinkt der Wanderungssaldo bis 2021 auf 200 000 Personen. Kumuliert ergibt sich daraus ein Wanderungsüberschuss bis zum Jahr 2020 von rund 2,8 Millionen und bis zum Jahr 2060 von insgesamt 10,8 Millionen Personen. Im Durchschnitt der Jahre 2014 bis 2060 entspricht dies einem Wanderungssaldo von rund 230 000 Personen pro Jahr. Die Sterblichkeit entwickelt sich in diesen Varianten entsprechend der Annahme (L1) zum moderaten Anstieg der Lebenserwartung und hat nur einen geringen Einfluss auf die Geburtenentwicklung.

Abb. 3 zeigt, dass die Geborenenzahl in beiden Varianten bis Anfang der 2020er Jahre steigen wird. Dazu tragen die zunehmende Geburtenhäufigkeit im Alter ab Mitte dreißig einerseits und eine stabile Besetzung der Frauenjahrgänge in der entscheidenden gebärfähigen Phase andererseits bei. Mit dem folgenden allmählichen Aufrücken der in den 1990er und 2000er Jahren geborenen Frauen ins gebärfähige Alter wird sich die Anzahl potenzieller Mütter reduzieren. Dies führt in der Variante 2 mit annähernd konstanter Geburtenrate zum Sinken der Geborenenzahl voraussichtlich bereits ab 2021. Trotz einer relativ hohen Nettozuwanderung insbesondere in den ersten Jahren der Vorausberechnung würde die Geborenenzahl bereits ab 2035 unterhalb von 600 000 fallen, dann bis Anfang der 2050er Jahre stabil bleiben und anschließend auf 550 000 im Jahr 2060 abnehmen. Bei einer höheren Geburtenrate (Variante 6) ist der Anstieg der Geburten bis Mitte der 2020er Jahre deutlich stärker ausgeprägt und der Altersstruktureffekt wirkt sich erst ab 2024 negativ auf die Geborenenzahl aus. Diese würde dann um 2040 unter das Niveau von 2013 sinken und sich anschließend zwischen 660 000 und 700 000 bewegen, was etwa dem Geburtenstand zwischen 2005 und 2013 entsprechen würde.

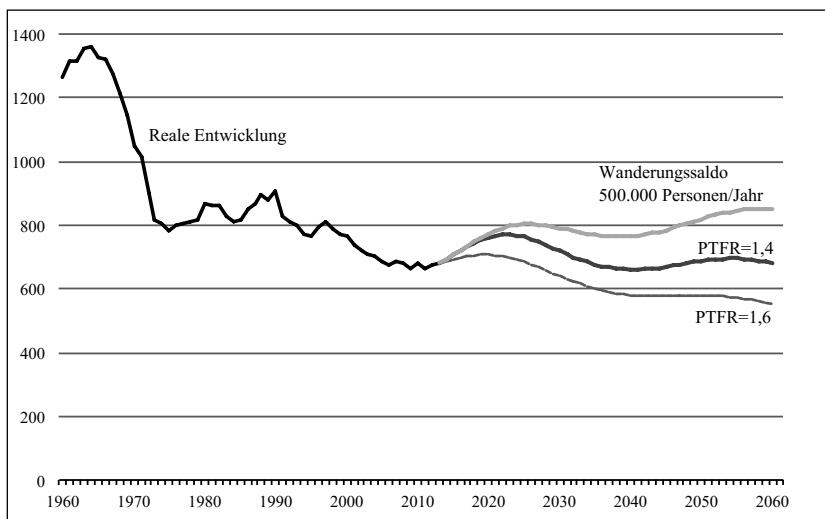


Abb. 3 Anzahl der Geborenen 1960 bis 2060* bei unterschiedlichen Annahmen zur Geburtenhäufigkeit und zum Wanderungssaldo

* Ab 2014 Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausrechnung, Variante 2 (G1-L1-W2) und Variante 6 (G2-L1-W2) (Quelle: Statistisches Bundesamt 2015) sowie Simulationsergebnisse mit einer steigenden PTFR (G2) und einem konstanten Wanderungssaldo von 500 000 Personen pro Jahr (Quelle: eigene Berechnungen). Eigene Darstellung

Zusätzlich zu den Varianten der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung haben wir in Abb. 3 anhand einer Simulationsrechnung für die Geborenenzahl dargestellt, wie sich die höhere Annahme zur Geburtenrate (G2) in Kombination mit einer dauerhaft sehr hohen Nettozuwanderung von 500 000 Personen pro Jahr oder insgesamt 23,5 Millionen bis 2060 auswirken würde. Diese Wanderungsannahme hat keine fundierte empirische Grundlage¹ und ist als rein hypothetisch einzustufen. Die Simulationsrechnung macht aber die durchschlagende Wirkung

- 1 Zum einen geht diese Annahme von einem aus heutiger Sicht unrealistischen langfristigen Wanderungsniveau aus. Zum anderen beruht sie auf der Alters- und Geschlechtsstruktur der Zu- und Fortzüge im Jahr 2013, als über drei Viertel der Zuwanderer aus Europa kamen und die Wanderungsbewegungen vor allem arbeitsmarktmotiviert waren. Ein dauerhafter Wanderungssaldo von jährlich 500 000 Personen würde jedoch eine gravierende Veränderung in den Herkunftsländern und Motiven der Zuwanderer bedeuten, die voraussichtlich auch mit Verschiebungen in der demografischen Struktur der Migrantinnen und Migranten einhergehen würde.

der gegenwärtigen Altersstruktur besonders deutlich. Mittelfristig würden die relativ günstige Ausgangsstruktur der Frauen im fertilen Alter, die starke Nettozuwanderung (allein bis zum Jahr 2025 von insgesamt 6 Millionen Menschen) sowie eine steigende Geburtenrate zu einem Anstieg der Geborenenzahl auf 800 000 bis zum Jahr 2025 führen. Trotzdem würde die Geborenenzahl zwischen 2025 und 2038 um ca. 40 000 sinken. Der danach folgende Geburtenanstieg auf etwa 850 000 Geburten bis zum Jahr 2060 würde nicht einmal das Niveau des Jahres 1990 erreichen (906 000). Bei einer stabilen Geburtenrate von 1,43 Kindern je Frau und der gleich starken Nettozuwanderung würde die Geborenenzahl während des gesamten Vorausberechnungszeitraums um 700 000 schwanken.

Es kann folglich mit relativ hoher Sicherheit ab Mitte der 2020er Jahre mit einem erneuten Geburtenrückgang gerechnet werden. Um mittel- bis langfristig eine vergleichsweise stabile Geborenenzahl um 700 000 zu halten, wäre bei einer Nettozuwanderung, die etwa der Annahme W2 der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung entsprechen würde, eine zusammengefasste Geburtenziffer von mindestens 1,6 Kindern je Frau erforderlich. Wie realistisch ist so ein Anstieg der Periodenfertilität aus heutiger Sicht?

3 Neue und alte Tendenzen in der Periodenfertilität

Seit 1974 pendelt die zusammengefasste Geburtenziffer zwischen 1,3 und 1,5 Kindern je Frau. Dieser Indikator misst die Geburtenhäufigkeit der Frauen in einem Kalenderjahr und darf nicht mit der endgültigen Kinderzahl je Frau verwechselt werden. Er kann die tatsächliche Geburtenneigung der Frauen, die sich in der durchschnittlichen Gesamtzahl der im Leben der Frau geborenen Kinder niederschlägt, entweder unter- oder überschätzen (Ryder 1980, Bongaards und Feeney 1998, Sobotka 2003). Die PTFR fällt zum Beispiel dann zu niedrig aus, wenn in einer Periode rückläufige Fertilität der jüngeren Jahrgänge mit (noch) stabil niedriger Geburtenhäufigkeit der älteren Frauenkohorten zusammentrifft, die ihre Familienplanung bereits im jüngeren Alter abgeschlossen haben. Da sich das Geburtentiming seit Ende der 1960er Jahre hin zu einem höheren fertilen Alter verschiebt, war die PTFR in letzten Jahrzehnten tendenziell niedriger als die endgültige Kinderzahl je Frau (Luy und Pötzsch 2010). Trotzdem spiegelte die Periodenfertilität die Entwicklung der Kohortenfertilität wider, die mit dem zunehmenden durchschnittlichen Gebäralter fast kontinuierlich sank. Andererseits haben auch periodenspezifische Effekte, wie zum Beispiel der Geburteneinbruch in den neuen Ländern Anfang der 1990er Jahre, die endgültige Kinderzahl der betrof-

fen Frauenkohorten beeinflusst. Die beiden Fertilitätsmaße sind eng miteinander verbunden und sollten im Zusammenhang betrachtet werden.

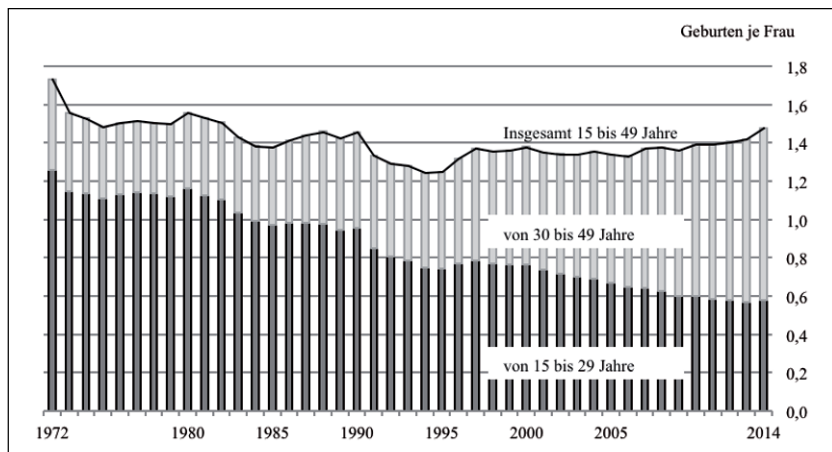


Abb. 4 Zusammengefasste Geburtenziffer nach Altersgruppen 1972 bis 2014

Quelle: Statistisches Bundesamt, Geburtenstatistik. Eigene Berechnungen und Darstellung

Wie Abb. 4 zeigt, weist die Periodenfertilität seit Ende der 1990er Jahre zwei klare gegenläufige Trends auf: Die Geburtenhäufigkeit im jüngeren fertilen Alter nimmt ab, während sie im Alter ab 30 Jahre steigt. Solange sich diese Entwicklungen ausgleichen, bleibt die PTFR stabil. Geringe jährliche Schwankungen ergeben sich dadurch, dass der Rückgang der altersspezifischen Geburtenziffern im jüngeren Alter durch die Geburtenhäufigkeit der ab 30-Jährigen entweder unter- oder überkompensiert wird. Nun zeichnet sich in den Jahren 2012 bis 2014 eine Zunahme der zusammengefassten Geburtenziffer ab. Im Jahr 2014 stieg sie im Vergleich zum Vorjahr sogar fast um 5 % auf 1,47 Kinder je Frau. Dies war bisher der höchste Stand im wiedervereinigten Deutschland. Um einschätzen zu können, ob diese Entwicklung einen neuen Trend einläutet, lohnt sich eine detailliertere Betrachtung der altersspezifischen Veränderungen.

Bereits aus Abb. 4 ist ersichtlich, dass zum aktuellen Anstieg der PTFR zwei Effekte beitrugen. Zum einen blieb die kumulierte Geburtenhäufigkeit im Alter bis 29 Jahren fast konstant, zum anderen stieg die Geburtenhäufigkeit im höheren gebärfähigen Alter deutlich an. Von diesen beiden Effekten ist auf lange Sicht

besonders die Stabilisierung der Fertilität im jüngeren Alter wichtig. Denn eine rückläufige Geburtenhäufigkeit der jüngeren Frauen bedeutet in der Kohortenperspektive, dass immer weniger Frauen im Alter unter 30 Jahren eine Familie gründen. Wenn sich dieser Trend auch künftig fortsetzt, könnte – bei den sich verfestigten Mustern im Geburtenverhalten – der Anteil der kinderreichen Mütter sinken und die Kinderlosenquote weiter zunehmen (vgl. Abschnitt 4). Außerdem ist eine stabile Geburtenhäufigkeit im Alter bis 29 Jahre eine wesentliche Voraussetzung für eine höhere zusammengefasste Geburtenziffer. Denn die voraussichtlich noch einige Jahre steigende Geburtenhäufigkeit im Alter ab 30 würde in diesem Fall nicht, wie bisher, lediglich den Geburtenrückgang im jüngeren Alter kompensieren, sondern zum Anstieg der PTFR beitragen. Wie Abb. 5a zeigt, nahmen zwischen 2010 und 2013 vor allem die Geburtenziffern in der wichtigen fertilen Altersgruppe zwischen 25 und 29 Jahren deutlich langsamer ab als noch vor 10 Jahren. 2014 stiegen sie sogar an.

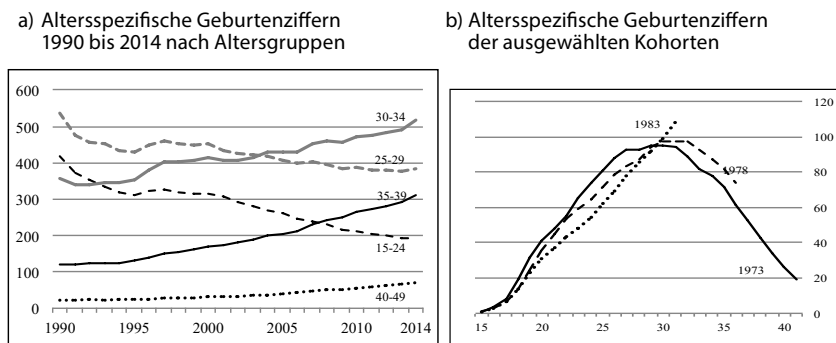


Abb. 5 Altersspezifische Geburtenhäufigkeit

Quelle: Statistisches Bundesamt, Geburtenstatistik. Eigene Berechnungen und Darstellung

Die Zunahme der Geburtenhäufigkeit im höheren fertilen Alter ist dagegen eine logische Folge der sinkenden Fertilität im Alter unter 30 Jahren bei den Kohorten 1974 bis 1984 (Abb. 5b). Wenn die heute 30- bis 39-Jährigen nicht deutlich mehr Kinder zur Welt bringen würden als die gleichaltrigen Frauen vor 10 Jahren, würde ihre endgültige Kinderzahl geringer ausfallen als bei den frühen 1970er Kohorten. Der gegenwärtig beobachtete Anstieg der Geburtenziffern der ab 30-Jährigen ist

demzufolge ein Ausdruck des aus der Kohortenperspektive notwendigen „Nachholens“ der bisher nicht realisierten Geburten.

4 Spätere Familiengründung und Gesamtzahl der Kinder je Frau

Eine durchschnittliche Kinderzahl je Frau von mindestens 1,6 kann nur dann zustande kommen, wenn bei einer gegenwärtig relativ stabilen Paritätsverteilung der Mütter mit durchschnittlich 2 Kindern je Mutter der Mütteranteil am Frauenjahrgang mindestens 80 % betragen würde (Pötzsch 2013). Wenn Mütter nur 78 % des Jahrgangs stellen, wie es bei den Jahrgängen 1968 bis 1972 nach Ergebnissen des Mikrozensus 2012 der Fall ist (Statistisches Bundesamt 2013, 2015b), und durchschnittlich 2 Kinder zur Welt bringen, sinkt die endgültige Kinderzahl je Frau auf 1,56. Damit die Kohortenfertilität wieder auf mindestens 1,6 Kinder je Frau steigt, müssten sich also zwei Bedingungen erfüllen: Die Kinderzahl je Mutter darf nicht unter 2,0 sinken und die Kinderlosenquote müsste auf 20 oder weniger Prozent abnehmen anstatt wie bisher zu steigen. Für diese beiden Bedingungen können Veränderungen im Zeitpunkt der Familiengründung entscheidend sein, wie es die Befunde zum Geburtenverhalten zeigen.

Der Trend zur späteren Familiengründung hält seit etwa 40 Jahren an. Anfang der 1970er Jahre betrug das durchschnittliche Alter der Frau beim ersten Kind in Westdeutschland gut 24 Jahre, im Jahr 2014 war es um fünfeinhalb Jahre höher. Die ostdeutschen Frauen waren vor der deutschen Vereinigung im Durchschnitt mit 23 Jahren beim ersten Kind deutlich jünger als die westdeutschen. Umso schneller nahm ihr Erstgebäralter ab 1990 zu. Bereits nach 24 Jahren, im Jahr 2014, bekamen die Frauen in den neuen Ländern ihr erstes Kind durchschnittlich im Alter von gut 28 Jahren, also fünf Jahre später als im Jahr 1989 (Statistisches Bundesamt 2013, 2015d).

Während die erste Geburt immer später im Leben der Frauen stattfindet, bleibt das durchschnittliche Alter der Mütter bei den Geburten der höheren Ordnung relativ stabil. Wie Tabelle 1 zeigt, nahm das Gebäralter beim dritten Kind zwischen 2009 und 2014 lediglich um 0,2 Jahre zu und beim vierten Kind blieb es sogar unverändert. Im gleichen Zeitraum stieg das Alter der Frauen bei der ersten Geburt um 0,7 Jahre. Es wäre allerdings falsch, daraus zu folgern, dass sich die Familienplanungsphase durch den Aufschub der ersten Geburt auf ein höheres Alter komprimieren würde. Die Tatsache, dass sich die Abstände zwischen dem durchschnittlichen Alter bei der ersten Geburt einerseits und bei den weiteren

Geburten andererseits verringern würden, bedeutet im Periodenkontext lediglich, dass sich die Tendenzen im Geburtenverhalten beim ersten Kind von denjenigen bei der Familienerweiterung unterscheiden. Sie ist außerdem ein Hinweis darauf, dass die Mütter mit drei oder mehr Kindern ein beständigeres Geburtenverhalten aufweisen als der Durchschnitt aller Mütter.

Die Angaben in Tabelle 2 machen zudem deutlich, dass die mittleren Abstände zwischen den Geburten einer Mutter relativ groß sind und sich kaum verändern. Der Median der Abstände zwischen dem ersten und dem dritten Kind beträgt demnach über 7 Jahre, der Durchschnitt sogar knapp 9 Jahre. Der Mikrozensus 2012 hat zwar für die Mutter mit drei oder mehr Kindern gezeigt, dass die Abstände zwischen den Geschwistern erwartungsgemäß umso kürzer sind, je später ihre Mutter ihr erstes Kind bekommen hatte. Jedoch wirkt sich dieser Befund auf die mittleren Geburtenabstände aller Mütter kaum aus, weil die kinderreichen Frauen tendenziell beim ersten Kind sehr jung sind und im Durchschnitt bis zum Alter von 25 Jahren eine Familie gründen (Statistisches Bundesamt 2013).

Tab. 1 Durchschnittliches Alter der Mütter bei der Geburt des Kindes nach der Geburtenfolge in Jahren

Lebend- geborene	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung 2014 gegenüber 2009
Insgesamt	30,4	30,5	30,6	30,7	30,8	30,9	0,5
1. Kind	28,8	28,9	29,1	29,2	29,3	29,5	0,7
2. Kind	31,3	31,4	31,5	31,6	31,7	31,8	0,5
3. Kind	32,8	32,8	33,0	33,0	33,0	33,0	0,2
4. Kind	34,2	34,2	34,2	34,2	34,2	34,2	0,0

Anmerkung: Berechnung auf Basis der Anzahl der Lebendgeborenen nach Geburtsjahrmethode

Quelle: Statistisches Bundesamt, Geburtenstatistik

Tab. 2 Geburtenabstand zum vorangegangenen Kind der Mutter in Jahren

Bei Geburt des ...	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung 2014 gegenüber 2009
Median							
2. Kindes	3,2	3,2	3,3	3,3	3,3	3,3	0,1
3. Kindes	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	0,0
4. Kindes	3,5	3,5	3,6	3,5	3,6	3,6	0,1
Durchschnitt							
2. Kindes	4,1	4,2	4,2	4,1	4,1	4,1	0,0
3. Kindes	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,8	-0,1
4. Kindes	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	0,0

Anmerkung: Einbezogen sind nur lebend geborene Kinder (Einzelkinder sowie jeweils erstes Mehrlingskind).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Geburtenstatistik

Ausgehend von diesen Besonderheiten im Geburtenverhalten wäre es naheliegend anzunehmen, dass mit dem Aufschieben der Familiengründung auf ein höheres fertiles Alter die Gruppe der potenziellen Mütter mit drei oder mehr Kindern abnehmen würde. Diese Annahme erweist sich beim Blick auf die Entwicklung der Paritätsverteilung der Frauenjahrgänge als richtig. Mit dem Anstieg des Alters beim ersten Kind in den Kohorten ab 1947 (Pötzsch und Sommer 2009) sank der Anteil der Frauen mit 3 und mehr Kindern von 20 % beim Jahrgang 1947 auf 16 % beim Jahrgang 1967 (Bujard und Lück 2015, Tabelle 1). Zugleich stieg der Anteil der kinderlosen Frauen von 13 % auf 20 %. Damit der Anteil der kinderreichen Frauen an den Frauenkohorten zukünftig nicht sinkt, müsste sich insbesondere das Timing der Geburten der höheren Ordnung ändern. Solche Veränderungen gingen zum Beispiel in Schweden mit dem steigenden Erstgeburtsalter einher und wurden durch familienpolitische Maßnahmen wie zum Beispiel das sogenannte „speed premium“ bei kürzeren Intervallen zwischen den Geburten unterstützt (Andersson et al. 2005, Neyer und Andersson 2008). Die Anzahl der Frauen, die erst im Alter ab 30 Jahren eine Familie gründen und anschließend trotzdem mehrere Kinder zur Welt bringen, müsste in diesem Fall steigen. Ein aussagekräftiger Frühindikator für diese Entwicklung wären die sich allmählich verkürzenden Geburtenabstände. Bis zum Jahr 2014 gab es allerdings dafür, wie bereits gezeigt, keine Anhaltspunkte.

Auch in Bezug auf die Entwicklung der Kinderlosigkeit gibt es noch keine Anzeichen für eine Trendwende. Einige Befunde deuten darauf hin, dass die Kinderlosegenquote mit 22 % im Jahr 2012 ihr Maximum noch nicht erreicht hat. Zwar sank zuletzt in Westdeutschland die Kinderlosigkeit der Frauen mit akademischen

Bildungsabschlüssen leicht von 30 % im Jahr 2008 auf 28 % im Jahr 2012 und scheint sich auf diesem Niveau zu stabilisieren. Zugleich wird aber künftig der Anteil der akademisch gebildeten Frauen – mit ihrer nach wie vor überdurchschnittlich hohen Kinderlosenquote – voraussichtlich steigen und zur Erhöhung der Kinderlosigkeit insgesamt beitragen. Für die westdeutschen Frauen ohne akademische Bildung sowie für die Frauen in den neuen Ländern setzt sich der steigende Trend fort. Das Gesamtniveau der Kinderlosigkeit würde dadurch voraussichtlich weiter zunehmen (Statistisches Bundesamt 2013 und 2015b, Bujard 2015).

Die Rahmenbedingungen haben sich für berufstätige Eltern durch die Einführung des Elterngelds und den Ausbau der Kinderbetreuung sicherlich verbessert, die Vereinbarkeitsprobleme der jungen Eltern sind jedoch noch lange nicht gelöst (Bonin et al. 2013). Das immer weitere Aufschieben der Erstgeburt auf ein höheres Alter führt außerdem aus biomedizinischen Gründen dazu, dass nicht alle auf später aufgeschobenen Wünsche – insbesondere für mindestens ein Kind – realisiert werden können (Beier et al. 2012; te Velde et al. 2012). Zugleich ist die Kinderlosigkeit als ein Lebensentwurf gesellschaftlich akzeptiert und wird „kaum noch als Defizit wahrgenommen“ (Dorbritz und Diabaté 2015).

Historisch gesehen darf natürlich nicht außer Acht gelassen werden, dass derzeit die erste Frauengeneration das Ende der fertilen Phase erreicht, in der jede fünfte Frau kinderlos geblieben ist. Die Erfahrungen dieser Kohorten könnten die Einstellung der nachfolgenden Mädchengenerationen zur Familiengründung beeinflussen. Ob sich eine hohe Kinderlosigkeit auf Dauer etabliert, wird zukünftig deshalb auch davon abhängen, ob diese Erfahrungen eher positiven oder negativen Charakter und Auswirkungen (zum Beispiel auf das Leben im Alter) haben werden.

Trotz all diesen Überlegungen kann außerdem nicht ausgeschlossen werden, dass eine möglicherweise dauerhaft starke Immigration aus den Regionen mit einer hohen Geburtenrate die zukünftigen Fertilitätstrends in Deutschland zumindest zeitweilig beeinflussen wird. So zeigte der Zensus 2011, dass sich die Ausländerinnen an das Geburtenverhalten der deutschen Frauen offenbar langsamer angepasst haben als auf der Grundlage der Bevölkerungszahlen vor dem Zensus angenommen. Die zusammengefasste Geburtenziffer der ausländischen Frauen ging zwischen 1990 und 2011 von 2,04 Kindern je Frau auf 1,82 zurück (statt auf 1,58 vor dem Zensus) (Statistisches Bundesamt 2015c). Zum Sinken der Geburtenhäufigkeit der Ausländerinnen hat zum einen beigetragen, dass sich ihre Zusammensetzung nach Herkunftsländern in diesem Zeitraum veränderte. Dabei ist der Anteil der Ost- und Süd-Europäerinnen gestiegen, die teilweise noch geringere Fertilität als die Frauen in Deutschland hatten. Zum anderen fand auch eine tatsächliche Anpassung statt, die anhand der Fertilitätsunterschiede zwischen den Ausländerinnen mit eigener Migrationsgeschichte und den in Deutschland geborenen Frauen mit ausländischer

Staatsangehörigkeit verdeutlicht werden kann. Die Ergebnisse des Mikrozensus 2012 zeigten, dass einerseits die durchschnittliche Kinderzahl je Mutter bei den zugewanderten Ausländerinnen von 2,6 bei den Kohorten 1937 bis 1957 auf 2,3 bei den Kohorten 1958 bis 1972 sank. Andererseits haben die in Deutschland geborenen Ausländerinnen (die so genannte 2. Generation) mit 2,1 Kindern je Mutter deutlich weniger Kinder zur Welt gebracht. Auch im Kinderlosigkeitsniveau gibt es deutliche Unterschiede: Bei den Zuwanderinnen der Kohorten 1958 bis 1972 beträgt die Kinderlosenquote 13 %, bei den in Deutschland geborenen gleichaltrigen Frauen mit ausländischem Pass liegt sie bei 19 %. Insgesamt beträgt die durchschnittliche Kinderlosenquote in dieser Jahrgangsgruppe 20 %². Wie und ob die aktuell sehr hohe Zuwanderung unter anderem Schutzsuchender das Geburtenverhalten insgesamt zukünftig beeinflussen wird, können wir heute noch nicht beurteilen.

5 Fazit

Die zum Teil drastischen Veränderungen in der Geborenenzahl der vergangenen 60 Jahre führten zu starken Disproportionen im gegenwärtigen Altersaufbau der Bevölkerung. Diese werden ihrerseits die künftige Entwicklung der Geborenenzahl beeinflussen. So ist ein neuer Geburtenrückgang ist zwischen 2020 und 2040 infolge einer sinkenden Anzahl der potenziellen Mütter sehr wahrscheinlich. Dieser Altersstruktureffekt könnte nur dann kompensiert werden, wenn die Periodenfertilität deutlich zunehmen würde. Die Analyse der aktuellen altersspezifischen Trends im Zusammenhang mit den Entwicklungen in der Kohortenfertilität zeigt jedoch, dass es bisher keine Hinweise auf eine Änderung der Verhaltenstrends gibt, die seit 1990er Jahren für ein niedriges Fertilitätsniveau sorgen.

Der Anstieg der zusammengefassten Geburtenziffer in den Jahren 2012 bis 2014 erfolgte im Kontext eines positiven gesellschaftlichen Klimas, das auf eine gute wirtschaftliche Lage, relative Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt sowie offenbar auf die Etablierung von familienpolitischen Maßnahmen zurückzuführen war. Zudem war er hauptsächlich durch die Timingeffekte in der Kohortenfertilität bedingt. Da die Kohorten von Ende der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre bis zum Alter von 30 Jahren viel weniger Kinder zur Welt gebracht haben als die Kohorten von Anfang der 1970er Jahre, holen sie derzeit in ihren Dreißigern die bisher nicht realisierten Geburten verstärkt nach. Anderenfalls würde die endgültige Kinderzahl je Frau nach der leichten Erholung zwischen den Kohorten 1970 bis 1973 wieder sinken.

2 Quelle: Eigene Auswertungen auf Basis des Mikrozensus 2012.

Gleichzeitig stabilisierte sich in den letzten Jahren die Geburtenhäufigkeit im jüngeren fertilen Alter. Dies ist eine vielversprechende Entwicklung sowohl für die Perioden- als auch für die Kohortenfertilität. Denn der Aufschub der Familiengründung auf ein höheres Alter ging in Deutschland bisher mit dem Sinken des Anteils der Frauen mit drei oder mehr Kindern und mit zunehmender Kinderlosigkeit einher.

Insgesamt bleibt die Fertilität auf einem niedrigen Niveau und das Geburtenverhalten der Frauenkohorten weist robuste Muster auf. Für die künftige Fertilitätsentwicklung wird ausschlaggebend sein, ob sich diese Muster lockern und die langfristigen Trends ändern werden. Die Erfahrungen anderer Länder zeigen, dass es eine höhere endgültige Kinderzahl als derzeit in Deutschland (1,55 Kinder je Frau bei der Kohorte 1965) in unterschiedlichen Konstellationen geben kann. So haben Frauen des Jahrgangs 1965 in Kanada durchschnittlich 1,76 Kinder je Frau zur Welt gebracht, obwohl 20 % von ihnen kinderlos geblieben sind. Eine ähnliche Situation mit einer relativ hohen Kinderlosigkeit von 18 % zeigt sich in den Niederlanden, wo die endgültige Kinderzahl je Frau bei 1,78 liegt. In diesen Ländern bringen die Mütter durchschnittlich mehr Kinder zur Welt als die Mütter in Deutschland. In Norwegen und Schweden beträgt dagegen die Kohortenfertilität über 2 Kinder je Frau bei einer zugleich relativ niedrigen Kinderlosigkeit von jeweils 11 % und 13 %³.

Für Deutschland kann zusammenfassend festgehalten werden, dass für einen dauerhaften Anstieg der Fertilität in Deutschland kurz- bis mittelfristig folgende Voraussetzungen erforderlich wären:

- die Geburtenhäufigkeit im Alter zwischen 20 und 29 Jahren nimmt nicht mehr ab,
- der Anteil der Mütter mit drei oder mehr Kindern bleibt stabil (durch eine Verkürzung der Geburtenabstände und/oder weil das Alter beim ersten Kind wieder sinkt),
- die Kinderlosigkeit steigt nicht weiter an und geht nach einigen Jahren zurück, sodass der endgültige Kinderlosenanteil an Frauenkohorten 20 % nicht übersteigt.

Offen bleibt, ob sich die aktuelle Zuwanderung aus den Regionen mit einer relativ hohen Fertilität auf die Geburtenrate in Deutschland auswirken wird. Falls die Anzahl der Zuwanderinnen, die eine Bleibeperspektive in Deutschland haben, in den kommenden Jahren weiterhin stark steigen wird, könnte es künftig möglicherweise neue Impulse für die Geburtenentwicklung geben.

3 Quelle: Human Fertility Database (Stand: 15/03/2016).

Literatur

- Andersson, Gunnar, Jan M. Hoem, Ann-Zofie Duvander. 2006. Social differentials in speed-premium effects in childbearing in Sweden. *Demographic Research* 14 (4): 51-70.
- Bongaarts, John, Griffith Feeney. 1998: On the quantum and tempo of fertility. *Population and Development Review* 24 (2): 271-291.
- Beier, Henning M. et al. 2012. Medizinische und biologische Aspekte der Fertilität. In *Zukunft mit Kindern: Fertilität und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland, Österreich und der Schweiz*, hrsg. Stock Gerald et al., 294-310. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Bonin, Holger et al. 2013. *Lehren für die Familienpolitik: Zentrale Resultate der Gesamtevaluation familienbezogener Leistungen*. Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung. ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Fampolit_Leistungen_HBO.pdf. Zugegriffen: 14. Januar 2016.
- Bujard, Martin. 2015. Kinderlosigkeit in Deutschland: Wie interagieren Bildung, Wohnort, Migrationshintergrund, Erwerbstätigkeit und Kohorte? *Zeitschrift für Familienforschung* 27 (3): 270-296.
- Bujard, Martin, Detlev Lück. 2015. Kinderlosigkeit und Kinderreichtum: Gründe und Daten für eine paritätsspezifische Fertilitätsforschung. *Zeitschrift für Familienforschung* 27 (3): 255-269.
- Dorbritz, Jürgen, Sabine Diabaté. 2015. Leitbild und Kinderlosigkeit: Kulturelle Vorstellungen zum Leben ohne Kinder. In: *Familienleitbilder in Deutschland. Kulturelle Vorstellungen zu Partnerschaft, Elternschaft und Familienleben*, hrsg. Norbert F Schneider, Sabine Diabaté, Kerstin Ruckdeschel, 113-132. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Frejka, Tomas, Tomáš Sobotka. 2008. Overview Chapter 1: Fertility in Europe: Diverse, delayed and below replacement. *Demographic Research* 19 (3): 15-46.
- Luy, Marc, Olga Pötzsch. 2010. Estimates of the Tempo-adjusted Total Fertility Rate in Western and Eastern Germany, 1955-2008. *Comparative Population Studies* 35 (3): 569-604.
- Neyer, Gerda; Gunnar Andersson. 2008. Consequences of family policies on childbearing behavior: Effects or artifacts? *Population and Development Review* 34: 699-724.
- Pötzsch, Olga, Bettina Sommer. 2009. Generatives Verhalten der Frauenkohorten im langfristigen Vergleich. Ergebnisse der laufenden Statistik der Geburten und der Erhebung „Geburten in Deutschland“. Statistisches Bundesamt. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Bevoelkerung/Frauenkohorten509.pdf?__blob=publicationFile. Zugegriffen: 19. Januar 2016.
- Pötzsch, Olga. 2013: Wie wirkt sich der Geburtenaufschub auf die Kohortenfertilität in West und Ost aus? Statistisches Bundesamt. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Bevoelkerung/Geburtenaufschub_022013.pdf?__blob=publicationFile. Zugegriffen: 19. Januar 2016.
- Ryder, Norman. 1980: Components of temporal variations in American fertility. In *Demographic Patterns in Developed Societies*, hrsg. Robert W Hiorns, 15-54. London: Taylor and Francis.
- Sobotka, Tomáš. 2003. Tempo-Quantum and Period-Cohort Interplay in Fertility Changes in Europe: Evidence from the Czech Republic, Italy, the Netherlands and Sweden. *Demographic Research* 8 (6): 151-214.

- Statistisches Bundesamt. 2013. *Geburtenrends und Familiensituation in Deutschland 2012*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt. 2015. *Bevölkerung Deutschlands bis 2060 – Tabellenband – Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung 2015*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt. 2015a: *Bevölkerung Deutschlands bis 2060*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt. 2015b. *Daten zu Geburten, Familien und Kinderlosigkeit – Ergebnisse des Mikrozensus 2012 – Tabellen mit neuer Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt. 2015c. *Geburtenziffer 2013 bei 1,42 Kindern je Frau*. Pressemitteilung Nr. 409 vom 06.11.2015. https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/11/PD15_409_126.html. Zugegriffen: 15. November 2015.
- Statistisches Bundesamt. 2015d. *Anstieg der Geburtenziffer 2014 auf 1,47 Kinder je Frau*. Pressemitteilung Nr. 468 vom 16.12.2015. https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/12/PD15_468_126.html. Zugegriffen: 18. Dezember 2015.
- Van de Kaa, 1987. Europe's Second Demographic Transition. In *The Population Bulletin*, hrsg. Dirk J. Van de Kaa. Washington D.C.: Population Reference Bureau (PRB).
- Velde, Egbert et al. 2012. The effect of postponement of first motherhood on permanent involuntary childlessness and total fertility rate in six European countries since the 1970s. *Human Reproduction* 27 (4): 1179-1181.

Familiengründung und Migration: Aussiedlerinnen und türkischstämmige Migrantinnen im Vergleich

Michaela Kreyenfeld und Sandra Krapf

Zusammenfassung

Dieser Beitrag untersucht die Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Geburtenverhalten von Aussiedlerinnen und türkischstämmigen Migrantinnen. Die Analysen, die auf Basis des Mikrozensus erstellt wurden, zeigen, dass das Fertilitätsprofil von Aussiedlerinnen kaum durch die Migration beeinflusst wird. Hingegen bekommen türkischstämmige Migrantinnen häufig unmittelbar nach Zuzug ihr erstes Kind. Der starke Zusammenhang von Migrations- und Fertilitätsentscheidung erklärt sich vor allem durch die Regelungen, die seit dem Anwerbestopp im Jahr 1973 den Zuzug von Migranten aus „Drittstaaten“ bestimmen. Seitdem ist ein Zuzug für türkischstämmige Personen in die Bundesrepublik Deutschland vor allem im Rahmen der Familienzusammenführung möglich. Das generative Verhalten der unterschiedlichen Migrationsgruppen steht damit im engen Zusammenhang mit den migrationspolitischen Bedingungen der Wanderung. Dieser Befund wirft weitergehende sozialpolitische Fragen zur Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und zur Abstimmung von Migrations- und Familienpolitik auf.

Schlüsselwörter

Ereignisanalyse, Familie, Fertilität, Migration, Wanderung

1 Einleitung

Seit Mitte des 20. Jahrhunderts stellt Deutschland eines der wichtigen Einwanderungsländer Europas dar (Bade und Oltmer 2013; Diehl 2016). In den 1960er und frühen 1970er Jahren waren, wie dies auch für andere west- und nordeuropäische Länder gilt, die Wanderungsströme in die Bundesrepublik Deutschland durch Arbeitsmigration bestimmt (Van Mol und De Valk 2016). Obwohl auch gezielt weibliche Arbeitskräfte und Ehepaare angeworben wurden (Mattes 2005), waren es mehrheitlich Männer, die nach Deutschland zogen (siehe Abbildung 1). Frauen, die im Zuge der Arbeitskräfteanwerbung in die Bundesrepublik Deutschland kamen, wurden als Arbeitskräfte rekrutiert. Eine Familiengründung war nicht nur unerwünscht, da der Aufenthalt in der BRD als zeitlich begrenzt betrachtet wurde, sondern vor allem auch, da Migrantinnen durch die Geburt eines Kindes dem Arbeitsmarkt nicht in vollem Umfang zur Verfügung standen. Im Zusammenhang mit dieser auf die volle Erwerbsintegration der Migrantinnen zielende Diskussion stehen auch die ethisch fragwürdigen Schwangerschaftstests, die für Arbeitsmigrantinnen Ende der 1960er Jahre eingeführt worden waren, um eine Familiengründung unmittelbar nach Zuzug zu verhindern (Mattes 2005).

Eine radikale Neuorientierung erfuhr die bundesdeutsche Migrationspolitik nach dem Anwerbestopp im Jahr 1973, als nunmehr der Zuzug aus ehemaligen Anwerbeländern vor allem im Rahmen des Familiennachzugs erfolgte. Da das Aufenthaltsgesetz (bzw. bis 2005 das Ausländerrecht) eine enge Definition von Familie zu Grunde legt (Dorbritz, Gerlach, Scheiwe und Schuler-Harms 2016, S. 59-63), waren es verstärkt verheiratete Frauen sowie Kinder, die in den folgenden Jahren zuzogen. In der Deutschen Demokratischen Republik, die ebenfalls, aber in geringerem Maße als die BRD, Arbeitsmigranten aus sozialistischen Staaten angeworben hatte, wurde Familienmigration hingegen restriktiv gehandhabt. So resümiert Bade (2004), dass es Familienzuwanderung in der DDR praktisch nicht gab, und gezielt junge und ledige Arbeitskräfte angeworben wurden, die nach Vertragsende in ihre Ursprungsländer zurückkehren mussten. Für angeworbene Migrantinnen bedeutete eine Schwangerschaft eine Ausweisung aus der DDR (Bade 2004).

Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Regime wurde der Migrationsfluss nach Deutschland durch die Zuwanderung von Personen aus Mittel- und Osteuropa, vor allem durch Aussiedler aus Polen, Rumänien und der ehemaligen Sowjetunion und deren Nachfolgestaaten bestimmt (Bade und Oltmer 1999; Dietz

2011).¹ Aussiedler stellen eine privilegierte Gruppe auf dem deutschen Arbeitsmarkt dar, da sie die Möglichkeit der Anerkennung ihrer Bildungszertifikate, unmittelbaren Zugang zum Arbeitsmarkt und den automatischen Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft erhalten (Bade und Oltmer 1999; Granato und Kalter 2001; Kreyenfeld und Konietzka 2002). Seit Mitte der 1990er Jahre sind die Migrationsströme der Aussiedler wie auch der türkischstämmigen Migranten rückläufig. Dennoch stellen diese beiden Gruppen auch heute noch die größten homogenen Migrantengruppen in Deutschland dar. Von den 11 Millionen Personen mit eigener Migrationserfahrung, die laut Mikrozensus im Jahr 2014 in Deutschland lebten, waren 13 % türkischstämmige Migranten und 28 % Aussiedler (Statistisches Bundesamt 2015).

Dieser Beitrag befasst sich mit den Unterschieden und Gemeinsamkeiten im Geburtenverhalten von Aussiedlerinnen und türkischstämmigen Migrantinnen. Er schließt sich an die bisherigen quantitativen Studien an, die den Zusammenhang von internationaler Migration und Fertilität thematisiert haben (Andersson 2004; Kulu 2005; Mayer und Riphahn 2000; Milewski 2007, 2010a, 2010b; Ortensi 2015; Sobotka 2008; Toulemon 2004; Wilson 2015). Während die meisten der bisherigen Studien für Deutschland in erster Linie das Geburtenverhalten von Personen untersucht haben, die in den 1970er und 1980er Jahren eingewandert sind (Milewski 2007, 2010b), konzentriert sich dieser Beitrag auf Aussiedlerinnen und türkischstämmige Migrantinnen, die seit den 1990er Jahren zugezogen sind. Als Datenbasis dienen die Mikrozensen 2008 und 2011. Insbesondere wird untersucht, welchen Einfluss die Dauer seit Zuzug auf den Übergang zum ersten Kind hat. Die Analysen zeigen, dass türkischstämmige Migrantinnen häufig unmittelbar nach Zuzug ihr erstes Kind bekommen. Das Fertilitätsprofil von Aussiedlerinnen ist hingegen weniger stark durch den Zeitpunkt der Migration bestimmt. Das generative Muster der beiden Migrationsgruppen lässt sich damit durch die spezifischen migrationspolitischen Bedingungen des Zuzugs gut erklären. Obwohl es kaum überraschen mag, dass türkischstämmige Migrantinnen zeitnah nach Migration ihr erstes Kind bekommen, da sie im Rahmen der Familienzusammenführung zugezogen sind, wirft dieser Befund dennoch weitergehende sozialpolitische Fragen auf. So liegt es nahe, dass die geringe Arbeitsmarktintegration von türkischstämmigen Migrantinnen (BMFSFJ 2016; Höhne und Schulze 2015; Milewski 2013) auch eine Folge der engen Kopplung von Migration und Familiengründung ist. Der Beitrag schließt mit einer Diskussion zur Abstimmung von Familien- und Migrationspolitik.

1 Für die bessere Lesbarkeit des Textes verwenden wir in diesem Beitrag nur die Begriffe Aussiedler bzw. Aussiedlerin und differenzieren nicht zwischen Spätaussiedlern bzw. Spätaussiedlerinnen und Aussiedlern und Aussiedlerinnen.

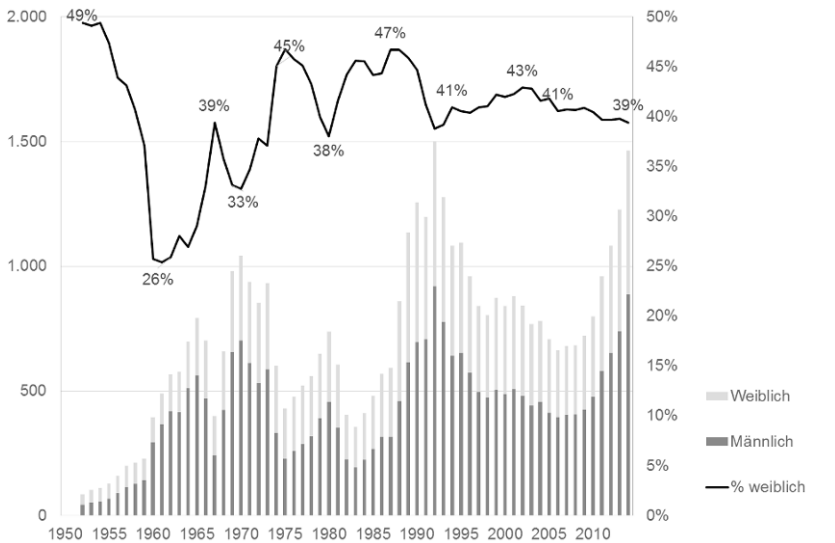


Abb. 1 Zuzüge aus dem Ausland nach Geschlecht (in 1.000) und Anteil weiblicher Migrantinnen an allen Zugezogenen

Anmerkung: Die Daten umfassen nur die Wanderungsströme in die Bundesrepublik Deutschland (ohne Übersiedler, Kriegsheimkehrer und Vertriebene). Ab 1990 ist Ostdeutschland enthalten.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2016)

2 Theoretische Vorüberlegungen: Lebenslauf, Migration und Familiengründung

Eine Vielzahl von Studien sind bislang vorgelegt worden, die das Geburtenverhalten von Migrantinnen und in Ausnahmefällen von Migranten behandelt haben (Kulu 2005; Kulu und González-Ferrer 2014; Mayer und Riphahn 2000; Milewski 2010a; Toulemon 2004; Wilson 2015). Ausgangspunkt der meisten Überlegungen ist die Annahme, dass sich die soziale Integration von Migranten, neben der Wohn- und Arbeitsmarktsituation, auch in den familialen Verhaltensweisen manifestiert. Unterschiede im generativen Verhalten zwischen Migrantenpopulation und Aufnahmegesellschaft stehen entsprechend im Vordergrund der Untersuchungen. Vereinzelt haben zudem die Unterschiede zwischen verschiedenen Mi-

grantengruppen sowie zwischen Migranten der ersten und zweiten Generation thematisiert (Krapf und Wolf 2015).

Die klassische Sozialisationshypothese postuliert, dass kulturelle Werte und Einstellungen, die in der frühen Sozialisationsphase erworben werden, prägend sind. Selbst wenn Personen migrieren und damit einem anderen kulturellen Umfeld und neuen Werten und Einstellungen ausgesetzt sind, sind die in der Kindheit erlernten Muster auch im späteren Lebenslauf handlungsweisend. Aus diesen Überlegungen ergibt sich die Erwartung, dass das Verhalten der Migranten sich auch langfristig von den „typischen“ Verhaltensweisen der Aufnahmegesellschaft unterscheidet. Im Gegensatz dazu geht die Anpassungshypothese davon aus, dass Migranten nach der Ankunft im Aufnahmeland den dortigen ökonomischen, sozialpolitischen und kulturellen Rahmenbedingungen ausgesetzt sind und diese das Verhalten maßgeblich bestimmen (Hervitz 1985; Milewski 2010b). Aus der Anpassungshypothese folgt die Erwartung, dass Unterschiede im Verhalten von Migranten und Personen der Aufnahmegesellschaft sich über die Zeit hinweg sukzessive angleichen. Anpassungs- und Sozialisationshypothese haben gemeinsam, dass sie die Vorstellung einer relativ homogenen und statischen „main stream society“ zu Grunde legen (Alba und Nee 1999). In der Fertilitätsforschung wird dies umgesetzt, in dem entweder die Geburtenrate der Migrantenpopulation mit der Geburtenrate der Personen ohne Migrationshintergrund verglichen wird. Da für einige Länder die Geburtenstatistik keine Informationen zum Migrationshintergrund liefert, wird in diesen Fällen nach Staatsangehörigkeit oder Ethnie unterschieden, je nachdem, welche Merkmale erhoben werden (Sobotka 2008). In den Individualdatenanalysen wird zudem für wesentliche beobachtbare Merkmale (wie Bildung) standardisiert. Um die Dynamik des Anpassungsprozesses zu operationalisieren, wird zumeist die Dauer seit Migration verwendet (Andersson 2004; Wolf 2016). Je länger eine Person im Zielland lebt, desto eher würde, so die Annahme, sich das Geburtenverhalten dieser Person den „typischen“ Verhaltensweisen der einheimischen Population angleichen.

Problematisch an dieser Sichtweise ist, dass Migrationsentscheidungen keine zufälligen Ereignisse sind, sondern in engem Zusammenhang mit Entscheidungen und Ereignissen in anderen Lebensbereichen stehen. Eine Wanderung über die Grenzen eines Landes bedeutet zumeist, dass alte Netzwerke gekappt werden, eine neue Sprache erlernt und die Position auf dem Arbeitsmarkt im Zielland gefestigt werden muss. Aufgrund der vielen Unsicherheiten, die eine internationale Wanderung mit sich bringt, ist die Migration ein einschneidendes Ereignis im Lebenslauf, dem Lebenspläne, wie Kinderwünsche, zeitweise untergeordnet werden. Daraus folgt, dass in Antizipation einer Migration Geburtenentscheidungen aufgeschoben und erst nachgeholt werden, wenn sich Personen im Zielland sozial und ökonomisch etabliert haben (Abbasi-Shavazi und McDonald 2000; Hervitz

1985). Diese Vorstellung, die als „disruption hypothesis“ in der Literatur diskutiert wird, charakterisiert vor allem die Situation von männlichen Arbeitsmigranten (Rumbaut und Weeks 1986). Für Frauen, die in der Migrationsforschung oft als „tied mover“ betrachtet werden (Boyle, Cooke, Halfacree und Smith 2001; Mincer 1978), mag die Migration ein gleichermaßen einschneidendes Lebensereignis darstellen. Allerdings wird hier weniger davon ausgegangen, dass sich Frauen im Arbeitsmarkt etablieren und die Sprache des Herkunftslandes lernen müssen, bevor sie wichtige Lebenslaufentscheidungen wie die Familiengründung treffen. Insbesondere dann, wenn der Zuzug im Rahmen des Familiennachzugs stattfindet, wird die Annahme vertreten, dass eine Familiengründung zeitnah nach Migration erfolgt. Diese Überlegung ist als „interrelation of events hypothesis“ in die Literatur eingegangen (Mulder und Wagner 1993).

Im Folgenden vergleichen wir die Geburtenmuster von Aussiedlerinnen und türkischstämmigen Migrantinnen in Deutschland. Im Zentrum steht die Analyse der Kopplung von Familiengründung und Migrationsentscheidung. Ist die Migrationsentscheidung ein einschneidendes Ereignis im Lebenslauf, das dazu führt, dass Personen die Geburtenentscheidung aufschieben, bis sie sich ökonomisch und sozial in der Aufnahmegesellschaft etabliert haben? Oder findet die Familiengründung unmittelbar nach Migration statt, da der Zuzug, wie dies für viele türkischstämmige Migrantinnen gilt, durch die Familienzusammenführung motiviert war?

3 Daten und Methoden

Um die oben genannten Fragen zu beantworten, verwenden wir Daten des Mikrozensus. Geplant war, für dieses Forschungsprojekt die Daten der Jahre 2008 und 2012 zu verwenden, weil in diesen beiden Jahren die Kinderzahl von Frauen im Mikrozensus erfasst wurde (Boehle und Schimpl-Neimanns 2010). Allerdings stand zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Artikels (im Mai 2016) noch nicht der Scientific-Use File des Mikrozensus 2012 zur Verfügung, sodass wir die Daten der Jahre 2008 und 2011 verwendet haben.² Mit den Daten des Mikrozensus kön-

2 Der Mikrozensus ist als rotierendes Panel angelegt. Nach vier Jahren scheidet jeweils ein Viertel der Befragten aus dem Datensatz aus, sodass nach vier Jahren alle Personen ausgetauscht sind. Da wir zwei Jahre des Mikrozensus poolen, die weniger als vier Jahre auseinander liegen, kann es sein, dass Personen mehrfach im Datensatz enthalten sind. Dieser Umstand konnte in den Analysen nicht berücksichtigt werden, da es keine ein-

nen wir die Migrantengruppen untersuchen, die vor allem seit den 1990er-Jahren nach Deutschland gezogen sind. Somit ergänzen die Analysen des Mikrozensus vorhergehende Studien, die sich auf die Migrantengruppen der 1970er und 1980er Jahre beziehen.

Im Vergleich zu sozialwissenschaftlichen Befragungsdaten sind die wesentlichen Vorteile des Mikrozensus die hohen Fallzahlen und die geringe Antwortverweigerung, obgleich diese bei ausländischen Haushalten leicht erhöht ist (Afentakis und Bihler, 2005). Die großen Fallzahlen erlauben es uns, differenzierte Analysen nach Migrantengruppen und Dauer seit Migration durchzuführen. Mit sozialwissenschaftlichen Befragungen sind zwar ähnliche Analysen zum Einfluss der Dauer seit Migration vorgelegt worden (Milewski 2007, 2010a, 2010b; Wolf 2016). Auf Grund der kleinen Stichprobengrößen konnte jedoch in der Regel nicht das Verhalten einzelner Migrantengruppen detailliert untersucht werden. Die Daten des Mikrozensus erlauben es uns somit ein differenziertes Bild des Einflusses der Dauer seit Migration auf das Verhalten von unterschiedlichen Migrantengruppen zu erstellen.

Ein Nachteil des Mikrozensus besteht darin, dass keine Geburtenbiographien erhoben werden. Zwar enthält der Mikrozensus seit 2008 alle vier Jahre eine Frage zur Kinderzahl, die weibliche Befragten auf freiwilliger Basis beantworten können. Um das Alter bei Geburt zu generieren, muss jedoch auf die so genannte „own-children method“ zurückgegriffen werden (Desplanques 1994). Auf Basis dieser in der historischen Familiendemographie verbreiteten Methode wird das Alter bei Kindgeburt über die im Haushalt lebenden Kinder geschätzt. Diese Methode ist besonders für Männer und ältere Frauen fehleranfällig, da die Kinder zum Befragungszeitpunkt den elterlichen Haushalt verlassen haben können. Für Frauen im Alter von unter 41 Jahren liefert die Methode jedoch verlässliche Schätzungen zum Alter bei Erstgeburt. Evaluierungen der Daten haben zudem gezeigt, dass auch für Migrantinnen über diese Methode recht gut das Geburtenprofil modelliert werden kann (Krapf und Kreyenfeld 2015). Mit den Daten des Mikrozensus 2008, in der die Kinderzahl erfragt wurde, konnten wir zudem überprüfen, ob die „own-children method“ die tatsächliche Anzahl der Kinder in unserer Stichprobe richtig abbildet. Demnach weichen in nur einem Prozent der Fälle die Information aus der „own-children method“ und der abgefragten Kinderzahl voneinander ab.

Als Untersuchungspopulation verwenden wir Frauen, die zum Befragungszeitpunkt zwischen 18 und 40 Jahre alt waren und in privaten Haushalten am Hauptwohnsitz der Lebensgemeinschaft zum Befragungszeitpunkt lebten. Wir begrenzen

zudem die Stichprobe auf türkischstämmige Migrantinnen und Aussiedlerinnen. Türkischstämmige Migrantinnen haben wir auf Basis ihrer aktuellen Staatsangehörigkeit bzw. – bei eingebürgerten Personen – ihrer Staatsangehörigkeit vor Einbürgerung abgegrenzt; Aussiedlerinnen haben wir mit Hilfe der Informationen zur Staatsangehörigkeit („Besitz der Staatsangehörigkeit als (Spät-)Aussiedler/-in“) identifiziert. Personen, die in Deutschland geboren wurden oder als Minderjährige migriert sind, haben wir aus den Analysen ausgeschlossen. Insgesamt umfasst unsere Stichprobe 3.170 Personen, darunter 1.429 türkischstämmige Frauen und 1.741 Aussiedlerinnen (siehe auch Tabelle 1).

Die zentrale Variable in unseren Analysen ist das *Alter bei Erstgeburt*. Es wurde auf Basis des Alters der Befragungsperson und des Alters der im Haushalt lebenden Kinder generiert. Die zentrale unabhängige Variable ist die *Dauer seit Migration*, die wir aus der Differenz von Befragungs- und Zuzugsjahr berechnet haben. Angemerkt sei, dass nur das Jahr der letzten Migration erhoben wurde. Etwaige vorhergehende Zuzüge nach Deutschland wurden nicht berücksichtigt. Eine Kontrollvariable ist der *Bildungsabschluss* der Befragten. Wir unterscheiden hier Personen ohne Abschluss, Personen mit Berufsbildungsabschluss und Personen mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss. Als weitere Variable haben wir den *Erwerbsstatus* generiert. Er unterscheidet Vollzeiterwerbstätigkeit (30 und mehr Stunden), Teilzeiterwerbstätigkeit (1-30 Stunden), arbeitslose Personen und Nichterwerbspersonen. Personen, die zum Befragungszeitpunkt in Elternzeit sind und nicht gleichzeitig erwerbstätig sind, werden in dieser Klassifikation als Nichterwerbspersonen behandelt. Bildungs- und Erwerbsstatus sind zeitkonstante Variablen, die die Merkmale von Personen zum Befragungszeitpunkt wiedergeben. Da der Erwerbsstatus im Lebenslauf volatil ist und sich vor allem durch die Kindgeburt verändert, kann diese Variable nur zur Beschreibung der sozio-demografischen Komposition der beiden Untersuchungspopulationen herangezogen werden. Für die Analyse des Geburtenverhaltens haben wir diese Variable nicht berücksichtigen können.

In den empirischen Analysen stellen wir in einem ersten Schritt einfache deskriptive Statistiken zu den sozio-demographischen Merkmalen von Aussiedlerinnen und türkischstämmigen Migrantinnen dar. Im nächsten Schritt präsentieren wir Kaplan-Meier-Survivalfunktionen und Hazardraten zum Erstgeburtenverhalten nach Alter und Migrationsgruppe. Die multivariaten Analysen umfassen diskrete Zeitmodelle, in denen wir vor allem den Zusammenhang von Dauer seit Migration und Erstgeburtenrate untersuchen (Allison 1982).

4 Ergebnisse

4.1 Deskriptive Analysen

Tabelle 1 gibt die Komposition der Stichprobe nach Migrationsstatus wieder. Die Altersstruktur der beiden Vergleichsgruppen ist ähnlich. Im Durchschnitt sind die Befragten zum Zeitpunkt der Letztbefragung 33 (türkischstämmige Migrantinnen) bzw. 34 (Aussiedlerinnen) Jahre alt. Auch das Alter bei Migration unterscheidet sich mit 22 (türkischstämmige Migrantinnen) bzw. 23 (Aussiedlerinnen) Jahren nur wenig voneinander. Große Unterschiede existieren jedoch in der Bildungsstruktur und im Erwerbsverhalten. Türkischstämmige Frauen haben mehrheitlich keinen Abschluss (84 %). Nur ein kleiner Anteil von vier Prozent hat einen Fach- bzw. Hochschulabschluss. Bei den Aussiedlerinnen sind es nur 33 %, die zum Befragungszeitpunkt keinen Abschluss haben; 13 % haben einen Fach- bzw. Hochschulabschluss und 33 % einen Berufsbildungsabschluss. Unterschiede bestehen auch im

Tab. 1 Komposition der Stichprobe, Zeilenprozente und Mittelwerte mit Standardabweichungen in Klammern

	Aussiedlerinnen	Türkischstämmige Migrantinnen
Bildungsabschluss		
Noch in Ausbildung, Schule etc.	7 %	2 %
Kein Abschluss	33 %	84 %
Berufsbildungsabschluss	47 %	10 %
Fach-/Hochschulabschluss	13 %	4 %
Erwerbsstatus		
Noch in Ausbildung, Schule etc.	7 %	2 %
Vollzeit	26 %	8 %
Teilzeit	32 %	19 %
Arbeitslos	9 %	8 %
Nicht erwerbstätig	26 %	64 %
Alter bei Befragung	34,47 (4,48)	32,83 (5,26)
Alter bei Migration	23,07 (4,03)	22,21 (4,11)
Fallzahlen		
Erstgeburten	1.412	1.244
Personenjahre	44.390	34.176
Personen	1.741 (s.Text)	1.429 (s. Text)

Quelle: SUF-Mikrozensus 2008 und 2011. Eigene Berechnungen.

Erwerbsverhalten. Die weite Mehrheit der türkischstämmigen Migrantinnen ist nicht erwerbstätig, wohingegen es bei den Aussiedlerinnen nur etwa $\frac{1}{4}$ der Befragten sind. Besonders auffällig sind die niedrigen Anteile von Vollzeit erwerbstätigen türkischstämmigen Migrantinnen. Nur sieben Prozent der türkischstämmigen Migrantinnen sind zum Befragungszeitpunkt Vollzeit erwerbstätig.

Abbildung 2 bildet die Erstgeburtenmuster für die beiden Migrantinnenpopulationen ab. Die Hazardraten (untere Graphik) zeigen ein eher flaches Geburtenprofil. Die Geburtenintensität ist für das Alter 20 bis 28 Jahre für beide Gruppen am höchsten. Die Survivalfunktionen (obere Graphik) deuten darauf hin, dass türkischstämmige Migrantinnen früher als Aussiedlerinnen ihr erstes Kind bekommen. Der Median für türkischstämmige Migrantinnen liegt bei 23, für Aussiedlerinnen bei 24 Jahren. Obwohl es damit Unterschiede im Erstgeburtenverhalten zwischen den beiden Populationen gibt, liegt das Alter bei Familiengründung der beiden Gruppen deutlich unter dem Alter bei Familiengründung für Frauen ohne Migrationshintergrund (siehe bspw. Kreyenfeld 2015). Auffallend ist zudem der geringe Anteil kinderloser Frauen. Während der Anteil kinderloser Frauen für vergleichbare Frauen ohne Migrationshintergrund in Deutschland bei über 20 % liegt (Bujard 2015), sind nur etwa 10 % der Aussiedlerinnen und 5 % der türkischstämmigen Migrantinnen im Alter 40 kinderlos. Im Wesentlichen ähneln die Geburtenmuster damit den typischen Verhaltensweisen in den Herkunftsländern der beiden Migrantengruppen (für Russland siehe Perelli-Harris 2006, für Rumänien siehe Muresan, Hărăguș, Hărăguș und Schröder 2008, für Polen siehe Kotowska, Jóźwiak, Matysiak und Baranowska 2008, für die Türkei siehe Yavuz 2009).

Die Survivalfunktionen und Hazardraten, die in Abbildung 2 dargestellt sind, geben keine Auskunft darüber, ob die Befragten ihr erstes Kind vor oder nach dem Zuzug bekommen haben. Auch geben sie keine Hinweise darauf, wie lange es seit Wanderung gedauert hat, bis das erste Kind geboren wurde. Dieser Zusammenhang kann nur in einem multivariaten Modell abgebildet werden, in dem die Dauer seit Zuzug als zeitveränderliche Kovariate modelliert wird.

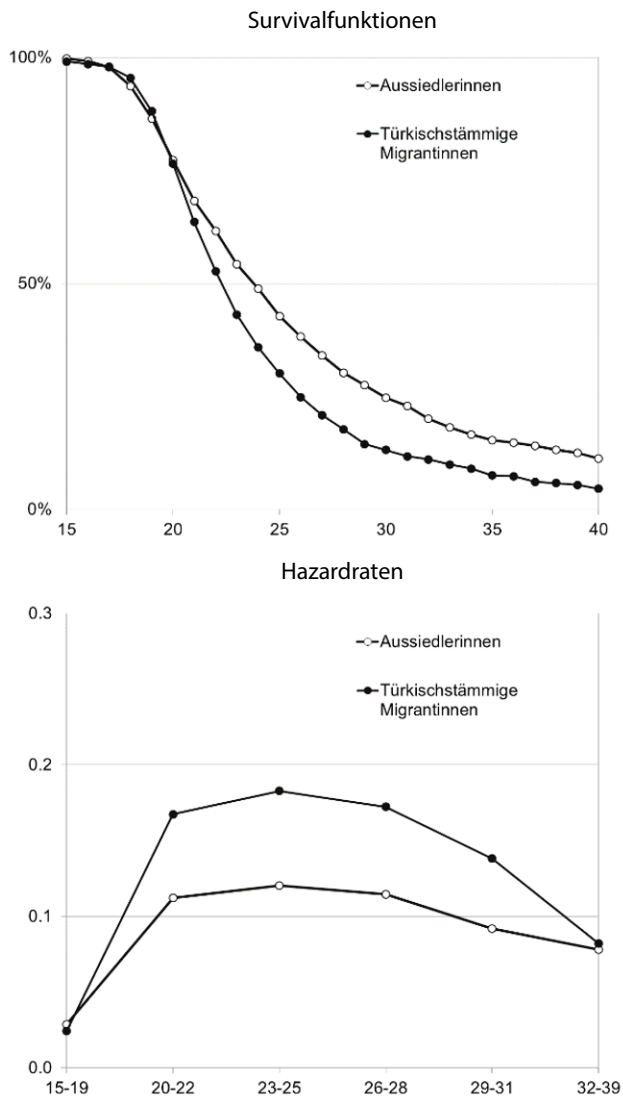


Abb. 2 Survivalfunktionen und Hazardraten nach Alter der Frau und Migrationsstatus
Anmerkung: Survivalfunktionen und Hazardraten wurden auf Basis der Sterbetafelmethode berechnet.
Quelle: SUF-Mikrozensus 2008 und 2011. Eigene Berechnungen

4.2 Multivariate Ergebnisse

Tabelle 2 gibt die Ergebnisse eines diskreten Zeitmodells wieder. Die abhängige Variable ist die Übergangsrate zum ersten Kind. Die Prozesszeit ist die Dauer seit Alter 15. Im ersten Modell sind Aussiedlerinnen und türkischstämmige Migrantinnen zusammengefasst. Modell 2 und 3 behandeln die beiden Gruppen separat. Im Wesentlichen bestätigen die multivariaten Ergebnisse die deskriptiven Befunde zum Einfluss des Alters auf die Erstgeburtenrate. Das Profil für beide Gruppen ist flach. Die Geburtenraten sind zwischen dem Alter 20 und 32 für Aussiedlerinnen und 20 und 28 für türkischstämmige Migrantinnen am höchsten, ohne dass ein klares Maximum ausgemacht werden kann.

Der Bildungsabschluss hat für beide Gruppen einen stark negativen Einfluss auf die Erstgeburtenrate. Im Vergleich zu Frauen ohne Abschluss ist die Erstgeburtenrate für Frauen mit Hoch- bzw. Fachhochschulabschluss um etwa 50 Prozent niedriger. Der Einfluss einer universitären Ausbildung auf die Erstgeburtenrate ist damit sehr ausgeprägt. Allerdings muss erwähnt werden, dass der Bildungsabschluss nur über den höchsten Bildungsabschluss operationalisiert und nicht zeitabhängig modelliert wurde. Dieses Vorgehen überschätzt tendenziell den Einfluss der Bildung auf das Geburtenverhalten.

Die Dauer seit Migration steht im engen Zusammenhang mit der Geburtenrate. Im Vergleich zum Jahr vor der Migration erhöht sich die Geburtenrate für Aussiedlerinnen um 66 % in der unmittelbaren Zeit nach Migration (0-1 Jahr nach Migration). Dies deutet darauf hin, dass einige Aussiedlerinnen ihre Fertilitätspläne in Antizipation eines Umzugs aufschieben. Allerdings ist das Geburtenprofil nach der Migration relativ flach. Im Gegensatz dazu erkennt man einen sehr ausgeprägten Fertilitätsverlauf für die türkischstämmigen Migrantinnen. Im Vergleich zum Jahr vor der Migration steigt die Geburtenrate unmittelbar nach Migration um mehr als 400 % an, um danach wieder steil abzusinken.

Tab. 2 Übergang zum ersten Kind, diskretes Zeitmodell, relative Risiken

	Modell 1: Aus- siedlerinnen und türkischstämmige Migrantinnen	Modell 2: Aussiedlerinnen	Modell 3: Türkischstämmige Migrantinnen
Migrationsstatus			
Aussiedlerin	1	--	--
Türkischst. Migrantin	1,16 ***	--	--
Alter			
15-19	0,60 ***	0,48 ***	0,72 ***
20-22	1	1	1
23-25	0,94	0,98	1,02
26-28	0,94	0,97	1,07
29-32	0,75 ***	0,93	0,57 ***
33-40	0,60 ***	0,62 ***	0,68 **
Bildung			
In Ausbildung	0,32 ***	0,43 ***	0,12 ***
Kein Abschluss	1	1	1
Berufsbildungsabschluss	0,77 ***	0,80 ***	0,75 ***
Hochschulabschluss	0,46 ***	0,46 ***	0,47 ***
Dauer seit Migration			
> 1 Jahr vor Migration	0,55 ***	0,91	0,24 ***
1 Jahr vor Migration	1	1	1
0-1 Jahre nach Migration	3,32 ***	1,66 ***	5,19 ***
2-3 Jahre nach Migration	1,80 ***	1,18	2,79 ***
4-5 Jahre nach Migration	1,43 ***	1,12	1,72 ***
6-7 Jahre nach Migration	1,26 *	1,03	1,29
> 7 Jahre nach Migration	1,22	1,08	0,85
Konstante	0,12 ***	0,14 ***	0,12 ***
Ereignisse	2.656	1.412	1.244
Personenjahre	78.866	44.390	34.176
Personen	3.170	1.741	1.429

Anmerkung: $p < 0.001$ ***, $p < 0.01$ **, $p < 0.05$ *

Quelle: SUF-Mikrozensus 2008 und 2011. Eigene Berechnungen

Um den Einfluss der Dauer seit Migration zu visualisieren, sind die aus dem Modell geschätzten Übergangswahrscheinlichkeiten in Abbildung 3 dargestellt. Die Abbildung bestätigt, dass das Geburtenprofil der Aussiedlerinnen nur wenig von

der Migration beeinflusst wird. Bei den türkischstämmigen Migrantinnen schnell hingegen die Geburtenrate im unmittelbaren Jahr nach der Migration nach oben.

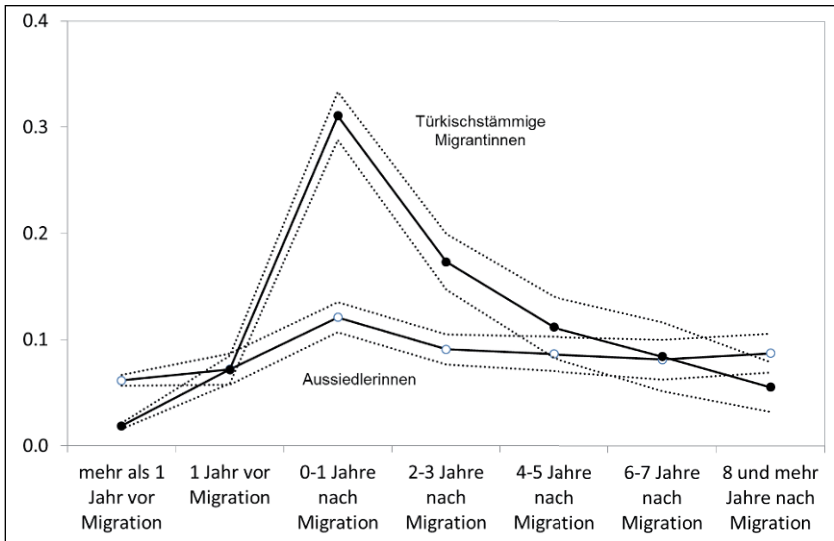


Abb. 3 Geburtenwahrscheinlichkeiten nach Dauer seit Migration und Migrationsstatus

Anmerkung: Um die Wahrscheinlichkeiten nach Dauer der Migration für beide Migrantengruppen zu schätzen, wurde Modell 1 verwendet, jedoch eine Interaktion von Dauer seit Migration und Migrantengruppe durchgeführt. Die geschätzten Wahrscheinlichkeiten sind berechnet worden, indem für die anderen unabhängigen Variablen Mittelwerte eingesetzt wurden.

Quelle: SUF-Mikrozensus 2008 und 2011. Eigene Berechnungen.

5 Zusammenfassung

Ziel dieses Beitrags war es, die Erstgeburtensmuster von Aussiedlerinnen und türkischstämmigen Migrantinnen zu analysieren. Unsere Untersuchungen bauten dabei auf den Forschungen zum Zusammenhang von Fertilität und internationaler Migration auf, die für Deutschland vor allem auf Basis des Sozio-Oekonomischen Panels (Mayer und Riphahn 2000; Milewski 2007, 2010a, 2010b) und des Generations and Gender Surveys (Wolf 2016) durchgeführt worden sind. Während die

bisherigen Studien sich zumeist auf die Migrantinnen der 1970er und 1980er konzentrierten, haben wir in unseren Analysen das Verhalten der jüngeren Frauen in den Blick genommen, die im Wesentlichen seit den 1990er Jahren nach Deutschland gezogen sind. Die hohen Fallzahlen des Mikrozensus haben es zudem erlaubt, nach Migrantengruppen zu differenzieren und separate Analysen für türkischstämmige Migrantinnen und Aussiedlerinnen durchzuführen.

Unsere Ergebnisse bestätigen im Wesentlichen vorhergehende Studien (siehe bspw. Wolf 2016), die gezeigt haben, dass türkischstämmige Migrantinnen vor allem unmittelbar nach Migration ihr erstes Kind bekommen. Für Aussiedlerinnen ist das Geburtenprofil weniger stark vom Zeitpunkt der Migration abhängig. Es liegt nahe, dass die Umstände der Migration die Geburtenmuster der beiden Migrantengruppen erklären. Während Aussiedlerinnen meist auf Basis ihrer ethnischen Herkunft (oder der ihres Lebenspartners) Aufenthalt gewährt wird, kommen türkischstämmige Migrantinnen häufig im Rahmen des Familiennachzugs und damit nach einer Eheschließung nach Deutschland (BAMF 2015, S. 80). Die in der Literatur postulierte „interrelation of events hypothesis“ (Mulder und Wagner 1993) bestätigt sich hier sehr eindrucksvoll im Kontrast des Verhaltens der türkischstämmigen Migrantinnen und der Aussiedlerinnen.

In Deutschland ist das Recht auf Familienzusammenführung in § 29 des Aufenthaltsrechts verbrieft. Auf Grund der restriktiven Auslegung des Familienbegriffs, bei dem unter Familie nur Ehegatten und minderjährige Kinder fallen, ist es nicht verwunderlich, dass zwischen Familiengründung und Migration für türkischstämmige Migrantinnen eine derartig enge Kopplung existiert. Für die langfristige soziale und ökonomische Integration dieser Frauen ist dieser Befund jedoch von entscheidender Bedeutung. Die auffallend niedrige Erwerbsbeteiligung von türkischstämmigen Migrantinnen (BMFSFJ 2016; Höhne und Schulze 2015; Milewski 2013) dürfte sich zum Teil durch die unmittelbare Familiengründung nach Migration erklären, die es dieser Gruppe von Frauen kaum ermöglicht vor Familiengründung im Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Vollzeiterwerbstätigkeit war in (West-)Deutschland zwar für Mütter in der Vergangenheit eher die Ausnahme als die Regel. Seit dem verstärkten Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für Kinder unter drei Jahren und der Einführung der Elternzeit im Jahr 2007 steigen die Vollzeiterwerbstätigenquoten von Frauen mit Kindern jedoch an (Geisler, Kreyenfeld und Trappe 2016). Eine zunehmende Polarisierung im Erwerbsverhalten zwischen Frauen ohne und mit Migrationshintergrund und von Frauen, die im Rahmen der Familienzusammenführung nach Deutschland kommen und anderen Migrantinnen, ist damit absehbar.

Danksagung

Die Arbeiten, die diesem Artikel zu Grunde liegen, wurden durch das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm (FP7/2007-2013) unter der Förderungsnummer 320116 im Rahmen des Projekts „FamiliesAndSocieties“ gefördert.

Literatur

- Abbasi-Shavazi, M. J., P. McDonald. 2000. Fertility and multiculturalism: Immigrant fertility in Australia, 1977-1991. *International Migration Review* 34: 215-242.
- Afentakis, A., Bihler, W. 2005. Das Hochrechnungsverfahren beim unterjährigen Mikrozensus ab 2005. *Wirtschaft und Statistik* 10: 1039-1048.
- Alba, R., V. Nee. 1999. Rethinking assimilation theory for a new era of immigration. In *The Handbook of International Migration: The American Experience*, hrsg. C. Hirschman, P. Kasinitz und J. DeWind, S. 137-160. Russel Sage Foundation.
- Allison, P. D. 1982. Discrete-time methods for the analysis of event histories. *Sociological Methodology* 13: 61-98.
- Andersson, G. 2004. Childbearing after migration: Fertility patterns of foreign-born women in Sweden. *International Migration Review* 38: 747-774.
- Bade, K. J. 2004. *Migration, Ausländerbeschäftigung und Asylpolitik in der DDR*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung: 90-96.
- Bade, K. J., J. Oltmer. 1999. Einführung: Aussiedlerzuwanderung und Aussiedlerintegration. Historische Entwicklung und aktuelle Probleme. In *Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa*, hrsg. K. J. Bade und J. Oltmer, S. 9-51. Osnabrück: Universitätsverlag Rasch.
- Bade, K. J., J. Oltmer. 2013. Germany. In *The Encyclopedia of Migration and Minorities in Europe: From the 17th Century to the Present*, hrsg. K. J. Bade, P. C. Emmer, L. Lucassen und J. Oltmer, S. 65-82. Cambridge: Cambridge University Press.
- BAMF 2015. *Das Bundesamt in Zahlen 2014*. Nürnberg: BAMF.
- Boehle, M., B. Schimpl-Neimanns. 2010. Mikrozensus Scientific Use File 2008: Dokumentation und Datenaufbereitung. *Technical Reports 2010/13. GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften*.
- Boyle, P., T. J. Cooke, K. Halfacree, D. Smith. 2001. A cross-national comparison of the impact of family migration on women's employment status. *Demography* 38: 201-213.
- Bujard, M. 2015. Kinderlosigkeit in Deutschland: Wie interagieren Bildung, Wohnort, Migrationshintergrund, Erwerbstätigkeit und Kohorte? *Zeitschrift für Familienforschung* 27: 270-296.
- BMFSFJ 2016. *Familien mit Migrationshintergrund. Analysen zur Lebenssituation, Erwerbsbeteiligung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf*. 3. Auflage. Berlin: BMFSFJ.
- Desplanques, G. 1994. Measuring fertility differentials from census information alone. *Population: An English Selection* 6: 23-33.

- Diehl, C. 2016. Migration und Integration in der Bevölkerungssoziologie. In *Handbuch Bevölkerungssoziologie*, hrsg. Y. Niephaus, M. Kreyenfeld und R. Sackmann, S. 461-479. Wiesbaden: Springer VS.
- Dietz, B. 2011. Aussiedler/Spätaussiedler in Germany since 1950. In *Encyclopedia of Migration and Minorities in Europe: From the 17th Century to the Present*, hrsg. K. J. Bade, P. C. Emmer, L. Lucassen, und J. Oltmer. Cambridge: Cambridge University Press.
- Dorbritz, J., I. Gerlach, K. Scheiwe, M. Schuler-Harms. 2016. Strukturen und Rahmenbedingungen von Migration. In *Migration und Familie. Kindheit mit Migrationshintergrund*, hrsg. Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen, S. 37-63. Wiesbaden: Springer.
- Geisler, E., M. Kreyenfeld, H. Trappe. 2016. Erwerbsbeteiligung von Müttern und Vätern in Ost- und Westdeutschland: Strukturstarre oder Trendwende? *Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit* Heft 4: 4-15.
- Granato, N. Kalter, F. 2001. Die Persistenz ethnischer Ungleichheit auf dem deutschen Arbeitsmarkt. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 53: 497-520.
- Hervitz, H. M. 1985. Selectivity, adaptation, or disruption? A comparison of alternative hypotheses on the effects of migration on fertility: The case of Brazil. *International Migration Review* 19: 293-317.
- Höhne, J., K. B. Schulze. 2015. Die Arbeitsmarktintegration von Migranten und Migrantinnen in Deutschland. Ein Überblick nach Herkunftsländern und Generationen. *WSI-Mitteilungen* Heft 5: 345-354.
- Kotowska, I. E., J. Józwiak, A. Matysiak, A. Baranowska. 2008. Poland: Fertility decline as a response to profound societal and labour market changes? *Demographic Research* S7: 795-854.
- Krapf, S., M. Kreyenfeld. 2015. Fertility assessment with the own-children method: A validation with data from the German Mikrozensus. *MPIDR Technical Report TR-2015-003*.
- Krapf, S., K. Wolf. 2015. Persisting differences or adaptation to German fertility patterns? First and second birth behavior of the 1.5 and second generation Turkish migrants in Germany. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 67: 137-164.
- Kreyenfeld, M. 2015. Economic uncertainty and fertility. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (Sonderband)* 67: 11-40.
- Kreyenfeld, M., D. Konietzka. 2002. The performance of migrants in occupational labour markets. *European Societies* 4: 53-78.
- Kulu, H. 2005. Migration and fertility: Competing hypotheses re-examined. *European Journal of Population* 21: 51-87.
- Kulu, H., A. González-Ferrer. 2014. Family dynamics among immigrants and their descendants in Europe: Current research and opportunities. *European Journal of Population* 30: 411-435.
- Mattes, M. 2005. ‚Gastarbeiterinnen‘ in der Bundesrepublik. *Anwerbepolitik, Migration und Geschlecht in den 50er bis 70er Jahren*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Mayer, J., R. T. Riphahn. 2000. Fertility assimilation of immigrants: Evidence from count data models. *Journal of Population Economics* 13: 241-261.
- Milewski, N. 2007. First child of immigrant workers and their descendants in West Germany: Interrelation of events, disruption, or adaptation? *Demographic Research* 17: 859-896.
- Milewski, N. 2010a. *Fertility of Immigrants. A Two-Generational Approach in Germany*. Berlin, Heidelberg: Springer.
- Milewski, N. 2010b. Immigrant fertility in West Germany: Is there a socialization effect in transitions to second and third births? *European Journal of Population* 26: 297-323.

- Milewski, N. 2013. Labour force participation and family attitudes of first and second generation Turkish migrant women. *Zeitschrift für Familienforschung* 25: 53-74.
- Mincer, J. 1978. Family migration decisions. *Journal of Political Economy* 86: 749-773.
- Mulder, C. H., M. Wagner. 1993. Migration and marriage in the life course: A method for studying synchronized events. *European Journal of Population* 9: 55-76.
- Muresan, C., P.-T. Hărăguș, M. Hărăguș, C. Schröder. 2008. Romania: Childbearing metamorphosis within a changing context. *Demographic Research* S7: 855-906.
- Ortensi, L. E. 2015. Engendering the fertility-migration nexus: The role of women's migratory patterns in the analysis of fertility after migration. *Demographic Research* 32: 1435-1468.
- Perelli-Harris, B. 2006. The influence of informal work and subjective well-being on childbearing in post-soviet Russia. *Population and Development Review* 32: 729-753.
- Rumbaut, R. G., J. R. Weeks. 1986. Fertility and adaptation: Indochinese refugees in the United States. *International Migration Review* 20: 428-466.
- Sobotka, T. 2008. The rising importance of migrants for childbearing in Europe. *Demographic Research* 7: 225-248.
- Statistisches Bundesamt 2015. *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2014*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt 2016. *Zuzüge über die Grenzen Deutschlands nach Herkunfts- bzw. Zielgebieten*. Statistisches Bundesamt: Wiesbaden.
- Toulemon, L. 2004. Fertility among immigrant women: new data, a new approach. *Population et Sociétés, April*, 400.
- Van Mol, C., H. De Valk. 2016. Migration and immigrants in Europe: A historical and demographic perspective. In *Integration Processes and Policies in Europe. Contexts, Levels and Actors*, hrsg. M. Wingens, M. Windzio, H. De Valk, und C. Aybek, S. 31-55. Dordrecht: Springer.
- Wilson, B., 2015. *Origin, Destination and Convergence: Understanding the Fertility of International Migrants and their Descendants*. (Dissertation). London School of Economics.
- Wolf, K. 2016. Marriage migration vs. family reunification: How does the marriage and migration history determine the timing of first and second childbirth among Turkish immigrants in Germany? *European Journal of Population* (im Erscheinen).
- Yavuz, S. 2009. *Fertility Decline in Turkey: Differential Patterns by Turkish and Kurdish Speaking Women*: VDM Verlag Dr. Müller.

Female Employment and Higher Fertility – Policy Goals in Perfect Harmony?

Stefan Fuchs

Abstract

The debate on female employment and fertility has been shaped by the assumption that a stronger integration of women in the labor market would, under modernized circumstances such as extended day care services, promote higher fertility. Now, it is time to challenge the mentioned assumption, at least for the German case. In Germany, female employment now reaches a high level, comparable to Scandinavian countries. Advances in women's employment are often relativized by referring to widespread part-time-employment. This viewpoint ignores the key role of part-time-work being crucial for work-family compatibility. The impact of full-time employment on women's fertility remains clearly negative. Common assumptions on fertility, employment and gender equality have to be revisited, in due consideration to the role of part-time employment.

Keywords

“sustainable” family policy, Germany, labor market participation of women, fertility, gender equality, part-time work, work-family compatibility, full-time female employment

1 Introduction: Relations between Female Employment and Fertility Revisited

Increasing labor market participation of women is one of the most important issues of European labor market and gender equality politics. Women's equality in the labor market is not only considered an imperative of gender justice, but also an economic necessity due to the decrease in (young) working population. The reason for this decline is the low fertility, which, since now for decades, has remained well below generation replacement level in German speaking countries. Germany was, around 1970, the first country in the world to register sub-replacement-fertility, since mid 1970es the TFR remains at a level of 1,4 children per woman. In southern and eastern European countries such low levels of fertility were registered later in the 1980es or 1990es, what makes Germany a forerunner in respect to ageing. Despite of the foreseeable problems caused by ageing, counteraction against low fertility was a taboo. Pro-natalist-policies were discredited by the long shadows of history (Stefan Fuchs 2014, 24-30). But around 2003 a paradigm shift took place: A left wing minister, Renate Schmidt (Social Democrat), declared that Germany needed "more children". The stated aim was "to bring more children in the families and more families in the society" (Bundesregierung 2006, XXXV). This change towards Pronatalism followed a profound change in the concept of family policy. Until that time German family policy mainly shaped to improve the financial situation of families by tax breaks, benefits and allowances. The overall aim was to reduce the charges of parenthood und to improve the (financial) situation of parents compared to childless people (Bundesregierung, 1979, 7-9; Bundesregierung 1995, XI). This policy now was blamed to have supported the outdated male-breadwinner-family-model. Despite of giving (more) monetary benefits, the new family policy wanted to improve the compatibility of work and family by (more) day care for toddlers and children. This new, "sustainable" family policy (nachhaltige Familienpolitik) has set itself two main goals:

- To raise the female activity rate and to increase the extent of employment of mothers.
- To raise the fertility level in Germany (TFR 1,7 per woman) (Ristau 2005, 18).

One of the masterminds of the "sustainable" family policy (nachhaltige Familienpolitik) was the economist Bert Rürup, a chief advisor in economic, social- and pension policies of the German federal government for many years. In a programmatic essay he explained his concept like this:

„Sustainable family policy aims for an increase in birth rates and higher female employment. The experience in other countries such as Norway or Iceland has shown that an increased labor market participation of women does not necessarily go hand in hand with lower birth rates. Birth rate and employment are not contradictory, but can rather be considered complementary goals. [...] In order to increase the demand for children and to raise the fertility rate, the opportunity cost of children needs to be brought down. [...] Shortening the (unpaid) parental leave to, for instance, the end of the second year of life does not seem expedient today as child care facilities [...] are by no means sufficient yet, in order to allow for the mother's reentrance [...] into her career. In the long-run, the parents', and especially the mother's interruption of employment should be kept relatively short in order to counteract [...] the depreciation of human capital.“ (Bert Rürup, 2005, 4-5).

For this concept Bert Rürup could resort to the prevalent notion in demographic research according to which advanced women's equality in the labor market fosters fertility. Since the turn of the millennium, the conversion of the correlation between female activity rate and birthrate has served as evidence for this approach: While, around 1980, in an OECD comparison both were correlated negatively, this correlation is said to have changed today: Higher female employment would go hand in hand with higher fertility. It was concluded that a stronger integration of women in the labor market and advanced gender equality would, under modernized circumstances such as extended day care services, promote higher fertility. OECD-Expert Laurent Toulemon has firmly expressed this common viewpoint in today's discussion with the following words:

“The empirical evidence shows that European countries where gender inequality is lower are also the countries where fertility is the highest. [...] At the individual level, egalitarian attitudes may not be correlated with earlier or higher fertility. [...] We must therefore think about family policies in terms of their impact at the country level. [...] When politicians ask us about ways to raise fertility in Europe, we can thus agree that governments in Europe should be more aggressive in pushing for gender equality to raise fertility. [...] And this could lead to an increase in fertility. [...] So, let us make things simple: Yes, governments in Europe should definitely be more aggressive in pushing for gender equality to raise fertility!” (Laurent Toulemon, 2011, 194).

From this point of view the persistence of outdated family and gender-role-models and a lack in social and institutional modernization are said to be responsible for low fertility, in Germany as well as in southern Europe. This point of view is widely shared in the German public opinion with reliance to the shortage of day care services. And in fact there was nearly no institutional day care for children under three in Western Germany until the paradigmatic shift to the “sustainable” family policy took place a decade ago. But since then things have changed a lot: In

West Germany the proportion of children under three in institutional day care has increased fivefold in the last decade (Schmidt, R., 2002, 5-6; Statistisches Bundesamt, 2013, 7). These figures show a deep change in the culture of child rearing, even if critics blame this change taking place even too slowly. Indeed, there are rural areas with less developed day care services compared to Belgium, France or Scandinavia. But there are also Cities and urban areas (for example Hamburg) that offer parents a level of day care comparable or even above the average level in Western Europe (Stefan Fuchs, 2014, 79-81). Another case is East Germany with its day care heritage of the former GDR: Even before the “sustainable” family policy began, it was among the regions with the best developed day care in Europe and it does for now (OECD 2004, 49; Stefan Fuchs, 2014, 75-78). Extended day care and a reform of parental allowances (“Elterngeld” since 2007) fostered earlier return of mothers to their former jobs and as a result of these efforts labor force participation of mothers with toddlers has grown. In general women’s labor force participation has made progress in the last decade: The employment rate has grown from 62 % to 72 % – stronger than elsewhere in Western Europe (Table 1). Despite of the advances in work-family compatibility there is no rise in fertility – the total fertility rate remains at the level of 1,4 children per woman recognized since the 1970’s. Now, it is time to challenge the mentioned assumptions concerning compatibility of work and family, gender-relations and fertility, at least for the German case. For this, we will tackle the following questions:

- What is the development of female employment across Europe?
- Do high female employment rates indicate gender equality?
- How can the positive correlation between fertility and female employment rates be explained?
- Does the goal of more extensive full-time female employment consort with a higher fertility?

2 Female Employment and Fertility in European Comparison

Female employment in Germany has developed dynamically in the last decade. It now reaches a high level, comparable to Scandinavian countries like Finland and Denmark. In Sweden women’s employment rates are higher indeed, but in the last decade they remained static and compared to the 1990es they have even fallen. The same is to be observed for Denmark and the US. Within these countries, that were forerunners in women’s labor force participation, women’s employment

rates seems to have reached the peak, perhaps even passed it. The counterparts are countries like Ireland und Spain, where women's employment, formerly very low, has leaped up. The result is a certain convergence in women's employment within the OECD-countries, especially within Western Europe.

Tab. 1 Female labor participation and part-time-employment

	Employment rate women %				Part-time-rate %		
	1992	2002	2012	Margin	2002	2012	Margin
Belgium	48,2	55,8	61,7	+5,9	37,4	43,6	6,2
Denmark	71,1	73,1	72,2	-0,9	30,3	36,4	6,1
Germany	57,8	61,9	71,5	+9,6	39,5	45,6	6,1
Ireland	40,9	59,6	59,4	-0,2	30,6	35,4	4,8
Greece	39,5	46,6	45,2	-1,4	8,0	11,9	3,9
Spain	34,5	47,6	54	+6,4	16,8	24,5	7,7
France	56,3	61,9	65	+3,4	29,8	30,2	0,4
Italy	38,6	44,9	50,5	+5,6	16,9	31,1	14,2
Netherlands	53,1	66,8	71,9	+5,1	73,1	77	3,9
Portugal	59,4	65,7	63,1	-2,6	16,4	16,8	0,4
Finland	67,8	70,4	72,5	+2,1	17,5	20,1	2,6
Sweden	79,6	76,6	76,8	+0,2	33,1	39,6	6,5
United Kingdom	62,6	67,5	68,4	+0,9	43,8	43,3	-0,5
Norway		75,9	77,3	+1,4	43,3	42,2	-1,1
Switzerland		73,3	76	+2,6	57,0	60,9	+3,9

Data source: Eurostat, 2013, Own calculations.

Instructive is the comparison to France, in Germany often seen as role-model for work-family compatibility. Indeed, day care of little children is more common in France than in Western Germany and more mothers with little children work in fulltime-employment. Nonetheless, female employment rates are well below the German level. An explanation for this finding are labor market conditions, that are noticeable more favorable in Germany than in France. As it is known, the financial crisis 2008 has not hit the German labor market, employment rates have even continued to increase. The main winners of the German labor market extension are women, like the "Institut der Deutschen Wirtschaft" analyses (Schäfer, Schmidt, Stettes, 2013). Advances in women's employment are often relativized by advocates

of gender equality politics by referring to widespread part-time-employment. However, it is necessary to recognize part-time-employment as typical for countries with high labor market participation of women. Women's employment rates are closely linked to the extension of part-time work. Exemplary are Switzerland and the Netherlands, where more than one half of women work part-time (Table 1). Part-time employment is often considered as compromise due to the lack of day care. But this is only one part of the story. It is important to notice that countries with extended day care like Norway or Belgium have part-time rates comparable to Germany. Even in Denmark and Sweden part-time rates are noticeable. In contrast to employment rates in general, part-time-employment in Sweden and Denmark has increased, what means that the volume of work has decreased (OECD 2014a). This is not surprising, since the overall rationalization causes a decrease in the volume of work in nowadays industrial societies. In Germany the volume of work has decreased since 1991 (to 2011) at about 3 Billion hours (Statistisches Bundesamt 2012). Thus, regarded arithmetically, without part-time work the rise in female employment rates would not have been possible. In general women labor market participation is closely linked to part-time employment; this is obvious with regard to international cross-sectional comparison but it is also true for the development in time.

Tab. 2 Female employment, part-time work and fertility – selected correlations

	Correlation (r^2)
Part-time-rate – Employment rate	0,495340485
Employment rate – Average working hours per week	-0,438260283
Employment rate – Fertility (TFR)	0,507601583
Part-time-rate – Fertility (TFR)	0,456830012
Weekly working time – Fertility (TFR)	-0,518208132
Full-time equivalent employment rate – Fertility (TFR)	-0,04928838
Gender Gap in Full-time-employment-rates – Fertility	0,071270322

Data sources: Eurostat 2013, OECD 2014, Own calculations.

It is striking, that prevalent part-time work is to be found in prosperous countries (Norway, Netherlands, Switzerland, Germany), while in Central and Eastern Europe, in Greece and Portugal it is much less common. Linked to this the average working hours per week for women are higher than in German speaking countries, the Benelux and Scandinavia. The differences are noticeable: In Slovakia and Greece the average working week for women is eight hours longer than in Germany or Norway Eurostat,

2014a). It is evident, that such differences are relevant for work-family compatibility. From this point of view it is not surprising, that part-time employment is linked positively and by contrast the longitude of working hours negatively with fertility. Extended part-time employment does not guarantee sustainable fertility like the German speaking countries demonstrate. By contrast a lack of part-time work and long working hours seem to exclude high fertility: Countries with long workweeks above 35 hours have in general low fertility rates (TFR below 1,6) (Eurostat 2014b). It is about countries in Southern and Eastern Europe, where women are less common in employment than in Central-West and Northern Europe with its part-time culture. This part-time culture fosters the integration of women in labor market by facilitating work-family compatibility. But with regard to gender equality its effects are ambiguous: It advances women's employment rates, but part-time-work tends also to produce new gender inequalities within the labor market. While women often work part-time, men stay to be focused on full-time-work being required to make career and to realize higher income. Everywhere women are more likely to work part-time, that being the case even in Scandinavian countries. Thus it is not reasonable to assess gender equality referring to employment rates as such. Because of widespread part-time-work it is necessary to pay attention to the volume of work done by women and men. Information about the employment rates translated in full-time-equivalents give a better impression of labor market participation and gender equality: According to OECD-Data the gender gap in full-time-equivalent (FTE) in Switzerland and the Netherlands is among the highest in the OECD-countries, it exceeds even the level in Italy (OECD 2014b). In Sweden the gender gap is indeed much lower, but it is even lower for Estonia and Slovenia. One might consider Sweden as best practice example for the compatibility of more of gender equality and relative high fertility. But this example does not proof that gender equality in general fosters fertility: Women employment in full-time-equivalent (FTE) is linked slightly negative, by contrast the gender gap (in FTE) positive to fertility (Table 2). The common viewpoint on gender equality and fertility is misleading: It does not take into account the key role of part-time-work being crucial for women's labour market participation. Part-time-work is one factor to explain the conversion of the correlation between female activity rate and birthrate since 1980; there are other factors, such as rising involvement in (tertiary) education and the use of day care for children (Henriette Engelhardt-Wölfler, 2009, 14-15).

3 Low Fertility in Germany: What the East-West Differences Teach about the Relationship between Child Care, Employment and Fertility

Day care as well as part-time jobs enables work-family compatibility; which seems to be a necessary precondition for (relative) high fertility in post-modern societies. But if it is a sufficient precondition must be put into question: In East Germany for example fertility remains low, despite well-developed day care, part-time jobs and family subsidies. Germany is an instructive case for studying the outcome of day care on family structure and fertility. While the level of fertility is comparable in East and West Germany, the patterns of fertility are quite different: Childlessness is much scarcer in East than in West Germany, but simultaneously there are fewer families with three or more children than in West Germany (Jürgen Dorbritz, 2010). Chronicle analyses prove that the family policy of the former GDR, in contrast to the pronatalist ambitions of the government, failed in promoting higher order births. It is reasonable to attempt this to the model of the mother working full-time prescribed by the socialist regime (Karl Schwarz, 1992, 254-255). Although part-time-employment has become more widespread since the 1990es, this family model is still alive in East Germany. Correspondingly the fertility of full-time-working women is considerably higher than in West Germany. At the same time the fertility of homemakers and women working part-time is (slightly) lower than in West Germany.

Tab. 3 Fertility of women in the cohort 1964-1968 (only women with partner)

Role-Model		Proportion of women with ... children (%)					Cohort Fertility
Man	Woman	0	1	2	3	4	
West Germany							
Full-Time	Full-Time	46,6	22,0	23,4	6,5	1,5	1,0
Full-Time	Part-Time	5,6	25,4	51,6	14,5	2,9	1,9
Full-Time	Not active	5,0	18,6	48,1	20,9	7,4	2,1
East Germany							
Full-Time	Full-Time	8,3	41,5	43,5	6,0	0,7	1,5
Full-Time	Part-Time	3,1	34,2	48,6	10,9	3,2	1,8
Full-Time	Not active	5,6	30,1	44,5	13,0	6,9	1,9

Jürgen Dorbritz, 2010; Source Mikrozensus 2008.

Despite a much higher rate of childlessness, especially among women in full-time employment, the cohort fertility of women (born 1964-196) in West Germany (1,56) is only slightly below the level in East Germany (1,51) (Dorbritz 2010). Vice versa in East Germany fertility remains low, childlessness is scarce, the quote of childless women is notably lower than in western countries with higher fertility (such as the US or Great Britain) (Fuchs, S., 2014, 127-128). This finding gives evidence to the common viewpoint, that convenient day care is a key element to counteract childlessness, by reducing the opportunity costs of childbearing for high qualified, career-oriented women. Thus far the strategy of the sustainable family policy seems to be right. But its aim is not only to counteract growing childlessness, but to promote higher birth rates. Aiming at higher birth rates the prevalence of families with three or more children is crucial. Parents with three and more children show a more traditional distribution of work and family tasks: Full-time employment of mothers is getting much scarcer than among childless women und mothers with fewer children. These disparities are to be observed in the whole OECD-world, despite significant differences in the level of women's employment and childcare policies (OECD 2013). The general disparity cannot be explained only by institutional settings; to understand them rightly one must consider life-style-preferences. According to Catherine Hakim recent research on life-style-choices of women in developed countries shows, that they divide into roughly three groups: About 20 % of women give priority to their jobs and activities in the public sphere ("career-centered"); another 20 % give priority to family life ("home-centered"); and about 60 % of women are trying to combine family work with paid jobs, often in part-time jobs ("adaptive") (Hakim, C., 2006). Obviously the sustainable family policy is not neutral concerning these different preferences, as it favors strongly the "career-centered" life style. By contrast it is opposed to the lifestyle of "home-centered" women, who in particular are aspirants for larger families (Fuchs, S., 2014, 288-294). Considering the interest of "adaptive" women it seems to be ambivalent: One the one side adaptive women may benefit from better childcare opportunities, on the other side they may be scared by pressure towards full-time employment. The impact of full-time employment on women's fertility is clearly negative, even in regions with well developed day care infrastructure like East Germany. Obviously day care opportunities can weaken the negative correlation between full-time- employment and fertility on the micro-level, but they cannot reverse it. They are useful and even necessary to counteract a decrease in fertility, if more full-time employment of women is intended. But the birth promoting goal of the "sustainable" family policy was more ambitious: It aimed at increasing birth rates. Despite the efforts to provide more child care taken by German government within the last decade, birth rates remained at the low level known since the 1970'es.

Of course it would fall too short to blame the “sustainable” family policy for this; the main reason for missing the target is the resistance against political steering, which characterizes fertility behavior. But it is also obvious that the main goals of the “sustainable” family policy are not in perfect harmony, but contradictory. Thus for promoting remarkably higher fertility, it is not only necessary to counteract childlessness, but also to encourage higher order birth. But the enlargement of families to three or more children is discouraged by the pressure towards more extensive mother’s employment. As long as gender equality is aimed by fostering more full-time employment of both parents; gender equality politics don’t suit to promote fertility. Common assumptions on fertility, employment and gender equality have to be revisited, in due consideration to the role of part-time employment.

Bibliography

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). 2005. *Perspektive für eine nachhaltige Familienpolitik. Ergebnisse des Gutachtens von Eckart Bomsdorf*. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Bundesregierung. 1979. Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission für den Dritten Familienbericht. In *Die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland – Dritter Familienbericht*. Bonn: Deutscher Bundestag.
- Bundesregierung. 1995. Stellungnahme der Bundesregierung zum Fünften Familienbericht. In *Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens*, hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend . Bonn: Bundestagsdrucksache 12/7560.
- Bundesregierung. 2006. Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission. In *Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit– Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik*, hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, XXIII-XXV. Berlin: Bundestagsdrucksache 16/1360.
- Dorbritz, Jürgen. 2010. *Deutschland, ein Niedrigfertilitätsland – strukturelle und kulturelle Ursachen niedriger Geburtenhäufigkeit*. Vortrag Informationsveranstaltung zu demografischen Trends in Deutschland, Berlin, 27. Oktober 2010.
- Fuchs, Stefan. 2014. *Gesellschaft ohne Kinder. Woran die neue Familienpolitik scheitert*. Wiesbaden: Springer VS.
- Engelhardt, Henriette. 2009. Zum Wandel der Korrelation von Fertilität und Frauenerwerbstätigkeit in Raum und Zeit: Eine empirische Analyse unter Berücksichtigung der Effekte ausgewählter sozialer Indikatoren. *Zeitschrift für Familienforschung* 21 (3): 245-263.
- Eurostat. 2013. *Erwerbstätigenquote nach Geschlecht*. <http://epp.eurostat.ec.europa.eu>. Zugegriffen: 20. März 2016.
- Eurostat. 2014a. *Durchschnittliche normalerweise geleistete Wochenarbeitsstunden in Haupttätigkeit*. <http://epp.eurostat.ec.europa.eu>. Zugegriffen: 20. März 2016.

- Eurostat. 2014b. Gesamtfruchtbarkeitsrate. <http://epp.eurostat.ec.europa.eu>. Zugegriffen: 20. März 2016.
- Gruescu, S., B. Rürup. 2003. Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. *Aus Politik und Zeitgeschichte* (23-24): 3-5.
- OECD. 2004. *Die Politik der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Länderbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Paris: OECD.
- OECD. 2013. Chart LMF1.2.C: *Maternal Employment Rates by Number of Children under 16*. http://www.oecd.org/els/soc/LMF1_2_Maternal_Employment_Sep2014.xls. Zugegriffen: 18. Februar 2016.
- OECD. 2014a. *Full-time equivalent employment rate, by sex*. <http://stats.oecd.org/index.aspx?queryid=54749>. Zugegriffen: 18. Februar 2016.
- OECD. 2014b. Chart LMF1.6.C: *Gender differences in full-time employment rates, 2012*. http://www.oecd.org/els/soc/LMF1_6_Gender_differences_in_employment_outcomes.pdf. Zugegriffen: 18. Februar 2016.
- Hakim, Catherine. 2006. Women, careers, and work-life preferences. *British Journal of Guidance & Counselling* (34): 279-294.
- Rürup, Bert, Sandra Gruescu. 2003. *Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung*. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin. http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/broschuere-nachhaltige-familienpolitik-r_C3_BCrup.property=pdf. Zugegriffen: 19. Februar 2016.
- Ristau, Malte. 2005. Der ökonomische Charme der Familie. *Aus Politik und Zeitgeschichte* (23-24): 18-24.
- Schäfer, Holger, Jörg Schmidt, Oliver Stettes. 2013. *Zur Lage von Frauen auf dem deutschen Arbeitsmarkt: Beschäftigungsperspektiven von Frauen. Eine arbeitsmarktökonomische Analyse im Spiegel der Gleichstellungsdebatte*. IWPositionen Nr. 57. Köln: Institut der Deutschen Wirtschaft.
- Schwarz, Karl. 1992. Geburtenentwicklung in der früheren DDR. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 4 (3): 254-255.
- Spieß, C. Katharina et. al. 2002. *Abschätzung der (Brutto)-Einnahmeneffekte öffentlicher Haushalte und der Sozialversicherungsträger bei einem Ausbau von Kindertageseinrichtungen*. Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Bonn. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Statistisches Bundesamt. 2012. Licht und Schatten am Arbeitsmarkt. *STATmagazin*. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/STATmagazin/Arbeitsmarkt/2012_01/Arbeitsmarkt2012_01.html. Zugegriffen: 16. Februar 2016.
- Statistisches Bundesamt. 2013. *Kindertagesbetreuung regional 2011*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Toulemon, Laurent. 2011. Should governments be more aggressive in pushing for gender equality to raise fertility? The first "YES". *Demographic Research*. doi:10.4054/Dem-Res.2011.24.7.

Gute Aussichten auch für ein alterndes Deutschland

Axel Börsch-Supan

Zusammenfassung

Während viele den demografischen Wandel als eine Bedrohung für Deutschland einschätzen, finden wir diesen fundamentalen Pessimismus völlig fehlgeleitet. Auch ein alterndes Deutschland hat gute Aussichten, denn wir leben länger, bleiben länger gesund und sammeln im Laufe unseres Lebens wertvolle Erfahrungen. Diese Seite des demografischen Wandels ist der tiefere Grund für *die transformative Kraft der Demografie, die uns nicht Ressourcen wegnimmt, sondern neue dazu addiert*. Auch seine negativen ökonomischen Auswirkungen, oft im “Rentnerquotienten” kompaktifiziert, sind kein unabänderliches Schicksal, denn die bessere Gesundheit erlaubt eine erhöhte Erwerbsquote im Alter. Schließlich hilft eine bessere Aus- und Weiterbildung im ganzen Lebensverlauf, das Potenzial, das in unserer Gesellschaft steckt, besser auszunutzen. Wir müssen dies nur umsetzen.

Schlüsselwörter

Produktivität, Alterung, Bevölkerungsalterung, Lebensverlauf, Fließbandarbeit

Viele sehen den demografischen Wandel als eine Bedrohung für Deutschland: Das Land vergreise und das Geld reiche nicht für Renten, medizinische Behandlungen und für die Pflege von älteren und alten Menschen. Denn die Geburtenrate ist

niedrig, und parallel zur steigenden Zahl der Ruheständler gibt es immer weniger Junge, die in die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung einzahlen.

Zudem bedroht der demografische Wandel – auch in diesem Punkt sind sich viele einig – die makroökonomische Entwicklung. Denn in den nächsten 20 Jahren wird sich die Bevölkerungszahl in Deutschland kaum ändern; sie schrumpft erst nach dem Tod der Babyboom-Generation. Vielen Konsumenten werden also deutlich weniger Erwerbstätige, die Güter und Dienstleistungen produzieren, gegenüberstehen. Damit sinkt das Bruttoinlandsprodukt, und Deutschland wird in der Rangordnung der wirtschaftsstärksten Länder zurückfallen.

Pessimisten sehen auch unseren ökonomischen Lebensstandard in Gefahr. Sie fürchten, dass nicht nur die Erwerbstätigen weniger werden, sondern diese auch immer weniger produzieren werden. Weil nach gängigem Vorurteil ältere Menschen weniger produktiv sind als jüngere, bräuchte es ausreichend Maschinen und Computer – und das bedeutet enorme Kosten. Zudem tendiert eine ältere Bevölkerung dazu, Vermögenswerte abzubauen anstatt neue anzusammeln, und das macht es schwerer, neue Investitionen zu finanzieren.

Dieser tief liegende Pessimismus übersieht, dass der demografische Wandel auch positive Seiten hat, die dazu beitragen können, dass die düsteren Zukunftsprognosen nicht Realität werden. Dabei hilft es, sich klarzumachen, wie der demografische Wandel zustande kommt.

Eine Ursache ist die in Politik und Medien viel diskutierte niedrige Geburtenrate in Deutschland: Seit gut 40 Jahren stagniert sie – allen familienpolitischen Maßnahmen zum Trotz – bei circa 1,3 Kindern pro Frau, so dass jede neue Generation um etwa ein Drittel kleiner ist als ihre Vorgängergeneration. Ohne Zuwanderung würde die Bevölkerungszahl schon seit langem schrumpfen. Tatsächlich hat sie die niedrige Geburtenrate der Deutschen aber überkompensiert: Nicht erst seit der großen Flüchtlingswelle 2015, sondern schon in den Jahren davor ist die Bevölkerungszahl gestiegen.

Zum anderen gründet der demografische Wandel auf dem erstaunlichen Anstieg der Lebenserwartung: In jedem Jahrzehnt wächst sie um etwa zwei Jahre. Derzeit beträgt sie etwa 80 Jahre, sie hat sich damit während eines Menschenlebens um etwa 16 Jahre verlängert. Die gewonnene Zeit wird, dies ist die nächste gute Nachricht, überwiegend ohne gesundheitliche Einschränkungen verbracht. Die „gesunde Lebenserwartung“ – die Zeit bis zur ersten größeren gesundheitlichen Einschränkung – ist noch schneller angestiegen als die statistische Lebenserwartung. Dies liegt nicht daran, dass die typischen Alterskrankheiten später auftreten, denn die Biologie des Menschen ändert sich nur langsam. Sie machen sich jedoch erst später negativ bemerkbar, weil Medizin und Technik das Leben mit diesen Krankheiten deutlich erleichtern.

In den gewonnenen gesunden Lebensjahren liegt der Schlüssel dafür, dass aus der demografischen Bedrohung eine Chance werden kann. Die Lösungsansätze liegen auf der Hand: Menschen können länger arbeiten, weil sie länger gesund bleiben. Sie erhalten mehr Aus- und Weiterbildung, damit sie auch in der zweiten Lebenshälfte produktiv bleiben können. Menschen, die nach wie vor psychisch und physisch anstrengende Tätigkeiten ausüben, müssen mehr geschont werden und brauchen mehr präventive Maßnahmen.

Die moderne Forschung im Grenzgebiet zwischen den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften einerseits und der Medizin andererseits zeigt, dass all dies möglich und machbar ist. Das Munich Center for the Economics of Aging (MEA), eine Forschungsinstitution der Max-Planck-Gesellschaft, betreibt eine großangelegte Studie, die europaweit die Gesundheit der Menschen misst und mit den ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen ihres Lebens in Verbindung setzt. Dieser „Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE)“ hat seit 2004 über 110.000 Menschen befragt und deren Gesundheit gemessen, viele davon mehrfach über eine Zeitspanne von zehn Jahren. Diese Studie zeigt unter anderem die Gesundheitsentwicklung der Deutschen im Alter zwischen 60 und 69, also in dem Lebensabschnitt, über den derzeit im Rahmen der Rente mit 67 und anderer Vorschläge zur Erhöhung der Erwerbstätigkeit Älterer viel diskutiert wird. Das Ergebnis ist beeindruckend gut, und dies unabhängig davon, wie man Gesundheit misst. 78 % der 60-Jährigen bezeichnen ihre Gesundheit als gut, sehr gut bis ausgezeichnet; zehn Jahre später sind es nur 4 % weniger. 65 % der 60-Jährigen haben keine Funktionseinschränkungen; zehn Jahre später sind es mit 61 % immer noch fast zwei Drittel. Hinzuzufügen ist allerdings, dass es große Unterschiede innerhalb jeder Altersstufe gibt. Diese sind viel größer als etwa der Unterschied zwischen 60- und 69-Jährigen. In Deutschland viel ausgeprägter als zum Beispiel in Skandinavien ist der Zusammenhang zwischen Bildung, Einkommen und Gesundheit: Menschen aus bildungsfernem Elternhaus verdienen in ihrem späteren Leben nicht nur weniger, sie sind auch weniger gesund; umgekehrt haben Menschen mit schlechterer Gesundheit oft Berufe, in denen sie weniger gut verdienen.

Quantitative Untersuchungen zeigen auch, dass ältere Menschen nicht notwendigerweise weniger produktiv sind als jüngere. In einer weiteren Studie des MEA wurden Fließbandarbeiter in einem deutschen Lastwagenmontagewerk intensiv beobachtet – über 1,2 Millionen Mal. Dabei wurde sichtbar, dass sich Erfahrung und körperliche Leistungsfähigkeit zu ergänzen scheinen: Die Leistungsfähigkeit sinkt zwar mit zunehmendem Alter, aber die Erfahrung steigt. Eine detaillierte Analyse zeigt, dass die 50- bis 60-jährigen Mitarbeiter insofern produktiver sind als die 25- bis 35-Jährigen, weil sie seltener schwere Fehler machen, deren Korrektur das Montagewerk besonders teuer zu stehen kommt.

Es ist also sinnvoll, die Erfahrung älterer Mitarbeiter zu schätzen, anstatt sie durch Frühverrentung zu verlieren. Ganz im Gegenteil braucht ein Land, in dem die Lebenserwartung stetig steigt, auch ein höheres Rentenalter. Eine älter werdende Belegschaft sollte künftig durch vermehrte Aus- und Weiterbildungsangebote neue Techniken erlernen und dadurch flexibel bleiben können. Auf diesem Feld sind die skandinavischen Länder ein Vorbild; dort werden über 40-Jährige erheblich stärker gefördert als in Deutschland. Eine Verbesserung der Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind hierzulande politisch unumstritten und eine volkswirtschaftliche Binsenweisheit – bislang ist es jedoch bei Lippenbekenntnissen geblieben, weil Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der Staat sich um die Finanzierung streiten.

Fundamentaler Pessimismus ist also fehl am Platze. Im Gegenteil: Wir leben länger, bleiben länger gesund und sammeln im Laufe unseres Lebens wertvolle Erfahrungen, die uns auch als ältere Mitarbeiter noch hochproduktiv machen. Diese Seite des demografischen Wandels gibt Grund für Optimismus. Daher sind auch seine negativen ökonomischen Auswirkungen kein unabänderliches Schicksal. Die sich verändernde Welt verlangt Anpassungen. Entscheidend dafür wäre eine erhöhte Erwerbsquote und eine gute Aus- und Weiterbildung vor allem von Älteren. Politikerinnen und Politiker dürfen daher nicht nur auf die Kosten schauen, sondern Bildung und Gesundheit als Investitionen auffassen, die sich bis ins hohe Alter auszahlen.

Lebenserwartung 100 Jahre – ein (Alb-)Traum?

Bemerkungen zur aktuellen Lebenserwartung

Eckart Bomsdorf

Zusammenfassung

Wie lange werden wir leben? Diese Frage kann nicht mit Periodensterbetafeln sondern nur mit zukunftsbezogenen Generationensterbetafeln beantwortet werden. Im Beitrag werden ausgehend vom 2016 erreichten Alter für die Geburtsjahrgänge 1946 bis 2016 geschlechts- und altersspezifisch die durchschnittliche fernere Lebenserwartung in der Generationenbetrachtung – auch im Vergleich zu den deutlich niedrigeren Werten nach den Periodensterbetafeln des Statistischen Bundesamtes – bestimmt und dargestellt sowie die Generationensterbetafeln für den Geburtsjahrgang 2016 analysiert. Dabei wird u. a. der Frage nachgegangen, wieviel Prozent der 2016 Geborenen voraussichtlich ein Alter von 100 Jahren erreichen werden. Zusätzlich wird eine Formel zur Abschätzung der Lebenserwartung 100-Jähriger angegeben.

Schlüsselwörter

Generationensterbetafel, Lebenserwartung, Medianalter, Periodensterbetafel, Überlebenskurve, Hochaltrige

1 Die Fragestellung

Wie lange werden wir leben? Diese Frage wird häufig gestellt, und zu ihrer Beantwortung werden primär die Sterbetafeln des Statistischen Bundesamtes hinzugezogen. Die aktuellen allgemeinen Sterbetafeln 2010/2012 des Statistischen Bundesamtes

geben eine Lebenserwartung bei Geburt von 82,8 Jahren für Mädchen und von 77,7 Jahren für Jungen an (Statistisches Bundesamt 2015a, S. 4ff.). Derartige Werte werden regelmäßig auch in den Medien – häufig mit dem Aufmacher „Lebenserwartung weiter gestiegen“ – veröffentlicht, obwohl die zugrundeliegenden Periodensterbetafeln aller Erfahrung nach allenfalls eine Untergrenze für die Lebenserwartung angeben können. Das wird offenbar auch vom Statistischen Bundesamt so gesehen, das immer betont, dass es sich bei ihren regelmäßig veröffentlichten Sterbetafeln nicht um eine Vorhersage der Lebenserwartung handelt (vgl. Statistisches Bundesamt 2012, S. 12; 2015b, S. 6). Dennoch werden für Neugeborene, aber auch für andere Alter, die Lebenserwartungen nicht nur von den Medien, sondern auch in der politischen Diskussion gerne aus diesen Sterbetafeln entnommen. Um zu realistischeren Werten zu kommen, müssen bekanntermaßen die querschnittorientierten Periodensterbetafeln durch längsschnittorientierte Generationensterbetafeln abgelöst werden, wobei letztere durchaus auf den Werten der Periodensterbetafeln des Statistischen Bundesamtes aufbauen können (vgl. Bomsdorf 2002, S. 17). Im Folgenden werden ausgehend vom 2016 erreichten Alter für die Geburtsjahrgänge 1946 bis 2016 die durchschnittliche fernere Lebenserwartung in der Generationenbetrachtung – auch im Vergleich zu den Werten nach den Sterbetafeln des Statistischen Bundesamtes – dargestellt sowie die Generationensterbetafeln für den Geburtsjahrgang 2016 analysiert und dabei wird u. a. der Frage nachgegangen, wieviel Prozent der 2016 Geborenen voraussichtlich ein Alter von 100 Jahren erreichen werden. Zusätzlich wird diskutiert, wie die Lebenserwartung 100-Jähriger abgeschätzt werden kann.

In den Jahren 1993 und 2002 wurden vom Autor dieses Beitrags ausführliche zukunftsbezogene Generationensterbetafeln veröffentlicht (vgl. Bomsdorf 1993 sowie 2002). Im Weiteren werden diese zunächst, in kompakter Form dargestellt, aktualisiert und fortgeschrieben. Dabei steht hier nicht die ausführliche Angabe der Sterbetafeln im Vordergrund, sondern die Lebenserwartung soll geschlechts- und geburtsjahrgangs- bzw. altersspezifisch angegeben sowie ein Vergleich mit den Werten der aktuellen allgemeinen Sterbetafel vorgenommen werden.

Auch die modellierten Generationensterbetafeln, aus denen die Werte für die Lebenserwartung entnommen wurden, können die Lebenserwartung natürlich nicht exakt wiedergeben, sie können jedoch realistischere Größen als die allgemeine Sterbetafel liefern. Diese Angaben sind für eine Reihe von Bereichen wichtig, auf die hier jedoch nicht im Einzelnen eingegangen werden soll. Insbesondere im Bereich von privaten Renten-, Lebens- und Krankenversicherungen bilden Generationensterbetafeln bereits seit Jahrzehnten die Grundlage weiterführender Kalkulationen,

auch wenn von der Öffentlichkeit meist nur die Lebenserwartung aufgrund der Periodensterbetafeln des Statistischen Bundesamtes wahrgenommen wird.¹

2 Modellrechnungen als Antwort

Sollen zukunftsbezogen Sterbetafeln und Lebenserwartungen angegeben werden, muss also auf Modellrechnungen zurückgegriffen werden. Aufbauend auf einem Modell von Bomsdorf und Trimborn (Bomsdorf und Trimborn 1992), das auch vom Statistischen Bundesamt verwendet wird (vgl. z.B. Statistisches Bundesamt 2011, S. 2), wurden Generationensterbetafeln für die Geburtsjahrgänge 1946 bis 2016 berechnet. Ausgewählte Ergebnisse dieser Berechnungen werden im Folgenden dargelegt. Alle Berechnungen sind zukunftsbezogen, d. h. sie geben die Lebenserwartung im Jahr 2016 an. Dabei werden nicht ausführlich die Generationensterbetafeln dargelegt, wie es zum Beispiel in Bomsdorf (2002) erfolgte, sondern in Tabelle 1 wird lediglich mithilfe von zwei Varianten² die getrennt nach Männern und Frauen berechnete fernere Lebenserwartung aufgeführt³ und den vergleichbaren Werten der als Periodensterbetafel konzipierten allgemeinen Sterbetafel 2010/2012 des Statistischen Bundesamtes (Statistisches Bundesamt 2015a, S. 4ff.) gegenübergestellt.⁴

-
- 1 Für die sozialen Sicherungssysteme spielt die Lebenserwartung ebenfalls eine wichtige Rolle, z. B. hängt die Rentenlaufzeit von der Höhe der Lebenserwartung bei Renteneintritt ab. Sie beeinflusst damit in hohem Maße die Ausgaben der Rentenversicherung. Zur möglichen Koppelung des gesetzlichen Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung vgl. Bomsdorf (2015).
 - 2 Beiden Varianten liegt dasselbe Modell zugrunde. Die vergangenheitsbezogenen Zeiträume, von denen die Berechnungen ausgehen, sind jedoch unterschiedlich. Während bei der Variante A alle abgekürzten Sterbetafeln ab 1960 Verwendung finden, gehen bei Variante B nur die Sterbetafeln ab 1980 in die Berechnungen ein.
 - 3 Die Angabe von zwei Nachkommastellen bei der Lebenserwartung in Tabelle 1 wurde gewählt, weil das Statistische Bundesamt diese Daten mit derselben Genauigkeit angibt. Im Grunde wäre eine Nachkommastelle, wie sie auch im Text verwendet wird, ausreichend und sinnvoller.
 - 4 Erst nach Abschluss dieses Beitrags erschienen die Periodensterbetafeln 2011/2013 und 2012/2014 des Statistischen Bundesamtes, die gegenüber den Werten der allgemeinen Sterbetafel 2010/2012 leicht höhere Werte bei der Lebenserwartung aufweisen (z. B. nach der Sterbetafel 2012/2014 83,05 bzw. 78,13 Jahre bei den weiblichen bzw. männlichen Neugeborenen, vgl. Statistisches Bundesamt 2016, S. 4ff.). Diese Werte ändern jedoch nichts Grundsätzliches an den folgenden Aussagen.

Tab. 1 Fernere Lebenserwartung in Deutschland im Jahr 2016 nach Geburtsjahrgang, Geschlecht und Sterbetafel

Geburtsjahrgang	Vollendetes Alter (in Jahren)	Fernere Lebenserwartung (in Jahren) nach					
		Generationensterbetafel				Periodensterbetafel 2010/2012	
		weibliche Bevölkerung		männliche Bevölkerung		weibliche	männliche
		Variante A	Variante B	Variante A	Variante B	Bevölkerung	Bevölkerung
2016	0	93,00	93,04	88,27	90,25	82,80	77,72
2015	1	92,12	92,17	87,40	89,39	82,06	77,01
2014	2	91,04	91,09	86,30	88,28	81,08	76,03
2013	3	89,95	90,00	85,19	87,16	80,09	75,05
2012	4	88,86	88,91	84,08	86,04	79,10	74,06
2011	5	87,76	87,81	82,96	84,91	78,11	73,07
2010	6	86,66	86,71	81,84	83,78	77,12	72,07
2009	7	85,56	85,62	80,72	82,64	76,12	71,08
2008	8	84,46	84,52	79,60	81,51	75,13	70,09
2007	9	83,36	83,41	78,48	80,37	74,14	69,09
2006	10	82,26	82,31	77,35	79,24	73,14	68,10
2005	11	81,16	81,21	76,23	78,10	72,15	67,11
2004	12	80,05	80,11	75,10	76,96	71,15	66,11
2003	13	78,95	79,00	73,98	75,82	70,16	65,12
2002	14	77,84	77,90	72,85	74,68	69,16	64,13
2001	15	76,74	76,79	71,73	73,54	68,17	63,14
2000	16	75,63	75,69	70,61	72,40	67,18	62,15
1999	17	74,53	74,58	69,49	71,26	66,19	61,16
1998	18	73,43	73,48	68,37	70,13	65,20	60,18
1997	19	72,32	72,38	67,26	69,00	64,21	59,21
1996	20	71,22	71,27	66,16	67,87	63,22	58,24
1995	21	70,12	70,17	65,05	66,75	62,24	57,27
1994	22	69,02	69,07	63,95	65,62	61,25	56,30
1993	23	67,91	67,96	62,84	64,50	60,26	55,34
1992	24	66,80	66,85	61,74	63,37	59,28	54,37
1991	25	65,70	65,75	60,63	62,24	58,29	53,40
1990	26	64,59	64,64	59,52	61,11	57,30	52,43
1989	27	63,48	63,53	58,41	59,99	56,32	51,46
1988	28	62,37	62,42	57,31	58,86	55,33	50,49
1987	29	61,26	61,31	56,20	57,73	54,34	49,52
1986	30	60,16	60,21	55,09	56,59	53,36	48,55
1985	31	59,05	59,10	53,99	55,46	52,37	47,58
1984	32	57,94	57,99	52,88	54,33	51,39	46,61
1983	33	56,83	56,88	51,77	53,20	50,41	45,65
1982	34	55,72	55,77	50,67	52,07	49,42	44,68
1981	35	54,62	54,66	49,56	50,94	48,44	43,72
1980	36	53,51	53,56	48,46	49,81	47,47	42,75
1979	37	52,40	52,45	47,36	48,68	46,49	41,79
1978	38	51,30	51,35	46,26	47,56	45,51	40,83
1977	39	50,20	50,25	45,16	46,43	44,54	39,87
1976	40	49,10	49,14	44,07	45,31	43,57	38,92
1975	41	48,00	48,05	42,98	44,19	42,60	37,97
1974	42	46,90	46,95	41,89	43,07	41,63	37,02
1973	43	45,81	45,86	40,81	41,96	40,66	36,08
1972	44	44,72	44,77	39,73	40,86	39,70	35,14
1971	45	43,63	43,68	38,66	39,76	38,75	34,21
1970	46	42,55	42,60	37,60	38,67	37,79	33,28
1969	47	41,47	41,52	36,54	37,58	36,85	32,36
1968	48	40,41	40,46	35,49	36,50	35,90	31,45
1967	49	39,34	39,40	34,45	35,44	34,97	30,55
1966	50	38,28	38,34	33,43	34,38	34,04	29,65
1965	51	37,23	37,28	32,41	33,33	33,11	28,77
1964	52	36,18	36,24	31,40	32,30	32,19	27,90
1963	53	35,14	35,20	30,41	31,27	31,28	27,03
1962	54	34,10	34,16	29,42	30,26	30,37	26,18
1961	55	33,07	33,13	28,45	29,26	29,46	25,34
1960	56	32,05	32,11	27,49	28,27	28,57	24,51
1959	57	31,03	31,09	26,54	27,30	27,67	23,69
1958	58	30,02	30,07	25,61	26,33	26,78	22,87
1957	59	29,01	29,07	24,68	25,38	25,90	22,07
1956	60	28,01	28,06	23,76	24,43	25,03	21,28
1955	61	27,02	27,07	22,86	23,50	24,15	20,50
1954	62	26,03	26,08	21,96	22,58	23,29	19,72
1953	63	25,05	25,10	21,08	21,67	22,43	18,96
1952	64	24,08	24,13	20,21	20,77	21,58	18,21
1951	65	23,12	23,16	19,35	19,89	20,74	17,46
1950	66	22,16	22,21	18,50	19,02	19,90	16,73
1949	67	21,21	21,25	17,68	18,15	19,07	16,00
1948	68	20,27	20,31	16,86	17,30	18,25	15,28
1947	69	19,33	19,37	16,05	16,46	17,42	14,57
1946	70	18,40	18,44	15,25	15,64	16,61	13,87

Quelle: Berechnungen des Autors sowie Statistisches Bundesamt (2015, S. 4ff.)

Es zeigen sich deutlich die Unterschiede in der Betrachtung der Lebenserwartung nach Perioden- bzw. nach Generationensterbetafel ebenso wie Unterschiede in den Varianten der Generationensterbetafel existieren. Bei den 2016 Geborenen liegt die Lebenserwartung in der Generationenbetrachtung variantenunabhängig mindestens zehn Jahre über den Werten nach der Periodensterbetafel; dieser Abstand verringert sich bei den 2016 70-Jährigen (Geburtsjahrgang 1946) auf knapp zwei Jahre. In jedem Fall liegt aber die aktuelle Lebenserwartung nach der jeweiligen Generationensterbetafel der heute 0- bis 70-Jährigen um mindestens 10 % über den vergleichbaren Werten nach der Periodensterbetafel.

In den Abbildungen 1a bis 1e werden mithilfe von verkürzten Box-Plots⁵ für die verschiedenen Varianten die Verteilungen der Sterbefälle nach dem Alter für den Geburtsjahrgang 2016 nach Perioden- bzw. nach Generationensterbetafel in kompakter Form dargelegt. Dabei werden bei den Frauen wegen der geringen Unterschiede zwischen den Ergebnissen der Berechnungen nach beiden Varianten nur die Ergebnisse von Variante B verwendet.

Abb. 1a

Boxplot der Verteilung der Sterbefälle nach dem Alter
Mädchen Geburtsjahrgang 2016 nach Generationensterbetafel Variante B

Quelle: Berechnungen des Autors

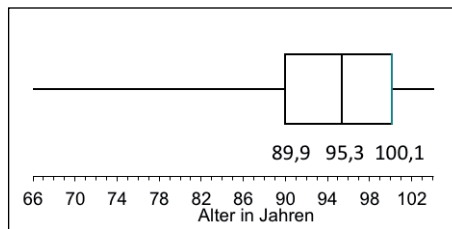
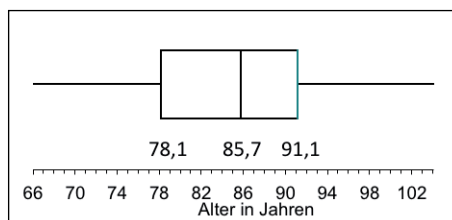


Abb. 1b

Boxplot der Verteilung der Sterbefälle nach dem Alter
Mädchen Geburtsjahrgang 2016 nach Periodensterbetafel 2010/2012

Quelle: Berechnungen des Autors sowie Statistisches Bundesamt (2015, S. 4ff.)

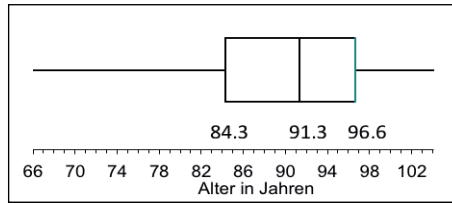


5 Die in den Boxplots angegebenen Werte sind das erste, das zweite und das dritte Quartil der Verteilung der Sterbefälle nach dem Alter.

Abb. 1c

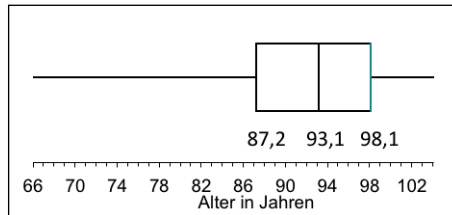
Boxplot der Verteilung der Sterbefälle nach dem Alter Jungen Geburtsjahrgang 2016 nach Generationensterbetafel Variante A

Quelle: Berechnungen des Autors

**Abb. 1d**

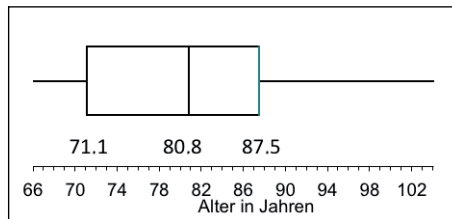
Boxplot der Verteilung der Sterbefälle nach dem Alter Jungen Geburtsjahrgang 2016 nach Generationensterbetafel Variante B

Quelle: Berechnungen des Autors

**Abb. 1e**

Boxplot der Verteilung der Sterbefälle nach dem Alter Jungen Geburtsjahrgang 2016 nach Periodensterbetafel 2010/2012

Quelle: Berechnungen des Autors sowie Statistisches Bundesamt (2015, S. 4ff.)



Exemplarisch für alle dargestellten Boxplots soll hier auf die Abbildungen 1a und 1b näher eingegangen werden. Die Lebenserwartung für 2016 geborene Mädchen beträgt der Generationensterbetafel 2016 nach 93,0 Jahre (vgl. Tabelle 1). Ein Blick auf den zugehörigen Boxplot (Abb. 1a) zeigt, dass 75 % der 2016 geborenen Mädchen älter als 89,9 Jahre werden, 50 % dieser Kohorte erreichen das (Median-)Alter von 95,3 Jahren und 25 % das Alter von 100,1 Jahren.⁶ Der Periodensterbetafel des Statistischen

6 Das bedeutet demnach, dass nur 25 % der 2016 geborenen Mädchen vor Erreichen des Alters von 90 Jahren und 50 % im Alter von 90 bis 100 Jahren sterben, 25 % werden demnach erst in einem Alter von über 100 Jahren sterben.

Bundesamtes (Abb. 1b) nach sind die vergleichbaren Werte 78,1, 85,7 und 91,1 Jahre. Sie liegen wie erwartet deutlich unter den Werten der Generationensterbetafel. Bei der Betrachtung der Generationensterbetafel der 2016 geborenen Jungen (Abb. 1c und 1d) ergibt sich ein grundsätzlich ähnliches Bild wie bei den Mädchen, wobei zwischen den Ergebnissen der beiden Varianten größere Unterschiede bestehen. Die Werte lassen sich unmittelbar den Abbildungen entnehmen. Interessant sind nicht nur die im Vergleich zu den Tafeln des Statistischen Bundesamtes nach den Generationensterbetafeln erkennbar höheren Medianalter, sondern auch die Unterschiede im Quartilabstand, der Differenz zwischen dem dritten und dem ersten Quartil. Der Sterbetafel 2010/2012 nach liegt bei Frauen der Quartilabstand bei 13,0 Jahren; der Generationensterbetafel nach beträgt er 10,2 Jahre. Bei den Männern sind die Unterschiede noch größer, wobei die Quartilabstände auf einem höheren Niveau liegen (Quartilabstand Generationensterbetafel Variante A 12,3 Jahre, Variante B 10,9 Jahre, Periodensterbetafel 16,4 Jahre).

Der sich schon in den Lebenserwartungen zeigende Unterschied zwischen den Generationen- und den Periodensterbetafeln wird durch eine stärker verteilungsorientierte Betrachtung verdeutlicht. Detaillierter als die Boxplots zeigen diese Unterschiede die Überlebenskurven in Abbildung 2, die angeben, wie viele von 100.000 im Jahr 2016 Geborenen nach der jeweiligen Sterbetafel ein beliebig vorgegebenes Alter, z. B. das Alter von 100 Jahren, erreichen: bei den Mädchen sind es 25,5 %, bei den Jungen sind es je nach Variante 12,5 % bzw. 17,1 %.

In Abbildung 2 zeigt sich wegen der nochmaligen Einbeziehung der Werte nach der allgemeinen Sterbetafel 2010/2012 des Statistischen Bundesamtes im geschlechtsspezifischen Vergleich der Kurven in vertikaler bzw. in horizontaler Betrachtung der „Gewinn“, der sich im Vergleich der Generationensterbetafeln mit den zugehörigen Periodensterbetafeln ergibt. Zum Beispiel erreichen 70.356 von 100.000 im Jahr 2016 geborenen Mädchen (52.740 von 100.000 im Jahr 2016 geborenen Jungen) der Periodensterbetafel nach das Alter von 80 Jahren, der Generationensterbetafel nach liegt dieser Wert bei 92.255 bei Mädchen (84.677 bzw. 87.439 bei Jungen). 40.000 von 100.000 oder 40 % erreichen den Periodensterbetafel nach das Alter von knapp 88 (Mädchen) bzw. 83½ (Jungen) Jahren. Die vergleichbaren Werte nach den Generationensterbetafeln liegen bei etwas über 97 (Mädchen) bzw. 93½ und 95 (Jungen Variante A sowie Variante B) Jahren. Die Kurven für die Jungen weisen darauf hin, dass die bei den Jungen sich ergebende Differenz in der Lebenserwartung nach den beiden Varianten im Wesentlichen auf Differenzen in den einjährigen Sterbewahrscheinlichkeiten oberhalb eines Alters von 70 Jahren zurückzuführen ist.

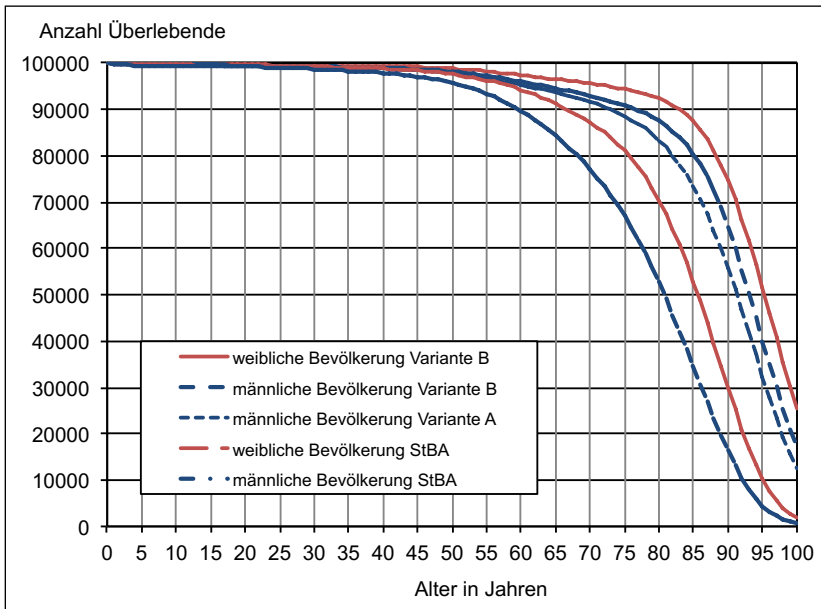


Abb. 2 Überlebenskurve für Geburtsjahrgang 2016 nach Generationensterbetafel 2016 sowie Periodensterbetafel 2010/2012 StBA

Quelle: Berechnungen des Autors sowie Statistisches Bundesamt (2015, S. 4ff.)

Die Überlebenskurven zeigen auch, dass je nach Geschlecht und Sterbetafel 90 % der im Jahr 2016 Geborenen das Alter von 83 (Mädchen) bzw. 72 oder 76½ (Jungen Variante A und Variante B) Jahren erreichen.⁷ Daraus folgt unter anderem, dass ein weiterer Lebenserwartungsgewinn für zukünftige Jahrgänge im Wesentlichen nur durch eine Verringerung der einjährigen Sterbewahrscheinlichkeiten in höherem Alter erfolgen kann, da die einjährigen Sterbewahrscheinlichkeiten in jüngeren Jahren offenbar schon sehr niedrig sind. Unter der Annahme, dass ausgehend von der Generationensterbetafel für den Geburtsjahrgang 2016 bis zum Alter von 50 Jahren die Sterbewahrscheinlichkeiten null wären und darüber hinaus die Sterbewahrscheinlichkeiten unverändert bleiben, würde bei 2016 geborenen Mädchen die Lebenserwartung nur um knapp ein Jahr, bei Jungen um etwas über ein Jahr steigen.

⁷ Der Periodensterbetafel 2010/2012 nach ergeben sich hier Werte von gut 66 bzw. 60 Jahren (Mädchen bzw. Jungen, vgl. Statistisches Bundesamt 2015a, S. 4ff.).

Die Beschränkung auf die Lebensjahre bis zum Alter von 100 Jahren in Abbildung 2 und später in den Abbildungen 3 bzw. 4 erfolgt, da darüber hinausgehend noch zu wenig für eine detaillierte Modellrechnung geeignete belastungsfähige Daten vorliegen. Zwar wird beispielsweise vom Statistischen Bundesamt bei den Sterbetafeln durchaus die Lebenserwartung von 100-Jährigen angegeben, aber einjährige Sterbewahrscheinlichkeiten für über 100 Jahre alte Personen werden nicht veröffentlicht. Dies liegt natürlich daran, dass die Datenbasis für die Berechnung derartiger Wahrscheinlichkeiten noch relativ gering ist. Ohne den Versuch unternehmen zu wollen, die einjährigen Sterbewahrscheinlichkeiten von über 100 Jahre alten Personen unter Verwendung der Sterbewahrscheinlichkeiten im Alter von beispielsweise 90 bis 100 Jahren zu modellieren, soll an dieser Stelle skizziert werden, dass es jedoch möglich ist, eine Spanne für die durchschnittliche fernere Lebenserwartung 100 Jahre alter Personen anzugeben.

Trivialerweise liegt die untere Grenze für diese Lebenserwartung bei null Jahren. Die Frage bleibt, ob und wie eine obere Grenze bei einer nur bis zum Alter von einhundert Jahren gehenden Sterbetafel bestimmt werden kann. Unter der relativ unproblematischen Annahme, dass bei einer Sterbetafel die einjährigen Sterbewahrscheinlichkeiten im Alter von über einhundert Jahren nicht niedriger sind als die von 100-Jährigen, lässt sich eine einfache Formel für die Berechnung einer oberen Grenze für die Lebenserwartung genau 100-Jähriger angeben. Sei q_{100} die einjährige Sterbewahrscheinlichkeit für 100-Jährige, so ergibt sich eine obere Grenze für die Lebenserwartung 100-Jähriger als um 0,5 verminderter Kehrwert der einjährigen Sterbewahrscheinlichkeit q_{100} , wie sich mit Hilfe einer geometrischen Reihe zeigen lässt (zum Beweis vgl. den Exkurs). Für $q_{100} = 0,4$ – dieser Wert ist gerundet der allgemeinen Sterbetafel 2010/2012 für die männliche Bevölkerung entnommen – ergibt sich somit eine obere Grenze von $\frac{1}{0,4} - 0,5 = 2$ Jahren; bei der weiblichen Bevölkerung liegt der vergleichbare Wert aktuell um rund ein viertel Jahr höher. Um eine obere Grenze der Lebenserwartung 100-Jähriger von $4\frac{1}{2}$ Jahren zu erhalten, müsste $q_{100} = 0,2$ sein. Das ist ein Wert, der aus gegenwärtiger Sicht erst Ende des Jahrhunderts erreicht werden wird. Eine Lebenserwartung für 100-Jährige von zehn Jahren ist somit noch in sehr weiter Ferne, was nicht ausschließt, dass Einzelne bereits heute 110 Jahre alt werden können.

Exkurs: Zur Lebenserwartung 100-Jähriger

Da für über 100-Jährige noch keine belastbaren einjährigen Sterbewahrscheinlichkeiten zur Verfügung stehen, um die (durchschnittliche fernere) Lebenserwartung 100-Jähriger zu bestimmen, stellt sich unter anderem die Frage, inwieweit eine Abschätzung dieser Lebenserwartung erfolgen kann. Diese Frage soll hier nicht aus medizinischer, sondern primär aus mathematisch-statistischer Sicht beantwortet werden. Eine obere Grenze für die Lebenserwartung 100-Jähriger lässt sich, wie im Folgenden gezeigt wird, mithilfe der einjährigen Sterbe- bzw. Überlebenswahrscheinlichkeit 100-Jähriger bestimmen.

Sei in der üblichen Notation einer Sterbetafel q_x die einjährige Sterbewahrscheinlichkeit, $p_x (= 1 - q_x)$ die einjährige Überlebenswahrscheinlichkeit einer x -jährigen Person, l_x die Anzahl der Überlebenden des Alters x und e_x die Lebenserwartung im Alter x .

Bekanntlich gilt (vgl. z.B. Rinne 1994, S. 147ff.)

$$e_x = \frac{1}{l_x} \cdot (l_x + l_{x+1} + l_{x+2} + l_{x+3} + \dots) - \frac{1}{2} = \frac{1}{l_x} \cdot \sum_{i=0}^{\infty} l_{x+i} - \frac{1}{2} \quad \text{ sowie}$$

$$l_{x+1} = l_x \cdot (1 - q_x) = l_x \cdot p_x \quad \text{ und demnach}$$

$$l_{x+i} = l_x \cdot p_x \cdot p_{x+1} \cdot p_{x+2} \dots p_{x+i-1} \quad \text{ für } i = 1, 2, \dots, n.$$

Für $x = 100$ folgt

$$(1) \quad e_{100} = \frac{1}{l_{100}} \cdot (l_{100} + l_{101} + l_{102} + l_{103} + \dots) - \frac{1}{2} = \frac{1}{l_{100}} \cdot \sum_{i=0}^{\infty} l_{100+i} - \frac{1}{2} \quad \text{ und}$$

$$(2) \quad l_{100+i} = l_{100} \cdot p_{100} \cdot p_{101} \cdot p_{102} \dots p_{100+i-1} \quad \text{ für } i = 1, 2, \dots, n.$$

Die folgende Herleitung einer oberen Grenze für die Lebenserwartung 100-Jähriger beruht auf der plausiblen Annahme, dass die einjährigen Sterbewahrscheinlichkeiten für über 100-Jährige eines Geburtsjahrgangs nicht niedriger sind als die einjährige Sterbewahrscheinlichkeit 100-Jähriger desselben Jahrgangs, d.h. $q_{100+i} \geq q_{100}$ für $i = 0, 1, 2, \dots, n$ gilt. Ein Extremfall liegt vor, wenn $q_{100+i} = q_{100}$ für $i = 0, 1, 2, \dots, n$ gilt, die einjährigen Sterbewahrscheinlichkeiten ab dem Alter von 100 Jahren also konstant bleiben. Dann nimmt die Lebenserwartung 100-Jähriger – unter Berücksichtigung der Annahme – ihr Maximum an.

Aus (1) und (2) folgt in diesem Fall mit

$$p_{100+i} = 1 - q_{100+i} = 1 - q_{100} = p_{100} \quad \text{ für } i = 0, 1, 2, \dots, n$$

$$l_{100+i} = l_{100} \cdot p_{100} \cdot p_{100} \cdot p_{100} \dots p_{100} = l_{100} \cdot p_{100}^i \quad \text{ für } i = 0, 1, 2, \dots, n$$

$$e_{100} = \frac{1}{l_{100}} \cdot (l_{100} + l_{100} \cdot p_{100} + l_{100} \cdot p_{100}^2 + l_{100} \cdot p_{100}^3 + \dots) - \frac{1}{2} = (1 + p_{100} + p_{100}^2 + p_{100}^3 + \dots) - \frac{1}{2} \\ = \sum_{i=0}^{\infty} p_{100}^i - \frac{1}{2} = \frac{1}{1 - p_{100}} - \frac{1}{2} = \frac{1}{q_{100}} - \frac{1}{2}, \quad \text{für } 0 \leq p_{100} < 1 \quad \text{bzw.} \quad 0 < q_{100} \leq 1.$$

$\frac{1}{q_{100}} - \frac{1}{2}$ ist somit eine obere Grenze für die (durchschnittliche fernere) Lebenserwartung 100-Jähriger.

Eine entsprechende Formel gilt natürlich auch für andere Ausgangsalter als $x = 100$, sofern nur die oben gemachte Annahme entsprechend erfüllt ist.

Abbildung 3 enthält die Verteilung der Sterbefälle 2016 Geborener nach den Generationensterbetafeln des Geburtsjahrgangs 2016. Trotz der Beschränkung auf das Alter bis 100 Jahre wird deutlich, dass die Verteilung der Sterbefälle unabhängig vom Geschlecht linkschief – und rechtssteil – ist. Auch hier zeigt sich noch einmal deutlich, dass es erst nach dem Alter von ungefähr 70 Jahren zu einer starken Zunahme der Sterbefälle kommt. Das Maximum der Kurven liegt in allen betrachteten Fällen bei über 90 Jahren (96 Jahren weibliche Bevölkerung, 92 bzw. 93 Jahren männliche Bevölkerung).

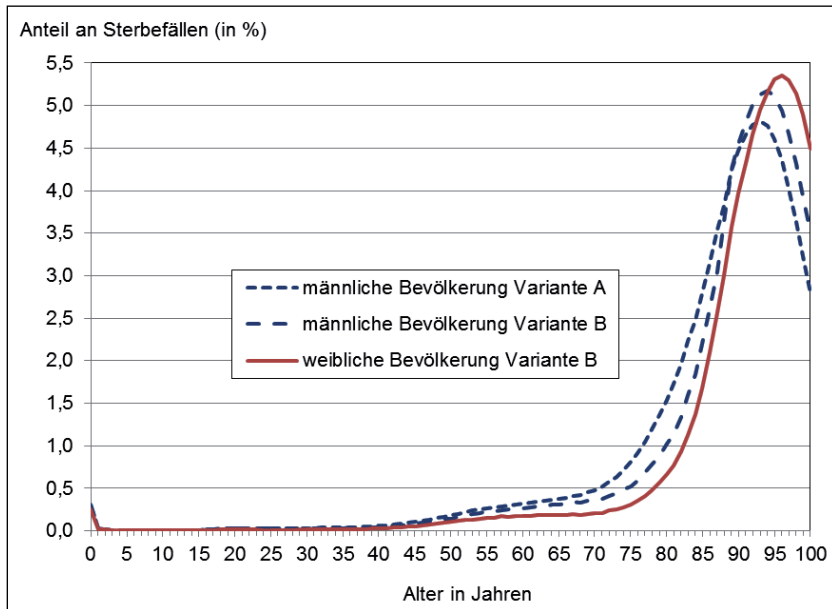


Abb. 3 Verteilung der Sterbefälle 2016 Geborener nach Generationensterbetafel

Quelle: Berechnungen des Autors

Die Gestalt der Verteilung der Sterbefälle führt dazu, dass für die 2016 Geborenen die Lebenserwartung niedriger ist als das Medianalter: Das Medianalter liegt bei 95,3 Jahren für Mädchen sowie bei 91,3 bzw. 93,1 Jahren für Jungen, also um über zwei Jahre bei Mädchen, im Falle von Jungen sogar um rund drei Jahre über der Lebenserwartung (vgl. auch Tabelle 2).

Tabelle 2 gibt das Medianalter, hier wiederum verstanden als das Alter, das von genau 50 % des jeweils betrachteten Personenkreises erreicht wird, und die gesamte Lebenserwartung aus der Sicht des Jahres 2016 für verschiedene Geburtsjahrgänge an.⁸ Wie die Werte in der Tabelle zeigen, nehmen die Unterschiede zwischen Lebenserwartung und Medianalter mit dem im Jahr 2016 erreichten Alter ab. Bei der Betrachtung der Verteilung der zukünftigen Sterbefälle vor 2016 Geborener (z. B.

8 Um das Medianalter mit der jeweiligen Lebenserwartung vergleichbar zu machen, muss entweder das Medianalter um das Ausgangsalter verringert oder das Medianalter mit der gesamten Lebenserwartung verglichen werden. Hier wurde – nicht zuletzt aus Gründen der besseren Interpretierbarkeit – der letzte Weg gewählt.

der 2016 10-Jährigen, 20-Jährigen etc.) zeigt sich, dass mit zunehmendem bereits erreichten Alter die Schiefe der Verteilung der Sterbefälle zurückgeht.

Tab. 2 Medianalter und gesamte Lebenserwartung in Deutschland 2016 nach Geschlecht für ausgewählte Geburtsjahrgänge

Geburtsjahrgang	Vollendetes Alter (in Jahren)	Medianalter und gesamte Lebenserwartung (in Jahren) nach Generationensterbetafel					
		weibliche Bevölkerung		männliche Bevölkerung			
		Variante B		Variante A		Variante B	
		Medianalter	Lebenserwartung	Medianalter	Lebenserwartung	Medianalter	Lebenserwartung
2016	0	95,3	93,0	91,3	88,3	93,1	90,3
2006	10	94,4	92,3	90,3	87,4	92,1	89,2
1996	20	93,5	91,3	89,3	86,2	91,0	87,9
1986	30	92,6	90,2	88,2	85,1	89,8	86,6
1976	40	91,5	89,1	87,0	84,1	88,5	85,3
1966	50	90,5	88,3	85,8	83,4	87,1	84,4
1956	60	89,6	88,1	85,2	83,8	86,1	84,4
1946	70	89,1	88,4	85,5	85,2	86,0	85,6

Quelle: Berechnungen des Autors

Bei den 70-Jährigen sind die Unterschiede zwischen dem Medianalter und der gesamten Lebenserwartung nur noch gering; bei noch höherem Alter kehrt sich die Relation zwischen Medianalter und gesamter Lebenserwartung sogar um, wie eine Ausweitung der hier vorgestellten Berechnungen zeigt .

Abbildung 4 gibt die Verteilung der Sterbefälle 2016 70-Jähriger wieder. Eine Schiefe der Verteilung ist – insbesondere bei den Frauen – kaum noch erkennbar. Hier wird es schon schwieriger, aus der Gestalt der Kurve direkt abzuleiten, ob das Medianalter noch höher als die Lebenserwartung ist.

Im Übrigen zeigt sich bei der Betrachtung des Medianalters der 2016 Geborenen, dass die wiederholt ohne detaillierte quantitative Herleitung aufgestellte Behauptung,⁹ dass bereits die im Jahr 2000 in Deutschland geborenen Kinder zur Hälfte das Alter von 100 Jahren erreichen werden, selbst durch die hier vorgelegten Berechnungen mithilfe der Generationensterbetafel für die erst 2016 geborenen Kinder nicht gestützt wird. Die Ergebnisse weisen vielmehr darauf hin, dass das Medianalter aktuell noch deutlich unter 100 Jahren liegt, allerdings schon jetzt damit gerechnet werden kann, dass 25 % der 2016 geborenen Mädchen das Alter von 100 Jahren erreichen (vgl. Abb. 1a). Für Jungen gilt dies, wie weiterführende Berechnungen (Variante B) zeigen, erst für den Geburtsjahrgang 2039. Bis das Medianalter Neugeborener 100 Jahre beträgt, werden noch Jahrzehnte vergehen.

9 Vgl. z. B. Oeppen und Vaupel (2002) sowie Christensen et al. (2009)

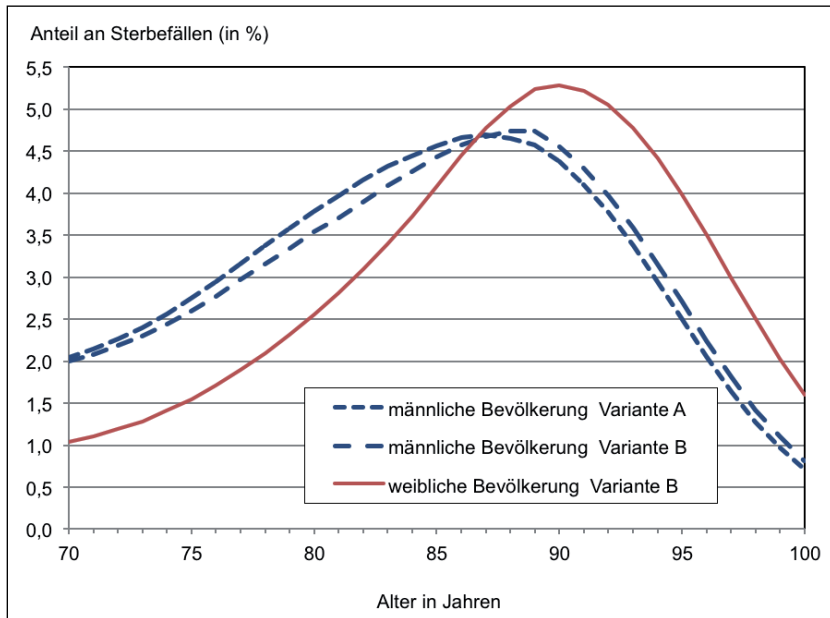


Abb. 4 Verteilung der Sterbefälle 2016 70-Jähriger nach Generationensterbetafel Jahrgang 1946

Quelle: Berechnungen des Autors

Für die Mehrheit der heute in Deutschland Lebenden wird ein Alter von 100 Jahren ein Traum bleiben.¹⁰ Ob es für diejenigen, die dieses Alter erreichen, ein Alptraum wird, weil beispielsweise die Gesundheit nicht mit der Lebenserwartung Schritt hält oder die Rentenphase sehr lang wird, diese Frage kann weder individuell noch allgemein hier und heute beantwortet werden, das wird vielmehr die Zukunft zeigen.

10 In einer Studie von 2011 wird gezeigt, dass ungefähr zehn Prozent der aktuell in Deutschland Lebenden das Alter von 100 Jahren erreichen (vgl. Bomsdorf 2011).

Literatur

- Bomsdorf, Eckart. 1993. *Generationensterbetafeln für die Geburtsjahrgänge 1923 bis 1993. Modellrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland*. Bergisch Gladbach, Köln: J. Eul Verlag.
- Bomsdorf, Eckart. 2002. *Neue Generationensterbetafeln für die Geburtsjahrgänge 1933 bis 2003. Modellrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland*. Köln, Lohmar: J. Eul Verlag.
- Bomsdorf, Eckart. 2011. Hundertjährige in Deutschland bis 2111 – ein unterschätztes Phänomen?! *ifo-Schnelldienst* 64 (17): 50-56.
- Bomsdorf, Eckart. 2015. Lebenserwartung über 90 Jahre heute, Rente ab 70 morgen? Eine visionäre vorausschauende Kurzanalyse. *ifo-Schnelldienst* 68 (23): 15-23.
- Bomsdorf, Eckart, Michael Trimborn. 1992. Sterbetafel 2000. Modellrechnungen der Sterbetafel. *Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft* 81: 457-485.
- Christensen, Kaare, Gabriele Doblhammer, Roland Rau, James W. Vaupel. 2009. Ageing populations: the challenges ahead. *The Lancet* 374 (3): 1196-1208.
- Oeppen, Jim, James W. Vaupel. 2002. Broken limits to life expectancy. *Science* 296 (5570): 1029-1031.
- Rinne, Horst. 1994. *Wirtschafts- und Bevölkerungsstatistik*. München, Wien: R. Oldenbourg Verlag.
- Statistisches Bundesamt. 2011. *Generationensterbetafeln. Modellrechnungen für die Geburtsjahrgänge 1896-2009*. Wiesbaden: Springer VS.
- Statistisches Bundesamt. 2012. *Periodensterbetafeln für Deutschland. Allgemeine Sterbetafeln, abgekürzte Sterbetafeln und Sterbetafeln 1871/1881 bis 2008/2010*. Wiesbaden: Springer VS.
- Statistisches Bundesamt. 2015a. *Allgemeine Sterbetafel für Deutschland, das frühere Bundesgebiet, die neuen Länder sowie die Bundesländer 2010/2012*. Wiesbaden: Springer VS.
- Statistisches Bundesamt. 2015b. *Allgemeine Sterbetafel. Methodische Erläuterungen und Ergebnisse 2010/2012*. Wiesbaden: Springer VS.
- Statistisches Bundesamt. 2016. *Sterbetafeln. Ergebnisse aus der laufenden Berechnung von Periodensterbetafeln für Deutschland und die Bundesländer, 2012/2014*. Wiesbaden: Springer VS.

Potenzial der zukünftigen Entwicklung der Lebenserwartung¹

Marc Luy

Zusammenfassung

In diesem Beitrag wird auf anschauliche Weise und anhand einfacher Modellrechnungen untersucht, ob ein Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung bei Geburt auf 100 Jahre bis zur Mitte dieses Jahrhunderts – wie in der „Oeppen-Vaupel-Hypothese“ postuliert – theoretisch möglich ist und wie eine zu diesem Wert führende Sterbetafel aussehen müsste. Vor dem Hintergrund der erfolgten Sterblichkeitsreduktionen zwischen 1950 und 2000 lässt sich eine derartige Entwicklung bis zum Jahr 2050 tatsächlich nicht ausschließen. Folglich sollte man diese Perspektive der Entwicklung der Lebenserwartung bei Bevölkerungsprognosen mit dem Ziel, die zukünftigen demografischen Veränderungen abzuschätzen, durchaus mitberücksichtigen.

Schlüsselwörter

Lebenserwartung, Langlebigkeit, Sterblichkeit, Mortalität, Entwicklung, Prognose

-
- 1 Der Beitrag stellt eine überarbeitete Form des Manuskripts zum Vortrag „Perspektiven für die Entwicklung der Lebenserwartung unter besonderer Berücksichtigung der Geschlechterunterschiede“ dar, der am 08.04.2005 bei der 8. Jahrestagung des Iögd für den Öffentlichen Gesundheitsdienst in Bielefeld gehalten und als Diskussionspapier Nr. 4 des Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels online veröffentlicht wurde.

1 Einleitung

Wie im Fall der deutschen Wohnbevölkerung hat der Prozess der demografischen Alterung in der Regel zwei wesentliche Ursachen. Zum einen führt die seit den 1970er Jahren deutlich unter dem Bestandserhaltungsniveau liegende Fertilität zu einem immer dünner werdenden Sockel der Bevölkerungspyramide, wodurch die unteren Altersstufen zunehmend an relativem und i. d. R. auch absolutem Gewicht verlieren und die oberen Altersstufen entsprechend an relativem und absolutem Gewicht gewinnen. Diese Tendenz der Verlagerung des Schwerpunkts der Altersstruktur in die oberen Altersstufen wird durch die kontinuierliche Erhöhung der durchschnittlichen Lebenserwartung weiter verstärkt. Deshalb ist die Entwicklung der Sterblichkeit bei der Diskussion um die zukünftige Alterung der Bevölkerung von großer Bedeutung. In diesem Zusammenhang wird häufig die Beschreibung „Alterung von oben“ verwendet, die auf diese Weise bildlich von der „Alterung von unten“ unterschieden wird, welche aus dem niedrigen Geburtenniveau resultiert. Während zu Beginn der Diskussion um die Alterung der deutschen Wohnbevölkerung vor allem die Alterung von unten im Mittelpunkt stand, rückt nun seit einiger Zeit auch die kontinuierliche Erhöhung der Lebenserwartung als Ursache der Alterung von oben verstärkt in das Interesse von Politik und Allgemeinheit.

Im Gegensatz zur Diskussion um die Ursachen der demografischen Alterung spielt die Analyse der Sterblichkeit im Bereich der demografischen Forschung bereits seit dem Beginn dieser Wissenschaftsdisziplin eine wesentliche Rolle und dabei besonders die Frage, wie lange die Menschen leben und welche Faktoren die Länge des menschlichen Lebens beeinflussen. Vor allem im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden verschiedene Werke verfasst, die sich ausschließlich dieser Frage widmeten, wie z. B. die Arbeiten von Casper (1835), Moser (1839), Westergaard (1882), von Lindheim (1909), Korschelt (1924) oder Wagner-Jauregg (1941). Lange hielt sich dabei die Vorstellung, dass der Länge des menschlichen Lebens natürliche Grenzen gesetzt sind. Dies wurde jedoch in einem kurz nach der Jahrtausendwende veröffentlichten Artikel von Oeppen und Vaupel (2002) bezweifelt. Anhand einer Analyse der zeitlichen Entwicklung der durchschnittlichen Lebenserwartung seit Beginn der amtlich-statistischen Aufzeichnungen über Bevölkerungsbewegungen zeigen die Autoren, dass sich von 1840 bis zum Ende des 20. Jahrhunderts die Werte für die jeweils weltweit höchste in den einzelnen Kalenderjahren ausgewiesene Lebenserwartung bei Geburt in linearer Weise erhöhten. Insgesamt bedeutet das für einen Zeitraum von mehr als 150 Jahren in jeder Dekade einen Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung um 2,5 Jahre. Dieser bemerkenswerten Entwicklung stellten die Autoren die ihnen bekannten Schätzungen über die maximal mögliche Lebenserwartung gegenüber und zeigten,

dass alle diese Schätzungen bereits kurz nach (und in einigen Fällen sogar bereits vor) ihrer Veröffentlichung von der tatsächlichen Entwicklung überholt wurden. Aufgrund dieser Beobachtungen führten Oeppen und Vaupel aus, dass es für sie keinen Hinweis auf eine unüberwindliche natürliche Grenze der menschlichen Lebenserwartung gibt. Sie schlagen daher für Prognosen der Sterblichkeitsentwicklung vor, den beschriebenen linearen Trend in der jährlichen Erhöhung der Lebenserwartung zugrunde zu legen. Damit heizten sie die Debatte über die zukünftige Entwicklung der Lebenserwartung weiter an, die Demografen in die Gruppen der „Optimisten“ und „Pessimisten“ unterteilt (siehe Caselli, Drefahl, Wegner-Siegmundt, & Luy, 2014).

Brisant erscheint die Hypothese von Oeppen und Vaupel durch ihre Konsequenz, dass die durchschnittliche Lebenserwartung in der Zukunft wesentlich stärker ansteigen würde, als dies in den meisten Prognosen bislang angenommen wurde. Sollte sich diese Entwicklung nämlich tatsächlich in dieser linearen Weise fortsetzen, dann würde die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt etwa in der Mitte des 21. Jahrhunderts die Marke von 100 Jahren überschreiten (Oeppen & Vaupel, 2002, S. 1030). Zum Vergleich: auch im optimistischen Szenario der jüngst publizierten 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts wird bis zum Jahr 2060 ein Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung auf „nur“ 86,7 Jahren bei den Männern und 90,4 Jahren bei den Frauen angenommen (Statistisches Bundesamt, 2015b). Im ersten Moment erscheint die Oeppen/Vaupel'sche Perspektive der zukünftigen Entwicklung der Lebenserwartung daher kaum vorstellbar. Hinzu kommen die gesellschaftlichen Konsequenzen, die bei einem gegenwärtigen Renteneintrittsalter von etwa 60 Jahren und der Debatte über ein Anheben desselben um wenige Jahre wohl enorm wären. In den Diskussionen um die Hypothese von Oeppen und Vaupel wird von den Kritikern als Gegenargument vor allem hervorgebracht, dass die Mortalität in den einzelnen Altersklassen bereits heute – bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 77,7 Jahren für Männer und 82,8 Jahren für Frauen nach der Allgemeinen Sterbetafel 2010/12 für Deutschland (Statistisches Bundesamt, 2015a) – so gering ist, dass eine zukünftige Reduktion der altersspezifischen Sterblichkeit, die für eine durchschnittliche Lebenserwartung von 100 Jahren erforderlich wäre, praktisch gar nicht möglich sei. Allerdings fehlen bislang konkrete Belege für dieses Argument, so dass diesem Aspekt im Folgenden genauer nachgegangen werden soll. Es steht in diesem Beitrag also die Frage im Vordergrund, in welchem Ausmaß die gegenwärtigen altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten in der deutschen Bevölkerung sinken müsste, um zu einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 100 Jahren zu gelangen, und ob eine Entwicklung zu derartigen Werten bis zum

Jahr 2050 auf Grundlage der tatsächlichen Trends von 1950 bis 2000 plausibel sein könnte bzw. theoretisch möglich ist.

2 Konstruktion einer hypothetischen Sterbetafel mit einer Lebenserwartung von 100 Jahren

Die Sterblichkeit hat sich seit dem 19. Jahrhundert in einem beeindruckenden Ausmaß reduziert. In Abbildung 1 sind einige deutsche Periodensterbetafeln für Männer dargestellt, beginnend mit der ersten allgemeinen Sterbetafel für das Deutsche Reich 1871/81 bis zur abgekürzten Sterbetafel für Deutschland 1998/2000. Hier zeigt sich deutlich, wie sich im Verlauf dieser etwa 130 Jahre Struktur und Höhe der Sterblichkeit sukzessive verändert haben. Im 19. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde die sogenannte „Absterbeordnung“, die auch als Überlebens- oder Survivalkurve bezeichnet wird, besonders von der Säuglingssterblichkeit geprägt. Bei den jüngeren Sterbetafeln ist dies nicht mehr in der

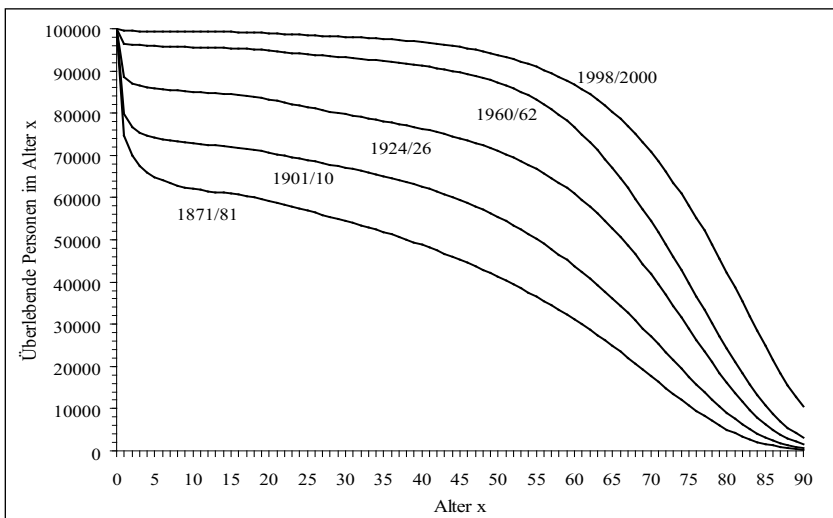


Abb. 1 Verschiedene Sterbetafeln für die Männer des Deutschen Reichs bzw. der Bundesrepublik Deutschland

Quelle: Sterbetafeln des Kaiserliches Statistischen Reichsamts und des Statistischen Bundesamts

gleichen Weise gegeben, die Säuglingssterblichkeit wurde kontinuierlich auf ein sehr niedriges Niveau reduziert. Aber auch in allen anderen Altersstufen hat sich die Mortalität verringert, was zu einem immer flacher werdenden Verlauf der Absterbeordnung führte. Dieser Prozess wird im Allgemeinen als „Rektangularisierung“ der Sterbetafel bezeichnet (Wilmoth, 2000) und lässt die Überlebensbedingungen der höheren und höchsten Altersstufen in jüngster Zeit immer mehr ins Zentrum der Mortalitätsforschung rücken (siehe z. B. Perls, Levenson, Regan, & Puca, 2002; Robine & Vaupel, 2001; Vaupel, 2001).

Aus Abbildung 1 wird auch ersichtlich, dass der menschlichen Absterbeordnung offensichtlich eine ganz bestimmte Systematik zugrunde liegt. Diese ist charakterisiert durch eine (in jüngerer Zeit zumindest im Vergleich zu den nächstfolgenden Altersstufen) hohe Säuglingssterblichkeit, der eine Phase geringerer Mortalität folgt. Die Sterblichkeit steigt dann mit dem Alter in zunehmender Intensität an und führt letztlich zu einer maximalen Lebensdauer von etwa 100 Jahren. Diese Regelmäßigkeit im Muster der menschlichen Sterblichkeit lässt sich auch in Abbildung 2 gut nachvollziehen, wo für verschiedene Kalenderjahre die altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten dargestellt sind. Es ist zu beachten, dass in dieser Grafik eine logarithmische Darstellungsweise gewählt wurde, weil sonst aufgrund der „Badewannenform“ der Verteilung der altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten keine Unterschiede vom Kindesalter bis zum mittleren Erwachsenenalter erkennbar wären. Für die im Folgenden angewandte Methode ist es bedeutsam, dass die logarithmierten altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten zumindest ab Alter 30 nahezu linear ansteigen und seit den 1980er Jahren sogar annähernd parallel verlaufen (in Abb. 2 nicht erkennbar). Dieser lineare Anstieg der logarithmierten altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten mit dem Alter wurde bereits im 19. Jahrhundert von Gompertz (1825) erkannt und zur mathematischen Beschreibung der menschlichen Sterblichkeit herangezogen. Es ist offensichtlich, dass dieser Zusammenhang nicht für die jüngeren Altersstufen gilt, aber er hat sich für die mathematische Beschreibung der Sterblichkeit in Industrieländern ab Alter 30 vor allem für die jüngsten Jahre als durchaus brauchbar erwiesen (Preston, Heuveline, & Guillot, 2001).

Als primäre Grundlage der folgenden Modellrechnungen dienen die nach dem Geschlecht getrennten Sterbewahrscheinlichkeiten der abgekürzten Sterbetafel 1998/2000 für alle Einzelaltersstufen. Diese Sterbetafel wird hier als Referenz gewählt, weil es auf diese Weise möglich ist, den Betrachtungszeitraum von der Mitte des 20. Jahrhunderts bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts in die beiden 50-Jahres-Perioden 1950-2000 und 2000-2050 aufzuteilen. Die Sterbewahrscheinlichkeiten der Jahre 1998/2000 werden zuerst schrittweise auf allen Altersstufen um einen bestimmten Prozentsatz gesenkt, und zwar um 10 %, 20 %, usw. bis hin zu 90 %, 95 % und 99 %. Folglich verlaufen alle hier modellierten Sterbetafeln entsprechend des jeweiligen

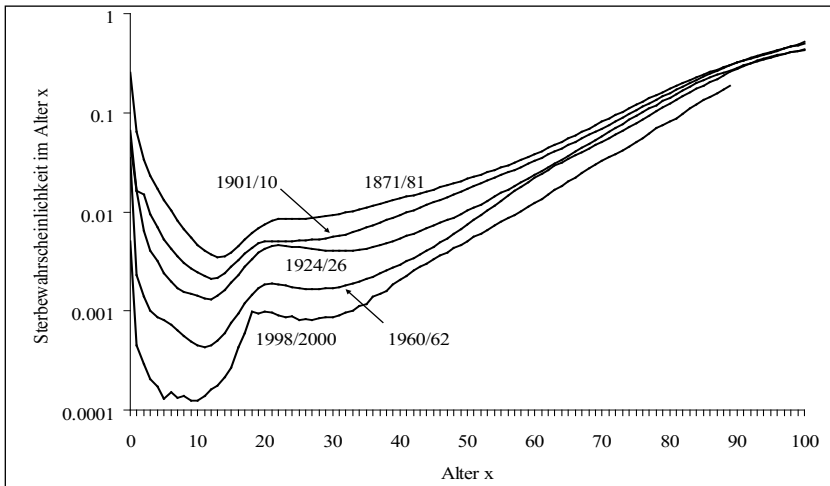


Abb. 2 Sterbewahrscheinlichkeiten verschiedener Sterbetafeln für die Männer des Deutschen Reichs bzw. der Bundesrepublik Deutschland, logarithmische Skalierung

Quelle: Sterbetafeln des Kaiserliches Statistischen Reichsamts und des Statistischen Bundesamts

Ausmaßes der Sterblichkeitsreduktion günstiger als die abgekürzte deutsche Sterbetafel 1998/2000 und enden in einer höheren Anzahl überlebender Personen der jeweiligen Sterbetafelbevölkerung. Da die abgekürzte deutsche Sterbetafel 1998/2000 im Alter 90 endet, können die aus den modellierten Sterbewahrscheinlichkeiten abgeleiteten Sterbetafeln mit der jeweiligen Mortalitätsreduktion auch nur bis zu diesem Alter konstruiert werden. Unter Nutzung dieser Werte für die Altersstufen 75, 80 und 85 werden die modellierten Sterbetafeln schließlich mit Hilfe der Gompertz-Funktion bis in die höchsten Altersstufen vervollständigt (zur Beschreibung dieses Verfahrens siehe Preston et al., 2001). Auf diese Weise werden jeweils vollständige Absterbeordnungen konstruiert, die letztlich die Berechnung der durchschnittlichen Lebenserwartung ermöglichen.

Eine Auswahl der so modellierten Sterbetafeln ist in Abbildung 3 für Männer und in Abbildung 4 für Frauen dargestellt. Da diese Berechnungen auf Grundlage der Sterbetafel 1998/2000 erfolgten, zeigen die neu konstruierten Sterbetafeln einen zu ihr proportionalen Verlauf. Mit einer höheren Wahrscheinlichkeit wären für die künftigen Entwicklungen jedoch noch etwas „steilere“ Sterbetafelverläufe anzunehmen, da sich der Prozess der Rektangularisierung vermutlich auch in Zukunft weiter

fortsetzen wird. Da es hier jedoch um die Frage geht, ob eine Sterbetafel mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 100 Jahren bis zum Jahr 2050 theoretisch möglich ist und nicht unbedingt darum, wie sie ganz genau aussehen würde, kann hier mit diesen vereinfachenden Berechnungen vorgegangen werden. Es muss an dieser Stelle aber betont werden, dass es sich bei diesen Absterbeordnungen nicht um die prognostizierte Entwicklung der Überlebensbedingungen der deutschen Bevölkerung handelt, sondern um reine Modellrechnungen, die das Ziel verfolgen, eine Sterbetafel mit einer resultierenden durchschnittlichen Lebenserwartung bei Geburt von 100 Jahren zu konstruieren.

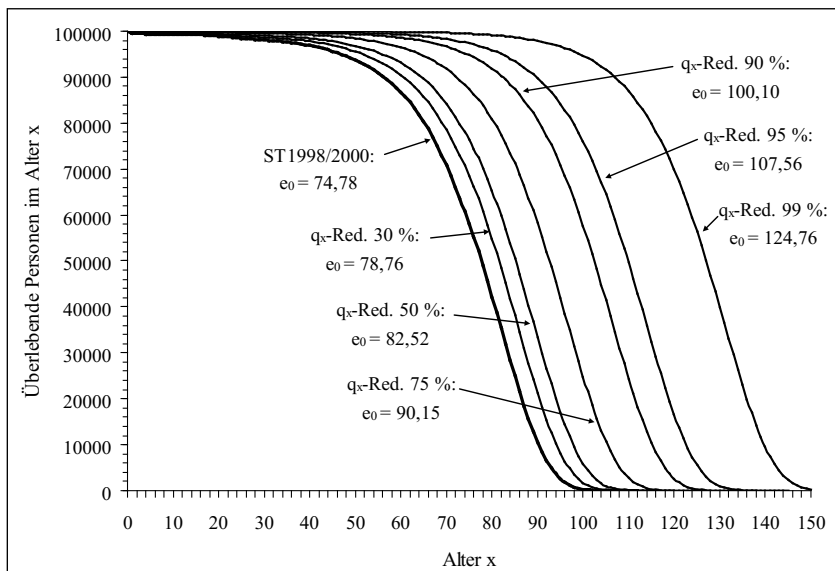


Abb. 3 Simulierte Sterbetafelverläufe für hypothetische Szenarien der Sterblichkeitsreduktion mit resultierender durchschnittlicher Lebenserwartung bei Geburt e_0 auf Grundlage der abgekürzten deutschen Sterbetafel 1998/2000 für Männer

Quelle: Eigene Berechnungen

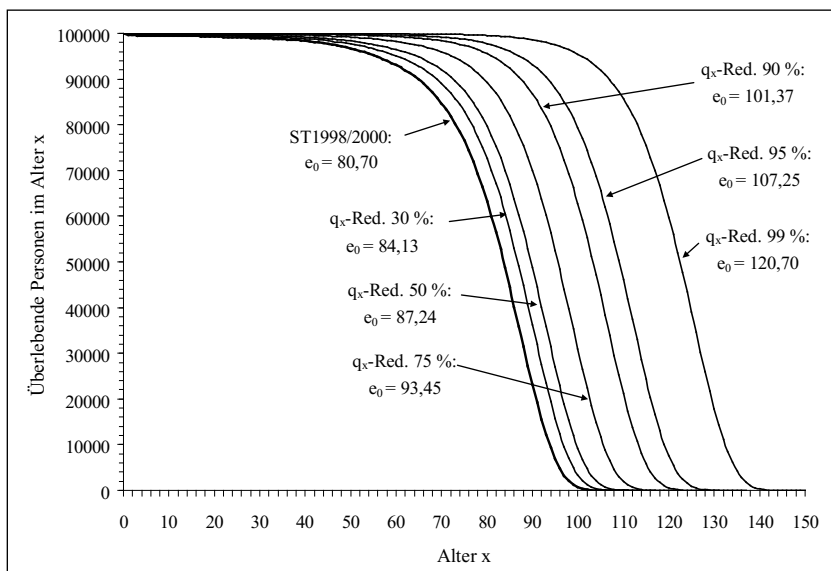


Abb. 4 Simulierte Sterbetafelverläufe für hypothetische Szenarien der Sterblichkeitsreduktion mit resultierender durchschnittlicher Lebenserwartung bei Geburt e_0 auf Grundlage der abgekürzten deutschen Sterbetafel 1998/2000 für Frauen

Quelle: Eigene Berechnungen

In den Abbildungen 3 und 4 sind neben den konstruierten Sterbetafelverläufen auch die jeweils resultierenden Werte für die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt e_0 mit angegeben. Dabei zeigt sich bei den Männern (Abb. 3), dass eine Reduktion der Sterbewahrscheinlichkeiten der abgekürzten deutschen Sterbetafel 1998/2000 um 30 % lediglich zu einer Erhöhung der Lebenserwartung um etwa vier Jahre auf einen Wert von 78,76 führt und eine Reduktion aller Sterbewahrscheinlichkeiten um die Hälfte zu einer Lebenserwartung von 82,52 Jahren – also in etwa dem heutigen Niveau für die Frauen der deutschen Wohnbevölkerung. Erst bei einer Reduktion aller Sterbewahrscheinlichkeiten der Jahre 1998/2000 um 90 % erreicht die durchschnittliche Lebenserwartung den angepeilten Wert von 100 Jahren. Aus Abbildung 4 geht hervor, dass für die Frauen prinzipiell die gleichen Voraussetzungen gelten. Auch hier müssen die Sterbewahrscheinlichkeiten der Sterbetafel 1998/2000 um etwa 90 % reduziert werden, um zu einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 100 Jahren zu führen. Darüber hinaus ist in den Abbildungen 3 und 4 deutlich

zu erkennen, dass für eine durchschnittliche Lebenserwartung von 100 Jahren jedoch nicht nur eine extreme Reduktion der gegenwärtigen Sterbewahrscheinlichkeiten erforderlich ist, sondern auch eine deutliche Verschiebung der höchsten Sterbealter über das Alter von 100 Jahren hinaus. Den Tabellen 1 und 2 ist zu entnehmen, dass nach der Sterbetafel mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 100 Jahren (Reduktion der Sterbewahrscheinlichkeiten der Sterbetafel 1998/2000 um 90 %) das gegenwärtig noch als außergewöhnlich hoch angesehene Alter von 100 Jahren sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen von etwa 60 % der Sterbetafelbevölkerung erreicht werden. Nach der aktuellen Sterbetafel 2010/2012 ist das entsprechende Alter, das von diesem Anteil der Sterbetafelbevölkerung erreicht wird, 78 Jahre bei den Männern und 83 Jahre bei den Frauen.

Tab. 1 Verschiedene aus der abgekürzten deutschen Sterbetafel 1998/2000 sowie einigen simulierten Sterbetafeln mit unterschiedlicher Sterblichkeitsreduktion abgeleitete Parameter (Männer)

	Reduktion der altersspezifischen Sterblichkeit um				
	ST 98/00	30 %	50 %	75 %	90 %
Lebenserwartung bei Geburt	74,78	78,76	82,52	90,15	100,10
Restlebenserwartung e_{65}	15,56	18,28	21,09	27,31	36,17
Restlebenserwartung e_{90}	3,95	4,57	5,88	9,32	15,33
Restlebenserwartung e_{100}	–	2,15	2,88	5,00	9,25
% Überlebende im Alter 65	80,37	85,37	89,67	94,70	97,85
% Überlebende im Alter 90	10,45	21,22	33,40	58,17	80,63
% Überlebende im Alter 100	–	1,74	5,81	24,82	57,66
% gelebte Jahre ab Alter 65	16,67	19,93	22,92	28,68	35,35
% gelebte Jahre ab Alter 90	0,55	1,23	2,38	6,01	12,35
% gelebte Jahre ab Alter 100	–	<0,01	0,20	1,38	5,33

Quelle: Eigene Berechnungen

Tab. 2 Verschiedene aus der abgekürzten deutschen Sterbetafel 1998/2000 sowie einigen simulierten Sterbetafeln mit unterschiedlicher Sterblichkeitsreduktion abgeleitete Parameter (Frauen)

	ST 98/00	Reduktion der altersspezifischen Sterblichkeit um			
		30 %	50 %	75 %	90 %
Lebenserwartung bei Geburt	80,70	84,13	87,24	93,45	101,37
Restlebenserwartung e_{65}	19,25	21,74	24,25	29,60	36,91
Restlebenserwartung e_{90}	4,13	5,34	6,66	9,96	15,36
Restlebenserwartung e_{100}	–	1,97	2,61	4,43	7,99
% Überlebende im Alter 65	89,87	92,80	94,80	97,37	98,94
% Überlebende im Alter 90	23,14	36,30	48,75	70,04	86,79
% Überlebende im Alter 100	–	3,37	9,17	30,88	62,78
% gelebte Jahre ab Alter 65	21,29	23,98	26,35	30,84	36,03
% gelebte Jahre ab Alter 90	1,18	2,12	3,45	7,00	12,50
% gelebte Jahre ab Alter 100	–	0,08	0,27	1,46	4,95

Quelle: Eigene Berechnungen

In den Tabellen 1 und 2 sind noch weitere aus diesen Absterbeordnungen abgeleitete Charakteristika der Sterbetafelbevölkerungen zu finden, die die politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen dieser hypothetischen Entwicklungen besser einschätzen lassen. Daraus ergibt sich, dass bei einer Reduktion der Sterbewahrscheinlichkeiten der Jahre 1998/2000 um 90 % knapp 98 % der Männer und 99 % der Frauen das Alter 65 erreichen. Im Jahr 1913, als mit dem Versicherungsgesetz für Angestellte ein Renteneintrittsalter von 65 Jahren festgelegt wurde, betrug dieser Anteil nach der damaligen Sterbetafel 1901/10 noch 36 % bei den Männern und 44 % bei den Frauen. Im Übrigen wurde das Renteneintrittsalter mit der Schaffung der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland im Jahr 1889 zuerst sogar auf das 70. Lebensjahr festgesetzt. Nach der Sterbetafel 1881/90 für das Deutsche Reich erreichten dieses Alter damals nur 20 % der Männer und 25 % der Frauen.

Zur Einordnung der Bedeutung dieser Werte für Renten-, Krankenversicherung und ähnlichem ist jedoch aussagekräftiger, wie viel Prozent der insgesamt von den modellierten Sterbetafelbevölkerungen während ihrer gesamten Lebenszeit gelebten Jahre ab dieser Altersstufe noch gelebt werden. Bei den Männern wären das ab Alter 65 noch 35,35 % der gesamten Lebenszeit, 12,35 % ab Alter 90 und 5,33 % ab Alter 100 (Tab. 1). Für die Frauen ergeben sich mit 36,03 %, 12,50 % bzw. 4,95 % sehr ähnliche Werte (Tab. 2). Aus diesen Zahlen lässt sich ableiten, dass derartige Überlebensverhältnisse noch wesentlich größere Veränderungen in der

Altersstruktur der deutschen Wohnbevölkerung hervorrufen würden, als sie sich schon in den gegenwärtigen Prognosen der zukünftigen demografischen Entwicklung darstellen, die einen deutlich geringeren Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung ansetzen und in der Regel davon ausgehen, dass es eine natürliche Grenze der menschlichen Lebenserwartung gibt. Im folgenden Abschnitt dieses Beitrags soll abschließend der wesentlichen Frage nachgegangen werden, ob eine Entwicklung zu derartigen Mortalitätsbedingungen in den nächsten 50 Jahren unter Berücksichtigung der Veränderungen in den letzten 50 Jahren überhaupt realistisch sein könnte.

3 Hypothetische Entwicklung zu einer Lebenserwartung von 100 Jahren im Jahr 2050

Im vorausgegangenen Abschnitt wurde dargestellt, wie eine Sterbetafel mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 100 Jahren theoretisch aussehen könnte. Selbstverständlich wäre aber auch eine etwas andere Form der Absterbeordnung mit einer Lebenserwartung von 100 Jahren denkbar. Betrachtet man sich die in Abbildung 1 dargestellte Entwicklung der Sterblichkeit, dann erschiene eine mehr rektangularisierte (rechteckige) Struktur der Sterbetafel eher wahrscheinlich, sollte eine durchschnittliche Lebenserwartung von 100 Jahren erreicht werden. Im Vergleich zu den Sterbetafeln des 19. und 20. Jahrhunderts wirkt eine Sterbetafel wie die hier modellierte tatsächlich auf den ersten Blick unrealistisch (siehe Abb. 5). Der Verlauf der modellierten Sterbetafel mit einer Lebenserwartung von 100 Jahren unterscheidet sich in seiner Struktur doch deutlich von den dargestellten historischen Sterbetafeln.

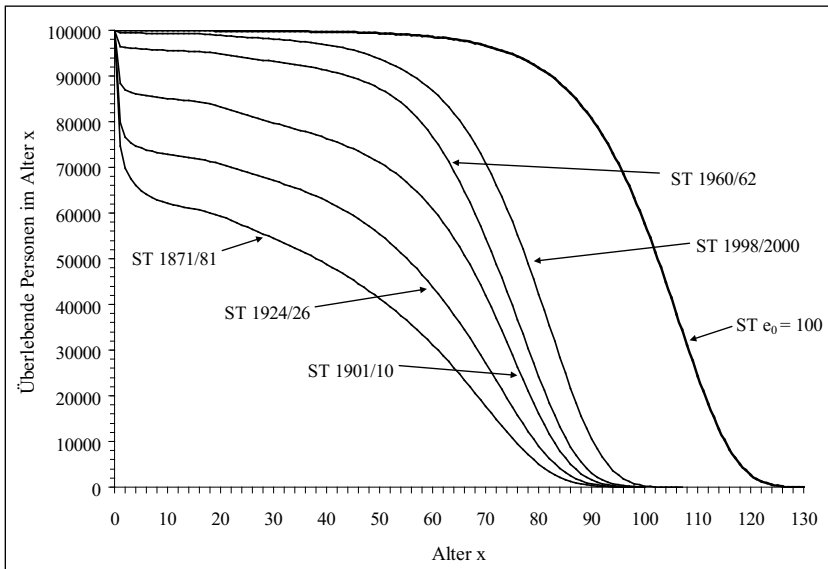


Abb. 5 Simulierte Sterbetafel mit durchschnittlicher Lebenserwartung bei Geburt e_0 von 100 Jahren im Vergleich zu verschiedenen historischen Sterbetafeln für die deutsche Bevölkerung (Männer)

Quelle: Sterbetafeln des Kaiserliches Statistisches Reichsamts und des Statistischen Bundesamts sowie eigene Berechnungen

Bei Betrachtung der theoretisch hierfür nötigen Entwicklung der altersspezifischen Sterblichkeit ergibt sich allerdings ein anderes Bild. In den Abbildungen 6 und 7 ist die tatsächliche Entwicklung der Sterbewahrscheinlichkeiten für verschiedene Einzelaltersstufen von 1950 bis 2000 in relativer Darstellungsweise graphisch veranschaulicht. Dabei sind die Werte für die einzelnen Kalenderjahre jeweils auf den Wert des Jahres 1950 bezogen, so dass die beiden Abbildungen die relativen Veränderungen der Sterbewahrscheinlichkeiten von ihrem Ausgangswert des Jahres 1950 wiedergeben (für eine detaillierte Darstellung der Mortalitätsentwicklung in Deutschland seit 1950 siehe Luy, 2004). Die entsprechenden Werte für die modellierte Sterbetafel mit einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 100 Jahren, also die um 90 % reduzierten Sterbewahrscheinlichkeiten der Jahre 1998/2000, sind in diesen Abbildungen im Jahr 2050 eingetragen, für das Oeppen und Vaupel (2002) eine derartig hohe Lebenserwartung für möglich halten. Um eine Entwicklung zu diesen Werten zu skizzieren, wurden in den Abbildungen 6 und 7 die tatsächlichen

Werte für das Jahr 2000 und die entsprechenden hypothetischen Werte für das Jahr 2050 linear verbunden (gestrichelt dargestellt).

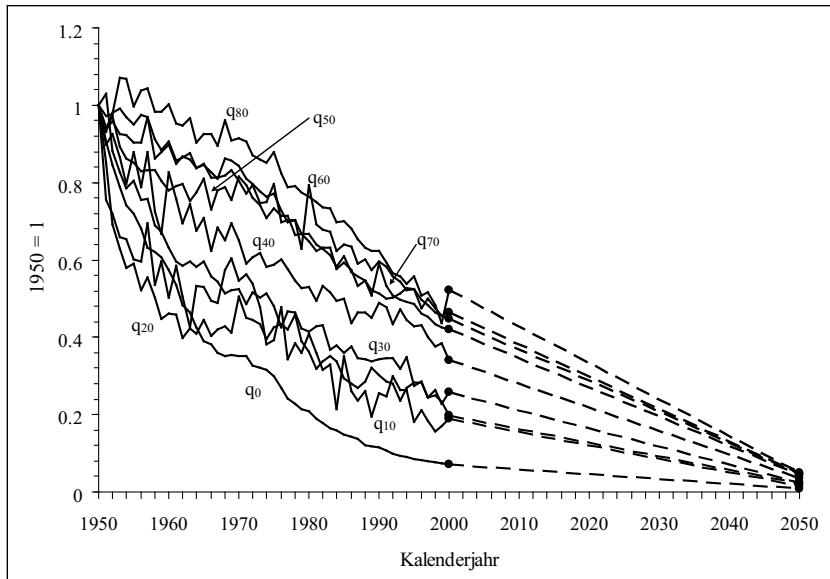


Abb. 6 Tatsächliche relative Entwicklung der Sterbewahrscheinlichkeiten von Frauen der deutschen Wohnbevölkerung für ausgewählte Altersstufen von 1950 bis 2000 sowie die hypothetischen Werte für die konstruierte Sterbetafel mit $e_0 = 100$ im Jahr 2050

Quelle: Eigene Berechnungen

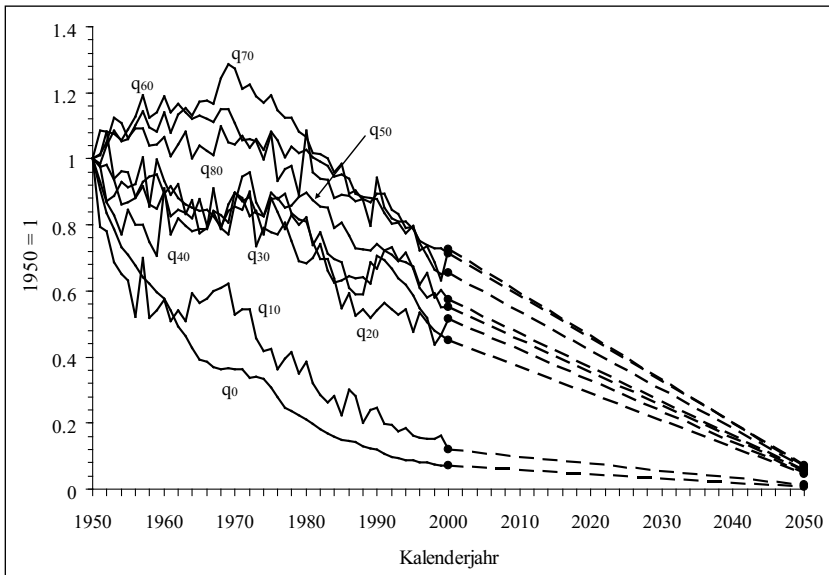


Abb. 7 Tatsächliche relative Entwicklung der Sterbewahrscheinlichkeiten von Männern der deutschen Wohnbevölkerung für ausgewählte Altersstufen von 1950 bis 2000 sowie die hypothetischen Werte für die konstruierte Sterbetafel mit $e_0 = 100$ im Jahr 2050

Quelle: Eigene Berechnungen

Betrachtet man das resultierende Bild, so lässt sich konstatieren, dass eine Entwicklung zu den modellierten Sterbewahrscheinlichkeiten, die zu einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 100 Jahren führen würden, vor dem Hintergrund der bekannten Reduktion der altersspezifischen Sterblichkeit zwischen 1950 und 2000 nicht völlig ausgeschlossen scheint. Für kein einziges Alter ergibt sich in dieser vereinfachenden Darstellung ein Bruch im beobachteten Trend, so dass die Entwicklung der Mortalitätsverhältnisse der 50 Jahre von 1950 bis 2000, wenn sie sich in etwa gleichermaßen fortsetzen würde, in der Tat zu einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 100 Jahren bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts führen könnte. Diese Schlussfolgerung wird sogar noch mehr durch das Argument verstärkt, dass für die Zukunft eigentlich mit einer noch mehr rektangularisierten Sterbetafel zu rechnen sein sollte als mit der hier modellierten Sterbetafel. Folglich müssten wohl gar nicht alle Sterbewahrscheinlichkeiten um 90 % reduziert werden, um zu einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 100 Jahren zu gelangen.

4 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

In einem vor knapp 15 Jahren publizierten Aufsatz stellten Oeppen und Vaupel (2002) auf Basis der beobachteten Trends in der Lebenserwartung der letzten rund 150 Jahre die Hypothese auf, dass in der Zukunft ein weiterer linearer Anstieg dieses demografischen Mortalitätsmaßes möglich sein könnte. Dies würde bedeuten, dass etwa in der Mitte des 21. Jahrhunderts die durchschnittliche Lebenserwartung die Marke von 100 Jahren überschreiten und somit alle bislang prognostizierten Entwicklungen übertreffen würde. In diesem Beitrag wurde auf relativ einfache Weise untersucht, welche Veränderungen der gegenwärtigen altersspezifischen Sterblichkeitsbedingungen erforderlich wären, um in einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 100 Jahren zu resultieren und ob eine Entwicklung zu derartigen Gegebenheiten in den nächsten 50 Jahren aus Sicht der vergangenen Trends möglich erscheinen könnte. Dabei zeigte sich, dass die Hypothese von Oeppen und Vaupel tatsächlich nicht ohne weiteres verworfen werden kann. Inwieweit dies nun aus der Sicht gegenwärtiger medizinischer oder biologischer Forschung realistisch sein mag, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Man sollte bei derartigen Überlegungen jedoch immer berücksichtigen, dass auch die gegenwärtige Höhe der durchschnittlichen Lebenserwartung noch vor nicht allzu langer Zeit als unerreichbar angesehen wurde. Im Prinzip wurde schon immer davon ausgegangen, dass es kaum biologisches Potenzial für eine weitere wesentliche Erhöhung der Lebenserwartung geben kann, wie von Oeppen und Vaupel (2002) aufgezeigt wurde. Das Argument, dass eine durchschnittliche Lebenserwartung von 100 Jahren im 21. Jahrhundert allein wegen unrealistischer Trends der Sterbewahrscheinlichkeiten auszuschließen ist, kann mit den hier vorgestellten Modellrechnungen jedenfalls nicht unterstützt werden. Bei Betrachtung der tatsächlichen Sterblichkeitsreduktionen der Jahre 1950-2000 erscheint die von Oeppen und Vaupel beschriebene Entwicklung zumindest theoretisch möglich zu sein, so dass man diese Perspektive der zukünftigen Lebenserwartung bei entsprechenden Bevölkerungsprognosen mit dem Ziel, die zukünftigen demografischen Veränderungen abzuschätzen, durchaus mit berücksichtigen sollte.

Literatur

- Caselli, G., S. Drefahl, C. Wegner-Siegmundt, M. Luy. 2014. Future mortality in low mortality countries. In: *World Population and Human Capital in the Twenty-First Century*, hrsg. W. Lutz, W. P. Butz, 226-272. Oxford: University Press.
- Casper, J. L. 1835. *Die wahrscheinliche Lebensdauer des Menschen in den verschiedenen bürgerlichen und geselligen Verhältnissen, nach ihren Bedingungen und Hemmnissen untersucht*. Berlin: Dümmler.
- Gompertz, B. 1825. On the Nature of the Function Expressive of the Law of Human Mortality, and on a New Mode of Determining the Value of Life Contingencies. *Philosophical Transactions of the Royal Society of London* (1776-1886) 115: 513-583.
- Korschelt, E. 1924. *Lebensdauer, Altern und Tod*. 3. Aufl. Jena: S. Fischer.
- Lindheim, A. von (1909). *Saluti senectutis. Die Bedeutung der menschlichen Lebensdauer im modernen Staate*. Leipzig, Wien: Franz Deuticke.
- Luy, M. 2004. Verschiedene Aspekte der Sterblichkeitsentwicklung in Deutschland von 1950 bis 2000. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 29 (1): 3-62.
- Moser, L. 1839. *Die Gesetze der Lebensdauer*. Berlin: Veit.
- Oeppen, J., J. W. Vaupel. 2002. Broken limits to life expectancy. *Science* 296 (5570): 1029-1031.
- Perls, T. T., R. Levenson, M. Regan, A. Puca. 2002. What does it take to live to 100? *Mechanisms of Ageing and Development* 123: 231-242.
- Preston, S. H., P. Heuveline, M. Guillot. 2001. *Demography. Measuring and Modeling Population Processes*. Oxford: Blackwell.
- Robine, J. M., J. W. Vaupel. 2001. Supercentenarians: slower ageing individuals or senile elderly? *Experimental Gerontology* 36 (4-6): 915-930.
- Statistisches Bundesamt. 2015a. *Allgemeine Sterbetafel 2010/12. Methodische Erläuterungen und Ergebnisse*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt. 2015b. *Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Vaupel, J. W. 2001. Demographic insights into longevity. *Population* 13 (1): 245-260.
- Wagner-Jauregg, J. 1941. *Über die menschliche Lebensdauer. Eine populärwissenschaftliche Darstellung*. Innsbruck: Deutscher Alpenverlag.
- Westergaard, H. 1882. *Die Lehre von der Mortalität und Morbilität. Anthropologisch-statistische Untersuchungen*. Jena: Gustav Fischer.
- Wilmoth, J. R. 2000. Demography of longevity: past, present, and future trends. *Experimental Gerontology* 35 (2000): 1111-1129.

Lebensverlängerung und die Folgen für den Pflegebedarf bezogen auf das Lebensalter über 60

Rembrandt D. Scholz

Zusammenfassung

Die Aufteilung der Lebenserwartung in Jahre außerhalb von Pflege und in die Pflegedauer bedeutet für den Altersbereich über 60 Jahre in Deutschland im Jahr 2013 eine durchschnittliche Pflegedauer von 3,5 Jahren bei Frauen und 2,1 bei Männern. Die dazugehörige Zeitspanne von Lebenszeit ohne Pflege (Long-Term Care-Free Life-Expectancy (LTCF) beträgt bei Frauen 25,0 und bei Männern 21,4 Jahre. Die Zunahme der Lebenserwartung der letzten Jahrzehnte resultiert vor allem aus der pflegefreien Zeit. Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden fast alle Personen, welche ein sehr hohes Alter erreichen, auch pflegebedürftig. Die persönlichen Erfahrungen verbunden mit hohem Alter sind oft nur über das Erleben der eigenen Großeltern gegeben. Dieses Bild von Alter ist unvollständig, weil das eigene erreichbare Alter zwei Generationen später etwa 15 Jahre höher sein wird. Pflege wird in Zukunft öfter auftreten und mehr Personen der Bevölkerung betreffen, weil viele Personen ein höheres Alter erreichen.

Schlüsselwörter

Lebensverlängerung, Sterbetafel, Lebenserwartung, gesunde Lebensdauer, Pflegestatistik, Pflegedauer, Gesundheitsberichterstattung

1 Einführung

Die transformative Macht der Demografie kommt immer dann zum Tragen, wenn sie Phänomene zu Ursachen von gesellschaftlicher Entwicklung erklären kann. Ein eigenes Konzept hat die Disziplin Demografie mit der Differenzierung der Zeit-Dimensionen in kalendarische Zeit, individuelle Zeit (Alter) und die Mischung von beiden Zeitdimensionen. Mit der Zeitebene der Generation werden Zusammenhänge deutlich und transparent, welche in anderen Disziplinen eine geringere Bedeutung haben. Oft handelt es sich um die Extrapolation eines Phänomens aus der Vergangenheit in die Gegenwart (z. B. Zeitreihen der Vitalstatistik), oder um die Einordnung eines Phänomens in den Lebenslauf (z. B. Heiratstafel) oder um die Bewertung einer Bewegungsgröße zu einem Zeitpunkt. Die Relativierung von Bewegungsgrößen der Bevölkerung auf standardisierte „fiktive“ Verhältnisse (z. B. Sterbetafelmodell und Lebenserwartung) sind dabei nur Beispiele. Mit der Dimension Zeit geht es auch um Schlussfolgerungen für die Zukunft, z. B. Bevölkerungsprognosen unter bestimmten Annahmen. Demografen haben spezifische Modelle für den Umgang der drei Zeitdimensionen entwickelt. Dabei geht es oft darum, die unterschiedlichen Zeitebenen zu untersuchen: Gibt es unterschiedliche Entwicklungen in der individuellen bzw. der kalendarischen Zeit? Die Bewertungskonzepte unterscheiden sich in der Richtung der Dimension Zeit: Querschnitt-, Längsschnitt- und Kohortenschnitt. Aus der Beobachtung der altersspezifischen Strukturen und der systematischen Entwicklung werden Schlussfolgerungen gezogen. Schlussfolgerungen in Bezug auf Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit lassen sich damit direkt mit den Methoden und Werkzeugen der Demografie aus empirischen Daten ableiten. Die Modellierungen basieren auf Quantifizierungen von gesellschaftlichen Phänomenen und haben einen objektiven und reproduzierbaren Charakter, welcher auch für eine nachhaltige Politik relevant ist.

2 Lebensverlängerungsprozess

Die stetige Zunahme der Lebenserwartung hat ein breites Ursachegefüge. Durch die Lebensverlängerung können mehr Personen ein höheres Alter erreichen und auch die Wege, dieses höhere Alter zu erreichen, sind unterschiedlich (Scholz 2013). Die Untersuchung zur Sterblichkeitsentwicklung führt schnell zu Fragestellungen, welche die stetige Zunahme der Lebenserwartung durch weitere Merkmale qualitativ und quantitativ untersetzen. Um die Wirkmechanismen der Lebensverlängerung zu

verstehen und zu beeinflussen ist es notwendig, die dazugehörigen Einflussgrößen gemeinsam in einem Prozess der Lebensverlängerung darzustellen.

Ein Konzept, welches direkt auf die Strukturierung der Lebenszeit abzielt, basiert auf der Überlegung, dass jede Person an einer Krankheit versterben muss und dass der zeitlich vorangegangene Prozess der Einschränkungen durch Krankheit in die Betrachtung einbezogen wird. Die Gesamtlebenszeit kann in Zeiten unterteilt werden, die Zeit des Zustandes Gesundheit und die Zeit des Zustandes gesundheitlicher Einschränkung. Bei stetig zunehmendem Alter ist davon auszugehen, dass die chronisch-degenerativen Krankheiten, welche mit gesundheitlichen Einschränkungen verbunden sind, zunehmen. Durch günstige soziale Bedingungen können Auswirkungen von Krankheit kompensiert und aufgehalten werden. Der medizinische Fortschritt wie verbesserte Prävention, verbesserte Diagnostik, verbesserte kurative medizinische Betreuung und bessere Hilfsmittel kann die Lebenszeit ohne Einschränkung verlängern. Die individuelle Wahrnehmung und Bewertung des eigenen Gesundheitszustandes ist ebenfalls der Veränderung von individueller und altersabhängiger Bewertung unterworfen. Es gibt Einschränkungen, die vollständig kompensiert werden können, bei denen die Beeinträchtigungen durch die Krankheit nicht als Einschränkung wahrgenommen werden. Die gute Zugänglichkeit und die Verfügbarkeit der medizinischen Betreuung und das hohe erreichte Niveau der sozialen Bedingungen und Notfallversorgung bewirken, dass immer längere Lebenszeit ohne Einschränkungen verbracht wird. Diese Prozesse werden von den Merkmalen der sozialen Schicht und Bildung überformt und es ist umso wichtiger, den Prozess im Zusammenhang mit dem Lebensverlängerungsprozess zu beschreiben (Scholz 2016).

3 Zielstellung

Es wird im Folgenden das Ziel verfolgt, die gesetzliche Pflegestatistik in Deutschland zur Ableitung eines Parameters zu benutzen, um die Lebensverlängerung mit der Pflegezeit zu untersetzen. Da es im gesamten Lebensverlauf die Möglichkeit gibt, dass Krankheiten oder Unfälle auftreten und anschließend die Person auch lang anhaltende Pflege benötigt, muss eine Abgrenzung zur Pflege im Alter gefunden werden, damit sich der Parameter auch auf „Pflege im Alter“ bezieht. Die Beschränkung auf das Alter über 60 Jahre korrespondiert mit der Größe der Wahrscheinlichkeit für das Auftreten von Pflege. Bis zum Alter 60 liegen die Bestandsraten von pflegebedürftigen Personen im Verhältnis zu allen Personen unter 1 %. Ab dem Alter 60 steigt der Anteil mit dem Alter exponentiell an und erreicht im höchsten Alter

Werte von über 80 % (Abb.1). Wird das Alter 60 und älter gewählt, bedeutet es für die Verhältnisse in Deutschland nach der amtlichen Sterbetafel des Statistischen Bundesamtes 2012/14, dass etwa 10 % der Männer und 6 % der Frauen bereits vorher verstorben sind (Statistisches Bundesamt 2016). Die Anteile der Überlebenden bis zum Alter 60 haben sich systematisch durch Reduktion von Sterblichkeit im jüngeren Alter vergrößert in einem stetigen und anhaltenden Prozess des Verschiebens von Sterben in ein immer höheres Alter.

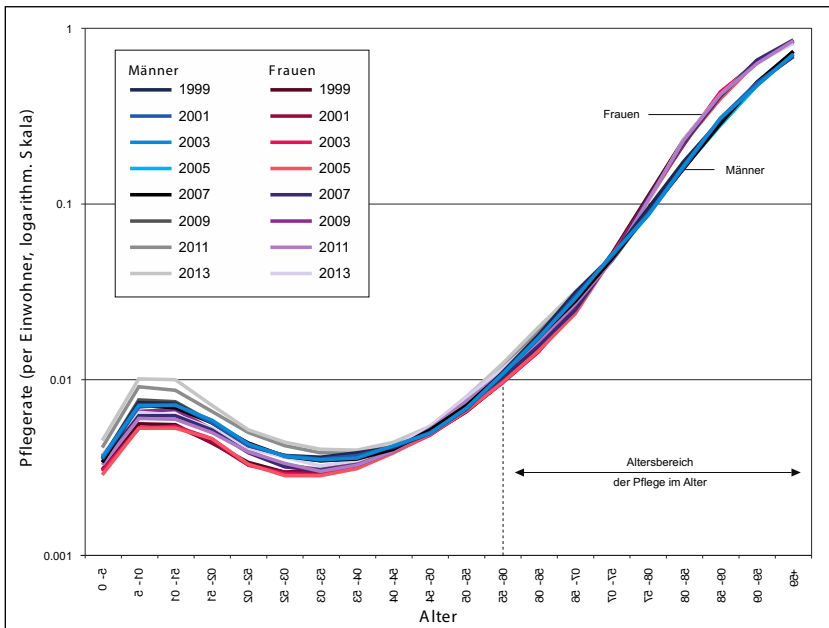


Abb. 1 Pflegerate nach Alter und Geschlecht (Pflegefälle je Personen insgesamt), Deutschland, 1999 – 2013

Quelle: Eigene Berechnung nach Pflegestatistik des Statistischen Bundesamtes und HMD; Rembrandt D. Scholz, MPIDE, Rostock

Untersucht wird die Pflegedauer und der Pflegebestand in der Bevölkerung, bezogen auf die Lebenserwartung der Sterbetafel. Ein Kennziffern-System, welches auf der Sterbetafel basiert, hat den Vorteil, dass es nicht von der realen Altersstruktur der Bevölkerung beeinflusst wird und den bestimmenden Lebensverlängerungsprozess

mit der Erhöhung der Lebenserwartung mit einschließt. Eine ungleichmäßige Besetzung der Altersgruppen der realen Bevölkerung ist mit einfachen Mittelwerten schwer beurteilbar, da die Mittelwerte von der Besetzung der Geburtsjahrgänge und deren Komposition durch epochale Einflüsse, von der Geburtenentwicklung und der Entwicklung von Migration und Mortalität in der Vergangenheit abhängig sind.

4 Pflegestatistik in Deutschland

Der Vorteil der Nutzung der Pflegestatistik liegt an dem objektiven Charakter der Feststellung des Anspruches von Leistungen der Pflegeversicherung. Durch die Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) wird ein hoher Standard von Vergleichbarkeit im Leistungsanspruch von Pflege realisiert. Da in Deutschland die Pflegeversicherung eine Pflichtversicherung ist, haben alle Personen der Bevölkerung auch den Rechtsanspruch auf Pflegeleistungen. Die Kosten für die Pflege sind so hoch, das fast alle Personen den Anspruch auch einlösen müssen, wenn er nötig wird. Unabhängig vom Pflegerisiko nach Alter und Geschlecht und der Einzahlung in die Versicherung werden notwendige Pflegeleistungen mit der Selbstbeteiligung übernommen. Sehr vielen Versicherten ist allerdings nicht bewusst, dass die Pflegeversicherung eine Teilkaskoversicherung ist, welche nur einen Teil der Pflegekosten übernimmt. Der andere Teil muss von dem Versicherten selbst übernommen werden.

Mit der Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung 1996 in Deutschland wurde auch die Einführung einer Pflegestatistik beschlossen. In einer Totalerhebung wird der Bestand an Personen erhoben, die Leistungen von der Pflegeversicherung erhalten; Stichtag ist der 15.12.1999 und dann wiederholt alle zwei Kalenderjahre, zuletzt 2015. Durchgeführt wird die Erhebung bei den Krankenkassen und den Pflegedienstleistern aller ambulanten und stationären Einrichtungen in Deutschland von dem Statistischen Bundesamt. Der Sachverhalt der Pflegebedürftigkeit wird durch ein objektives Verfahren festgestellt, der einem festen gesetzlichen Rahmen unterliegt. Die Qualität der Statistik ist als hoch einzuschätzen. Die aktuellsten veröffentlichten Daten beziehen sich auf das Jahr 2013.

Die Statistik als Totalerhebung erlaubt über den Stichtagsbestand die Inanspruchnahme von Pflege in der Bevölkerung zu schätzen. Die Pflegeparameter Bestand und Dauer werden mit der Sullivan-Methode berechnet. Es gibt die Möglichkeit, die Art der Pflegeleistung (ambulant oder stationär oder Geldleistung) und den Schweregrad der Pflege (Pflegestufen) zu ermitteln. In dem vorliegenden Beitrag wird nur nach dem Merkmal „Pflegeleistungen in Anspruch genommen“ unterschieden.

5 Material und Methoden

Ein allgemeiner Überblick über die methodische Umsetzung der Gesunden Lebenserwartung (Healthy Life Expectancy (HLE)) ist bei Robine et al. 1999 und Siegel 2012 zu finden und geht auf Sullivan 1971 zurück. Analog zu dem Konzept HLE wurden weitere Parameter entwickelt, welche in einer Übersicht in der Tabelle 1 zusammengestellt sind. Eine Zusammenstellungen der Ergebnisse zur Pflege in Deutschland finden sich bei z. B. bei Unger 2015 und Rothgang et al. 2009.

Tab. 1 Maße zur Aufteilung der Lebenserwartung nach Gesundheitsindikatoren, welche auf die Sterbetafel bezogen sind (Auswahl aus verschiedenen Publikationen)

Parameter	Beschreibung	Autor
Disability-Free Life Expectancy (DFLE)	Arten von Einschränkung, z. B. Hören, Sprechen, Sehen, mentale, physische oder psychische Einschränkung	<ul style="list-style-type: none"> • Sullivan 1971 • Brückner 1997 • Dinkel 1999 • Cambois et al. 2001 • Saito et al. 2003 • Saito et al. 2014
Active Life Expectancy (ALE)	Activities of Daily Living (ADL)-Einschränkungen bei täglichen Verrichtungen wie Baden, Anziehen, Toilettengang, Essen, Mobilität	<ul style="list-style-type: none"> • Katz et al. 1983 • Klein/ Unger 1999 • Unger 2006
Healthy Life Expectancy (HLE)	Subjektive Einschätzung der Gesundheit auf einer Skala von „sehr gut“ bis „sehr schlecht“	<ul style="list-style-type: none"> • Robine et al. 1991,1992 • Doblhammer/ Kytir 2001 • Gärtner/ Scholz 2005 • Unger et al. 2011 • Doblhammer/Kreft 2011 • Siegel 2012
Lebenserwartung ohne Behinderung (DFLE)	Behinderungsgrad über 50 %	<ul style="list-style-type: none"> • Gesundheitsberichterstattung Nordrhein-Westfalen 2005
pflegebedarfsfreie Lebenserwartung	Inanspruchnahme von Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung in Deutschland	<ul style="list-style-type: none"> • Bickel 2001 • Rothgang et al. 2000, 2009
pflegebedarfsfreie Lebenserwartung im Alter 60 (Long-Term Care-Free Life-Expectancy (LTCF))	Inanspruchnahme von Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung ab Alter 60 in Deutschland	<ul style="list-style-type: none"> • Scholz/ Schulz 2010 • Hoffmann/ Nachtmann 2010 • Pattloch 2014 • Unger 2016

Quelle: Eigene Darstellung

Als Datengrundlage werden die Sterbetafeln Deutschland und die Bevölkerungsbestände aus der Human Mortality Database (www.mortality.org) verwendet. Für die Berechnung der Pflegeraten wurde die Pflegestatistik nach Alter und Geschlecht ausgewertet, welche über das Forschungsdatenzentrum des Bundes und der Länder (FDZ) zugänglich ist und in einer Zusammenfassung veröffentlicht wird (Statistisches Bundesamt 2001, 2015a). Durch den Bezug der Pflegefälle auf die Bevölkerungsbestände können die Pflegeraten nach Alter und Geschlecht bestimmt werden. Die Multiplikation der Pflegeraten mit der Sterbetafelbevölkerung des entsprechenden Kalenderjahres ergibt den Bestand an Pflegefällen. Diese standardisierten Pflegefälle sind unabhängig von der Altersstruktur der Bevölkerung und ergeben sich als Teil der Sterbetafelbevölkerung. Entsprechend teilen sich die verlebten Jahre $L(x)$ der Sterbetafel in Jahre außerhalb von Pflege und innerhalb von Pflege. Die Summe ergibt die Gesamtpersonen der Tafelbevölkerung. Damit ergibt sich die Möglichkeit, die verlebten Zeiten zu berechnen. Der dazugehörige Parameter ist die Pflegedauer. Die Differenz der mittleren Bevölkerung (der Sterbetafel $L(x)$) und der mittleren Bevölkerung der Personen in Gesundheit (Long-Term Care-Free Life-Expectancy (LTCF)) ergibt den Bestand an Personen, die Pflege erhalten. Es wird dabei nur die Pflege im Alter 60 und älter berücksichtigt (vergleiche Scholz und Schulz 2010).

6 Ergebnisse

Die Berechnung der Pflegeraten nach Alter zeigt über den gesamten Zeitverlauf, in dem die Pflegestatistik in Deutschland erhoben wird, ein festes unverändertes Altersprofil (vergleiche Abb.1). Unterschiede ergeben sich nur zwischen den Pflegestufen. Während die Pflegestufen zwei und drei in ein systematisch höheres Alter verschoben werden, was als eine Verbesserung des Gesundheitszustandes in der Bevölkerung interpretiert kann, werden gleichzeitig die Bestandsraten in der Stufe eins verlängert. Die Begründung besteht darin, dass das Überleben in der niedrigsten Pflegestufe verlängert werden kann durch die Verbesserung der medizinischen Versorgung. Der Vergleich der Überlebenden aller Personen mit der Überlebenden der Personen in Gesundheit zeigt in der Differenz den Bestand an Personen in Pflege.

Der Zeitverlauf der Änderung von Überlebenskurven wird exemplarisch für Frauen zu unterschiedlichen Zeitpunkten dargestellt, 1999, 2013 und für den Geburtsjahrgang 2009 (Abb. 2). Es werden die Verschiebungen der Sterblichkeit in ein höheres Alter feststellbar, gleichzeitig erreichen auch mehr Personen das höhere Alter. Ursächlich sind die Verbesserungen die Medizin und der Abbau von sozialer

Differenzierung verantwortlich. Die systematische Änderung der mittleren Bevölkerung L_x führt zu einer systematischen Änderung der Bestände an Pflegefällen, wobei die Projektion für den Geburtsjahrgang 2009 eine Vorhersage einschließt, unter der Annahme von zukünftigen Trends der Sterblichkeit über die nächsten 90 Jahre in die Zukunft. Der Kurvenverlauf der Kohorte 2009 bezieht sich auf den Bevölkerungsbestand und die Pflegefälle welche ab dem Kalenderjahr 2070 sichtbar werden (Statistisches Bundesamt 2015b). Für das mittlere Sterbealter (Altersklasse 80-84) ist für den Zeitraum 1999-2089 zwischen 1999 bis 2013 schon über die Hälfte der Veränderungen der nächsten 80 Jahre erfolgt, das betrifft sowohl die Personenanzahl, welche dieses Alter erreichen werden, als auch die Verschiebung des mittleren Sterbealters um ca. 10 Jahre in ein noch höheres Alter (vergleiche Abb.2).

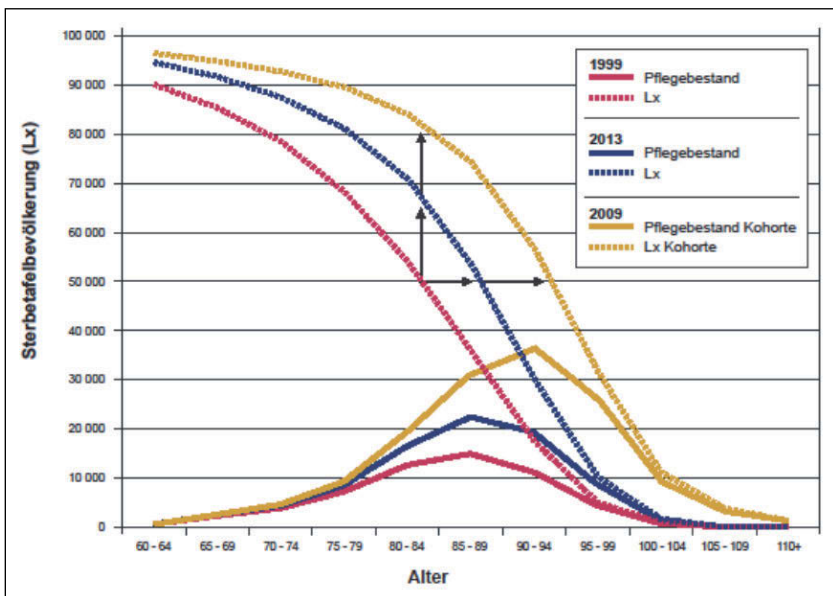


Abb. 2 Mittlere Bevölkerung der Sterbepflicht L_x und Pflegebestand, Frauen, Deutschland, Alter 60+, Kalenderjahre 1999, 2013 und Geburtsjahrgang 2009

Quelle: Eigene Berechnung nach Pflegestatistik, HMD und Generationensterbepflicht 2009 V2 mit Annahme von konstanter Pflegerate; Rembrandt D. Scholz, MPIDF, Rostock

In der Abb. 3 sind die Verhältnisse der Sterbetafel des Kalenderjahres 2013 und die Pflegestatistik für beide Geschlechter dargestellt. Die Summe der Personen: „Pflegefälle plus Personen ohne Pflege“ ergibt den Bestand an Personen in der Sterbetafel L_x , die Flächen unter den Kurvenverläufen werden mit dem Parameter Lebenserwartung und Pflegedauer im Durchschnitt beschrieben (vergleiche Abb. 3).

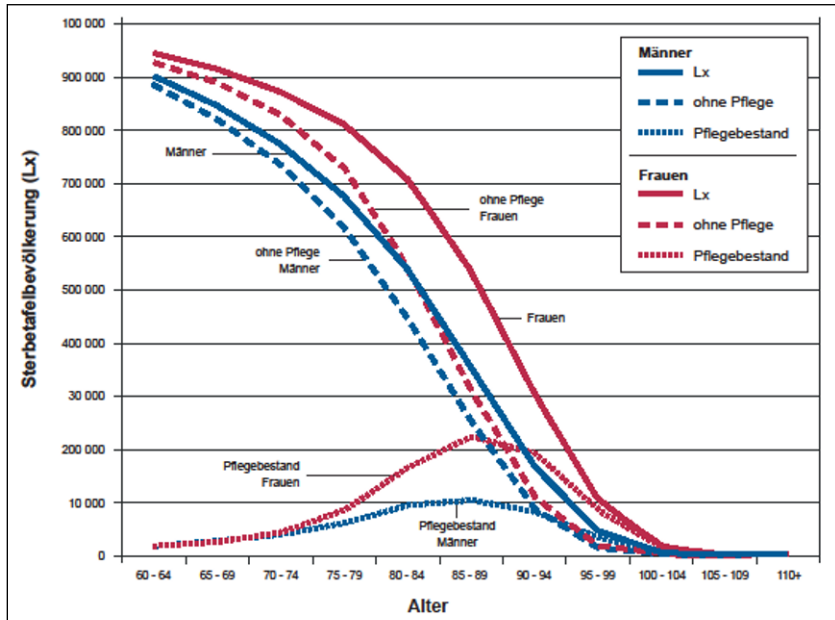


Abb. 3 Mittlere Bevölkerung der Sterbetafel $L(x)$, mittlere Bevölkerung der Personen außerhalb von Pflege und Pflegebestand nach Geschlecht im Alter 60+, 2013, Deutschland

Quelle: Eigene Berechnung nach Pflegestatistik, HMD; Rembrandt D. Scholz, MPIDF, Rostock

Die Quantifizierung dieser Flächen unter den Kurven mit Kennzahlen wird in der Tabelle 2 vorgenommen. Es ergibt sich die Aufteilung der Lebenserwartung (LE) in die pflegefreie Lebenszeit (LTCF) und die Lebenszeit in Pflege (LE - LTCF).

Tab. 2 Aufteilung der Lebenserwartung (LE) in die pflegefreie Lebenszeit (Long-Term Care-Free Life-Expectancy (LTCF)) und die Pflegedauer (LE- LTCF) im Alter 0 und 60 nach Geschlecht, Deutschland, Kalenderjahr 2013

Dauerparameter der Sterbetafel nach Alter	Lebensdauer in Jahren	
	Männer	Frauen
mittlere Lebenserwartung (LE 0)	77,99	82,86
pflegefreie Lebenszeit (LTCF 0)	75,85	79,26
mittlere Pflegedauer gesamt e0 (LE 0- LTCF 0)	2,14	3,60
fernere Lebenserwartung ab Alter 60 (LE 60)	21,38	25,03
pflegefreie Lebenszeit (LTCF)	19,43	21,56
mittlere Pflegedauer ab Alter 60 (LE 60- LTCF)	1,95	3,46

Quelle: Eigene Berechnung nach Pflegestatistik und HMD.

Es lässt sich vor allem die zunehmende Lebenserwartung erkennen, die auf der Zunahme durch Lebenszeit in und außerhalb der Pflege beruht (Scholz /Schulz 2010). Die größten Zunahmen absolut an Jahren erfolgen außerhalb der Pflege, die relative Zunahme ist bei der Pflegedauer besonders hoch. In allen drei Parametern kommt es im Zeitverlauf zu einer Reduktion der Differenz zwischen Männern und Frauen.

Betrachtet man die Pflegedauer (LE- LTCF) genauer, zeigen sich die höheren Werte bei Frauen und eine stetige Zunahme bei beiden Geschlechtern. Im Zeitraum 1999-2013 haben die Männer eine höhere Pflegedauerzunahme. Im altersspezifischen Trend zeigen sich feste altersspezifische Muster, welche wahrscheinlich mit einer unterschiedlichen Selektion von gesundheitlichen Risiken nach Alter zusammenhängen. Je höher das erreichte Alter ist, desto größer ist die Pflegedauer. Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind hauptsächlich der höheren Lebenserwartung von Frauen geschuldet. Die Berechnung der Parameter ergibt eine von der Altersstruktur der realen Bevölkerung unabhängige und bereinigte Größe, die auf die Sterbetafelbevölkerung bezogen ist.

7 Fazit

Die Aufteilung der Lebenserwartung nach den Personenjahren nach der Methode von Sullivan in Jahre außerhalb von Pflege und in Jahre in Pflege ergibt eine Schätzung des Bestandes von Personen, die gepflegt werden und eine Pflegedauer. Die Konzentration auf die Pflege im Alter 60 und älter führt zu einer spezifischen Pflegedauer im Alter und zu einer Zeitspanne Lebenszeit ohne Pflege (Long-Term

Care-Free Life-Expectancy (LTCF)). Als Gesetzmäßigkeit kann festgestellt werden: die Pflegedauer steigt im Zeitraum, die Zunahme der pflegefreien Zeit ist größer als die Zunahme der Pflegedauer, die Pflegedauer bei Frauen ist höher als bei Männern. Weiterhin zeigt die Zunahme der Pflegedauer nach Alter die gesundheitliche Selektion in der Pflege und der Sterblichkeit.

Im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung (GBE) in Deutschland sollten zusätzliche Gesundheitsindikatoren nach Alter eingeführt werden, welche auf der Pflegestatistik und der Sterbetafel basieren. Große regionale Differenzierungen der Parameter LTCF „Jahre außerhalb von Pflege“ Pflegedauer und fernere Lebenserwartung geben Hinweise auf Qualitätsunterschiede in der medizinischen Versorgung und auf Handlungsbedarf in Deutschland.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden die Personen, welche ein sehr hohes Alter erreichen, pflegebedürftig. Die persönlichen Erfahrungen verbunden mit hohem Alter sind oft nur über das Erleben der eigenen Großeltern oder eigenen Eltern gegeben. Dieses Bild kann nur sehr unvollständig sein, weil das eigene Alter im Durchschnitt um 10 bis 20 Jahre höher sein wird, als das der eigenen Vorfahren. Auch hier wird die transformative Macht der Demografie deutlich: die empirisch individuellen Vorstellungen von Alter sind nach oben zu korrigieren. Pflege wird in Zukunft öfter auftreten und mehr Personen der Bevölkerung betreffen, weil viele Personen ein höheres Alter erreichen.

Literatur

- Bickel, H. 2001. Lebenserwartung und Pflegebedürftigkeit in Deutschland. *Gesundheitswesen* 63: 9-14.
- Brückner, G. 1997. *Health expectancy in Germany: What do we learn from the reunification process?* 10th REVES Meeting of the Network on Health Expectancy. Tokyo.
- Cambois, E., J. M. Robine, M. D. Hayward. 2001. Social inequalities in disability-free life expectancy in the French male population, 1980-1991. *Demography* 38 (4): 513-524.
- Dinkel, R. 1999. Demographische Entwicklung und Gesundheitszustand. Eine empirische Kalkulation der Healthy Life Expectancy für die Bundesrepublik auf der Basis von Kohortendaten. In *Gesundheit unser höchstes Gut*, hrsg. H. Häfner, 61-84. Heidelberg: Springer VS.
- Doblhammer, G., J. Kytiř. 2001. Compression or expansion of morbidity? Trends in healthy-life expectancy in the elderly Austrian population between 1978 and 1998. *Social Science & Medicine* 52 (3): 385-391.
- Doblhammer, G., D. Kreft. 2011. Länger leben, länger leiden? Trends in der Lebenserwartung und Gesundheit. *Bundesgesundheitsblatt*. doi:10.1007/s00103-011-1315-0.

- Gärtner, K., R. D. Scholz. 2005. Lebenserwartung in Gesundheit. In *Lebensstile, Lebensphasen, Lebensqualität: Interdisziplinäre Analysen von Gesundheit und Sterblichkeit aus dem Lebenserwartungssurvey des BIB*, hrsg. K. Gärtner, E. Grünheid, M. Luy, 311-331. Wiesbaden: Springer VS.
- Hoffmann, E., J. Nachtmann. 2010. Old Age, the Need of Long-term Care and Healthy Life Expectancy. In *Ageing, Care Need and Quality of Life: The perspective of care givers and people in need of care*, hrsg. G. Doblhammer, R. D. Scholz, 163-176. Wiesbaden: Springer VS Research.
- Human Mortality Database (HMD): The Human Mortality Database. www.mortality.org. Zugegriffen: 20. April 2016
- Katz, S. et al. 1983. Active life expectancy. *The New England Journal of Medicine* 309 (20): 1218-1224.
- Klein, T., R. Unger. 1999. Aktive Lebenserwartung in der Bundesrepublik. *Gesundheitswesen* 61 (4): 168-178.
- Pattloch, D. 2014. Verweildauer in vollstationärer Dauerpflege 1999-2011: eine bevölkerungsbezogene Analyse. *Gesundheitswesen*. doi:10.1055/s-0033-1361181.
- Robine, J.-M., J. P. Michel, L. G. Branch. 1992. Measurement and utilization of healthy life expectancy: Conceptual issues. *Bulletin of The World Health Organization* 70 (6): 791-800.
- Robine, J.-M., K. Ritchie. 1991. Healthy life expectancy: evaluation of global indicator of change in population health. *British Medical Journal* 302 (6774): 457-460.
- Robine, J.-M., I. Romieu, E. Cambois. 1999. Health expectancy indicators. *Bulletin of the World Health Organization* 77 (2): 181-185.
- Rothgang, H. et al. 2000. BARMER GEK Pflegereport. St Augustin: Ansgard Verlag.
- Saito, Y., X. Qiao, S. Jitapunkul, N. D. J. Kenkyujo. 2003. *Health Expectancy in Asian Countries*. Tokyo: Nihon University, Population Research Institute.
- Saito Y., J.-M. Robine, E.M. Crimmins. 2014. The methods and material of health expectancy. *Statistical Journal of the IAOS* 30: 209-223.
- Scholz, R.D., A. Schulz. 2010. Assessing old-age long-term care using the concepts of healthy life expectancy and care duration: the new parameter "Long-Term Care-Free Life-Expectancy (LTCF)". Working Paper 2010-001. <http://www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2010-001.pdf>. Zugegriffen: 20. Juli 2015.
- Scholz, R. D. 2013. Demografischer Wandel: Sterblichkeit und Hochaltrigkeit. In *Datenreport 2013: ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*, hrsg. Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 26-33. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Scholz, R. D. 2016. Sozialstruktur und Lebenserwartung. In *Handbuch Bevölkerungssoziologie*, hrsg. Y. Niephaus, R. Sackmann, M. Kreyenfeld, 553-563. Wiesbaden: Springer VS.
- Siegel, J.S. 2012. Gauging Population Health: Measures Linking Mortality and Morbidity. In *The Demography and Epidemiology of Human Health and Aging*, hrsg. J.S. Siegel, 423-467. Wiesbaden: Springer VS.
- Statistisches Bundesamt. 2001. *Pflegestatistik 1999, Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung, Deutschlandergebnisse*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt. 2015a. *Pflegestatistik 2013, Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung, Deutschlandergebnisse*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt. 2015b. *Generationensterbetafeln für Deutschland, Modellrechnungen für die Geburtsjahrgänge 1896 – 2009, Variante 2*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

- Statistisches Bundesamt. 2016. *Sterbetafel 2012/2014, Methoden- und Ergebnisbericht zur laufenden Berechnung von Periodensterbetafeln für Deutschland und die Bundesländer*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Sullivan, D. F. 1971. A single index of mortality and morbidity. *HSMHA Health Reports* 86 (4): 347-354.
- Unger, R. 2006. Trends in active life expectancy in Germany between 1984 and 2003 – cohort analysis with different health indicators. *Journal of Public Health* 14: 155-163.
- Unger, R., R. Müller, H. Rothgang. 2011. Lebenserwartung in und ohne Pflegebedürftigkeit. Ausmaß und Entwicklungstendenzen in Deutschland. *Gesundheitswesen* 73: 292-297.
- Unger, R. 2016. Lebenserwartung in Gesundheit, In *Handbuch Bevölkerungssoziologie*, hrsg. Y. Niephaus, R. Sackmann, M. Kreyenfeld, 565-594. Wiesbaden: Springer VS.

Arbeitsmarktbezogene Ungleichheiten und subjektive Belastung beim Übergang in den Ruhestand¹

Frank Micheel

Zusammenfassung

Der Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, ob arbeitsmarktbezogene Ungleichheiten unmittelbar vor dem Ruhestand mit subjektiven Belastungen beim Ruhestandsübergang einhergehen. Datengrundlage ist die Studie „Transitions and Old Age Potential“ mit einem Sample aus ca. 1.300 Personen, die eine Altersrente/-pension aus eigener Erwerbstätigkeit erhalten und diese als Haupteinkommensquelle angeben. Die Befunde deuten darauf hin, dass ein niedriger Integrationsgrad am Arbeitsmarkt mit höheren subjektiven Belastungen beim Übergang in den Ruhestand verknüpft ist. Vor dem Hintergrund einer demografiesensiblen Politik werden eine Synchronisation von Ruhestands- und Arbeitsmarktpolitik zur Verringerung prekärer Übergänge in den Ruhestand sowie individuelle Unterstützungsleistungen für die betroffenen Personen diskutiert.

Schlüsselwörter

Übergang in den Ruhestand, subjektive Belastung, Anpassungsprozesse, Arbeitsmarktintegration, Deutschland, binär-logistische Regression

1 Der Autor dankt Andreas Mergenthaler und Evelyn Grünheid für wertvolle Anmerkungen und hilfreiche Kritik.

1 Einleitung

Der Ruhestand ist für jede erwerbstätige Person ein entscheidendes Ereignis, dass den bisherigen Lebensverlauf in erheblichem Ausmaß verändert und ihm eine neue Struktur vorgibt. Das Individuum betritt einen neuen, unbekannten Lebensabschnitt, in dem es sich auf eine Reihe von Veränderungen einstellen muss, die aber auch sein direktes soziales Umfeld betreffen. Diese Veränderungen beinhalten eine Neugestaltung des Alltags, die Anpassung an die neue finanzielle Situation (in der Regel ist es eine Verschlechterung), den Wegfall vieler sozialer Kontakte aus dem früheren Arbeitsleben und nicht zuletzt die Rollenveränderung von einer Erwerbskraft zum Ruheständler (Atchley 1976; Schlossberg 2011; Solinge und Henkens 2005; Pinquart und Schindler 2007). Die Reaktionen auf die neue Situation und die Wahrnehmungen in dieser Phase werden unter dem Stichwort *retirement adjustment* diskutiert. Sie umfassen Veränderungen des subjektiven Wohlergehens, des Gesundheitszustandes oder nachberufliche Aktivitäten wie z. B. bürgerschaftliches Engagement (Atchley 1976; Solinge 2013).

Auch wenn es sich bei dem Wechsel von der Erwerbs- in die Ruhephase in erster Linie um ein persönliches Ereignis handelt, so ist der *Übergang an sich* das Ergebnis aus individuellem Handeln (auf Basis persönlicher Einstellungen und Neigungen) und strukturellen Gegebenheiten (organisationsbezogene, rechtliche und normative Dimensionen), die das Ruhestandsverhalten (sowohl bzgl. des Timings als auch der Anpassung) beeinflussen (Ebbinghaus und Radl 2015; Radl 2012b; Fisher et al. 2016; Ekerdt 2010). Als wesentliche Komponente der strukturellen Gegebenheiten zählt die demografische Entwicklung, die zwar auf einer sehr mittelbaren Ebene wirkt, sich aber doch mit einer enormen Kraft faktisch auf jeden großen gesellschaftlichen Bereich auswirkt, einschließlich der Arbeitsmärkte sowie der Versorgung von Ruheständlerinnen und Ruheständlern (Reher 2011; Börsch-Supan 2013; Brussig 2015).

Angesichts des weiterhin bestehenden gesellschaftlichen Alterungsprozesses und insbesondere des absehbaren massiven altersbedingten Ausscheidens der geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre (Baby-Boomer) aus der Arbeitswelt (Börsch-Supan 2013), stellt sich die Frage, welche Konsequenzen für das individuelle Wohlergehen durch den Wechsel in den Ruhestand zu erwarten sind und wie sie im Rahmen einer konsistenten, demografisch orientierten Politik einzuordnen sind. Der konzeptionelle Kern der Analysen besteht, in Anlehnung an das Demografiepolitik-Konzept nach Hüther und Naegele (2013), darin, die Fragestellungen zunächst auf der individuellen Ebene zu beantworten, um im nächsten Schritt die dort vorgefundenen Befunde mit Bezugnahme auf gesellschaftliche, ökonomische und politische Rahmenbedingungen kritisch zu reflektieren und Ansatzpunkte für politische Handlungsoptionen aufzuführen. Lassen sich

systematisch Risikogruppen identifizieren, die eine besondere Hilfestellung im Übergangsprozess brauchen, kann ihnen mit adressatenorientierten Interventionen geholfen werden. Bei anstehenden Reformen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sollten die subjektiven Belastungen im Ruhestandsprozess als nicht-monetäre Kosten Berücksichtigung finden.

2 Die Betrachtung des Übergangs in den Ruhestand aus der Lebensverlaufsperspektive

2.1 Theoretischer Hintergrund

Beim Übergang vom Erwerbsleben in die Ruhephase handelt es sich aus sozialwissenschaftlicher Perspektive nicht um eine einmalige, abrupte Beendigung des bisherigen Erwerbslebens mit sofortigem Eintritt in die Ruhephase, sondern um einen *Prozess*, der durch eine Reihe von verschiedenen Schritten und Stadien zwischen diesen beiden Endpunkten charakterisiert ist (Atchley 1976; Beehr 1986). Die Wahrnehmung dieser Übergangsphase kann dabei stark variieren. In Abhängigkeit von persönlichen Eigenschaften und individuellen sowie sozialen Ressourcen und je nachdem, ob man eine belastende oder attraktive Arbeitswelt verlässt, kann der Übergang in den Ruhestand in einer ganzen Bandbreite von sehr belastend bis sehr befreiend wahrgenommen werden (Schlossberg 1981; Schlossberg 2011; Wang 2007).

Bereits vor dem eigentlichen Statuswechsel (Arbeit → Ruhestand) antizipiert das Individuum, wann und wie der Rückzug aus der Arbeitswelt stattfinden soll. Einstellungen und persönliche Neigungen gegenüber dem Verhältnis zwischen Arbeit und Ruhestand sind dabei die kennzeichnenden Marker in dieser Phase (Newman et al. 2013). Ein Rückgang des subjektiven Wohlbefindens ist denkbar, wenn das Individuum sich über den anstehenden Rollenverlust sorgt (Atchley 1976).

Auch nach dem Wechsel vom Erwerbsleben in den Ruhestand ist der Ruhestandsprozess noch nicht abgeschlossen. Nach so einer langen und bedeutsamen Lebensphase wie dem Arbeitsleben bleibt eine Neuorientierung mit der neu gewonnenen „späten Freiheit“ (Rosenmayr 1983) nicht aus und neue Lebensziele definiert sowie neue Alltagsroutinen erprobt werden müssen. Interne Vergleichsprozesse und zwischenmenschliche Verhandlungen kennzeichnen diese unmittelbare nachberufliche Phase, d. h. das Individuum bewertet den Rollenwechsel von der Erwerbskraft zum Ruheständler im Hinblick darauf, wie sich die persönlichen und sozialen Ressourcen verändert haben, die für eine erfolgreiche Anpassung an die neue Lebenssituation erforderlich sind. Ein Zugewinn an subjektivem Wohl-

befinden ist in einer temporären *honeymoon*-Phase durchaus zu erwarten, wenn Freizeitaktivitäten und neue Interessen an Stelle der bisherigen beruflichen Aktivitäten treten. Nach dieser Phase scheint es für viele Menschen jedoch schwierig zu sein, sich in der neuen, vermeintlich unproduktiven Ruheständlerrolle wohlzufühlen, häufig treten Ernüchterung und Enttäuschungen auf. Die nachfolgende Re-Orientierungsphase ist von einem Realismus geprägt, der langfristig zu einer Stabilisierung des Wohlbefindens führt. An dieser Stelle endet der eigentliche individuelle Anpassungsprozess, und das Individuum hat seine Routinen zur Bewältigung des neuen Lebensabschnitts gefunden bzw. erarbeitet. Bei dem vorgestellten Phasenablauf ist zu anzumerken, dass es sich um einen idealtypischen Ablauf handelt, der nicht für alle Ruheständler exakt nach den einzelnen Phasen und in dieser Reihenfolge zutrifft (Atchley 1976, S. 63ff. und S. 113ff.; Wang et al. 2011; Pinquart und Schindler 2007, S. 442f.).

Ein weiteres strukturierendes Merkmal des Übergangs, das für den individuellen Anpassungsprozess von Bedeutung ist, besteht in der Tatsache, ob und wie stark das Individuum es selbst in der Hand hat, wann es in den Ruhestand übertritt (*Grad der Freiwilligkeit*). Es ist davon auszugehen, dass das Individuum in der Regel nicht vollständig allein darüber entscheidet, wann (und wie) es sich dauerhaft aus dem Arbeitsmarkt zurückzieht, sondern externe Kräfte (v. a. Unternehmens-, Arbeitsmarkt- und Alterssicherungspolitik) und individuelle Voraussetzungen (z. B. ein schlechter Gesundheitszustand) den Ruhestandsprozess mitbestimmen (Beehr 1986). Empirischen Untersuchungen zufolge ist eine Vielzahl von Übergängen in den Ruhestand als unfreiwillig zu bewerten, insbesondere bei Entlassungen aus dem Betrieb in Verbindung mit den schlechten Wiederbeschäftigungschancen älterer Menschen (Heywood et al. 2010, Pinquart und Schindler 2007) oder wenn die Personen wegen mangelnder Berufs-/Erwerbsfähigkeit den Arbeitsmarkt verlassen müssen (Zähle et al. 2009; Radl 2007).

2.2 Stand der Forschung und Einbettung in die Forschungsfrage

Längsschnittanalysen deuten auf verschiedene Verlaufsmuster des subjektiven Wohlbefindens um den Zeitpunkt des Ruhestandseintritts hin, die dem theoretisch vermuteten Modell weitgehend folgen. Diese sind grundsätzlich von einem temporären Rückgang der Zufriedenheitswerte gekennzeichnet, und zwar genau in der Phase, während der das Individuum in den Ruhestand gewechselt ist. Es folgt tendenziell ein Anstieg der Zufriedenheitswerte (Wang 2007; Pinquart und Schindler 2007; Muratore et al. 2014). Neben diesem allgemeinen Muster zeigt sich,

dass die vorgefundenen Verläufe im Hinblick auf Niveau und Anpassung sozial unterschiedlich verteilt sind. Pinquart und Schindler (2007) können einen deutlichen Zusammenhang zwischen individuellen Belastungen und Arbeitslosigkeit unmittelbar vor dem Ruhestand feststellen. Ebenso findet sich in den Verlaufsmustern der Einfluss der besonders angespannten Arbeitsmarktlage für ältere Personen in Ostdeutschland wieder.

Darüber hinaus zeigen Untersuchungen, dass ein unfreiwilliger Eintritt in den Ruhestand mit höheren wahrgenommenen Belastungen einhergeht (Hershey und Henkens 2014; Dingemans und Henkens 2014; Solinge und Henkens 2007; Shultz et al. 1998). Der Übergang in den Ruhestand ist dann unfreiwillig, wenn das Individuum keine bzw. eine stark eingeschränkte Kontrolle über das Timing in Bezug auf den Ruhestand hat. Der Verlust des Arbeitsplatzes, aber auch schwere Erkrankungen oder Unfälle vermindern die individuelle Kontrolle über den Entscheidungsprozess (Radl 2007, S. 45f.). Nicht selten entstehen diese Krankheiten durch lang anhaltende (und über den Zeitverlauf kumulierte) Belastungen im Beruf und führen häufig zur Erwerbsminderung bzw. Erwerbsunfähigkeit und somit zum vorzeitigen Ausscheiden aus dem Berufsleben (Brussig 2014; Bäcker et al. 2009, S. 222ff.). Grundsätzlich deuten solche Muster auf einen mangelnden Integrationsgrad auf dem Arbeitsmarkt hin, der sich auch negativ auf die Einkommenslage im Ruhestand auswirkt (Zähle et al. 2009).

Wie lassen sich individuelle Lebensverläufe mit demografischen bzw. makropolitischen Entwicklungen gedanklich miteinander verknüpfen? Aus Abbildung 1 geht hervor, dass die demografische Entwicklung zwar *keine unmittelbaren* Auswirkungen für die Übergangsphase zur Folge hat, doch ihre transformative Macht bestimmt diese über den indirekten Weg und in Kombination mit anderen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen auf eine entscheidende Weise mit. Alterssicherungs- und Arbeitsmarktpolitik regeln, wann und unter welchen Umständen die Erwerbsbevölkerung die Arbeitswelt verlässt (Timing und Art des Übergangs in den Ruhestand). Exemplarisch sei auf die Gesetzesentwürfe zum Vorruhestandsgesetz (Deutscher Bundestag 1983) sowie zum Rentenreformgesetz 1992 (Deutscher Bundestag 1989) hingewiesen, in denen die demografische Entwicklung explizit als Ausgangspunkt für die Reformbedarfe angeführt wurde. Im ersten Fall sollte mit Hilfe eines erleichterten Übergangs in den Ruhestand ermöglicht werden, dass ältere Beschäftigte den nachrückenden geburtenstarken Jahrgängen Platz machen sollten. Im letzten Fall war der Hinweis auf eine älter werdende Gesellschaft der Anlass, Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung zurückzufahren, um die Finanzlage dieses Versicherungsträgers zu stabilisieren (u. a. Modifikation der Rentenanpassungsformel und Einführung von finanziellen

Abschlägen bei vorzeitiger Verrentung, die allerdings erst mit knapp zehnjähriger Zeitverzögerung in Kraft getreten waren, Börsch-Supan 2015, S. 17f.).

Die grundsätzlichen Folgen der Alterssicherungspolitik und dazugehörigen Arbeitsmarktreformen der letzten rund vier Jahrzehnte sind weitgehend bekannt (v. a. die Frühverrentungspolitik der 1970er und 1980er Jahre mit einem allmählichen Umdenken seit den 1990er Jahren) und können im Detail bspw. bei Bäcker et al. (2009, S. 46ff.), Jacobs und Schmähl (1988), Eichhorst (2006), Dietz und Walwei (2011) und Schmähl (2001), im internationalen Kontext bei Ebbinghaus (2015) oder Hofäcker und Unt (2013), nachgelesen werden. Für die vorliegende Fragestellung ist es wichtig zu wissen, dass die allgemeine Erwerbsbeteiligung jenseits des 55. Lebensjahres seit Einführung der flexiblen Altersgrenzen im Jahr 1973 dramatisch zurückging und das durchschnittliche Rentenzugangsalter deutlich gesunken war. Flankierende Maßnahmen in der Arbeitsmarktpolitik wie z. B. die Einführung der sog. 59er Regelung² sowie das zwischen 1984 und 1988 befristete Vorruhestandsgesetz begünstigten zusätzlich den frühzeitigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben (Jacobs und Schmähl 1988; Gatter und Hartmann 1995). Im Hinblick auf die jüngere Vergangenheit lässt sich festhalten, dass die Erwerbsbeteiligung sowohl von Männern als auch Frauen jenseits des 60. Lebensalters deutlich zugenommen hat, wobei eine hohe, von sozialer Ungleichheit bedingte Variabilität in den Beteiligungsquoten dieses Phänomen (weiterhin) begleitet (Brussig 2015; Rasner und Etgeton 2014).

Hinter diesem beschriebenen allgemeinen Trend verbirgt sich jedoch eine große Varianz. Dies bedeutet bspw., dass ein frühzeitiger Ruhestand sowohl aus einer privilegierten Situation auf dem Arbeitsmarkt (typischerweise gekennzeichnet durch geschlossene Erwerbsbiografien mit überdurchschnittlichen Einkommen) als auch von einer prekären Arbeitsmarktsituation und daraus entsprechenden resultierenden Übergangspfaden (typischerweise mit gebrochenen Erwerbsbiografien und einer längeren Phase der Arbeits-/Erwerbslosigkeit vor dem Ruhestand) möglich ist (Jacobs et al. 1991; Zähle et al. 2009; Radl 2012a; Rasner und Etgeton 2014).

Es wird also vermutet, dass der Übergang in den Ruhestand sich unmittelbar auf das individuelle Wohlergehen auswirkt, wobei angenommen wird, dass ein niedriger Integrationsgrad am Arbeitsmarkt (typischerweise durch Arbeitslosigkeit und/oder krankheitsbedingte unzureichende Erwerbsfähigkeit) mit einer stärker wahrgenommenen Belastung während der Übergangsphase einhergeht. Folglich wirkt sich der Übergang in den Ruhestand unmittelbar auf das

2 Hinter der 59er Regelung verbirgt sich eine Leistung (Arbeitslosenruhegeld), die es faktisch erlaubte, bereits vor dem 60. Lebensjahr in den Ruhestand zu wechseln. Mit Vollendung des 60. Lebensjahres konnten die betroffenen Personen eine Altersrente wegen Arbeitslosigkeit beziehen (Gatter und Hartmann, 1995, S. 414).

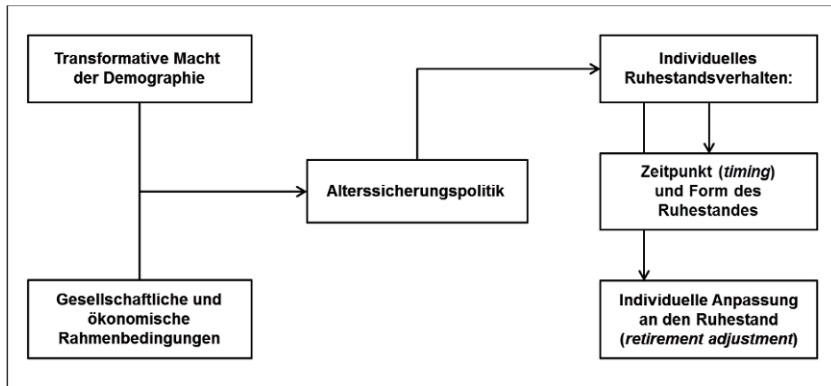


Abb. 1 Indirekte Effekte der transformativen Macht der Demografie auf das individuelle Ruhestandsverhalten

Quelle: Eigene Darstellung

individuelle Wohlergehen aus, wobei angenommen wird, dass ein niedriger Integrationsgrad am Arbeitsmarkt (typischerweise durch Arbeitslosigkeit und/oder krankheitsbedingte unzureichende Erwerbsfähigkeit) mit einer stärker wahrgenommenen Belastung während der Übergangsphase einhergeht. Eine differenzierte Betrachtung von unfreiwilligen Übergangstypen (hier organisationsbezogene gegenüber gesundheitsbezogenen Übergängen) zeigt, dass bei gesundheitsbezogenen Übergängen in den Ruhestand (auf Basis von selbst berichteten gesundheitlichen Veränderungen) eine stärkere Belastung geäußert wird als bei Übergängen, die organisationsbezogen (diese betreffen v. a. Personalabbau, Abfindungen) sind (Hershey und Henkens 2014). Diese Befunde werden für die konzeptionellen Überlegungen aufgegriffen und es wird vermutet, dass mit nachlassendem Integrationsgrad auf den Arbeitsmärkten die wahrgenommenen Belastungen aus dem Übergang in den Ruhestand zunehmen. Die höchstmögliche Integration ist in der vorliegenden Fragestellung mit einem (stabilen) Arbeitsverhältnis verknüpft, aus dem sich ein direkter Eintritt in den Ruhestand anschließt. Der darauf folgende Grad (in absteigender Rangfolge) wäre ein indirekter Übergang in den Ruhestand über (die öffentlich geförderte) Altersteilzeit. Der nächstniedrige Grad der Integration wäre organisations- bzw. arbeitsmarktbezogen, darauf folgend mit Bezug auf gesundheitliche Probleme. Der geringste Grad an Integration beinhaltet sowohl individuelle als auch organisationsbezogene Probleme, die einen *match* zwischen den Anforderungen an die Erwerbsperson und dem individuellen Arbeitsangebot verhindern.

3 Datengrundlage und Methoden

Die empirische Untersuchung basiert auf den Daten der Studie „Transitions and Old Age Potential“ (TOP) des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung. Die Gesamtstichprobe beinhaltet eine Fallzahl von $N=5.002$ aus der deutschsprachigen Wohnbevölkerung in der Altersspanne zwischen 55 und 70 Jahren. Mit Hilfe eines standardisierten Telefoninterviews wurden die Studienteilnehmerinnen und -teilnehmer im Frühjahr 2013 u. a. zu ihrer Erwerbsbeteiligung und den Übergängen in den Ruhestand, ihrer Gesundheit und Lebenszufriedenheit befragt. Die gewichteten Daten sind hinsichtlich der Merkmale Alter, Geschlecht, Wohnregion (Ost-/Westdeutschland) und des höchsten allgemeinen Bildungsabschlusses für die Grundgesamtheit repräsentativ. Datenbasis für die Gewichtung ist der Mikrozensus zum damaligen aktuellen Stand, dem 31.12.2011 (Sackreuther et al. 2016).

Die hier vorgestellte Analyse konzentriert sich auf Befragte, die sich zum Zeitpunkt des Interviews im Ruhestand befanden, d. h. die eine *Altersrente oder -pension aus eigener Erwerbstätigkeit* bezogen und mindestens das 60. Lebensjahr vollendet haben. Als weiteres Eingrenzungskriterium wird die *Haupteinkommensquelle* der befragten Person verwendet. In das Sample werden nur diejenigen Probanden aufgenommen, die eine Altersrente oder -pension als Haupteinkommensquelle angeben. Dieser Schritt wird unter der Annahme durchgeführt, dass die befragten Personen die meiste Zeit ihres Erwerbslebens als abhängig Beschäftigte gearbeitet haben und somit eine gesetzliche Rente bzw. Beamtenpension erhalten, mit der der Lebensunterhalt hauptsächlich bestritten wird. Das relevante Sample beinhaltet im Ergebnis dieser Eingrenzung eine Fallzahl von $N=1.331$ Personen (ungewichtet) bzw. $N=1.298$ Personen (gewichtet).

Typischerweise werden die Veränderungen der wahrgenommenen Belastungen beim Übergang in den Ruhestand über den indirekten Weg erfasst, d. h. es wird danach untersucht, welche Veränderungen des individuellen Wohlergehens zwischen zwei Messpunkten zu beobachten sind. Innerhalb dieser beiden Messpunkte findet der Wechsel vom Erwerbsleben in den Ruhestand statt. Eine andere Methode besteht darin, die wahrgenommenen Belastungen direkt zu messen, wenn bspw. danach gefragt wird, wie lang der Anpassungsprozess dauerte und ob er mit Schwierigkeiten verbunden war (Wang et al. 2011, S. 208). Empirische Analysen zu der Situation in Deutschland aus der jüngeren Vergangenheit arbeiten ausschließlich nach der erstgenannten Methode (z. B. Pinquart und Schindler 2007; Wetzel et al. 2016). Im vorliegenden Beitrag wird auf die zweite Methode als Ergänzung der bisherigen Forschungsarbeiten zu dieser Thematik zurückgegriffen. Dies bietet den Vorteil, auch bei Vorliegen von Querschnittsdaten belastbare Informationen zu erhalten. Diese Episode erachten wir als *janusköpfiges Verbindungsstück* inner-

halb des Übergangsprozesses zwischen der Arbeitswelt und dem Ruhestand. An diesem Punkt, an dem sich der soziale Status verändert (Arbeit → Ruhestand), fallen vergangenheits- wie zukunftsbezogene Erwägungen gleichzeitig zusammen. Den Ruheständlerinnen und Ruheständlern wurde die folgende Frage hinsichtlich der wahrgenommenen Belastung durch den Übergang in den Ruhestand gestellt: *„Wenn Sie sich an die Zeit Ihres Übergangs in den Ruhestand erinnern, würden Sie sagen, diese Übergangszeit habe Sie stark belastet, eher belastet, eher nicht belastet oder gar nicht belastet?“* Diese Skala wird binär codiert (0=eher nicht/gar nicht belastet und 1=stark belastet/eher belastet) und geht als abhängige Variable in die Untersuchung ein.

Zur Darstellung des zu untersuchenden Haupteffekts wird eine Typologie von Übergangskonstellationen erstellt, die auf den Informationen zum Arbeitsverhältnis während der letzten beruflichen Tätigkeit unmittelbar vor dem Ruhestandseintritt (Arbeiter, Angestellter, Beamter/Richter, Selbständiger bzw. mithelfender Familienangehöriger), zur Erwerbssituation unmittelbar vor dem Ruhestand, zum Zeitpunkt des Austritts aus dem Arbeitsmarkt und zum Zeitpunkt des Ruhestandseintritts beruht (Schröber et al. 2015, S. 197f.). Auf dieser Grundlage wurden sechs Übergangstypen identifiziert,³ die sich nach direkten Übergängen aus dem Erwerbsleben und indirekten Übergängen aus einer Form der Nichterwerbstätigkeit sowie dem Grad der Arbeitsmarktbeteiligung unterscheiden:

- direkter Übergang aus Erwerbstätigkeit,
- indirekter Übergang aus Arbeitslosigkeit,
- indirekter Übergang aus der Freistellungsphase der Altersteilzeit (ATZ),
- indirekter Übergang aus Erwerbsminderung,
- indirekter Übergang aus dem Vorruhestand,
- indirekter Übergang aus dem Status „Hausfrau/Hausmann“ oder aus sonstiger Nichterwerbstätigkeit.

Tabelle 1 zeigt die Verteilung der Übergangstypen. Es dominiert dabei der Übergangstyp „direkter Übergang aus Erwerbstätigkeit“ mit rund 53 % und spiegelt eine „Normalität“ der beruflichen Erwerbsverläufe in diesen Alterskohorten wider. Mit großem Abstand folgen die Übergangstypen „aus Arbeitslosigkeit“ und „aus der Freistellungsphase der Altersteilzeit“ mit rund 12 % bzw. 11 %.

3 In 183 Fällen kann aufgrund inkonsistenter Angaben über den Zeitpunkt hinsichtlich des Austritts aus dem Erwerbsleben bzw. des Eintritts in den Ruhestand keine eindeutige Zuordnung innerhalb dieser Typologie gemacht werden. Diese Fälle werden aus den Analysen ausgeschlossen.

Tab. 1 Verteilung der Übergangstypen in den Ruhestand (Haupteffekt)

Übergangstypen	Häufigkeit	Prozent
Direkter Übergang aus Erwerbstätigkeit	682	52,5
Übergang aus Arbeitslosigkeit	150	11,6
Übergang aus Freistellungsphase der Altersteilzeit (ATZ)	141	10,9
Übergang aus Erwerbsminderung	137	10,6
Übergang aus Vorruhestand	122	9,4
Übergang aus Status Hausfrau/-mann oder sonstiger Nicht-erwerbstätigkeit	66	5,0
Gesamt	1.298	100,0

Quelle: TOP 2013, eigene Berechnungen, gewichtete Daten, Rundungsdifferenzen durch Gewichtung möglich.

Über die Übergangskonstellationen hinaus werden in den multivariaten Analysen Indikatoren aus den Bereichen Soziodemografie sowie individuelle und ökonomische Ressourcen in Betracht gezogen (Wang et al. 2011, S. 209f.). Zur Darstellung soziodemografischer Merkmale werden Lebensalter, Geschlecht, Wohnregion (West- bzw. Ostdeutschland einschließlich Berlin) und aktuelle Partnerschaftssituation verwendet. Im Bereich der individuellen und ökonomischen Ressourcen werden beide Summenskalen einer modifizierten Version des Short-Form Health Survey (SF12v2), eines standardisierten Instruments zur Messung der physischen (physical component scale, PCS) und mentalen (mental component scale, MCS) Gesundheit (Nübling et al. 2006), die Magnitude-Berufsprestige-Skala nach Wegener (Wegener 1985) sowie das nach der spezifischen Armutsgefährdungsschwelle kategorisierte monatliche Nettoäquivalenzeinkommen des Haushalts (neue OECD-Skala) verwendet. Wenn ein Haushalt über weniger als 60 % des Medianeinkommens verfügt (bezogen auf das relevante Sample liegt die Grenze bei 960 Euro), dann gilt dieser entsprechend der EU-Konvention als armutsgefährdet (Munz-König 2013).

Diese Indikatoren werden in ein binär-logistisches Regressionsmodell eingefügt und die Haupteffekte geschätzt. Neben den üblicherweise verwendeten Kriterien zur Beurteilung des Gesamtmodells ($-2 \log$ Likelihood, χ^2 mit Anzahl der Freiheitsgrade sowie Pseudo R^2 nach Nagelkerke) werden die Quotientenverhältnisse (Odds Ratios) mit den dazugehörigen Konfidenzintervallen der betrachteten Merkmale abgebildet (Tabachnick und Fidell 2007, Kapitel 10). Als statistisch auffällig werden Ergebnisse eingestuft, die einen p-Wert von unter 5 % aufweisen bzw. innerhalb der Konfidenzintervalle der Wert Eins nicht überdeckt wird. Die uni- und bivariaten Verteilungen werden mit gewichteten Daten ausgewiesen, die bivariaten Zusammenhangsmaße und multivariaten Analysen mit ungewichteten

Daten berechnet. Sämtliche Analysen werden mit der Statistiksoftware IBM SPSS Version 20 durchgeführt.

4 Ergebnisse

Im relevanten Sample gaben 28,9 % der Befragten an, durch den Eintritt in den Ruhestand stark oder eher belastet zu sein. Das Verhältnis dieser Personengruppe zurjenigen, die den Übergang in den Ruhestand als eher nicht/gar nicht belastend wahrnimmt, beträgt ungefähr 1 zu 2,5.

Tabelle 2 zeigt die bivariaten Verteilungen der abhängigen und unabhängigen Variablen. Abweichungen vom generellen Muster der univariaten Verteilung zeigen sich besonders beim untersuchten Haupteffekt: die Anteile der Personen mit wahrgenommenen Belastungen in den Übergangsgruppen „aus Arbeitslosigkeit“ und „Erwerbsminderung“ sind deutlich höher 47,0 % bzw. 61,8 %. Auch in der Gruppe der sonstigen Formen der Nichterwerbstätigkeit bzw. Hausfrau/Hausmann werden relativ hohe Anteile der Belastung beobachtet (42,2 %). Die Anteile derjenigen, die den Übergang in den Ruhestand als belastend wahrnehmen, sind in den weniger „prekären“ Ruhestandsübergängen (direkter Übergang, aus der Freistellungsphase der Altersteilzeit sowie Vorruhestand) entsprechend niedriger als im gesamten Muster. Die vorgefundenen Variationen innerhalb dieses Merkmals resultieren in einem relativ starken statistischen Effekt (Cramers $V=0,28$; $p<0,01$). Eine weitere Auffälligkeit ist beim Merkmal „Armutsgefährdung“ zu sehen. Hier ist der „Belastungsgrad“ unter denjenigen, die als armutsgefährdet eingestuft werden können, deutlich höher (49,9 %) im Vergleich zum übergeordneten Muster. Der Zusammenhang zwischen diesem Merkmal und der abhängigen Variablen ist moderat (Cramers $V=0,14$, $p<0,01$). Die übrigen kategorialen Merkmale weisen eher schwache Effekte auf. Bei den metrischen Merkmalen sind die statistischen Effekte (den Konventionen für Effektstärken nach Cohen 2013, S. 284ff. folgend) bei den Gesundheitsskalen als klein bis mittel zu bewerten (partielles $\eta^2=0,04$ bei der physischen Gesundheit, bei der mentalen partielles $\eta^2=0,03$), bei den Merkmalen Alter und Prestige-Skala nach Wegener sind die Effekte sehr schwach.

Tab. 2 Bivariate deskriptive Statistiken der abhängigen und unabhängigen Merkmale (N=1.298)

Merkmal		Wahrnehmung des Übergangs in den Ruhestand			
		Gar nicht/eher nicht belastet		Eher/stark belastet	
		Anzahl, Mittelwert	Anteil, Standard-abweichung	Anzahl, Mittelwert	Anteil, Standard-abweichung
Übergangsgruppe	Direkt aus Erwerbstätigkeit	544	79,7 %	138	20,3 %
	Aus Arbeitslosigkeit	79	53,0 %	71	47,0 %
	Aus Freistellungsphase der ATZ	112	79,3 %	29	20,7 %
	Aus Erwerbsminderung	52	38,2 %	85	61,8 %
	Aus Vorruhestand	98	80,0 %	25	20,0 %
	Aus Status Hausfrau/Mann oder sonstiger Nichterwerbstätigkeit	38	57,8 %	28	42,2 %
Geschlecht	Weiblich	418	69,9 %	180	30,1 %
	Männlich	505	72,2 %	195	27,8 %
Feste Partnerschaft	Nein	153	68,4 %	71	31,6 %
	Ja	770	71,7 %	304	28,3 %
Wohnregion	Westdeutschland	743	74,3 %	257	25,7 %
	Ostdeutschland	180	60,3 %	118	39,7 %
Alter		66,3	2,5	66,0	2,5
Summenskala der physischen Gesundheit (PCS)		48,8	9,2	43,1	11,6
Summenskala der mentalen Gesundheit (MCS)		57,0	7,9	53,7	10,1
Magnitude Prestige-Skala nach Wegener		83,7	34,9	77,0	32,5
Armutsgefährdung	Nein	816	75,3 %	268	24,7 %
	Ja	107	50,1 %	107	49,9 %
Relevantes Sample gesamt		923	71,1 %	375	28,9 %

Quelle: TOP 2013, eigene Berechnungen, gewichtete Daten, Rundungsdifferenzen durch Gewichtung möglich.

In Tabelle 3 werden die Ergebnisse der multivariaten Analysen aufgeführt. Das Gesamtmodell weist bezüglich seiner Güte zufriedenstellende Werte auf ($\chi^2(df=13)=169,90$; $p<0,01$) und leistet in seiner Gesamtheit einen statistisch signifikanten Erklärungsbeitrag gegenüber dem Nullmodell.

Als Referenzkategorie des geschätzten Haupteffekts wurde der direkte Übergang in den Ruhestand gewählt. Zunächst zeigt sich, dass die Muster in den bivariaten Verteilungen auch in den multivariaten Analysen stabil bleiben. Die Odds Ratios (OR) der Übergangspfade „aus Arbeitslosigkeit“ und „aus Erwerbsminderung“ weisen in Bezug auf die wahrgenommene Belastung durch den Eintritt in den

Ruhestand Werte auf, die deutlich über Eins liegen (OR=2,15 bzw. 3,38; 95 %-Konfidenzintervall (KI): 1,43-3,23 bzw. 2,12-5,38; in beiden Fällen $p < 0,01$). Die beiden Übergangspfade „aus Altersteilzeit“ und „aus Vorruhestand“ stehen unter Berücksichtigung von soziodemografischen und ressourcenbezogenen Merkmalen in keinem statistisch bedeutsamen Zusammenhang mit der abhängigen Variablen. Somit lässt sich über einen Effekt der beiden Pfade auf den Belastungsgrad keine eindeutige Aussage treffen.

Bei den soziodemografischen Merkmalen erweist sich lediglich die Assoziation zwischen Wohnort und der abhängigen Variablen als statistisch bedeutsam: Ruheständlerinnen und Ruheständler in Westdeutschland erleben ihren Eintritt in den Ruhestand weniger häufig als belastend gegenüber der in Ostdeutschland lebenden Vergleichsgruppe (OR=0,61; 95 %-KI: 0,44-0,83; $p=0,002$). Geschlecht, Partnerschaftssituation und Lebensalter stehen nicht in einem statistisch signifikanten Zusammenhang mit der wahrgenommen Belastung durch den Eintritt in den Ruhestand.

Unter den individuellen und ökonomischen Ressourcen weisen die beiden Indikatoren zur Erfassung der Gesundheit einen statistisch auffälligen Effekt in Bezug auf den Belastungsgrad. Jeder weitere Punkt auf der standardisierten körperlichen Gesundheitsskala verringert die Odds der wahrgenommenen Belastung durch den Eintritt in den Ruhestand um 4 % (95 %-KI: 0,95-0,98; $p < 0,01$). Vergleichbare Befunde lassen sich bei der mentalen Gesundheit ablesen. Im Gegensatz zu den bivariaten Befunden konnte hinsichtlich der Armutsgefährdung keine statistisch signifikante Assoziation mit der abhängigen Variablen festgestellt werden, auch wenn der Effekt in die vermutete Richtung deutet: die Odds für Haushalte, die nicht armutsgefährdet sind, weisen im Vergleich zu den armutsgefährdeten Haushalten ungefähr den 0,7-fachen Wert auf (95 %-KI: 0,46-1,04; $p=0,073$). Das Berufsprestige im letzten Beruf vor dem Ruhestand scheint zumindest statistisch keine wesentliche Bedeutung zu haben.

Tab. 3 Ergebnisse des binär-logistischen Regressionsmodells, abhängige Variable: wahrgenommene Belastung durch den Ruhestand (N=1.331)

Merkmal	Odds Ratio	95 %-KI
Haupteffekt: Art des Übergangs in den Ruhestand (Ref. Direkter Übergang aus Erwerbstätigkeit)		
Übergang aus Arbeitslosigkeit	2,15	1,43-3,23
Übergang aus Freistellungsphase der Altersteilzeit	0,78	0,49-1,23
Übergang aus Erwerbsminderung	3,38	2,12-5,38
Übergang aus Vorruhestand	0,98	0,60-1,59
Übergang aus Status Hausfrau/-mann oder sonstiger Nicht-erwerbstätigkeit	2,14	1,21-3,78
Soziodemografika		
Geschlecht (Ref. Männer)	0,97	0,73-1,29
Feste Partnerschaft (Ref. Ja)	1,26	0,92-1,72
Wohnregion (Ref. Ostdeutschland)	0,61	0,44-0,83
Alter	0,96	0,91-1,01
Individuelle und ökonomische Ressourcen		
Physische Gesundheit (PCS)	0,96	0,95-0,98
Mentale Gesundheit (MCS)	0,96	0,95-0,98
Berufsprestigeskala nach Wegener	1,00	1,00-1,00
Armutsgefährdung (Ref. Ja)	0,69	0,46-1,04
Modellgüte		
-2 Log Likelihood (endgültiges Modell)		1.355,45
χ^2 (df)		169,90 (13)
Pseudo R ² (Nagelkerke)		0,176

Anmerkungen: df=Anzahl der Freiheitsgrade, KI=Konfidenzintervall, „Ref.“: Referenzkategorie

Quelle: TOP 2013, eigene Berechnungen, ungewichtete Daten

5 Einordnung der Befunde im Kontext einer demografiesensiblen Politik

Die deskriptiven Analysen zeigen, dass im relevanten Sample fast jede fünfte Person dem Risiko ausgesetzt ist, einen prekären Übergang in den Ruhestand zu erleben. Dies ist ein nicht zu vernachlässigender Anteil, wenn man bedenkt, dass die Anzahl der Rentenzugänge in der jüngeren Vergangenheit zwischen 1,2 und 1,4 Millionen pro Jahr beträgt (Deutsche Rentenversicherung Bund 2015, S. 44).

Wie theoretisch vermutet, ist der Haupteffekt statistisch auffällig und bleibt unter Kontrolle weiterer Merkmale (weitgehend) stabil. Übergänge in den Ruhestand, die einen ungünstigen Integrationsgrad auf dem Arbeitsmarkt unmittelbar vor dem Ruhestand anzeigen, sind mit höheren Belastungsgraden in der Übergangsphase assoziiert. Dieser Befund deckt sich mit denen von Pinquart und Schindler (2007), die ebenfalls negative signifikante Einflüsse prekärer Übergänge auf das subjektive Wohlbefinden feststellen.

Darüber hinaus deuten die Ergebnisse auf den Zusammenhang zwischen ungleicher Arbeitsmarktpartizipation und psychosozialer Belastung durch den Übergang in den Ruhestand hin. Die wahrgenommenen Belastungen des Übergangs erhöhen somit das Risiko des Auftretens neuer oder der Zunahme bestehender Gesundheitseinschränkungen in der nachberuflichen Lebensphase. Eine systematische und konsistente Demografepolitik, die den individuellen Lebensverlauf vor dem Hintergrund der weiteren demografischen Alterung und ihrer transformativen Kraft kritisch reflektiert (Hüther und Naegele 2013, S. 22f.), sollte die ungleich verteilten Lebenslagen und gesundheitlichen Ungleichheiten im Ruhestandskontext besonders im Auge behalten und mit geeigneten Interventionen entgegenwirken, die im Idealfall bereits vor dem Eintritt in den Ruhestand erfolgen sollten (Hasselhorn und Rauch 2013; Kroll et al. 2016; Bäcker et al. 2009, S. 378ff.).

Als Desideratum und gleichzeitig offene Frage für die Zukunft bleibt festzuhalten, dass die in diesem Beitrag verwendete abhängige Variable nur ein sehr globales Maß zur Bewertung der Übergangsphase darstellt. Zusätzliche Dimensionen und Aspekte zu diesem Themenkomplex können ein detailliertes Bild über die Anpassungsphase an den neuen Lebensabschnitt liefern: Wie war die Beziehung zum sozialen Umfeld in dieser Phase (Partnerschaft, Verwandtschaft und Freunde), wie lange dauerte diese Anpassungsphase aus Sicht des Einzelnen und welche konkreten Probleme waren in dieser Phase zu lösen (Wang et al. 2011)? Trotz der genannten Limitation kann festgehalten werden, dass die soziale Ungleichheit am Arbeitsmarkt, gemessen am Typ des Übergangs in den Ruhestand, auch für die individuelle Wahrnehmung des Übergangs in den Ruhestand eine bedeutende Rolle spielt.

Wie sind vor dem Hintergrund der beobachtbaren sozialen Ungleichheit der Ruhestandsübergänge die Auswirkungen auf das individuelle Wohlergehen zu bewerten? Auf welche Aspekte des *individuellen Anpassungsprozesses* sollten politisch Verantwortliche achten, um mögliche Hilfestellungen für die Betroffenen anzubieten? Die Bedeutung der Ergebnisse steht in Einklang mit der Forderung, Renten- und Arbeitsmarktpolitik konsistent zu verknüpfen, wenn das Ziel eines verlängerten späten Erwerbslebens weiterhin verfolgt wird (Bundesministerium des Innern 2012, Abschnitt B), ohne große sozialpolitische Nebenwirkungen zu produzieren (Jacobs und Schmähl 1988; Zähle et al. 2009). In der Regel gehen

jedoch Rentenreformen zeitlich den Arbeitsmarktreformen, die eine stärkere Erwerbsbeteiligung im höheren Erwachsenenalter begünstigen, voraus (Eichhorst 2006). Es kommt somit zu einem *structural lag* zwischen diesen beiden politischen Feldern. Eine Synchronisierung der politischen Maßnahmen zur Erreichung des Ziels stellt gleichermaßen Lösung wie Herausforderung dar, da typischerweise nicht sofort ersichtlich ist, wie sich Reformen aus dem einen politischen Bereich in dem anderen Gebiet auswirken. Hinsichtlich der besonders angespannten Lage auf den Arbeitsmärkten für ältere Menschen in Ostdeutschland (Pinquart und Schindler 2007; Zähle et al. 2009) erscheint diese Forderung umso dringlicher.

Auf der Ebene der Exekutive sind in erster Linie die Arbeitsämter/Jobcenter und die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung die relevanten Institutionen, die den betroffenen Personen Unterstützung anbieten können. Diese Leistungen können über unterschiedliche Kanäle erfolgen, wie z. B. Informationsmaterial zur Vorbereitung auf den offiziellen Ruhestand (faktisch sind die Betroffenen ja nicht mehr auf dem Arbeitsmarkt aktiv) oder auch eine persönliche Beratung. Internationale Studien weisen darauf hin, dass eine erfolgreiche Beratung (d. h. Sensibilisierung für das Thema, Anleitung für planende Schritte etc. mit dem Ziel einer höheren Selbstwirksamkeit während der Übergangsphase) bzgl. der aktiven Gestaltung des Ruhestands mit höheren Zufriedenheitswerten verbunden ist (Rosenkoetter und Garris 2001; Muratore und Earl 2015; Earl et al. 2015).

Literatur

- Atchley, R. C. 1976. *The sociology of retirement*. Cambridge: Schenkman Publishing Company.
- Bäcker, G., M. Brüssig, A. Jansen, M. Knuth, J. Nordhause-Janz. 2009. *Ältere Arbeitnehmer: Erwerbstätigkeit und soziale Sicherheit im Alter*. Wiesbaden: Springer VS.
- Beehr, T. A. 1986. The process of retirement: A review and recommendations for future investigation. *Personnel Psychology* 39 (1): 31-55.
- Börsch-Supan, A. 2013. Mikro- und makroökonomische Auswirkungen des demografischen Wandels. In *Demografiepolitik*, hrsg. M. Hüther, G. Naegel, 96-122. Wiesbaden: Springer VS.
- Börsch-Supan, A. 2015. Lehren aus den Rentenreformen seit 1972. *Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 95 (13): 16-21.
- Brüssig, M. 2014. Arbeitsbelastungen im letzten Beruf und Verrentungszeitpunkt: Beschleunigen hohe Belastungen den Übergang in den Ruhestand? *Zeitschrift für Sozialreform* 60 (1): 37-60.
- Brüssig, M. 2015. Demografischer Wandel, Alterung und Arbeitsmarkt in Deutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 67 (Supplement): 295-324.

- Bundesministerium des Innern. 2012. *Jedes Alter zählt. Demografiestrategie der Bundesregierung*. Niestetal: SilberDruck ohG.
- Cohen, J. 2013. *Statistical power analysis for the behavioral sciences*, 2. Aufl. Hoboken: Taylor and Francis.
- Deutsche Rentenversicherung Bund. 2015. *Rentenversicherung in Zeitreihen: Ausgabe 2015*. DRV Schriften, Band 22. Berlin: Deutsche Rentenversicherung Bund.
- Deutscher Bundestag. 1983. *Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung des Übergangs vom Arbeitsleben in den Ruhestand*. Bonn: Bundestagsdrucksache 10/880.
- Deutscher Bundestag. 1989. *Entwurf eines Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung (Rentenreformgesetz 1992 — RRG 1992)*. Bonn: Bundestagsdrucksache 11/4142.
- Dietz, M., U. Walwei. 2011. Germany – No country for old workers? *Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung* 44 (4): 363-376.
- Dingemans, E., K. Henkens. 2014. Involuntary retirement, bridge employment, and satisfaction with life: A longitudinal investigation. *Journal of Organizational Behavior* 35 (4): 575-591.
- Earl, J. K., P. Gerrans, V. A. Halim. 2015. Active and adjusted: Investigating the contribution of leisure, health and psychosocial factors to retirement adjustment. *Leisure Sciences* 37 (4): 354-372.
- Ebbinghaus, B. 2015. Demografische Alterung und Reformen der Alterssicherung in Europa – Probleme der ökonomischen, sozialen und politischen Nachhaltigkeit. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 67 (Supplement): 325-348.
- Ebbinghaus, B., J. Radl. 2015. Pushed out prematurely? Comparing objectively forced exits and subjective assessments of involuntary retirement across Europe. *Research in Social Stratification and Mobility* 41: 115-130.
- Eichhorst, W. 2006. Beschäftigung Älterer in Deutschland: Der unvollständige Paradigmenwechsel. *Zeitschrift für Sozialreform* 52 (1): 101-123.
- Ekerdt, D. J. 2010. Frontiers of research on work and retirement. *The Journals of Gerontology Series B: Psychological Sciences and Social Sciences* 65B (!): 69-80.
- Fisher, G. G., D. S. Chaffee, A. Sonnega. 2016. Retirement timing: A review and recommendations for future research. *Work, Aging and Retirement*. doi:10.1093/workar/waw001.
- Gatter, J., B. K. Hartmann. 1995. Betriebliche Verrentungspraktiken zwischen arbeitsmarkt- und rentenpolitischen Interessen. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 28 (3): 412-424.
- Hasselhorn, H.-M., A. Rauch. 2013. Perspektiven von Arbeit, Alter, Gesundheit und Erwerbsteilhabe in Deutschland. *Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz* 56 (3): 339-348.
- Hershey, D. A., K. Henkens. 2014. Impact of different types of retirement transitions on perceived satisfaction with life. *The Gerontologist* 54 (2): 232-244.
- Heywood, J., U. Jirjahn, G. Tsertsvardze. 2010. Hiring older workers and employing older workers: German evidence. *Journal of Population Economics* 23 (2): 595-615.
- Hofäcker, D., M. Unt. 2013. Exploring the 'new worlds' of (late?) retirement in Europe. *Journal of International and Comparative Social Policy* 29 (2): 163-183.
- Hüther, M., G. Naegele. 2013. Demografiepolitik: Warum und wozu? In *Demografiepolitik*, hrsg. M. Hüther, G. Naegele, 15-53. Wiesbaden: Springer VS.
- Jacobs, K., M. Kohli, M. Rein. 1991. Germany: The diversity of pathways. In *Time for retirement: Comparative studies of early exit from the labor force*, hrsg. M. Kohli, M. Rein, A.-M. Guillemand, H. van Gunsteren, 181-221. Cambridge/New York: Cambridge University Press.

- Jacobs, K., W. Schmähl. 1988. Der Übergang in den Ruhestand – Entwicklungen, öffentliche Diskussion und Möglichkeiten seiner Umgestaltung. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 21 (2): 194-205.
- Kroll, E. L., S. Müters, T. Lampert. 2016. Arbeitslosigkeit und ihre Auswirkungen auf die Gesundheit: Ein Überblick zum Forschungsstand und zu aktuellen Daten der Studien GEDA 2010 und GEDA 2012. *Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz* 59 (2): 228-237.
- Munz-König, E. 2013. Armutsgefährdungsquote und Mindestsicherungsquote: Zwei Indikatoren zur Messung monetärer Armut. *Sozialer Fortschritt* 62 (5): 123-131.
- Muratore, A. M., J. K. Earl. 2015. Improving retirement outcomes: The role of resources, pre-retirement planning and transition characteristics. *Ageing & Society* 35 (10): 2100-2140.
- Muratore, A. M., J. K. Earl, C. G. Collins. 2014. Understanding heterogeneity in adaptation to retirement: A growth mixture modeling approach. *The International Journal of Aging and Human Development* 79 (2): 131-156.
- Newman, D. A., G. Jeon, C. L. Hulin. 2013. Retirement attitudes: Considering etiology, measurement, attitude-behavior relationships, and attitudinal ambivalence. In *Oxford library of psychology. The Oxford handbook of retirement*, hrsg. M. Wang, 228-248. New York: Oxford University Press.
- Nübling, M., H. H. Andersen, A. Mühlbacher. 2006. Entwicklung eines Verfahrens zur Berechnung der körperlichen und psychischen Summenskalen auf Basis der SOEP – Version des SF 12 (Algorithmus). DIW Data Documentation. http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.44987.de/diw_datadoc_2006-016.pdf. Zugegriffen: 17. März 2016.
- Pinquart, M., I. Schindler. 2007. Changes of life satisfaction in the transition to retirement: A latent-class approach. *Psychology and Aging* 22 (3): 442-455.
- Radl, J. 2007. Individuelle Determinanten des Renteneintrittsalters: Eine empirische Analyse von Übergängen in den Ruhestand. *Zeitschrift für Soziologie* 36 (1): 43-64.
- Radl, J. 2012. Too old to work, or too young to retire? The pervasiveness of age norms in Western Europe. *Work, Employment & Society* 26 (5): 755-771.
- Radl, J. 2013. Labour market exit and social stratification in Western Europe: The effects of social class and gender on the timing of retirement. *European Sociological Review* 29 (3): 654-668.
- Rasner, A., S. Etgeton. 2014. Rentenübergangspfade: Reformen haben großen Einfluss. *DIW Wochenbericht* 81 (19): 431-441.
- Reher, D. S. 2011. Economic and social implications of the demographic transition. *Population and Development Review* 37 (Supplement): 11-33.
- Rosenkoetter, M. M., J. M. Garris. 2001. Retirement planning, use of time, and psychosocial adjustment. *Issues in Mental Health Nursing* 22 (7): 703-722.
- Rosenmayr, L. 1983. *Die späte Freiheit: Das Alter, ein Stück bewußt gelebten Lebens*. Berlin: Severin und Siedler.
- Sackreuther, I. et al. 2016. *TOP – Transitions and Old Age Potential: Methodenbericht zur Studie*. BiB Daten- und Methodenberichte 1/2016. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Schlossberg, N. K. 1981. A model for analyzing human adaptation to transition. *The Counseling Psychologist* 9 (2): 2-18.
- Schlossberg, N. K. 2011. The challenge of change: The transition model and its applications. *Journal of Employment Counseling* 48 (4): 159-162.

- Schmäh, W. 2001. Umlagefinanzierte Rentenversicherung in Deutschland. Optionen und Konzepte sowie politische Entscheidungen als Einstieg in einen grundlegenden Transformationsprozess. In *Soziale Sicherungssysteme und demographische Herausforderungen*, hrsg. W. Schmäh, V. Ulrich, 123-204. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Schröber, J., F. Micheel, V. Cihlar. 2015. Übergangskonstellationen in die Altersrente – Welche Rolle spielen Humankapital und betrieblicher Kontext? In *Mittendrin? Lebenspläne und Potenziale älterer Menschen beim Übergang in den Ruhestand*, hrsg. N. F. Schneider, A. Mergenthaler, U. M. Staudinger, I. Sackreuther, 195-216. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Shultz, K. S., K. R. Morton, J. R. Weckerle. 1998. The influence of push and pull factors on voluntary and involuntary early retirees' retirement decision and adjustment. *Journal of Vocational Behavior* 53 (1): 45-57.
- Solinge, van H., K. Henkens. 2005. Couples' adjustment to retirement: A multi-actor panel study. *The Journals of Gerontology Series B: Psychological Sciences and Social Sciences* 60: 11-20.
- Solinge, van H., K. Henkens. 2007. Involuntary retirement: The role of restrictive circumstances, timing, and social embeddedness. *The Journals of Gerontology Series B: Psychological Sciences and Social Sciences* 62 (5): 295-303.
- Solinge, van H. 2013. Adjustment to retirement. In *Oxford library of psychology. The Oxford handbook of retirement*, hrsg. M. Wang, 311-324. New York: Oxford University Press.
- Tabachnick, B. G., L. S. Fidell. 2007. *Using multivariate statistics*, 5. Aufl. Boston: Allyn and Bacon.
- Wang, M. 2007. Profiling retirees in the retirement transition and adjustment process: Examining the longitudinal change patterns of retirees' psychological well-being. *Journal of Applied Psychology* 92 (2): 455-474.
- Wang, M., K. Henkens, H. van Solinge. 2011. Retirement adjustment: A review of theoretical and empirical advancements. *American Psychologist* 66 (3): 204-213.
- Wegener, B. 1985. Gibt es Sozialprestige? *Zeitschrift für Soziologie* 14 (3): 209-235.
- Wetzel, M., O. Huxhold, C. Tesch-Römer. 2016. Transition into retirement affects life satisfaction: Short- and long-term development depends on last labor market status and education. *Social Indicators Research* 125 (3): 991-1009.
- Zähle, T., K. Möhring, P. Krause. 2009. Erwerbsverläufe beim Übergang in den Ruhestand. *WSI Mitteilungen* 62 (11): 586-595.

Physische Mobilität und Gesundheit im Alter

Ansätze zur Reduktion von Pflegebedürftigkeit und Demenz in einer alternden Gesellschaft

Alexander Barth und Gabriele Doblhammer

Zusammenfassung

Der demografische Wandel geht mit einer deutlichen Alterung der deutschen Bevölkerung einher. Pflegebedarf ist ein Phänomen hohen Alters, weshalb die Anzahl Pflegebedürftiger bis 2050 deutlich steigen wird und Möglichkeiten zur Senkung des Pflegebedarfs von großem Interesse sind. Mobilitätseinschränkungen sind ein verbreiteter Risikofaktor für Demenz und Pflegebedarf. Mittels Abrechnungsdaten der Krankenkasse AOK wird die Rolle eingeschränkter Mobilität als Risikofaktor für Demenz und Pflegebedarf empirisch analysiert. Zudem werden innovative Lösungsstrategien vorgestellt, die unter anderem in der Entwicklung neuer Technik bestehen können, um physische Mobilität zu erhalten und somit Demenzen und Pflegebedürftigkeit zu verringern.

Schlüsselwörter

Pflegebedarf, Mobilitätsbeschränkung, Extremitätenverletzung, Demenz, Alterung, Assistenzsysteme

Der demografische Wandel verändert seit Jahrzehnten tiefgreifend die Altersstruktur Deutschlands. Seit mehr als 100 Jahren steigt die Rekordlebenserwartung jedes Jahr etwa um drei Monate an (Christensen et al. 2009), in den letzten fünf Jahrzehnten stieg in Deutschland die durchschnittliche Lebenserwartung um neun Jahre für Männer und acht Jahre für Frauen (Statistisches Bundesamt/Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2014). Die Erhöhung der Lebenszeit aufgrund von Sterb-

lichkeitsreduktionen in den höheren Altersstufen ist, zusammen mit den großen Kohorten der Babyboomer, die Triebkraft der gesellschaftlichen Alterung.

Dies lenkt die Aufmerksamkeit auf die individuelle Situation in den hinzugewonnenen Lebensjahren, und vor allem auf die Entwicklung der Gesundheit im hohen Alter. Nur bei guter körperlicher und geistiger Gesundheit und ohne schwerwiegende Einschränkungen ist ein selbstbestimmtes Leben möglich, ein schlechter Gesundheitszustand bedeutet auch vermehrte Pflegebedürftigkeit. Bis 2050 werden über 10 Millionen 80+Jährige in Deutschland leben und etwa 14 % der Bevölkerung ausmachen (Statistisches Bundesamt/Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2014). Pflegebedarf ist ein Phänomen hohen Alters, so dass Prognosen davon ausgehen, dass sich die Alterung der Gesellschaft mindestens in einer Verdopplung der Anzahl Pflegebedürftiger bis 2050 äußern wird (Doblhammer 2012).

Zwei zentrale Bestandteile der körperlichen und geistigen Gesundheit im Alter – und damit auch wichtige Determinanten für die künftige Entwicklung des Pflegebedarfs – die hier näher betrachtet werden sollen, sind die physische Mobilität und die kognitive Beeinträchtigung in Form demenzieller Erkrankungen. Mobilitätseinschränkungen, oft im Bereich der unteren Extremitäten in Folge von Stürzen, bilden einen Risikofaktor sowohl für das Auftreten einer Demenzerkrankung als auch für das Entstehen von Pflegebedarf.

Vor diesem Hintergrund bietet dieser Beitrag einerseits einen Literaturüberblick über die mit Mobilitätseinschränkungen verbundenen Risiken der Demenz und des Pflegebedarfs. Andererseits wird der Zusammenhang von Verletzung der Extremitäten mit dem Auftreten von Demenzen und Pflegebedarf unter Verwendung der Abrechnungsdaten der „Allgemeinen Ortskrankenkassen“ (AOK) empirisch analysiert. Zudem werden innovative Lösungsstrategien vorgestellt, die in der Entwicklung neuer Technik bestehen können, um physische Mobilität zu erhalten und Demenzen und Pflegebedürftigkeit zu verringern.

1 Determinanten von Pflegebedarf im höheren Alter

In Deutschland wird ein überwiegender Teil der Pflege zu Hause und durch private Hilfeleistungen erbracht. Die Familie, dabei vor allem Lebenspartner sowie Töchter, ist eine wichtige Pflegeressource, die durch ambulante und professionelle Pflegedienstleistungen zumeist lediglich unterstützt wird (Schneekloth 2006). Je höher der Pflegeaufwand wird, das heißt zumeist auch, je höher die von der gesetzlichen Pflegeversicherung nach SGB XI vergebene Pflegestufe von Betroffenen, desto stärker wachsen die Anforderungen an die Pflegenden. Deshalb können stark

pflegebedürftige Personen häufig nicht mehr zu Hause umsorgt werden, sodass eine Inanspruchnahme institutioneller Pflegeangebote erfolgt. Eine eingeschränkte Mobilität reduziert die Selbstständigkeit, erschwert die Inanspruchnahme lindernder Heilmittel (zum Beispiel Massagen oder Krankengymnastik) und erhöht den Pflegebedarf (Schneekloth 2006). Die Pflegekosten steigen mit dem Schweregrad der Pflegebedürftigkeit. Mobilitätsbeschränkungen und Demenzerkrankungen als wichtige Ursachen für eingeschränkte Selbstständigkeit sind somit Ursachen für steigenden Pflegebedarf und steigende Pflegekosten. Insbesondere die in der Folge häufig nötige Betreuung in Pflegeheimen erweist sich als äußerst kostenintensiv (Leicht und König 2012). Folglich ist zukünftig mit einem höheren Pflegebedarf und einer Kostensteigerung für Pflegeleistungen zu rechnen (Leicht und König 2012; Comas-Herrera et al. 2006; Wahl und Schneekloth 2008), da die wachsende Zahl von Pflegebedürftigen, bei konstanten Krankheitsprävalenzen und Inzidenzen, vor allem auch einen Anstieg an Personen mit höheren Pflegestufen und Pflegegraden bedeutet (Schulz et al. 2004). Genaue Prognosen der Entwicklung des Pflegebedarfs sind allerdings schwierig, weil sie vor allem von Trends in der Gesundheit abhängen (Comas-Herrera et al. 2006).

Klar ist, dass die bloße Alterung der Gesellschaft mit einem steigenden Anteil an alten und sehr alten Personen mit einer Zunahme an Krankheiten und Kranken einhergeht, denn das Alter ist die Lebensphase mit dem höchsten Krankheitsrisiko. Im Zusammenspiel mit den demografischen Veränderungen hat sich folglich das Krankheitsspektrum in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verschoben: im Zeitverlauf wurden Epidemie- und infektionsbedingte akute Krankheiten durch chronische Leiden, wie zum Beispiel Herz-Kreislauf-Erkrankungen, abgelöst (Omran 1971). Eine dieser chronischen, unheilbaren Krankheiten stellt auch die Demenz dar. Weltweit wurde die Zahl an Demenz Erkrankter im Jahr 2010 auf etwa 36,6 Millionen geschätzt (Prince et al. 2013), von denen etwa 1,4 Millionen in Deutschland leben (Fink 2014). Prognosen deuten darauf hin, dass diese Zahl zukünftig rasant ansteigen wird. Darüber hinaus ist auch die Prävalenz der meisten typischen altersbedingten Krankheiten zunehmend (Christensen et al. 2009). Welchen Einfluss diese Veränderungen auf das Verhältnis zwischen der Lebensspanne und der Lebenszeit in Krankheit bzw. Gesundheit haben, ist allerdings nicht eindeutig zu beantworten. Denkbar erscheinen sowohl ein Zugewinn an gesunden Jahren (Fries 1980), als auch eine Erhöhung der Zahl kranker Lebensjahre (Gruenberg 1977; Kramer 1980) oder ein gleichbleibender Anteil kranker und gesunder Jahre über das gesamte Leben (Manton 1982). Empirische Befunde zu diesem Sachverhalt sind bislang begrenzt und abhängig von der Art der Messung von Gesundheit und Krankheit (meist per gesunder Restlebenserwartung), liefern jedoch Anzeichen für eine absolute und relative Zunahme gesunder Lebenszeit (Kroll

und Ziese 2009): die Menschen werden älter und sind länger gesund, während die Phase starker Einschränkungen zum Lebensende relativ betrachtet kürzer wird. Eine Ursache besteht in der Verbesserung medizinischer Standards. Eine frühere Diagnosestellung, bessere Therapien und Technologien sowie neue Möglichkeiten der Prävention resultieren in höheren Überlebensraten bei vielen Erkrankungen. Zusätzlich haben verbesserte Lebens- und Arbeitsbedingungen zu einer Verlängerung des Lebens und einer Steigerung der gesunden Lebenszeit beigetragen. Durch zunehmende Bildung erhöhen sich zudem das Gesundheitsbewusstsein sowie das Wissen über Risikofaktoren. Und auch sozialpolitische Anpassungen, der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Einsatz technischer Hilfsmittel reduzieren den negativen Einfluss der Symptome vieler Krankheiten auf die Lebensqualität. Somit wird deutlich: Eine gesunde, aktive und autonome Lebensführung ist keineswegs lediglich eine Frage der Gesundheit, sondern hängt auch in starkem Maße davon ab, wie der Umgang mit den gegebenen Krankheiten und Einschränkungen gehandhabt wird. Neue Therapien oder Technologien können an diesem Punkt eine wichtige Rolle einnehmen.

2 Physische Mobilität und Gesundheit im Alter

Der Gesundheitszustand im Verlauf des Alterungsprozesses und das Auftreten von Krankheiten und Einschränkungen sind Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels von persönlichen Anlagen, der Umwelt, dem sozioökonomischen Status, dem Familienstand und dem Lebensstil. Letzterer stellt einen innerhalb eines gewissen Rahmens modifizierbaren Faktor dar. Eine zentrale Rolle im Bereich des Lebensstils nimmt die physische Aktivität ein, die als protektiver Faktor für zahlreiche Krankheitsbilder identifiziert wurde. Eine Vielzahl bisheriger Untersuchungen berücksichtigt insbesondere die Gehfähigkeit als Indikator der Mobilität und definiert folglich Einschränkungen im Gehvermögen als mobilitätslimitierend (Shumway-Cook et al. 2005). Körperlich aktive Personen sind nur seltener auf Unterstützung in ihrer alltäglichen Lebensführung angewiesen, weil sie zahlreiche Aktivitäten dank ihrer Mobilität selbstständig bestreiten können, sondern weisen auch seltener vaskuläre Risikofaktoren auf, zeigen bessere Gedächtnisleistung und reduzieren ihr Risiko, an einer vaskulären Demenz oder einer Alzheimer-Demenz zu erkranken (Lautenschlager et al. 2008; Aarsland et al. 2010; Hamer und Chida 2009). Die Aktivität wirkt dabei bilateral (Lee 2014): ein hohes Maß wirkt präventiv, körperliche Inaktivität dagegen erhöht das Risiko einer Demenz. Schließlich können sowohl vaskuläre Demenzen als auch die Alzheimer-Demenz

durch regelmäßige körperliche Aktivität kurzfristig (Lautenschlager et al. 2008) und langfristig (Bruijn et al. 2013) vermieden oder zumindest verzögert werden (Aarsland et al. 2010). Regelmäßige Bewegung ist zuträglich für das Wohlbefinden und den allgemeinen Gesundheitszustand und wirkt protektiv gegenüber Diabetes und Bluthochdruck (Warburton 2006; Mehlig et al. 2014). Einschränkungen der physischen Aktivität äußern sich in reduzierter Mobilität, was mit reduzierter sozialer Teilhabe, reduzierter Selbstständigkeit und erhöhter Einsamkeit und Isolation einhergeht. Inaktivität, Einsamkeit, eine schlechte Gemütslage und soziale Isolation haben die entgegengesetzte Wirkrichtung und wirken risikofördernd anstatt protektiv hinsichtlich der genannten Krankheiten (Carlson et al. 2008; Karp 2005; Ravaglia et al. 2008).

Mobilitätsbeschränkungen können als typisches Altersphänomen verstanden werden und stellen sich als „Lücke“ zwischen den individuellen, körperlichen Fähigkeiten und den Anforderungen der Umwelt dar. Mit steigendem Alter erhöht sich auch das individuelle Risiko, in der Mobilität eingeschränkt zu sein. Dies ist auf typische Veränderungen, die mit dem Altern einhergehen, zurückzuführen (Li und Lindenberger 2002): den Rückgang körperlicher Fähigkeiten (Balzi et al. 2009), die Zunahme des Risikos für Stürze und daraus resultierende Komplikationen (Grund et al. 2015; Rubenstein 2006) sowie die Verminderung der audiovisuellen Fähigkeiten (Bainbridge und Wallhagen 2014; Wormald et al. 1992). Alle drei Faktoren beeinflussen die Möglichkeit des Bewegens in der Umwelt und können somit als mobilitätsdefinierend verstanden werden. Außerdem können für die Mobilität im Alter weitere Einflussfaktoren wichtige Rollen spielen: Eine hohe körperliche Aktivität reduziert das Risiko einer Mobilitätsbeschränkung im Alter nachweislich (Balzi et al. 2009; Brown und Flood 2013). Folglich wirken auch durch Inaktivität begründete Symptome und Krankheitsbilder wie Übergewicht und Gleichgewichtsstörungen, Diabetes (Brown und Flood 2013) oder Bluthochdruck (Balzi et al. 2009) nachweislich ungünstig auf die körperliche Funktionalität ein. Chronische Krankheiten, beispielsweise eine Arthritis (Brown und Flood 2013) sowie kardiovaskuläre Risikofaktoren (Ischämische Herzkrankheit, Vorhofflimmern, Herzinsuffizienz) und zerebrovaskuläre Störungen (Schlaganfall) begünstigen die Ausbildung einer Mobilitätsbeschränkung ebenfalls, wobei insbesondere das gleichzeitige Auftreten mehrerer Risikofaktoren negativ wirkt (Welmer et al. 2013). Auch Einschränkungen der Sensorik setzen den funktionalen Status herab, was sowohl für das Sehvermögen (Swenor et al. 2015; Rubin et al. 1994) und das Hörvermögen (Bainbridge und Wallhagen 2014; Dalton et al. 2003) separat, als auch verstärkt für die Kombination beider Einschränkungen (Crews und Campbell 2004; Keller et al. 1999) nachgewiesen werden kann. Auffällig ist in diesem Zusammenhang, dass diese Risikofaktoren und ihre Symptome weitestgehend durch ärztliche Screenings

bereits in einem frühzeitigen Stadium ermittelt und behandelt werden könn(t)en, womit sich die negativen Auswirkungen reduzieren ließen.

In ihrer Konsequenz beeinflussen Mobilitätsbeschränkungen körperliche, psychologische und soziale Aspekte des Lebens (Brown und Flood 2013). Somit umfasst der Begriff der Mobilität letztlich mehr als nur die Bewegung und das Gehen an sich, sondern bestimmt auch das Ausmaß der gesellschaftlichen Integration. Anders als bei vielen anderen Krankheiten zeigt sich hier jedoch ein erfreulicher Trend: während kardiovaskuläre und andere chronische Krankheiten stetig auf dem Vormarsch sind, können für die altersstandardisierte Prävalenz von Mobilitätsbeschränkungen jährliche Verbesserungen ermittelt werden (Christensen et al. 2009; Wolf et al. 2005). Dem Anstieg der Anzahl an Erkrankungen, Symptomen und Einschränkungen steht somit ein Rückgang der daraus erwachsenden funktionalen Beeinträchtigungen gegenüber. Auch technische Hilfsmittel tragen zu dieser positiven Entwicklung bei.

Mobilitätseinschränkungen dienen damit als ein frühes Indiz für pathologische Auffälligkeiten. Reduzierte Mobilität resultiert in ungleichen Partizipationsmöglichkeiten, die Teilnahme an verschiedenen Bereichen des sozialen Lebens wird erschwert. Die Erhaltung der Mobilität dient also sowohl der Aufrechterhaltung der Eigenständigkeit, als auch der Senkung der Risiken alterstypischer Erkrankungen, darunter auch der Demenz.

2.1 Stürze und Verletzung der Extremitäten (VdE) im höheren Alter

Stürze sind im höheren Alter ein häufiges Phänomen. Ältere Menschen weisen ein erhöhtes Sturzrisiko auf und erleben als Folge von Stürzen oftmals klinische Komplikationen (Fasano et al. 2012; Grund et al. 2015). Oberschenkelfrakturen, Hüftfrakturen und weitere Knochenbrüche wirken nicht nur per se mobilitäts-einschränkend und funktionsreduzierend (Becker et al. 1999), sondern die damit verbundenen Krankenhausaufenthalte gehen oftmals mit einem zusätzlichen Verlust der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit einher (Calero-García et al. 2014; Grund et al. 2015). Stürze können die Folge von eingeschränkter Mobilitätsfähigkeit sein, die multifaktoriell bedingt sein kann, z. B. durch Muskelschwäche in den Beinen, Störungen des Gangs und des Gleichgewichts, Einschränkungen im Sehvermögen sowie kognitive und funktionelle Beeinträchtigungen (Nikolaus 2005). Durch die häufig aus Stürzen folgenden Frakturen und anderen unteren VdE können Stürze ebenso Ursache für eingeschränkte Mobilität sein. Ein erster Sturz erhöht das Risiko für weitere Stürze (Bueno-Cavanillas et al. 2000) sowie

körperliche und psychische Folgeerkrankungen signifikant. Mit der Depression (Brown und Flood 2013), nicht affektiven Psychosen, der Schizophrenie (Viertiö et al. 2009) und der emotionalen Labilität (MacLennan et al. 1987) können auch psychische Komponenten unter den Risikofaktoren für eine Mobilitätsbeschränkung ausgemacht werden. Eine Reduktion oder Modifikation von häuslichen Gefahrenquellen kann den Einfluss dieser Sturzursachen reduzieren und sich somit positiv auf das Sturzrisiko auswirken. Auch eine möglichst geringe Medikation sowie körperliche Aktivität wirken protektiv, sodass Hilfsmittel wie Sensormatten, spezielle Seniorenschuhe oder Haltegriffe das Sturzrisiko verringern und folglich Mobilitätsbeschränkungen oder andere gesundheitliche Defizite verhindern oder zumindest reduzieren können.

2.2 Das Krankheitsbild der Demenz

Demenz bedeutet „ohne Geist“ bzw. „mit abnehmendem Verstand“. Demenzen an sich stellen jedoch kein konkretes Krankheitsbild dar, sondern fungieren als Oberbegriff für verschiedene Krankheitsformen des Gehirns. Der kognitive Abbau ist ein natürlicher Prozess, der dem Altern inhärent ist. Dem normalen, altersbedingten Rückgang der kognitiven Leistungsfähigkeit steht jedoch in einigen Fällen auch ein pathologischer, krankhafter Verlauf gegenüber, der durch einen fortschreitenden Abbauprozess des Gehirns gekennzeichnet ist (Doblhammer 2012). Gemäß Definition der ICD (International Classification of Diseases) führt dieser zu einem Verlust kognitiver Funktionen (Gedächtnis, Denken, Orientierung, Auffassung, Rechnen, Lernfähigkeit, Sprache, Urteilsvermögen) sowie zu Persönlichkeitsveränderungen (Veränderung der emotionalen Kontrolle, des Sozialverhaltens, der Motivation) (ICD-10, Code F00-F03) (Weltgesundheitsorganisation 2006).

In Deutschland leiden derzeit etwa 1,4 Mio. Menschen an einer Demenz (Fink 2014). Der häufigste Demenztyp ist die Alzheimer-Demenz, gefolgt von vaskulären Demenzen und Mischformen (Doblhammer 2012; Sütterlin et al. 2011). Uneinheitliche diagnostische Kriterien, die ungenaue Definitionen der Faktoren, die individuell zur Entstehung der Krankheit geführt haben, sowie die Häufigkeit gemischter Formen erschweren jedoch die Bestimmung der Prävalenzen der einzelnen Krankheitsformen.

Bis zum Alter 74 ist die Demenzprävalenz in Deutschland niedrig und liegt unter 4 %; das heißt, weniger als 4 von 100 Personen leiden in diesem Alter unter einer Demenz. Mit steigendem Alter erhöht sich dieser Anteil exponentiell und verdoppelt sich etwa alle 5 bis 6 Jahre. Insbesondere in den höchsten Altersstufen sind Frauen deutlich häufiger von einer Demenz betroffen als Männer (Doblhammer 2012, S.

47). Wie die Prävalenz erfährt auch die Demenzzinzidenz einen exponentiellen Anstieg mit zunehmendem Alter. Die Inzidenz gibt den Anteil der Neuerkrankungen an der gesunden Bevölkerung an und ist bis zum Alter 74 geringer als 1 %. In den höchsten Altersstufen erhöht sich dieser Wert jedoch auf 8 % bis 10 %, das heißt, im Alter 95+ erkranken 8 bis 10 von 100 bis dahin gesunden Personen an einer Demenz (Doblhammer 2012, S. 61). Aus dieser Altersabhängigkeit ergeben sich in Zeiten des demografischen Wandels, der einhergeht mit einem wachsenden Anteil sowie einer steigenden Anzahl alter Menschen, neue Herausforderungen. Die meisten Erkrankten sind nicht mehr zu einer selbstständigen Lebensführung in der Lage und benötigen Betreuung und Unterstützung, weshalb Demenzen eine der Krankheitsformen bilden, die am häufigsten eine Pflegebedürftigkeit im Alter begründen. Die Wahrscheinlichkeit der Pflegebedürftigkeit steigt mit zunehmendem Schweregrad der Erkrankung und höherem Alter (Rothgang et al. 2010). Eine Erhöhung des formellen und informellen Pflegebedarfs für die Zukunft ist somit in den kommenden Jahrzehnten zu erwarten.

Als Risikofaktoren für die Ausbildung einer Demenz werden die körperliche Inaktivität (Aarsland et al. 2010; Bruijn et al. 2013) verbunden mit Störungen im Gangmuster (Verghese et al. 2002), Übergewicht und Adipositas (Kalaria et al. 2008), vaskuläre Erkrankungen, wie Bluthochdruck, Diabetes, Arteriosklerosen oder Herzrhythmen (Kalaria et al. 2008; Coley et al. 2008), Schlaganfälle und psychische Störungen (Barba et al. 2000) benannt. Dabei gilt es zu bedenken, dass gesundheitliche Risiken und Risikofaktoren sich im Lebenslauf akkumulieren und insbesondere das Vorhandensein mehrerer Risikofaktoren einen äußerst negativen Effekt hat.

2.3 Mobilitätsbeschränkungen als Risikofaktor für Demenz

Mobilitätsbeschränkungen können das Risiko der Demenz erhöhen, da sie zum einen die soziale Teilhabe und psychosoziale Aktivität reduzieren und mit kognitiven Beeinträchtigungen wie Depression, Delirium und Demenz assoziiert sind (Krogseth et al. 2014; Matheny et al. 2011; Lundström et al. 2003; Dal Bello-Haas, Vanina P M et al. 2012). Zum anderen setzen Mobilitätsbeschränkungen auch die körperliche Aktivität herab und erhöhen die Gebrechlichkeit des Alters, die ebenso das Risiko der Demenz erhöht (Lo et al. 2014; Bentler et al. 2009).

Dem Zusammenhang zwischen Mobilitätsbeschränkungen und Demenzen liegen verschiedene Mechanismen zu Grunde. Die Mobilitätsbeschränkung begrenzt die körperliche Aktivität und soziale Teilhabe (Lo et al. 2014; Bentler et al. 2009) und verhindert somit potenzielle präventive Faktoren der Demenz (Wang et al. 2002; Norton et al. 2014). Sie sind ein wichtiger Risikofaktor für psychosoziale Beeinträch-

tigungen wie Depressionen und das Gefühl der Isolation (Dal Bello-Haas, Vanina P M et al. 2012). Insbesondere Verletzungen der unteren Extremitäten erhöhen bei älteren Patienten das Risiko einer kognitiven Beeinträchtigung, einschließlich Delirium und Depression (Krogseth et al. 2014; Matheny et al. 2011), die wiederum das Risiko einer Demenzerkrankung verstärken (Bennett und Thomas 2014; Lundström et al. 2003; Inouye et al. 2014; Davis et al. 2012) und zu einem stärkeren, progressiveren Verlauf der Demenz beitragen (Fong et al. 2009; Rapp 2011). Eine aktuelle Review-Analyse zeigt bei epidemiologischen, biologischen und tierexperimentellen Studien eine ständige kognitive Beeinträchtigung sowie Demenz infolge eines Delirs (Inouye et al. 2014). Stürze stellen den Hauptgrund für VdE bei älteren Leuten dar (Aschkenasy und Rothenhaus 2006). Stürze und die damit verbundene Angst vor dem Stürzen führen zu langfristigen Aktivitätsbeschränkung (Delbaere et al. 2004; Nyman et al. 2013). Diese körperlichen und sozialen Einschränkungen erhöhen das Risiko der Demenzerkrankung.

Kognitive Einschränkungen und Demenzerkrankungen können in umgekehrter Wirkrichtung allerdings auch einen Risikofaktor für Stürze und somit Mobilitäts-einschränkungen darstellen. Stürze können als Prä-Symptom oder frühes Anzeichen einer undiagnostizierten Demenz oder chronischen Erkrankung auftreten, sodass Personen, die einen Sturz oder eine VdE erleben, möglicherweise bereits im Vorfeld an leichten kognitiven Einschränkungen oder einer moderaten Demenz gelitten haben. Unregelmäßigkeiten im Gang oder Gleichgewichtsstörungen sind beispielsweise Auswirkungen der Nicht-Alzheimer-Demenz (Allan et al. 2005). Vermutet wird, dass VdE in manchen Fällen eine Demenz begünstigen, indem sie mittels verminderter Mobilität die kognitive Aktivität herabsetzen, in anderen Fällen jedoch eher ein Anzeichen für ein erhöhtes Demenz-Risiko oder eine bereits vorliegende Demenz sind (Inouye et al. 2014). Damit wirkt die Sturzprävention ebenfalls risikomindernd im Hinblick auf das Auftreten von Demenzerkrankungen.

3 Empirische Studie

Zur Beurteilung des Einflusses von VdE auf Demenz und Pflegebedarf wurden Analysen unter Verwendung von Daten der größten gesetzlichen Krankenkasse Deutschlands, der „Allgemeinen Ortskrankenkasse“ (AOK) durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, um wieviel das Risiko der Demenz bzw. des Auftretens von Pflegebedarf bei Vorliegen einer VdE erhöht ist. In einer gemeinsamen Betrachtung der Endpunkte Demenz, Pflegebedarf und Tod lassen sich die Anzahl der Lebensjahre eruieren, die durch eine VdE verloren werden.

3.1 Datengrundlage – Die Routinedaten der gesetzlichen Krankenkasse AOK

Die Analysen basieren auf den Daten der AOK, der größten gesetzlichen Krankenkasse in Deutschland, die etwa ein Drittel der deutschen Bevölkerung im Alter 50+ und mehr als die Hälfte der Über-85-Jährigen versichert (Schulz und Doblhammer 2012). Die Daten werden für alle Personen, die mindestens einen Tag versichert waren – unabhängig davon, ob eine medizinische Behandlung in Anspruch genommen wurde oder nicht – aus Abrechnungszwecken routinemäßig erfasst. Sie liefern quartalsweise Informationen über ärztliche Diagnosen gemäß ICD-10, die Art des behandelnden Arztes, Verschreibungen, Kosten, Zuzahlungen, Rehabilitationsmaßnahmen inklusive diagnostischer Prognosen, Geburts- und Sterbedaten, die Postleitzahl und das Geschlecht jedes Versicherten. Erfasst werden lediglich Diagnosen, die für die medizinische Behandlung relevant sowie erstattungsfähig durch die Versicherung sind. Der große Vorteil der Routinedaten besteht darin, dass Panelattrition – ein typisches Problem längsschnittlicher Surveydaten – ausgeschlossen ist, die Verlässlichkeit der medizinischen Informationen sehr hoch ist und zudem sämtliche Bevölkerungsgruppen, beispielsweise auch Personen in Pflegeheimen, enthalten sind.

Unter allen erfassten Versicherten, die im ersten Quartal des Jahres 2004 versichert waren und vor 1954 geboren wurden, wurde eine altersstratifizierte Stichprobe gezogen. Der Beobachtungszeitraum erstreckt sich von 2004 bis 2010. Analysiert werden letztlich Personen im Alter ab 65 Jahren im Zeitraum zwischen 2006 und 2010.

Obgleich sämtliche nachfolgenden Analysen (zur Demenz und zur Pflege) auf demselben Datensatz beruhen, unterscheiden sich die betrachteten Stichproben in den einzelnen Analyseschritten in ihrer Größe und Komposition. Dies ist auf Unterschiede in der angestrebten Zielvariable zurückzuführen: für die Analysen über die Demenz-Inzidenz werden bereits an Demenz Erkrankte (Fälle mit prävalenter Demenz) ausgeschlossen (Abbildung 1) und für die Analyse zu Pflegerisiken werden bereits in Pflege befindliche Fälle entfernt (Abbildung 2).

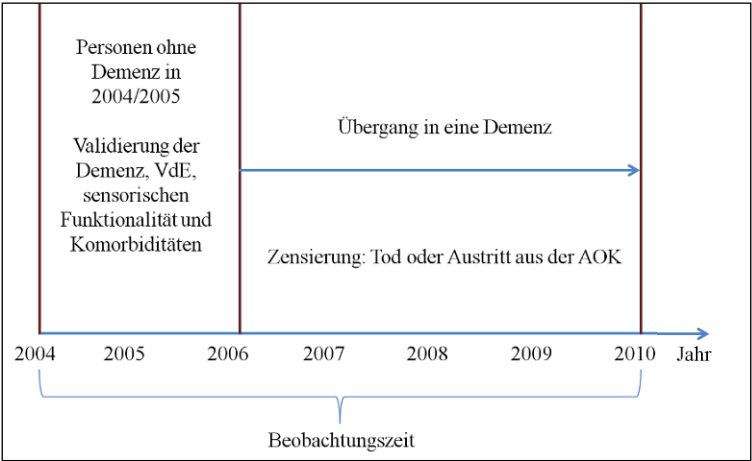


Abb. 1 Betrachtete Zielpopulation in den Analysen der Demenz-Inzidenz
Quelle: AOK, 2006-2010, eigene Darstellung.

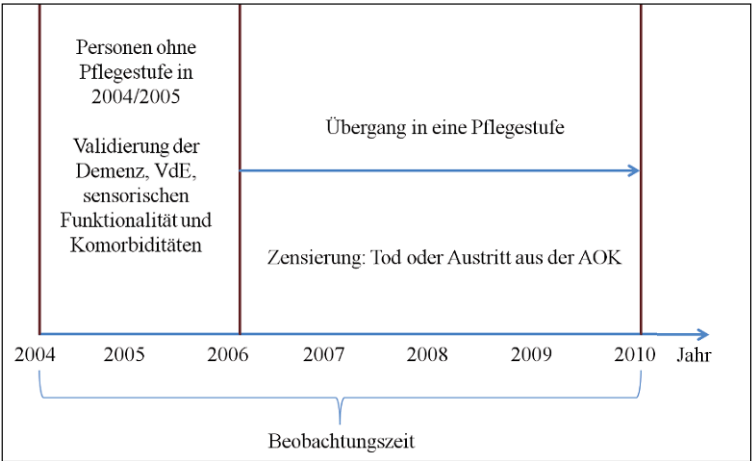


Abb. 2 Betrachtete Zielpopulation in den Analysen der Pflegerisiken
Quelle: AOK, 2006-2010, eigene Darstellung

3.2 Definition von Demenz und Pflege

Das Syndrom der Demenz wird in den nachfolgenden Analysen über folgende Codes der ICD-10 abgebildet: F00/G30 (Alzheimer-Krankheit/Alzheimer-Demenz), F01 (Vaskuläre Demenz), F02 (Demenz bei andernorts klassifizierten Krankheiten), F03 (Nicht näher bezeichnete Demenz), F05.1 (Delir, nicht durch Alkohol oder andere psychotrope Substanzen bedingt), G23.1 (Pigmentierte Pallidumdegeneration), G31.0 (Umschriebene Hirnatrophie), G31.82 (Lewy-Körper-Demenz).

Eine differenzierte Betrachtung der verschiedenen Demenz-Formen erfolgt nicht. Um die Genauigkeit bei der Identifizierung von Demenz-Diagnosen zu erhöhen sowie fälschliche Diagnosen zu erkennen, wurde eine zweistufige Validierungsprozedur angewendet. Ein valider Demenzfall erfordert wiederholte Diagnosen in mindestens zwei der folgenden drei Umstände: Diagnosen von Ärzten unterschiedlicher Fachrichtungen, übereinstimmende stationäre und ambulante Diagnosen innerhalb eines Quartals oder wiederholte, mindestens zweifache Diagnosen innerhalb des Beobachtungszeitraumes. Eine inzidente Demenz liegt vor, wenn im Zeitraum 2004 und 2005 keine Demenz diagnostiziert wurde und erstmals eine validierte Demenzdiagnose zwischen 2006 und 2010 vergeben wurde. In den Analysen bezüglich der Demenz fungiert die inzidente Demenz als abhängige Zielvariable. Sowohl prävalente als auch inzidente Pflegefälle sind in den Analysen eingeschlossen, genauso alle Personen bis zu ihrem Sterbemonat.

Die Pflegebedürftigkeit im Sinne der gesetzlichen Pflegeversicherung SGB XI ist, neben der Demenz, der zweite untersuchte Zielzustand und wird über das Erreichen einer Pflegestufe abgebildet. Die niedrigste Pflegestufe wird bei Einschränkungen in den Aktivitäten des täglichen Lebens vergeben, bei denen im Tagesdurchschnitt Hilfebedarf von mindestens 90 Minuten, davon mindestens 45 Minuten für die Grundpflege, besteht. Bei der höchsten Pflegestufe besteht ein Zeitaufwand im Tagesdurchschnitt von mindestens fünf Stunden, davon mindestens vier Stunden für die Grundpflege. Ein inzidenter Pflegefall liegt vor, wenn erstmals im Zeitraum 2006 bis 2010 eine Pflegestufe zugesprochen wurde. Personen, die vor 2006 bereits eine Pflegestufe erhalten haben, sind aus der Analyse ausgeschlossen. Sowohl prävalente als auch inzidente Demenzfälle sind in den Analysen eingeschlossen, genauso alle Personen bis zu ihrem Sterbemonat.

3.3 Definition von Mobilitätsbeschränkungen

Mobilitätsbeschränkungen stellen in der ICD-10 Klassifizierung keine eigenständige Verschlüsselung dar, sodass Einschränkungen der Mobilität aus den ICD-10

Diagnosen abgeleitet werden. Es werden insgesamt drei Gruppen von Verletzungen und Beschwerden berücksichtigt, die unterschiedliche Bereiche der Mobilität tangieren: in Kapitel 19 der ICD-10 sind erfasst: (1) untere VdE, (2) obere VdE, (3) als zusätzliche Kontrolle werden mobilitätsrelevante Einschränkungen des Charlson-Komorbiditäts-Indexes berücksichtigt.

Zu den zu unteren VdE zusammengefassten Diagnosen zählen: Frakturen in Hüfte und Oberschenkel, Knie, Unterschenkel, Knöchelregion und Fuß (ICD-10 Codes S70 bis S99), sowie oberflächliche Verletzungen, offene Wunden, Frakturen, Luxationen, Quetschungen, Verbrennungen, Erfrierungen, Amputationen an unteren Extremitäten (entsprechende Abschnitte aus T).

Für obere VdE werden Frakturen der Schulter und des Oberarms, des Ellbogens, des Unterarms, des Handgelenks und der Hand (ICD-Codes S40 bis S69) sowie oberflächliche Verletzungen, offene Wunden, Frakturen, Luxationen, Quetschungen, Verbrennungen, Erfrierungen, Amputationen an oberen Extremitäten betrachtet (T-Abschnitte).

Auf Basis dieser Differenzierung ist es möglich, einzelne betroffene Körperregionen sowie deren Kombination zu analysieren. Die Auswahl der Gruppen beruht zum einen auf der genauen Kategorisierung, die anhand der S- und T-Codes möglich ist und zum anderen auf der Häufigkeit der einzelnen Diagnosen in den AOK-Daten.

Als Kontrollvariable wird zudem der modifizierte Charlson-Komorbiditäts-Index als Indikator analysiert. Dieser Index stellt ein etabliertes Messinstrument in der klinischen, medizinischen und epidemiologischen Forschung dar und subsumiert verschiedenartige Komorbiditäten. Der Index ermöglicht es, die Stärke der gesamten gesundheitlichen Belastung abzuleiten sowie im medizinischen Bereich die Intensität von Behandlungen abzuwägen. Unsere Modifizierung erfolgte dahingehend, dass lediglich neun Krankheitsbilder berücksichtigt werden, die als mobilitätsrelevant verstanden werden können: Myokardinfarkt, Herzinsuffizienz, periphere Gefäßerkrankung, zerebrovaskuläre Erkrankung, chronisch obstruktive Lungenerkrankung, Rheuma, Diabetes, Halbseiten- und Querschnittslähmung, bösartiger Tumor.¹ Der Index gibt an, wie viele dieser neun Komorbiditäten vorliegen und kann somit Werte

1 ICD-Codes: I21, I22, I25.2, I43, I50, I09.9, I11.0, I13.0, I13.2, I25.5, I42.0, I42.5, I42.6, I42.7, I42.8, I42.9, P29.0, I70, I71, I73.1, I73.8, I73.9, I77.1, I79.0, I79.2, K55.1, K55.8, K55.9, Z95.8, Z95.9, G45, G46, H34.0, J60, J61, J62, J63, J64, J65, J66, J67, I27.8, I27.9, J68.4, J70.1, J70.3, M05, M06, M32, M33, M34, M31.5, M35.1, M35.3, M36.0, E10, E11, E12, E13, E14, G81, G82, G04.1, G11.4, G80.1, G80.2, G83.0, G83.1, G83.2, G83.3, G83.4, G83.9. Aus dem ursprünglichen Index wurden somit Ulkuskrankheit, Lebererkrankung, Nierenerkrankung und HIV/AIDS eliminiert.

von 0 (keine dieser Erkrankungen) bis 9 (alle Erkrankungen) erreichen. Eine Differenzierung nach der Schwere oder konkreten Art der jeweiligen Krankheit erfolgt nicht.

3.4 Statistische Methoden

Um den Einfluss verschiedener VdE auf das Risiko für eine Demenz und für Pflegebedarf zu ermitteln, wurden drei analytische Schritte durchgeführt: (1) die Berechnung der altersspezifischen Demenz- und Pflegeinzidenzen, (2) die Berechnung von multivariaten Modellen, (3) die Berechnung eines Multi-State-Modells zur Ermittlung der verlorenen Lebensjahre auf Grund von unteren VdE.

1. Die Inzidenz beschreibt die Häufigkeit von Ereignissen in der Bevölkerung innerhalb eines festgelegten Zeitraumes. In der Medizin gibt die Inzidenz die Anzahl von Neuerkrankungen bzw. Personen, die einen Statusübergang (z. B. in die Pflege oder Sterbefälle) relativ zur Risikopopulation erfahren, an und berechnet sich allgemein durch:

$$\text{Inzidenz im Zeitraum } j = \frac{\text{Häufigkeit Neuerkrankungen/Übergänge im Zeitraum } j}{\text{Anzahl der Personen unter Risiko im Zeitraum } j}$$

Unsere Schätzung der jeweiligen altersspezifischen Inzidenzraten erfolgt durch Gegenüberstellung der Anzahl von Demenzneuerkrankungen bzw. Pflegeeintritte mit der Anzahl der gelebten Personenjahre. Es wurden altersspezifische Raten für die Alter 65 bis 95 berechnet.

2. Für die multivariaten Betrachtungen wurden Cox-Modelle („Cox proportional hazard models“) geschätzt. Cox-Modelle sind ein Verfahren der Regressionsanalyse und erweisen sich besonders dann als geeignet, wenn der Einfluss mehrerer Variablen auf eine Zielvariable untersucht werden soll. Je nach Betrachtungsweise verdeutlichen die Schätzungen den Effekt der Einflussgrößen auf die Lebensdauer bzw. auf das Risiko des Eintritts eines interessierenden Ereignisses. Dabei erfolgt die Annahme, dass die Effekte der Einflussgrößen zeitkonstant („proportional“) sind (Ziegler et al. 2007).

$$h(t|Z) = h_0(t)e^{\sum_{i=1}^p \beta_i X_i}$$

Als Untersuchungszeit wurde für die Cox-Modelle die Anzahl der Monate seit Beobachtungsbeginn (1.Quartal 2006) definiert. Informationen über zeitvariable Merkmale (Alter, Mobilitätsbeschränkungen, Demenz, Komorbiditäten, Pflege, Rehabilitationsmaßnahmen) sind quartalweise erfasst, eine Veränderung in diesen Merkmalen wird auf die Mitte des Quartals datiert. Setzen innerhalb eines Quartals eine Veränderung der Einflussfaktoren und der Tod ein, so wird die Veränderung als vor dem Tod interpretiert. Personen werden so lange verfolgt, bis sie versterben

oder aus der Versicherung ausscheiden. Diese Zensierungen werden auf die Mitte des Quartals datiert, Todesfälle auf die Mitte des Monats des Versterbens.

Es wurden für jeden Zielzustand zwei bzw. drei Modelle gerechnet: Das erste Modell zeigt den Brutto-Effekte der Mobilitätsindikatoren auf den Zielzustand (Eintritt einer Demenz, Übergang in Pflege) ohne Kontrolle für andere Erkrankungen, das zweite Modell den Netto-Effekt kontrolliert für Komorbidität. Das dritte Modell zeigt den Brutto-Effekt der Mobilitätsbeschränkung in Interaktion mit der Demenz (nur für die Zielvariable Pflege). Alle Modelle sind kontrolliert auf Alter und Geschlecht.

3. In dem Multi-State-Modell werden die einzelnen Endpunkte der Cox-Modelle zusammengeführt und die Übergangsraten mit und ohne untere VdE in Lebensjahre transformiert (Putter et al. 2006; van Houwelingen, Anne H. et al. 2014; van Houwelingen, Putter 2008). Es erfolgt eine Beurteilung des Risikos von unteren VdE für den Übergang in die fünf Zustände (1) Gesund, (2) Demenz, (3) Pflege, (4) Demenz & Pflege und (5) Tod. Gesund bedeutet dabei, weder an Demenz zu leiden, noch eine Pflegestufe zu haben. Das Stadium Demenz ist ohne Pflegebedarf zu verstehen, Pflegebedarf meint Pflegefälle ohne Demenz, und das Stadium Demenz und Pflegebedarf enthält Fälle mit beiden Merkmalen. Auf Grund der Ausgestaltung der gesetzlichen Pflegeversicherung beziehen sich Lebensjahre mit Demenz (aber ohne Pflegebedarf) auf Demenzerkrankte, die die Aktivitäten des täglichen Lebens (ADL) noch selbstständig meistern können und daher keine Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten. Dies trifft zu meist auf das Anfangsstadium einer Demenz zu. Lebensjahre mit Pflegebedarf (aber ohne Demenz) beziehen sich auf Personen mit ADL-Beeinträchtigungen entsprechend der gesetzlichen Pflegeversicherung, jedoch ohne Demenzdiagnose. Lebensjahre mit Pflegebedarf und Demenz beziehen sich auf Personen mit ADL-Beeinträchtigungen und einer Demenzdiagnose.

4 Ergebnisse

4.1 Mobilitätsbeschränkungen in der Stichprobe

Abbildung 3 und Abbildung 4 bilden den Prozentanteil der Personenjahre mit VdE ab.² Diese nehmen mit dem Alter zu und Frauen leiden tendenziell eher an ihnen

2 Personen im Datensatz können daher mehrmals in der Abbildung vorkommen (im Alter 65, 66 usw.) und auch mit unterschiedlichen Zuständen (ohne Extremitätenverletzung im Alter 75, mit Verletzung im Alter 77). Jede Person kann maximal zwanzigmal

als Männer. In Abbildung 3 sind beide VdE am seltensten und eine isolierte untere VdE am häufigsten, wobei Männer verhältnismäßig häufiger als Frauen auch an oberen VdE leiden. Im Alter 65 haben 6 % der Männer und 7 % der Frauen eine obere VdE und 7 % der Männer und 9 % der Frauen eine untere VdE erfahren. Jeweils 2 % waren sowohl an den oberen als auch den unteren Extremitäten verletzt. Dieser Anteil ist im Alter 95 deutlich höher, hier haben 7 % der Männer und mit 15 % gut der doppelte Anteil an Frauen bereits beide VdE erlebt. Der Anteil der oberen VdE ist im Alter von 95 mit 14 % bzw. 15 % unbeeinflusst vom Geschlecht, allerdings haben Frauen mit 22 % einen sehr viel höheren Anteil an unteren VdE als Männer. Bei ihnen beträgt der Anteil nur 12 %.

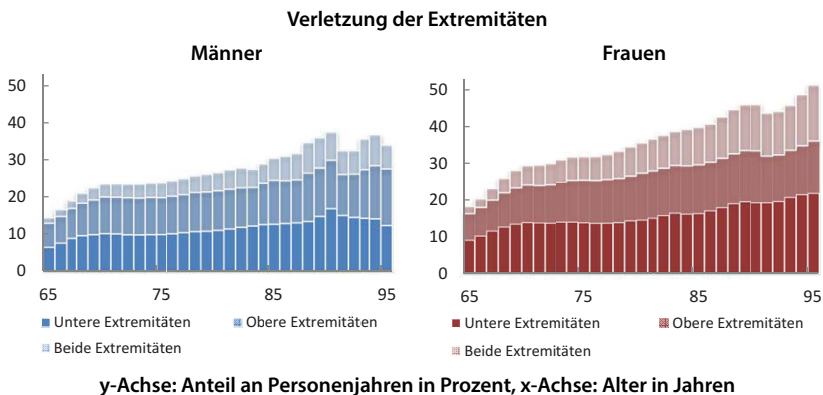
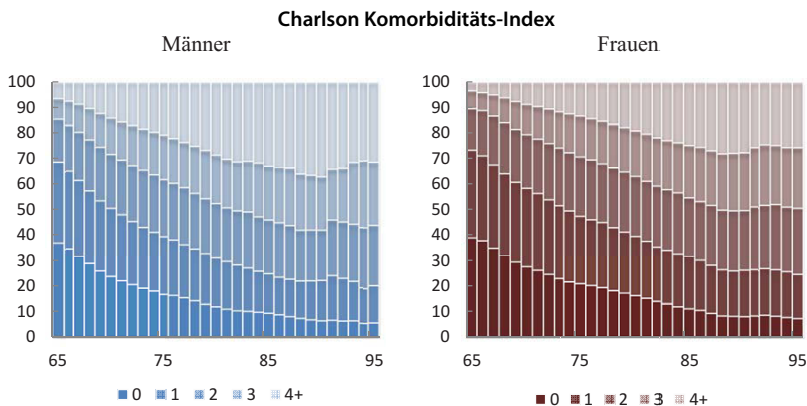


Abb. 3 Verletzung der Extremitäten in der Stichprobe in Prozent der Personenjahre nach Alter, getrennt nach Geschlecht

Quelle: AOK, 2006-2010

auftauchen, einmal für jedes Quartal, wenn sie über die gesamte beobachtete Zeit von 2006-2010 in jeweils vier Quartalen pro Jahr registriert ist. Da in den besonders hohen Altern über 95 die Verteilungen aufgrund der geringen Anzahl Hochaltriger verzerrt sein können, betrachten wir hier nur die bis zu 95-Jährigen. Es ist wichtig zu betonen, dass nicht dieselben Personen über 30 Jahre hinweg abgebildet sind, sondern es sich in den verschiedenen Altern um unterschiedliche Personen handelt. Wir analysieren also keinen tatsächlichen Zeitverlauf, sondern eine Kombination von Quer- und Längsschnitt. Versicherte werden für alle Quartale als Betroffene behandelt, nachdem die Krankheit ein erstes Mal aufgetreten ist.

Beim Charlson-Komorbiditäts-Index (Abbildung 4) verschiebt sich die Verteilung in den höheren Altern hin zu mehreren Krankheiten, während im Alter 65 die größte Gruppe nur unter einer der Krankheiten aus dem Index leidet (32 % der Männer und 35 % der Frauen). Dieser Anteil nimmt im Alter 95 auf 15 % bzw. 17 % ab. Im Alter 95 leiden jeweils etwa ein Viertel der Männer und Frauen unter zwei oder drei der mobilitätsbeschränkenden Krankheiten aus dem Charlson-Index (24 % bzw. 25 % der Männer und 26 % bzw. 24 % der Frauen). 31 % der Männer und 25 % der Frauen im Alter von 95 Jahren leiden unter vier oder mehr der Krankheiten des Indexes.



y-Achse: Anteil an Personenjahren in Prozent, x-Achse: Alter in Jahren

Abb. 4 Charlson-Komorbiditäts-Index in der Stichprobe in Prozent der Personenjahre nach Alter, getrennt nach Geschlecht

Quelle: AOK, 2006-2010

4.2 Demenz

In Abbildung 5 ist die Demenzzinzidenz nach Alter dargestellt, um den exponentiellen Anstieg mit dem Alter zu verdeutlichen. Während der Studiendauer betrachten wir insgesamt 533.993 Personenjahre und 14.829 inzidente Demenz-Fälle. Die gesamte Demenzzinzidenzrate über alle Altersgruppen beträgt 2,78 pro 100 Personenjahre.

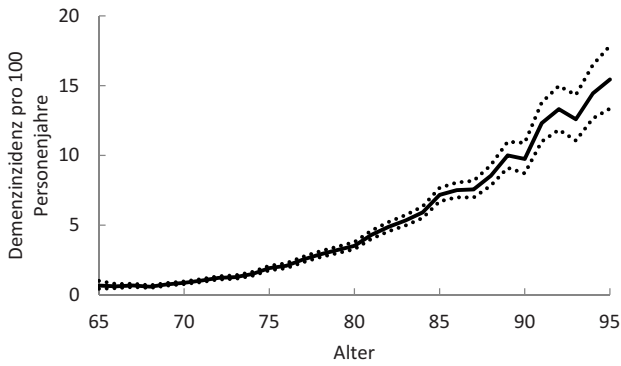


Abb. 5 Demenzzinzidenz nach Alter, Punktschätzer und 95 % Konfidenzintervall
Quelle: AOK, 2006-2010

Der Brutto-Effekt der unterschiedlichen Typen von Extremitätenverletzung auf das Risiko der Demenzerkrankung, jeweils unter Kontrolle von Alter und Geschlecht, ist in Modell 1 abgebildet, das Gesamtmodell enthält die Nettoeffekte unter Kontrolle aller Kovariaten (Tabelle 1).³

Tab. 1 Risiken des Auftretens einer Demenz. Ergebnisübersicht der multivariaten Cox Proportional Hazard-Modelle

	Modell 1		Gesamtmodell	
	HR	95 % KI	HR	95 % KI
Verletzung der Extremitäten				
Keine	1		1	
Untere VdE	1,56	(1,49 - 1,63)	1,4	(1,33-1,46)
Obere VdE	1,42	(1,36 - 1,49)	1,31	(1,25-1,37)
Beide VdE	1,95	(1,84 - 2,06)	1,65	(1,56-1,74)

Modell 1: Kontrolliert für Alter und Geschlecht (nicht dargestellt)
Gesamtmodell: Kontrolliert für Sehbeeinträchtigung, Hörprobleme, Alter, Geschlecht und Charlson-Komorbiditäts-Index (nicht dargestellt)
VdE=Verletzung der Extremitäten
Alle Ergebnisse sind signifikant mit $p \leq 0,05$.

3 Die rohen Raten, die Angaben zur Risikopopulation und zu den neu eingetretenen Demenz- und Pflegefällen finden sich im Projektbericht TEMOA (Doblhammer et al. 2015).

Quelle: AOK, 2006-2010

Kontrolliert auf Alter und Geschlecht erhöhen alle drei Kategorien der VdE das Risiko einer Demenzerkrankung signifikant. Das Vorliegen beider VdE verdoppelt das Risiko der Demenzerkrankung ($HR=1,95$) gegenüber Personen ohne VdE, untere VdE steigern das Risiko um über 56 % ($HR=1,56$). Obere VdE haben eine geringere negative Auswirkung auf das Auftreten einer Demenz als untere VdE, erhöhen das Risiko jedoch ebenfalls, und zwar um 42 % ($HR=1,42$). Die Risiken im Gesamtmodell sind prinzipiell ähnlich zu Modell 1 in Bezug auf die Effektgröße und -richtung, jedoch jeweils etwas niedriger, was auf die Einbeziehung weiterer medizinischer Kovariaten zurückzuführen ist.

4.3 Eintritt in Pflege

Die in Abbildung 6 dargestellte Pflegeinzidenz zeigt erstmals vergebene Pflegestufen. Wie die Demenzinzidenz steigt sie mit dem Alter exponentiell an. Insgesamt werden 510.957 Personenjahre analysiert, es erhalten 25.150 Personen eine Pflegestufe. Daraus ergibt sich eine Gesamtinzidenzrate von 4,92 %. Bis zu einem Alter von 78 Jahren gibt es weniger als 5 Neueintritte in eine Pflegestufe auf 100 Personen ohne Pflegestufe. Ab diesem Alter wird der Anstieg der Pflegeinzidenz stärker. Im Alter von 84 Jahren gibt es erstmals mehr als 10 Neueintritte in eine Pflegestufe auf 100 Personen, mit 88 Jahren bereits mehr als 20.

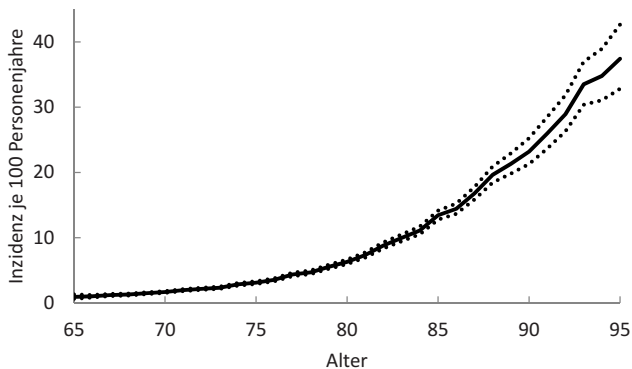


Abb. 6 Pflegeinzidenz nach Alter. Punktschätzer und 95 % Konfidenzintervall

Quelle: AOK 2006-2010

Personen, die eine Verletzung beider Extremitäten erlitten haben, weisen gegenüber Personen ohne VdE das 1,74-fache Risiko auf, eine Pflegestufe zu erhalten (Modell 1a, Tabelle 2). Die Verletzung beider Extremitäten stellt damit die risikoträchtigste Art von VdE dar. Der Vergleich von oberen und unteren VdE zeigt, dass bei Vorliegen einer der beiden Arten vor allem die mobilitätsbeschränkende untere VdE das Pflegerisiko um 30 % erhöht, während obere VdE, die vor allem die Manipulation der Umgebung betreffen, das Risiko lediglich um 9 % erhöhen.

Obwohl im Untersuchungszeitraum für das alleinige Vorliegen einer Demenz keine Pflegestufe vergeben wurde, ist Demenz mit dem mehr als vierfachen Risiko im Vergleich zu Nicht-Demenzkranken ein bemerkenswert starker Risikofaktor für Pflege, der zudem stärker ausfällt als alle VdE (Modell 1b, Tabelle 2). Anhand der zumeist vorliegenden Nebendiagnosen, die wiederum bei der Vergabe einer Pflegestufe berücksichtigt werden, ist dieser Effekt erklärbar. Sobald zukünftig aufgrund der Reform der Pflegestufen hin zu Pflegegraden in Zukunft das alleinige Vorliegen einer Demenz für die Vergabe eines Pflegegrads hinreichend ist, wird dieser Effekt noch an Stärke gewinnen.

Tab. 2 Risiken des Eintritts in eine Pflegestufe. Ergebnisübersicht der multivariaten Cox Proportional Hazard-Modelle

		Modelle 1a-b		Gesamtmodell	
		HR	95 % KI	HR	95 % KI
a	Verletzung der Extremitäten				
	Keine	1		1	
	Untere VdE	1,3	(1,26 - 1,35)	1,14	(1,10 - 1,18)
	Obere VdE	1,09	(1,05 - 1,14)	1,00	(0,97 - 1,05)
	Beide VdE	1,74	(1,67 - 1,82)	1,4	(1,34 - 1,46)
b	Demenz				
	Keine	1		1	
	Ja	4,31	(4,19 - 4,44)	3,86	(3,75 - 3,98)

Modelle 1a-b: Prädiktoren einzeln, jeweils kontrolliert für Alter und Geschlecht (nicht dargestellt)
Gesamtmodell: Prädiktoren gemeinsam, kontrolliert für Sehbeeinträchtigung, Hörprobleme, Alter, Geschlecht und Charlson-Komorbiditäts-Index (nicht dargestellt)
VdE=Verletzung der Extremitäten
Insignifikante Ergebnisse ($p>0,05$) sind kursiv dargestellt.
Quelle: AOK, 2006-2010

Das Gesamtmodell zeigt durch gleichzeitige Berücksichtigung aller verwendeten Variablen die Nettoeffekte auf das Risiko, eine Pflegestufe zu erhalten. Untere und vor allem beide VdE sind auch bei gleichzeitiger Berücksichtigung des weiteren Krankheitsbildes starke Risikotreiber für den Erhalt einer Pflegestufe, ebenso wie Demenz. Modell 2 (Tabelle 3) enthält einen Interaktionseffekt der Mobilitätsbeeinträchtigung mit Demenz. Das gemeinsame Vorliegen einer VdE und Demenz erhöht überproportional das Risiko einer Pflegestufe. Dies trifft insbesondere auf die unteren VdE zu. So haben Personen mit unterer VdE und Demenz ein 5,25 mal so hohes Risiko einer Pflegeinzidenz, als Personen ohne untere VdE und ohne Demenz. Dies gilt auch für Personen mit beiden VdE und Demenz (HR=6,24) und oberer VdE und Demenz (HR=4,98).

Tab. 3 Risiken des Eintritts in eine Pflegestufe. Ergebnisübersicht der multivariaten Cox Proportional Hazard-Modelle; Betrachtung mit Demenz

		Modell 2	
		HR	95 % KI
Verletzung der Extremitäten			
Keine			
	ohne Demenz	1	
Untere VdE			
	ohne Demenz	1,14	(1,09 - 1,19)
	mit Demenz	5,25	(4,96 - 5,56)
Obere VdE			
	ohne Demenz	0,93	(0,89 - 0,98)
	mit Demenz	4,98	(4,68 - 5,30)
Beide VdE			
	ohne Demenz	1,53	(1,45 - 1,62)
	mit Demenz	6,24	(5,83 - 6,68)

Modell 2: Prädiktor interagiert mit Demenz, kontrolliert für Alter und Geschlecht (nicht dargestellt).

Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden in Modell 2 die interagierten Ausprägungen: keine Krankheit, mit Demenz nicht dargestellt.

VdE=Verletzung der Extremitäten. Alle Ergebnisse sind signifikant mit $p \leq 0,05$.

Quelle: AOK, 2006-2010

An dieser Stelle kann bereits kurz bilanziert werden, dass Pflegebedarf vor allem durch kombinierte oder aufeinanderfolgende obere und untere VdE entsteht. Bei gleichzeitigem Vorliegen mit Demenz verschärft sich dieser Zusammenhang nochmals. Ohne Demenzdiagnose erhöhen untere VdE das Pflegerisiko geringer, obere VdE gar nicht. Das Vorliegen einer Demenz ist ein stärkerer Prädiktor von Pflegebedürftigkeit, der durch eine VdE jedoch noch überproportional erhöht wird. Da ebenfalls gezeigt werden konnte, dass VdE weitgehend unabhängig von der Körperregion das Risiko einer Demenz erhöhen, kommt den VdE hier eine Doppelrolle zu. Das unterstreicht gleichermaßen die Wichtigkeit, VdE bestmöglich zu vermeiden.

4.4 Einfluss unterer Extremitätenverletzungen auf verbleibende Lebenserwartung

Das verwendete Multi-State-Modell (Abbildung 7) geht davon aus, dass der körperliche Abbau folgendem Schema folgt: dem Zustand ohne oder mit milde(r) Funktionsstörung ohne klinische Manifestation (Zustand (1) *Gesund*) folgt entweder ein frühes Stadium der Demenz ohne Pflegebedürftigkeit (Zustand (2) *Demenz*) oder der Pflegebedürftigkeit ohne Demenz (Zustand (3) *Pflege*). Darauf folgt die Phase der Pflegebedürftigkeit und Demenz (Zustand (4) *Demenz & Pflege*) und schließlich der Tod (Zustand (5) *Tod*). Eine Verbesserung in den Zuständen ist nicht möglich (Zhou et al. 2016).

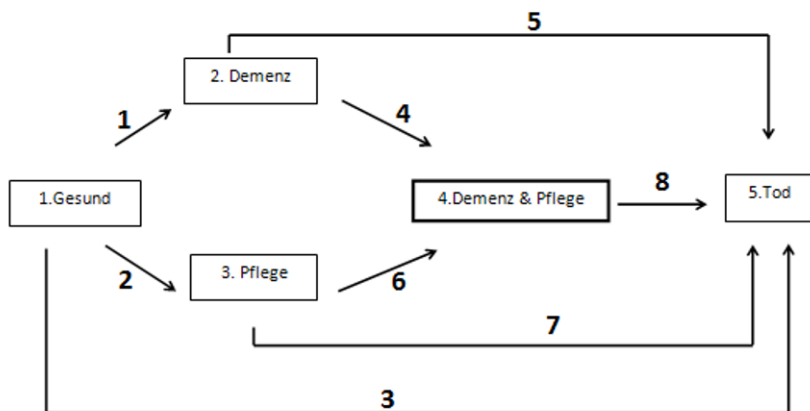


Abb. 7 Aufbau des Multi-State-Modells nach Zhou et al. 2016

Zwischen diesen Zielzuständen gibt es acht Übergänge, die mittels Cox-Modellen geschätzt wurden. Wir vergleichen die Lebensjahre in den vier Zuständen Gesund, Pflege, Demenz und Demenz & Pflege für Personen mit und ohne untere VdE in Abhängigkeit ihres Ausgangszustandes. Die Analyse ist auf die 75- bis 95-Jährigen beschränkt.

Die verbleibende Lebenserwartung einer gesunden 75-jährigen Frau ohne untere VdE beträgt insgesamt 12,61 Jahre. Diese setzen sich aus 8,95 gesunden Lebensjahren (Anfangszustand Gesund), 0,77 Jahren mit *Demenz*, 1,33 Jahren mit *Pflegebedürftigkeit* und 1,56 Lebensjahren im Zustand *Demenz & Pflegebedürftigkeit* zusammen. Erleidet diese Frau im Alter 75 eine untere VdE, verkürzt sich die verbleibende Lebenserwartung auf 10,51 Jahre, davon 6,95 Jahre in Gesundheit. Sie verliert also 2,10 Lebensjahre ($2,10 = 12,61 - 10,51$), davon alleine 2 volle Lebensjahre in Gesundheit. Die Lebensjahre mit Demenz und Pflegebedarf ändern sich hingegen nur marginal (Abbildung 8).

Untere VdE führen vor allem zu einem Verlust von gesunden Lebensjahren. Die vorhergehenden Analysen zeigen, dass dies auf das erhöhte Demenzrisiko zurückzuführen ist, gefolgt von einem erhöhten Sterberisiko. Dieser Befund trifft auch zu, wenn die untere VdE erster Hinweis auf eine unerkannte Demenz ist, da das Fortschreiten des kognitiven Abbaus beschleunigt wird. Mit dem erhöhten Demenzrisiko geht wiederum ein erhöhtes Pflegebedarfsrisiko einher, was erklärt, warum die absolute Anzahl an Lebensjahren mit Pflege und Demenz nur geringfügig tangiert ist. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass bei gesunden älteren Personen untere VdE eine Kaskade von negativen Pfaden in Gang setzen können, die zu einem hohen Verlust an Lebensjahren führen. Die Lebensqualität wird reduziert, da Demenzen und Pflegebedarf die verbleibenden Lebensjahre begleiten. Dies gilt gleichermaßen für beide Geschlechter, wobei in absoluten Lebensjahren der Verlust für Frauen stärker ist als für Männern. Relativ, als Anteil der verbleibenden Lebenszeit betrachtet, ist der Verlust gleich groß.

Für beide Geschlechter gilt, dass untere VdE, unabhängig vom Gesundheitszustand, die verbleibende Lebenserwartung verkürzen und die Lebensqualität reduzieren. Wie bereits oben dargestellt, verkürzen untere VdE das Leben gesunder 75-jähriger Frauen um durchschnittlich 2,1 Jahre und jenes gleichaltriger gesunder Männer um 1,97 Jahre (Abbildung 8).

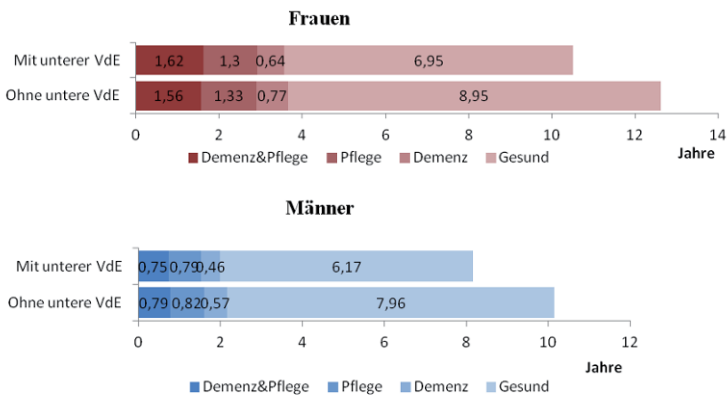


Abb. 8 Zustandsspezifische Lebenserwartung für Frauen und Männer mit dem Ausgangszustand „gesund“
Quelle: AOK, 2006-2010, eigene Darstellung

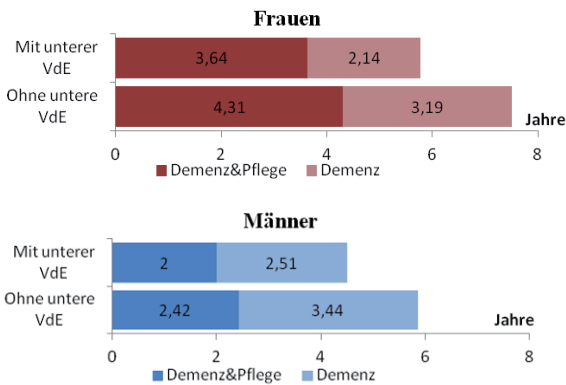


Abb. 9 Zustandsspezifische Lebenserwartung für Frauen und Männer mit dem Ausgangszustand „Demenz“
Quelle: AOK, 2006-2010, eigene Darstellung

Für demenzerkrankte Frauen und Männer, die jedoch nicht pflegebedürftig sind, beträgt der Verlust 1,72 bzw. 1,35 Lebensjahre (siehe Abbildung 9). Etwa zwei Drittel davon (Frauen 1,05 Jahre, Männer 0,93 Jahre) gehen verloren, da die Demenzerkrankten früher pflegebedürftig werden.

Liegt im Alter 75 bereits eine Pflegebedürftigkeit ohne Demenzerkrankung vor, so verkürzt eine untere VdE die Lebenserwartung um 0,82 Jahre (Frauen) bzw. 0,48 Jahre (Männer). Fast 70 % der Lebenszeit (Frauen 0,56 Jahre, Männer 0,33 Jahre) gehen in Folge des früheren Auftretens von Demenzen verloren (Abbildung 10).

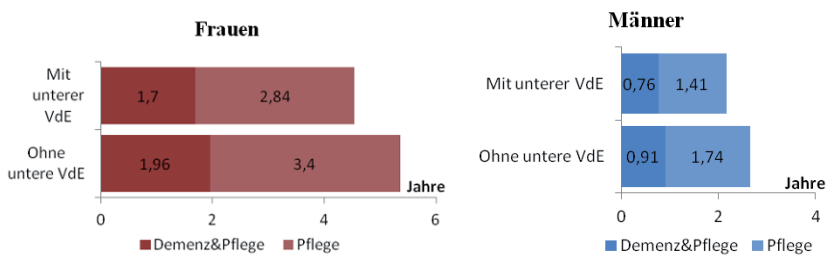


Abb. 10 Zustandsspezifische Lebenserwartung für Frauen und Männer mit dem Ausgangszustand „Pflege“

Quelle: AOK, 2006-2010, eigene Darstellung

Liegen sowohl Demenzen als auch Pflegebedürftigkeit im Ausgangsalter vor, reduziert sich die verbleibende Lebenszeit um 1,03 Jahre bei Frauen und 0,66 Jahre bei Männern (Abbildung 11).

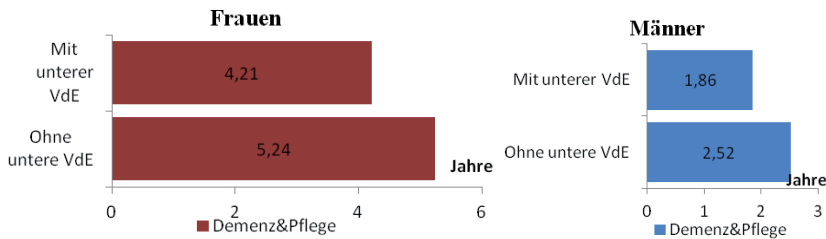


Abb. 11 Zustandsspezifische Lebenserwartung für Frauen und Männer mit dem Ausgangszustand „Demenz & Pflege“

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass untere VdE sowohl bei Demenzerkrankten als auch Pflegebedürftigen zu einem hohen Verlust an Lebensjahren und Lebensqualität führen. Da in dieser Studie Pflegebedürftigkeit entsprechend der Regelungen der gesetzlichen Pflegeversicherung definiert ist, bedeutet dies, dass Pflegebedürftige ohne Demenzen rein körperlich in den Aktivitäten des Lebens beeinträchtigt sind, Demenzerkrankte ohne Pflegestufe hingegen noch keine körperlichen ADL-Beeinträchtigungen haben. Untere VdE führen also generell dazu, dass vor allem Lebensjahre verloren gehen, die nur durch eine der beiden möglichen Einschränkungen beeinträchtigt sind. Lebensjahre mit gleichzeitigem Auftreten von kognitiven und körperlichen Einschränkungen gehen hingegen in einem weitaus geringeren Ausmaß verloren.

5 Zusammenfassung

VdE sind häufig und haben starke Auswirkungen auf Demenzzinzidenz und Pflegebedarf. Ihre Vermeidung bietet somit einen erfolgversprechenden Ansatzpunkt für Assistenzsysteme. Einerseits läge in der Vermeidung von VdE eine Möglichkeit, das individuelle Demenz- und Pflegerisiko deutlich zu reduzieren. Andererseits könnten Assistenzsysteme für die Zeit der Rekonvaleszenz nach einer VdE dazu beitragen, die Sekundärfolgen, wie bspw. ein in diesem Beitrag gezeigtes erhöhtes Demenzrisiko, einzudämmen. Zunächst sollte das Augenmerk hier auf der Prävention liegen, wobei die Verletzungsprävention auch über die verbesserte Möglichkeit zu körperlicher Aktivität zur Demenzprävention beitragen kann. Liegt bereits eine Demenz oder Mobilitätsbeschränkung vor, sind Hilfe bei der Haushaltsführung und Unterstützung der Rehabilitation sinnvolle Einsatzgebiete technischer Assistenzsysteme. Bei der Eindämmung der negativen Effekte der Demenz auf das Pflegerisiko besteht insbesondere im Bereich technischer Hilfsmittel, die die Handhabung von alltäglichen Handlungen und die Selbstständigkeit der Lebensführung erleichtern sollen, Potential. Angesichts des großen mit Demenz verbundenen Pflegerisikos liegt darin ein sinnvoller Ansatzpunkt für den Einsatz von Assistenzsystemen. Schließlich sollte auch den zusätzlichen Interaktionseffekten zwischen VdE und Demenz in Bezug auf Pflegebedarf Rechnung getragen werden. Es bietet sich an, diesem Effekt gezielt auf der Ebene der Assistenzsysteme zu begegnen. Dies gilt nicht nur für die Wirkung von Systemen, die jeweils auf die Verhinderung oder die Milderung der Auswirkungen von Demenz bzw. VdE zielen und damit auch dem Verstärkungseffekt begegnen, sondern insbesondere für zu entwickelnde Ansätze, die sich speziell mit der Wechselwirkung von VdE und Demenz befassen.

Zur Rolle von Assistenzsystemen: Interventionsmöglichkeiten bestehen in der Verhinderung einer VdE sowie in der Rehabilitation nach einer VdE. Zunächst liegt in der Vermeidung von unteren VdE eine Möglichkeit, das Demenz- und Pflegerisiko spürbar zu reduzieren, gesunde Lebenszeit hinzuzugewinnen und damit verbundene positive Wirkungen zu nutzen. Während der Rekonvaleszenz nach einer VdE können Interventionsmaßnahmen dazu beitragen, die damit verbundenen Demenz- und Pflegerisiken zu reduzieren, indem die Auswirkungen der VdE möglichst kurz und gering gehalten werden.

Wie die Berechnungen der zustandsspezifischen Lebenserwartung zeigen, ergibt sich aus der Verhinderung einer unteren VdE stets ein doppelt positiver Effekt. Einerseits entsteht ein Zugewinn an absoluter Lebenszeit. Im Beispiel der 75-jährigen, nicht dementen und nicht in einer Pflegestufe befindlichen Frau werden 2,1 Lebensjahre gewonnen, wenn sie keine untere VdE erleidet. Der zweite positive Effekt besteht darin, dass im Schnitt 2 der gewonnen 2,1 Lebensjahre im gesunden Zustand, d. h. ohne Demenz und Pflegestufe, verbracht werden. Auch wenn eine Person betrachtet wird, die bereits an Demenz leidet oder schon eine Pflegestufe hat, kann durch die Vermeidung einer unteren VdE erstens der damit assoziierte Verlust von absoluter Lebenszeit verhindert werden, während die gewonnene Lebenszeit zweitens zum größten Teil im gesünderen Zustand verbracht wird, also z. B. zur vorhandenen Pflegestufe länger keine Demenz hinzukommt, als dies mit Eintritt einer unteren VdE der Fall gewesen wäre.

Wenn Mobilität länger und besser gewährleistet ist, werden auch zahlreiche lebenspraktische Aufgaben vereinfacht. Dies gilt nicht nur für die Vermeidung einer VdE, sondern auch für die Rehabilitationsphase. In beiden Fällen ist z. B. an den hauswirtschaftlichen Bereich, das Einkaufen, das Wahrnehmen von außerhäuslichen Terminen und die Führung eines ausgefüllten Soziallebens zu denken. Dies sind allesamt Tätigkeiten, die auch kognitive Reize produzieren und somit auch das Demenzrisiko verringern können. Insgesamt kann die Aufrechterhaltung eigener Mobilität zwar nicht als absolute Voraussetzung, aber doch sehr wichtige Komponente für eigenständige Lebensführung angesehen werden. Dies ist gleichzusetzen mit dem Aufschieben der Notwendigkeit von Pflege, dem Eintritt einer Demenzerkrankung, aufwendigerer medizinischer Behandlungen und ähnlichem. Da gezeigt werden konnte, dass durch die Verhinderung unterer VdE primär gesunde Lebenszeit gewonnen wird, bietet sich damit auch eine Möglichkeit, strapazierte Pflege- und Sozialversicherungssysteme personell wie finanziell zu entlasten. Geeignete Methoden zur Vermeidung von Stürzen, welche die Hauptursache für VdE darstellen, rücken damit in den Fokus.

Stürze sind im höheren Alter eine Hauptursache für VdE. Sie lassen sich auf verschiedene Ursache zurückführen, z. B. körperliche Aspekte wie Muskelschwäche,

Gang- und Gleichgewichtsstörungen, sensorische Einschränkungen, kognitive Defizite oder bestimmte Medikationen. Nicht-körperliche Sturzursachen liegen z. B. in gefährlichen Eigenschaften der Umgebung, wie Stufen, problematischen Bodenoberflächen oder schlechter Beleuchtung (Bueno-Cavanillas et al. 2000; Fleming und Pendergast 1993). Viele dieser körperlichen wie umweltbedingten Ursachen können prinzipiell beeinflusst werden.

Gebräuchliche Methoden für umweltbedingte Sturzursachen drehen sich um die Reduzierung von Gefahren in der direkten Lebensumgebung. Dazu zählt der altersgerechte Umbau der Wohnung durch die Beseitigung von zu überwindenden Schwellen oder Stufen, dem Anbringen rutschfester Bodenbeläge oder der Platzierung von Griffmöglichkeiten zum Abstützen und Festhalten. Vor allem im Bereich neuartiger technischer Entwicklungen bestehen weitere Verbesserungsmöglichkeiten. Die zentralen Stichworte in diesem Bereich lauten Heimaautomation bzw. „Ambient Assisted Living“ (AAL). Darunter wird die technische Ausstattung des Lebensraums mit zahlreichen unterstützenden bzw. automatisierten Funktionen und Hilfsmitteln verstanden. AAL als universelles Konzept umfasst weit mehr als die Vermeidung von Stürzen, beinhaltet aber dennoch eine Reihe von speziell für die Sturzprävention relevanten, teils relativ einfachen Möglichkeiten, die Sturzgefahr zu reduzieren. Beispielhaft kann das automatische Einschalten eines Nachtlights, wenn sich eine Person in dunkler Umgebung durch die Wohnung bewegt, genannt werden. Auch die Nutzung eines Bettes, welches das langsame Aufrichten ermöglicht, um so Kreislaufproblemen bei zu raschem Aufstehen zu begegnen, kann als Beispiel dienen. Nicht auf Prävention, sondern auf die rasche Erkennung von Stürzen bezogen ist die Idee, die gesamte Wohnung mit Sensorsystemen auszustatten, um schnellstmögliche Hilfe nach einem Sturz zu ermöglichen (Haßinger 09.11.2012). Eine zentrale Wissensdatenbank, die entsprechende Technologien katalogisiert und speziell der älteren Zielgruppe übersichtlich zugänglich machen möchte, ist seit Kurzem im Aufbau (Preißler et al.), außerdem gibt es zahlreiche, teils laufende, Forschungsprojekte, die diesem Feld zuzuordnen sind (Bundesministerium für Bildung und Forschung). Nicht alle dieser Möglichkeiten sind gleichermaßen auch für Personen geeignet, die bereits an Demenz erkrankt sind. Da Sturzvermeidung auch für Demenzpatienten positive Auswirkungen hat, sollte eine derartige Machbarkeit aber soweit möglich geprüft werden.

Geht die Betrachtung über die direkte Wohnumgebung hinaus, gilt es insbesondere in städtischen Räumen bzw. bei Reiseketten im öffentlichen Personenverkehr Schwierigkeiten für ältere bzw. in ihrer Mobilität beschränkte Personen zu beseitigen.

Bei körperlichen Sturzursachen geht es um die Sicherung des Gehens, Stehens, Treppe Steigens und anderer Arten der Bewegung. Dies sollte nicht nur auf das häusliche Umfeld bezogen werden, das noch vergleichsweise gut beeinflusst wer-

den kann, sondern vor allem auf den Bereich außerhalb der Wohnung. Hier liegt die weitaus größere Herausforderung für zu entwickelnde Assistenzsysteme. Da die Außenwelt nicht in gleichem Maße baulich derart beeinflusst werden kann, Sturzgefahr zu reduzieren, rückt ein anderer Ansatz in den Mittelpunkt. Ein häufiger angeführter Ansatz zur Vermeidung von VdE durch Stürze außerhalb der Wohnung liegt in einem präventiven Mess- und Warnsystem, das dem Nutzer kurzfristig aktuelle Sturzgefährdung signalisieren kann. Sturzgefährdete Personen müssen demnach rechtzeitig auf ihr individuelles Risiko aufmerksam gemacht werden. Damit könnte akute Sturzgefahr angekündigt werden, bevor es zum ersten folgeschweren Sturz kommt (Society et al. 2001). Die Praktikabilität hängt davon ab, mithilfe geeigneter Parameter und Modelle tatsächlich das Sturzrisiko, auch unter Einbeziehung der Umgebung, zu prognostizieren. Der Forschungsstand zu konkreten, im Alltagsgebrauch einsatzfähigen Assistenzsystemen, die im präventiven Sinne nach Auswertung bestimmter Messungen Sturzgefahr ankündigen, ist nicht weit fortgeschritten. Ansätze der echtzeitfähigen Sturzerkennung und -prävention existieren allerdings (Haßinger 09.11.2012), und auch die dafür nötige möglichst treffsichere Vorhersage von Stürzen ist in der internationalen Forschung ein aktuelles und häufig bearbeitetes Thema.

Mit einer auf Einfachheit ausgelegten sozio-klinischen Skala unter Einbeziehung eines kurzen Bewegungstests gelingt es beispielsweise, besonders sturzgefährdete Personen zu identifizieren (Buatois et al. 2010). Mittels verschiedener biomechanischer Messungen der Gangart ist es möglich, Personen zu identifizieren, die sturzgefährdet sind (Hamacher et al. 2011; Brach et al. 2005; Maki 1997), selbst wenn sie bisher noch nie gestürzt waren (Pajala et al. 2008). Auch eine Kombination verschiedener Bewegungs- und Kraftmessungen eignet sich zur Risikoeinschätzung (Delbaere et al. 2006). Es gibt demnach verschiedene, relativ robuste Modelle, die für die Sturzprognose einsetzbar sind. Die Umsetzung solcher Modelle samt der nötigen Tests und fortlaufenden Messungen in alltägliche Präventionstechnologien steht allerdings noch aus, wird aber in jedem Fall als kosteneffektive Maßnahme empfohlen (Hamacher et al. 2011). Allerdings muss konstatiert werden, dass zum derzeitigen Stand kaum ein Werkzeug in allen Settings, d. h. in der normalen Lebenswelt innerwie außerhalb der Wohnung, in Krankenhäusern und in Pflegeheimen mehrfach getestet bzw. überall gleichermaßen gut abschneiden konnte (Scott et al. 2007) und sich durchaus, je nach konkreter Art der in die Vorhersagemodelle einbezogenen Tests auch widersprüchliche Resultate ergeben und die Risikoklassifikation von Stürzenden nicht immer zuverlässig gelingt (Boulgarides et al. 2003). Neben dieser Tatsache dürfte die zentrale Problematik darin bestehen, die geeigneten Tests aus der spezifischen Umgebung, in der sie im wissenschaftlichen Bereich durchgeführt werden (z. B. einem Labor mit spezieller Messtechnologie), in den Alltag und eine

einfache, am besten kontinuierliche Anwendungsform zu überführen. Bisher ist nur die Überführung in reguläre klinische Nutzung angedacht, aber auch diese steht noch am Anfang (Kressig 2013). Darüber hinaus muss auch mit großem Nachdruck darauf hingewiesen werden, die Nutzbarkeit im Sinne der Bedienung und Interpretation von Beginn an auf die Zielgruppe älterer Nutzer (auch jene mit kognitiven Beeinträchtigungen) zuzuschneiden. Die bisherigen Systeme zur Sturzprognose entsprechen diesen Anforderungen aufgrund ihres wissenschaftlichen Charakters nicht. Erste Ansätze in Richtung einer alltagstauglichen Lösung bestehen in der Nutzung eines Akzelerometers, das Menge und Qualität der Gangbewegungen aufzeichnet, in sozio-klinischen Risikomodellen (van Schooten et al. 2015). Hierbei werden von den Nutzern einige zusätzliche, für das Sturzrisiko relevante Informationen erhoben, ähnlich wie in einem Fragebogen, und statistisch mit den Daten der fortlaufenden Messungen kombiniert. Auch hier zeigen sich allerdings teils gegensätzliche Resultate (Buckinx et al. 2014). Erstrebenswert wäre demnach ein einfach und ohne größere Fachkenntnis im Alltag zu benutzendes, für die gesamte Zielgruppe anwenderfreundliches Gerät, welches durch ständige Messungen eine aktuelle, knappe Einschätzung des Sturzrisikos und entsprechende Warnmeldungen an den Nutzer ausgibt. Denkbar wäre neben der statistischen Ergänzung der fortlaufenden Messungen körperlicher und physikalischer Größen (Akzelerometer, Messarmband, usw.) durch zusätzliche gewonnene Informationen zum Gesundheitszustand der Benutzer auch die Einbindung des Systems in technische Vorrichtungen in der häuslichen Umgebung der Nutzer, z. B. innerhäusliche Sensorik oder AAL-Systeme, wie sie bereits angesprochen wurden.

Die skizzierte Nutzung als ständig getragenes, individuelles Gerät liegt offenkundig noch nicht in Reichweite. Um die genannten positiven Effekte frühzeitiger Risikodiagnostik dennoch alsbald zu nutzen, wäre die Verlagerung der nötigen Erhebungen in den ambulanten medizinischen Versorgungssektor eine sinnvolle Alternative. Es ist denkbar, eine Routinediagnostik bei Hausärzten, Physiotherapeuten oder anderweitig mandatierten Spezialisten anzubieten, entsprechend den Vorsorgeuntersuchungen, die für andere Bereiche als Routinecheck empfohlen werden. Eine derartig breite Anwendung in der Praxis hätte den weiteren Vorteil, sie wissenschaftlich begleiten zu können, um die angewandten Methoden weiter zu verbessern. Alsbald ein erhöhtes Sturzrisiko erkannt wird, sollte der Nutzer einerseits kurzfristig reagieren und sich entsprechend umsichtig bewegen, andererseits auch längerfristig versuchen, die Gangsicherheit wieder zu verbessern. Dazu sind in erster Linie Trainingsmaßnahmen geeignet. Durch Schulung und Aufrechterhaltung der involvierten körperlichen Fähigkeiten kann das Sturzrisiko verringert werden. Nicht nur bei bereits erhöhtem Sturzrisiko, sondern auch präventiv sind derartige Programme empfehlenswert. Auch im Falle einer bereits vorliegenden kognitiven

Einschränkung kann mit entsprechenden Trainingsmethoden das Sturzrisiko gemindert werden. Insbesondere im Bereich der Sturzprävention kann für den üblicherweise relativ langsam verlaufenden Prozess des Kompetenzverlustes ein dementsprechend großes Zeitfenster für Gegenmaßnahmen genutzt werden. Typischerweise handelt es sich um pro-aktive Interventionsmaßnahmen, beispielsweise im Rahmen von Koordinations- und Bewegungssicherheits-Trainings (Donat und Ozcan 2007; Wolf et al. 1996; Trombetti et al. 2011). Auch Krafttraining oder spezielle Ernährung sind empfehlenswert, wenn die zur Sturzgefahr beitragenden Defizite im Bereich mangelnder Körperkraft liegen (Fiatarone et al. 1994; Katsanos et al. 2008). Speziell für kognitiv eingeschränkte Personen gibt es eine Reihe ähnlicher Erkenntnisse über effektive Trainingsmethoden, die verschiedene mobilitätsbezogene Parameter verbessern und zur Senkung des Sturzrisikos beitragen können (Schäufele et al. 2011). Sie erfordern aufgrund der kognitiven Einschränkungen der Zielgruppe allerdings selbstredend professionelle Anleitung und Beaufsichtigung, was sie mithin personalintensiver und teurer macht. Auch abseits des körperlichen Trainings gibt es Ansätze, um positive motorisch-kognitive Ergebnisse für Demenzerkrankte zu erreichen, die ihr Sturzrisiko mindern (Gogulla et al. 2014). Neben den offenkundigen positiven Effekten für die individuelle Lebensqualität könnten sich daraus auch Effekte auf ein möglichst langfristig auf hohem Niveau verbleibendes inner- wie außerhäusliches Aktivitäts- und Bewegungsprofil der Nutzer ergeben, was wiederum eine Form praktischen Trainings der Mobilitätsfähigkeiten darstellt und ihre Risiken für Stürze, Pflegebedarf und – falls rechtzeitig angewandt – fortschreitenden kognitiven Abbau verringern kann.

Steigender Pflegebedarf zählt zu den am häufigsten diskutierten Herausforderungen alternder Gesellschaften. Ebenso wie Pflegebedarf vielfältig bedingt sein kann, wird die Reaktion facettenreich sein und an vielen Punkten ansetzen. Ein möglicher Ansatzpunkt wurde in diesem Beitrag diskutiert. Aufgrund des zunehmenden Anteils Hochbetagter durch die demografische Alterung der Gesellschaft werden Stürze und VdE häufiger werden. Die Verhinderung von VdE, insbesondere jene der unteren Extremitäten, birgt großes Potenzial zur Senkung der Demenz- und Pflegerisiken und kann einen Beitrag zum Zugewinn gesunder Lebenszeit leisten. Dieses Potenzial sollte nicht ungenutzt bleiben, sondern gezielt für die Verbesserung der individuellen Lebensqualität und des gesamten Pflegebedarfs genutzt werden. Wenn das Wissen um die kurz- wie langfristigen Folgen von VdE in der breiten Bevölkerung etabliert werden kann, ist auch durch einfachere Ansätze der Sturzprävention eine frühzeitige Intervention möglich. Wenn über anspruchsvollere Methoden nachgedacht wird, bietet es sich an, die Entwicklung von alltagstauglichen Geräten, die vor akuter Sturzgefahr warnen, in Angriff zu nehmen. Flankierend sollte die Reduktion von Sturzrisiken in der (häuslichen) Umgebung

betrieben werden, wofür insbesondere Ambient Assisted Living-Technologie neue Impulse bietet. Sobald gestiegene Sturzgefahr vorliegt, sollte auf zielgruppenspezifische Trainingsprogramme zur dessen Senkung zurückgegriffen werden. Auch Personen, die bereits eine Pflegestufe haben oder an Demenz erkrankt sind, können von der Verhinderung von VdE profitieren, so dass auch diese Zielgruppen bei der Entwicklung von Warngeräten und Trainingsmaßnahmen beachtet werden sollten.

Danksagung

Wir danken Daniela Georges für ihre Mitarbeit am Projektbericht TEMOA, der die Grundlage für diesen Beitrag bildet. Das Projekt TEMOA wurde gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (Förderkennzeichen 16SV6373).

Literatur

- Aarsland, Dag, et al. 2010. Is physical activity a potential preventive factor for vascular dementia? A systematic review. *Aging Ment Health*. doi:10.1080/13607860903586136.
- Allan, Louise M. et al. 2005. Prevalence and severity of gait disorders in Alzheimer's and non-Alzheimer's dementias. *Journal of the American Geriatrics Society*. doi:10.1111/j.1532-5415.2005.53552.x.
- American Geriatrics Society, Geriatrics Society Of American Academy Orthopaedic Surgeons Panel On Falls Prevention. 2001. Guideline for the Prevention of Falls in Older Persons. *Journal of the American Geriatrics Society*. doi:10.1046/j.1532-5415.2001.49115.x.
- Aschkenasy, Miriam T., Todd C. Rothenhaus. 2006. Trauma and Falls in the Elderly. *Emergency Medicine Clinics of North America*. doi:10.1016/j.emc.2006.01.005.
- Bainbridge, Kathleen E., Margaret I. Wallhagen. 2014. Hearing loss in an aging American population: extent, impact, and management. *Annual review of public health*. doi:10.1146/annurev-publhealth-032013-182510.
- Balzi, Daniela et al. 2009. Risk factors for disability in older persons over 3-year follow-up. *Age Ageing*. doi:10.1093/ageing/afp209.
- Barba, Raquel et al. 2000. Poststroke Dementia. Clinical Features and Risk Factors. *Stroke*. doi:10.1161/01.STR.31.7.1494.
- Becker, Clemens et al. 1999. Unfallfolgen nach Sturz: Funktionelle Defizite und soziale Beeinträchtigungen nach proximalen Femurfrakturen Älterer. *Z Gerontol Geriat* (5): 312–317.
- Bennett, Sophia, Alan J. Thomas. 2014. Depression and dementia: Cause, consequence or coincidence? *Maturitas*. doi: 10.1016/j.maturitas.2014.05.009.

- Bentler, Suzanne E. et al. 2009. The Aftermath of Hip Fracture: Discharge Placement, Functional Status Change, and Mortality. *American journal of epidemiology*. doi:10.1093/aje/kwp266.
- Boulgarides, Lois K. et al. 2003. Use of clinical and impairment-based tests to predict falls by community-dwelling older adults. *Physical Therapy* 83 (4): 328–339.
- Brach, Jennifer S. et al. 2005. Too much or too little step width variability is associated with a fall history in older persons who walk at or near normal gait speed. *Journal of neuro-engineering and rehabilitation*. doi:10.1186/1743-0003-2-21.
- Brown, Cynthia J., Kellie L.Flood. 2013. Mobility Limitation in the Older Patient. *JAMA*. doi:10.1001/jama.2013.276566.
- Bruijn, Renée F.A.G. et al. 2013. The association between physical activity and dementia in an elderly population: the Rotterdam Study. *Eur J Epidemiol*. doi:10.1007/s10654-013-9773-3.
- Buatois, Severine et al. 2010. A Simple Clinical Scale to Stratify Risk of Recurrent Falls in Community-Dwelling Adults Aged 65 Years and Older. *Physical Therapy*. doi:10.2522/ptj.20090158.
- Buckinx, Fanny et al. 2014. Added value of a triaxial accelerometer assessing gait parameters to predict falls and mortality among nursing home residents: A two-year prospective study. *Technology and health care: official journal of the European Society for Engineering and Medicine*. doi:10.3233/THC-140883.
- Bueno-Cavanillas, Aurora et al. 2000. Risk factors in falls among the elderly according to extrinsic and intrinsic precipitating causes. *Eur J Epidemiol* 16 (9): 849–859.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung. 2012. Assistenzsysteme im Dienste des älteren Menschen. Porträts der ausgewählten Projekte in der BMBF-Fördermaßnahme „Altersgerechte Assistenzsysteme für ein gesundes und unabhängiges Leben – AAL“. <http://www.fit.fraunhofer.de/content/dam/fit/de/documents/projektportrats-aal.pdf>. Zugriffen: 28. März 2016.
- Calero-García, Maria et al. 2014. Cognitive plasticity as a moderator of functional dependency in elderly patients hospitalized for bone fractures. *Z Gerontol Geriat*. doi:10.1007/s00391-014-0610-4.
- Carlson, Michelle C. et al. 2008. Midlife activity predicts risk of dementia in older male twin pairs. *Alzheimer's & dementia : the journal of the Alzheimer's Association*. doi:10.1016/j.jalz.2008.07.002.
- Christensen, Kaare et al. 2009. Ageing populations: the challenges ahead. *Lancet*. doi:10.1016/S0140-6736(09)61460-4.
- Coley, Nicola et al. 2008. Dementia prevention: methodological explanations for inconsistent results. *Epidemiologic reviews*. doi:10.1093/epirev/mxn010.
- Comas-Herrera, Adelina et al. 2006. Future long-term care expenditure in Germany, Spain, Italy and the United Kingdom. *Ageing and Society*. doi:10.1017/S0144686X05004289.
- Crews, John E., Vincent A. Campbel. 2004. Vision Impairment and Hearing Loss Among Community-Dwelling Older Americans: Implications for Health and Functioning. *Am J Public Health*. doi:10.2105/AJPH.94.5.823.
- Dal Bello-Haas, Vanina et al. 2012. The effects of a long-term care walking program on balance, falls and well-being. *BMC Geriatr*. doi:10.1186/1471-2318-12-76.
- Dalton, Dayna S. et al. 2003. The Impact of Hearing Loss on Quality of Life in Older Adults. *The Gerontologist*. doi:10.1093/geront/43.5.661.
- Davis, Daniel H. J. et al. 2012. Delirium is a strong risk factor for dementia in the oldest-old: a population-based cohort study. *Brain*. doi:10.1093/brain/aws190.

- Delbaere, Kim et al. 2004. Fear-related avoidance of activities, falls and physical frailty. A prospective community-based cohort study. *Age and ageing*. doi:10.1093/ageing/afh106.
- Delbaere, Kim et al. 2006. The Physical Performance Test as a predictor of frequent fallers: a prospective community-based cohort study. *Clin Rehabil*. doi:10.1191/0269215506cr885oa.
- Doblhammer, Gabriele. 2012. *Demografie der Demenz*. Bern: Verlag Hans Huber.
- Doblhammer, Gabriele, Daniela Georges, Alexander Barth. 2015. *Einschränkungen in Mobilität und Sensorik als Risikofaktoren für Demenzerkrankung, Pflegebedarf und Sterblichkeit. Eine Grundlagenstudie für das Potenzial technischer Assistenzsysteme zur Erhöhung von Lebensdauer und Lebensqualität. Arbeitspakete 1 bis 3 des Projektes TEMOA: Teilhabe und Mobilität für Gesundheit im Alter*. http://www.wiwi.uni-rostock.de/fileadmin/Institute/ISD/Lehrstuhl_EmpSozialforschung/Forschungsprojekte/Abschlussbericht_TEMOA.pdf. Zugegriffen: 29. März 2016.
- Donat, Hülya, Ayse Ozcan. 2007. Comparison of the effectiveness of two programmes on older adults at risk of falling: unsupervised home exercise and supervised group exercise. *Clinical rehabilitation*. doi:10.1177/0269215506069486.
- Fasano, Alfonso et al. 2012. The neurobiology of falls. *Neurol Sci*. doi:10.1007/s10072-012-1126-6.
- Fiatarone, Maria A. et al. 1994. Exercise training and nutritional supplementation for physical frailty in very elderly people. *The New England Journal of Medicine*. doi: 10.1056/NEJM199406233302501.
- Fink, Anne. 2014. *Dementia and Long-Term Care – An Analysis Based on German Health Insurance Data*. Paper presented at the 2014 Annual Meeting of the Population Association of America.
- Fleming, Beth. E., David R. Pendergast. 1993. Physical condition, activity pattern, and environment as factors in falls by adult care facility residents. *Archives of physical medicine and rehabilitation* 74 (6): 627–630.
- Fong, Geoffrey T. et al. 2009. Delirium accelerates cognitive decline in Alzheimer disease. *Neurology*. doi:10.1212/WNL.0b013e3181a4129a.
- Fries, James F. 1980. Aging, natural death, and the compression of morbidity. *The New England Journal of Medicine*. doi:10.1056/NEJM198007173030304.
- Gogulla, S. et al. 2014. *Motorisch-kognitive Effekte eines neuen computergestützten Trainings bei Menschen mit Demenz*. Posterpräsentation P25-24 auf dem Kongress „Stress und Altern – Chancen und Risiken“, 24.-27.9.2014, Halle (Saale).
- Gruenberg, Ernest M. 1977. The Failures of Success. *The Milbank Memorial Fund Quarterly. Health and Society*. doi:10.2307/3349592.
- Grund, Stefan et al. 2015. Evaluation eines Versorgungskonzepts für die Alterstraumatologie: Bestimmung der Krankenhausverweildauer und Mortalität in einer prospektiven Fallserie mit historischen Kontrollen. *Deutsches Ärzteblatt International* 112 (7): 113–119.
- Hamacher, D. et al. 2011. Kinematic measures for assessing gait stability in elderly individuals: a systematic review. *Journal of the Royal Society, Interface / the Royal Society*. doi:10.1098/rsif.2011.0416.
- Hamer, M., Y. Chida. 2009. Physical activity and risk of neurodegenerative disease: a systematic review of prospective evidence. *Psychological Medicine*. DOI: 10.1017/S0033291708003681.
- Haßinger, Stefan. 2012. Technische Assistenzsysteme zur Unterstützung von Menschen mit Demenz. Bielefeld. <http://www.itas.kit.edu/pub/v/2014/scua14a.pdf>. Zugegriffen: 15. März 2016.

- Inouye, Sharon K. et al. 2014. Delirium in elderly people. *The Lancet*. doi:10.1016/S0140-6736(13)60688-1.
- Kalaria, Raj N. et al. 2008. Alzheimer's disease and vascular dementia in developing countries: prevalence, management, and risk factors. *The Lancet Neurology*. doi:10.1016/S1474-4422(08)70169-8.
- Karp, Anita. 2005. *Psychosocial factors in relation to development of dementia in late-life. A life course approach within the Kungsholmen project*. Stockholm: Karolinska Institutet.
- Katsanos, Christos S. et al. 2008. Whey protein ingestion in elderly persons results in greater muscle protein accrual than ingestion of its constituent essential amino acid content. *Nutrition research (New York, N.Y.)*. doi:10.1016/j.nutres.2008.06.007.
- Keller, B. 1999. The effect of visual and hearing impairments on functional status. *J Am Geriatr Soc* 47 (11): 1319–1325.
- Kramer, M. 1980. The rising pandemic of mental disorders and associated chronic diseases and disabilities. *Acta Psychiatrica Scandinavica*. doi:10.1111/j.1600-0447.1980.tb07714.x.
- Kressig, Reto W. 2013. Sturz. medArt Basel ,13, 20.06.2013. http://www.unispital-basel.ch/fileadmin/podcast/medart13/Donnerstag_20_06_13/PDF/Medart13_Do06_R-W-Kressig_Sturz.pdf. Zugegriffen: 13. Juni 2014.
- Krogseth, Maria et al. 2014. Delirium is a risk factor for institutionalization and functional decline in older hip fracture patients. *Journal of Psychosomatic Research*. doi:10.1016/j.jpsychores.2013.10.006.
- Kroll; Ziese. 2009. Kompression oder Expansion der Morbidität? In *Gesundheit und Krankheit im Alter*, hrsg. Karin Böhm, 105–112. Berlin: Robert-Koch-Institut .
- Lautenschlager, N. T. et al. 2008. Effect of Physical Activity on Cognitive Function in Older Adults at Risk for Alzheimer Disease. A Randomized Trial. *J Am Med Assoc*. doi:10.1001/jama.300.9.1027.
- Lee, Pai.-Lin. 2014. The relationship between memory complaints, activity and perceived health status. *Scandinavian Journal of Psychology*. doi:10.1111/sjop.12107.
- Leicht, H., Hans-Helmut König. 2012. Krankheitskosten bei Demenz aus gesellschaftlicher Perspektive. *Bundesgesundheitsbl.* doi:10.1007/s00103-012-1472-9.
- Li, Karen, Ulman Lindenberger. 2002. Relations between aging sensory/sensorimotor and cognitive functions. *Neuroscience and Biobehavioral Reviews* (26): 777–783.
- Lin, Frank R. et al. 2011. Hearing loss and incident dementia. *Archives of neurology*. doi:10.1001/archneurol.2010.362.
- Lo, Alexander X. et al. 2014. Life-Space Mobility Declines Associated with Incident Falls and Fractures. *J Am Geriatr Soc*. doi:10.1111/jgs.12787.
- Lundström, Maria et al. 2003. Dementia after delirium in patients with femoral neck fractures. *Journal of the American Geriatrics Society*. doi:10.1046/j.1365-2389.2003.51315.x.
- MacLennan, W. J. et al. 1987. Dementia and Immobility. *Age Ageing* (16): 1–9.
- Maki, Brian E. 1997. Gait changes in older adults: predictors of falls or indicators of fear. *Journal of the American Geriatrics Society* 45 (3): 313–320.
- Manton, Kenneth G. 1982. Changing Concepts of Morbidity and Mortality in the Elderly Population. *The Milbank Memorial Fund Quarterly. Health and Society*. doi:10.2307/3349767.
- Matheny, Maya E. et al. 2011. Inflammatory Cytokine Levels and Depressive Symptoms in Older Women in the Year After Hip Fracture: Findings from the Baltimore Hip Studies. *J. Am. Geriatr. Soc.* doi:10.1111/j.1532-5415.2011.03727.x.

- Mehlig, Kirsten et al. 2014. Physical Activity, Weight Status, Diabetes and Dementia: A 34-Year Follow-Up of the Population Study of Women in Gothenburg. *Neuroepidemiology*. doi:10.1159/000362201.
- Nikolaus, Thorsten. 2005. Gait, balance and falls – assessment and prevention. *Dtsch med Wochenschr*. doi:10.1055/s-2005-866770.
- Norton, Sam et al. 2014. Potential for primary prevention of Alzheimer's disease: an analysis of population-based data. *The Lancet Neurology*. doi:10.1016/S1474-4422(14)70136-X.
- Nyman, Samuel R. et al. 2013. Characteristics of outdoor falls among older people: a qualitative study. *BMC Geriatr*. doi:10.1186/1471-2318-13-125.
- Omran, Abdel R. 1971. The Epidemiologic Transition. A Theory of the Epidemiology of Population Change. *The Milbank Memorial Fund Quarterly* 49 (4) 1: 509–538.
- Pajala, Satu et al. 2008. Force platform balance measures as predictors of indoor and outdoor falls in community-dwelling women aged 63–76 years. *The journals of gerontology. Series A, Biological sciences and medical sciences* 63 (2): 171–178.
- Preißler, J. et al. 2014. Vertrauen in Assistenz-Technologien zur Inklusion (VATI) – Entwicklung eines AAL-Navigators zur Förderung individueller Selbständigkeit und Lebensqualität bis ins hohe Lebensalter. <http://www.egms.de/static/en/meetings/gmds2014/14gmds028.shtml>.
- Prince, Martin et al. 2013. The global prevalence of dementia: a systematic review and metaanalysis. *Alzheimer's & dementia : the journal of the Alzheimer's Association*. doi: 10.1016/j.jalz.2012.11.007.
- Rapp, Kilian. 2011. People with Alzheimer's disease are at increased risk of hip fracture and of mortality after hip fracture. *Evid Based Nurs*. doi: 10.1136/ebn1160.
- Ravaglia, G. et al. 2008. Physical activity and dementia risk in the elderly: findings from a prospective Italian study. *Neurology*. doi:10.1212/01.wnl.0000296276.50595.86.
- Rothgang, Heinz et al. 2010. BARMER GEK Pflegereport. Schwerpunktthema: Demenz und Pflege. Schwäbisch Gmünd. <https://www.barmer-gek.de/barmer/web/Portale/Presseportal/Subportal/Presseinformationen/Archiv/2010/101130-Pflegereport/PDF-Pflegereport-2010.property=Data.pdf>. Zugegriffen: 06. Juni 2014.
- Rubenstein, Laurence Z. 2006. Falls in older people: epidemiology, risk factors and strategies for prevention. *Age and ageing*. doi:10.1093/ageing/afl084.
- Rubin, Gary S. et al. 1994. Visual Impairment and Disability in Older Adults. *Optometry and vision science : official publication of the American Academy of Optometry* 71 (12): 750–760.
- Schäufele, Martina et al. 2011. Schlussbericht zum Projekt Erhaltung und Förderung von Mobilität, Sicherheit und anderen Komponenten der Lebensqualität bei Menschen mit Demenz. Eine Evaluationsstudie zur Primärprävention in Pflegeheimen. Mannheim: Zentralinstitut für Seelische Gesundheit.
- Schneekloth, Ulrich. 2006. Entwicklungstrends und Perspektiven in der häuslichen Pflege. *Z Gerontol Geriat*. doi:10.1007/s00391-006-0413-3.
- Schulz, Anne, Gabriele Doblhammer. 2012. Aktueller und zukünftiger Krankenbestand von Demenz in Deutschland auf Basis der Routinedaten der AOK. In *Versorgungs-Report 2012: Schwerpunkt: Gesundheit im Alter*, hrsg. Christian Günster, Joachim Klose und Norbert Schmacke, 161–175. Stuttgart: Schattauer.
- Schulz, Erika, Reiner Leidl, Hans-Helmut König. 2004. The impact of ageing on hospital care and long-term care—the example of Germany. *Health Policy*. doi:10.1016/S0168-8510(03)00083-6.

- Scott, Vicky et al. 2007. Multifactorial and functional mobility assessment tools for fall risk among older adults in community, home-support, long-term and acute care settings. *Age and ageing*. doi:10.1093/ageing/af1165.
- Shumway-Cook, Anne et al. 2005. Mobility Limitations in the Medicare Population: Prevalence and Sociodemographic and Clinical Correlates. *Journal of the American Geriatrics Society*. doi:10.1111/j.1532-5415.2005.53372.x.
- Statistisches Bundesamt, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. 2014. *Durchschnittsalter der Bevölkerung in Deutschland, 1871 bis 2012*. http://www.bib-demogra-fie.de/DE/ZahlenundFakten/02/Abbildungen/a_02_15_durchschnittsalter_d_ab1871.html?nn=3074114.
- Sütterlin, Sabine, Iris Hossmann, Reiner Klingholz. 2011. *Demenz-Report. Wie sich die Regionen in Deutschland, Österreich und der Schweiz auf die Alterung der Gesellschaft vorbereiten können*. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- Swenor, Bonnielin K. et al. 2015. Visual impairment and incident mobility limitations: the health, aging and body composition study. *Journal of the American Geriatrics Society*. doi:10.1111/jgs.13183.
- Trombetti, Andrea et al. 2011. Effect of music-based multitask training on gait, balance, and fall risk in elderly people: a randomized controlled trial. *Arch Intern Med*. doi:10.1001/archinternmed.2010.446.
- Schooten, van Kim et al. 2015. Ambulatory Fall-Risk Assessment: Amount and Quality of Daily-Life Gait Predict Falls in Older Adults. *The journals of gerontology. Series A, Biological sciences and medical sciences*. doi:10.1093/gerona/глу225.
- Verghese, Joe et al. 2002. Abnormality of Gait as a Predictor of Non-Alzheimer's Dementia. *The New England Journal of Medicine* 347 (22): 1761–1768.
- Viertö, Satu et al. 2009. Mobility limitations in persons with psychotic disorder: findings from a population-based survey. *Soc Psychiatry Psychiatr Epidemiol*. doi:10.1007/s00127-008-0433-y.
- Wahl, Hans-Werner; Schneekloth, Ulrich. 2008. Hintergrund und Positionierung des Projektes MuG III. In *Selbständigkeit und Hilfebedarf bei älteren Menschen in Privathaushalten. Pflegearrangements, Demenz, Versorgungsangebote*, hrsg. Dietrich Engels, Ulrich Schneekloth, 2. Aufl. 13–56. Stuttgart: Kohlhammer.
- Wang, Hui-Xin et al. 2002. Late-Life Engagement in Social and Leisure Activities Is Associated with a Decreased Risk of Dementia: A Longitudinal Study from the Kungsholmen Project. *American journal of epidemiology*. doi:10.1093/aje/155.12.1081.
- Warburton, Darren E. R. 2006. Health benefits of physical activity: the evidence. *Canadian Medical Association Journal*. doi:10.1503/cmaj.051351.
- Welmer, Anna-Karin et al. 2013. Association of Cardiovascular Burden with Mobility Limitation among Elderly People: A Population-Based Study. *PLoS ONE*. doi:10.1371/journal.pone.0065815.
- Weltgesundheitsorganisation (WHO). 2006. *International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems*. 10th Revision. <http://www.who.int/classifications/icd/en/>. Zugegriffen: 18. März 2016.
- Wolf, Douglas A., Kelly Hunt, James Knickman. 2005. Perspectives on the Recent Decline in Disability at Older Ages. *Milbank Quarterly* 83 (3): 365–395.
- Wolf, Steven L. et al. 1996. Reducing frailty and falls in older persons: an investigation of Tai Chi and computerized balance training. Atlanta FICSIT Group. Frailty and Injuries: Cooperative Studies of Intervention Techniques. *Journal of the American Geriatrics Society* 44 (5): 489–497.

- Wormald, R. P. et al. 1992. Visual problems in the elderly population and implications for services. *British Medical Journal* (304): 1226–1229.
- Zhou, Ying, Hein Putter, Gabriele Doblhammer. 2016. Years of life lost due to lower extremity injury in association with dementia, and care need: a 6-year follow-up population-based study using a multi-state approach among German elderly. *BMC geriatrics*. doi: 10.1186/s12877-016-0184-7.
- Ziegler, Andreas, S. Lange, Ralf Bender. 2007. Überlebenszeitanalyse: Die Cox-Regression. *Deutsche medizinische Wochenschrift* (1946). doi:10.1055/s-2007-959039.

Migration und Bevölkerung

Stefan Luft

Zusammenfassung

Migration und Bevölkerung stehen in engem Zusammenhang. Zuwanderung lässt sich nur begrenzt steuern. Das liegt an der Dynamik der Kettenmigration, an nationalem und internationalem Recht, einflussreichen Akteuren und politischen Pfadabhängigkeiten. Aufgrund zunehmender Zuwanderung wurde das Kriterium des „Migrationshintergrundes“ eingeführt, dessen integrationspolitische Aussagekraft allerdings eingeschränkt ist. Gleiches gilt für die kulturelle Herkunft, der in Wissenschaft und Politik große Bedeutung beigemessen wird. Die Hervorhebung kultureller Heterogenität kann unintendierte Nebenwirkungen entfalten und sich abträglich auf das gesellschaftliche Klima auswirken. Grund für Steuerungsoptimismus sowohl hinsichtlich der Zuwanderung als auch der Zusammensetzung der Bevölkerung besteht nicht.

Schlüsselwörter

Migration, Steuerung, Kettenwanderung, Migrationshintergrund, Integration, Heterogenität

1 Einleitung

Migration und Bevölkerung stehen in engem Zusammenhang. Liberale Rechtsstaaten erheben zwar meist den Anspruch, Migration zu steuern (in der Regel auch zu begrenzen), dies gelingt allerdings zunehmend weniger. In der Folge wird die Zu-

245

sammensetzung der Bevölkerung in ethnischer, kultureller und religiöser Hinsicht zunehmend heterogener. Im öffentlichen Diskurs wird darauf mit der Forderung nach „interkultureller Kompetenz“ und nach „Diversitäts Management“ reagiert. Die starke Fokussierung auf das „Anderssein“ kann allerdings gesellschaftliche Konfliktpotentiale verschärfen.

2 Steuerbarkeit von Migration

Sowohl der deutsche als auch der europäische Gesetzgeber haben am Anspruch der Steuerung und der Kontrolle von Zuwanderung festgehalten (§ 1 AufenthG, Abs. 1, S. 1; AEUV Art. 78, Abs 2 g). Die Konsequenz ist die Unterscheidung zwischen „erwünschten“ und „unerwünschten“ Zuwanderern. Ersteren wird die Zuwanderung erleichtert, gegen letztere werden sichtbare und unsichtbare („intelligente“) Grenzen errichtet (Luft 2014, S. 275ff.). James Hampshire (2013, S. 3) hat die Bedingungen, unter denen Zuwanderungspolitiken entstehen, mit den Stichworten repräsentative Demokratie, Verfassungsstaat, Kapitalismus und nationale Identität beschrieben.

2.1 Kettenwanderung

Migrationsprozesse lassen sich nicht wie ein Wasserhahn beliebig auf- und zudrehen (Luft 2008, S. 34ff.). Das gilt vor allem für Kettenwanderungen, bei denen Pioniere vorwandern und Landsleute nachholen bzw. zur Nachwanderung motivieren (vor allem durch Informationen). Hier handelt es sich um sich selbst verstärkende, dynamische Prozesse. In der Folge entstehen ethnische Kolonien als räumliche Konzentration zugewanderter Gruppen. Klassische Fälle von Kettenwanderungen stellen die Auswanderung von Deutschen im 19. Jahrhundert in die Vereinigten Staaten von Amerika dar und der Familiennachzug zu angeworbenen ausländischen Arbeitnehmern („Gastarbeitern“) in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre in Westdeutschland. Bei letzteren wurde deutlich, dass keine der Barrieren, die die westdeutsche Politik aufstellte (Versagen von Arbeiterlaubnissen, Wartezeitenregelung) die erhofften Wirkungen zeitigten. Die Existenz von Diaspora-Gemeinden und somit Netzwerken spielt hier eine große Rolle. Darauf hat die deutsche Aufnahmepolitik bezogen auf Syrien seit dem Jahr 2011 bewusst abgestellt – das Vorhandensein von Verwandten in Deutschland war und ist ein zentrales Auswahlkriterium der humanitären Aufnahmeprogramme von Bund und Ländern. Die Integration sollte damit erleichtert und die finanziellen Risiken (Krankenversicherung etc.) auf die

Verwandten übertragen werden. Die Beschleunigung von Prozessen der Kettenwanderung war hier offensichtlich eine unbeabsichtigte Nebenfolge. Kettenmigration als dynamischer Prozess – der Zuzug von Syrern im Jahr 2015 nach Deutschland lässt dies wieder einmal deutlich hervortreten.

2.2 Einhegung durch Recht

Demokratische Staaten sind nicht frei im Umgang mit Migration. Normen des internationalen Menschenrechts- und Flüchtlingssschutzes (wie die Genfer Flüchtlingskonvention) schränken die staatliche Handlungsfähigkeit ebenso ein wie die Verrechtlichung im nationalen Bereich. Im Falle der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union kommen die fortschreitende Vereinheitlichung des Asylrecht- und Flüchtlingsrechts durch europäische Richtlinien (die nationales Recht zunehmend überformen) hinzu sowie die starke Positionen der beiden europäischen Gerichtshöfe – des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) und des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) (Luft 2016, S. 45ff.).

2.3 Akteure und Interessen

Wesentliche Akteure sind Parteien und Medien, die jeweils die Maximierung der Zahl der Wähler und Konsumenten anstreben. Sie nehmen durch Konsens- bzw. Konfliktorientierung großen Einfluss auf den Grad der Politisierung des Themas. Konsensorientierung (wie in der Anwerbepolitik in Westdeutschland 1955 bis 1973) schafft günstige Voraussetzungen für Zuwanderung. Politisierung und vor allem Polarisierung hingegen bilden meist den Hintergrund restriktiver Regelungen (wie den „Asylkompromiss“ der Jahre 1992/93).

Hinzu kommen gesellschaftliche Akteure (Flüchtlingsinitiativen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen), die sich als Sprachrohr von Migranten verstehen. Die Existenz ihrer Klientel sichert ihnen öffentliche Mittel und Arbeitsplätze. Hierzu sind auch politische Aktivisten zu zählen, die Staaten grundsätzlich das Recht bestreiten, Migration einzuschränken bzw. zu steuern. Sie sind Teil eines linken Spektrums – das von Pro Asyl über die Rosa-Luxemburg-Stiftung bis zu Attac reicht.¹ Sie beschränken sich nicht auf Solidaritätsbekundungen und Kongresse, sondern ver-

1 Ein jüngeres Beispiel für dieses Spektrum ist die Initiative „welcome2stay“. Zu ihrem Initiativkreis gehören nach eigenen Angaben: die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Attac, die Interventionistische Linke, der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein

suchen auch unmittelbar in Flüchtlingslagern „border struggles“ gegen „repressive Staatsorgane“ zu organisieren (Hess et al. 2014).² Diese Aktivisten sind der politische Arm eines Forschungszweiges, der sich als „kritische Migrations- und Grenzregimeforschung“ und „ethnographische Grenzregimeanalyse“ bezeichnet (Hess, Kasperek 2012). Neomarxistische Forschungsansätze und politischer Aktivismus sind aus dieser Perspektive untrennbar miteinander verbunden („forscherisch-aktivistischer Ansatz“).

Zu den einflussreichsten Akteuren gehören die Arbeitgeber und deren Verbände. Sie haben ein grundsätzliches Interesse an einem möglichst großen Potential an Arbeitskräften, das nicht durch staatliche Grenzen eingeschränkt wird. Arbeitskräfteknappheit (Vollbeschäftigung) mindert ihre Macht – auch bei Tarifverhandlungen. Sie waren die treibenden Kräfte der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte seit 1955 sowie der daraus entstandenen Zuwanderung, deren Folgen sich noch heute in der Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland abzeichnen. In der Debatte um den Massenzustrom von Flüchtlingen und Migranten in den Jahren 2014 und 2015 vertraten sie die These, dies sei eine Chance, dem behaupteten Fachkräftemangel zu begegnen. Deshalb müssten möglichst früh der Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt eröffnet werden und zudem auch „Pfadwechsel“ ermöglicht werden – Personen, die keine Chance auf Anerkennung als Bleibeberechtigter haben, sollten sich Arbeitsmigranten Zugang und Bleiberecht erhalten.

Hinzu kommen nationale Selbstdefinitionen und historische Entwicklungslinien – wie eine Kolonialvergangenheit oder das Selbstverständnis als „klassisches Einwanderungsland“. Die Niederlande, Großbritannien und Frankreich sind stark geprägt von einer Zuwanderung, die aufgrund der Beziehungen zu den Kolonien zustande kam.

Das Selbstverständnis klassischer Einwanderungsländer bestand lange Zeit darin, Einwanderung als Mittel zum Zweck der Bevölkerung unbesiedelter Flächen zu betrachten. Dies hat sich im 20. Jahrhundert grundlegend gewandelt: An die Stelle weitgehender Offenheit ist eine harte Politik der Auswahl nach Nützlichkeitskriterien getreten. Die USA, Kanada und Australien haben bis Ende des Jahres 2015 nur einige tausend Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak und Afghanistan aufgenommen – und dass obwohl die USA wesentlich zur Destabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens und damit zu den Fluchtursachen wesentlich beigetragen haben. Australien hat durch die Abschreckungskampagne „no way“ von sich Reden

(RAV), dem Komitee für Grundrechte und Demokratie, der LINKEN und dem linXXnet Leipzig. <http://welcome2stay.org/de/startseite/> Zugriffen am 09. April 2016.

2 Der gemeinnützige Verein bordermonitoring e. V. ist eine der Plattformen für diese Aktionen, <http://bordermonitoring.eu/> Zugriffen am 02. April 2016.

gemacht. Die Hoffnungen, durch die Erklärung des Bundesrepublik Deutschland zum „Einwanderungsland“ würden sich die Probleme mit der Steuerung von selbst erledigen, werden sich als trügerisch erweisen.

Die staatliche Handlungsfähigkeit ist bei den verschiedenen Formen von Zuwanderung unterschiedlich ausgeprägt: Für die Binnenwanderung innerhalb der EU gilt die Freizügigkeit der Unionsbürger. Sie sind steuernden Eingriffen der Mitgliedstaaten entzogen. Hoch reguliert ist ebenfalls der Familiennachzug, hier sind nur äußerst geringe Handlungsspielräume vorhanden. Ähnliches gilt für den Zugang von Flüchtlingen. Die Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte zeigt, dass mit der Zulassung von Personen zum Territorium eines demokratischen Rechtsstaates Mechanismen greifen, die es dem Staat sehr schwer machen, diese Personen – so sie keinen Schutzstatus zugesprochen bekamen – wieder in ihre Herkunftsstaaten zurückzuführen. Zu den Ursachen gehören die Möglichkeiten unterzutauchen und sich illegal aufzuhalten, lang andauernde rechtstaatliche Verfahren bis hin zu staatlichen Vollzugsdefiziten.

3 Bevölkerung „mit Migrationshintergrund“

Die Bevölkerung belief sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Deutschland im Jahr 2015 auf 81,9 Millionen Menschen. Davon waren 9,11 Millionen ausländische Staatsangehörige. Die Staatsangehörigkeit hatte allerdings immer mehr an Aussagekraft verloren, sollte die Gruppe jener erfasst werden, die aufgrund von Zuwanderung vor spezifischen Herausforderungen der Integration standen. Deshalb wurde in der ersten Hälfte der 2000er Jahre das Kriterium „Migrationshintergrund“ entwickelt. Darunter werden vom Statistischen Bundesamt „alle Ausländer und eingebürgerte ehemalige Ausländer, alle nach 1949 als Deutsche auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderte, sowie alle in Deutschland als Deutsche Geborene mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“ subsumiert (Statistisches Bundesamt 2015, S. 5). Inzwischen haben 16,4 Millionen Personen einen „Migrationshintergrund“ (20,3 Prozent) – Tendenz steigend. 36,9 Prozent stammen aus den anderen 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Rund 3,1 Millionen gehören zur Gruppe der Aussiedler und Spätaussiedler und deren Angehörigen, rund 2,9 Millionen Menschen sind türkischstämmig, 2,9 Millionen stammen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, 1,5 Millionen aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens und rund 1,6 Millionen sind polnischstämmig.

Grundsätzlich gilt:

- Je jünger die Gruppe ist, desto höher ist der Anteil der Personen, die einen Migrationshintergrund haben (bei den minderjährigen, ledigen Kindern in Deutschland liegt er bei 30,9 Prozent) (Statistisches Bundesamt 2011).
- Je größer die Gemeinde, desto höher der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund.

Anteil der minderjährigen, ledigen Kinder 2010 mit Migrationshintergrund nach Gemeindegröße (Statistisches Bundesamt 2011):

Unter 5.000 Einwohner	12,6 %
5.000 bis 10.000 Einwohner	20,7 %
10.000 bis 20.000 Einwohner	26,4 %
20.000 bis 50.000 Einwohner	31,9 %
50.000 bis 100.000 Einwohner	36,5 %
100.000 bis 200.000 Einwohner	46,5 %
200.000 bis 500.000 Einwohner	41,4 %
500.000 und mehr Einwohner	46,2 %

Bei der Definition der Bevölkerungsgruppe „mit Migrationshintergrund“ besteht das Problem, dass eine möglichst weite Auslegung (um nahezu alle in Frage kommenden Gruppen zu erfassen) mit einer zunehmenden Heterogenität der Gesamtgruppe einhergeht. Da die verschiedenen Zuwanderergruppen und Generationen aber unterschiedliche Integrationsindikatoren und -erfordernisse aufweisen ist die integrationspolitische Aussagekraft einer weit gefassten Gruppendifinition stark eingeschränkt.

3.1 Begrenzte Aussagekraft des „Migrationshintergrundes“

Die Definition des „Migrationshintergrundes“ erweckt den Eindruck, Migranten seien per se (weil sie Migranten sind) eine benachteiligte Gruppe. Zwar gibt es bei Migranten spezifische – mit der Wanderung in Zusammenhang stehende – Probleme: Durch Migration wird das mitgebrachte Humanvermögen durch die Wanderung entwertet – das gilt für die Sprache und für die Einbindung in soziale Netzwerke. Zudem fehlen Ressourcen, die spezifisch für das Aufnahmeland sind: dort anerkannte Abschlüsse, Informationen über Bildungswege, über notwendige Investitionen in (vor-)schulische Bildung, kulturelles Wissen. Hinzu kommen (unterschiedlich ausgeprägte) soziale Distanzen, kulturelle Präferenzen (Kon-

servierung einer Herkunftsidentität oder Distanzierung von ihr) sowie Aspekte der Wanderungsgeschichte, die eine erfolgreiche Integration einzelner Gruppen besonders erschweren können.

Ob und wie diese Herausforderung bewältigt wird, hängt allerdings zentral davon ab, welche Kompetenzen die Zuwanderer mitbringen. Viele Migrantengruppen haben damit keine Probleme und erreichen teilweise eine bessere Platzierung in den Funktionssystemen (wie Bildungssystem und Arbeitsmarkt) als der Durchschnitt der nicht-zugewanderten Deutschen.

Der Begriff „Migrationshintergrund“ kann den Blick für eine realistische Einschätzung des Integrationsprozesses einzelner Gruppen vernebeln. Insgesamt ist nicht entscheidend, dass jemand zuwandert, sondern wer zuwandert (Bildungsstand, Wanderungsgeschichte etc.). Es muss also hinsichtlich Herkunft und Generation möglichst genau differenziert werden.

Der Vergleich zweier Zuwanderergruppen aus islamisch geprägten Staaten lässt dies deutlich werden. So fand aus dem Iran eine Fluchtbewegung von Elite-Migranten statt, deren Religiosität relativ gering ausgeprägt und deren Bildungsniveau sehr hoch war: 81 Prozent von ihnen haben die Hochschulreife in Iran oder in Deutschland erlangt. Von den iranischen Muslimen, die in Deutschland die Schule besuchen, erreichen 63 Prozent die Fachhochschulreife oder das Abitur (Haug et al. 2009, S. 307ff.). Die türkischen Zuwanderer in Deutschland sind in der Regel als an- und ungelernte Gastarbeiter angeworben worden. Von den türkischstämmigen Muslimen hat etwa die Hälfte keinen oder einen niedrigen Bildungsabschluss (ebd., S. 304). Allerdings ist auch hier in der 2. und 3. Generation ein Bildungsaufstieg gegenüber der 1. Generation festzustellen.

3.2 Zunehmende Heterogenität

In der Integrationsdebatte bestehen starke Tendenzen, Integrationsprobleme zu „islamisieren“ und zu „kulturalisieren“. Aus fachlicher Sicht weitgehend unbestritten ist allerdings, dass weder „Migration“ als solche noch „ethnische Herkunft“, „nationale Kultur“ oder religiöse „Identitäten“ Probleme bei Integrationsprozessen hinreichend zu erklären vermögen. Entscheidend ist immer, über welchen Bildungshintergrund und welche Qualifikationen Zuwanderer verfügen.

Die Kultur wird in der öffentlichen Debatte als das zentrale Thema der Integrationspolitik betrachtet. Zu den gebetsmühlenartig vorgetragenen Behauptungen gehört, dass Integration überhaupt nur gelingen könne, wenn die Akteure in der Aufnahmegesellschaft „interkulturelle Sensibilität“ an den Tag legen und die Institutionen (von der Schule bis zum Arbeitsamt) sich „interkulturell“ öffnen.

Migranten und deren Nachkommen werden auf diese Weise als Repräsentanten „ihrer“ (Herkunfts-)Kultur angesehen. „Diversity Management“ gehört inzwischen zum festen Bestandteil unternehmens- oder konzerninterner Fortbildungen. Es geht dabei um mehr als um einen globalen Knigge. Es geht um die Behauptung, kulturelle Unterschiede prägten auch die wirtschaftlichen Eliten und statushohe Migranten in transnationalen Unternehmen, so dass interkulturelle Trainings für den Geschäftserfolg unverzichtbar seien (Breidenbach und Nyíri 2009).

Damit werden jeweils Verschiedenheit, Differenz und Fremdheit betont. Wenn Menschen „mit Migrationshintergrund“ von außen bestimmte Eigenschaften zugeschrieben werden (Muslime, Türken etc), wird das Problem des Zwangscharakters relevant, den diese Kategorisierung mit sich bringt. Da es sich um soziale Konstruktionen handelt, ist durchaus anzunehmen, dass Individuen einer Gruppe zugeordnet werden, der sie sich nicht zugehörig fühlen – weil sie sich grundsätzlich keiner Gruppe zuordnen oder weil sie sich einer oder mehreren anderen Gruppe(n) zugehörig fühlen. Die extern vorgenommene Kategorisierung muss keinesfalls mit der ethnischen Selbstidentifikation übereinstimmen (Wimmer 2008, S. 66). Die Festigung solcher Gruppenidentitäten schränkt die Exit-Optionen derjenigen ein, die dazu gerechnet werden, aber nicht dazu gehören wollen (Offe 1996, S. 36). Gruppenrechte können mit dem Verlust von individueller Handlungsfreiheit einhergehen. Eine Wissenschaftlergruppe um Ruud Koopmans vom Wissenschaftszentrum Berlin warnt in einer im Dezember 2011 veröffentlichten Studie vor möglichen kontraproduktiven Folgen der Hervorhebung des Verschiedenheit:

„Die Betonung von Diversität beziehungsweise der Verweis auf Andersartigkeit wirkt sich gerade dort negativ auf Vertrauen und Kooperation aus, wo Personen in ihrem konkreten Lebensumfeld vergleichsweise wenige Erfahrungen mit kultureller Diversität sammeln konnten. Mit der politischen und medialen Betonung von ethnischen und religiösen Unterschieden sind deshalb durchaus Risiken verbunden, auch wenn eine solche Betonung mit den besten Intentionen geschieht, zum Beispiel um statistische Daten als Grundlage für Politik zu sammeln oder um Respekt für andere Kulturen zu fördern. Gerade auch weil ein wesentlicher Teil des Unterschieds zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund ... eher ein schichtspezifisches als ein ethnisches oder kulturelles Problem darstellt, liegt es nahe, sowohl in der Formulierung von politischen Maßnahmen, als auch im öffentlichen Diskurs die Betonung von ethnischen Differenzen in all jenen Fällen zu unterlassen, in denen eine auf schichtspezifische Faktoren zielende Politik ausreicht. Unnötige Hervorhebungen von ethnischen und kulturellen Differenzen – auch mit den besten Absichten – bergen das Risiko, Vertrauens- und Kooperationsprobleme zu verschärfen. Dies könnte das ohnehin nicht einfache Zusammenleben in ethnisch heterogenen Gemeinschaften unnötig weiter komplizieren“ (Koopmans et al. 2011, S. 219).

„Kulturen“ sind keine statischen „Entitäten“, sie verändern sich ebenso wie „Identitäten“ – auch und vor allem in Migrationsprozessen. „Kulturen werden als geschlossene und homogene Gebilde dargestellt, obwohl sie in Wirklichkeit fließende Grenzen haben, intern homogen sind und höchst umstritten ist, wer und was zur Kultur dazu gehört.“ (Breidenbach und Nyíri 2009, S. 23).

Entscheidend ist, welche Elemente der Herkunftskultur konserviert, im Konflikt zwischen den Generationen oder mit der Aufnahmegesellschaft verändert und übernommen werden. Der Kulturbegriff bleibt diffus und provoziert zahlreiche Missverständnisse – u. a. darüber, was gesellschaftlich verhandelbar, was schützenswert ist und was nicht. Gut gemeinte Politik kann auch hier unbeabsichtigte Nebenwirkungen zeitigen, die das Gegenteil des ursprünglich Beabsichtigten bewirken.

Unabhängig von diesen kritischen Anmerkungen gilt: Mitgebrachte Sprache, Religion und kulturelle Herkunft sollten – unbeschadet notwendiger Angleichungsprozesse – Anerkennung und Wertschätzung erfahren. Misstrauen und Missachtung tragen zu Rückzug und Abschließung bei.

An der konkreten Integrationsaufgabe – soweit sie von deutscher Seite aus zu leisten ist – müssen alle sozialen Schichten mitwirken. Das gilt insbesondere für die Stadtgesellschaften. Nur eine auf diese Weise nachhaltige Politik schafft die Bedingungen für eine Integration in die Aufnahmegesellschaft.

4 Demografischer Wandel und Migration

Seit den 1970er Jahren wird der Wunsch nach stärkerer Zuwanderung mit der schrumpfenden einheimischen Bevölkerung begründet. Die niedrigen Geburtenraten sollten durch Zuwanderer und deren höhere Fruchtbarkeit kompensiert werden – sich leerende Räume sollten besiedelt, Sozialversicherungssysteme intakt gehalten und der Arbeitsmarkt mit ausreichend Arbeitskräften versorgt werden.

Vorbehalte waren und sind angebracht: Da ist zu nennen die begrenzte Prognostizierbarkeit wirtschaftlicher, medizinischer und gesellschaftlicher Entwicklungen. Der Bedarf an Arbeitskräften verändert sich – durch den sektoralen Strukturwandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft. Durch Rationalisierung und neue Produktionstechniken fielen Arbeitsplätze im industriellen Sektor weg, kam es zu einer lang anhaltenden strukturellen Arbeitslosigkeit. Hinzu kommen gesellschaftliche Entwicklungen, die das Erwerbsverhalten beeinflussen wie die kontinuierlich ansteigende Frauenerwerbstätigkeit oder die kontinuierlich steigenden Studentenzahlen in Deutschland. Es gibt keinen zwingenden Zusammenhang zwischen Rückgang der Bevölkerung und Rückgang des Arbeitskräfteangebots. In der zweiten Hälfte

des zurückliegenden Jahrzehnts ist die Zahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter deutlich zurückgegangen, die Zahl der Erwerbspersonen stieg hingegen kräftig (Branke 2012, S. 8).

Auch politische Ereignisse und Entscheidungen, die erheblichen Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland haben, sind nicht vorherzusehen: die deutsche Einheit, das Verschwinden des Eisernen Vorhangs, die Demokratisierung der ost- und mitteleuropäischen Staaten, die Aufnahme neuer Mitglieder in die Europäische Union, der mögliche Beitritt der Türkei zur EU – alles verbunden mit erheblicher zusätzlicher transnationaler Mobilität und Wanderungsgewinnen seit dem Jahr 2010.

Hinzu kommt: Zuwanderer verteilen sich nie gleichmäßig über ein Aufnahmeland. Ballungszentren sind attraktiv, weil sie Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Ethnische Netzwerke lenken Zuwanderer in ethnische Kolonien, die sich in den Städten entwickelt haben. Meist handelt es sich dabei um ethnisch-soziale Unterschichtenkonzentrationen, die das Potential für die Entwicklung parallelgesellschaftlicher Strukturen haben und damit sozialer und gesellschaftlicher Spannungen haben (Luft 2008, S. 99ff.).

Schließlich: Selbst sehr hohe Zuwanderung – wie in den zurückliegenden Jahren – kann den Trend zu zunehmender Alterung der Bevölkerung nicht umkehren, nur mindern. (Statistisches Bundesamt 2016).

Das Jahr 2015 hat gezeigt, dass der immer wieder verbreitete Steuerungsoptimismus in Sachen Migration sachlich nicht gerechtfertigt ist. Einmal in Gang gesetzte Wanderungsprozesse lassen sich aus zahlreichen Gründen nur sehr begrenzt steuern. Der Wanderungsdruck auf Europa im Allgemeinen und die Bundesrepublik Deutschland im Besonderen jedenfalls wird mit Sicherheit nicht nachlassen. Die Auswirkungen auf das Zusammenleben in den Zielstaaten werden nachhaltig sein, das soziale Konfliktpotential wird zunehmen. Es wird erheblicher politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Anstrengungen bedürfen, den inneren auch in Zukunft zu sichern.

Literatur

- Branke, K. 2012. Gibt es in Deutschland einen Fachkräftemangel – und wird es einen geben? Der unsichtbare Mangel. In *Fachkräftemangel. Ein neues, demografisch bedingtes Phänomen?*, hrsg. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), 4-13. Bonn: BBSR-Online-Publikation 02/2012.
- Breidenbach, J., P. Nyíri. 2008. *Maxikulti. Der Kampf der Kulturen ist das Problem, zeigt die Wirtschaft uns die Lösung?*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Hampshire, J. 2013. *The Politics of Immigration. Contradictions of the Liberal State*. Cambridge: Polity Press.
- Haug, S., S. Müssig, A. Stichs. 2009. *Muslimisches Leben in Deutschland. Im Auftrag der deutschen Islamkonferenz*. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Hess, S., B. Kasperek. 2012. *Grenzregime. Diskurse. Praktiken. Institutionen in Europa*. Berlin: Assoziation A.
- Hess, S. et al. 2014. Einleitung. In *Grenzregime II. Migration. Kontrolle. Wissen. Transnationale Perspektiven*, hrsg. L.-M. Heimeshoff et al., 9-39. Berlin: Assoziation A.
- Koopmans, R., A. Dunkel, M. Schaeffer, S. Veit. 2011. *Ethnische Diversität, soziales Vertrauen und Zivilengagement. Projektbericht*. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Discussion Paper SP IV 2011–703. Berlin: Wissenschaftszentrums Berlin.
- Luft, S. 2008. *Staat und Migration. Zur Steuerbarkeit von Zuwanderung und Integration*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Luft, S. 2014. Grenzsicherung der Europäischen Union – ein neuer „Eiserner Vorhang“ im 21. Jahrhundert?. In *20 Jahre Asylkompromiss. Bilanz und Perspektiven*, hrsg. S. Luft, P. Schimany, 275-305. Bielefeld: transcript.
- Luft, S. 2016. *Die Flüchtlingskrise. Ursachen, Konflikte, Folgen*. München: C.H.Beck.
- Offe, C. 1996. Homogenität im demokratischen Verfassungsstaat – Sind politische Gruppenrechte eine adäquate Antwort auf Identitätskonflikte? *Peripherie* 64: 26-45.
- Statistisches Bundesamt. 2011. *Knapp die Hälfte der Großstadtkinder aus Familien mit Migrationshintergrund*, Pressemitteilung Nr. 345 vom 20.09.2011. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt. 2015. *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt. 2016. *Alterung der Bevölkerung durch aktuell hohe Zuwanderung nicht umkehrbar*. Pressemitteilung vom 20. Januar 2016 – 021/16 https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/01/PD16_021_12421.html . Zugriffen: 02. Februar 2016.
- Wimmer, A. 2008. Ethnische Grenzziehungen in der Immigrationsgesellschaft. Jenseits des Herder'schen Commonsense. In *Migration und Integration*, hrsg. F. Kalter, 58-80. Wiesbaden: Springer VS.

Migration und migrationsbedingte Veränderungen der Bevölkerungsstruktur in Deutschland

Befunde, Prognosen und Herausforderungen

Sonja Haug

Zusammenfassung

Die Wanderungsentwicklung in Deutschland ist durch einen starken Zuzug und positiven Wanderungssaldo gekennzeichnet. Aufgrund der starken Schwankungen ist das Wanderungsgeschehen schwer vorhersehbar. Kettenmigrationsprozesse und Migrationsnetzwerke führen zu einer kumulativen Entwicklung der Wanderungen. Wanderungen haben starken Einfluss auf die Bevölkerungsstruktur, sowohl direkt durch die Zuziehenden wie indirekt durch die Fertilität der Zuziehenden. Unter dem Gesichtspunkt des Fachkräftemangels wird die aktuelle Zuwanderung als Beitrag zur Lösung demografiebedingter Herausforderungen diskutiert. Aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen der Migration bestehen in der Bereitstellung von Wohnraum, der sprachlichen Integration, der Qualifikation und der Arbeitsmarktintegration.

Schlüsselwörter

Migration, Zuwanderung, Migrationshintergrund, Bevölkerungsstruktur, Fachkräftemangel, Flüchtlinge, Migrationsnetzwerk, Kettenmigration

1 Einleitung – Migration als Komponente der Bevölkerungsentwicklung

Migration ist neben der Fertilität und der Mortalität eine der drei Komponenten der Bevölkerungsentwicklung (Höpfinger 1997, S. 10). Im folgenden Beitrag sollen die Auswirkungen der Wanderungen auf die Bevölkerungszahl, Altersstruktur und soziale Zusammensetzung der Bevölkerung in Deutschland hervorgehoben werden. In der jüngeren Vergangenheit waren bei der zusammengefassten Geburtenziffer relativ geringe Veränderungen zu verzeichnen; sie hat sich „in Westdeutschland seit den 1970er Jahren kaum verändert und in Ostdeutschland seit der Wende nahezu kontinuierlich wieder erhöht“ (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2013, S. 26). Für 2014 wurde ein Anstieg von 1,42 auf 1,47 gemeldet (Pressemeldung des Statistischen Bundesamtes vom 16.12.2015). Die Lebenswartung stieg langsam aber stetig an (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2013, S. 34). Im Gegensatz zu den Komponenten der natürlichen Bevölkerungsbewegung war die Entwicklung der Wanderungen sehr instabil und kaum vorhersehbar.

Die besondere Bedeutung von Zuwanderung für die Bevölkerungs- und Gesellschaftsentwicklung in Deutschland ist gut untersucht und seit langem bekannt (Deutscher Bundestag 1998, S. 728ff., Unabhängige Kommission Zuwanderung 2001). Auch wenn Migration insgesamt in den letzten Jahren weniger im Fokus der Diskussion um den demographischen Wandel steht und bei der demographischen Forschung an Universitäten und Forschungsinstituten eine eher untergeordnete Rolle spielte (Haug 2013), hat sie im Rahmen der aktuellen Demografiepolitik, insbesondere der Migrationssteuerung, einen bedeutenden Stellenwert (Bundesministerium des Innern 2012, S. 75ff.). Hierbei muss in Betracht gezogen werden, dass die „Demografiestrategie der Bundesregierung“ (Bundesministerium des Innern 2012) auf Daten aus dem Jahr 2010 basiert und in den letzten Jahren, wie unten gezeigt werden soll, sich neue Herausforderungen stellen.

2 Migrationstheorie – Kettenmigration als kumulativer Prozess

„Warum gibt es relativ wenige internationale Migranten?“ (Faist 1997). Klassische Theorien der Wanderung beruhen auf Faktoren wie geographischer Entfernung, Lohndifferenzialen, Arbeitslosenquoten oder Humankapital oder Strategien zur Erhöhung des Haushaltseinkommens (Haug 2000). Dabei bleibt letztlich unerklärlich, warum es so wenig internationale Migration gibt, da die Mehrzahl der

Menschen gute Gründe zur Emigration hätte (Faist 1997). Neuere Theorien der Migration beziehen sich auf die soziale Einbettung der Migration, auf unterschiedliche Migrantentypen und die mit Migration verbundene soziale Konstruktion von Wirklichkeiten (Pries 2001, S. 54). Viele der neueren Ansätze gehen von einem Meso- oder Mehrebenenansatz aus, beziehen sich stärker auf zirkuläre Migration oder betrachten die Entstehung neuer „sozialer Verflechtungszusammenhänge“ (Pries 1997, S. 33f.). Netzwerkansätze sind in der neueren Migrationsforschung unumgänglich (Haug 2008, Klabunde und Willekens 2015).

Internationale Migrationssysteme beruhen auf historisch gewachsenen ökonomischen, politischen und rechtlichen Strukturen und Kettenwanderungen (Haug 2008). Migrationsnetzwerke in Zielländern verbreiten Informationen und geben Unterstützung nach der Ankunft; sie erleichtern die Wanderungsentscheidung potenzieller Migranten. Migrationsnetzwerke sind Bedingung für Kettenmigration, die häufigste Form internationaler Wanderungen. Beim Konzept des sozialen Kapitals werden Beziehungen als Ressource für Migranten betrachtet. Nach einer Weiterentwicklung der Rational Choice-Theorie wirkt soziales Kapital am Herkunftsort (herkunftsortspezifisches soziales Kapital) hemmend auf Emigrationsentscheidungen, zielortspezifisches soziales Kapital hingegen förderlich (Haug 2000, S. 159f.). Durch Migration verringert sich herkunftsspezifisches soziales Kapital, gleichzeitig entstehen neue interethnische Beziehungsnetzwerke und eine ethnische Gemeinschaft im Aufnahmeland. Die Verbindung individueller Migrationsentscheidungen mit strukturellen Migrationskontexten (lokale Ökonomie, Politik, soziale Veränderungen in den Herkunftsgemeinden) und Migrationserfahrungen der Vergangenheit führt zur kumulativen Verursachung von Migration (Massey et al. 1998). Migration wird dabei als dynamischer sich selbst verstärkender Prozess verstanden (Haug 2000, S. 161). Auch wenn das Wanderungsgeschehen in Deutschland durch das Zuwanderungs- und Aufenthaltsrecht und ökonomische Entwicklungen beeinflusst wird, bestimmen soziale Netzwerken die Dynamik und die räumliche Verteilung der Migranten entscheidend. Die Beziehungsnetzwerke strukturieren den Informationsfluss über Zielorte und die zu erwartende Unterstützung durch Familienangehörige und die ethnische Gemeinschaft. Daraus folgt: je mehr (Pionier-)Migranten schon an einem Zielort (Land oder Stadt innerhalb des Landes) sind, umso mehr Nachfolgende sind zu erwarten. Dies gilt zumindest, sofern die Wanderung sich frei entfalten kann. Eine Steuerung der Zahl und der räumlichen Verteilung, wie aktuell mit dem Königssteiner Schlüssel, läuft diesem Prozess zu wider. Auch in umgekehrter Richtung verläuft die Wirkung von Migrationsnetzwerken; je mehr Personen des persönlichen Netzwerks noch im Herkunftsland verblieben oder wieder zurückgekehrt sind, umso wahrscheinlicher wird eine Remigration (Haug 2001).

3 Die Wanderungsentwicklung in Deutschland

„Die jüngste Entwicklung der jährlichen Nettomigration nach Deutschland belegt die Sprunghaftigkeit von Migrationen“ (Deutscher Bundestag 1998, S. 103). Die Aktualität dieser Aussage aus dem Bericht der „Enquête-Kommission zum Demographischen Wandel“ im Jahr 1998 lässt auch in den letzten Jahren durch stark schwankende Zuzüge und Wanderungssalden belegen (siehe Abbildung 3.1). Nach 2010 konnten anhand der Wanderungsentwicklung zwei Trends abgelesen werden: temporäre Zuwanderung auf der einen Seite und Remigration bzw. Auswanderung auf der anderen Seite (Haug 2012). Der Wanderungssaldo deutscher und ausländischer Migranten zusammengekommen bewegte sich damals seit mehr als zehn Jahren auf relativ niedrigem Niveau und wurde 2008 erstmalig negativ (-55.743). 2009 lag der Saldo er bei -13.782 (721.014 Zuzüge, 733.796 Fortzüge).

Eine Auswertung des Wanderungsgeschehens zwischen 1955 und 2006 bei den Zuwanderern aus den südeuropäischen Anwerbestaaten zeigte trotz bestehender Länderunterschiede alles in allem auf einen verstärkten Trend zur Rückkehr hin (Haug und Rühl 2008). Damit setzt sich die bereits nach Ende der Anwerbephase 1974 begonnene Entwicklung fort. Hierbei spielt die Rückkehr in der Rente eine große Rolle. Dies galt in geringerem Maße für die Türkei und die Nachfolgestaaten Jugoslawiens, denn im Gegensatz zu Migranten aus EU-Staaten zeigten Zuwanderer aus diesen Ländern eine relativ niedrige Remigrationsquote. Seit 2006 ist jedoch auch für die Türkei ein negativer Wanderungssaldo zu verzeichnen und dieser Trend ist bis heute ungebrochen (BMI und BAMF 2015, S. 19). Dahingegen ist bei der Zuwanderung aus den neuen mittel- und osteuropäischen EU-Ländern ein sehr hohes Wanderungsvolumen bei ausgeglichenem bis hoch positivem Saldo festzustellen. Ein System der Pendelmigration bzw. zirkulären Arbeitsmigration hat sich zwischen Polen und Deutschland entwickelt. Ein großer Teil der Fortzüge ist somit auf die temporäre Arbeitsmigration zurückzuführen.

Auch wenn die Frage, ob und inwieweit Deutschland ein Einwanderungsland sei, spätestens seit dem Gutachten der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ durch die Faktenlage beantwortet galt (2001, S. 13), zeigte Deutschland in den Jahren im Jahr 2010 Charakteristiken eines Auswanderungslandes. So wurde in der Migrationsforschung über den Fortzug deutscher Fachkräfte unter dem Gesichtspunkt „Brain Drain“ diskutiert (Ette und Sauer 2010; SVR 2011). Auch bei Personen mit Migrationshintergrund wurde auf eine substanzielle Gruppe hochqualifizierter Rückwanderer hingewiesen (Kuhlenkasper und Steinhardt 2012).

Laut Demografiebericht (Bundesministerium des Innern 2011) lag der Wanderungssaldo 2010 wieder im positiven Bereich (+128.000, S. 82). 2011 erreichte der Wanderungssaldo bereits +279.330 (Statistisches Bundesamt 2013a) und 2012

+387.149 (Statistisches Bundesamt 2013b). Durch Zuwanderung stieg 2012 die Bevölkerung in Deutschland auf 80,5 Millionen. Einen so starken Zuwachs gab es zuletzt 1996 (Pressemitteilung Nr. 283 des Statistischen Bundesamtes vom 27.08.2013). Im Migrationsbericht 2011 zeichnete sich bereits ab, dass vor allem bei den Zuwanderergruppen EU-Bürger, Asylbewerber und ausländische Studierende ein starker Anstieg und beim Familiennachzug sowie Zuzug von Spätaussiedlern und jüdischen Zuwanderern ein Rückgang zu verzeichnen ist (BMI/BAMF 2013, S. 40). Die mit Abstand bedeutendste und am stärksten anwachsende Zuwanderergruppe waren damals EU-Binnenmigranten. Seit 1996 ist Polen das zahlenmäßig bedeutendste Herkunftsland der Zuziehenden (BMI und BAMF 2015, S. 8), nach 2006 gefolgt von Rumänien und Bulgarien. Des Weiteren ist im Zuge der Wirtschaftskrise eine neue Zuwanderung aus Südeuropa, den so genannten GIPS-Ländern (Griechenland, Italien, Portugal, Spanien) zu verzeichnen. Aus Italien, das 1955 mit dem Anwerbeabkommen erstes Anwerbeland für Arbeitsmigranten wurde und die zweitgrößte Population ausländischer Staatsangehöriger stellte, ist seit neuestem wieder vermehrt Zuzug zu verzeichnen (Haug 2014). Im Migrationsbericht 2013 wurde konstatiert: „Deutschland ist ein Einwanderungsland. Deutschland war laut OECD das zweitbeliebteste Zielland von Migranten weltweit. 2013 gab es die höchste Zuwanderung und den höchsten Wanderungsgewinn seit 1993, einen Saldo von 430.000 Menschen (BMI und BAMF 2015, S. 8).

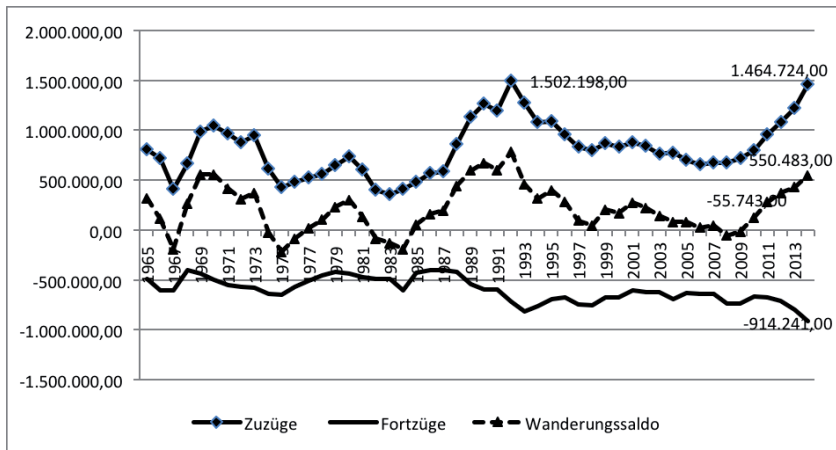


Abb. 1 Wanderungsentwicklung in Deutschland 1965 bis 2014

Quelle: Daten: Statistisches Bundesamt © Sonja Haug

Zwei Jahre später hat sich das Wanderungsgeschehen nochmals gewandelt. Bei gleichbleibender Zuwanderung aus Mittel-, Süd- und Südosteuropa stieg die Zahl der Zuzüge 2014 durch die Zunahme von Flüchtlingen auf 1,5 Millionen. Bei Fortzügen im Umfang von knapp über 900.000 war ein Wanderungsgewinn von 550.000 zu verzeichnen. Für 2015 kann nochmals mit einem deutlichen Anstieg gerechnet werden (Stand Dezember 2015). So wurden zwischen Januar und November 2015 392.028 Erstanträge auf Asyl verzeichnet ein Anstieg um 152 Prozent zum Vorjahr (BAMF 2015, S. 2).

Bedingt durch das hohe Wanderungsvolumen, die starke Fluktuation, die zeitliche Verzögerung zwischen Unterbringung in einer Erstaufnahmeeinrichtung und Asylantrag und die Selbststeuerung durch die Flüchtenden und die damit verbundene mögliche Unter- oder Mehrfacherfassung ist zu erwarten, dass die Datenvalidität in der Migrationsstatistik abnimmt. Die aus unterschiedlichen Datenquellen stammenden Wanderungszahlen sind bereits heute schwierig nachzuvollziehen und zu interpretieren (Haug 2010, BMI und BAMF 2015). Die Anstrengungen der letzten Jahre zur Aufklärung und Überwindung der aus unterschiedlichen Erhebungen (Melderegister, Bevölkerungsfortschreibung, Ausländerzentralregister und Zensus 2011) resultierenden unterschiedlichen Messungen werden hierdurch erschwert. Beispielsweise ergab die Erfassung zur Belegung in Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern (Bamberg, Deggendorf, München, Schweinfurt, Zirndorf) für Januar bis Oktober 2015 einen Wert von 115.630 (Quelle: EASY), wohingegen in Bayern für den gleichen Zeitraum (Januar bis Oktober 2015) 51.147 Erstanträge auf Asyl verzeichnet sind (Quelle: BAMF, Asylgeschäftsstatistik).

4 Wanderungsprognosen am Beispiel der EU-Osterweiterung

„Die Entwicklung der Wanderungen in den letzten Jahren zeigt, dass deren Umfang nur schwer vorherzusagen ist“ (Deutscher Bundestag 2002, S. 22). Die Vorhersage der zukünftigen Migration ist ein komplexes Unterfangen. Ohne an dieser Stelle näher auf Migrationstheorien einzugehen kann allgemein davon ausgegangen werden, dass Wanderungsentscheidungen von den wahrgenommenen Bedingungen und erwarteten Entwicklungen, insbesondere der Ökonomie in den Herkunftsländern, abhängen, wie auch von der wahrgenommenen wirtschaftlichen Lage in den potenziellen Zielländern (vgl. für einen allgemeinen Überblick Haug 2000, S. 22ff., für eine Anwendung auf die mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländer MOEL Fassmann und Hintermann 1997). Neben den rechtlichen Grundlagen

und den ökonomischen Entwicklungen spielt die Bevölkerungsentwicklung in den Herkunftsländern eine Rolle. Es ist aus der Wanderungsforschung bekannt, dass in der Pionierphase der Emigration vor allem jüngere, eher männliche Personen zur Arbeitsemigration bereit sind (Haug 2000, Fassmann und Hintermann 1997, S. 17ff.). Insofern kann die Alters-, Geschlechts- und Haushaltsstruktur das Migrationspotenzial beeinflussen, indem z. B. große Bevölkerungsgruppen ein Stadium im Lebenszyklus erreichen, in denen eine Arbeits- oder Heiratsmigration wahrscheinlich ist. Die geographische Lage und das Bestehen eines traditionellen Migrationssystems wie im Falle von Polen und Deutschland spielt eine bedeutende Rolle (Fassmann und Hintermann 1997, S. 35). Auch bestehende Migrationsnetzwerke können zur Entwicklung einer Kettenmigration führen. Eine entscheidende Rolle spielen dabei Familien und soziale Beziehungen zu Arbeitgebern. Krisen wie (Bürger-)Kriege oder Umweltkatastrophen sind grundsätzlich nicht vorhersagbar, können Migrationsbewegungen aber stark beeinflussen. Insofern kann Kupiszewski (2002) dahingehend zugestimmt werden, dass Migrationsprognosen zu den schwierigsten Übungen für Demographen gehören.

Wanderungsprognosen können auf der Basis ökonometrischer Migrationsmodelle einerseits oder Umfragedaten in den Herkunftsländern andererseits erfolgen (Kupiszewski 2002). Unterschiedliche Vorhersagen im Vorfeld der EU-Osterweiterung kamen zu dem Ergebnis, dass die Wanderungsbewegungen erheblich sind, aber in deutlich unterschiedlichem Ausmaß (siehe Tabelle 1). Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die meisten ökonomischen Einschätzungen der zukünftigen Entwicklung der Ost-West-Migration nach Deutschland vor der EU-Osterweiterung davon ausgingen, dass kein massiver Anstieg der Zuwanderung zu erwarten ist (Brücker et al. 2000, Hönekopp und Werner 2000), wohingegen Befragungen in den Herkunftsländern zur Abwanderungsabsicht oftmals zu unrealistisch hohen Wanderungspotenzialen kommen, die sich bei einer Beschränkung auf konkrete und feste Wanderungsabsichten jedoch deutlich reduzieren (Haug 2005). Als Grund wurde angenommen, dass bereits vor der EU-Osterweiterung Wanderungen in erheblichem Umfang auftraten und das Potenzial ausgeschöpft sei.

Tab. 1 Wanderungsprognosen im Vorfeld der EU-Ost-Erweiterung

Autor (Institut)	Prognose/Vorausberechnung
Brücker et al. 2000 (DIW)	Bevölkerungswachstum durch Migration: EU: 335.000 pro Jahr; Deutschland: 220.000 pro Jahr
Sinn et al. 2000 (ifo)	Immigration nach Deutschland: 200.000-300.000 pro Jahr
Straubhaar 2002 (HWWA)	Immigration in die EU in 15 Jahren: 199.000-419.000, Nettozuwanderung EU: 63.000-157.000
Fertig 2000 (Uni Heidelberg)	Nettozuwanderung Deutschland: 73.583 pro Jahr
Flaig 2001 (ifo)	Nettozuwanderung Deutschland: 242.000 pro Jahr, in 15 Jahren: 66.000-167.000
Alvarez-Plata et al. 2004 (DIW)	Immigration nach Deutschland: 180.000 im ersten Jahr der EU-Osterweiterung, 225.000 im zweiten Jahr; Potenzial bis 2030: 2,3 Mio.

Quelle: Haug 2005

Die tatsächliche Migration übertrifft die Vorhersagen. 2013 lag der Saldo gegenüber den EU-12-Staaten (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern (EU-10) sowie um die zum 1. Januar 2007 beigetretenen Staaten Bulgarien und Rumänien – EU-2) bei 185.918 (504.279 Zuzüge, 318.361 Fortzüge); dabei lag der Saldo für die EU-8 bei 114.901 und für die EU-2 bei 70.280 (BMI und BAMF 2015, S. 15). Im Oktober 2015 stieg die Bevölkerung aus Bulgarien und Rumänien im Vergleich zum Vorjahresmonat um 142.000 Personen an und die Bevölkerung aus den EU-8-Ländern (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien, Slowakei, Tschechien, und Ungarn) um 107.000 Personen (Brücker et al. 2015b), d. h. zusammen genommen um 249.000.

5 Der Einfluss von Wanderungsvorhersagen auf die Bevölkerungsstruktur

Zuwanderung hat in zweierlei Hinsicht Auswirkungen auf die Bevölkerungsstruktur: zum einen durch die zu- oder abwandernde Person selbst, zum anderen durch die potenziellen oder unterbleibenden Nachkommen der Zu- oder Abwanderer (Dinkel 1989, S. 318). Für Bevölkerungsvorausberechnungen werden hypothetische Annahmen über den Wanderungssaldo zugrunde gelegt. Unter Berücksichtigung der schwankenden Wanderungssalden der Vergangenheit wird von der Enquête-Kom-

mission zum Demographischen Wandel für die zukünftige Wanderungsentwicklung als wahrscheinlichster Wert ein jährlicher Wanderungssaldo von durchschnittlich 200.000 erwartet (Deutscher Bundestag 2002, S. 104). Die aktuelle 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes bis 2060 basiert wie bisher auf unterschiedlichen Szenarien. Für das Wanderungsgeschehen wird hierbei ausgehend von einem Wanderungssaldo von 500.000 im Jahr 2014 eine Anpassung des Wanderungssaldo auf 100.000 (schwächere Zuwanderung) bzw. 200.000 (stärkere Zuwanderung) ab 2021 kalkuliert (Statistisches Bundesamt 2015).¹ Die Wahl dieser Annahmen hat starken Einfluss auf das Ergebnis der potenziellen Bevölkerungsentwicklung. So wird bei schwächerer Zuwanderung ein Rückgang der Erwerbspersonen um minus 30 Prozent vorhergesagt, bei stärkerer Zuwanderung um minus 23 Prozent (Statistisches Bundesamt 2015, S. 20). „Jedoch kann auch ein jährlicher Wanderungssaldo von 300.000 Personen den Rückgang der Bevölkerung im Erwerbsalter nicht aufhalten“ (Statistisches Bundesamt 2015, S. 22).

6 Personen mit Migrationshintergrund

In Deutschland lebten 2011 15,96 Millionen Personen mit Migrationshintergrund, das sind 19,5 Prozent der Bevölkerung (Statistisches Bundesamt 2012). Die größte Gruppe (6,9 Millionen) sind Ausländische Staatsangehörige mit Migrationserfahrung (erste Generation), dicht gefolgt von Deutschen mit Migrationserfahrung (6,1 Millionen, meist Aussiedler der ersten Generation). 4,6 Millionen sind Deutsche ohne Migrationserfahrung, d. h. Nachkommen von Aussiedlern oder Eingebürgerten oder Kinder, die unter die Ius-Soli-Regelung im Staatsangehörigkeitsrecht fallen. Die kleinste Gruppe sind 1,9 Millionen sind Ausländer/innen ohne Migrationserfahrungen. In den letzten Jahrzehnten war ein stetiger Anstieg der Personen mit Migrationshintergrund zu verzeichnen. In den jüngeren Alterskohorten ist dies besonders deutlich. Bei den unter 5-Jährigen hatten 2014 bereits mehr als 35 Prozent einen Migrationshintergrund (siehe Abbildung 2).

1 <https://www.destatis.de/bevoelkerungspyramide> abgerufen am 21.12.2015.

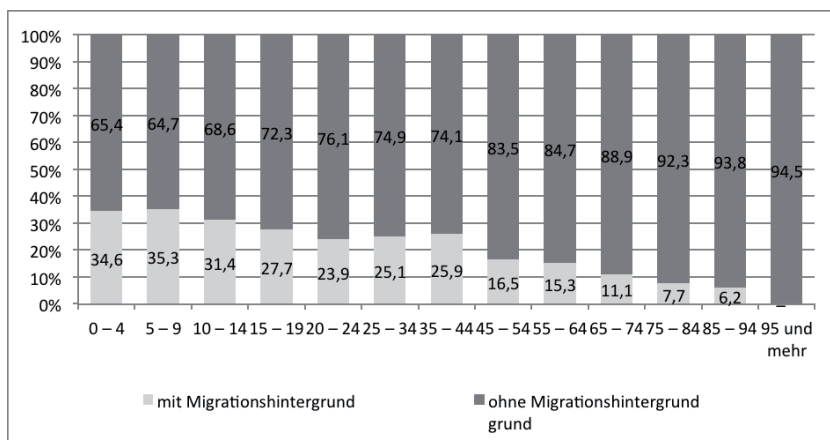


Abb. 2 Personen mit Migrationshintergrund 2014

Quelle: Daten: Mikrozensus 2014, Statistisches Bundesamt 2015, © Sonja Haug

Unter dem Gesichtspunkt der regionalen Unterschiede ist der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund besonders bedeutsam, da dieser in süd- und westdeutschen Großstädten deutlich höher liegt. So beträgt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund 2011 in Ingolstadt bei 38,9 Prozent und in der Altersgruppe 0-3 bei 54,6 Prozent (Stadt Ingolstadt 2013, S. 26ff). In Regensburg ist der Anteil in der Bevölkerung insgesamt niedriger (30 Prozent), jedoch hat auch etwa die Hälfte der Kinder unter fünf Jahren einen Migrationshintergrund (Haug et al. 2013). Für die Zukunft ist zu erwarten, dass der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund noch weiter ansteigt. Während heute jeder fünfte Einwohner Bayerns einen Migrationshintergrund hat, wird es 2024 bereits jeder Vierte sein (Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 2013, S. 14).

7 Fertilität im Migrationskontext

Im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung ist die Fertilität der Zugewanderten ein bedeutsamer Faktor. Wenn „die zuwandernden Personen dauerhaft eine Netto-reproduktionsrate oberhalb jener der einheimischen Bevölkerung realisieren“ (Dinkel 1998, S. 320) zeigt sich ein indirekter Effekt der Fertilität von Zuwanderern auf die Bevölkerungsentwicklung. In einem probabilistischen Bevölkerungsmodell kann

für unterschiedliche Subpopulationen (Zuwanderergruppen und ihre Nachkommen) eine separate Fertilitätsannahme getroffen und darauf basierend Prognosen berechnet werden (Bohk 2012, Kap. 7.1.2 in Manuskript 2011). „Der Freistaat Bayern wird seine Bevölkerungszahl bis 2024 noch knapp über dem Niveau des Jahres 2011 halten können. Dieses leichte Bevölkerungsplus wird jedoch weitgehend durch das starke Wachstum der Bevölkerung mit Migrationshintergrund getragen. Aufgrund der deutlich jüngeren Altersstruktur und der höheren Reproduktivität kann sie – anders als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund – nicht nur Wanderungsgewinne, sondern auch deutliche Geburtenüberschüsse verzeichnen“ (Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 2013, S. 48).

Zur Vereinfachung der Prognosemodelle wird jedoch häufig davon ausgegangen, dass die Fertilität der Zugezogenen sich an die der nicht wandernden Bevölkerung anpasst (Adaptionsannahme). Andererseits ließe sich argumentieren, dass Zuwanderergruppen gemäß den sozialen Erwartungen ihrer Herkunftsgesellschaft eine unterschiedliche Fertilität aufweisen und eine unterschiedliche Fertilität von Gruppen demzufolge auf sozio-kulturelle Unterschiede zurückzuführen wäre (Bohk 2012). Nach einer Analyse von Milewski (2007, 2010) erhöht sich die Fertilität der Migranten in Deutschland kurzfristig nach der Migration, wie dies nach der Hypothese der Familien- bzw. Haushaltsgründung zu erwarten wäre. Langfristig ist eine Anpassung an die Fertilität der Einheimischen feststellbar.

Frauen mit Migrationshintergrund sind seltener kinderlos als Frauen ohne Migrationshintergrund, insbesondere Frauen mit Migrationserfahrung. Diese haben seltener nur ein Kind und häufiger drei und mehr Kinder. „Insgesamt wurden von den Frauenjahrgängen 1954-1963 ohne Migrationserfahrung durchschnittlich 1,6 Kinder je Frau geboren, während es bei den gleichaltrigen Migrantinnen 2,0 Kinder je Frau waren.“ (Schmid/Kohls 2011, S. 7). Auch nach Herkunftsland lassen sich Unterschiede der Fertilität feststellen. „Im Jahr 2009 betrug die zusammengefasste Geburtenziffer der ausländischen Frauen in der amtlichen Statistik 1,6 Kinder je Frau. Im Vergleich dazu weisen deutsche Frauen eine Geburtenhäufigkeit von 1,3 Kinder je Frau auf,“ (Schmid/Kohls 2011, S. 5). Die höhere Fertilität gilt jedoch vor allem für Frauen aus nicht-westlichen Herkunftsländern (Kohls 2012, S. 108). Frauen aus den ehemaligen Anwerbeländern Italien, Spanien, Griechenland, Portugal oder den Nachbarländern Deutschlands weisen mit einer zusammengefassten Geburtenziffer von 1,2 eine unterdurchschnittliche Fertilität auf, wohingegen die Geburtenziffer von Frauen aus der Türkei oder dem ehemaligen Jugoslawien mit 1,8 bzw. 1,9 über dem Durchschnitt der ausländischen Frauen liegt (Schmid/Kohls 2011, S. 6).

Für Gruppenunterschiede spricht auch das Ergebnis einer Untersuchung der Wunschkinderzahl, deren Werte bei den Frauen mit Bezugsregion Deutschland und Polen mit 1,96 und 2,03 sehr ähnlich sind. Am stärksten ausgeprägt sind die

durchschnittlich gewünschten Kinderzahlen bei befragten Frauen mit Bezugsregion Türkei mit 2,62 (bei im Durchschnitt 2,5 vorhandenen Kinder). Frauen aus der GUS sowie aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens liegen mit durchschnittlich 2,44 bzw. 2,39 leicht darunter (Haug et al. 2015, S. 20). Bei der Aussage „Für mich ist es wichtig, eigene Kinder zu haben“ zeigt sich eine tendenzielle Zustimmung über alle Frauen mit Migrationshintergrund, mit der höchsten Zustimmung bei Frauen mit Bezugsregion GUS (94 Prozent) und der niedrigsten von Deutschen ohne Migrationshintergrund (86 Prozent) (Haug et al. 2015, S. 14).

Bei einer Untersuchung der Bedingungen für die Geburt weiterer Kinder können „weder Effekte der individuellen finanziellen Lage der Familie, noch der Generationenbeziehungen auf die Familienerweiterung nachgewiesen werden. Die Ergebnisse zeigen hingegen, dass sich türkische Staatsbürger mit eigener Migrationserfahrung von denen, die im Kindesalter immigriert sind bzw. in Deutschland geboren wurden, bezüglich der Erklärungsfaktoren unterscheiden. In allen drei Gruppen sind Faktoren wie das Alter der Frau, die Kinderzahl und das Alter der Kinder für die Familienerweiterung zentral“ (Naderi 2013). Eine differenzierte Untersuchung zeigt: „Wenn in Deutschland geborene Frauen mit türkischen Wurzeln einen hohen Bildungsstand aufweisen, sind die Paritäten vergleichbar mit denen von gleich hoch gebildeten Frauen ohne Migrationshintergrund. Bei Betrachtung niedrigerer Bildungsabschlüsse bleiben die Unterschiede bestehen“ (Naderi 2015). Insofern ist zu vermuten, dass Fertilitätsunterschiede auch bei Frauen mit Migrationshintergrund auf Bildungseffekte zurückzuführen sind.

8 Replacement Migration oder: Kann Migration eine Lösung demografiebedingter Probleme sein?

Ohne Zuwanderung und die Kinder der Zuwandernden wäre die Einwohnerzahl Deutschlands seit längerem rückläufig (Münz et al. 1997, S. 178). Kann Zuwanderung auch eine Lösung des Problems der Alterung der Bevölkerung sein? Da Migranten in aller Regel jünger als die einheimische Bevölkerung sind, wird Migration als ein Gegenmittel zur Bevölkerungsalterung diskutiert. Der Einfluss der Zuwanderung auf die Altersstruktur ist vorhanden, darf jedoch nicht überschätzt werden. „Die unmittelbaren Effekte der Zu- oder Abwanderung einer Person sind stets vorübergehender Natur“ (Dinkel 1989, S. 319). Nur eine dauerhaft konstante Zuwanderung hätte Auswirkungen auf die Altersstruktur. Eine Studie der UN unter dem Stichwort „Bestandserhaltungsmigration“ (replacement migration), die diese Idee für die Staaten der Welt geprüft hat, kommt zu dem Schluss, dass

sie auf Dauer nicht realistisch ist. Zwar kann einer Schrumpfung der Bevölkerung durch Zuwanderung entgegengetreten werden, aber der Alterungsprozess lässt sich damit nicht aufhalten. Der Grund dafür ist die unvorstellbare Dimension der Zuwanderung und der damit verbundene immense Bevölkerungsanstieg, der für die Bestandserhaltung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Relation zur Bevölkerung im Rentenalter notwendig wäre. Der jährliche Wanderungssaldo betrüge in Deutschland bei diesem Szenario jährlich 3,427 Millionen Menschen, die Bevölkerungszahl würde auf ca. 300 Millionen ansteigen und der Zuwandereranteil würde sich auf 80 Prozent erhöhen (Höhn 2000, S. 393).

Die Zuwanderergruppen der letzten fünfzig Jahre (Arbeitsmigranten und Familienangehörige, Aussiedler, EU-Bürger, Flüchtlinge, ausländische Studierende) haben in Deutschland den Alterungsprozess verlangsamt bzw. aufgeschoben. Die Folgen der Alterung der Bevölkerung wurden so mittelfristig etwas abgemildert. Langfristig aber tragen Migranten – bei angeglichenem Geburtenniveau und angeglicher Lebenserwartung und wenn sie im Alter nicht generell ins Herkunftsland zurückkehren - unaufhaltsam zur Alterung bei. Allerdings bedeutet ein Verzicht auf Migranten ein beschleunigtes Altern (vgl. Beispiel Japan), so dass eine gezielte Einwanderung neben anderen Maßnahmen zur Entlastung der demographischen Situation beitragen kann.

9 Fachkräftemangel, Arbeitsmigration und Fluchtmigration

Im Zuge des Fachkräftemangels gilt Arbeitsmigration als ein Lösungsansatz (vgl. dazu die Beiträge in Maretzke 2012). Diskutiert werden die Verbesserung der Beschäftigungsperspektiven älterer Arbeitnehmer, bessere Erwerbsmöglichkeiten für Frauen, die gesteuerte Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland, die Nachqualifizierung von Erwerbspersonen ohne Berufsausbildung und insgesamt verstärkte Bildungsanstrengungen sowie die Anerkennung beruflicher Abschlüsse aus dem Ausland bei Migranten. „Die Arbeitsmigration hat für Deutschland an Bedeutung gewonnen, da in vielen Bereichen das Angebot an einheimischen Fachkräften zur Deckung des Bedarfs nicht mehr ausreicht. Seit einigen Jahren werden daher die Einreisebeschränkungen speziell für höher qualifizierte Ausländer verringert, um geeignete Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt gewinnen zu können.“ (OECD 2013). Der Ansatz einer regulierten Arbeitsmigration zeigt sich im Aufenthaltsgesetz 2005, der Anpassung im Richtlinienumsetzungsgesetz 2009 sowie den Lockerungen in den folgenden Jahren und der Blauen Karte

EU. Trotz eines Trends der Zunahme der Fachkräftezuwanderung lässt sich kein direkter Kausalzusammenhang zur Steuerung feststellen (Mayer 2013). Das größte Migrationspotenzial für Deutschland liegt bislang innerhalb der EU-Staaten.

Insbesondere im Hinblick auf kurz- und mittelfristige Effekte auf den Arbeitsmarkt wird Zuwanderung als Lösungsansatz gesehen. Nach Berechnungen des IAB wäre ein Wanderungssaldo von 400.000 pro Jahr allein um das Erwerbspersonenpotenzial auf heutigem Niveau zu halten erforderlich (Brücker 2013). Um bis 2050 das Erwerbspersonenpotenzial zu erhalten, wäre eine jährliche Nettozuwanderung von 533.000 Menschen notwendig (Fuchs et al. 2015). Hierbei wird auch auf die Bedeutung der Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten hingewiesen. Diese hat sich inzwischen durch das starke Anwachsen der Flüchtlinge eingestellt. Zu bedenken ist jedoch einerseits das Qualifikationsniveau, andererseits die räumliche Verteilung der Zuwandernden.

„Um einen Fachkräftemangel zu vermeiden, müssten jährlich 27000 gut ausgebildete Menschen einwandern.“ (von Loeffelholz 2011). Das Bildungsniveau der Neuzuwanderer hat sich in den letzten Jahren sehr stark erhöht: 41 Prozent besitzen einen Hochschulabschluss. Dies hängt vor allem mit der innereuropäischen Migration zusammen (Ette et al. 2013). Eine gegenläufige Entwicklung ist jedoch nun neuerdings durch den Zuzug von Flüchtlingen zu beobachten. Deren Bildungsniveau ist schwer zu eruieren. Eine interne Erhebung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zum Schulbesuch von Flüchtlingen ergab folgende Verteilung: 16,6 Prozent Universität/ Fachhochschule (Syrien: 29,9 Prozent), 17,5 Prozent Gymnasium (Syrien 25,1 Prozent), 29,7 Prozent Mittelschulbildung, 3,3 Prozent Fachschule, 24,0 Prozent Grundschule, 8,1 Prozent keine Schule (Quelle: BAMF zitiert nach Die ZEIT, Nr. 40, 01.10.2015, S. 5). Allerdings fehlen oft Dokumente, die den Schulbesuch oder Schulabschluss belegen und es ist unklar, inwieweit vorhandene Abschlüsse anerkannt werden können. Eine Analyse der Qualifikation von Migranten ergab für Neuzuwanderer des Jahres 2014 im Alter von 25 bis 64 Jahren, dass 37 einen akademischen Abschluss haben, (zum Vergleich: dies trifft für 21 Prozent der deutschen Bevölkerung zu), 27 Prozent abgeschlossene Berufsausbildung (68 Prozent deutsche Bevölkerung) und 34 Prozent keinen berufsqualifizierenden Abschluss (Brücker et al. 2015a). Deutlich geringer als bei anderen Ausländergruppen ist die Qualifikation von Flüchtlingen: bei Beschäftigten 53 Prozent keine abgeschlossene Berufsausbildung, 22 Prozent Ausbildung, 10 Prozent Akademiker, bei Arbeitslosen 87 Prozent keine Ausbildung. Unter den Flüchtlingen sind somit einerseits Akademiker oder angehende Akademiker andererseits sehr viele Personen mit geringer Schulbildung und ohne berufliche Qualifikation. Da 55 Prozent der Flüchtlinge unter 25 Jahre sind, wird ein erhebliches Potenzial für

den Arbeitsmarkt gesehen, vorausgesetzt allerdings hohe Investitionen in Sprachkenntnisse, Bildung und Berufsausbildung.

Eine teilweise oder vollständige Kompensation der demografischen Effekte im Sinne eines steigenden Arbeitskräfteangebots ist durch Zuwanderung möglich (Maretzke 2013). Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung ist jedoch zu berücksichtigen, dass die internationale Arbeitsmigration sich vor allem in die wirtschaftlich starken Regionen und Metropolen richtet, während Regionen, für die ein schrumpfendes Erwerbspersonenpotenzial prognostiziert wird und vom Fachkräftemangel besonders betroffen sind, auch nicht das Zielgebiet der internationalen Arbeitsmigration sind. Gebiete ohne abnehmende erwerbsfähige Bevölkerung verdanken diese Stabilität ausschließlich den Wanderungsgewinnen, wohingegen die geringe Attraktivität für Zuwanderer in den anderen Gebieten die Bevölkerungsentwicklung entscheidend beeinträchtigt (Schlömer 2012, S. 37).

10 Schlussfolgerungen und Herausforderungen

Auch wenn der demographische Wandel durch Zuwanderung nicht aufgehalten werden kann, verjüngt sich die Bevölkerung durch die aktuelle Migrationsentwicklung. Insbesondere in den alten Bundesländern und den Großstädten hat die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund. Was kennzeichnet die neuste Entwicklung der Migration:

1. Starke Dynamik: Es treten sehr viele Zuzüge in sehr kurzer Zeit auf und der Wanderungssaldo hat einen hohen Wert angenommen.
2. Neue Herkunftsländer: Neben der starken Zuwanderung aus den süd-, mittel-, ost- und südosteuropäischen EU-Staaten sind zahlenmäßig bedeutsame neue Herkunftsländer Syrien, Eritrea, Afghanistan, Pakistan und Albanien. Die Zusammensetzung der muslimischen Bevölkerung in Deutschland wandelt sich. Stammten Muslime bisher mehrheitlich aus der Türkei oder auch Bosnien (Haug et al. 2009), ist nun eine größere Zahl an Muslimen aus dem Balkan sowie dem Nahen Osten, aus Süd- bzw. Zentralasien oder Afrika zu verzeichnen.
3. Königssteiner Schlüssel: Entgegen der arbeitsmarktgesteuerten Verteilung bei der Zuwanderung aus EU-Staaten oder der Selbststeuerung über soziale Netzwerke von Migranten, erfolgt die Zuweisung von Flüchtlingen innerhalb Deutschlands wie die Verteilung von Flüchtlingen und Spätaussiedlern in den 1990er Jahren über Quoten nach dem Königssteiner Schlüssel.

4. Bildungsniveau: Entgegen dem Trend in den letzten Jahren erfolgt ein Zuzug von Personen mit geringem Bildungs- und Ausbildungsniveau, darunter auch viele Analphabeten. Da es starke Geschlechterunterschiede in der Bildungsbeziehung in den Herkunftsländern der Flüchtlinge gibt, ist zu erwarten, dass beim Familiennachzug noch sehr viel mehr Analphabetinnen nach Deutschland kommen. So liegt die Quote der Analphabetinnen in Afghanistan 79 %, im Irak 75 % und in Syrien 23 % (Quelle: www.laenderlexikon.de).

Erwartungen und Herausforderungen für die Zukunft:

1. Familiennachzug: Da der Männeranteil unter den Flüchtlingen relativ hoch ist (z. B. bei Flüchtlingen in Bayern 1.1.2015–30.9.2015: 72 Prozent (eigene Auswertung auf Basis einer unveröffentlichten Statistik des BAMF), ist in vielen Fällen ein Familiennachzug wahrscheinlich. Neben dem Familiennachzug (Ehegatten und Kinder) ist auch der Nachzug im erweiterten Familienverbund (kumulativer Migrationsprozess) zu erwarten. Entsprechend der Bedeutung von Familie und Verwandtschaftsnetzwerk in den Herkunftsländern und der innerfamilialen Entsendung von Pioniermigranten wäre zu erwarten, dass die Hoffnungen sich auf Familiennachzug richten. Ein möglicherweise kritischer Aspekt hierbei ist, dass das deutsche Aufenthaltsgesetz nicht wie z. B. die Zuwanderungsregelung der USA ein „Sponsoring“ des Zuzugs durch Verwandte vorsieht.
2. Remigration: In den kommenden Jahren sind voraussichtlich viele Fortzüge zu erwarten. Aufgrund der Vielzahl an Flüchtlingen aus Herkunftsländern mit sehr geringer Gesamtschutzquote (Albanien 0,4 Prozent, Kosovo 0,2 Prozent, zum Vergleich Syrien 93 Prozent, BAMF 2015) ist absehbar, dass ein Teil der Flüchtlinge zurückkehren (sollen). Inwieweit diese Verpflichtung eingehalten oder durchgesetzt wird, ist derzeit offen. Neben unfreiwilligen Rückwanderungen tritt voraussichtlich Remigration auf, sofern sich die politische und wirtschaftliche Situation in den Herkunftsländern von Flüchtlingen bessert. Einfluss auf die Dauer der Zuwanderung hat auch die Anerkennung auf Asyl, die Verfügbarkeit adäquaten Wohnraums und Arbeitsplätze sowie die Möglichkeit des Familien- und Verwandtschaftsnachzugs.
3. Binnenmigration: Die dezentrale Verteilung durch den Königssteiner Schlüssel bedeutet nicht dauerhafte Ansiedlung. Wie sich bei der Wohnortzuweisung von (Spät-)Aussiedlern gezeigt hat, nutzen Migranten nach Ablauf der Bindungsfrist die Möglichkeit, an einen Wunschwohrt zu ziehen (Haug und Sauer 2007). Bei Flüchtlingen ist diese Entwicklung bereits aktuell zu beobachten und es steht zu erwarten, dass Süd-/Westdeutschland und die Großstädte zukünftig noch stärker frequentiert werden.

4. Integration: Zuwanderungsbedingt steigt überall in Deutschland der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund. Hieraus ergeben sich Herausforderungen im Bereich der Integration.
5. Fachkräfte: Zwar hat die Arbeitsmigration vor allem aus Mittel- und Südosteuropa und die Bildungsmigration zum Zweck des Studiums im letzten Jahrzehnt dazu geführt, dass das Bildungsniveau der Neuzuwanderer auf relativ hohem Niveau liegt. Allerdings läuft der neuste Zuzug von Flüchtlingen aus Herkunftsländern mit hohem Anteil an Analphabeten und Personen mit niedrigem Bildungs- und Ausbildungsniveau diesem Effekt entgegen. Eine Lösung für das Problem des Fachkräftemangels kann durch die aktuelle Zuwanderung nur bedingt und mittelfristig gesehen werden.
6. Bildung: Längerfristig sind sehr hohe Investitionen in Bildung erforderlich. Dies gilt sowohl für die Erwachsenenbildung (Alphabetisierung, Integrationskurse) wie auch die Schulbildung von Kindern und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.
7. Regionale Disparitäten auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt: Die Bereitstellung von Wohnraum, sowie die Integration in den Arbeitsmarkt sind große Herausforderungen. Dabei besteht das Dilemma, dass in Regionen, in denen Wohnraum preisgünstig zur Verfügung steht, in der Regel wenige Arbeitsplätze frei sind und umgekehrt, in den Regionen und Städten mit positiver wirtschaftlicher Entwicklung Knappheit auf dem Wohnungsmarkt herrscht. Insofern besteht die Herausforderung darin, durch Steuerung der Migration regionale Disparitäten (z. B. Fachkräftemangel, Wohnungsmangel) nicht zu verstärken.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Migration für die Bevölkerungszahl, Bevölkerungsstruktur und die sozialen Bedingungen des Zusammenlebens in Deutschland von zentraler, nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

Literatur

- Alvarez-Plata, P., H. Brücker, B. Siliverstovs. 2003. *Potential Migration from Central and Eastern Europe into the EU-15 – an Update*. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). 2015. Asylgeschäftsstatistik für den Monat November. <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/201511-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.pdf>. Zugriffen: 21. Dezember 2015.

- Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung. 2010. Vorausberechnung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern bis 2024. *Beiträge zur Statistik Bayerns* 2010 (545).
- Bundesministerium des Inneren (BMI), Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). 2015. Migrationsbericht 2013. <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Migrationsberichte/migrationsbericht-2013.html?nn=1663558>. Zugriffen: 21. Dezember 2015.
- Bohk, C. 2012. *Ein probabilistisches Bevölkerungsprognosemodell: Entwicklung und Anwendung für Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS.
- Brücker, H. 2013. Auswirkungen der Einwanderung auf Arbeitsmarkt und Sozialstaat. Neue Erkenntnisse und Schlussfolgerungen für die Einwanderungspolitik. http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-EBB50DC5-A317F306/bst/xcms_bst_dms_37927__2.pdf. Zugriffen: 17. November 2013.
- Brücker, H., A. Hauptmann, E. Vallizadeh. 2015a. Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015. *IAB Aktuelle Berichte* 14.
- Brücker, H., A. Hauptmann, E. Vallizadeh, R. Wapler. 2015b. Zuwanderungsmonitor, *IAB Aktuelle Berichte*. http://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/Zuwanderungsmonitor_1511.pdf. Zugriffen: 30. Dezember 2015.
- Brücker, H., P. Trübswetter, C. Weise. 2000. EU-Osterweiterung: Keine massive Zuwanderung zu erwarten. *DIW-Wochenbericht* 21/00.
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. 2013. Bevölkerungsentwicklung 2013. Daten, Fakten, Trends zum demografischen Wandel. http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Broschueren/bevoelkerung_2013.pdf?__blob=publicationFile&v=12. Zugriffen: 30. Dezember 2015.
- Bundesministerium des Inneren (BMI). 2011. *Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes*. Berlin: Bundesministerium des Inneren.
- Bundesministerium des Inneren (BMI). 2012. *Jedes Alter zählt. Demografiestrategie der Bundesregierung*. Berlin: Bundesministerium des Inneren.
- Deutscher Bundestag. 1998. *Zweiter Zwischenbericht der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“*. Zur Sache 98 (8).
- Deutscher Bundestag. 2002. *Schlussbericht der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“*. Drucksache 14/8800.
- Dinkel, R. H. 1989. *Demographie*. Band 1: Bevölkerungsdynamik. München: Vahlen.
- Ette, A., R. Mundil-Schwarz, L. Sauer, H. Sulak. 2013. Ein neues Bild der Migration: Sozioökonomische Struktur und Arbeitsmarktintegration von Neuzuwanderern aus Drittstaaten in Deutschland. Mitteilungen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 34 (2). http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Download/Bevoelkerungsforschung_Aktuell/2013_2.pdf. Zugriffen: 17. November 2013.
- Ette, A., L., Sauer. 2010. *Auswanderung aus Deutschland: Daten und Analysen zur internationalen Migration deutscher Staatsbürger*. Wiesbaden: Springer VS.
- Faist, T. 1997. Migration und der Transfer sozialen Kapitals oder: Warum gibt es relativ wenige internationale Migranten? *Soziale Welt, Sonderband* 12: 63-84.
- Fassmann, H., C. Hintermann 1997. Migrationspotential Ostmitteleuropa. Struktur und Motivation potentieller Migranten aus Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn.

- ISR-Forschungsberichte, Institut für Stadt- und Regionalforschung* (22). Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.
- Fertig, M. 2000. The Economic Impact of EU-Enlargement: Assessing the Migration Potential. Universität Heidelberg: Department of Economics. *Discussion Paper Series* 293.
- Flaig, G. 2001. Zur Abschätzung der Migrationspotentiale der osteuropäischen EU-Beitrittsländer. *Zeitschrift für angewandte Wirtschaftsforschung, Beiheft* 52: 55-76.
- Fuchs, J., A. Kubis, L. Schneider. 2015. *Zuwanderungsbedarf aus Drittstaaten in Deutschland bis 2050*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Haug, S. 2000. *Soziales Kapital und Kettenmigration. Italienische Migranten in Deutschland*. Opladen: Leske+Budrich.
- Haug, S. 2001. Bleiben oder Zurückkehren? Zur Messung, Erklärung und Prognose der Rückkehr von Immigranten in Deutschland. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 26 (2): 231-270.
- Haug, S. 2005. Migration aus Mittel- und Osteuropa nach Deutschland. Trends und Emigrationspotential unter besonderer Berücksichtigung von Bulgarien. In *Migration in Europa*, hrsg. S., Haug, F., Swiaczny, 133-151. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Haug, S. 2008. Migration Networks and Migration Decision Making. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 34 (4): 585-605.
- Haug, S. 2010. Migration and Statistics. In *Building on Progress. Expanding the Research Infrastructure for the Social, Economic, and Behavioral Sciences*. Vol. 2., hrsg. Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten, 703-721. Opladen: Budrich UniPress.
- Haug, S. 2012. Migration. In *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. Band 2 und 3, hrsg. S. Mau, N. M. Schöneck, 593-607. Wiesbaden: Springer VS.
- Haug, S. 2013. *Vorschläge zur Weiterentwicklung der Demografiestrategie der Bundesregierung im Bereich Migration und Integration*. Expertise der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Bonn.
- Haug, S. 2015. New Migration from Italy to Germany. In *La nuova emigrazione italiana. Cause, mete e figure sociali*, hrsg. Iside Gjergji, 83-110. Venezia: Edizione Ca' Foscari.
- Haug, S., S., Rühl. 2008. Remigration von Zuwanderern in Deutschland. *Geographische Rundschau* 6: 26-33.
- Haug, S., L. Sauer. 2007. *Zuwanderung und Integration von (Spät-)Aussiedlern -Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes*. Forschungsbericht 3. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Haug, S., M. Vernim, J. Paris. 2015. Telefonische Befragung: Einfluss sozialer Netzwerke auf den Wissenstransfer am Beispiel der Reproduktionsmedizin. Deskriptive Analyse der Befragung von Frauen mit und ohne Migrationshintergrund. Der Einfluss sozialer Netzwerke auf den Wissenstransfer am Beispiel der Reproduktionsmedizin (NeWiRe). Arbeitspapier 2.02. https://www.oth-regensburg.de/fileadmin/media/fakultaeten/s/forschung_projekte/newire/NeWiRe_2.02_Deskriptive_Analyse.pdf. Zugegriffen: 30. Dezember 2015.
- Haug, S., M. Vernim, V. Gelfert, A. Reindl. 2014. *Integrationsbericht und Integrationskonzept für Regensburg*. Abschlussbericht. Regensburg: Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg.
- Höhn, C. 2000. Demographische Probleme des 21. Jahrhunderts aus deutscher Sicht. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 25 (3-4): 375-398.

- Hönekopp, E., H. Werner. 2000. Eastward Enlargement of the European Union: a Wave of Immigration? *IAB Labour Market Research Topics* 40.
- Höpflinger, F. 1997. *Bevölkerungssoziologie*. Weinheim: Juventa.
- Klabunde, A., F. J. Willekens. 2015. A Decision-making in agent-based models of migration: state of the art and challenges. *European Journal of Population*. Im Erscheinen.
- Kohls, M. 2012. *Demographie von Migranten in Deutschland*. Frankfurt: Peter Lang Verlag.
- Krieger, H. 2004. Migration trends in an enlarged Europe. European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions. http://www.eurofound.eu.int/news-room/documents/migration_draft.pdf. Zugriffen: 17. November 2013.
- Kuhlenkasper, T., M. Steinhardt. 2012. Neue Ergebnisse zur Struktur der Auswanderer mit Migrationshintergrund in Deutschland. *Wirtschaftsdienst* 92 (11). http://www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Publikationen/Externe_PDFs/784-786-Steinhardt.pdf. Zugriffen: 17. November 2013.
- Kupiszewski, M. 2002. How trustworthy are forecasts of international migration between Poland and the European Union? *Journal of Ethnic and Migration Studies* 28 (4): 627-645.
- Loeffelholz von, H. D. 2011. Demografischer Wandel und Migration als Megatrends. *Aus Politik und Zeitgeschichte* (10-11): 34-40.
- Maretzke, S. 2012. In Fachkräftemangel. Ein neues, demografisch bedingtes Phänomen, hrsg. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. BBSR-Online-Publikation 02/2012. http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/2012/DL_ON022012.pdf;jsessionid=E9BF69828714343FFD65B671C3F1C390.live2052?__blob=publicationFile&v=2. Zugriffen: 17. November 2013.
- Maretzke, S. 2013. Der demografische Wandel: Eine zentrale Herausforderung für die Entwicklung des Humankapitals in den Regionen Deutschlands. *DGD Mitteilungen* 12 (15): 11-12.
- Massey, D. S. et al. 1998. *Worlds in Motion. Understanding International Migration at the End of the Millennium*. Oxford: University Press.
- Mayer, M. 2013. Gewinnung von hochqualifizierten und qualifizierten Drittstaatsangehörigen. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Working Paper 53. <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/EMN/Nationale-Studien-WorkingPaper/emn-wp53-gewinnung-hochqualifizierter-drittstaatsangehoeriger.pdf>. Zugriffen: 22. November 2013.
- Milewski, N. 2007. First child of immigrant workers and their descendants in West Germany: Interrelation of events, disruption, or adaption? *Demographic Research* 17 (29): 859-896.
- Milewski, N. 2010. Immigrant fertility in West Germany: Is there a socialization effect in transitions to second and third births? *European Journal of Population* 26 (3): 297-323.
- Münz, R., W. Seifert, R. Ulrich. 1997. *Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven*. Frankfurt: Campus.
- Naderi, R. 2013. Unter welchen Bedingungen bekommen Eltern weitere Kinder? Ein Vergleich zwischen Deutschen und Türken unter besonderer Berücksichtigung ökonomischer Abwägungen. *Zeitschrift für Familienforschung* 25 (1): 75-95.
- Naderi R. 2015. Kinderzahl und Migrationshintergrund. Ein Vergleich zwischen Frauen türkischer Herkunft mit oder ohne eigene Wanderungserfahrung sowie Frauen ohne Migrationshintergrund in Westdeutschland. *Zeitschrift für Familienforschung* 27 (3): 22-342.
- Pries, L. 1997. Neue Migration im transnationalen Raum. In *Transnationale Migration*, hrsg. L. Pries, 15-45. Baden-Baden: Nomos Verlag.

- Pries, L. 2001. *Internationale Migration*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Schlömer, C. 2012. *Fachkräftemangel. Ein neues, demografisch bedingtes Phänomen*, hrsg. S. Maretzke, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. BBSR-Online-Publikation 02. http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/2012/DL_ON022012.pdf;jsessionid=E9BF69828714343FFD65B671C3F1C390.live2052?__blob=publicationFile&v=2. Zugriffen: 17. November 2013.
- Schmid, S., M. Kohls. 2011. *Fertilität von Frauen mit Migrationshintergrund und Wandel der Familienbildung im Vergleich*. Working Paper 10. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Sinn, H.-W. et al. 2001. *EU-Erweiterung und Arbeitskräftemigration. Wege zu einer schrittweisen Annäherung der Arbeitsmärkte*. ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung, Band 2. München: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.
- Stadt Ingolstadt. 2013. *IN Vielfalt Leben*. Integrationsbericht 2013. Ingolstadt.
- Statistisches Bundesamt. 2012. *Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2011*. Fachserie 1 Reihe 2.2. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt. 2015. *Bevölkerung Deutschlands bis 2060, April 2015*. 13. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Straubhaar, T. 2002. Ost-West-Migrationspotenzial: Wie groß ist es? *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 222 (1): 22-41.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). 2011. *Migrationsland 2011. Jahresgutachten mit Migrationsbarometer*. Berlin: Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration.
- Unabhängige Kommission Zuwanderung. 2001. *Zuwanderung gestalten, Integration fördern*. Berlin: Unabhängige Kommission Zuwanderung.

Die Entstehung von Migrationspotenzial – neue Entwicklungen

Susanne Schmid

Zusammenfassung

Die weltweiten Wanderungsbewegungen haben eine neue geopolitische Dimension angenommen: sowohl die Zahl der Migranten wie die eingeschlagenen Wege haben sich vervielfacht. Dieser Entwicklung muss die Migrationssoziologie konzeptionell Rechnung tragen. Die statistische Beobachtung des Wanderungsgeschehens allein gibt jedoch wenig Anhaltspunkte für eine gestaltende Migrationspolitik und so muss Migrationssoziologie bis zu den Wanderungsursachen zurückgehen: zum Migrationspotenzial. Der Beitrag beginnt mit einer Begriffsklärung und Herleitung von Migrationspotenzial. Danach wird am Beispiel der Herkunftsregion Afrika und der Zielregion Europäische Union (EU) die Vorgehensweise bei der Einschätzung von Migrationspotenzial veranschaulicht. Ziel ist es, die Wanderungsmotivation und das Migrationspotenzial in einer Entwicklungsdifferenz zu lokalisieren und von da aus auf politischen Handlungsbedarf zu verweisen.

Schlüsselwörter

Migrationspotenzial, Abwanderungsfaktoren, Push-Pull-Faktoren, Migrantennetzwerke, Demografie, Bevölkerungswachstum, Afrika, Entwicklungsdifferenzen, Migrationssoziologie

1 Einleitung: Weltbevölkerungsentwicklung und grenzüberschreitende Migration

Die Gestaltung des demografischen Wandels ist eine der großen Zukunftsaufgaben weltweit.¹ Jedoch sehen sich wachsende, stagnierende, schrumpfende und stark alternde Bevölkerungen mit unterschiedlichen Entwicklungsperspektiven konfrontiert. Besonderes Augenmerk muss daher dem Einfluss der Bevölkerungsdynamik auf Wirtschaft, Umwelt und Staatenentwicklung zukommen (Schmid 2013). Bevölkerungswachstum und Entwicklung können positiv oder verhängnisvoll zueinander stehen. Auch sind Bevölkerungsdynamik und Entwicklungswege beeinflussbar und folgen keinem idealtypischen Modell.

Nach Projektionen der United Nations Population Division (UNPD) umfasst die Weltbevölkerung aktuell (Mitte 2015) über 7,3 Milliarden Menschen und wächst jährlich um etwa 83 Millionen Personen (UNDP 2015). 2050 werden voraussichtlich über 9,7 Milliarden Menschen auf der Erde leben, im Jahr 2100 dürften es 11,2 Milliarden sein (vgl. Tab 1). Die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschheit wird von heute 72 Jahren auf 83 Jahre im Jahr 2100 zugenommen haben und das Medianalter im selben Zeitraum von aktuell 30 Jahren auf 42 Jahre gestiegen sein. Die Länder mit dem stärksten Bevölkerungszuwachs befinden sich mehrheitlich in Afrika. Die dortige Bevölkerung wird sich bis 2050 voraussichtlich von derzeit fast 1,2 Milliarden Menschen auf ca. 2,5 Milliarden verdoppelt haben; 2100 könnten es bereits 4.4 Milliarden Menschen sein. In Europa hingegen wird die Bevölkerung zwischen 2015 und 2100 von 738 Millionen auf 646 Millionen Menschen abnehmen. Der Anteil Afrikas an der Weltbevölkerung wird zwischen 2015 und 2050 von 16 % auf 25 % zunehmen, der Anteil Europas hingegen von 10 % auf 7 % zurückgehen; der Anteil Asiens wird sich von 60 % auf 54 % verringern. Im Jahre 2100 werden die Bevölkerungen Asiens und Afrikas mit einem Anteil von voraussichtlich 44 % und 39 % die demografischen Schwergewichte bilden, während der Weltbevölkerungsanteil Europas nur noch 6 % betragen wird.

Bei einer Weltbevölkerung von aktuell 7,3 Milliarden Menschen sind 244 Millionen weltweit grenzüberschreitend auf Wanderung. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung von ca. 3 % ist zwar seit über 50 Jahren annähernd gleich geblieben, die absolute Zahl, die Struktur und die räumliche Verteilung der Migranten haben sich jedoch stark verändert. So entwickelte sich die Zahl der Migranten global zwischen 1960 und 2015 von 75 Millionen auf 244 Millionen (UNDP 2016). Der Anteil stieg dabei aufgrund der gleichzeitigen Zunahme der Weltbevölkerung

1 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Text nur die männliche Form verwendet. Gemeint ist stets sowohl die weibliche als auch die männliche Form.

von 2,5 % auf 3,3 %. Gegenwärtig weisen Nordamerika und Europa die meiste Zuwanderung auf, während Afrika, Asien sowie Lateinamerika und die Karibik von Abwanderung geprägt sind.

Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingskrise gilt es, zwischen freiwilliger und erzwungener Migration zu unterscheiden. Ende 2015 waren laut United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) weltweit über 65 Millionen Menschen auf der Flucht: 21,3 Millionen grenzüberschreitende Flüchtlinge, 40,8 Millionen Binnenvertriebene und 3,2 Millionen Asylsuchende (UNHCR 2016). Die Zahl der Fliehenden stieg, weil in den letzten sechs Jahren mindestens 15 neue Konflikte ausgebrochen oder wieder aufgeflammt sind: Acht davon in Afrika (Côte d'Ivoire, Zentralafrikanische Republik, Libyen, Mali, Nordost-Nigeria, Süd Sudan und Burundi); drei im Nahen Osten (Syrien, Irak und Jemen); einer in Europa (Ukraine) und drei in Asien (Kirgisistan und in einigen Gebieten von Myanmar und Pakistan). Bereits Mitte 2015 überstieg laut UNHCR die Zahl grenzüberschreitender Flüchtlinge weltweit – erstmalig seit 1992 – die 20-Millionen-Marke (UNHCR 2015). Die meisten internationalen Flüchtlinge stammten Ende 2015 aus Syrien (4,9 Millionen), Afghanistan (2,7 Millionen) und Somalia (1,1 Millionen). 2015 waren erstmals global weit mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht – das ist einer von 167 Menschen weltweit. In Folge steigender Flüchtlingszahlen wird auch der Druck auf die europäischen Aufnahmeländer größer, in den Herkunftsländern der Flüchtlinge für Befriedung zu sorgen und die Aufnahmebedingungen in den Nachbarländern der Krisenregionen zu verbessern. Die Anzahl freiwilliger Rückkehrer war 2014 auf dem niedrigsten Stand seit 30 Jahren.

Doch trotz der enormen Zahl stellt erzwungene grenzüberschreitende Migration 2015 mit einem Anteil von nur 8,6 % am globalen Migrationsgeschehen nicht die dominante Wanderungsform dar, denn die meisten Migranten verlassen ihr Herkunftsland freiwillig. Sie gehören auch nicht immer zu den ärmsten Bevölkerungsschichten, da Migration kostenintensiv ist.

Das aktuelle Flucht- und Migrationsgeschehen macht jedoch deutlich, dass die weltweiten Wanderungsströme eine neue geopolitische Dimension angenommen haben: sowohl die Zahl der Migranten wie die eingeschlagenen Wege haben sich vervielfacht. Dieser Entwicklung muss die Migrationssoziologie Rechnung tragen. Die statistische Beobachtung des Wanderungsgeschehens allein gibt jedoch wenig Anhaltspunkte für eine gestaltende Migrationspolitik und so muss Migrationssoziologie bis zu den Wanderungsursachen zurückgehen: zum Migrationspotenzial.

2 Migrationspotenzial – Begriffsklärung und Herleitung

Das Migrationspotenzial bezeichnet die Abwanderungswilligen, die sich von einem Verbleib in einer Region keine Erfüllung von Lebenszielen versprechen und zu einem günstigen Zeitpunkt und auf verschiedensten Wegen in eine aussichtsreichere Region migrieren möchten (Schmid 2010). Jedem Migrationsvorgang geht dabei eine Abwägung von Vor- und Nachteilen zwischen Abwanderung und Ortsbindung voraus, sowie zwischen der Attraktivität einer fernerer Zielregion und der Größe der Hindernisse, die auf dem Weg zu ihr überwunden werden müssen. In welchem Umfang sich Abwanderung tatsächlich realisiert, hängt daher von den jeweiligen Möglichkeiten und Motivationen potenzieller Migranten ab.

Bereits aus dem Begriff „Migrationspotenzial“ geht hervor, dass es sich nicht um eine exakt bestimmbar Größe handeln kann. Es gibt kein starres Verhältnis von Sesshaften zu Abwanderungswilligen und tatsächlich Fortziehenden. Daher bietet sich an, Migrationspotenzial indirekt zu erschließen, und zwar an Ausmaß und innerer Struktur eines „Wohlstandsgefälles“ zwischen zwei Regionen (Schmid 2007). Dies bringt eine Akzentverschiebung in die Migrationsforschung: weg von der vordergründigen Wanderungstatistik hin zu einer vergleichenden Analyse kontrastierender Räume (Schmid 2011). Denn die statistisch erfassbaren Migrationsbewegungen geben wenig Aufschluss über ihre Hintergründe, die Problemlagen in den Herkunftsländern und das dortige Migrationspotenzial. Migrationspotenzial ist somit die eigentliche politische Größe, mit der Staaten zu rechnen haben, denn es enthält die außen- und entwicklungspolitische Dimension zwischen Herkunfts- und Zielländern (Schmid 2013a).

Da Migrationspotenzial keine exakt zählbare Einheit ist, müssen quantitative Fakten und qualitative Einschätzungen bei seiner Bestimmung zusammenwirken. Ausgangspunkt für die Herleitung eines Migrationspotenzials ist zunächst die klassische Migrationstheorie von Everett Lee (1966). Lee stellt die Gründe, die Menschen bewegen, aus ihrer Region abzuwandern („Push“-Faktoren), den Anziehungskräften gegenüber, die von Räumen mit besseren Lebenschancen ausgehen („Pull“-Faktoren). Für die Analyse gegenwärtiger Wanderungsströme ist dieser „klassisch“ gewordene Push-Pull-Ansatz allein jedoch unzureichend. Migration erhält im Globalisierungsprozess eine veränderte räumliche Dimension, wie sich an den vergrößerten Handlungsspielräumen von Individuen, Wirtschaftseinheiten und Nationen zeigt. Sie erhält aber auch eine veränderte soziale Dimension, weil Wanderungsvorgänge als Gruppenbildungsprozesse in Erscheinung treten (Schmid 2011a). Ein theoretischer Ansatz muss daher in Zeiten der Globalisierung seinen Horizont erweitern und transnationale Räume und soziale Netzwerke wie Diasporas bzw. ethnische Enklaven berücksichtigen. Migrantennetzwerke sind Verbindungsglieder zwischen Herkunfts- und Zielregion und dienen dazu, den

Migrationsvorgang und die Orientierung im Zielland zu erleichtern. Sie bilden ein zweckgerichtetes Beziehungsgeflecht aus Wandernden, der Migrantenbevölkerung im Zielland und denen, die in der Herkunftsregion verblieben sind (Pries 1997). Migration erweitert sich auf diesem Wege zum „Migrationssystem“ (Massey et al. 1993). Ethnische Netzwerke bewirken die Kontinuität von Wanderungsbewegungen, was auch als „Kettenmigration“ gilt (Haug 2000).

Die Wahl des Ziellandes wird dabei u. a. bestimmt durch (a) soziale und familiäre Netzwerke, (b) regionale Nähe, (c) historische Verbindung des Ziellandes zum Herkunftsland, (d) gleiche oder sprachlich verwandte Verkehrs- und Amtssprache sowie (e) die Zuwanderungsbestimmungen des jeweiligen Ziellandes (Schmid 2010).

3 Forschungsrahmen zu Migrationspotenzial

Zur qualitativen Einschätzung eines Migrationspotenzials hinsichtlich seiner Größe und seines Mobilisierungsgrades werden die Faktoren der klassischen Migrationstheorie um die Wirkung von *Migrantennetzwerken* erweitert und als Vermittlungsinstanzen zwischen Herkunfts- und Zielland erkannt. Diese Netzwerkfaktoren haben das Migrationspotenzial dynamischer und beweglicher als vorher werden lassen. Auch hat der Bedeutungsgewinn der Netzwerke aus den ethnischen Communities im Zielland mitunter weltpolitische Akteure gemacht.

Abb. 1 verweist auf fünf Faktorengruppen, welche die Wanderungsmotivation aus Entwicklungsdifferenz zur angestrebten Zielregion erklären und das damit einhergehende Migrationspotenzial in seiner Entwicklung abzuschätzen erlauben. Die Gruppe der Einflussfaktoren wird geteilt in: (1) demografische Faktoren und soziale Infrastruktur, (2) wirtschafts- und arbeitsmarktrelevante Faktoren, (3) politische Faktoren und (4) umweltbezogene Faktoren. Aus den (5) Migrantennetzwerken, die sich basierend auf den bisherigen Zuwanderungen und Migrantenbeständen im Zielland gebildet haben, werden zukünftige Migrationsbewegungen abgeleitet. Denn über Migrantennetzwerke werden Informationen zu Lebensdifferenzen zwischen Herkunfts- und Zielland ausgetauscht und gleichzeitig die Möglichkeiten der Grenzüberwindung aufgezeigt.

Substanzielle Differenzen verweisen auf unterschiedliche industrielle Entwicklungsstufen und damit auf ein Wohlstandsgefälle. Ein wohlbekanntes Wohlstandsgefälle existiert zwischen Nord- und Südamerika mit dem Rio Grande als Scheidelinie, zwischen den arabischen Erdölmonarchien und den übrigen Staaten des Nahen Ostens und besonders zwischen Europa und dem afrikanischen Kontinent mit dem Mittelmeer als einem markanten sozialen und kulturellen Graben.

Abwanderungsfaktoren aus Herkunftsländern	➡	Migranten	⬅	Anziehungsfaktoren der Zielländer
↓		Struktur der Entwicklungsdifferenzen		↓
Junge Altersstruktur, niedrige Lebenserwartung Mangelnde Bildungs- und Gesundheitsversorgung, unzulängliche soziale Sicherung	⬅	1. Demographische Faktoren und soziale Infrastruktur	➡	Demographische Alterung, hohe Lebenserwartung Wohlfahrtsstaatliche Leistungen, gute Bildungs- und Gesundheitsversorgung, soziale Sicherung
Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne Armut, niedriger Konsum- und Lebensstandard	⬅	2. Wirtschafts- und arbeitsmarkt- relevante Faktoren	➡	Arbeitskräftemangel, hohe Löhne Wohlstand, hoher Konsum- und Lebensstandard
Diktaturen, Schattendemokratien, schlechte Regierungsführung, politischer Umbruch Konflikt, (Bürger)Krieg, Terrorismus, Menschenrechtsverletzungen, Minderheitenunterdrückung.	⬅	3. Politische Faktoren	➡	Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus, politische Stabilität Frieden, Sicherheit, Garantie der Menschen- und Bürgerrechte, Minderheitenschutz
Umweltkatastrophen, Extremwetter, Wasserknappheit, Bodendegradation, fehlende Umweltpolitik	⬅	4. Umweltbezogene Faktoren	➡	Intaktere Umwelt, Ressourcen- und Umweltschutzmaßnahmen
↓		Migrantennetzwerke		↓
Familien-, Clan-Entscheidungen Informationsflüsse, Medien, übermitteltes Bild vom Zielland (II)legale Zuwanderungsmöglichkeiten, Schleuserouten	⬅	5. Migrationsströme und -bestände	➡	Diaspora, Ethnische Community Informationsflüsse, Medien, übermitteltes Bild vom Zielland (II)legale Zuwanderungsmöglichkeiten (Aufenthaltsrecht)

Abb. 1 Migrationspotenzial aus regionalen Entwicklungsdifferenzen
Quelle: Eigene Darstellung

4 Analyse am Beispiel der Herkunftsregion Afrika

Am Beispiel der Herkunftsregionen Afrika und der angrenzenden Zielregion EU wird im Folgenden die Vorgehensweise bei der qualitativen Einschätzung von Migrationspotenzial veranschaulicht. Ziel ist es, die Wanderungsmotivation und das Migrationspotenzial offenzulegen und von da aus auf politischen Handlungsbedarf zu verweisen. Die folgenden Ergebniszusammenfassungen beruhen auf den Forschungsarbeiten der Autorin und beschränken sich auf die Abwanderungs- und Netzwerkfaktoren (Schmid 2010, 2011, 2013a).

4.1 Abwanderungsfaktoren – Demografische, ökonomische, politische und ökologische Strukturdifferenzen

Aus *demografischer* Sicht dürfte das Migrationspotenzial Afrikas steigen, weil der Kontinent im internationalen Vergleich ein ausnehmend starkes Bevölkerungs-

wachstum von 2,5 % aufweist.² Wie Tab. 1 zeigt, ist dafür die immer noch sehr hohe zusammengefasste Geburtenziffer (TFR) verantwortlich, die in Afrika 2015 durchschnittlich bei 4,4 Kindern je Frau liegt. Sie ist damit doppelt so hoch wie im asiatischen Durchschnitt mit 2,1 und beträgt fast das Dreifache der europäischen mit 1,6 Kindern je Frau.

Tab. 1 Demografische Indikatoren der Weltbevölkerung und ausgewählter Großregionen und Länder, 2015-2020, 2050 (Mittlere Projektionsvariante der UNDP)

Regionen	Bev. Mitte 2015 in Mio.	Nat. Wachs- tumsrate 2015-2020 in %	Durchschn. Kinderzahl je Frau 2015-2020	Bev. 0-14 2015 in %	Durch- schnittl. Lebens- erwartung bei Geburt 2015-2020	Bev. 2050 in Mio.	BNE bei KKP ¹ pro Einw., 2014 In US-\$
WELT	7.349	1,1	2,5	26	72	9.725	15.030
Industrieländer	1.251	0,1	1,7	16	79	1.286	39.020
Entwicklungsländer	6.098	1,3	2,6	28	70	8.439	9.870
AFRIKA	1.186	2,5	4,4	41	61	2.478	4.720
Subsahara-Afrika	962	2,6	4,8	43	59	2.123	3.480
Ostafrika	394	2,7	4,5	43	63	878	1.930
Südafrika	63	0,8	2,4	30	58	78	12.700
Westafrika	353	2,7	5,2	44	57	789	4.040
Zentralafrika	125	2,9	5,4	45	58	369	2.680
Nordafrika ²	224	1,8	3,1	32	72	354	9.740
Ägypten	92	1,9	3,2	33	72	151	11.020
Algerien	40	1,6	2,6	29	76	56	13.540
Libyen	6	1,3	2,3	30	72	8	16.190
Marokko	34	1,3	2,4	27	75	44	7.180
Tunesien	11	1,0	2,1	23	75	13	10.600
EUROPA³	738	-0,1	1,6	16	78	707	31.650
EU-28⁵	510	0,0	1,5	16	81	518	36.284
Südeuropa ⁴	125	-0,2	1,5	15	82	142	29.730
Italien	60	-0,2	1,5	14	84	57	34.710
<i>Deutschland</i>	<i>81</i>	<i>-0,3</i>	<i>1,4</i>	<i>13</i>	<i>82</i>	<i>75</i>	<i>46.840</i>
ASIEN	4.393	0,9	2,1	25	73	5.267	11.450
Westasien	257	1,6	2,7	30	74	395	25.130

Anm.: ¹KKP= Kaufkraftparität; ²„Nordafrika“ umfasst nach UN-Definition Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko, Sudan, Tunesien und Westsahara; ³„Europa“ beinhaltet hier auch die Russische Föderation; ⁴„Südeuropa“ umfasst Albanien, Andorra, Bosnien und Herzegowina, Gibraltar, Griechenland, Italien, Kroatien, Malta, Mazedonien, Montenegro, Portugal, San Marino, Serbien, Slowenien, Spanien und Vatikanstadt.

Quellen: Eigene Darstellung basierend auf UNDP 2015, ⁵DSW 2016 und World Bank 2016.

- 2 Bei einem natürlichen Bevölkerungswachstum von konstant 2 % verdoppelt sich eine Bevölkerung innerhalb von 35 Jahren.

Laut UNPD-Projektionen wird sich die afrikanische Bevölkerung von aktuell fast 2,2 Milliarden bis zum Jahr 2050 mehr als verdoppeln d. h. auf fast 2,5 Milliarden Menschen anwachsen, die Bevölkerung Europas wird dagegen abnehmen (UNDP 2015). Der Vergleich zwischen Afrika und Europa zeigt noch weitere demografische Unterschiede: So beträgt die Lebenserwartung bei Geburt in Europa für beide Geschlechter 2015 durchschnittlich 78 Jahre und ist damit 19 Jahre höher als in Afrika (Tab. 4.1). Das Medianalter der Bevölkerung liegt laut UNPD in Europa bei 42 Jahren, in Afrika bei nur 19 Jahren. Das Verhältnis von unter 15-jährigen zu über 60 Jährigen beträgt 2015 in Europa 16 % zu 24 %, in Afrika stehen die Altersgruppen der Jugend und des Alters im Verhältnis von 41 % zu 5 % zueinander. Hinsichtlich der starken afrikanischen Jugendjahrgänge gilt zu bedenken, dass in Ländern mit einem hohen Anteil junger Menschen der Druck auf das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt steigt, was bei mangelnder Aufnahmekapazität in diesen Bereichen zu Landflucht oder internationaler Migration führen kann. Auch stehen mangelnde Bildungs- und Gesundheitsversorgung sowie fehlende soziale Sicherung in Afrika im Kontrast zu den Wohlfahrtsstaaten der EU, was die Abwanderungsneigung ebenfalls erhöht.

Doch die demografische Entwicklung allein ist nicht der Grund für das wachsende Migrationspotenzial, sondern die Wechselwirkung von Bevölkerungsentwicklung und wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Mangelfaktoren.

Aus *ökonomischer* Sicht dürfte das Migrationspotenzial Afrikas schon wegen fehlender Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen bei einer stark wachsenden Bevölkerung im Erwerbsalter steigen. Trotz des Wirtschaftswachstums der vergangenen Jahre sind Armut und Arbeitslosigkeit in Afrika sehr hoch. Rund die Hälfte der afrikanischen Bevölkerung lebt von weniger als 2 US-\$ pro Tag. Allein die Gegenüberstellung des Wirtschaftsindikators Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf (KKP) von 4.720 US-\$ (2014) in Afrika und 36.284 US-\$ in der EU lässt darauf schließen, dass sich in Afrika Wirtschaftsschwäche und starkes Bevölkerungswachstum kombinieren (World Bank 2016, DSW 2016). Der Human Development Index (HDI) von 2015 bestätigt dieses maximales Wohlstands- und Entwicklungsgefälle in nächster Nähe. Wie Abb. 2. zeigt, befinden sich die Länder mit dem weltweit niedrigsten Entwicklungsstand fast ausschließlich in Afrika, im Gegensatz dazu gelten alle EU-Mitgliedstaaten als höchstentwickelte Länder. Als Pull-Faktor gilt, dass in der EU in bestimmten Branchen Arbeitskräftebedarf besteht.

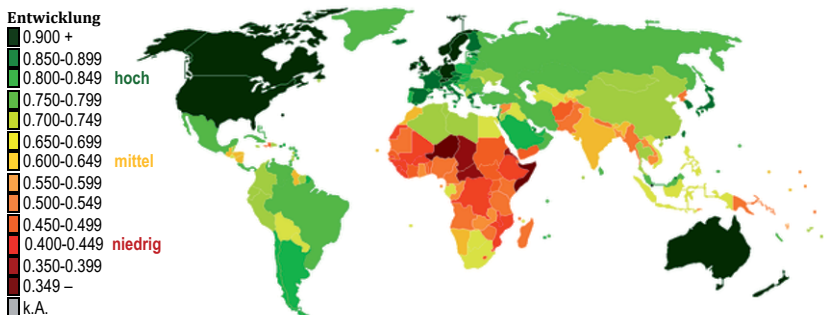


Abb. 2 Index der menschlichen Entwicklung 2015

Anm.: Der Human Development Index (HDI; dt. Index der menschlichen Entwicklung) analysiert die sozio-ökonomische Lage eines Landes anhand der drei Indikatoren: (-) Lebenserwartung, (-) Bildungsgrad bzw. durchschnittliche und voraussichtliche Schulbesuchsdauer sowie (-) Bruttonationaleinkommen pro Einwohner in KKP- $\text{\$}$ (Kaufkraftparität). Die Grenzwerte sind so gewählt, dass der höchste Wert 1 und der niedrigste 0 ist.

Quelle: UNDP 2015 (Grafik von der Autorin nachbearbeitet)

Aus *politischen* Gründen dürfte das Migrationspotenzial Afrikas steigen, weil sich auf dem afrikanischen Kontinent Regierungsversagen, Korruption, Instabilität, politische Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen häufen. Afrikanische Regimes sind größtenteils Diktaturen und defekte Demokratien (Bertelsmann Stiftung 2014). Basierend auf dem Fragile State Index 2015 ist eine nennenswerte Anzahl afrikanischer Länder weiterhin durch Staatsversagen blockiert oder bereits von Staatsverfall gezeichnet (Fund for Peace 2015). Abb. 3. macht deutlich, dass die Lage in den afrikanischen Ländern Süd Sudan, Somalia, Zentralafrikanische Republik und Sudan als extrem alarmierend zu bewerten ist. In absehbarer Zeit ist keine Abnahme des innerafrikanischen Konfliktpotenzials und der daraus hervorgehenden Flüchtlingsbewegungen zu erwarten. Eine schnell voranschreitende Demokratisierung der zumeist autoritären afrikanischen Regimes und die rasche politische Stabilisierung zerfallender und zerfallener Staaten ist in naher Zukunft nicht zu erwarten. Zusätzlich verhindert die politische Instabilität in den meisten afrikanischen Regionen dringend benötigte internationale Investitionen. Die EU hingegen ist charakterisiert durch Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus. Dies begründet zugleich die Auswahl der EU als Zielregion für Flucht und Asyl.

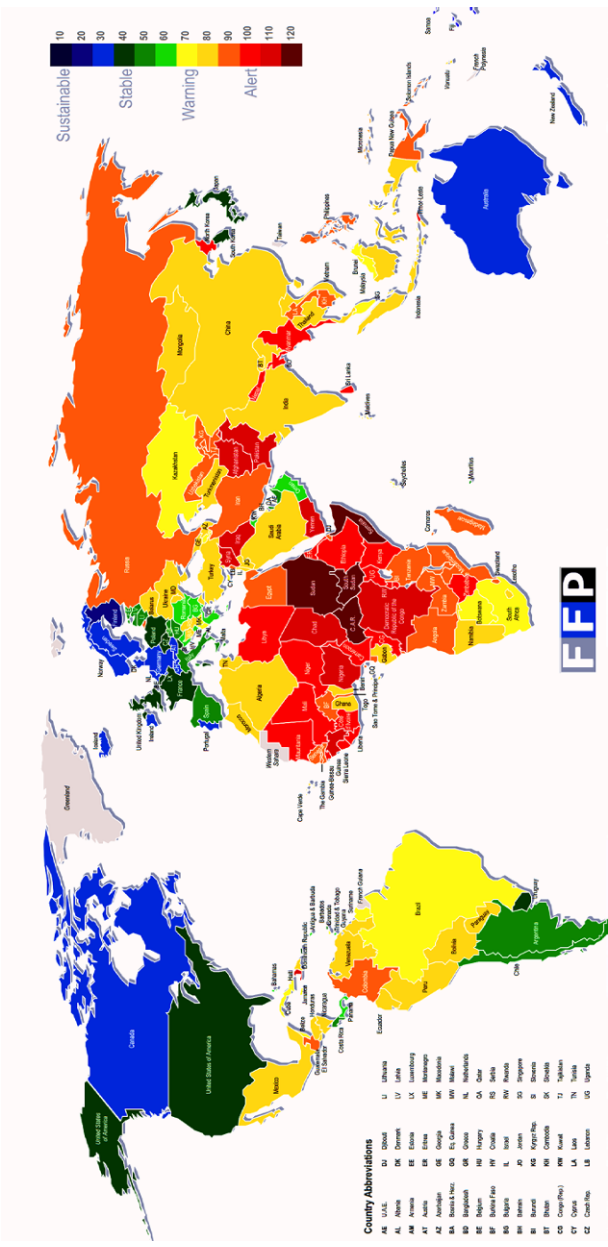


Abb. 3 Fragile State Index 2015

Anm.: Der Fragile State Index (ehem. Failed States Index) bestimmt den Zustand eines Landes anhand von zwölf Indikatoren seiner existenziellen Gefährdung. Hierzu zählen: (-) soziale Indikatoren: wachsender demografischer Druck, Flüchtlingsbewegungen, ethnische Konflikte (-) wirtschaftliche Indikatoren: instabile wirtschaftliche Entwicklung, anhaltender oder rascher ökonomischer Niedergang und (-) politische Indikatoren: steigende Verbrechensrate, Zerfall der öffentlichen Dienste, weit verbreitete Verletzung der Menschenrechte, Auflösung des Rechtsstaates.

Quelle: Fund for Peace 2015 (Grafik von der Autorin nachbearbeitet)

Aus *ökologischer* Sicht dürfte das Migrationspotenzial Afrikas steigen, weil durch voranschreitenden Klimawandel, wachsenden Bevölkerungsdruck auf natürliche Ressourcen und fehlende ökologische Nachhaltigkeitspolitik extreme Wetterphänomene, Wassermangel sowie die Degradation der Böden zunehmen werden (Müller et al. 2012, ELD/UNEPD 2015). Das Schwinden der Existenzgrundlage wiederum zwingt die Betroffenen zum Verlassen der angestammten Region. Umweltveränderungen entstehen hierbei sowohl durch natürliche Einflüsse wie Umweltkatastrophen oder Wüstenbildung als auch durch menschengemachte Entwicklungen wie offene Konflikte um Ressourcen, Umweltverschmutzung und vor allem demografisch bedingter Nutzungsdruck auf bebaubares Land (Kreienbrink/Schmid 2011, FAO 2015). Hinsichtlich des Klimawandels wird angenommen, dass die Erderwärmung in Afrika stärker ausfallen wird als in anderen Regionen der Erde (UNEP 2015). Die üblichen Klima-Tendenzen dürften sich daher verstärken und Überschwemmungen bzw. Dürreperioden zu ungewohnter Zeit und Stärke nach sich ziehen.

4.2 **Netzwerkfaktoren**

Im vorherigen Abschnitt wurde dargestellt, wie das Migrationspotenzial Afrikas aufgrund demografischer, ökonomischer, politischer und ökologischer Entwicklungen steigt. Eine entscheidende Frage ist aber, ob Afrikas Migrationspotenzial eher in innerafrikanische oder verstärkt in interkontinentale Migration mündet, und in welchem Maße Europa bzw. Deutschland davon tangiert sein wird. Über die Richtung und Art zukünftiger Wanderungen geben Migrantennetzwerke Auskunft. Sie basieren auf den registrierten Zuwanderungen und Migrantenbeständen von Angehörigen afrikanischer Staaten in den jeweiligen Aufnahmeländern, in denen bereits transnationale soziale Bindungen bestehen (z. B. durch Familiennachzug). Zeichnen Medien und soziale Netzwerke ein übertrieben positives Bild von den Lebensbedingungen in einem Zielland und werben Schleuser offensiv mit guten Chancen für (ir)regulärer Zuwanderer übt dies eine zusätzliche Sogwirkung aus.

Migrationsbewegungen innerhalb Afrikas: Migration findet vor allem innerhalb Afrikas statt. Ob das afrikanische Migrationspotenzial sich in Migration auf dem Kontinent manifestiert, ist jedoch abhängig von der Aufnahmekapazität innerafrikanischer Zielregionen (wie dem südlichen Afrika und Nordafrika) hinsichtlich Ausbildungs-, Arbeits- und Asylmigration. Im Zusammenhang mit zumeist temporärer Flucht- und Asylmigration sowie Umweltmigration hat sich gezeigt, dass nahe gelegene Regionen bevorzugt werden, weil bei Besserung der Lage rasch in die Herkunftsregion zurückzukehren ist.

Migration aus Afrika nach Europa: Zwischen Afrika und Europa herrscht ein maximales Wohlstandsgefälle, das ein entsprechend großes Migrationspotenzial hervorbringt. Es wird aufgrund der genannten demografischen, ökonomischen, politischen und ökologischen Faktoren erneuert und sicherlich vergrößert. Nach den bisherigen Migrationsbewegungen und Migrantenbeständen von Afrikanern in Europa ist anzunehmen, dass Frankreich, Italien und Spanien die bevorzugten Zielländer afrikanischer Migranten bleiben werden. In diesen drei Ländern liegen Bestand und Zuwanderung afrikanischer Bevölkerung auf hohem Niveau (Eurostat 2016). Zuwanderung aus Afrika dürfte weiterhin vor allem zum Zweck des Familiennachzugs, der Arbeit und Ausbildung, aber auch in steigendem Maße zur Asylbeantragung erfolgen. Die Analysen für Deutschland ergeben, dass das Migrationspotenzial und die tatsächliche Zuwanderung von Afrika nach Deutschland seit 2013 vor allem aufgrund von Fluchtmigration stark gestiegen sind. Zwischen 1996 und 2012 schwankte der Zuzug afrikanischer Staatsangehöriger nach Deutschland zwischen 22.000 und 37.000 Personen, 2013 waren es – erstmalig seit 20 Jahren – über 50.000 und 2015 bereits über 113.000 Zuzüge (Statistisches Bundesamt 2016b). Ende 2015 lebten in Deutschland etwa 429.000 Staatsangehörige eines afrikanischen Landes. Ihr Anteil an allen Ausländern in Deutschland betrug 4,7 % (Statistisches Bundesamt 2016a). Es wird jedoch bei dieser vergleichsweise geringen Zahl afrikanischer Migranten nicht bleiben. Die Zahl afrikanischer Bootsflüchtlinge, die vor der nordafrikanischen Küste aus in ihr unsicheres Schicksal fahren, um auch in Deutschland um Asyl nachzusuchen, wächst. Wenn sich die Bevölkerung Afrikas in den nächsten 35 Jahren wie vorausberechnete von 1,2 auf 2,5 Milliarden verdoppelt, dürfte dies mit nicht abzuschätzendem Zuwanderungsdruck einhergehen.

4.3 Handlungsoptionen zur Minderung der Abwanderung aus Afrika

Das Migrationspotenzial zu senken, erscheint vor diesem Hintergrund schwierig, denn wie der französische Bevölkerungswissenschaftler Alfred Sauvy schon vor Jahrzehnten formulierte: „*Wenn der Reichtum nicht zu den Menschen kommt, werden die Menschen zum Reichtum gehen*“ (Sauvy zitiert nach Strabenow 1999: 9). Selbst eine Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Abwanderungsländern könnte paradoxerweise dazu führen, dass der Wanderungsdruck nicht abnimmt, weil mit Entwicklungserfolgen am Ort auch die Zahl der mobilitätswilligen und -fähigen Personen steigt (Wöhlcke et al. 2004). Verbessern sich spürbar die Lebensumstände und Zukunftschancen, dürfte das Migrationspotenzial zurückgehen.

Maßnahmen zur Minderung der Abwanderungsbereitschaft wären: (a) Verbesserungen im Gesundheits- und Bildungsbereich, (b) die Unterstützung von nachhaltigem Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, (c) die Förderung von Demokratie, Frieden und Sicherheit im rechtsstaatlichen Sinne, sowie (d) der Erhalt von Biodiversität und Rohstoffsicherheit (Schmid 2010).

Um das Migrationspotenzial zu reduzieren, bedarf es jedoch politischer Beruhigung und Stabilität, einer mittelständischen Wirtschaft und aufnahmefähiger Arbeitsmärkte. Auch müssen die Maßnahmen für eine aussichtsreiche demografische, wirtschaftliche, politische und ökologische Entwicklung der jeweiligen Abwanderungsregion schnell und dauerhaft implementiert werden und effektiv sein. Ausländische Direktinvestitionen würden diese Entwicklung beschleunigen. Sie werden aber nur dann getätigt, wenn politische Stabilität und Rechtsstaatlichkeit vorhanden sind. Nur so entsteht für die Jugend Afrikas eine existentielle Alternative zur Abwanderung.

Wie in den vorhergehenden Abschnitten gezeigt, werden in Afrika im Jahr 2050 doppelt so viele Menschen leben wie heute. In den Ländern Subsahara-Afrikas wird sich der Druck auf die Lebensgrundlagen verstärken. Diese Länder befinden sich in der demografischen Wachstumsphase eines mühseligen und konfliktreichen Übergangs von vormodern-agrarischen zu modernen Familien- und Produktionsstrukturen. Sie haben dazu jedoch nicht mehr drei Generationen Zeit, wie Europa für seinen Modernisierungsweg noch vor sich haben konnte.

Das Bevölkerungswachstum und die starken Jugendjahrgänge Afrikas sind nicht per se negativ zu bewerten, denn sie bergen die Chance auf eine „*demografische Dividende*“: Wenn dort die Kinderzahlen merklich sinken, wächst die Bevölkerung im Erwerbsalter anteilmäßig schneller als die Gesamtbevölkerung. Gelänge es in dieser Phase, die vielen jungen Menschen auch mit wachsenden Qualifikationen und Jobs auszustatten, wäre ein rasanter wirtschaftlicher Aufschwung möglich. Die asiatischen Tigerstaaten können hierfür als Beispiel dienen. Um von der demografischen Dividende zu profitieren, bedarf es jedoch nachhaltiger Investitionen in Bildung, Arbeitsplätze und Infrastruktur. Als entscheidende Faktoren zur Senkung der Geburtenzahlen gelten die Schulbildung von Mädchen, die selbstbestimmte Familienplanung sowie die Förderung sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte (UNFPA/DSW 2015).

Die Hoffnungen auf Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit, die mit dem „*Arabischer Frühling*“ verknüpft waren, wurden enttäuscht. Es muss daher dringliches Ziel sein, für die Jugend Perspektiven zu schaffen und ihren Lebensstandard spürbar zu verbessern. Das Augenmerk muss darauf liegen, durch regionale und kommunale Projekte vor Ort eine bessere Ausbildungslage und Existenz der Menschen zu gewährleisten. Auch muss man verstärkt auf Entwicklungskoopera-

tion und Migrationspartnerschaft setzen. Nur über eine Minderung sozialer und ökonomischer Spannungen im Mittelmeerraum sind auch Migrationspotenziale zu verringern (Silberhorn 2015).

5 Schlussfolgerung und methodischer Ausblick

Generell ist davon auszugehen, dass sich die globale Migrationsproblematik nicht entschärfen wird, denn in Zukunft dürfte es nicht weniger, sondern mehr Ursachen und Möglichkeiten für transnationale Migration geben. Davon wird die EU weiterhin betroffen sein, sowohl wegen ihrer wirtschaftlichen und wohlfahrtsstaatlichen Attraktivität, als auch aufgrund der demografischen Diskrepanz gegenüber ihrer südlichen und östlichen Nachbarregion. Wie perpetuierend sich die derzeitige Flüchtlingskrise langfristig auf das künftige Wanderungsgeschehen auswirkt, ist aktuell noch nicht absehbar. Das aktuelle Flüchtlingsgeschehen zeigt jedoch deutlich, wie schnell und unabsehbar sich im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung Migrationsrouten ändern. Jedes Land ist damit potenzielles Abwanderungs-, Transit- und Zielland zugleich. Raum- und Zeitschranken können dank digitaler Vernetzung und neuer Medien problemlos überwunden werden. Migranten und Schleuser reagieren rasch mit Routenverlagerungen auf Grenzöffnungen bzw. -schließungen, ebenso werden gesetzgeberische Zuwanderungsbeschränkungen bei der Migrationsentscheidung zeitnah berücksichtigt. Globalisierung bedeutet jedoch nicht nur beschleunigter Welthandel und globale Vernetzung, sondern auch die räumliche Ausdehnung überstaatlicher Konflikte um Ethnizität, Religion, Macht, Herrschaftsform und Ressourcen.

Die statistisch erfassbaren Wanderungsbewegungen und Migrationssalden geben keinen Aufschluss über die Problemlagen in den Herkunftsländern und das dortige Migrationspotenzial. Dabei ist es die eigentliche politische Größe, mit der Staaten, Herkunfts- wie Zielregionen zu rechnen haben. Es zeigt die außen- und entwicklungspolitische Dimension, die sich zwischen Staaten und Regionen auftut. Sie ist wesentlich größer, als es aus konventioneller Wanderungstatistik hervorgeht.

Qualitative Potenzialforschung ersetzt die äußerst unsicheren Migrationsprognosen, denn sie geht über die quantitative Darstellung und Fortschreibung von Migrationsbewegungen hinaus. In einer Welt der raschen Änderungen und Divergenzen in der demografischen, ökonomischen und politischen Entwicklung von Regionen kommt einer qualitativen Analyse des Wanderungspotenzials größte Bedeutung zu. Ihre Erkenntnisse enthalten die Migrationsursachen und -motivationen und liefern so die Grundlagen für eine gestaltende Innen- und Außenpolitik.

Literatur

- Bertelsmann Stiftung. 2014. *Transformation Index BTI 2014*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW). 2016. *Länderdatenbank mit Zahlen, Daten, Fakten aus aller Welt*. <http://laenderdatenbank.weltbevoelkerung.de/indikator>. Zugegriffen: 08. Februar 2016.
- Economics of Land Degradation Initiative (ELD), UNEPD. 2015. *The Economics of Land Degradation in Africa*. Bonn: Economics of Land Degradation.
- Eurostat 2016. *Datenbank. Bevölkerung und soziale Bedingungen*. <http://ec.europa.eu/eurostat/de/data/database>. Zugegriffen: 02. Februar 2016.
- Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO). 2015. *Regional Overview of Food Insecurity in Africa*. Accra: Food and Agriculture Organization of the United Nations.
- Fund for Peace. 2015. *Fragile State Index 2015*. Washington D.C.: Fund for Peace.
- Haug, S. 2000. *Soziales Kapital und Kettenmigration*. Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung 31. Wiesbaden: Leske+Budrich.
- Lee, E. S. 1966. A Theory of Migration. *Demography* 3 (1): 47-57.
- Massey, D. S. et al. 1993. Theories of International Migration: A Review and Appraisal. *Population and Development Review* 19 (3): 431-466.
- Müller, B., M. Haase, A. Kreienbrink, S. Schmid. 2012. *Klimamigration: Definitionen, Ausmaß und politische Instrumente in der Diskussion*. Working Paper 45. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Kreienbrink, A., S. Schmid. 2011. Klimawandel und Migration als Sicherheitsfrage? Auswirkungen des Klimawandels als Verstärker von Entwicklungsdefiziten und Migrationsbewegungen am Beispiel Afrikas. In *Globales Rapa Nui? Frieden und Sicherheit im Zeichen des Klimawandels*, hrsg. S. Allhoff, S. Buciak, A. Maas, 97-126. Göttingen: Optimus Mostafa Verlag.
- Pries, L. 1997. Transnationale Soziale Räume. *Zeitschrift für Soziologie* 25 (6): 456-472.
- Schmid, S. 2007. Die Analyse demographischer Diskrepanzen zwischen der EU-27 und ihrer „Peripherie“. *Entwicklungsdifferenzen und Wanderungspotentiale. Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 32 (3-4): 667-701.
- Schmid, S. 2010. *Vor den Toren Europas? Das Potenzial der Migration aus Afrika*. Forschungsbericht Nr. 7. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Schmid, S. 2011a. *Migrations- und Integrationsformen weiblicher Migranten. Eine soziologische Untersuchung zugewanderter türkischer und russischer Frauen in Deutschland*. Frankfurt am Main: Johann-Wolfgang-Goethe-Universität.
- Schmid, S. 2011b. Migrationspotenzial zwischen kontrastierenden Räumen. *Politische Studien* 62 (439): 48-59.
- Schmid, S. 2012. *Das Migrationspotenzial aus der GUS in die Europäische Union*. Forschungsbericht Nr. 17. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Schmid, S. 2013a: Weltweite Migration und Migrationspotenzial. In *Wiederaufstieg oder Stagnation der Geburtenraten? Spielräume der Fertilitätsentwicklung und Wandel der Familie*, hrsg. Deutsche Gesellschaft für Demographie e.V., 28-37. Bonn: Deutsche Gesellschaft für Demographie.
- Schmid, S. 2013b: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und weltweit. *Aus Politik und Zeitgeschichte* (4-5): 46-52.

- Silberhorn, T. 2015. Bevölkerungsdynamik: Ein wichtiger Faktor nachhaltiger Entwicklung. *Politische Studien* 62 (463): 60-65.
- Statistisches Bundesamt. 2011a. *Ausländische Bevölkerung – Fachserie 1 Reihe 2* – 2015. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt. 2016b. *Vorläufige Wanderungsergebnisse* – 2015. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Strabenow, M. 1999. Schwierige Nachbarschaft. Die euro-mediterrane Partnerschaft. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. April 1999.
- United Nations Population Division (UNDP). 2015. *World Population Prospects, the 2015 Revision*. <http://esa.un.org/unpd/wpp/>. Zugegriffen: 02. Februar 2016.
- UNDP. 2016. *International Migration Report 2015: Highlights*. New York: United Nations.
- United Nations Environment Programme (UNEP). 2015. *Climate Change and Human Rights*. Nairobi: UNON Publishing Services Section.
- United Nations Population Fund (UNFPA), DSW. 2015. *Weltbevölkerungsbericht 2015: Kurzfassung*. New York: United Nations Population Fund.
- United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR). 2016. *Global Trends 2015*. Genf: United Nations High Commissioner for Refugees.
- United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR). 2015. *Mi-Year-Trends 2015*. Genf: United Nations High Commissioner for Refugees.
- Wöhlcke, M., C. Höhn, S. Schmid. 2004. *Demographische Entwicklungen in und um Europa – Politische Konsequenzen*. Baden-Baden: Nomos.
- World Bank. 2016. *Database*. <http://data.worldbank.org/>. Zugegriffen: 08. Februar 2016.

Herausforderungen der globalen Bevölkerungsentwicklung

Gerhard K. Heilig

Zusammenfassung

Der folgende Beitrag vertritt die Ansicht, dass wir uns inmitten einzigartiger, globaler Bevölkerungsentwicklungen befinden, die epochale Auswirkungen haben werden: Dabei handelt es sich, erstens, um das enorme Wachstum der Weltbevölkerung – besonders seit der Mitte des 20ten Jahrhunderts; zweitens, um geographische Verschiebungen in der Weltbevölkerung – vor allem das starke Anwachsen der Bevölkerungen in Afrika. Drittens, geht es um die rapide fortschreitende Urbanisierung der Welt und das Entstehen riesiger urbaner Korridore; und viertens, um die Alterung großer Bevölkerungen in Asien, Europa und Lateinamerika. Der Begriff „epochale Auswirkungen“ wird dabei nicht leichtfertig verwendet. Wie die im Folgenden vorgelegten Daten und Schlussfolgerungen belegen sollen handelt es sich bei den vier oben genannten Entwicklungen tatsächlich um derart tiefgreifende demografische Umwälzungen, dass ihre wirtschaftlichen, politischen, sozialen und ökologischen Auswirkungen die Menschheit insgesamt betreffen werden.

Schlüsselwörter

globale Bevölkerungsentwicklung, Urbanisierung, Infrastruktur, Alterung, Anthropozän, demografischer Übergang, Afrika

1 Wachstum der Weltbevölkerung

Demografen haben sich immer wieder die Mühe gemacht historische Quellen und Modellschätzungen über die zahlenmäßige Entwicklung der menschlichen Population zusammenzustellen (Deevey 1960, Durand 1977, Clark 1977, McEvedy 1978, Biraben 1979, Blaxter 1986, Kremer 1993, Cohen 1995, Lee 2003, Livi-Bacci 2012). Obwohl es große Unsicherheiten gibt je weiter man in der Geschichte zurückgeht, und obwohl die einzelnen Autoren in ihren Schätzungen durchaus voneinander abweichen, ergeben sich aus diesen Studien dennoch einige klare Trends:

Zunächst ist festzuhalten, dass die menschliche Population während des weit-aus größten Teils ihrer urgeschichtlichen Evolution nur aus einigen *Zehntausend* Individuen bestand. Zur Zeit des Homo Erectus dürften nach Deevey (1960) und Kremer (1993) vielleicht 125.000 Individuen den Planeten Erde in kleinen Gruppen bevölkert haben. Nach neuesten Erkenntnissen, die anhand genetischer Marker gewonnen wurden, dürfte die Population des Homo Erectus vor etwa 1.2 Millionen Jahren weltweit sogar nur etwa 55.000 Individuen umfasst haben (Huff et al. 2010). Der Homo Erectus hat vermutlich für fast 2 Millionen Jahre Afrika, Asien und Europa besiedelt. Er war ein Vorläufer des modernen Menschen, aus dem sich später in Europa der Neandertaler und in Afrika der Homo Sapiens entwickelt haben.

Als der vor ca. 150.000 Jahren erstmals auftretende Homo Sapiens dann vor rund 50.000 bis 60.000 Jahren damit begann, die Welt *außerhalb* Afrikas erfolgreich zu besiedeln, dürfte die Gattung „Homo“, zu der zunächst auch noch andere Vertreter wie z. B. der Neandertaler gehörten, *maximal* aus rund 2 bis 3 Millionen Individuen bestanden haben. Nachdem der Neandertaler in der letzten Kaltzeit vor etwa 30.000 Jahren ausgestorben war und sich der Homo Sapiens durchsetzte, könnte sich die globale Population vielleicht etwas erhöht haben. Jedenfalls gehen Deevey (1960) und Kremer (1993) davon aus, dass um 25.000 vor unserer Zeitrechnung die Weltbevölkerung rund 3.34 Millionen Individuen umfasst hat.

Durch die Einführung der Landwirtschaft gab es dann einen ersten kleinen Wachstumsschub. Vor etwa 17.000 bis 12.000 Jahren vor unserer Zeitrechnung entstanden in Kleinasien die ersten sesshaften Gesellschaften, die Ackerbau und Viehhaltung betrieben. Diese Neolithische Revolution dürfte die menschliche Population allerdings weniger erhöht haben als man vielleicht glauben könnte. Jedenfalls gibt es Schätzungen, dass nach dem Ende der letzten Eiszeit¹ in Europa, also rund 10.000 Jahre vor unserer Zeitrechnung, erst etwa 4 Millionen Menschen die Erde bevölkert haben (Deevey 1960, Kremer 1993) – eine Zahl, die auch McEvedy (1978) und Livi-Bacci (2012) akzeptieren.

1 Genauer gesagt, in der letzten Kaltzeit (Glazial) des gegenwärtigen Eiszeitalters.

Etwa 3500 Jahre vor unserer Zeitrechnung entstanden die ersten Hochkulturen in Indien, Mesopotamien, Ägypten und China wie die Sumerischen Stadtstaaten (3000 v.), das Babylonische Reich (1900 v.), die erste Blüte der Ägyptischen Hochkultur (2700 v.) und die frühe Hochkultur in China (2100 v.). Schließlich entwickelte sich um 1000 vor unserer Zeitrechnung das Königreich Israel. In dieser Epoche der frühen Hochkulturen wuchs die Bevölkerung der Erde auf etwa 50 bis 100 Millionen Individuen im Jahr 1000 v. (Deevey 1960, McEvedy 1978, Blaxter 1986, Kremer 1993).

In den folgenden 1000 Jahren – von den ersten Anfängen der Antike bis Christi Geburt – kam es dann maximal zu einer Verdreifachung der Weltbevölkerung. Im Zeitalter des Antiken Griechenlands (etwa 8.-4. Jahrhundert) lag die Weltbevölkerung bei etwa 160 Millionen Menschen (Biraben 1979, Blaxter 1986); und noch 100 Jahre nach der Zeit Alexander des Großen (356 – 323 v.) betrug die Weltbevölkerung erst 150 bis 231 Millionen Individuen (McEvedy 1978, Biraben 1979, Blaxter 1986). Um Christi Geburt hatte sich dann die Weltbevölkerung auf 133 bis 330 Millionen erhöht. (Deevey 1960, McEvedy 1978, Durand 1977, Clark 1977, Biraben 1979, Blaxter 1986, Kremer 1993, Lee 2003, Livi-Bacci 2012).

Seit dem Beginn unserer Zeitrechnung wuchs die Weltbevölkerung in den folgenden 1.800 Jahren auch nur relativ moderat – vor allem auch, weil sie durch Kriege, verheerende Hungersnöte und Epidemien im späten Mittelalter immer wieder dezimiert wurde. Jedenfalls gibt es für das Jahr 1800 relativ übereinstimmende Schätzungen der Weltbevölkerung von rund 900 Millionen (bis maximal 1 Milliarde) Menschen. Es war die Zeit, als Napoleon Bonaparte (1769-1821) gerade dabei war die Macht in Frankreich zu übernehmen und Thomas Jefferson (1743-1826) in Amerika zum Präsidenten gewählt wurde.

In den darauf folgenden 125 Jahren vermehrte sich die Weltbevölkerung um eine weitere Milliarde Menschen und erreichte 2 Milliarden um das Jahr 1925. Dann aber beschleunigte sich das Wachstum. In nur 25 Jahren stieg die Weltbevölkerung – trotz der verheerenden Verluste durch den 2. Weltkrieg – auf 2,5 Milliarden um das Jahr 1950. Diese Bevölkerungsschätzung für die Mitte des 20ten Jahrhunderts kann als relativ verlässlich angesehen werden. Sie beruht vor allem auf den umfangreichen Bevölkerungsschätzungen der Vereinten Nationen, die ab der Mitte der 1950er Jahre für alle Länder der Erde getrennt durchgeführt werden und weitgehend auf Volkszählungen aufbauen.²

Seit der Mitte des 20ten Jahrhunderts gibt es einen deutlichen Bruch in der Entwicklung der Weltbevölkerung. Plötzlich beschleunigte sich das Bevölke-

2 Zum Teil mussten natürlich „Rückwärtsprojektionen“ angewendet werden, da etliche Länder noch unter Kolonialherrschaft standen und Zensen erst nach der Unabhängigkeit in den 1960er Jahren oder sogar später durchgeführt wurden.

runge wachstum in einem nie gekannten Ausmaß – vor allem zunächst in Asien. Innerhalb von nur 50 Jahren stieg die Weltbevölkerung um 3.6 Milliarden und erreichte 6.1 Milliarden am Ende des 20ten Jahrhunderts. Wegen der demografischen Schwungkraft ist es jedoch ziemlich sicher, dass die Weltbevölkerung weiter wachsen wird – trotz sinkender Fertilität. Zur Mitte des 21ten Jahrhunderts – also in nur 35 Jahren – wird die Weltbevölkerung höchstwahrscheinlich rund 9.7 Milliarden Menschen umfassen. Damit hätte sie sich um rund 7.2 Milliarden Menschen innerhalb eines Jahrhunderts vermehrt. An Ende des 21ten Jahrhunderts könnten mehr als 11 Milliarden Menschen den Planeten Erde bevölkern.

Könnte man das weltweite Bevölkerungswachstum seit dem Beginn der ersten Hochkulturen vor 3500 Jahren in einem einstündigen Film ablaufen lassen, dann würde man während der ersten 56 Minuten so gut wie keine Veränderung bemerken. Die Welt wäre fast leer – mit ganz wenigen, weit verstreuten Zentren humaner Besiedelung. Erst in den letzten Minuten des Films „explodiert“ dann plötzlich die menschliche Population und überzieht besonders die fruchtbaren Flusstäler in Ostasien mit dichter Besiedelung.

Mehr als 90 % des Zuwachses der zu erwartenden Weltbevölkerung von rund 11 Milliarden Menschen am Ende des 21ten Jahrhunderts wird in nur 300 Jahren entstanden sein – zwischen den Jahren 1800 und 2100. Und mehr als 75 % dieses Wachstums wird sogar in nur 150 Jahren anfallen – zwischen 1950 und 2100. Mit anderen Worten: innerhalb von nur 300 Jahren wird die Weltbevölkerung um 10 Milliarden Menschen anwachsen, während sie sich in den davor liegenden 150.000 Jahren um lediglich 1 Milliarde vermehrt hat.

Nun kann man natürlich einwenden, das ca. 4 Milliarden dieses Weltbevölkerungswachstums bis zum Jahre 2100 noch auf Projektionen beruhen. Außerdem gibt es vereinzelt Demografen, die mit alternativen Projektionen davon ausgehen, dass die Weltbevölkerung sich noch *unter* 10 Milliarden Menschen stabilisieren wird (Lutz et al. 2004). In Bezug auf die hier vorgebrachte Argumentation sind diese Einwände aber irrelevant, denn erstens gibt es keinen ernstzunehmenden Demografen, der behaupten würde, die Weltbevölkerung würde überhaupt nicht mehr weiterwachsen. Die in der jungen Altersstruktur angelegte Schwungkraft macht es nahezu unmöglich, die Weltbevölkerung auf dem jetzigen Stand zu stabilisieren – auch wenn schon die Hälfte aller Menschen niedrige Fertilität unter dem Reproduktionsniveau von 2.1 Kindern pro Frau haben. Vor allem die Bevölkerung Afrikas hat immer noch sehr hohe Kinderzahlen und garantiert damit ein weiteres Anwachsen der Weltbevölkerung. Zum zweiten spielt es keine große Rolle, ob sich die Weltbevölkerung nun knapp *unter* 10 Milliarden oder knapp *über* 11 Milliarden stabilisieren wird, wie die Vereinten Nationen glauben (Raftery et al. 2012). In jedem

Fall befinden wir uns, wie argumentiert, mit 9 oder 10 Milliarden *Zuwachs* in nur 300 Jahren in einer singulären Wachstumsphase der Weltbevölkerung.

Diese „explosive“ Vermehrung der Weltbevölkerung hat viele Demografen verwundert und zu umfangreichen Analysen veranlasst (am ausführlichsten wohl: Cohen 1995). Es entstanden eine Vielzahl von Theorien über die Wachstumsdynamik der menschlichen Population – von „exponentiellen“ Doomsday-Modellen, über „Stufenmodelle“ bis hin zur Vorstellungen eines „logistischen“ Übergangs. Abb.1 zeigt – *maßstabsgerecht* – ausgewählte Weltbevölkerungsschätzungen und -prognosen zwischen 10.000 vor unserer Zeitrechnung bis zum Jahre 2100 (1) sowie sechs idealtypische Modelle der globalen Bevölkerungsdynamik (3) bis (8).

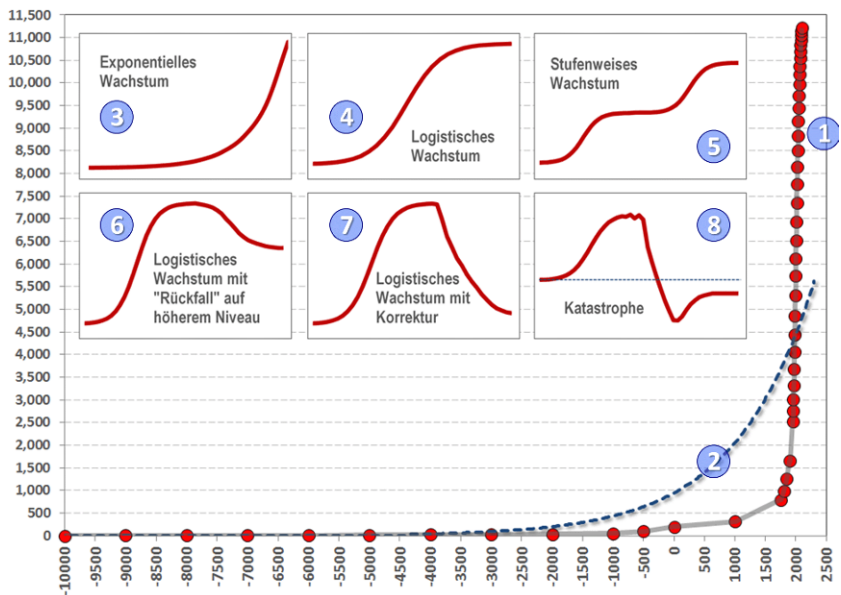


Abb. 1 Wachstum der Weltbevölkerung, 10.000 B.C. bis 2100 und idealtypische Wachstumsmodelle

Datenquellen: Deevey 1960, McEvedy and Jones 1978, Durand 1977, Clark 1977, Biraben 1979, Blaxter 1986, Kremer 1993, United Nations 2015

Die oben aufgezeigte Dynamik der menschlichen Populationsentwicklung lässt sich mit keinem der üblichen Modelle befriedigend erklären. Mit Sicherheit war

das Wachstum der Weltbevölkerung *nicht* „exponentiell“ – dazu hätte es *wesentlich* mehr Menschen bereits um das Jahr 500 und noch mehr im Jahr 1000 und 1500 geben müssen – selbst wenn man nur die Zahlenreihen bis zum Jahr 10.000 vor unserer Zeitrechnung betrachtet (siehe die exponentielle Interpolations-Kurve in Abb. 1/2. Auch die Vorstellung einer „stufenweisen“ Erhöhung der menschlichen Population (Abb. 1/5) entsprechend den Kultur- und Technologie-Revolutionen befriedigt nicht. Zwar mag es moderate Effekte in der Frühzeit und während der Neolithischen Revolution gegeben haben, aber die Weltbevölkerungsexplosion nach 1800 kann damit nicht hinreichend erklärt werden. Plausibler ist vielleicht das Modell eines logistischen Wachstums (Abb. 1/4) oder das logistische Wachstumsmodell mit „Rückfall“ auf ein höheres Niveau (Abb. 1/6). Auch das idealtypische Modell einer globalen Bevölkerungskatastrophe (Abb. 1/8) kann nicht ausgeschlossen werden.

1.1 Bevölkerungswachstum seit Mitte des 20ten Jahrhunderts

Sehen wir uns nun die globale Bevölkerungsentwicklung seit 1950 genauer an (siehe Abb. 2): Seit damals hat sich die Weltbevölkerung bis heute bereits um rund 4.8 Milliarden Menschen vermehrt – zwei Drittel dieses Zuwachses geschah dabei in Asien und Afrika. Bis zum Ende des 21ten Jahrhunderts dürfte die Erdbbevölkerung nochmals um fast 3.8 Milliarden Menschen zunehmen – 3.2 Milliarden davon allein in Afrika und noch 495 Millionen in Asien. Europas Bevölkerung wird dagegen um vielleicht 93 Millionen schrumpfen. Insgesamt gesehen wird sich die Weltbevölkerung in nur 150 Jahren also um etwa 8.7 Milliarden Menschen vermehren – zum allergrößten Teil in Afrika und Asien. Neueste probabilistische Bevölkerungsprojektionen der Vereinten Nationen gehen davon aus, dass bis zum Ende des 21ten Jahrhunderts die Weltbevölkerung mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit zwischen 9.5 und 13.3 Milliarden Menschen liegen dürfte (Alkema et al. 2011, United Nations 2015; Gerland et al. 2014). In einer, weltgeschichtlich gesehen, extrem kurzen Zeitphase verändert sich damit grundlegend die Größe und Verteilung menschlicher Population auf dem Planeten Erde.

Noch deutlicher werden die enormen Bevölkerungszuwächse Asiens und Afrikas, wenn man einzelne Länder betrachtet. Um 1950 hatte beispielsweise Ägypten eine Bevölkerung von weniger als 21 Millionen; heute (2015) sind es bereits 92 Millionen, und schon in wenigen Jahrzehnten, bis 2050, wird sich Ägyptens Bevölkerung mit großer Wahrscheinlichkeit auf 150 Millionen fast verdoppeln. Nach den bisherigen Trends von Fertilität und Mortalität könnte Ägypten bis zum Ende des 21ten Jahrhunderts über 200 Million Einwohner haben – trotz angenommenem drastischen

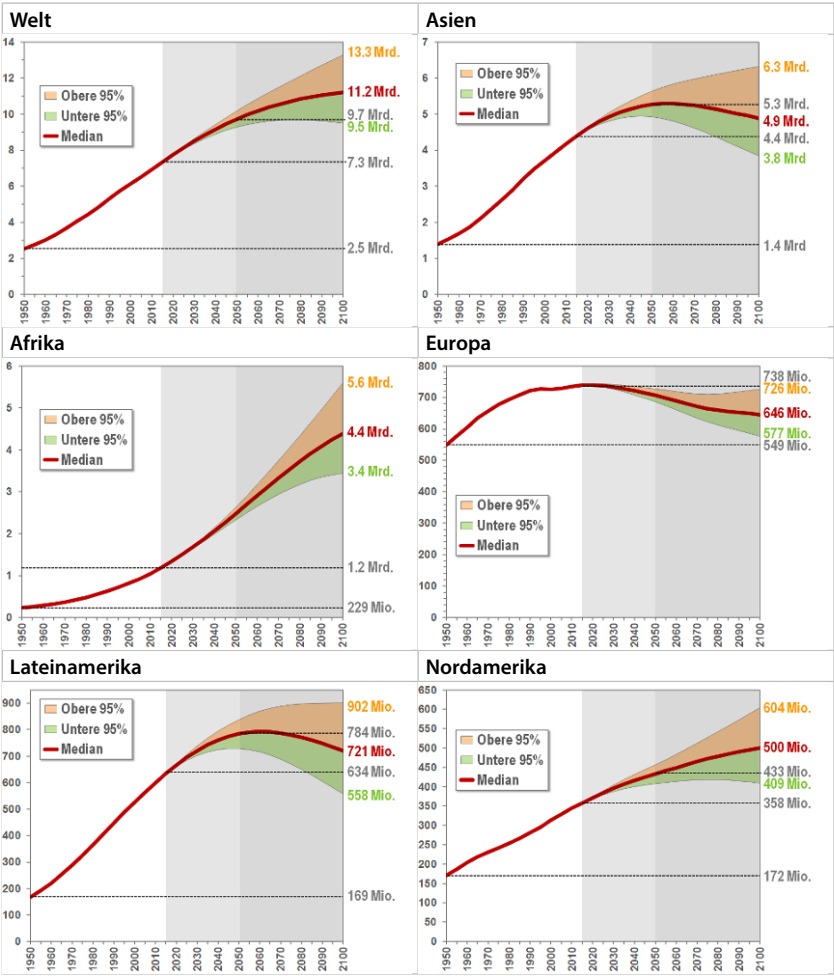


Abb. 2 Schätzung und probabilistische Projektion der Bevölkerung, 1950-2100

Die Abbildungen zeigen jeweils eine Schätzung der historischen Bevölkerungsentwicklung zwischen 1950 und 2015, sowie den Median der probabilistischen Projektionen (rote Linie). Außerdem wird auch jeweils die obere und untere Grenze des 95 % Konfidenz-Intervalls angezeigt. Beispielsweise ergaben die probabilistischen Projektionen der Weltbevölkerung, dass mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit die Weltbevölkerung um 2100 nicht unter 9.5 Milliarden und nicht über 13.3 Milliarden liegen wird. Der Median der Projektionen lag bei 11.2 Milliarden. Datenquelle: United Nations, Department of Economic and Social Affairs. 2015. World Population Prospects – The 2015 Revision. New York.

Rückgangs der Fertilität. Damit hätte sich die Bevölkerung Ägyptens in ihrer demografischen Transitionsphase praktisch verzehnfacht – und dabei rund 180 Millionen Menschen hinzugewonnen. Der Bevölkerungszuwachs Ägyptens betrüge damit etwa soviel wie die heutige Bevölkerungszahl Deutschlands, Frankreichs, Österreichs, die der Niederlande und der Schweiz *zusammengenommen*.

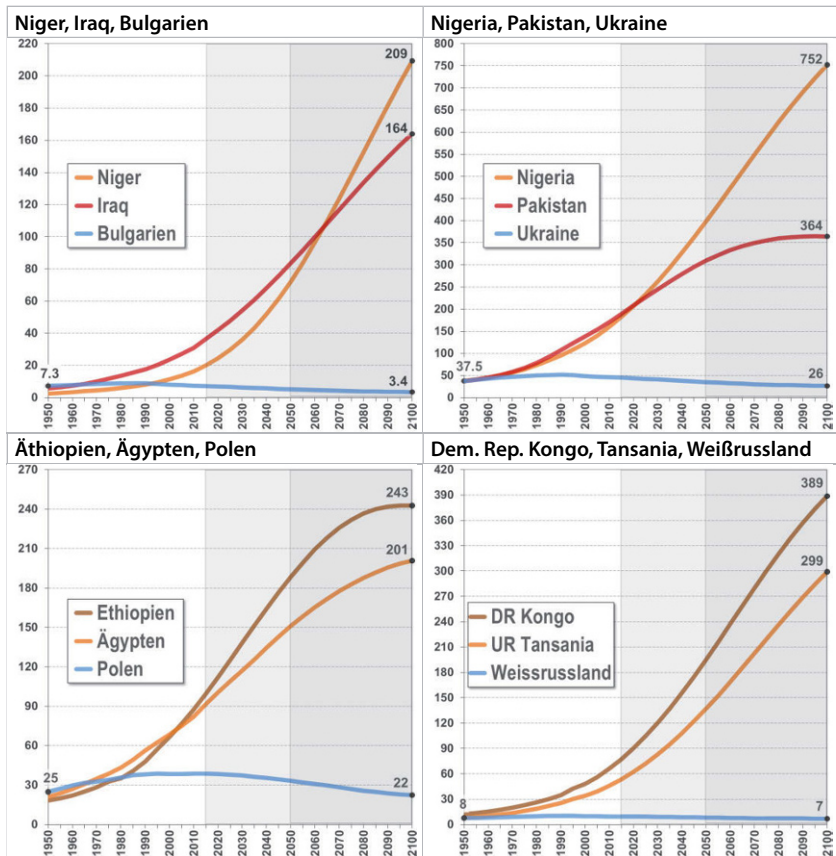


Abb. 3 Bevölkerungsentwicklung ausgewählter afrikanischer, asiatischer und europäischer Länder zwischen 1950 und 2100, mit ähnlicher Ausgangsbevölkerung Mitte des 20ten Jahrhunderts

Datenquelle: United Nations, Department of Economic and Social Affairs. 2015. World Population Prospects – The 2015 Revision. New York.

Ein anderes interessantes Beispiel ist Nigeria. Um 1950 hatte Nigeria etwa 38 Millionen Einwohner – ziemlich genau so viele wie damals die Ukraine. Heute hat die Ukraine eine Bevölkerung von etwa 45 Millionen – Nigeria dagegen bereits 182 Millionen. Schon um 2050 wird Nigeria mit großer Wahrscheinlichkeit eine Bevölkerung von knapp 400 Millionen haben. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass diese bis Ende des 21ten Jahrhunderts auf über 750 Millionen anwachsen wird – weit mehr als die ganze Einwohnerzahl von Europa (einschließlich der Russischen Föderation). Sollte dies passieren, hätte Nigeria in seiner demografischen Transitionsphase mindestens 700 Millionen Menschen hinzugewonnen.

Ein letztes Beispiel: Eines der am wenigsten entwickelten Länder der Welt, Niger in Westafrika, hatte in den frühen 50er Jahren eine Bevölkerung von etwa 2.5 Millionen. Bereits heute hat sich Nigers Bevölkerung auf knapp 20 Millionen nahezu verachtfacht. Wegen der noch sehr hohen Fertilität wird Nigers Bevölkerung aber sicher noch weiter anwachsen: auf über 72 Millionen innerhalb der nächsten 35 Jahre und, möglicherweise, auf über 209 Millionen bis zum Ende des 21ten Jahrhunderts. Damit hätte sich Nigers Bevölkerung in den 150 Jahren ihres „Demografischen Übergangs“ verzweihundachtzigfach. Abbildung 3 zeigt weitere ausgewählte Beispiele des Bevölkerungswachstums auf Länderebene.

1.2 Folgen des modernen Weltbevölkerungswachstums

Inwiefern ist nun dieses Wachstum der globalen Bevölkerung von epochaler Bedeutung – wie dies oben behauptet wurde?

Die menschliche Spezies verändert zum ersten Mal die *globale* Umwelt – und zwar nicht nur durch ihre Wirtschaftstätigkeit, sondern durch die bloße Anzahl an Menschen,³ die natürliche Ressourcen konsumieren, Siedlungs- und Agrarräume benötigen und die Umwelt und Meere mit Abfällen belasten – besonders in Asien und Afrika. Einige Wissenschaftler sprechen deshalb vom „Anthropozän“ (Crutzen 2011, Ehlers 2008) – also einer weltgeschichtlichen Epoche, in der rund um den

3 Es wird immer wieder behauptet, die Absolutzahlen der Bevölkerung seien unwichtig und nur die Wachstumsraten, Bevölkerungsproportionen oder pro-Kopf Indikatoren seien von Belang. Dem muss nachdrücklich widersprochen werden: Es macht – z. B. aus der Sicht der globalen Umwelt – sehr wohl einen Unterschied aus, ob man ein 1 % Wachstum bei einer Bevölkerung von 70 Millionen oder 7 Milliarden betrachtet. Nahrungsbedarf, Frischwasserbedarf, Flächenbedarf für Behausung, Verkehrsflächen, Abfall, Abwasser – und viele andere Faktoren hängen ausschließlich – oder zumindest überwiegend – von der Absolutzahl der Verbraucher ab.

Globus die biologischen und physischen Systeme des Planeten Erde direkt vom Menschen beeinträchtigt oder gar zerstört werden.⁴

- So beeinflusst der Mensch inzwischen, ohne Zweifel, das globale Klima⁵ – durch die Treibhausgase aus der Industrialisierung Europas und Nordamerikas, aber in wachsendem Masse auch durch den steigenden Energieverbrauch in Asien und bald schon in Afrika (IPCC 2014). Zwar sind die pro-Kopf Emissionen in Asien noch weit geringer als in Europa oder Nordamerika, aber die absolute Menge von in Asien emittierten Treibhausgasen übertrifft heute bereits den Ausstoß der westlichen Industrieländer bei weitem (Olivier et al. 2015). China allein emittiert z. B. mehr als 10.5 Gigatonnen CO₂, während der Ausstoß der USA „nur“ rund 5.3 Gigatonnen beträgt.⁶ Wir müssen davon ausgehen, dass Asien, und später Afrika, ihren pro-Kopf Ausstoß an Treibhausgasen durch Industrialisierung und Modernisierung weiter erhöhen werden. Kombiniert mit ihrem enormen Bevölkerungszuwachs ergibt sich eine „Hebelwirkung“, die weit alles übertreffen könnte, was während der Industrialisierung Europas und Nordamerikas in die Atmosphäre abgegeben wurde. Dabei können wir überhaupt noch nicht realistisch abschätzen, welche verheerenden Auswirkungen der Klimawandel auf die gesamte Menschheit haben wird. Erst kürzlich erschien in dem hochangesehenen Journal „Nature“ ein Kommentar, der davor warnte, dass die heutigen Modelle die wahren Auswirkungen des Klimawandels noch beträchtlich *unterschätzen* (Stern 2016) – vor allem die demografischen und politischen Auswirkungen.⁷
- In Asien, Lateinamerika und Afrika wird zur Zeit großräumig natürliche Landbedeckung zerstört (Heilig 1995, 1996, 1997; Lambin/Geist 2006) – durch

4 Der Begriff wurde von dem Chemiker und Atmosphärenforscher Paul Crutzen und dem Biologen Eugene F. Stoermer zur Benennung einer neuen geochronologischen irdischen Epoche vorgeschlagen. Er soll verdeutlichen, dass wir in einer Epoche leben, in der der Mensch zu einem der wichtigsten Faktoren der globalen biologischen, geologischen und atmosphärischen Prozesse geworden ist.

5 So stellt der letzte IPCC Climate Change 2014 Synthesis Report fest: „Human influence on the climate system is clear, and recent anthropogenic emissions of greenhouse gases are the highest in history. Recent climate changes have had widespread impacts on human and natural systems.“

6 EDGA- Rv4.3, European Commission, Joint Research Centre (JRC) / PBL Netherlands Environmental Assessment Agency. Emission Database for Global Atmospheric Research (EDGAR) (heruntergeladen Feb. 2016).

7 Stern schreibt: „Many of the largest potential impacts are omitted, such as widespread conflict as a result of large-scale human migration to escape the worst-affected areas“.

Ausweitung der Landwirtschaft, Rodung der Urwälder, Versiegelung der Landschaft mit Straßen und Gebäuden, Anlage von Stauseen, Tagebau von Kohle und Mineralien, Öl und Gasgewinnung und Ausweitung touristischer Gebiete. Natürlich haben auch die Europäer und Nordamerikaner die natürliche Flora und Fauna in ihren Regionen geschädigt – nur ist es der globalen Umwelt ziemlich egal, wer *zuerst* mit ihrer Zerstörung begonnen hat.⁸ Außerdem handelt es sich bei den in Afrika, Asien und Lateinamerika fortschreitend zerstörten Naturgebieten um Ökosysteme, die für das globale Klima und die Artenvielfalt besonders kritisch sind, wie der Amazonas oder der tropische Regenwaldgürtel in Afrika (Seddon 2016). Wegen der gewaltigen Bevölkerungszunahme muss die agrarische Landnutzung immer mehr auf industrielle Intensiv-Landwirtschaft umgestellt werden um die nötigen Mengen an Nahrungsmitteln bereitstellen zu können. Dies ist oft mit Bodenerosionen, Versalzung durch künstliche Bewässerung und Reduzierung der natürlichen Artenvielfalt verbunden. Australien, China, Indien, aber auch Brasilien, haben bereits erhebliche Umweltprobleme durch die massiv ausgeweitete und intensivisierte Landwirtschaft. Die wachsende Industrie extrahiert in nie vorher dagewesenem Ausmaß Bodenschätze, Mineralien und fossile Energieträger – wobei zum Teil ganze Landschaften zerstört werden (Tagebauminen).

- Wegen des gestiegenen Frischwasser- und Bewässerungsbedarfs – vor allem in den wachsenden Städten und der Landwirtschaft – wurden Wasserkreisläufe umgelenkt und natürliche Grundwasservorkommen ausgebeutet. Stauseen, Kanäle, Dämme und Bewässerungssysteme wurden angelegt und so natürliche Landschaften in großem Maße zerstört. Selbst auf dem menschenleeren australischen Kontinent wurde eine riesige Agrarregion, das Murray-Darling Becken, durch Versalzung teilweise ruiniert (Commonwealth of Australia 2014). Nur zum Vergleich – das Murray-Darling Becken hat eine Fläche die der von Frankreich und Spanien zusammengekommen entspricht. In Chinas fruchtbarem Loess-Plateau im Nordosten, das Millionen von Chinesen ernährt, hat Bewässerung die Landoberfläche um bis zu 8 Meter absinken lassen und den Gelben Fluss nahezu ausgetrocknet. Erhebliche Eingriffe durch Bevölkerungswachstum und Urbanisierung gibt es auch am Yangtze (Long et al. 2007a, 2007b).
- Und der Mensch verdreckt Binnengewässer und Weltmeere mit Agrarchemikalien, sowie mit Industrie- und Haushaltsabfällen in einem nie dagewesenen

8 Außerdem muss man festhalten, dass heute Europa stärker bewaldet ist als dies um 1800 der Fall war. Wegen des wesentlich geringeren Bevölkerungszuwachses und der urbanen Konzentration der Bevölkerung hat Europa heute viele außerordentlich dünn besiedelte ländliche Gebiete und auch große Flächen fast unberührter Natur.

Ausmaß. Schon heute schwimmen in den Weltmeeren nach Analysen der McArthur Foundation rund 150 Millionen Tonnen Plastikmüll. Jedes Jahr gelangen rund 8 Millionen Tonnen Plastik dazu. Diese Zahl könnte sich bis 2050 vervierfachen (World Economic Forum 2016). Damit würden schon bald mehr Plastikabfälle als Fische in den Weltmeeren schwimmen – zum weitaus größten Teil übrigens verursacht von *asiatischen* Ländern. Auch die immens angewachsene Fischzucht zerstört natürliche maritime Ökosysteme.

Es versteht sich von selbst, dass für diese Umweltveränderungen nicht *allein* das globale Bevölkerungswachstum verantwortlich ist. Immer werden die Effekte durch das jeweilige Wirtschaftssystem, die Art der verwendeten Technik, den Lebensstil oder die lokale Organisation industrieller und urbaner Anlagen verstärkt oder abgeschwächt. Aber schlussendlich macht es eben doch einen gewaltigen Unterschied aus, ob man eine Milliarde oder elf Milliarden Menschen auf dem Planeten Erde versorgen muss (Heilig 1997).

2 Umschichtung der Globalen Bevölkerung

Wenn wir vom Wachstum der Weltbevölkerung sprechen, dann begehen wir eigentlich eine ziemlich gravierende Verallgemeinerung: Was wirklich wächst, ist nämlich nicht die *Weltbevölkerung*, sondern die Bevölkerung in Asien und Afrika. Rund 88 % des Weltbevölkerungswachstums zwischen der Mitte des 20ten Jahrhunderts und dem Ende des 21ten Jahrhunderts wird in Afrika und Asien anfallen – bzw. sind bereits dort angefallen. Da rund 90 % des Wachstums der menschlichen Spezies in diesen 150 Jahren erfolgen werden, kann man durchaus sagen, dass sich die Weltbevölkerung seit ihrem Beginn vor 150,000 Jahren vor allem in Afrika und Asien vermehrt hat und vermehren wird. Das Bevölkerungswachstum in Europa, Nordamerika, Lateinamerika und Ozeanien war, verglichen damit, nur eine kleine, relativ unbedeutende demografische Episode.

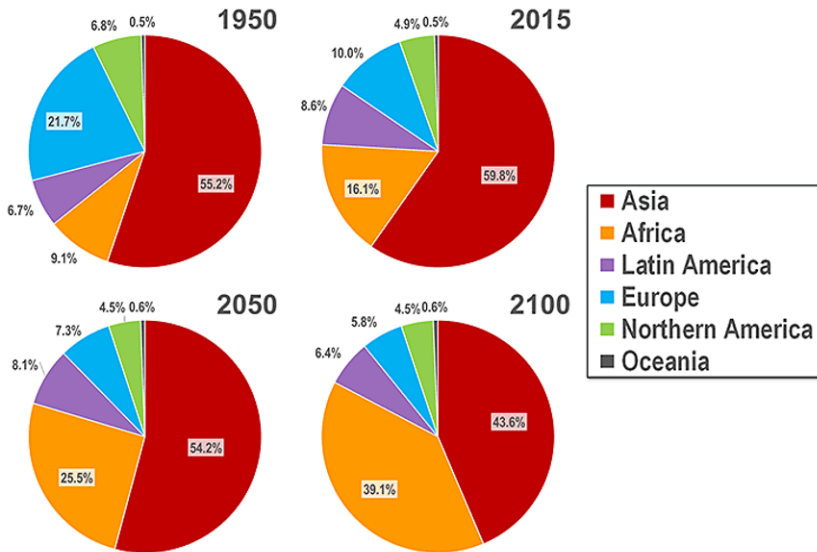


Abb. 4 Weltbevölkerung nach Regionen, 1950-2100 (in %)

Datenquelle: United Nations, Department of Economic and Social Affairs. 2015. World Population Prospects – The 2015 Revision. New York

Die extrem unterschiedlichen Wachstumsraten der Bevölkerung in diesen Weltregionen führen im Augenblick gerade zu einer deutlichen geographischen Umschichtung der Weltbevölkerung. So wird zum Beispiel der Anteil der Europäer an der globalen Bevölkerung innerhalb von nur 150 Jahren von fast 22 % auf unter 6 % fallen (siehe Abb. 4); im gleichen Zeitraum wird der Anteil der Afrikaner von etwa 9 % der Weltbevölkerung zur Mitte des 20ten Jahrhunderts auf wahrscheinlich über 39 % bis um Ende des 21ten Jahrhunderts ansteigen. Und während heute fast 60 % aller Menschen Asiaten sind, waren es um 1950 erst 55 %. Allerdings wird der Anteil der Asiaten an der Weltbevölkerung in nur wenigen Jahrzehnten auf knapp 44 % fallen. Ihr Anteil wird also um 16 Prozentpunkte zurückgehen. Der Anteil der Nordamerikaner wird im gleichen Zeitraum von etwa 6.8 % auf 4.5 % *schrumpfen* – trotz des Bevölkerungswachstums in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Diese Umschichtungen in der Weltbevölkerung kommen dadurch zustande, dass die Bevölkerung in Asien, und vor allem in Afrika, weit höhere natürliche Wachstumsraten aufweisen (oder aufwiesen), als sie in Europa oder Nordamerika

jemals zu beobachten waren. Außerdem wirken diese hohen Wachstumsraten auf bereits sehr große Bevölkerungen. So lag in Europa die Wachstumsrate der Bevölkerung während ihrer demografischen Transitionsphase im 19ten und frühen 20ten Jahrhundert ganz selten über einem Prozent. In Frankreich sanken Mortalität und Fertilität im Demografischen Übergang sogar fast gleichzeitig, so dass es praktisch zu keinem nennenswerten Bevölkerungszuwachs kam. Außerdem betraf das Wachstum in Europa Bevölkerungen, die in der Regel nur wenige, oder allenfalls ein paar Dutzend, Millionen Menschen umfassten – etwa in der Größe heutiger asiatischer oder afrikanischer Großstädte. In Asien und Afrika dagegen lagen, und liegen, die Wachstumsraten häufig bei 2, 3 oder gar 4 % jährlich – und das bei Bevölkerungen, die bereits mehrere dutzend oder hundert Million oder sogar über eine Milliarden Menschen aufweisen.

Die „Hebelwirkung“ des heutigen Demografischen Übergangs in Asien und Afrika ist eine völlig andere als jemals in Europa oder Nordamerika. Wegen der weit höheren Zahl der heute betroffenen Menschen und der zudem noch weit höheren (natürlichen) Wachstumsraten ergeben sich enorme, nie dagewesene absolute Zuwächse bei diesen Bevölkerungen.

3 Folgen der Umverteilung der Weltbevölkerung

Durch die oben beschriebene Umverteilung der Weltbevölkerung wird es unweigerlich auch zu einer globalen *Umverteilung der politischen, wirtschaftlichen und geo-strategischen Gewichte* kommen.

- Amerikanische Think Tanks sprechen bereits seit Jahrzehnten von der steigenden politisch-militärischen Bedeutung des Pazifischen Raumes (Green 2016). Krisenherde und globale Konflikte verlagern sich zunehmend nach Asien, wo die „Bevölkerungsgiganten“ China, Indien und Indonesien um politische, wirtschaftliche und militärische Einflussphären konkurrieren. Die Konflikte im Südchinesischen Meer um die Spratney-Inseln (Choog 2016), die Spannungen zwischen Taiwan und China, die Konflikte zwischen den Atommächten Indien und Pakistan oder die Gefahren und Provokation, die von Nord-Korea ausgehen, sind nur einige Beispiele einer sich in Asien verschärfenden Sicherheitslage.
- Es wird eine neue Art des Kolonialismus geben. Die oft extrem dicht besiedelten Länder Asiens benötigen zunehmend landwirtschaftliche Ressourcen *außerhalb* der eigenen Region um ihre extrem gewachsenen Bevölkerungen überhaupt ernähren zu können. China sichert sich seit Jahren den Zugang zu

landwirtschaftlichen Produktionsflächen in Afrika und Lateinamerika – und sogar in Osteuropa. Es sind die bevölkerungsreichen Länder Asiens und Afrikas, die heute einen Grossteil der Nachfrage auf den weltweiten Getreidemärkten stellen. Es ist auch offensichtlich, dass sich besonders China Zugang zu wichtigen Rohstoffmärkten sichert und dabei nicht im Geringsten vor Kooperation mit Diktaturen zurückschreckt.

- Auch die wirtschaftliche Dynamik der Welt hat sich nach Asien verlagert. Das asiatische Bevölkerungswachstum seit der Mitte des 20ten Jahrhunderts hat wirtschaftliche und politische Reformen erzwungen, die den Kontinent heute zur führenden Wirtschaftsmacht haben aufsteigen lassen. Nicht nur China und Indien, sondern auch viele „asiatische Tiger“ weisen ökonomische Wachstumsraten auf, von denen Europa oder Nordamerika nur träumen kann.
- Wir stehen am Vorabend einer Bevölkerungsexplosion in Afrika. Sie ist unvermeidlich, weil der Kontinent außerordentlich junge Bevölkerungen hat, deren Fertilität zudem noch relativ hoch ist. Die fast sicher zu erwartenden Bevölkerungszuwächse in Afrika erfordern eine komplette Umorientierung in der globalen Wirtschaft, wenn man nicht riskieren will, dass sich Hunderte von Millionen Afrikaner auf eine Massenemigration nach Europa begeben. Die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas wird sich erheblich beschleunigen müssen um mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten zu können. Dies wird enorme Investitionen in Ausbildung und Infrastruktur erfordern – aber auch Deregulierung der Märkte und stärkere Einbindung Afrikas in den Welthandel. Zur Zeit ist Afrika immer noch ein „dunkler“ Kontinent – mit nur unzureichender Internet Anbindung, katastrophal schlechter Elektrizitätsversorgung und völlig ungenügender Infrastruktur an Straßen, Brücken, Eisenbahnlinien oder Hochseehäfen. Selbst in den Hauptstädten ressourcen-„reicher“ afrikanischer Öl-Länder, wie Nigeria oder Angola, fällt regelmäßig der Strom aus, gibt es keine ausreichende Kanalisation oder Müllabfuhr und Strassen sind (in den Randgebieten) unbefestigt. Die demografische Entwicklung wird in Afrika wirtschaftliche Initiativen erfordern, die mit dem „Marshall-Plan“ in Europa vergleichbar sind.
- Aus demografischer Sicht muss man davon ausgehen, dass der afrikanische Kontinent in den kommenden Jahrzehnten zum politisch-militären Pulverfass werden wird. Hier kommt alles zusammen, was soziale Konflikte, Terrorismus und Kriege zwischen Staaten auslösen kann: Enormes Bevölkerungswachstum; ein Fortbestehen bitterster Armut im Angesicht märchenhaften Reichtums aus Öl und Bodenschätzen; gewaltige Umweltprobleme durch Klimaerwärmung, unfähige, korrupte und die Menschenrechte missachtende Regime, die man durchaus als verfestigte Kleptokratien bezeichnen kann; wirtschaftliche, poli-

tische und militärische Einmischung von Regional- und Großmächten – von den USA, China und Russland, bis hin zu Iran oder Saudi-Arabien; ein enorm hoher Anteil weitgehend arbeitsloser junger Menschen, die bis zu 50 % der Bevölkerungen ausmachen; hohe „reale“ Bevölkerungsdichte in Ländern wie Burundi, Rwanda, Uganda oder Ägypten.⁹ Die globale Sicherheitslage wird sich durch die Umverteilung der Weltbevölkerung mit Sicherheit verändern.

4 Urbanisierung

Ein dritter, grundlegender Aspekt der globalen Bevölkerungsentwicklung ist die zunehmende Urbanisierung und das Entstehen gewaltiger urbaner Agglomerationen und Korridore. Obwohl es eine Vielzahl methodischer Probleme bei der Abgrenzung von urbanen zu ländlichen Bevölkerungen gibt kann kein Zweifel daran bestehen, dass immer mehr Menschen weltweit in urbanen Gebieten leben. Damit unterscheidet sich die Situation in unsere Zeit *grundlegend* von den vielen Jahrhunderttausenden, in denen die große Mehrheit der Menschen in kleinen Gruppen inmitten einer weitgehend natürlichen Umwelt als Jäger und Sammler lebten. Sie unterscheidet sich aber auch von den Tausenden von Jahren, in denen später die meisten Menschen als Bauern, Landarbeiter, Viehzüchter oder Handwerker in kleinen ländlichen Siedlungen konzentriert waren. Es ist noch garnicht so lange her, dass selbst in den heute am weitesten entwickelten Industriestaaten die Mehrheit der Menschen in ländlichen Gebieten lebten – weit verstreut in Einzelgehöften, Dörfern oder kleinen Marktgemeinden. Um 1800 lebten rund 75 % der deutschen Bevölkerung am Land (Rankl 1999). In ihren Briefen und Tagebüchern berichten Mozart oder Goethe von der Mühsal des Reisens in gottverlassenen Gegenden, die sich zwischen den strahlenden Metropolen von Wien, Paris oder Rom ausdehnten.

Städte waren bis zum Beginn der Industrialisierung meist nur kleine Inseln in einer bäuerlichen Umwelt – privilegierte Orte für eine kleine Oberschicht von Bürgern, Gebildeten und Mächtigen, sowie deren Bediensteten. Selbst die reichen Handelsstädte der Hanse zwischen dem 13ten und 17ten Jahrhundert, die Macht und Reichtum im Norden Europas konzentrierten, lebten von ausgedehnten *ländlichen*

9 Es wird oft behauptet Afrika sei ein menschenleerer Kontinent. Allerdings wird dabei vergessen, dass viele Länder riesige unbesiedelbare Landflächen haben. Ägypten beispielsweise besteht zu 97 % aus Wüste. Bei der Beurteilung von Afrikas Bevölkerungsdichte sind die gewaltigen Wüsten, Regenwaldgebiete und Trockensavannen zu berücksichtigen, die kaum eine Besiedelung zulassen.

Bevölkerungen in entfernten Teilen der Welt, die die Produkte ihres Handels-Reichtums (Getreide, Tee, Kaffee, Bodenschätze, Pelze, Gewürze) erzeugten. Auch mächtige Handels-, Kultur- und Machtzentren in Asien, Afrika oder Lateinamerika waren nur winzige Inseln in einer überwiegend ländlichen Umwelt – weit voneinander getrennt durch ausgedehnte Agrarlandschaften (wie in China oder Indien) oder riesige Gebiete unberührter Natur (wie die tropischen Forstgebiete des Amazonas). Um 1800 lebten gerade einmal 3 % der Weltbevölkerung in Städten.

Die Situation änderte sich in Europa und Nordamerika erst wirklich im 19ten Jahrhundert in Folge der industriellen – aber auch einer landwirtschaftlichen – Revolution. In England, zum Beispiel, stieg der Anteil der städtischen Bevölkerung zwischen 1801 und 1891 von 17 % auf 72 % . Ende des 19ten Jahrhunderts war der urbane Anteil auch in Frankreich und Preußen angestiegen – auf 37 % bzw. 41 %. Und sogar in den Vereinigten Staaten von Amerika lag er Ende des 19ten Jahrhunderts schon bei 28 % (Watson 1993).

Diese Urbanisierung war möglich – und *nötig* – geworden, weil die Entwicklung neuer Technologien einerseits großen Arbeitskräftebedarf in den industriellen Zentren schuf, andererseits aber auch Arbeitskräfte in der Landwirtschaft freisetzte. Die enormen Produktivitätsfortschritte durch die beginnende Agrarchemie und die Mechanisierung der Landwirtschaft verringerten den Arbeitskräftebedarf am Land und trugen zu der massenhaften Abwanderung in die Städte bei.

Um die Mitte des 20ten Jahrhunderts lebten in den Vereinigten Staaten von Amerika bereits 64 % der Bevölkerung in Städten; in Europa waren es 51 %. Zu dieser Zeit gab es jedoch noch so etwas wie eine intakte ländliche Kultur in den meisten Industriestaaten. Die Dörfer und kleinen Städte sowie deren agrarisches Umland waren wirtschaftlich lebensfähige Einheiten, die noch immer einem großen Teil der Bevölkerung die Lebensgrundlage ermöglichten.

Dies hat sich in den letzten 65 Jahren wirklich dramatisch geändert (siehe Abb. 5). Über 50 % der Weltbevölkerung lebt heute in Städten und urbanen Gebieten. Anscheinend weisen nur noch urbane Zentren jene wirtschaftliche Dynamik auf, die Menschen Wohlstand oder zumindest ein Auskommen ermöglicht. Nur dort hat man wirkliche Chancen auf höhere Bildung; nur dort hat man leichten Zugang zu moderner Technik; nur in urbanen Zentren gibt es heute die vielfältigen sozialen Kontakte, wirtschaftlichen Chancen und kulturellen Angebote, die das Leben reichhaltig und interessant machen. Die ländlichen Regionen in den Industriestaaten werden immer mehr zu öden industriellen Agrarlandschaften und weitläufigen Extraktionszonen für Bodenschätze; oder es sind weite Brachlandgebiete, die sich langsam renaturalisieren und wieder verwalden oder versteppen. Oft leben nur noch die zurückgelassenen Alten in den langsam aussterbenden Dörfern, während die Jungen längst in die Städte abgewandert sind. In fast allen europäischen

Ländern und auch in Nordamerika kann man dieses Absterben des ländlichen Raumes beobachten.

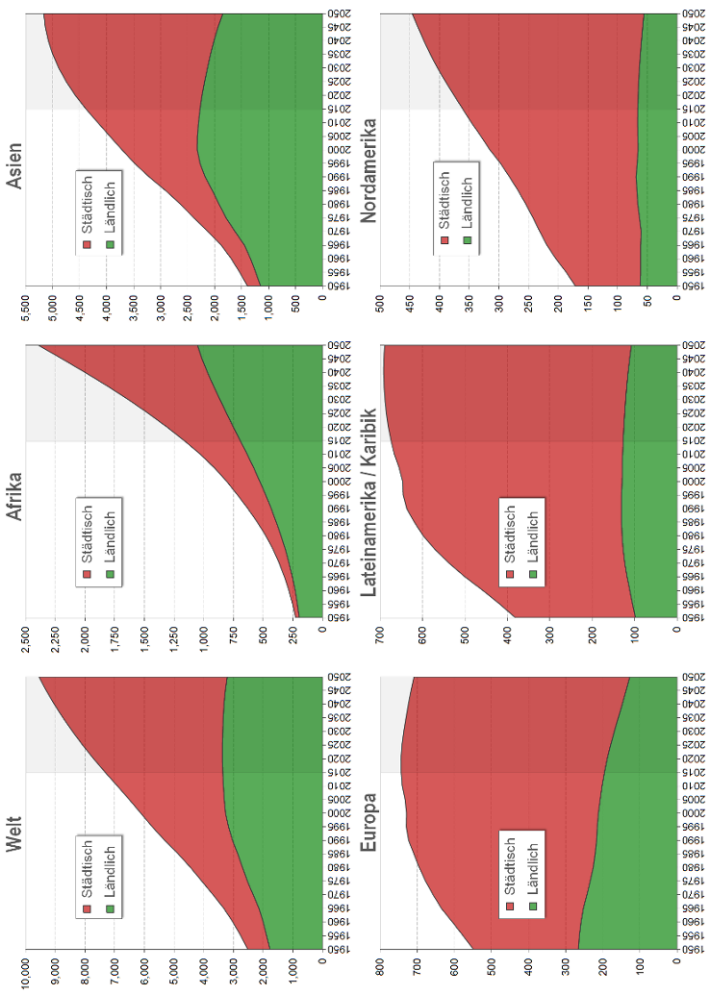


Abb. 5 Urbane und ländliche Bevölkerung nach Regionen und für die Welt insgesamt, 1950-2050

Datenquelle: United Nations, Department of Economic and Social Affairs. 2014. World Urbanization Prospects – the 2014 Revision. New York.

Diese Urbanisierung der „alten“ Industrieländer mag ihren Höhepunkt bereits erreicht oder sogar überschritten haben – in den „Entwicklungs“-Ländern Asiens und Afrikas hat sie aber erst begonnen. China war noch bis vor kurzer Zeit ein reines Agrarland. Die kommunistischen Machthaber – besonders Mao Zedong – folgten der Ideologie einer staatlich kontrollierten, gebremsten Urbanisierung. Sie befürchteten, dass zu große städtische Bevölkerungsgruppen ihren Machterhalt gefährden könnten. Das chinesische „Hukou“-System war jahrzehntelang das Instrument, mit dem im kommunistischen China die große Masse der Bauern daran gehindert wurde in städtische Gebiete abzuwandern (Zhang 1998, Chan 2008). Der Wirtschaftsaufschwung, der den Reformen von Deng Zaoping folgte, erzeugte jedoch einen derartigen Arbeitskräftebedarf in den urbanen Küstengebieten Chinas, dass bis zu 150 Millionen Wanderarbeiter (die sogenannte „floating population“) regelmäßig vom ländlichen Inland in die Städte zog – obwohl sie dort nur temporär geduldet wurden. Inzwischen hat sich auch dieses System überholt und die chinesische Führung hat erkannt, dass sie auf Dauer die Urbanisierung ihres Landes nicht aufhalten kann (Huang 2010). Kürzlich wurde bekannt, dass die Verantwortlichen riesige urbane Küstenregionen planen – wie z. B. im Korridor zwischen Beijing und Tianjin. Diese urbane Region um Beijing könnte schon bald 130 Millionen Einwohner haben (Weller 2015). Die Städte in China wachsen auch mit atemberaubender Geschwindigkeit in den Wirtschaftszentren im Süden von China – wie z. B. um Shanghai oder in der Region nördlich von Hong Kong. Sogar die urbanen Zentren im Inland, wie Wuhan oder die alte Kaiserstadt Xian, wachsen rasant. Es gibt Diskussionen, dass China einmal einen weitgehend durchgehenden urbanen Gürtel entlang des Yangtze haben wird, der sich von Wuhan im Zentrum Chinas bis nach Shanghai an der Küste erstrecken wird. Die zeitlich verzögerte Urbanisierung Chinas wird nun – trotz ideologischer Bedenken – klar durch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes vorangetrieben (Melandar 2013). Sie ist nicht mehr aufzuhalten. Die ländlichen Gebiete beginnen sich auszudünnen. Vielfach wird nun schon beklagt, dass nur noch alte Menschen in den Dörfern verbleiben, während die Jungen in die boomenden Städte abwandern – oder sich zumindest als Wanderarbeiter den größten Teil des Jahres dort aufhalten.

Ganz anders jedoch ist die Situation in Indien. Dort wachsen die Städte nicht in erster Linie wegen ihrer besonderen wirtschaftlichen Anziehungskraft, sondern wegen weitverbreiteter Armut und Übervölkerung am Land. Landknappheit, Arbeitslosigkeit und fehlende wirtschaftliche Alternativen in den ländlichen Gebieten treibt viele Bauern in die Städte – wo sie in ausgedehnten Slums hoffen vielleicht etwas bessere Chancen als in ihren Dörfern zu haben. Die Urbanisierung Indiens ist überwiegend eine Folge des ländlichen Bevölkerungswachstums und fehlender wirtschaftlicher Perspektiven. In Indien wachsen die Städte aber nicht nur durch

Abwanderung vom Land: Es ist das nach wie vor enorme Bevölkerungswachstum der Stadtbevölkerungen selbst, das die urbanen Gebiete anschwellen lässt. Zwar sind auch auf dem Indischen Subkontinent die Kinderzahlen pro Frau gesunken – aber weit weniger als in China oder anderen asiatischen Ländern. Indiens junge Stadtbevölkerung wird noch auf Jahrzehnte stark anwachsen.

Wieder anders ist die Situation in Afrika. Der Kontinent steht erst ganz am Anfang seiner Urbanisierung. Nach wie vor lebt die Mehrheit der Afrikaner am Land – oft als Subsistenzbauern oder Viehzüchter. Nur Süd- und Nordafrika sind stärker urbanisiert. Dabei ist es besonders schwer hier zwischen wirklicher Urbanisierung und reiner Bevölkerungsverdichtung infolge des explosiven Bevölkerungswachstums zu unterscheiden. In Ägypten, wo nur etwa 7 % der Landfläche entlang des Nils tatsächlich bewohnbar sind (der Rest ist lebensfeindliche Wüste), drängt sich die inzwischen auf 150 Millionen angewachsene Bevölkerung in die vorhandenen Siedlungsgebiete, die von der Dichte durchaus mit traditionellen Städten vergleichbar sind. Ihnen fehlen jedoch vielfach die typischen wirtschaftlichen Funktionen urbaner Räume. In vielen Teilen Nordafrikas, aber auch in den Sahelstaaten und in den unglaublich dicht bevölkerten fruchtbaren Gebieten in Burundi und Rwanda, gibt es einen Verdichtungsprozess der Siedlungen, den man kaum als wirkliche Urbanisierung bezeichnen kann. Es fehlt an städtischer Infrastruktur und urbaner Planung. Vielfach entstehen einfach riesige „semi-urbane“ Slums, in denen ehemalige Bauern ums Überleben kämpfen. Die Arbeitslosigkeit in diesen Gebieten ist astronomisch – besonders unter den unter-20 Jährigen, die oft weit mehr als 50 % der Bevölkerung stellen.

In den urbanen Gebieten und Slums von Afrika – besonders in West- und Ostafrika – wächst zur Zeit eine ganze Generation heran, die vom Land entwurzelt ist, aber kaum Chancen auf wirtschaftliche Partizipation in einer städtischen Ökonomie hat. Wir sprechen hier nicht von ein paar Millionen Jugendlicher, sondern von mehreren hundert Millionen junger Menschen, die in Afrika in einer semi-urbanen Welt leben, in der es für sie kaum eine Zukunft gibt.

Diese „Pseudo-Urbanisierung“ Afrikas ist das Ergebnis eines politischen und wirtschaftlichen Totalversagens, bei der die ländliche Bevölkerung des Kontinents zunehmend entwurzelt, aber nicht mit einer tragfähigen wirtschaftlichen Entwicklung in den Städten aufgefangen wird. Das zum Teil spektakuläre Wirtschaftswachstum Afrikas – besonders das der ölreichen Staaten wie Nigeria – versickert weitgehend in Korruption und Misswirtschaft. Während sich kleinste Eliten märchenhaften Reichtum verschaffen, verrottet die (oft noch aus der Kolonialzeit vorhandene) Infrastruktur und wachsen die Slums. Es fehlt in den „urbanen“ Gebieten an befestigten Straßen und Massentransportmitteln, an sicherer Energieversorgung, funktionierender Abfallbeseitigung und Kanalisation. Und vor allem fehlt es an

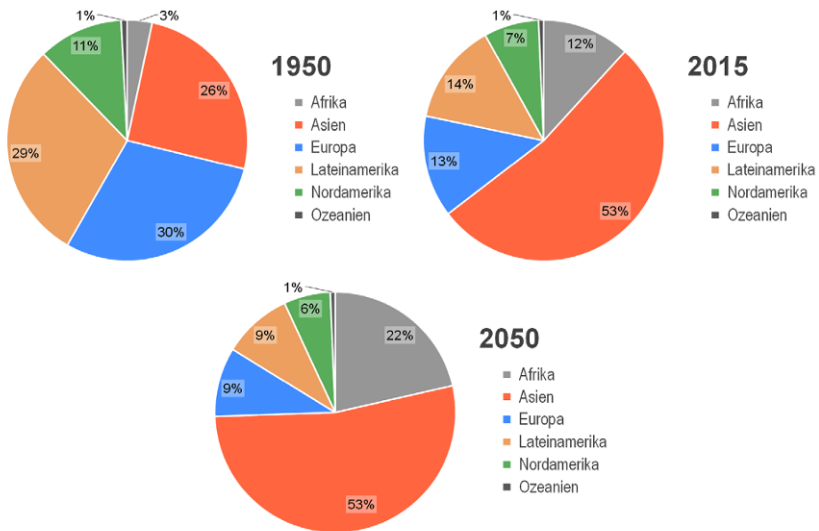


Abb. 6 Urbane Weltbevölkerung nach Regionen

Datenquelle: United Nations, Department of Economic and Social Affairs. 2014. World Urbanization Prospects – The 2014 Revision. New York.

Arbeitsplätzen, weil die wenigen Unternehmer kaum mit den Problemen der Korruption, bürokratischen Ineffizienz, und katastrophalen Infrastruktur zurechtkommen. In Städten wie Lagos oder Nairobi fällt regelmäßig der Strom aus, wird die Wasserversorgung abgestellt oder es türmt sich der Abfall auf den Straßen; Busse und Züge sind heillos überfüllt – sofern sie überhaupt fahren. Dies sind natürlich keine guten Voraussetzungen für eine gelingende Urbanisierung. Jahrzehntelange Misswirtschaft und eine „politisch korrekte“ Nicht-Einmischungspolitik der westlichen Industriestaaten (mit Ausnahme profitabler Wirtschaftskooperationen) hat in großen Teilen Afrikas zu einer Verzögerung der Entwicklung geführt. Nun gibt es mehrere Hundert Millionen Jugendlicher und junger Erwachsener, die keine (wirtschaftliche) Zukunft haben. Viele von ihnen suchen ihr Glück in Migration – überwiegend in jene afrikanischen Länder, in denen die wirtschaftliche Situation etwas besser ist, wie z. B. Südafrika. Es gibt aber auch erste Migrationsrouten aus dem Afrika südlich der Sahara über Nordafrika nach Europa. Damit ist das (urbane) Entwicklungsdesaster Afrikas unmittelbar mit der Migrationsproblematik in Europa verbunden. Ohne eine massive, wirklich epochale Entwicklungsinitiative

in die urbane Wirtschaft Afrikas wird der Migrationsdruck – letztlich auch nach Europa – weiter anwachsen.

5 Folgen der Urbanisierung

Wie auch immer sich die urbane Zukunft in den verschiedenen Regionen der Welt entwickeln wird, eines ist klar: Die Urbanisierung der *Welt* ist ein Phänomen *unserer* Zeit. Sie betrifft zum ersten Mal die Mehrheit der Menschen und sie umfasst *Milliarden* von Individuen – und nicht nur einige wenige hunderttausend Privilegierte, wie es in früheren Zeiten der Fall war. Eine weitgehend urbane Welt ist mit ganz anderen Herausforderungen konfrontiert. Hier einige Beispiele:

- Eine überwiegend in urbanen Agglomerationen konzentrierte Menschheit erzwingt praktisch die Dominanz marktwirtschaftlicher und industrieller Strukturen, die über einen Welthandel verbunden sind. Bereits 2007 wurde, nach Schätzungen von McKinsey Research, mehr als die Hälfte des globalen GDP von nur 600 städtischen Agglomerationen generiert (Dobbs 2011). Milliarden von Stadtbewohnern können nicht mit Selbstversorgungswirtschaft überleben – wie das seit Jahrtausenden für Landbevölkerungen der Normalfall war. Städter können sich nicht vom eigenen Grund und Boden ernähren, sie haben keinen direkten Zugang zu Ressourcen (wie Wasser, Holz zum Bauen, Heizen oder Kochen, oder zu Nutztieren). Alles muss über *Märkte* erworben werden. Statt sich eine Hütte zu zimmern müssen Städter am Wohnungsmarkt eine Unterkunft suchen; ihren Lebensunterhalt müssen sie am Arbeitsmarkt realisieren; Nahrung müssen sie im Supermarkt kaufen. Der weltweite Aufstieg einer „Konsumenten-Kultur“ und die enorme Ausweitung des Welthandels steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der globalen Urbanisierung (Masahisa 1999). Eines bedingt das andere. Die moderne Dienstleistungswirtschaft kann nur in einer urbanen Welt florieren, weil sie nur da die nötigen, besser ausgebildeten, Arbeitskräfte findet; und weil sie nur in einem urbanen Umfeld die zahlungskräftigen Absatzmärkte hat (Bloomberg 2015).
- Die weltweite Urbanisierung konzentriert die Menschheit in vergleichsweise kleine Räume und verursacht damit eine neue Art der Fragilität. Riesige ländliche Gebiete werden ausgedünnt – selbst in dicht besiedelten Ländern wie China. Es entstehen urbane Korridore, wie z. B. an der Amerikanischen Ost-Küste zwischen Boston, New York, Philadelphia, und Washington oder in der schon erwähnten Nordostregion von China zwischen Beijing-Tianjin, wo sich eine

urbane Agglomeration an die nächste anschließt. Damit steigt die Verletzlichkeit und Risikobelastung der Menschen ganz enorm (Felbab-Brown 2016). Eine einzige Nuklearwaffe könnte in einem militärischen Konflikt in einer Region wie Tokyo-Yokohama Dutzende, wenn nicht hunderte, Millionen Menschen auf einen Schlag auslöschen. Naturkatastrophen wie Erdbeben, Überschwemmungen, oder neu auftretende Seuchen könnten sich in Agglomerationen wie Hong Kong, Tokyo, Los Angeles oder New York verheerend auswirken, weil sie einen erheblichen Teil einer Bevölkerung auf einmal betreffen. Urban verdichtete Bevölkerungen haben auch ein erhebliches Risiko durch – eventuell neu auftretende – Epidemien. Nicht umsonst haben gerade eben die Vereinten Nationen in einem dringenden Bericht vor neuen Gefahren sich rasant ausbreitender und höchst letaler Epidemien gewarnt (United Nations 2016).

- Die Urbanisierung der Welt stellt die Frage der Lebensqualität auf eine neue, weitgehend unbeantwortete Weise. Urbane Gebiete sind heute längst nicht mehr nur „leuchtende Inseln der Kultur, Architektur, des Wissens und der politischen Macht“ wie das in den alten Metropolen Europas vielleicht der Fall war. Viele Agglomerationen in Asien, Afrika, Lateinamerika – und auch in Nordamerika und Europa – sind bloße Anhäufungen billiger Massenquartiere und heruntergekommener Infrastruktur, verdreckt, vermüllt, erstickt von Verkehr und giftigen Abgasen, versunken in gesundheitsschädlichem Smog, mit unerträglichem Lärm, geplagt von permanenter Gewalt und Vandalismus. Die WHO hat kürzlich geschätzt, dass ca. 7 Millionen Menschen jährlich durch Luftverschmutzung frühzeitig sterben – überwiegend in städtischen Gebieten (Scovronick 2015). Bis zu 50 % der Bevölkerung in Städten wie Lagos, Kalkutta, Delhi oder Nairobi, Mexico City oder Rio de Janeiro leben in Slums – oft nicht einmal sehr weit entfernt von den gepflegten Apartmenthäusern der reichen Eliten. Vor allem fehlt es in vielen urbanen Gebieten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas an Arbeitsplätzen, wodurch Armut, Unterernährung, Kriminalität und fehlende Bildung in urbanen Verdichtungen fortbestehen – oder sich sogar ausweiten.
- Urban konzentrierte Bevölkerungen erfordern, aber ermöglichen auch erst, weit größere Infrastrukturinvestitionen als dies bei verstreuten Agrarbevölkerungen der Fall ist (Gutman 2015, Bhattacharya 2015). Städte müssen mit Energie, Wasser, Müllabfuhr, Abwasserentsorgung, Mietwohnungen, Transportmitteln und Kommunikationsinfrastruktur versorgt werden – sie können sich das nicht wie ländliche „Selbstversorger“ auf eigene Faust beschaffen. Dies ist vor allem eine enorme Herausforderung für die rasch wachsenden urbanen Agglomerationen in Afrika (Chenal 2016), Asien und Lateinamerika, die mit derartiger Infrastruktur oft völlig unterversorgt sind. Städte wie Lagos, Nairobi, Delhi, Jakarta oder Rio de Janeiro haben es Jahrzehntlang versäumt für den Zustrom

an Menschen adäquate städtische Infrastruktur bereitzustellen. Urbane Slums haben sich am Rand dieser Agglomerationen – aber auch innerhalb – gebildet, in denen menschenunwürdige Lebensbedingungen herrschen. Während Stadtentwicklungstheoretiker und IT-Firmen inzwischen von der „Smart City“ träumen, fehlt es Hunderten von urbanen Agglomerationen in Afrika, Asien und Lateinamerika selbst an der fundamentalsten Infrastruktur.

- Eine weitere Herausforderung der weltweiten Urbanisierung, aber auch eine große Chance, ist die Erleichterung von Bildung und Ausbildung. Urbane Konzentration der Menschen erlaubt es höhere Bildungseinrichtungen einer wesentlich breiteren Bevölkerungsgruppe zur Verfügung zu stellen als dies in Agrargesellschaften möglich wäre. Mit der Urbanisierung der Welt könnte eine Bildungs„explosion“ einhergehen. Es ist vielleicht kein Zufall, dass besonders stark urbanisierte Gebiete in der ehemaligen „Dritten Welt“ wie Hong Kong, Taiwan, Singapore oder Süd-Korea besonders herausragende Bildungserfolge vorweisen können.
- Schließlich darf man auch nicht vergessen, dass jede Zusammenballung von Menschen auch ganz neue politische Chancen, aber auch Risiken mit sich bringt. „Stadtluft macht (nicht nur) frei“, sondern ermöglicht auch spontane Demonstrationen, Aufstände oder bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen in ganz anderem Ausmaß als dies in reinen Agrarbevölkerungen möglich wäre. Nicht umsonst haben autoritäre Machthaber wie Mao Tse Tung in China, oder Pol Pot in Kambodscha, ein zu starkes Anwachsen urbaner Bevölkerungen gefürchtet und ganz bewusst eine Politik der „closed city“ oder sogar der De-urbanisierung betrieben. Es gibt auch Stimmen, die behaupten, der „Arabische Frühling“ wäre nur möglich gewesen, weil hunderte Millionen junger Menschen in den Städten des Arabischen Raumes herangewachsen sind, die arbeits- und perspektivlos waren.
- Betrachtet man die Urbanisierung nach Weltregionen fällt auf, wie stark sich die urbane Weltbevölkerung auf Asien und Afrika konzentrieren wird: 3 von 4 Stadtbewohnern werden schon in wenigen Jahrzehnten in Asien oder Afrika leben (siehe Abb. 6). Damit wird die urbane Welt zunehmend von den wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten in Asien und Afrika bestimmt werden. Urbanes Leben wird im 21ten Jahrhundert für die meisten Menschen ganz anders aussehen, als es für europäische oder nordamerikanische Städte typisch war.

6 Alterung

Ein letzter Aspekt globaler Bevölkerungsveränderung ist die Alterung bestimmter Bevölkerungen. Eine Bevölkerung kann nur auf drei verschiedene Weisen altern:

- Durch einen Rückgang der Fertilität;
- Durch einen Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung; und
- durch eine Netto-Zuwanderung von „älterer“ Bevölkerung.

Theoretisch können alle drei Faktoren, sowohl einzeln als auch gemeinsam, in wechselnden Mischungsverhältnissen für die Alterung einer Bevölkerung verantwortlich sein. In dem hier diskutierten Zusammenhang der Weltbevölkerungsentwicklung dominiert aber ganz klar eine Ursache der Alterung – nämlich der Rückgang der Fertilität im Zuge des Demografischen Übergangs in Asien, Lateinamerika und, in Zukunft langsam zunehmend, auch in Afrika.

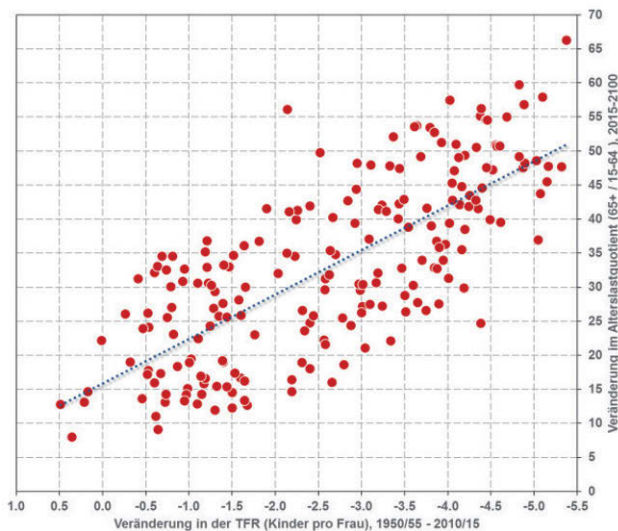
Auch in Europa ist der plötzliche Rückgang der Fertilität nach den Baby-Boom Jahren auf weit unter Reproduktionsniveau die Hauptursache der Bevölkerungsalterung. Zwar steigt weltweit auch die Lebenserwartung, was natürlich die Alterung in Europa und Asien verstärkt. Allerdings ist dieser Anstieg im allgemeinen *nicht* der ausschlaggebende Faktor, wie man leicht an einigen osteuropäischen Ländern zeigen kann, deren Bevölkerung (nach allen Indikatoren) zwar rapide altert, aber keinen nennenswerten Zuwachs bei der Lebenserwartung vorweist. In Europa wie in Asien und Lateinamerika altern besonders stark jene Länder, die einen deutlichen Fertilitätsrückgang hatten oder seit Jahrzehnten extrem niedrige Fertilitätsniveaus aufweisen.

Abbildung 7a zeigt, für alle Länder der Erde, den Zusammenhang zwischen dem Rückgang der Fertilität (zwischen der Fünf-Jahresperiode 1950-1955 und 2010-2015) und den zu erwartenden Anstieg des sog. Alterslastquotienten der betreffenden Länder zwischen 2015 und 2100. Je höher der Fertilitätsrückgang, desto höher die Alterslast (oder, anders gesagt, die Alterung) der betreffenden Länder.

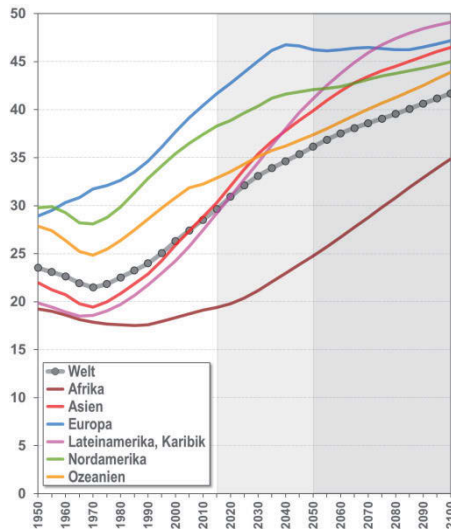
Ein gebräuchlicher Indikator für die Alterung einer Bevölkerung ist auch das Medianalter. Es teilt die Bevölkerung in zwei gleich große Gruppen, wobei die eine Hälfte älter ist und die andere Hälfte jünger als das Medianalter. Abbildung 7b zeigt das Medianalter der Bevölkerung nach Weltregionen zwischen 1950 und 2100. Zunächst kam es in allen Regionen, mit Ausnahme von Europa, zu einem leichten Rückgang des Medianalters in den 50er und frühen 60er Jahren, aufgrund der damals hohen Geburtenzahlen und der damit verbundenen Verbreiterung der Bevölkerungspyramide in den jungen Altersgruppen. Mit dem einsetzenden Geburtenrückgang in den frühen 70er Jahren begann dann das Medianalter der

Bevölkerungen praktisch überall deutlich anzusteigen. Einzige Ausnahme war Afrika, wo das Medianalter der Bevölkerung nach dem Tiefpunkt Mitte der 90er Jahre nur sehr langsam anstieg und heute erst den Stand von 1950 erreicht hat. Mit der Ausnahme Afrikas haben heute die Bevölkerungen aller Weltregionen ein weit höheres Medianalter als in den 1960er und 1970er Jahren. Weltweit liegt es bei etwa 30 Jahren – verglichen mit etwa 22 Jahren in den späten 60er Jahren. Besonders hoch ist das Medianalter in Europa, wo die Hälfte der Bevölkerung bereits älter als 41.7 Jahre ist.

Interessant sind auch die Absolutzahlen einzelner Altersgruppen, wie z. B. die Zahl der Menschen im Rentenalter. Als Folge der hohen Fertilität in Asien und Afrika in der zweiten Hälfte des 20ten Jahrhunderts, verbunden mit einer gestiegenen Lebenserwartung, wird sich in den nächsten Jahrzehnten die Zahl der Menschen im Alter von 65 Jahren und älter in Asien, und später auch in Afrika, drastisch erhöhen. Um 1950, lebten in Asien erst knapp über 56 Millionen Menschen im Alter von 65 Jahren und älter; heute sind es bereits rund 330 Millionen. Schon in 35 Jahren werden es aber mit ziemlicher Sicherheit an die 956 Millionen sein; und bis zum Ende des 21ten Jahrhunderts könnten in Asien deutlich über 1.3 Milliarden Menschen leben, die 65 Jahre oder älter sind.



a) Zusammenhang zwischen Fertilitätsrückgang und Anstieg im Alterslastquotienten

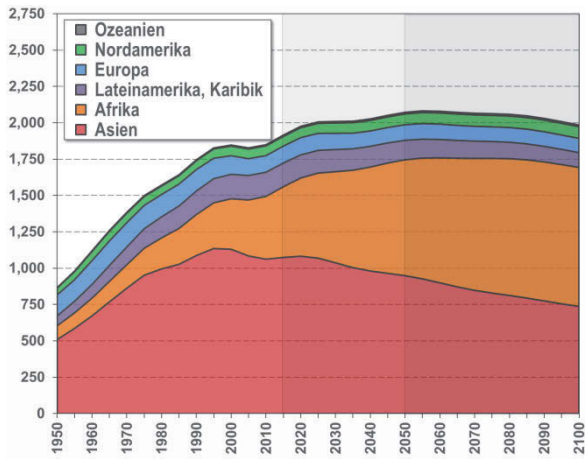


b) Medianalter der Weltbevölkerung und der Bevölkerung nach Regionen, 1950-2100

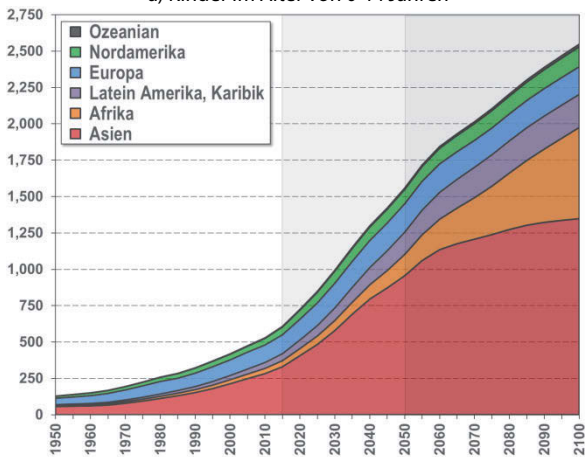
Abb. 7 Alterung der Bevölkerung

Datenquelle: United Nations, Department of Economic and Social Affairs. 2015. World Population Prospects – The 2015 Revision. New York

Noch drastischer sind die zu erwartenden Veränderungen in Afrika. Auch hier werden die geburtenstarken Jahrgänge aus den letzten Jahrzehnten und von heute irgendwann ins Rentenalter kommen. Bisher war der Anstieg relativ moderat – von rund 7,4 Millionen um 1950 hat sich die Zahl der Afrikaner im Alter von 65 Jahren und älter erst auf knapp 42 Millionen im Jahre 2015 erhöht. Aber schon bald wird ihre Zahl gewaltig zunehmen: Um 2050 wird Afrika schon rund 146 Millionen Menschen im Rentenalter haben; bis zum Ende des 21ten Jahrhunderts könnte sich ihre Zahl mehr als vervierfachen – auf 627 Millionen.



a) Kinder im Alter von 0-14 Jahren



b) Menschen im Alter von 65 Jahren und älter

Abb. 8 Bevölkerung nach Regionen, 1950-2100

Datenquelle: United Nations, Department of Economic and Social Affairs. 2015. World Population Prospects – The 2015 Revision. New York

Weltweit wird sich die Anzahl der Menschen im Rentenalter zwischen der Mitte des 20ten Jahrhunderts und dem Ende des 21ten Jahrhunderts fast *verzwanzigfachen*: von rund 129 Millionen auf über 2.5 Milliarden (siehe Abb. 8b). Zum Vergleich, die Zahl der Kinder unter 15 Jahren bleibt global gesehen in Zukunft praktisch gleich (Abb. 8a). Zwar steigt sie in Afrika stark an, gleichzeitig geht die Zahl der Kinder unter 15 Jahren in Asien aber stark zurück.

7 Folgen einer Alterung der Weltbevölkerung

Eine derartig große Zunahme im Anteil und in der Anzahl älterer Menschen weltweit kann nicht ohne tiefgreifende Folgen bleiben:

- Der gravierendste Effekt ist sicher das Problem der Alterssicherung. Ganz gleich ob Länder umlagenbasierte, kapitalbasierte oder gar keine Systeme der Rentenversicherung haben – in *jedem Fall* muss die jeweils nächstfolgende Generation irgendwie für den Unterhalt ihrer Eltern aufkommen. Die Kindergeneration muss entweder durch ihrer Erwerbsarbeit die nötigen Umlagen für die Rentenkassen generieren; oder die Kindergeneration muss die Wirtschaft so vorantreiben, dass sich angespartes Kapital vermehrt und nicht durch Inflation aufgefressen wird; oder die Kindergeneration muss durch Eigenarbeit und interfamiliäre Finanztransfers ihre alten Eltern versorgen. Wie gesagt – in *jedem Fall* ist es immer die nächste Generation, die letztlich für die Versorgung der älteren Generation verantwortlich ist.¹⁰ Zur Zeit versuchen die bevölkerungsreichen Länder in Asien, wie z. B. China, ihre Rentensysteme aufzubauen bzw. an die schon stattfindende Alterung ihrer Bevölkerung anzupassen. Dies ist eine weit größere Aufgabe, als es sich die geozentrischen Europäer vorstellen können, die glauben ihre Rentenprobleme wären einzigartig. In Ländern wie Indien, Pakistan oder Indonesien werden in den nächsten Jahren Hunderte von Millionen Menschen ins Rentenalter kommen – Menschen, die zum Teil noch keinerlei staatliche Vorsorge haben. Es steht zu befürchten, dass dort die Altersarmut weiter zunehmen wird – besonders in Ländern, die durch starken

10 Dies erklärt auch, nebenbei gesagt, warum es haarsträubend unsinnig ist, beim demographischen Faktor der Rentenformeln immer nur auf die steigende Lebenserwartung zu schauen. Wesentlich wichtiger wäre es die Fertilität so anzuheben, dass die Generationen nicht derart schrumpfen wie in Europa.

Fertilitätsrückgang in jeder Familie nur mehr ein oder zwei Kinder haben, die sich um die Alten kümmern können.

- Die politischen Auswirkungen einer derart starken Zunahme der Zahl älterer Menschen kann heute noch nicht einmal in Ansätzen abgeschätzt werden. Man kann vermuten, dass sie ein erhebliches Wählerpotential darstellen. Das amerikanische PEW Research Center hat erst kürzlich festgestellt, dass demografische Trends die amerikanische Politik schon heute zutiefst beeinflussen und in Zukunft noch viel größeres Gewicht haben werden (Taylor 2016). Unter anderem wird der steigende Anteil älterer Menschen vermutlich eher konservative Politik stärken.
- Durch die Zunahme der Zahl älterer Menschen entstehen ganz neue Märkte, die es früher einfach nicht gegeben hat. Produkte und Dienstleistungen müssen für ältere Menschen angepasst werden. Gesundheitsprodukte, medizinische Apparaturen, Medikamente, Krankenpflege, Altenbetreuung und altersgerechte Wohnungen werden in den nächsten Jahrzehnten weltweit verstärkt nachgefragt werden.
- Insgesamt gesehen dürfte die Alterung der Weltbevölkerung allerdings die globale Wirtschaft dämpfen. Die Boomjahre, als vor allem China ein enorm angewachsenes Arbeitskräftepotential zur Verfügung hatte und so zur „Werkbank“ der Welt wurde, dürften fürs erste vorbei sein. Schon jetzt kann man beobachten, dass China seine noch auf industrielle Massenfertigung ausgelegte Wirtschaft umbaut, da bald Arbeitskräfte (wegen des starken Geburtenrückgangs) fehlen werden. In den kommenden Jahrzehnten wird China vor allem im Binnenmarkt und in Dienstleistungssektoren wachsen. Die Bevölkerungsalterung in Europa und Japan, die schon bald mit einem Bevölkerungsrückgang verbunden sein dürfte, wird sich ebenfalls dämpfend auf die Weltwirtschaft auswirken. Es gibt unter den Ökonomen durchaus Stimmen, die eine demografisch-verursachte Stagnation für wahrscheinlich halten, sobald die Alterung in Europa und einigen asiatischen Industrieländern voll zuschlägt (Sharma 2016). Indien dürfte zwar wegen seiner relativ hohen Fertilität noch auf Jahre eine wachsende Erwerbsbevölkerung haben; dem Land fehlt aber die ökonomische Dynamik um die Weltwirtschaft voranzuteiben.
- Alterung, und zu erwartender Rückgang der Bevölkerung, werden in Europa und Japan aber nicht nur die Wirtschaft beeinträchtigen, sondern vor allem das inter-generationelle soziale Gefüge. Junge Menschen fühlen sich von den vorangegangenen Generationen zunehmend ausgebeutet, während Ältere oft vereinsamt dahinvegetieren. Noch werden rund zwei Drittel der knapp 2.3 Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland von ihren Angehörigen zuhause versorgt (Menge 2012). Bald aber dürfte sich das angesichts des fortdauernden

Geburtenrückganges ändern. Altersvernachlässigung und Altersarmut dürften besonders in Süd- und Osteuropa zu einem wachsenden Problem werden (Guerin 2013). Die Politiker in Deutschland beschäftigen sich zwar ausführlichst mit der Lage der älteren Generation – insbesondere mit Altersbildern, Rollenmodellen, und historisch-kulturellen Vergleichen – ohne jedoch die demografischen Ursachen der Situation ernsthaft zu diskutieren (Deutscher Bundestag 2010). Explizite Geburtenförderung als Mittel zur Verringerung der Bevölkerungsalterung ist in Deutschland, trotz politischen Lippenbekenntnissen, immer noch ein Tabu (Fuchs 2013).

- Trotz nominell exzellenter GDP Wachstumsraten im letzten Jahrzehnt ist es Afrika bis jetzt leider nicht gelungen seine fast 767 Millionen junger Menschen im Alter zwischen 15 und 34 Jahren wirtschaftlich wirklich produktiv zu machen. Wenn in afrikanischen Städten bis zu 50 % der jungen Leute arbeitslos sind, dann kann man nicht von einer hinreichenden wirtschaftlichen Entwicklung sprechen (Filmer 2014). Analysen aus den späten 1960er Jahren, die schon vor der wachsenden Arbeitslosigkeit in Afrikas Städten warnten, sind nach fast einem halben Jahrhundert immer noch aktuell (Frank 1968). Dabei hätte gerade Afrika gute demografische Bedingungen für Wirtschaftswachstum: Schon in 35 Jahren wird es rund 1.5 *Milliarden* Afrikaner im Alter zwischen 15 und 34 Jahren geben, die, bei guter Ausbildung, ein enormes Innovationspotential darstellen. Zudem wird der Kontinent noch nicht durch eine hohe Altenlast gebremst – die erst in einigen Jahrzehnten durchschlagen wird. Wenn in Afrika einmal in den 2060er und 2070er Jahren die gewaltige Zahl der heute lebenden Kinder ins Rentenalter kommen wird, dann wird auf diesen Kontinent eine Belastung hereinbrechen, die alles weit übersteigt was wir heute in Europa kennen.

8 Schlussfolgerung

Zusammenfassend kann man sagen, dass die globale demografische Entwicklung so gut wie *jeden* Aspekt des menschlichen Lebens auf unserem Planeten verändern wird – von der Umwelt und der nicht-menschlichen Biosphäre und der Atmosphäre, die uns umgibt und beschützt (Lewis/Maslin 2015), über die politisch-militärisch-wirtschaftliche Machtverteilung, bis hin zu den intimsten sozialen Beziehungen der Menschen. Und diese fundamentalen Veränderungen geschehen genau jetzt – in einer weltgeschichtlich extrem *kurzen* Zeitphase zwischen der Mitte des 20ten und dem Ende des 21ten Jahrhunderts – im Laufe von vielleicht vier oder fünf Generationen. Würde man diese globalen demografischen Veränderungen ignorieren und

notwendige gesellschaftliche Anpassungen unterlassen oder auch nur hinauszögern, könnte sich die soziale, wirtschaftliche und politische Lage der Welt im Laufe des 21ten Jahrhunderts drastisch verschlechtern. Andererseits, könnten wir auch das Leben von Milliarden Menschen (viele davon noch nicht einmal geboren) enorm verbessern, wenn wir die gerade ablaufenden demografischen Veränderungen als einen entscheidenden Faktor voll zur Kenntnis nehmen und uns auf die damit zu erwartenden Herausforderungen einstellen.

Ob es uns gefällt oder nicht, wir werden in einer stark urbanisierten, zum Teil alternden Welt mit vermutlich über 10 Milliarden Menschen leben müssen. Das bedeutet: wir werden in gigantischen Megalopolen leben, die vielleicht bis zu 130 Millionen Menschen umfassen und gewaltige Infrastrukturinvestitionen erfordern; wir werden für vermutlich 3 oder 4 Milliarden Menschen *zusätzlich* auf dem afrikanischen Kontinent Nahrung, Arbeit und ein menschenwürdiges Leben schaffen müssen; wir werden auch erreichen müssen, dass in Afrika endlich alle Menschen Zugang zu Bildung und Familienplanung bekommen, damit der Bevölkerungszuwachs nicht noch dramatischer ausfällt als dies ohnehin schon der Fall ist (Bongaarts 2016). Wir werden die explosiv anwachsenden Klimagase durch bessere Technologie und Lebensstiländerungen reduzieren müssen, damit unser Erdklima nicht kippt. Wir werden Agrar- und Industrieabwässer reduzieren und Müll vermeiden müssen um zu verhindern, dass unsere Meere zur Kloake werden. Wir werden uns auf eine neue globale Machtverteilung einstellen müssen.

Wir werden (zumindest in einer Übergangszeit) in Gesellschaften mit einem sehr hohen Anteil älterer und hochbetagter Menschen leben. Deshalb müssen Arbeits-, Sozial- und Gesundheitssysteme (weiter) angepasst werden. Gleichzeitig müssen wir in einigen Gesellschaften dafür sorgen, dass Familien besser unterstützt werden und Paare wieder ein tragfähiges Niveau der Fertilität realisieren können. Dies ist nicht nur notwendig um einen demografischen Kollaps dieser Populationen zu verhindern, sondern auch um vernünftige soziale, familiäre und generative Beziehungen zu ermöglichen und „Nachschub“ an jugendlicher Kreativität für die Wissenschaft und Wirtschaft zu produzieren. Gesellschaften, die von kinderlosen „Singles“ mittleren Alters und einsamen „Alten“ ohne jede Verwandtschaft dominiert werden, können nicht unser Ziel sein. Stellen wir uns endlich den globalen demografischen Herausforderungen!

Literatur

- Alkema L., A.E. Raftery, P. Gerland, S.J. Clark, et al. 2011. Probabilistic Projections of the Total Fertility Rate for All Countries. *Demography* 48. doi:10.1007/s13524-011-0040-5.
- Bhattacharya, Amar et al. 2015. *Driving Sustainable Development Through Better Infrastructure: Key Elements of A Transformation Program*. Brookings Institution.
- Biraben, Jean-Noël. 1979. Essai sur l'évolution du nombre des hommes. *Population* 34 (1): 13-25.
- Blaxter, Kenneth. 1986. *People, food and resources*. Cambridge, New York, Melbourne: Cambridge University Press.
- Bloomberg, Michael. 2015. City Century. Why Municipalities Are the Key to Fighting Climate Change. *Foreign Affairs* 94 (5): 116-124.
- Bongaarts, John. 2016. Development: Slow down population growth. *Nature* 530 (7591): 409-412.
- Chad D. Huff et al.: Mobile elements reveal small population size in the ancient ancestors of Homo sapiens. *Proceedings of the National Academy of Sciences*. doi:10.1073/pnas.0909000107.
- Chan, Kam Wing, Will Buckingham. 2008. Is China Abolishing the Hukou System? *The China Quarterly*. doi:10.1017/S0305741008000787.
- Chenal, Jérôme. 2016. *Capitalizing on Urbanization: The Importance of Planning, Infrastructure, and Finance for Africa's Growing Cities*. Foresight Africa Report Series. Washington D.C.: Brookings Institution.
- Choong, William. 2016. China's comfortable position in the Spratlys: chipping away at the US-led order. Australian Strategic Policy Institute. The Strategist. <http://www.aspistrategist.org.au/chinas-comfortable-position-in-the-spratlys-chipping-away-at-the-us-led-order/>. Zugegriffen: 29. März 2016.
- Clark, Colin W. 1977. *Population growth and land use*. 2nd ed. London: Macmillan.
- Cohen, Joel E. 1995. *How many people can the earth support?* New York, London: W.W. Norton.
- Commonwealth of Australia. 2014. *Water Recovery Strategy for the Murray-Darling Basin*. Canberra, Australian Government: Department of the Environment.
- Crutzen, Paul J., Mike Davis, Michael D. Mastrandrea, Stephen H. Schneider, et al. 2011. *Das Raumschiff Erde hat keinen Notausgang. Energie und Politik im Anthropozän*. Berlin: Suhrkamp.
- Deevey, Edward S. 1960. The Human Population. *Scientific American* 203 (9): 195-204.
- Deutscher Bundestag. 2010. *Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Altersbilder in der Gesellschaft und Stellungnahme der Bundesregierung*. Berlin: Drucksache 17/3815.
- Dobbs, Richard, Sven Smit, Jaana Remes, James Manyika et al. 2011. *Urban world: Mapping the economic power of cities*. McKinsey Global Institute. New York: McKinsey & Company.
- Durand, John. 1977. Historical estimates of world population: An evaluation. *Population and Development Review* 3 (3): 253-296.
- Ehlers, Eckart. 2008. *Das Anthropozän. Die Erde im Zeitalter des Menschen*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Felbab-Brown, Vanda. 2016. Safe in the City: Urban spaces are the new frontier for international security. Brookings Institution, Center for 21st Century Security and Intelligence. <http://www.brookings.edu/blogs/order-from-chaos/posts/2016/02/18-urban-spaces-in-international-security-felbabbrown>. Zugegriffen: 28. März 2016.

- Filmer, Deon, Louise Fox. 2014. Youth Employment in Sub-Saharan Africa. Agence Française de Développement and International Bank for Reconstruction and Development, The World Bank. Washington. doi:10.1596/978-1-4648-0107-5.
- Frank, C.R. 1968. Urban Unemployment and Economic Growth in Africa. *Oxford Economic Papers* 20 (2): 250-274.
- Fuchs, Stefan. 2013. Mehr Kinder durch weniger Familie? Die Politik der Defamilialisierung und die niedrige Fertilität in Deutschland. Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Philosophischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn. Bonn: University Press.
- Gerland, Patrick, Adrian E. Raftery, Hana Ševčíková, Nan Li, et al. 2014. World population stabilization unlikely this century. *Science*. doi: 10.1126/science.1257469.
- Green, Michael, Kathleen Hicks, Mark Cancian. 2016. *Asia-Pacific Rebalance 2025. Capabilities, Presence, and Partnerships. An Independent Review of U.S. Defense Strategy in the Asia Pacific*. Center for Strategic and International Studies (CSIS), Washington: Rowman & Littlefield.
- Guerin, Benoit. 2013. Demography and Inequality. How Europe's changing population will impact on income inequality. Research report prepared for the European Commission's Directorate-General for Employment, Social Affairs and Inclusion. http://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_reports/RR100/RR183/RAND_RR183.pdf. Zugriffen: 28. März 2016.
- Gutman, Jeffrey et. al. 2015. Financing African Infrastructure, Can the World Deliver? Brookings Institution. <http://www.brookings.edu/blogs/africa-in-focus/posts/2015/01/22-in-frastructure-foresight-africa-gutman>. Zugriffen: 28. März 2016.
- Heilig, Gerhard K. 1995. Neglected Dimensions of Global Land-use Change: Reflections and Data. *Population and Development Review* 20 (4): 831-859.
- Heilig, Gerhard K. 1996. Who is Changing the Land? Lifestyles, Population, and Global Land-use Change. In *Population Growth and Environmental Issues*, hrsg. Shridat Ramphal, Steven W. Sinding, 109-128. Westport, London: Praeger.
- Heilig, Gerhard K. 1997. Anthropogenic Factors in Land-use Change in China. *Population and Development Review* 23 (1): 139-168.
- Heilig, Gerhard K. 1997. Sustainable Development – Ten arguments against a biologicistic 'slow-down' philosophy of social and economic development. *The International Journal of Sustainable Development and World Ecology* 4 (1): 1-16.
- Huang, Yasheng. 2010. *Urbanization, Hukou System and Government Land Ownership: Effects on Rural Migrant Works and on Rural and Urban Hukou Residents*. MIT Sloan School of Management, Background Paper for the Global Development Outlook 2010 Shifting Wealth: Implications for Development. Paris: OECD.
- IPCC. 2014. *Climate Change 2014: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Geneva (Switzerland): IPCC.
- Kremer, Michael. 1993. Population growth and technological change: One million B.C. to 1990. *Quarterly Journal of Economics* 108 (3): 681-716.
- Lambin, Eric, Hans-Joachim Geist. 2006. *Land-Use and Land-Cover Change. Local processes and Global Impacts*. The IGBP Series, Berlin: Springer VS.
- Lee, Ronald. 2003. The Demographic Transition: Three Centuries of Fundamental Change. *Journal of Economic Perspectives* 17 (4): 167-190.

- Lewis, Simon L., Mark M. Maslin. 2015. Defining the Anthropocene. *Nature*. doi:10.1038/nature14258.
- Livi-Bacci, Massimo. 2012. *A concise history of world population*. 5th ed. United States: Wiley-Blackwell.
- Long, Hualou, Gerhard K Heilig, Xiubin Li, Ming Zhang. 2007. Socio-economic development and land-use change: analysis of rural housing land transition in the Transect of the Yangtze River, China. *Land Use Policy* 24: 141-153.
- Long, Hualou, Guoping Tang, Xiubin Li, Gerhard K. Heilig. 2007. Socio-economic driving forces of land-use change in Kunshan, the Yangtze River Delta economic area of China. *Journal of Environmental Management* 83: 351-364.
- Lutz, Wolfgang, Warren C. Sanderson, Sergei Scherbov. 2004. *The End of World Population Growth in the 21st Century: New Challenges for Human Capital Formation and Sustainable Development*. London: Earthscan.
- Masahisa, Fujita, Paul R. Krugman, Anthony J. Venables. 1999. *The Spatial Economy: Cities, Regions and International Trade*. Cambridge: MIT Press.
- McEvedy, Colin, Richard Jones. 1978. *Atlas of World Population History*. New York: Viking Penguin.
- Melander, Anders, Kristyna Pelikanova. 2013. Reform of the hukou system: a litmus test of the new leadership. ECFIN Economic Brief, Issue 26. http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/economic_briefs/2013/pdf/eb26_en.pdf. Zugriffen: 28. März 2016.
- Menge, Christina. 2012. Satt, aber vernachlässigt. <http://www.zeit.de/gesellschaft/2012-06/leserartikel-pflegeheim-liebloes-vernachlaessigt->. Zugriffen: 28. März 2016.
- Olivier, Jos G. J., Geert Janssens-Maenhout, Marilena Muntean, Jereon H. A. W. Peters. 2015. Trends in global CO2 emissions. 2015 report. http://edgar.jrc.ec.europa.eu/news_docs/jrc-2015-trends-in-global-co2-emissions-2015-report-98184.pdf. Zugriffen: 28. März 2016.
- Raftery, Adrian E., Nan Li, Hana Ševčíková, Patrick Gerland, Gerhard K. Heilig. 2012. Bayesian probabilistic population projections for all countries. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 109 (35): 13915-13921. doi: 10.1073/pnas.1211452109.
- Rankl, Helmut. 1999. *Landvolk und frühmoderner Staat in Bayern 1400–1800*. München: Kommission für Bayerische Landesgeschichte.
- Scovronick, Noah. 2015. Reducing Global Health Risks Through Migration of Short-Lived Climate Pollutants. Scoping Report For Policy-makers. New York: World Health Organization (WHO).
- Seddon, Alistair W. R., Marc Macias-Fauria, Peter R. Long et al. 2016. Sensitivity of global terrestrial ecosystems to climate variability. *Nature*. doi:10.1038/nature16986.
- Sharma, Ruchir. 2016. The Demographics of Stagnation. Why People Matter for Economic Growth. *Foreign Affairs* 95 (2): 18.
- Stern, Nicholas. 2016. Economics: Current climate models are grossly misleading. *Nature* 530 (7591): 407-409.
- Taylor, Paul. 2016. The demographic trends shaping American politics in 2016 and beyond. PEW Research Center, January 27. <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/01/27/the-demographic-trends-shaping-american-politics-in-2016-and-beyond/>. Zugriffen: 28. März 2016.
- Taylor, Paul. Pew Research Center. 2016. *The Next America: Boomers, Millennials, and the Looming Generational Showdown*. New York: Public Affairs.
- United Nations, Department of Economic and Social Affairs. 1992. *Long-range world population projections: Two centuries of population growth, 1950-2150*. New York: United Nations.

- United Nations, Department of Economic and Social Affairs. 1998. *Long-range World Population Projections. Based on the 1998 Revision*. New York: United Nations.
- United Nations, Department of Economic and Social Affairs. 2003. *Long-Range Population Projections. Proceedings of the United Nations Technical Working Group on Long-Range Population Projections*. New York: United Nations.
- United Nations, Department of Economic and Social Affairs. 2004. *World Population to 2300*. New York: United Nations.
- United Nations, Department of Economic and Social Affairs. 2008. *United Nations Expert Group Meeting on Population Distribution, Urbanization, Internal Migration and Development*. New York: United Nations.
- United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division. 2015. *World Population Prospects: The 2015 Revision, Key Findings and Advance Tables*. New York: United Nations.
- United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division. 2015. *World Population Prospects: The 2015 Revision, Methodology of the United Nations Population Estimates and Projections*. New York: United Nations.
- United Nations. 2016. *Protecting Humanity from Future Health Crises. Report of the High-level Panel on the Global Response to Health Crises*. New York: United Nations.
- Weller, Chris. 2015. China is building a megacity that will be larger than all of Japan. Business Insider. <http://www.businessinsider.com/china-megacity-in-beijing-will-be-larger-than-japan-2015-7?IR=T>. Zugegriffen: 28. März 2016.
- World Economic Forum. 2016. The New Plastics Economy. Rethinking the future of plastics. http://www3.weforum.org/docs/WEF_The_New_Plastics_Economy.pdf. Zugegriffen: 20. März 2016.
- Zhang, Lingguang, Simon X. B. Zhao. 1998. Re-examining China's "urban" concept and the level of urbanization. *China Quarterly* 154: 330-381.

Im Osten etwas Neues?

Harald Michel

Zusammenfassung

Entgegen einer oftmals suggerierten Trendumkehr laufen ausnahmslos alle demografischen Prozesse in Ostdeutschland auf den seit nunmehr 25 Jahren aufgezeigten Pfaden. Die größten Herausforderungen bei der Bewältigung des demografischen Wandels in Ostdeutschland, mit dem Kernpunkt der Gewährleistung der Daseinsvorsorge für einen großen Teil der Bewohner dieser Landesteile stehen somit noch bevor. Jahrzehntlang hat die Politik das Thema demografischer Wandel gemieden und sogar tabuisiert. Dies geht nach wie vor mit einer erschreckenden Unkenntnis grundlegender demografischer Zusammenhänge in weiten Teilen der Öffentlichkeit (Medien) einher. Dabei sind weder Deutschland noch Europa im Weltmaßstab mit dieser Problemlage einzigartig. In diesem Sinne werden die Erfahrungen, die vor allem ostdeutsche Regionen gegenwärtig bei der Bewältigung des demografischen Wandels Anpassungsstrategien sammeln zunehmend auch für das Ausland interessant.

Schlüsselwörter

Demografischer Wandel, Verödungsspirale, Geschlechterproportion, Remanenzkosten, demografische Dividende, Anpassungsstrategien, Subsidiarität

Einige Überlegungen zum Fortgang der demografischen Entwicklung in den Neuen Ländern und den sich daraus ergebenden politischen Handlungsnotwendigkeiten:

1 Problemlage

Entgegen einer oftmals suggerierten Trendumkehr laufen ausnahmslos alle demografischen Prozesse in Ostdeutschland auf den seit nunmehr 25 Jahren aufgezeigten Pfaden.

So kann von einem „weitgehenden Stopp der Abwanderung“, gar einer „Trendumkehr“ nicht die Rede sein. Die oberflächliche Betrachtung von gesunkenen Wanderungssalden zwischen Ost und West lässt zwei wesentliche Aspekte außer Acht: Die Binnenwanderung zwischen Ost- und Westdeutschland ist seit je her hoch selektiv bezüglich Alter und Geschlecht, aber auch anderer sozialer Merkmale (Bildung!). Die dem scheinbar geringen Netto-Verlust Ostdeutschlands von 2000 Personen im Jahre 2012 zugrunde liegende Bruttoabwanderung liegt immer noch bei weit über 100.000 Personen, die im wesentlichen den oben beschriebenen Merkmalen – jung, weiblich, gut ausgebildet- entspricht. Damit verstärken sich die demo-sozialen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sogar noch weiter, was im Übrigen unter den beschriebenen Voraussetzungen auch bei einem etwaigen positiven Wanderungssaldo der Fall sein würde! Die Freude über die gesunkenen Netto-Migrationssalden ist dazu noch aus einem anderen, trivialen Grund zumindest verwunderlich. Seit 2010 rücken die nach der Wende in Ostdeutschland geborenen Generationen ins wanderungsaktive Alter. Diese Altersjahrgänge sind aus bekannten Gründen (Geburteneinbruch) zahlenmäßig um bis zu 50 % kleiner als die davor lebenden Jahrgänge. In vielen Ostdeutschen Ländern ist also schlicht kaum jemand in den entsprechenden Altersgruppen vorhanden, der jetzt und in naher Zukunft abwandern könnte.

Auch der angebliche Aufwind für die Geburtenrate in Ostdeutschland erweist sich bei Lichte betrachtet als Chimäre. Bei der zum Beweis dieser Behauptung als Referenzgröße angeführten Kennziffer handelt es sich eine auf Periodenbasis berechnete Gesamtfruchtbarkeitsziffer, die als Spezifik eine große Anfälligkeit gegenüber Veränderungen im Muster der altersspezifischen Fertilität (Alter der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder) aufweist. So wie diese Kennziffer die Entwicklung nach der Wende in Ostdeutschland stark nach unten überzeichnete, in Wirklichkeit handelte es sich im Wesentlichen um einen Geburtenaufschub in dieser Generation (timing-Effekt), ist der gegenwärtige Anstieg einem Anpassungs- und Nachholpro-

zess geschuldet und kann somit von keiner Seite als Erfolg irgendwelcher Politiken in Beschlag genommen werden.

Der Alterungs- und Schrumpfungsprozess geht somit unvermindert weiter und wird im Vergleich zu den Westdeutschen Ländern an Intensität sogar noch zunehmen. Die Einwohnerzahl in Ostdeutschland wird in den nächsten 20 Jahren stärker schrumpfen als in den vergangenen 22 Jahren und der Prozess der Verschiebung der Altersstruktur (Aging) an Tempo zulegen, was zu einer weiteren Vergrößerung der demografischen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland führen wird. Dies bleibt natürlich nicht ohne Auswirkungen auf die Siedlungsstrukturen und deren Entwicklung in Ostdeutschland. Die ländlich geprägten Räume, die ca. vier Fünftel der Ostdeutschen Länder ausmachen unterliegen permanenten und weitreichenden demografischen Veränderungsprozessen, die insbesondere die Gewährleistung der Daseinsvorsorge in zunehmend mehr Gebieten in Frage stellen. Dieser Prozess wird noch zusätzlich durch die Binnenwanderung in Ostdeutschland selbst verstärkt, indem sich einige wenige städtische Zentren durch Zuzug aus dem ländlichen Raum, allerdings nur vorübergehend, stabilisieren können. Diese Prozesse einer „demografischen Kannibalisierung“ Ostdeutschlands befördern einerseits die beschleunigte Verödung weiterer Landstriche und sollten andererseits nicht noch durch unproduktive Konkurrenzprojekte von Kommunen und Regionen im Rahmen mancher sog. Demografiekonzepte und Initiativen im Wettbewerb um Einwohner verstärkt werden.

Die größten Herausforderungen bei der Bewältigung des demografischen Wandels in Ostdeutschland, mit dem Kernpunkt der Gewährleistung der Daseinsvorsorge für einen großen Teil der Bewohner dieser Landesteile stehen somit noch bevor und werden zunehmende Kosten verursachen, die allerdings nicht mehr historisch legitimiert als „Kosten der Einheit“ zu betrachten sind. Ein Verkleinern und Beschönigen der aus der demografischen Entwicklung erwachsenden Probleme gefährdet langfristig die Handlungsspielräume aller Betroffenen!

Allerdings ist hierbei auch vor Illusionen bezüglich des Einsatzes von (finanziellen) Ressourcen zu warnen: die Bewältigung von Schrumpfungsprozessen ist für Regionen und Kommunen „teurer“ als Wachstum (Remanenzkosten). Das aktuell sich verstärkende Auftauchen des Begriffes einer sog. „demografischen Dividende“ deutet darauf hin, dass sich eine zunehmende Anzahl von Beteiligten gern der angenehmen Vorstellung hingeben möchte über demografisch bedingt sinkende Kosten für die abnehmende Zahl der Kinder und Jugendlichen zusätzliche Mittel für andere Zwecke zur Verfügung zu haben. Diese törichte Auffassung hat vor 33 Jahren die Nestorin der demografischen Forschung in Deutschland, Hilde Wander vorausgeahnt und gleichzeitig entkräftet:

„Ein Geburtenrückgang des derzeitigen Ausmaßes erfordert also vermehrten Ausbildungsaufwand und höhere Kapitalinvestitionen, wenn der Ausfall an jugendlichen Nachwuchskräften später durch höhere Produktivität aufgewogen werden soll. Ihn als eine willkommene Chance für Einsparungen im Erziehungssektor zu nutzen, ist deshalb volkswirtschaftlich gefährlich.“ (Hilde Wander, 1978)

2 Wahrnehmungsdefizite und regionale Dimension

Diese demografischen Problemlagen in Ostdeutschland werden bisher in der Öffentlichkeit – und auch in den Regionen selbst – lediglich an einem besonders ausgeprägten Alterungs- und Schrumpfungsprozess festgemacht. Gleichwohl weisen diese Regionen seit Jahren auch eine unter Gendergesichtspunkten deutlich asymmetrische Entwicklung der Abwanderung auf, die insbesondere in den ländlichen Teilräumen der Kreise bis heute in den jüngeren Altersgruppen der Erwerbsbevölkerung zu einem ausgeprägten männlichen Übergewicht geführt hat. In Kombination mit den bereits bekannten wirtschaftlichen und sozialen Problemen stellt diese geschlechtsspezifische demografische Schieflage die Region schon heute, aber vor allem mittel- und langfristig vor große Herausforderungen.

Dabei ist das Bild differenziert: Während die Geschlechterproportionen der Städte in Ost- und Westdeutschland sich in etwa auf einem vergleichbaren Niveau befinden und in Universitätsstädten sogar ein Frauenüberschuss besteht, unterscheiden sich die ländlichen Regionen in Ost- und Westdeutschland im Hinblick auf das Defizit an Frauen gravierender denn je. Gerade in jüngeren Altersgruppen zeigt sich eine überproportionale weibliche Abwanderung aus ländlichen Regionen, während diese Geschlechterselektivität bei älteren Frauen und Männern in den meisten Regionen genau umgekehrt verläuft.

Von diesem zahlenmäßig großen Ungleichgewicht von Männern und Frauen jüngerer und teilweise schon mittlerer Jahrgänge einer Region sind insbesondere Landkreise im Norden Ostdeutschlands, aber auch in Thüringen und Sachsen/Anhalt betroffen. In einigen Landkreisen liegt der Männerüberschuss bei den 18 bis 25-Jährigen bei 20 %.

Die daraus folgende Problemlage ist enorm und gleichzeitig vielfältig. Die demografischen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen dieser Entwicklung gehen über die unmittelbaren Effekte der Abwanderung großer Teile einer jeweiligen Muttergeneration hinaus. Sie können auf mittlere und längere Sicht zurzeit noch gar nicht voll ermessen werden. Aktuell bereits sichtbare Problemzonen reichen von den Folgen der Bildungsselektivität weiblicher Abwanderung über

einen völlig unausgewogenen „Heiratsmarkt“, den genannten Problemen der Versorgung der älteren Angehörigen (so wird die Zahl der potenziellen Pfleger in den Familien in Ostdeutschland selbst bei konservativen Berechnungen bis 2035 um mindestens 25 % abnehmen und dies bei absolut und relativ ansteigender Zahl der Pflegebedürftigen) bis hin zu problembehafteten sozialen Ausdifferenzierungen entlang der Geschlechterlinien und vor allem der regionalen Dominanz bzw. Toleranz gegenüber männlich konnotierten devianten Verhaltensweisen, die in der Außensicht auf die Region nachhaltig imageschädigend wirken können. In einer Situation, in der überdies nicht nur die Zahl der Schulabgänger seit Mitte der 90er kontinuierlich zurückgeht, sondern sich Prognosen zufolge weiterhin dramatisch verringern wird, ergibt das in der Summe eine außerordentlich schwierige demografische Ausgangssituation.

3 Politik

Der demografische Wandel ist in vollem Gange und durch politische Einflussnahme bestenfalls abzumildern, aber nicht mehr aufzuhalten! In 45 Jahren werden deutlich weniger Menschen in Deutschland leben als heute. Bei schwächerer Zuwanderung sinkt die Einwohnerzahl von jetzt 80,8 Millionen auf 67,6 Millionen. Selbst bei starkem Zuzug sinkt sie noch auf 73 Millionen, also um fast 10 %. Dass die deutsche Bevölkerung schrumpft ist im Kern nicht das Problem. Viel brisanter ist die Veränderung der Altersstruktur. Entgegen aktuell gerade wieder auftauchenden Vorstellungen, ist diese in ihren Grundprozessen nicht durch Zuwanderung aufzuhalten, denn wir bräuchten allein in den kommenden 35 Jahren ca. 188 Millionen Zuwanderer (Netto), um die jetzige Altersstruktur bei einer Bevölkerung von dann annähernd 300 Millionen Einwohnern, beizubehalten. Das ist in etwa der fünffache Wert der im Jahre 2015 realisierten Zuwanderung (d. h. ca. 5 Mill. pro Jahr). Da diese in Zukunft nicht mehr in Größenordnungen aus den ebenfalls schrumpfenden Nachbarländern in Europa kommen könnte, müssen bedingungslose Zuwanderungsbefürworter dann ehrlicherwise auch sagen, dass mit diesem Szenario eine grundlegende Umwandlung unserer Gesellschaft verbunden sein würde.

Gleichzeitig werden sich die demografischen Unterschiede innerhalb Deutschlands durch Wanderungsprozesse und Eigendynamik weiter vergrößern. Insbesondere die neuen Bundesländer gehören in zunehmendem Maße zu den Verlierern dieser sich selbstverstärkenden Entwicklung (demo-ökonomische Abwärtsspirale). Jahrzehntlang hat die Politik das Thema demografischer Wandel gemieden und sogar tabuisiert. Im Interesse des Machterhalts scheuen alle Parteien vor diesem

unangenehmen „Verliererthema“ zurück. Im Zuge des Wandels in der öffentlichen Wahrnehmung, die demografischen Probleme gerieten ab dem Ende der 90-er Jahre, nicht zuletzt durch die Entwicklungen in den neuen Bundesländern in verstärktem Maße in das Blickfeld der Öffentlichkeit, hat sich ein Wandel vollzogen. Allerdings nicht nur zu mehr Realitätssinn. Viele der nun zahllosen Aktivitäten (Foren, Strategien, Plattformen usw.) sind nach wie vor oft weit von der Anerkennung der realen Entwicklung entfernt, wie z. B. die wundersame Verwandlung der demografiebedingten Probleme in „Chancen“ und „Vorteile des demografischen Wandels“ in vielen diesbezüglichen Konzepten und Strategiepapieren belegt. Dies geht nach wie vor mit einer erschreckenden Unkenntnis grundlegender demografischer Zusammenhänge in weiten Teilen der Öffentlichkeit (Medien) einher. Einige Autoren sprechen in diesem Zusammenhang sogar von einer „demografischen Gegenauflärung“.

4 Blick ins Ausland

Dabei sind weder Deutschland noch Europa im Weltmaßstab mit dieser Problemlage einzigartig, wie ein Blick zum noch bevölkerungsreichsten Land der Erde zeigt. Aus Europäischer Sicht wird China zunächst immer nur mit den gewaltigen Zahlen seiner Bevölkerung in Verbindung gebracht. Abgesehen davon, dass sich durch die seit 1979/80 gewaltsam durchgesetzte Ein-Kind-Politik dieses Wachstum seinem Höhepunkt zubewegt und die Bevölkerung Chinas etwa 2050 bei ca. 1,5 Mrd. ihren Gipfelpunkt überschreiten wird, geraten jetzt erwartungsgemäß die Probleme des demografischen Wandels, der mit dem Unterschreiten der Grenze der einfachen Reproduktion der Bevölkerung im Zeitraum zwischen 1985 und 1990 zwangsläufig eingeleitet wurde, zunehmend in den Fokus der Aufmerksamkeit. Neben dem Problemkomplex der Veränderung der Altersstruktur (Aging) sind dies vor allem die sich aus einer explosionsartigen Land-Stadt-Wanderung ergebenden Folgen für die Stadt- und Regionalentwicklung in China. So stieg der Anteil der Stadtbevölkerung allein in den letzten 10 Jahren von ca. 40 % auf annähernd 55 % im Jahre 2014. Neben den vielfältigen Problemen der schnell wachsenden städtischen Agglomerationen geraten nun auch in zunehmendem Maße die kulminierenden Probleme der ländlichen Quellgebiete der Urbanisierung mit ihrem eigentümlichen Problemmix (z. B. Geschlechterdisproportionen durch die Folgen der Bevölkerungspolitik) ins Visier der Chinesischen Politik. Gerade auf diesem Gebiet ist die Entwicklung in Deutschland schon sehr viel weiter fortgeschritten und kann in vielen Aspekten sowohl die Problemfelder aufzeigen, als auch Lösungsversuche andeuten.

Nicht zuletzt aus diesen Gründen stattete eine hochrangige Delegation *von Wissenschaftlern der Hochschule des Zentralkomitees der KP Chinas im Mai 2015 dem IFAD Berlin einen Arbeitsbesuch ab*. Die Kollegen aus China sind auf unsere Arbeiten zu den sich aus dem demografischen Wandel ergebenden Folgen insbesondere auf dem Gebiet der regionalen Disparitäten aufmerksam geworden. Seit 1992 beobachten wir am Institut die Prozesse der Diversifizierung der räumlichen Entwicklung zunächst in Deutschland mit dem Fokus der Ost- West Entwicklung (in diesem Rahmen haben wir u. a. schon 1994 auf die Möglichkeit von „Verödungsspiralen“ in den ländlichen Regionen hingewiesen) und seit etwa 10 Jahren auch im europäischen Rahmen. Insbesondere unser EU DART-Projekt (Declining, Ageing and Regional Transformation), in dem wir im Auftrag der Staatskanzleien Sachsen und Brandenburg in Zusammenarbeit mit 13 europäischen Regionen demografie- und wirtschaftsrelevante Indikatoren und Standards erarbeiteten, die in diesen problembelasteten Regionen die Prozesse des demografischen Wandels abbilden und als Instrumente zur politischen Einflussnahme zur Bewältigung der damit verbundenen Probleme dienen, haben die Aufmerksamkeit der Chinesischen Gäste gefunden .

Die aktuellen und künftigen demografischen Entwicklungen sind in Deutschland und zunehmend auch in China in besonderem Maße regionale und lokale Veränderungen. Deshalb ist auch für die Lösung dieser Probleme eher ein regional-lokaler Ansatz, bei Sicherung staatlicher Rahmenbedingungen zielführend.

Inhaltlich sollten in diesen Strategien der Wettbewerb unter den Kommunen und Regionen um die besten Lösungen im Anpassungsprozess an den demografischen Wandel, die Stärkung von Autonomie und Deregulierung sowie die Förderung einer Ressort- und Verwaltungseinheiten übergreifenden Kooperation verankert werden. Es bedeutet Subsidiarität im besten Wortsinne, wenn die Menschen vor Ort eigene Akzente für die Lösung ihrer Probleme entwickeln.

Auch in China wird den dort Verantwortlichen immer deutlicher, dass die Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels nicht (nur) durch zentralistische Steuerung erfolgen kann. Die Komplexität der demografischen Veränderungen erfordert vielmehr umfassende und intelligente Anpassungsstrategien, die alle Handlungsfelder angemessen berücksichtigen. Regionale Betrachtung wird immer bedeutsamer. In diesem Sinne werden die Erfahrungen, die vor allem ostdeutsche Regionen gegenwärtig bei der Bewältigung des demografischen Wandels durch regionale und kommunale Anpassungsstrategien sammeln zunehmend auch für China interessant.

Bevölkerungsprojektionen ethnischer Gruppen in Großbritannien und Nordirland

Die räumliche Ausbreitung ethnischer Diversität

Pia Wohland, Phil Rees, Paul Norman, Nik Lomax und Stephen Clark

Zusammenfassung

Viele Industrieländer haben in den letzten Jahrzehnten erhebliche Zuströme ausländischer Einwanderer erlebt. Viele dieser Einwanderer haben sich niedergelassen, haben Familienmitglieder nachgeholt oder Einheimische geheiratet und sich so in die Aufnahmegesellschaft integriert. Dies führte zur Entwicklung einer ethnisch diversen Gesellschaft. Volkszählungen geben uns nur einen Rückblick auf diese Prozesse. Für eine Sicht nach vorn braucht man Bevölkerungsprojektionen, die auch die ethnische Zugehörigkeit der Bevölkerung berücksichtigen. In diesem Kapitel wird erläutert, wie solche Projektionen für das Vereinigte Königreich erstellt wurden. Die Projektionen zeigen, dass die Bevölkerung des Vereinigten Königreiches nicht nur deutlich wachsen wird und zwar von 59 Millionen in 2001 auf 81.5 Millionen in 2061, sondern dass ethnische Minderheitengruppen ihren Bevölkerungsanteil von 8 % auf 30 % in diesem Zeitraum erhöhen werden. Städte und Ballungsgebiete erfahren zwar die größte Vielfalt an ethnischen Gruppen, das größte Wachstum ethnische Minderheiten findet jedoch außerhalb dieser Zentren statt. Die Gesellschaft des Vereinigten Königreichs wird durch diese Entwicklung zwar herausgefordert, aber wir glauben, dass sie diesen Übergang gut verkraftet.

Schlüsselwörter

Bevölkerungsprojektionen, Ethnizität, ethnische Bevölkerungsprojektionen, Komponentenabschätzung, Lokale Projektionen, Bevölkerungsdiversität, Multiethnizität

Die ethnische Diversität im Vereinigten Königreich (UK) verändert sich fortlaufend. Während sich 1991 nur 7 % der Bevölkerung in England mit einer nicht-weißen Herkunft identifiziert haben, hat sich dieser Anteil in 20 Jahren verdoppelt und betrug 2011 14 %. Der Anteil der englischen Bevölkerung, die sich als nicht-weiß-britisch identifiziert, betrug 2011 sogar 20 % (Jivraj 2012).

Wie wird sich die Zusammensetzung der Bevölkerung im Vereinigten Königreich in der Zukunft verändern und wie wird sich die Diversifizierung der Bevölkerung räumlich entwickeln? Um diesen Fragen nachzugehen haben wir ein Model zur Bevölkerungsvorausschätzung entwickelt, das es uns erlaubt, ethnische Gruppen auf subnationaler Ebene für das ganze Vereinigte Königreich zu projizieren.

Dieses Kapitel beschreibt die Methodik und diskutiert Ergebnisse dieses ethnischen Bevölkerungsmodells für die Verwaltungsgebiete („local areas“) des Vereinigten Königreichs.

1 Ethnische Gruppen im Vereinigten Königreich

Die ethnische Klassifizierung im Vereinigten Königreich erfolgt via Selbstidentifizierung. Überall dort, wo die ethnische Identität einer Person erfragt wird, wird diese durch Selbstidentifizierung festgelegt. Üblicherweise wird eine bestimmte Anzahl von Klassifizierungen zur Verfügung gestellt. So auch im Zensus, der alle 10 Jahre stattfindet und der die Basis für diese Bevölkerungsprojektion liefert. Sollte sich eine Person hier jedoch keiner der aufgelisteten Zensusgruppen zugehörig fühlen, so kann auch eine eigene Antwort niedergeschrieben werden. Für die Datenaufarbeitung werden diese Selbstbenennungen in die gegebene Kategorien eingerechnet. Länder, die Daten über die ethnische Herkunft von Personen erheben, haben gemeinsam, dass die erhobenen Klassifizierungen selbstgewählt sind und keine auferlegten Definitionen sind.

2 Wieso wollen wir die ethnische Komposition der Bevölkerung voraussagen?

Im Vereinigten Königreich ist es mittlerweile Standard, im Alltagsleben nach der ethnischen Zugehörigkeit einer Person zu fragen. Dies geschieht zum Beispiel im Gesundheitswesen, bei der Stellenbewerbung, in der Schule. Ethnische Details werden auch bei der Polizei festgehalten.

Wieso ist dies wichtig? Ethnische Gruppen haben etwa unterschiedliche Risiken für manche Krankheiten. Zum Beispiel haben einige ethnische Gruppen ein erhöhtes Risiko zur Sichelzellenanämie, die höchste Prävalenz wird im Vereinigten Königreich bei Personen schwarzafrikanischer und afrokaribischer Herkunft beobachtet (Public Health England 2016). Personen mit südostasiatischem Hintergrund in England haben eine größere Tendenz zu Typ-2-Diabetes als andere ethnische Gruppen (Wallia et al. 2014). Das heißt, ethnische Informationen sind wichtig für die Person, über die sie erhoben wird, damit eine gute Krankenverpflegung gesichert ist. Genauso wichtig ist es zu wissen, wie viele Personen man in Zukunft erwarten könnte, damit die entsprechende Pflege und Versorgung auch in Zukunft zur Verfügung gestellt werden kann. Mit Blick auf dem Stellenmarkt werden ethnische Daten erhoben, um zu sehen, ob sich entweder Angehörige aller Gruppen bewerben oder ob Gruppen bei der Einstellung benachteiligt werden. Die zukünftige Zusammensetzung der Bevölkerung ist aber weiter auch wichtig, damit zum Beispiel die Zusammensetzung der Polizei in Zukunft die der Bevölkerung widerspiegelt (Walker, Franklin and Bengtsson 2015). Letztendlich sind ethnische Informationen essenziell, um sowohl heute also auch in der Zukunft eine Gesellschaft zu unterstützen, die sich gut und gerecht um ihre Mitbürger kümmern kann.

Benutzer von ethnischen Bevölkerungsprojektionen im Vereinigten Königreich sind unter anderem vor allem Kommunen und Verwaltungsbezirke, Akademiker und Wohlfahrtsverbände, aber auch Einrichtungen wie das britische Ministerium für Arbeit und Renten, das britische Innenministerium oder Abteilungen des staatlichen Gesundheitswesens (Wohland et al. 2016)

3 Das Kohorten-Komponenten Model

Um die ethnischen Gruppen in die Zukunft zu projizieren, wenden wir die Kohorten-Komponenten-Methode an. Das ethnisch spezifische Model (ETHPOP-Model) berücksichtigt unter anderem die ethnisch spezifischen Komponenten, das heißt ethnisch spezifische Fertilität, Sterblichkeit und Migration. Da diese Daten aber entweder überhaupt nicht mit ethnischen Details erfasst werden oder aber nicht detailliert genug für unsere Projektionen, schätzten wir jede der Komponenten individuell mit dafür speziell gefertigten Methoden ab. In den nächsten Absätzen zeigen wir, wie wir die jeweilige Komponentenschätzung vornehmen und wie sich die einzelnen Komponenten unter dem Gesichtspunkt Ethnizität unterscheiden.

Das ETHPOP-Model unterscheidet zwischen 12 ethnischen Gruppen, die in Tabelle 1 aufgelistet sind. Der Zensus wird im Vereinigten Königreich von den

jeweiligen Statistischen Ämtern der einzelnen Unionsstaaten durchgeführt. Der Zensus in England und Wales unterschied 2011 zwischen 18 ethnischen Gruppen, der schottischen Zensus zwischen 19, die aber nicht identisch mit denen in England und Wales sind. Der Zensus in Nordirland unterschied wiederum zwischen nur 12 Gruppen. Da das ETHPOP-Model letztendlich die Bevölkerung in allen Verwaltungsgebieten des Vereinigten Königreichs projizieren wird, ist die ethnische Gruppierung darauf ausgelegt, den besten gemeinsame Nenner zu finden.

Tab. 1 Die ethnischen Klassifizierungen die das ETHPOP-Model verwendet

NewETHPOP Klassifikation	Englischer Kurzform	Abkürzung NewETHPOP Klassifikation	Deutsche Version	Zusammengefasste Gruppen	BAME Klassifikation
White: British, Irish, Gypsy, Irish Traveller	White British	WBI	weiß britischer Herkunft	White	White
White: Other White	Other White	WHO	anderer weißer Herkunft		
Mixed/Multiple Ethnic Groups	Mixed	MIX	gemischte Herkunft	Mixed	BAME
Asian/Asian British: Indian	Indian	IND	indischer Herkunft	Asian	
Asian/Asian British: Pakistani	Pakistani	PAK	pakistanischer Herkunft		
Asian/Asian British: Bangladeshi	Bangladeshi	BAN	bangladeschischer Herkunft		
Asian/Asian British: Chinese	Chinese	CHI	chinesischer Herkunft		
Asian/Asian British: Other Asian	Other Asian	OAS	übrige asiatischer Herkunft		
Black/Black British: African	African	BLA	schwarzafrikanischer Herkunft	Black	
Black/Black British: Caribbean	Caribbean	BLC	afrokaribischer Herkunft		
Black/Black British: Other Black	Other Black	OBL	anderer schwarzer Herkunft		
Other Ethnic Group	Other Ethnic Group	OTH	Andere ethnische Zugehörigkeit	Other	

Quelle: Eigene Darstellung, Englische Langform angelehnt an den Zensus 2011

4 Abschätzungen der Komponenten

Das ETHPOP-Model nimmt an, dass jede Komponente eine ethnisch spezifische Ausprägung hat. Das heißt, die Annahme ist, dass sich ethnische Gruppen in Sterblichkeit, Fertilität und Migrationsverhalten unterscheiden. Studien, die sich auf bestimmte Aspekte oder spezielle Gruppen konzentrieren, unterstützen diese Annahmen (siehe Absätze 4.1 und 4.2). Anders als zum Beispiel in den USA oder in Neuseeland werden im Vereinigten Königreich Daten der Komponenten oft nicht bei Ethnizität oder nicht in den geografischen Details, wie sie von uns benötigt werden, erhoben. Daher werden diese fehlende Details für die Projektionen zum größten Teil abgeschätzt. Um die Komponenten in dem gewünschten Detail abzuschätzen, die für das ETHPOP-Model benötigt werden, kombinieren wir Daten verschiedenster Quellen. In den nächsten Abschnitten wird beschrieben, wie die Komponentenschätzung erfolgt bzw. generiert wird, und wie die Unterschiede, die für jede Komponente zwischen ethnischen Gruppen beobachtet werden, erfasst werden. Damit wird auch verdeutlicht, wie wichtig es ist, ethnische spezifische Komponenten zu berücksichtigen.

4.1 Fertilitätsraten ethnischer Gruppen

Für ein Kohorten-Komponenten-Model werden altersspezifische Fertilitätsraten (ASFRs) benötigt. Für das ETHPOP-Model wird diese Information auch für ethnische Gruppen benötigt und zwar auch auf der geografischen Ebene, für die das Model die Bevölkerung projiziert. Anders als zum Beispiel in den USA, wo die Rasse bzw. die ethnische Herkunft auf der Geburtsurkunde festgehalten wird, wird Ethnizität nicht auf der britischen Geburtsurkunde registriert. Um nun die altersspezifischen Fertilitätsraten für ethnische Gruppen im subnationalen Raum abzuschätzen, triangulieren wir Informationen verschiedener Datensätze. Jeder einzelne Datensatz liefert einen Baustein für die Abschätzung: 1.) die Volkszählung, 2.) die englische Erhebungsstudie, 3.) der Mikrozensus und 4.) die amtliche Bevölkerungsstatistik. Jede dieser Datenquellen liefert ein anderes notwendiges Detail für die Berechnung der ethnischen Fertilitätsraten. Die englische Erhebungsstudie erlaubt, altersspezifische Fertilitätsraten auf nationaler Ebene für einige ethnische Gruppen zu berechnen, vom Zensus können Gesamtfertilitätsraten (TFRs) für jede ethnische Gruppe und Verwaltungseinheit unter der Annahme der Kinder-Frauen-Proportion abgeschätzt werden. Von der Bevölkerungsstatistik lassen sich ASFRs für alle Verwaltungsgebiete berechnen. Im letzten Schritt kombinieren wir diese Angaben, um damit die ASFR bei ethnischer Gruppe für jedes

Verwaltungsgebiet zu berechnen. Eine genaue Beschreibung der Methode haben Norman, Rees and Wohland (2014) publiziert.

Abbildung 1 zeigt wie sich die TFRs als auch die ASFRs zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen voneinander unterscheiden. Zum Beispiel haben Frauen bangladeschischer Herkunft die höchste TFR (3.46) gefolgt von Frauen pakistanischer Herkunft (3.19). Insgesamt haben 5 der 12 ethnischen Gruppen eine Geburtenziffer, die über dem Reproduktionsniveau (~ 2.07) liegt. Neben den beiden schon genannten Gruppen sind dies Frauen schwarzafrikanischer Herkunft (BLA), indischer Herkunft (IND) und auch knapp (2.08) Frauen anderer asiatischer Herkunft (OAS). Auf der anderen Seite sehen wir die niedrigste Gesamtfertilitätsrate bei Frauen chinesischer (CHI) und anderer schwarzer Herkunft (OBL). Neben den Unterschieden in der Periodenfertilität sehen wir auch ausgeprägte Unterschiede in der Struktur der ASFR. So fällt vor allem das jüngere Gebäralter von Frauen mit bangladeschischer, pakistanischer und schwarzafrikanischer Herkunft auf. Die restlichen Gruppen zeigen eine eher ältere Struktur in den altersspezifischen Fertilitätsraten.

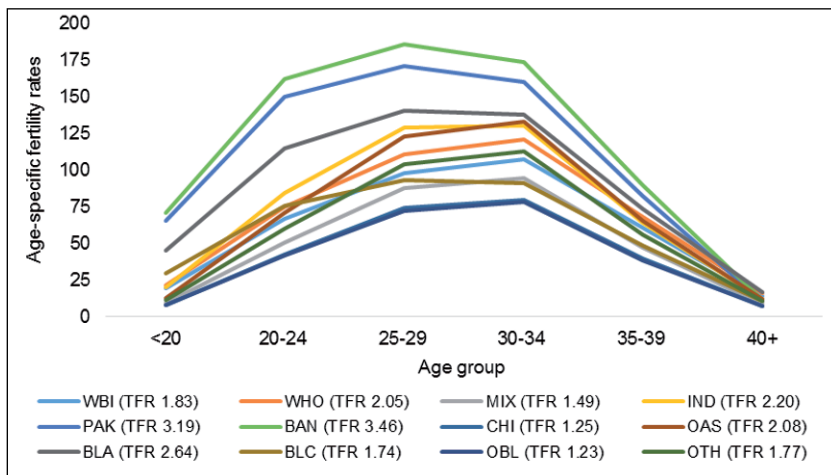


Abb. 1 Altersspezifische Fertilitätsraten (Geburten pro 1000 Frauen) und TFRs 12 ethnischer Gruppen in 2011 auf nationaler Ebene

Quelle: (Norman 2015)

Anmerkung: Für Abkürzungen siehe Tabelle 1

4.2 Sterblichkeitsraten ethnischer Gruppen

In Ländern, die direkt Daten über die Sterblichkeit nach Rasse oder ethnischer Herkunft sammeln, lässt sich belegen, dass es substantielle Unterschiede in den Mortalitätsraten zwischen Bevölkerungsgruppen gibt. In den USA zum Beispiel wird regelmäßig zwischen 5 Gruppen unterschieden. Die Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt unterscheidet sich 2009 zwischen diesen Gruppen bis zu 12 Jahren. Die geringste Lebenserwartung von gerade 74,6 Jahren haben Afroamerikaner, die höchste liegt bei Amerikanern mit asiatischer Hintergrund und zwar bei 82,8 Jahren (Kaiser Family Foundation 2016). Weitere Länder, die Daten über die Sterblichkeit ethnischer Gruppen sammeln, sind Australien, Neuseeland (Phillips et al. 2014) oder auch Malaysia (Nagaraj et al. 2008).

Genauso wenig wie bei der Geburtsurkunde wird Ethnizität im Vereinigten Königreich auf der Sterbeurkunde verzeichnet. Nur Schottland führte diese Erfassung im Jahre 2013 ein (Christie 2012). Da die Daten aber nur freiwillig angegeben werden, sind auch diese schottischen Daten nicht vollständig und zu lückenhaft, um im Moment verlässliche Sterbetafeln zu produzieren.

Auf der Sterbeurkunde ist jedoch das Geburtsland einer Person festgehalten. Aufgrund dieser Angaben könnte man zumindest Sterberaten für Migranten der ersten Generation berechnen (Wild and McKeigue 1997). Da wir aber wissen, dass ein großer Teil der ethnischen Minderheitsbevölkerung Personen zweiter, dritter oder späteren Generationen sind (nur etwa 8 % der Bevölkerung im Vereinigten Königreich waren 2011 im Ausland geboren), sind diese Daten nicht hilfreich, um Sterblichkeitsraten bei Ethnizität zu berechnen. Dazu kommt, dass durch die Unabhängigkeit Indiens im Jahr 1947 auch Personen, die sich als „White British“ bezeichnen würden, in Indien geboren sind, nun aber im Vereinigten Königreich leben.

Um Sterblichkeitsraten ethnischer Gruppen in dem Detail, wie wir es benötigen, abschätzen zu können, haben wir zwei Methoden entwickelt. In der ersten Methode wird der Zusammenhang zwischen selbst eingeschätzter Gesundheit und Sterblichkeit verwendet (Rees, Wohland and Norman 2009, Rees and Wohland 2008).

Um Sterblichkeitsraten für das ETHPOP Model abzuschätzen, kombinieren wir Daten des Zensus 2011 mit Daten der amtlichen Bevölkerungsstatistik. Und zwar benutzen wir die Verteilung der ethnischen Bevölkerung, die im Zensus erhoben wird, in Verbindung mit Sterbedaten – wir nennen dies die geografische Verteilungsmethode.

Vereinfacht ausgedrückt, wenn wir annehmen würden, dass 20 % einer ethnischen Gruppe in Stadt A wohnen und die restlichen 80 % der gleichen Gruppe in Stadt B, dann würde die nationale Sterblichkeit dieser Gruppe aus der Summe von 20 % der Gesamtsterblichkeitsrate der Stadt A und 80 % der Gesamtsterblichkeitsrate der

Stadt B bestehen. Eine detaillierte Beschreibung der Methode findet sich in (Rees et al. 2009, Rees and Wohland 2008).

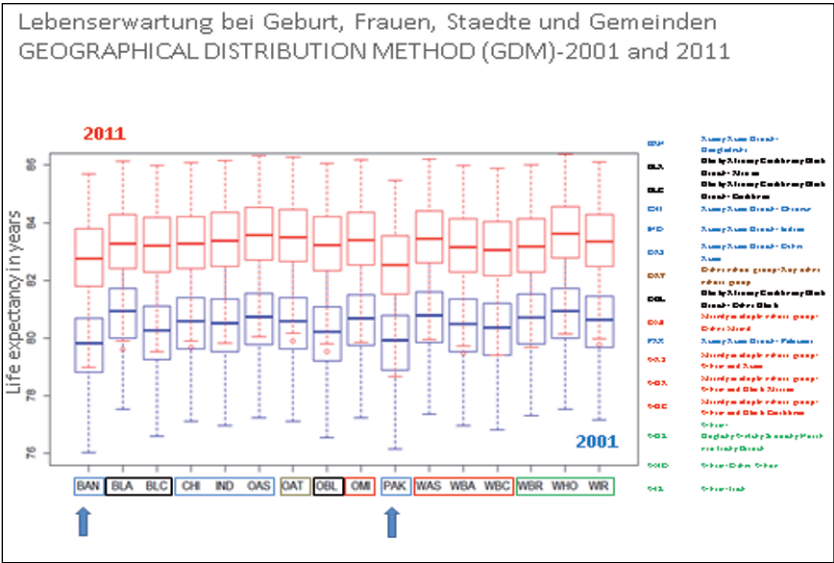


Abb. 2 Lebenserwartung bei Geburt ethnischer Gruppen, hier Frauen in England und Wales in 2001 und 2011. Lebenserwartungen wurden berechnet von Sterblichkeitsraten die von der geografischen Verteilung der Gruppen abgeschätzt wurden.

Quelle: Wohland und Rees 2015
Anmerkung: Für Abkürzungen siehe Tabelle 1

Abbildung 2 zeigt die Lebenserwartung bei Geburt – berechnet mit der geografischen Verteilungsmethode – für Frauen der 12 ethnischen Gruppen in 2001 (blau) und 2011 (rot) als Box Plots; die Verteilung der Lebenderwartungen ist über alle Verwaltungsgebiete dargestellt. Die Lebenserwartung bei Geburt ist für alle Gruppen zwischen 2001 und 2011 gestiegen. Gleichzeitig sehen wir zu beiden Zeitpunkten eine große geografische Variabilität der Lebenserwartung in jeder ethnischen Gruppe. Die Verbesserung der Lebenserwartung ist jedoch nicht gleich in jeder Gruppe, so ist die Verbesserung für Frauen bangladeschischer Herkunft höher als die pakistanischer Frauen. Die generell niedrige Lebenserwartung der

pakistanischen und bangladeschischen Frauen ist eng mit dem geringen ökonomischen Status beider Gruppen verknüpft. Da die bangladeschische Bevölkerung jedoch eher in London konzentriert ist, hatte diese Gruppe bessere Chancen sich über das Jahrzehnt in Bezug auf Bildung und Beruf zu verbessern im Vergleich zu der eher in den de-industrialisierten Städten des Nordens angesiedelten pakistanischen Bevölkerungsgruppe.

4.3 Migration

Für Bevölkerungsprojektionen auf subnationaler Ebene benötigen wir ebenfalls Informationen und Annahmen über zwei Migrationsströme: die internationale Migration, das heißt die Migration, die grenzüberschreitend geschieht, und die Binnenwanderung – d. h. Migration zwischen Gebieten in einem Land.

Im Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland und zu vielen anderen Staaten gibt es im Vereinigten Königreich kein Bevölkerungsregister. Daher können Migrationsdaten für die Gesamtbevölkerung und die für ethnische Gruppen nur aus einer Kombination verschiedener Datenquellen abgeschätzt werden.

4.3.1 Binnenwanderungsraten ethnischer Gruppen

Informationen über das Binnenwanderungsverhalten ethnischer Gruppen gibt zum einen der alle zehn Jahre stattfindende Zensus. Hier wird neben der ethnischen Zugehörigkeit auch erhoben, wo unter anderem eine Person im Jahr vor dem Zensus gewohnt hat. Migrationsdaten für die Gesamtbevölkerung gibt zum anderen auch das Register des staatlichen Gesundheitssystems (National Health Service – NHS), da ein großer Anteil der Bevölkerung dort gemeldet ist und die meisten Personen ihrer Hausarztpraxis eine Anschriftenänderung mitteilen.

Für das hier beschriebene ETHPOP Model wurden neueste Abschätzungen der Binnenwanderung bei ethnischer Zugehörigkeit mit Daten des Zensus 2011 angefertigt (Lomax 2015, Lomax and Rees 2015). Diese Wanderungsdaten zeigen, dass sich ethnische Minderheiten von den Gebieten mit der höchsten Konzentration ihrer eigenen Gruppe wegbewegen und gleichzeitig dem Wanderungsstrom der weiß-britischen und irischen Gruppe (WBI) weg von Ballungsräumen folgen. Abbildung 3 zeigt die Unterschiede zwischen den ethnischen Gruppen und ihren Anteil an Binnenmigrationsströmen bei einer einfachen Klassifizierung von Verwaltungsgebieten in Ballungsräume/Metropolen (Metro) und nicht-Metropolen (Non-Metro). Für alle ethnischen Minderheitengruppen ist der Anteil der Strömungen innerhalb Metropolregionen viel größer (37 % bis 54 %) als für die WBI Gruppe (23 %). Die Anteile der Ströme von ethnischen Minderheiten,

zwischen Metropolen und nicht-Metropolen (40 % bis 49 %) sind sehr ähnlich zu denen der WBI (50 %). In Gruppen in denen deren Bilanz negativ ausfällt (zum Beispiel die chinesische Gruppe, siehe Abbildung 4), ist die Migration in der Altersgruppe 16-24 Jahre konzentriert, hier ziehen Jugendliche aus nicht-Metropolen für bessere Bildungsmöglichkeiten in Ballungsräume. Ströme zwischen Nicht-Ballungsräumen sind am prominentesten für die WBI Gruppe. Eine weitere Analyse der Binnenwanderung zeigt, dass ethnische Minderheiten sich immer weiter räumlich ausbreiten, jedoch noch nicht ganz so weit wie die WBI Mehrheit.

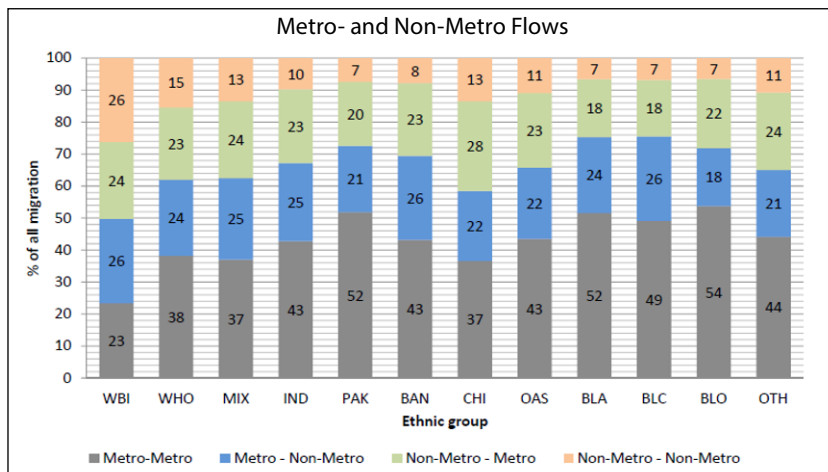


Abb. 3 Binnenwanderung ethnischer Gruppen zwischen Verwaltungsgebieten, Migrationsströme sind klassifiziert nach Metropolenstand der Gebiete.

Quelle: Eigene Darstellung, Datenquelle: Zensus 2011.

Anmerkung: Metro = Metropole, Non-Metro = Nicht-Metropole, Für weiter Abkürzungen siehe Tabelle 1

Die Binnenwanderung ethnischer Gruppen ist nicht nur von Strömungen zwischen verschiedenen Typen von Regionen bestimmt, sondern auch durch den Unterschied in der Altersstruktur der Binnenwanderer.

Abbildung 4 zeigt, wie sich die Binnenwanderung bei ethnischer Zugehörigkeit und Alter unterscheidet. Während für alle ethnischen Gruppen das Alter von etwa 16 bis 21 Jahren ein Höhepunkt in der Binnenwanderung darstellt, unterscheiden sich Gruppen in dem Ausmaß dieser Wanderung sehr. So ist die Binnenwanderung

der pakistanischen und bangladeschischen Gruppe um ein Vielfaches geringer als die der gleichaltrigen chinesischen Gruppe. Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass junge pakistanische und bangladeschische Personen sich eher Bildungsstätten in der Nähe der Familie suchen.

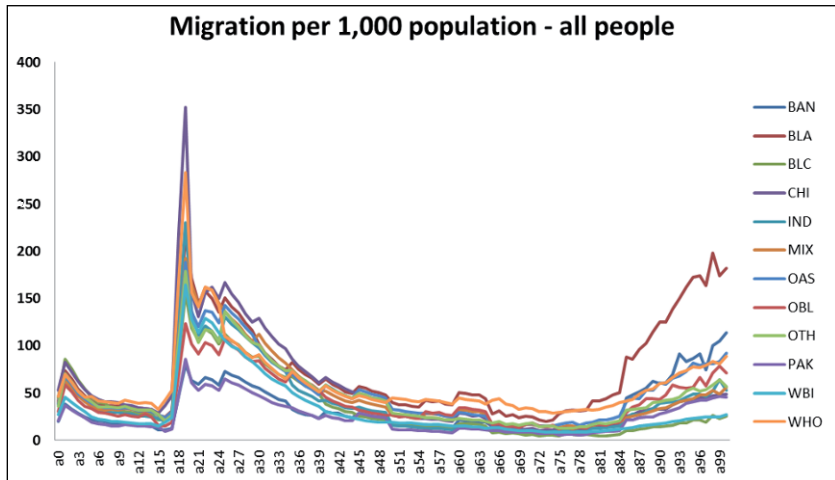


Abb. 4 Binnenwanderung ethnischer Gruppen nach Alter. Quelle: Zensus 2011, Anmerkung: Für Abkürzungen siehe Tabelle 1.

4.3.2 Internationale Migration ethnischer Gruppen

Im Vergleich zu den bis hierher beschriebenen Komponenten spielt die internationale Migration die größte Rolle in Bezug auf das Bevölkerungswachstum und die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur im Vereinigten Königreich. Zum einen ist die Anzahl der Einwanderer stets höher als die der Auswanderer, zum anderen haben internationale Migranten eine jüngere Altersstruktur im Vergleich zur Gesamtbevölkerung und damit ein höheres demografisches Potential.

Daten zur ethnischen Zusammensetzung internationaler Migranten gibt ebenfalls der Zensus. Dieselbe Zensusfrage, die uns Auskunft über Binnenwanderung ethnischer Gruppen gibt, gibt uns auch Auskunft über die Immigration ethnischer Gruppen. Die Datenlage in Bezug auf Emigration vom Vereinigten Königreich ist etwas schlechter. Die offizielle Datenquelle zur Abschätzung der Internationalen Migration ist der „International Passenger Survey“ (IPS) (Office for National Statistics

2016). Diese amtliche Erhebung befragt pro Jahr etwa 1 % aller Passagiere, die sich an Flughäfen und Häfen im Vereinigten Königreich bewegen. Obwohl diese Befragung nicht die ethnische Identität ermittelt, lässt sich eine ethnische Zugehörigkeit der befragten Personen zumindest aus dem Geburtsland der Befragten abschätzen.

Neueste Abschätzungen der internationalen Migration, der Ethnizität von Einwanderung und Auswanderung, wurden mit einer Kombination aus Daten der Volkszählungen aus den Jahren 2001 und 2011 – Ethnizität bei Geburtsland – und des IPS erstellt (Clark and Rees 2016). Aus diesen Datensätzen rekonstruieren wir einen mehr-dimensionalen Array geschätzter Wanderungsströme. Die Dimensionen sind das Geburtsland, die Region des letzten oder früheren Wohnsitzes im Vereinigten Königreich, Altersgruppe und Geschlecht. Von den Volkszählungen in 2001 und 2011 haben wir Kreuzklassifizierungen der ethnischen Zugehörigkeit nach Geburtsland vorgenommen, das heißt wir können die Wahrscheinlichkeit berechnen, mit der ein Einwanderer oder Auswanderer eines bestimmten Geburtslandes zu einer bestimmten ethnischen Gruppe gehörte. Die regional spezifische Zusammensetzung dieser ethnischen Zugehörigkeit wurde verwendet, um die Abschätzungen der ethnischen Zugehörigkeit auf Verwaltungsgebietsebene zu verbessern (Rees et al. 2016).

Die ethnischen Zusammensetzungen von Emigranten und Immigranten sind sehr unterschiedlich. Auf nationaler Ebene trug die WBI-Gruppe im Zeitraum zwischen 2000 und 2014 zu 55 % der Auswanderer bei, aber nur zu 33 % der Einwanderer. Die ethnische Minderheit, die die meisten Einwanderer (24 %) und Auswanderer (20 %) stellt, sind Personen mit anderem weißen Hintergrund (WHO). Einzelne schwarze und asiatische ethnische Minderheitengruppen (BAME) tragen mit wenn auch kleineren Zahlen dazu bei, sind jedoch viel stärker in der Einwanderung als der Auswanderung vertreten. Zum Beispiel macht die indische Gruppe 8 % der Einwanderer, aber nur 4 % der Auswanderer aus. Die Unterschiede in der ethnischen Zusammensetzung zwischen Immigranten und Emigranten tragen zu dem großen Wachstumsunterschied zwischen der WBI-Gruppe und den ethnischen Minderheiten bei.

Wir zeigen unsere Abschätzungen der ethnischen Zusammensetzung von Einwanderern und Auswanderern anhand des Beispiels von London (Abbildung 5), der ethnisch vielfältigsten Region im Vereinigten Königreich. In 2014 sind 28 % aller UK-Immigranten nach London gekommen und 29 % aller UK-Emigranten kamen aus London. Hier tragen die weißen Gruppen (WBI und WHO-Gruppen) am meisten zur Einwanderung bei, die zeitlichen Trends beider Gruppen sind jedoch sehr unterschiedlich. Der Höhepunkt der WBI-Einwanderung war in den späten 1990er Jahren und der Trend war bis 2010 deutlich rückläufig und ist auch heute noch auf einem deutlich niedrigeren Niveau angesiedelt. Die WHO-Gruppe sieht

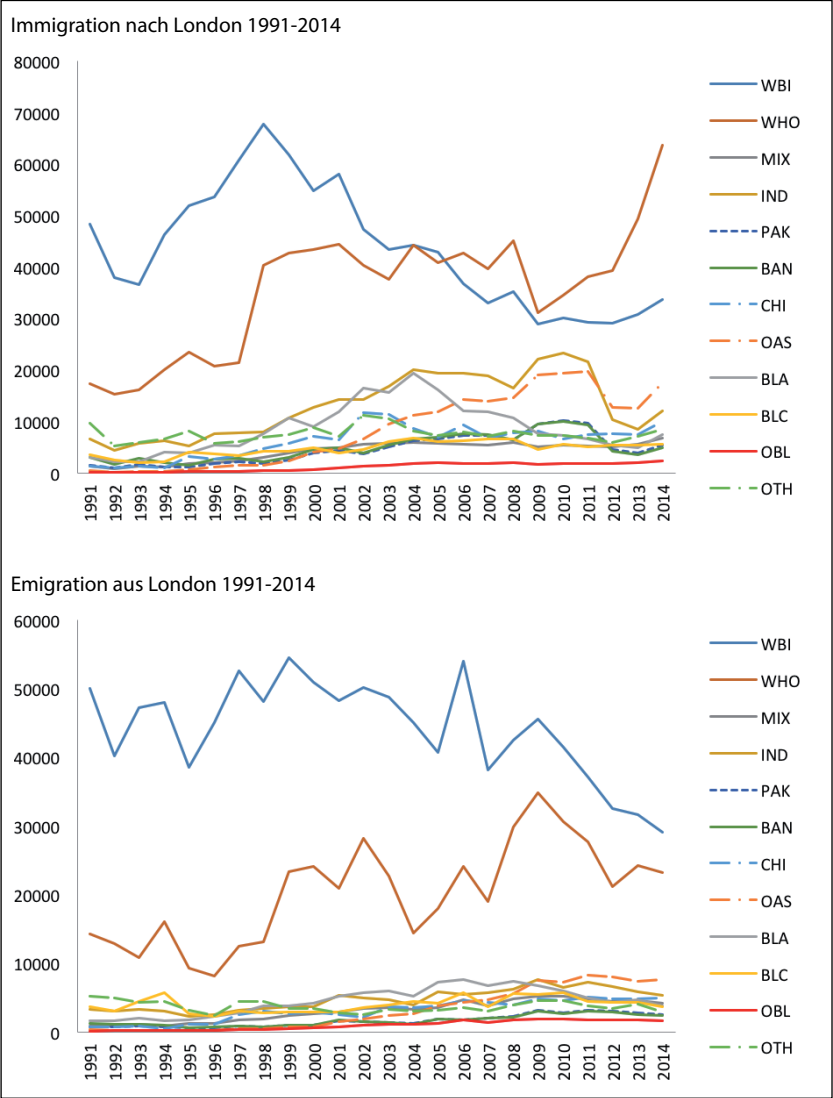


Abb. 5 Immigration und Emigration der letzten 20 Jahre nach ethnischer Gruppierung

Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung: Für Abkürzungen siehe Tabelle 1

höhere Einwanderungsströme seit 1998, diese sind auf die Aufnahme von 10 neuen Ländern in die EU in den 2000er Jahren und die Auswirkungen der schlechten Arbeitsbedingungen in den südeuropäischen Ländern seit 2010 zurückzuführen. Wie auch auf nationaler Ebene tragen die BAME-Gruppen weniger in absoluten Zahlen zur Einwanderung bei als die beiden Hauptgruppen, aber weil die Zahl der Auswanderer in diesen Gruppen viel niedriger ist als die der Einwanderer, wirken sich diese Migrationsströme besonders auf die Bevölkerungszunahme aus.

5 Annahmen und Ergebnisse

In diesem letzten Abschnitt beschreiben wir die Annahmen der ETHPOP-Projektionen und Ergebnisse der oben beschriebenen ethnischen Bevölkerungsprojektionen. Zuerst aber zeigen wir, wie vergleichbar die Ergebnisse der ethnischen Bevölkerungsprojektionen mit denen der amtlichen Bevölkerungsprojektionen der Gesamtbevölkerung ohne ethnische Klassifizierung sind. Der Schwerpunkt der Ergebnisse, die wir präsentieren, liegt auf der Wachstumsgeschwindigkeit der verschiedenen Gruppen und wie daraus folgend sich die Zusammensetzung der Bevölkerung in Zukunft verändern wird. Außerdem werden wir zeigen, wie sich die Diversität der Bevölkerung auch geografisch ausbreiten wird.

5.1 Annahmen

Bevor wir die Ergebnisse präsentieren, fassen wir hier kurz die Annahmen, wie sich die einzelnen Komponenten in Zukunft entwickeln werden, zusammen. Jede ethnische Gruppe hat, wie wir gezeigt haben, spezifische Ausprägungen der einzelnen Komponenten. Die Annahmen für die zukünftige Entwicklung der jeweiligen Komponenten werden langfristig auf die gesamte Bevölkerung angewendet, das heißt im Gegenzug, dass Unterschiede zwischen Gruppen erhalten bleiben. Die Annahmen für die Komponenten des ETHPOP-Modells sind in Tabelle 2 zusammengefasst. Für die Fertilität nehmen wir an, dass sich diese langfristig auf eine TFR der Gesamtbevölkerung von 1.89 einpendeln wird, das ist ein leichter Rückgang im Vergleich zu der TFR in 2011. Eine Konvergenz zu einem Durchschnitt für jede ethnische Gruppe findet nicht statt. Die Annahmen für Sterblichkeit sind angepasst an die Annahmen des ONS, die davon ausgehen, dass die Sterblichkeit auch weiterhin zurückgeht und die Bevölkerung länger leben wird. Die Sterblichkeit reduziert sich im Durchschnitt um 1.2 % pro Jahr, jedoch nicht gleich stark für

jede Altersgruppe. Da diese Reduktion gleich auf jede Gruppe angewendet wird, reduzieren sich Unterschiede über Zeit nicht.

Binnenwanderungsraten sind im ETHPOP Model konstant gehalten auf dem Level von 2010-2011.

Unsere Annahmen zur internationalen Migration weichen von denen der offiziellen Statistik ab. Und zwar gehen wir in dieser Projektion davon aus, dass von 2024 an jährlich 592.000 Personen ins Vereinigte Königreich einwandern und etwa 339.000 auswandern werden. Das heißt, im ETHPOP-Model gehen wir von einem jährlichen Nettozuwachs von 254.000 Personen durch internationale Migration aus. Diese Annahmen sind deutlich höher als die der offiziellen Projektionen, die von einem Nettozuwachs von 185.000 Personen pro Jahr ab 2021 ausgehen. Der Grund, weshalb wir einen höheren Zuwachs annehmen, ist, dass gegenwärtig amtliche Statistiken darauf hinweisen, dass die internationalen Migrationsströme viel höher sind. So sind zwischen Ende März 2014 und Ende März 2015 etwa 636.000 Einwanderer zugezogen und nur 307.000 Personen ausgewandert, das heißt der Nettozuzug betrug etwa 330.000 Personen. Und dies obwohl die Regierungskoalition zwischen 2010 und 2015 sich zum Ziel gesetzt hatte, den Nettozuzug auf 100.000 Personen pro Jahr zu beschränken. Des Weiteren gehen wir davon aus, dass das Vereinigte Königreich auch in Zukunft zum einen für Zuwanderer anziehend wirken wird. Vor allem weil das Vereinigte Königreich weiter einen starken Arbeitskräftebedarf haben wird, zum anderen wird es als Studienland für internationale Studenten attraktiv bleiben.

Tab. 2 Annahmen für die ETHPOP2011 Projektionen

Komponente	Annahme
Fertilität	Langfristige TFR = 1.89
Sterblichkeit	Abnahme der Sterblichkeit = 1.2 % pro Jahr
Binnenwanderung	Gleichbleibende Raten 2010-11
Internationale Migration	Langfristige Immigration = 592k, Langfristige Emigration = 338k (netto 254k)

Quelle: Eigene Darstellung

5.2 Ergebnisse

Tabelle 3 zeigt die Entwicklung der Gesamtbevölkerungszahl zwischen 2011 und 2061 der ETHPOP-Projektionen und die der offiziellen Projektionen (NPP 2014: National Population Projections 2014).

Zwischen 2011 und 2061 wächst die Gesamtbevölkerung nach dem ETHPOP-Modell um 34 %. Der größte Teil dieses Wachstums (80 %) ist auf die BAME-Gruppen zurückzuführen. Das Wachstum der weißen Gruppe um 20 % ist hauptsächlich auf das Wachstum der WHO Gruppe zurückzuführen.

Tab. 3 Projizierte ethnische Bevölkerung bis zum Jahre 2061 (Angaben in Tsd.)

Zusammengefasste Gruppen	JM2001	JM2011	JM2031	JM2051	JM2061
Weisse Herkunft	54384	55211	59289	59821	59370
Gemischte Herkunft	687	1260	2297	3543	4183
Asiatische Herkunft	2627	4333	8209	12697	15080
Schwarze Herkunft	1174	1881	2831	3844	4279
Andere Herkunft	238	592	1038	1480	1670
Gesamt	59111	63278	73664	81386	84582
BAME	4726	8066	14375	21564	25212
Weisse Herkunft %	92,0%	87,3%	80,5%	73,5%	70,2%
BAME %	8,0%	12,7%	19,5%	26,5%	29,8%
ETHPOP vs NPP2014: Gesamt			1957	3660	4333

5.3 Wachstum ethnischer Gruppen

Die 12 ethnischen Gruppen wachsen unterschiedlich schnell. Abbildung 6 zeigt das relative Wachstum jeder der verschiedenen ethnischen Gruppen des ETHPOP-Modells zwischen 2011 und 2051. Wobei 2011 als Basisjahr (100 %) angesehen wird. Nur zwei der 12 ethnischen Gruppen zeigen ein negatives Wachstum über diesen Zeitraum, dies sind die Bevölkerungen mit weiß-britischem und irischem (WBI) Hintergrund und die Bevölkerungsgruppe mit afrokaribischem Hintergrund. Die ETHPOP-Projektionen sehen voraus, dass zwischen 2011 und 2051 Personen mit chinesischer Herkunft das stärkste Wachstum haben. Das negative Wachstum der

afrokaribischen Gruppe ist am Wahrscheinlichsten damit zu erklären, dass sich zu einer eher geringen Geburtenrate noch eine höhere Anzahl an Geburten von Kindern mit gemischtem ethnischen Hintergrund hinzu gesellt. Dazu kommt noch eine höhere Emigration der älteren Generation in das Ursprungsland, um dort den Lebensabend zu verbringen.

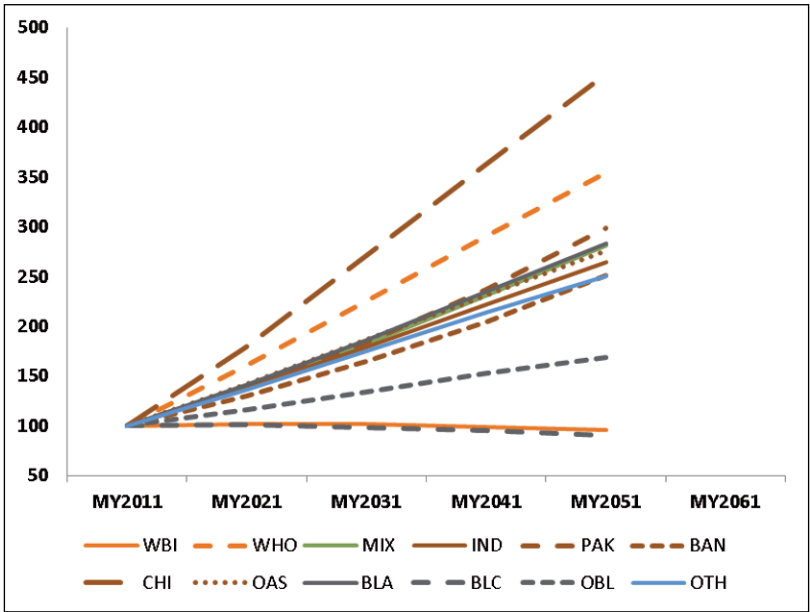


Abb. 6 Relativer Wachstum ethnischer Gruppen

Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung: Für Abkürzungen siehe Tabelle 1

5.4 Die zukünftige Bevölkerungszusammensetzung

Durch die unterschiedliche Geschwindigkeit, mit der die verschiedenen ethnischen Gruppen wachsen, ändert sich auch die Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung. Abbildung 7 zeigt, wie sich die Bevölkerungszusammensetzung zwischen 2011 und 2051 verändert. In der oberen Abbildung sehen wir alle breit zusammengefassten Gruppen, in der unteren nur die BAME Gruppen.

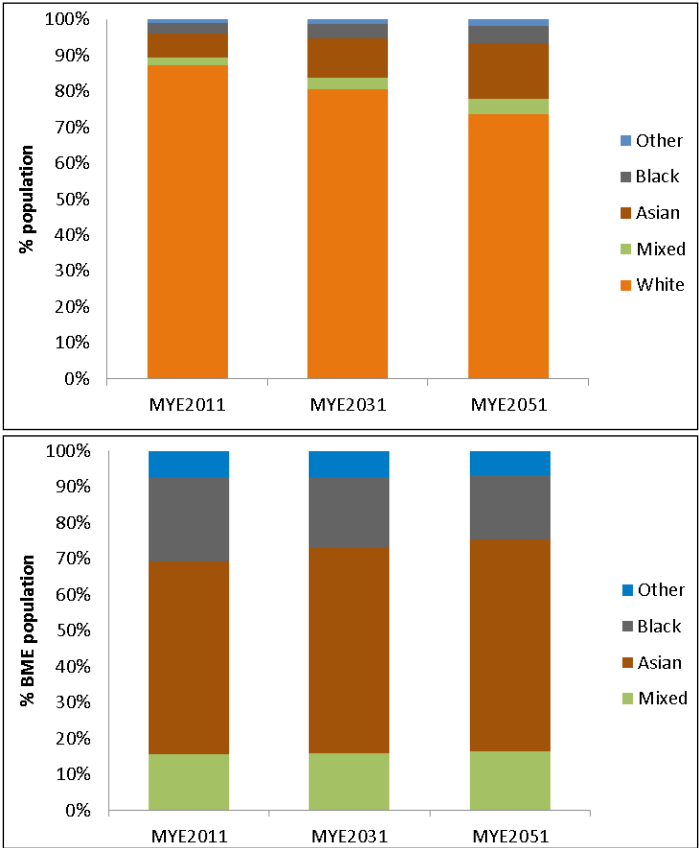


Abb. 7 Bevölkerungskomposition bei ethnischer Gruppierung über den Projektionszeitraum

Quelle: Eigene Darstellung

Während 2011 die weiße Bevölkerung noch einen Anteil über 80 % zeigt, verringert sich der Anteil der weißen Bevölkerung rapide mit der Zeit. Dies geschieht zum Teil durch das negative Wachstum der WBI-Gruppe, aber hauptsächlich jedoch wegen des schnellen Wachstums anderer Gruppen. Vor allem der Anteil der asiatischen Gruppe erhöht sich, während sich der Anteil der schwarzen Bevölkerung ebenfalls reduziert, jedoch weniger drastisch im Vergleich zur weißen Gruppe.

5.5 Die geografische Verteilung ethnischer Gruppen

Bisher haben sich die hier präsentierten Ergebnisse auf die nationale Ebene bezogen. Aber unsere Prognosen liefern vor allem eine Fülle von Details für die 324 Verwaltungsgebiete in England, die es uns erlaubt haben, die geografische Verteilung der Bevölkerung genauer zu beleuchten. Abbildungen 8 und 9 zeigen Karten eines möglichen Atlases dieser Ergebnisse. Abbildung 8 zeigt wie sich die Diversität (Diversitätsindex nach Simpson (Simpson 1949)) in jedem englischen Verwaltungsgebiet zwischen 2011 und 2051 entwickelt. Die Diversität reicht von sehr niedrig (0,05 bis 0,15) in tiefblau bis zu sehr hoch (0,61-0,92) in tiefrot. Es ist deutlich zu sehen, dass sich die Diversität über den Projektionszeitraum von den Ballungsgebieten her ausbreitet auf die mehr ländlichen Gebiete. Der Grad der Ausbreitung hängt hauptsächlich von der Struktur der Binnenwanderungsmatrix ab. Während günstiger Zeiten des Konjunkturzyklus sind die Menschen zuversichtlich, sich nach außerhalb ihres Herkunftsstandorts zu bewegen. Während ungünstiger wirtschaftlichen Phasen nimmt das Volumen der internen Migration ab und die Menschen sind eher konservativ in ihrer Standortwahl. Die Ausbreitung in der 2011 basierten Projektion wird durch die Finanzkrise von 2008-2009 beeinflusst, die in den Jahren 2010-2011 Wirtschaftswachstum unterdrückte, vor allem auf dem Wohnungsmarkt. Sollte sich die Wirtschaft weiter erholen, können wir davon ausgehen, dass sich die Geschwindigkeit, in der sich Diversität ausbreitet, erhöhen wird.

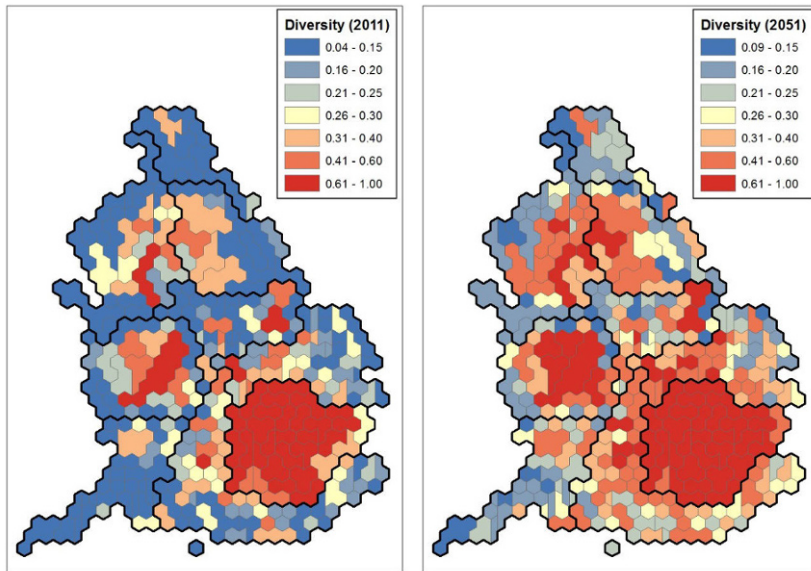


Abb. 8 Diversität auf lokaler Ebene in England. Quelle: Simpson Index of Diversity

Anmerkungen: 1. Diversität: Minimum = 0, im Falle das die ganze Bevölkerung zu einer ethnischen Gruppen gehört. Maximum ist 0.917, wobei jede der 12 Gruppen den gleichen Anteil (8,3 %) an der Gesamtbevölkerung hat. 2. Die Kartenbasis ist ein Bevölkerungskartogramm von Dorling und Thomas (2004), angepasst von Wohland und Clark. 3. Bevölkerung Kartogramme zeigt Fläche im Verhältnis zur Bevölkerung. Jedes Verwaltungsgebiet setzt sich aus einem oder mehreren Hexagonen zusammengesetzt, jedes Hexagon stellt die gleiche Bevölkerungszahl dar. Die dunkleren Grenzen zeigen die neun englischen Regionen.

Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 9 zeigt die Konzentration der weißen Bevölkerung im Vergleich zu den anderen ethnischen Gruppen auf lokaler Ebene. Im Gegenzug stellen die Kartogramme auch dar, wie sich die Konzentration der anderen ethnischen Minderheiten im Vergleich zur weißen Gruppe über den Zeitraum von 40 Jahren verändert. Je roter die Fläche auf der Karte ist, desto geringer die Konzentration des weißen Bevölkerungsanteils und desto höher der Anteil der anderen ethnischen Minderheiten und je blauer die Fläche auf der Karte, desto höher die Konzentration der weißen Gruppe im Vergleich zu allen anderen ethnischen Gruppen. Was wir sehen ist, dass während in 2011 noch viele Verwaltungsgebiete einen Anteil von weißer Bevölkerung zwischen 96 % und 100 % hatten, sich bis 2051 die Konzentration

der weißen Bevölkerung in fast allen Gebieten verringert hat. Nur wenige Gebiete bleiben so „weiß“ wie sie 2011 waren.

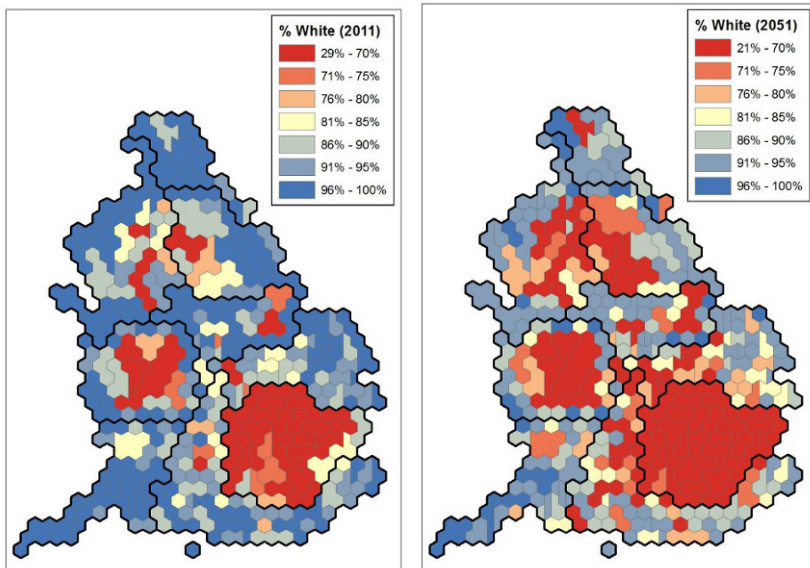


Abb. 9 Komposition auf lokaler Ebene der weißen (Weiss-British White/BAME)

Anmerkung: BAME=Black, Asian and minority ethnic groups =schwarze, asiatische oder andere ethnischen Minderheit

Quelle: Eigene Darstellung

6 Fazit

Dieses Kapitel stellt eine Fallstudie der demografischen Dynamik eines Landes in der Mitte des dritten demografischen Übergangs (Coleman 2006) vor: Wenn kleinere Kohorten in den Arbeitsmarkt eintreten, steigt die Nachfrage nach Arbeitskräften und wird von internationaler Migration gefüllt. Neue ethnische Gemeinschaften mit großem demografischen Potenzial entstehen, deren junge Altersstrukturen die Familienbildung begünstigt. Der vierte demografische Übergang (Frey 2015)

beschreibt die räumliche Umverteilung der ethnischen Minderheiten (mit Migrationshintergrund), von ihren ursprünglichen Orten der Niederlassung (vor allem große Städte) zu anderen Teilen des Landes. Diese beiden demografischen Übergänge können gemeinsam als der *ethnische Übergang* bezeichnet werden.

Viele Forschungsprojekte schauen eher in die Vergangenheit, um im Nachhinein demografische Prozesse zu beschreiben. Wir haben uns dazu entschieden, einen Blick in die Zukunft zu wagen. Um dies zu tun, haben wir ein Kohorten-Komponenten-Model entwickelt, das es uns erlaubt, die Bevölkerung nach ethnischer Zugehörigkeit in die Zukunft zu projizieren und uns damit ermöglicht, zukünftige demografische Prozesse aufzuspüren. Es ist eine Herausforderung, dies für das Vereinigte Königreich zu tun. Die ethnische Klassifikation, die im Zensus und in amtlichen Umfragen verwendet wird, hat bisher noch keinen Einzug erhalten in die amtlichen Statistiken von zum Beispiel der Geburten- und Sterbeerhebungen. Um diese Lücke zu füllen, haben wir indirekte, innovative Methoden entwickelt, um die entsprechenden ethnischen Komponentenraten im geografischen Detail abzuschätzen. Zusätzlich war es nötig, auch andere Vorgänge, die in einem herkömmlichen Kohorten-Komponenten-Model nicht berücksichtigt werden, zu überdenken. Dies ist zum einen der Fakt, dass Eltern verschiedener ethnischer Herkunft Kinder gemischter Herkunft haben können oder auch die Tatsache, dass Personen ihre ethnische Identität wechseln (Simpson 2014).

Bevölkerungsprojektionen für ethnischen Gruppen sind für die weiter oben erörterten Gründe (Planung für das Gesundheitswesen, Sicherstellung einer fairen Gesellschaft usw.) wichtig. Für viele Länder würden Projektionen dieser Art eine noch größere Herausforderung darstellen, da Daten mit ethnischen Details gar nicht erhoben werden. In diesem Kapitel haben wir am Beispiel des Vereinigten Königreichs beschrieben, wie diese Herausforderungen überkommen werden können.

Manche Länder mögen die Erhebung von Bevölkerungsdaten bei ethnischer Zugehörigkeit vor allem aus historischen oder anderen psychologischen/soziologischen Gründen ablehnen. Hierzu sei gesagt, dass manche (systematischen) Ungleichheiten, zum Beispiel in der Gesundheit, erst sichtbar und behandelbar werden, wenn entsprechende Daten vorhanden sind.

Referenzen

- Christie, B. 2012. Scotland introduces record of ethnicity on death certificates. *British Medical Journal* 344.
- Clarck, S., P. Rees. 2016. *International Migration by Ethnicity to UK Regions: Results for 1991-2014 and Implications for the Future*. Paper presented at the First International Conference on Migration and Mobility, Loughborough University, 18-20 July.
- Coleman, D. 2006. Immigration and ethnic change in low-fertility countries: A third demographic transition. *Population and Development Review* (32): 401.
- Frey, 2015. *Diversity Explosion: How New Racial Demographics Are Remaking America*. Washington DC: Brookings Institution Press.
- Jivraj, S. 2012. How has ethnic diversity grown 1991-2001-2011? In *Dynamics of diversity: evidence from the 2011 Census*, hrsg. L. Simpson, S. J. Manchester: Centre on Dynamics of Ethnicity: The University of Manchester.
- Kaiser Family Foundation. 2016. Life Expectancy at Birth (in years), by Race/Ethnicity 2009. [Online]. Available: <http://kff.org/other/state-indicator/life-expectancy-by-re/>. Zugriffen 13. Mai 2016.
- Lomax, N. 2015. *Ethnic group migration patterns: a UK time series analysis*. British Society for Population Studies. Annual Conference. Leeds, 7-9 September.
- Lomax, N., P. Rees. 2015. *UK Internal Migration by Ethnicity*. Presentation at the GISRUK2015 Conference. University of Leeds, 16 April.
- Nagaraj, S., N.-P. Tey, C.-W. NG, B. Balakrishnan. 2008. Ethnic dimensions of gender differentials in mortality in Malaysia. *Journal of Population Research* (25): 183-205.
- Norman, P. 2015. *We can't just 'Call the Midwife'! Are variations in fertility rates more about ethnicity, country of birth or local geography of residence?*. British Society for Population Studies. Annual Conference. Leeds 7-9 September.
- Norman, P., P. Rees, P. Wohland. 2014. The use of a new indirect method to estimate ethnic-group fertility rates for subnational projections for England. *Population Studies. A Journal of Demography* (68): 43-64.
- Office for National Statistics. 2016. International Passenger Survey. [Online]. Available: <https://www.ons.gov.uk/surveys/informationforhouseholdsandindividuals/householdandindividualsurveys/internationalpassengersurveyips>. Zugriffen 7. Juni 2016.
- Phillips, B., S. Morrell, R. Taylor and J. Daniels. 2014. A review of life expectancy and infant mortality estimations for Australian Aboriginal people. *Bmc Public Health* 14.
- Public Health England. 2016. *Screening for sickle cell and thalassaemia* [Online]. Available: <http://cpd.screening.nhs.uk/induction-resource/sct>. Zugriffen 13. Mai 2016.
- Rees, P., S. Clark, P. Wohland, N. Lohmax und P. Norman. 2016. Using the 2001 and 2011 censuses to reconcile ethnic group estimates and components for the intervening decade for English local authority districts. In *Unlocking the UK 2011 Census: Handbook of Census Resources, Methods and Applications*, hrsg. S. J., D. O. Oxford: Routledge.
- Rees, P., P. Wohland. 2008. Estimates of Ethnic Mortality in the UK. In *School of Geography*, hrsg. U. O. L. Working Papers. Leeds.
- Rees, P., P. Wohland, P. Norman. 2009. The estimation of mortality for ethnic groups at local scale within the United Kingdom. *Social Science & Medicine* (69): 1592-1607.
- Simpson, E. H. 1949. Measurement of Diversity. *Nature* (163): 688.

- Simpson, L. A., S. J. 2014. *How have people's ethnic identities changed in England and Wales? Briefing on the Dynamics of Diversity: Evidence from the 2011 Census*. ESRC Centre on Dynamics of Ethnicity (CoDE).
- Walker, P., W. Franklin, H. Bengtsson. 2015. Police forces much whiter than the communities they serve, analysis finds. *The Guardian*, Thursday 22 October. Zugegriffen 13. Mai 2016.
- Wallia, S., R. S. Bhopal, A. Douglas, A. Sharma, A. Hutchison, G. Murray, J. Gill, N. Sattar, J. Lawton, J. Tuomilehto, J. Mcknight, J. Forbes, M. Lwan, A. Sheikh. 2014. Culturally adapting the prevention of diabetes and obesity in South Asians (PODOSA) trial. *Health Promotion International* (29): 768-779.
- Wild, S. & P. McKeigue (1997) Cross sectional analysis of mortality by country of birth in England and Wales, 1970-92. *British Medical Journal*, 314, 705-710.
- Wohland, P., M. Burkitt, P. Norman, P. Rees, P. Boden, H. Durham. 2016. ETHPOP Database. ESRC Follow on Fund "Ethnic Group Population Trends". www.ethpop.org. Zugegriffen 13. Mai 2016.
- Wohland, P., P. Rees. 2015. *New estimates of ethnic mortality in the UK – resolving the debate*. International Conference on Population Geographies. University of Queensland. Brisbane, Australia. 30 June to 3 July.

III

Paare und Kinder – Geltungsverlust oder Transformation der Lebensform Familie?

Die Romantisierung des Kindes und der Wandel der Lebensphase Kindheit¹

Norbert F. Schneider

Zusammenfassung

Der Beitrag adressiert eine oft vernachlässigte Ursache der niedrigen Geburtenrate in Deutschland, die kulturellen Besonderheiten der sozialen Konstruktion von Kindheit und Elternschaft und der in Deutschland vielfach überhöhten Erwartungen an „gute“ Eltern. Vorgenommen wird hier eine Analyse des öffentlichen Diskurses über Kinder, Kindheit und Elternschaft mit dem Ziel, den historischen Wandel und die Vielschichtigkeit der Konstruktion der sozialen Figur Kind nachzuzeichnen. Zusammenfassend wird eine zunehmende Romantisierung von Kindern und ein tiefgreifender Wandel der Lebensphase Kindheit festgestellt. Die forcierte Fokussierung auf das Kindeswohl, so eine Schlussfolgerung, führt zu einem Rückgang der Zufriedenheit der Eltern und gefährdet dadurch den Erziehungserfolg.

Schlüsselwörter

Kindheit, Elternschaft, Erziehungsstil, Geburtenrate, Eltern-Kind-Beziehung

-
- 1 Bei diesem Aufsatz handelt es sich um einen Wiederabdruck von: Schneider, N. F. 2015. Die Romantisierung des Kindes und der Wandel der Lebensphase Kindheit. In *Das selbstständige Kind. Das Kinderbild in Erziehung und Bildung*, hrsg. C. Henry-Huthmacher, E. Hoffmann, 9-15. Sankt Augustin/Berlin.

Deutschland weist seit Jahrzehnten eine der niedrigsten Geburtenraten weltweit auf. Die Ursachen dafür sind vielschichtig. Mit einiger Evidenz kann angenommen werden, dass die wirtschaftliche Lage der Menschen und ihre materiellen Erwägungen ebenso bedeutsam sind wie die Beschaffenheit der gesellschaftlichen Infrastruktur (Ehrhardt et al. 2012), namentlich Kinderbetreuung, Schule, Arbeitsmarkt, Arbeitszeiten, dass diese Faktoren jedoch *nicht* von zentraler Bedeutung sind. Wirtschaft und Infrastruktur sind in Deutschland nicht grundsätzlich anders beschaffen als etwa in Großbritannien, Schweden oder in den Niederlanden, die eine deutlich höhere Geburtenrate verzeichnen. Plausibler erscheint daher die Annahme, dass kulturellen Besonderheiten, vor allem der speziellen sozialen Konstruktion von Kindheit und Elternschaft, eine erhöhte Bedeutung zukommt (Schneider et al. 2014). Bei der Diskussion der kulturellen Verhältnisse rund um Familie und Elternschaft sind die nach wie vor bestehenden gravierenden Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, die sich nach der Wiedervereinigung nicht entscheidend verringert haben (Schneider et al. 2012) zu beachten. Zu den kulturellen Besonderheiten in Westdeutschland zählt, dass, ähnlich wie in Österreich und der Schweiz, die männliche Versorgerehe nach wie vor dominiert (Pfau-Effinger/Euler 2014). Damit verknüpft sind besondere kulturelle Zuschreibungen an Mütter, Kinder und die Lebensphase Kindheit.

In diesem Kontext stellen sich die Fragen, die im vorliegenden Beitrag aus sozialwissenschaftlicher Perspektive diskutiert werden, wie Kindheit und die soziale Lage von Kindern in Deutschland beschaffen sind und, wichtiger noch, wie sie im öffentlichen Diskurs verhandelt werden. In Diskursen werden, im Sinne Foucaults (1974), Wirklichkeiten erzeugt, strukturiert und verbreitet, wobei die in Diskursen engagierten Akteure sich meist mit der Absicht beteiligen, die eigene Position in Konkurrenz zu anderen Sichtweisen als möglichst allgemein gültig durchzusetzen.

Kennzeichnend für die aktuellen medialen Diskurse über Eltern und Elternschaft, Kinder und Kindheit in Deutschland ist die besondere Mixtur von Leistungsorientierung, Pflichterfüllung, Defizitperspektive und Alarmismus. Weitgehend unstrittig gilt: Eltern sollen und wollen das Beste für ihre Kinder tun. Allerdings setzen sie sich und ihre Kinder in diesem Bestreben mit überschießenden Erwartungen unter Druck und fühlen sich durch normative Anforderungen unter Druck gesetzt (Henry-Huthmacher/Borchard 2008). Das Scheitern an den hohen Ansprüchen ist oftmals vorprogrammiert. Folgt man den Darstellungen in den Medien scheinen allorten gefährdete und deprivierte Kinder sowie ihre überlasteten und verunsicherten Eltern zu leiden. Gelassenheit und Abgeklärtheit sind im Erziehungsalltag vielfach abhandengekommen, wären aber dringend anzuraten (Juul 2009). Stattdessen dominiert eine Kultur des Bedenkens, Zweifels und Sorgens im Hinblick auf Elternschaft, obwohl der Wunsch nach einem eigenen Kind groß ist.

Verschärft wird die Situation durch eine Art Neiddebatte, wie sie etwa beim Thema „Kinderlosenabgabe“ geführt wird, in der gestressten und von Armut bedrohten Eltern „die Kinderlosen“ gegenübergestellt werden, die ihre Individualität pflegen und ihren Wohlstand genießen können. Die Auffassung, Kinderlose verhalten sich eigennützig, scheint in Deutschland relativ weit verbreitet zu sein. So zeigen die Befunde der Studie „Familienleitbilder“, dass fast 30 Prozent der 20- bis 39-jährigen Befragten den Kinderlosen vorwerfen „sie verhalten sich egoistisch, weil sie ein bequemes Leben führen wollen“ (Dorbritz/Diabaté 2015, 122).

Die Wahrnehmung und das Denken der Menschen und dadurch auch die Entscheidung für oder gegen ein Kind, werden durch solche Diskurse, Bilder und Vorstellungen beeinflusst. Junge Menschen, die darüber nachdenken, ob sie (weitere) Kinder wollen, sehen sich mit der Erwartung konfrontiert, dass sie als Eltern ihre Bedürfnisse dauerhaft hinter die des Kindes zurückzustellen haben, dass sie stets zugewandt und unterstützend interessiert am Alltag des Kindes teilhaben sollen und dass sie dem Kind optimale Entwicklungschancen sichern müssen. So konstruiert wird Elternschaft überhöht und verliert, gerade in einer individualisierten Gesellschaft, an Attraktivität. Nach wie vor richtet sich diese Erwartungshaltung sehr viel stärker an Frauen und Mütter, während Männer und Väter davon zwar zunehmend, aber weiterhin weniger tangiert sind.

Die stark gestiegenen Ansprüche an gute Eltern und an eine als gelingend geltende Erziehung gründen wesentlich auf einem veränderten Kinderbild. In den vergangenen Jahrzehnten hat ein rascher Wandel der Konstruktion der sozialen Figur Kind vom Objekt elterlicher Gewalt hin zum eigenständigen Subjekt stattgefunden. Besonders deutlich wird dies in der 1990 erfolgten Neufassung des „Achten Buchs Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – (SGB VIII; KJHG)“, wo der Term „elterliche Gewalt“ durch „elterliche Sorge“ ersetzt wurde. Das Kind und sein Wohlergehen sind in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Das Wohl der Eltern bleibt dagegen zweitrangig. Das ist ein Umstand, der als durchaus problematisch angesehen werden kann, denn aus zahlreichen Studien (z. B. OECD 2007) ist bekannt, dass das Wohl des Kindes wesentlich von zwei Faktoren beeinflusst wird: von seinen materiellen Lebensbedingungen und von der Zufriedenheit der Eltern. Soll das Kindeswohl gefördert werden, muss es also auch um die Eltern gehen. Eine Erkenntnis, die allzu oft ignoriert wird. Die starke Fokussierung auf das Kind leistet in Verbindung mit der allfälligen Idealisierung und Romantisierung von Kindern und Kindheit der Selbstausschöpfung der Eltern Vorschub (Schweizer 2007). Im Bestreben das Beste für ihr Kind zu tun, vernachlässigen Eltern ihre eigenen Bedürfnisse, werden darüber unzufrieden und gefährden dadurch den Erziehungserfolg. An welchen Kriterien „Erziehungserfolg“ und das Ge- oder Misslingen von Elternschaft zu bemessen sind, ist dabei durchaus

nicht eindeutig. Im UNICEF-Bericht zur Situation von Kindern in Industrieländern aus dem Jahr 2007 (UNICEF 2007) werden, in Anlehnung an den „Capability Approach“ (Andresen u. a. 2010), sechs Dimensionen von kindlichem Wohlbefinden unterschieden, die als Indikatoren für gelingende Elternschaft herangezogen werden können: materielles Wohlbefinden, Gesundheit und Sicherheit, Bildung, die Beziehung zu Eltern und Gleichaltrigen, Lebensweisen und Risiken sowie das subjektive Wohlbefinden selbst.

Eine sichere Bindung des Kindes an Mutter, Vater und andere Betreuungspersonen wird heute als notwendige Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung gesehen (Ahnert 2010). Verbreitet wird zudem ein autoritativer Erziehungsstil als besonders günstig für die kindliche Entwicklung erachtet. Dabei zeigt sich eine bemerkenswerte Konsistenz erziehungswissenschaftlicher und psychologischer Forschungsbefunde: Autoritative Erziehung (Baumrind 1991), die sich durch Regelsetzung und flexible Kontrolle ihrer Einhaltung, Zuwendung, emotionale Wärme und Förderung von Autonomie auszeichnet, führt bei Kindern und Jugendlichen zu günstigen Entwicklungen. Signifikant sind größere kognitive und soziale Kompetenzen sowie ein geringeres Problemverhalten (Fuhrer 2005). Während ein autoritativer Erziehungsstil in Wissenschaft und Erziehungspraxis verbreitet als angemessen erachtet wird, scheinen sich viele Eltern in der Praxis damit aber schwer zu tun. Von manchen Autoren wird ein „Erziehungsnotstand“ unterstellt, der sich auch darin zeigt, dass es in deutschen Familien an elterlicher Autorität fehlt und zu viel Permissivität herrscht (Bueb 2006). Beklagt wird auch, dass Kindern im Erziehungsalltag zu wenig Kompetenz unterstellt wird (Juul 2009), oder zu viel, wie Winterhoff (2008) beklagt, wenn er argumentiert, dass Kinder von den Eltern zu sehr in die Rolle des gleichberechtigten Partners gedrängt werden. Die Positionen sind klar erkennbar: Für die einen besteht zu wenig Raum zur Selbstentfaltung der Kinder, für die anderen herrscht zu viel Individualität. Mütter, selten Väter, so wird problematisiert, die jahrelang ganz auf das Kind fixiert sind, lassen sie zu spät los und erzeugen zu viel Nähe und Abhängigkeit. Durch zu enge Bindung und zu wenig Abgrenzung verzögern sie den kindlichen Entwicklungsprozess und bringen eine Generation von Nesthockern und Ich-Bezogenen hervor. Für „Helikopter-Eltern“ ist Überbehütung des Kindes bis weit in dessen Postadoleszenz hinein Programm. In Frankreich dagegen gilt die „Gluckenmutter“, „la mère poule“, als Schreckgespenst.

Bei aller Uneindeutigkeit über das „richtige“ Erziehungsverhalten besteht jedoch eine gewisse Einigkeit in der Ablehnung eines allzu fordernden, streng kontrollierenden und mit Strafen drohenden Erziehungsverhaltens. Das zeigten die breiten Reaktionen auf das eher autobiografische Buch über die „Tigermutter“ von Amy Chua (2011). Die Autorin benennt dort ihre zentralen Erziehungsziele „Excellence“ und „Confidence“, also weit überdurchschnittliches Wissen und Können in Verbin-

dung mit dem Vertrauen der Kinder in ihre eigenen Fähigkeiten. Um diese Ziele zu erreichen, praktizierte sie ein Erziehungsverhalten, das durch die Grundsätze geprägt war: hart arbeiten, nicht aufgeben, keine Ausflüchte suchen, Verantwortung übernehmen und selbständig sein.

Um die Situation von Eltern in Deutschland zu verbessern, müssen sie entlastet werden. Im Alltag durch bessere Infrastruktur, und, *wo nötig*, durch finanzielle Unterstützung. Zudem ist Erwartungsdruck von den Eltern zu nehmen, der sich durch die veränderte Sichtweise über „das Kind“ und über die Lebensphase Kindheit aufgebaut hat. Wie über Kinder gedacht wird, was ihnen zugemutet und zugetraut wird, wie mit ihnen umgegangen und wie ihr Verhalten gedeutet wird, ist nicht eindeutig und keineswegs „der Natur“ des Kindes geschuldet. Die Positionen und Sichtweisen sind fluide, disparat und kulturell geprägt. Dasselbe gilt für die gesellschaftliche Konstruktion der Lebensphase Kindheit, etwa im Hinblick auf ihre Dauer, ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung des jungen Menschen und ihre Formung durch soziale Institutionen. Auch wissenschaftliche Debatten und Befunde über Kinder und Kindheit schaffen hier keine klare Sicht. Eine kurze Synopse gängiger Positionen soll die herrschende Uneindeutigkeit veranschaulichen.

Die derzeit kursierenden Thesen zum Wandel der Kindheit sind zahlreich und widersprüchlich. Eine, ältere, sozialhistorische Argumentationslinie behauptet die „Entdeckung der Kindheit“ (Ariès 1976), eine andere, psychiatrische, die „Abschaffung der Kindheit“ (Winterhoff 2008). Mit Ariès wird der Wandel der gesellschaftlichen Konstruktion des jungen Menschen vom kleinen Erwachsenen hin zum Kind beschrieben, verbunden mit der Herausbildung einer spezifisch kindlichen Lebenswelt und dem Ausschluss der Kinder aus der Welt der Erwachsenen. Bei der zweiten These wird die Instrumentalisierung des Kindes als kleinen Erwachsenen in den Fokus gerückt. Kinder werden demnach von ihren Eltern zunehmend wie Partner behandelt, womit die Kinder jedoch hoffnungslos überfordert und ihrer Kindheit beraubt werden.

Ebenso unterschiedlich sind die Beschreibungen der aktuellen Lebenssituation von Kindern. Einmal wird das Bild von der durch zu hohen Leistungsdruck überlasteten und von Burn-out bedrohten Kindergeneration gezeichnet (Schulte-Markwort 2015). Dem steht der Befund des Robert-Koch-Instituts aus der Studie KIGGS gegenüber, dass es „den allermeisten Kindern und Jugendlichen in Deutschland gesundheitlich gut geht“ und 96 % der 11- bis 17-Jährigen „ihre Lebensqualität als sehr gut oder gut einschätzten“. Auch Martin Dornes (2012) fasst seine Studie dahin gehend zusammen, dass Kinder noch nie so sicher, umsorgt, gesund und zufrieden aufgewachsen sind als derzeit und Eltern zugewandter und kindgerechter erziehen als je zuvor.

Während es um die körperliche Gesundheit der Kinder trotz Problemen mit Übergewicht, Fehlernährung und Bewegungsmangel so gut bestellt ist wie nie, hat die Zahl der Kinder mit psychischen Problemen und Verhaltensauffälligkeiten zugenommen. „Laut einer Studie des Landesinstituts für Gesundheit und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der Krankenhauseinweisungen bei den unter 15-Jährigen wegen psychischer Auffälligkeiten von 2000 bis 2008 um 43 Prozent gestiegen“ (Spiewak 2010). 2013 hatten 2,5 Prozent aller DAK-versicherten Schüler zwischen 5 und 14 Jahren mindestens eine Verordnung für Ritalin. Ein Ausmaß, das sich auch dadurch einstellt, dass manches Verhalten heute pathologisiert wird, das früher nicht als krank oder als gestört galt. Etwa vom Zappelphilipp zur Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörung (ADHS). Veränderte gesellschaftliche Wahrnehmungen und Deutungen spielen hierbei ebenso eine Rolle wie wissenschaftlicher Fortschritt, wodurch die Ursachen bestimmter Verhaltensweisen als komplexes Zusammenwirken von psychosozialen und bio-chemischen Faktoren überhaupt erst sichtbar wurden.

Bei rund 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland, so fassen das Robert Koch-Institut und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung im Jahr 2008 ihre Studie zusammen, finden sich Anhaltspunkte für psychische Probleme. „Am häufigsten fallen Kinder und Jugendliche durch aggressives und dissoziales Verhalten auf ... Kinder und Jugendliche mit niedrigem Sozialstatus, Migrationshintergrund, nur einem erziehenden Elternteil oder arbeitsloser Mutter sind vermehrt von psychischen Auffälligkeiten betroffen“ (S. 21). Rund 22 Prozent der Kinder und Jugendlichen in der BELLA-Studie zeigten Anzeichen psychischer Probleme (Ravens-Sieberer et al. 2007). Als besondere Risikofaktoren wurden ein ungünstiges Familienklima sowie ein niedriger sozio-ökonomischer Status benannt.

Neue wissenschaftliche Erkenntnisse der Genetik machen es Eltern nicht leichter. Gesundheit, Intelligenz, sozialer Erfolg, so die Botschaft von Medizinern, Hirnforschern und Psychologen, sind dem Kind nicht nur in die Wiege gelegt, sie entwickeln sich vielmehr auch durch Umwelterfahrungen, beginnend schon im Mutterleib. Wer hier durch mangelnde Optimierung der Umwelt-Genom-Wechselwirkung (Gottlieb 1991) in den ersten Lebensjahren des Kindes Fehler begeht, schafft irreparable Folgen. Die davon ausgehende Betonung der Eigenverantwortung für die Entwicklung des Kindes „droht zur (unzumutbaren) Belastung für den Einzelnen zu werden“. So steht es in einem Papier zur Epigenetik (Seitz/Heil 2014, S. 62).

Die gesellschaftliche Konstruktion der Lebensphase Kindheit basiert zu einem Gutteil auf Annahmen über „die Natur“ des Kindes. Darüber, wie diese beschaffen ist, bestehen disparate Akzentuierungen. Hier das verletzte (Kraatz 2015), unmündige und schutzbedürftige (Hornstein 1994) Kind, dort das kompetente (Juul 2009), willensstarke, robuste und neugierige (Guggenbühl 2001). Das eine

bedroht durch wachsende Kommerzialisierung, Leistungsdruck, sexuelle und körperliche Gewalt, zu viel oder zu wenig Zuneigung der Eltern, das andere bevormundet, verzärtelt, in seinen Entfaltungsmöglichkeiten gebremst und seiner Eigenverantwortlichkeit beraubt. Kulturell dominieren derzeit die Idee des reinen, unschuldigen und gefährdeten Kindes sowie das normative Muster einer „behüteten und langen Kindheit“ (Bühler-Niederberger 2011) und der Kindheit als „geschützte Lebensphase des Spielens und Lernens“ (Honig 1999). In Gang gekommen ist ein Prozess der Glorifizierung und Romantisierung des unselbständigen, guten Kindes. Von diesem Modell abweichende kindliche Eigenschaften und Handlungsweisen werden in den Hintergrund gedrängt, manche sogar tabuisiert. Das provokante, freche, aggressive, uneinsichtige, egoistische Kind hat im Prozess der Romantisierung des Kindes keinen Platz. Folgerichtig entfaltet sich durch diese Leitfigur eine Zweiteilung der Welt: Hier das gute Kind, dort die kompetitive Erwachsenenwelt, vor der das Kind geschützt und ferngehalten werden muss.

Was kann vor dem Hintergrund dieser unterschiedlichen Sichtweisen und Deutungen als sicher gelten? Weit verbreitet ist die Überzeugung, dass sich Kinder natürlicherweise von Erwachsenen unterscheiden und damit auch Kindheit vom Erwachsensein. Es ist sicherlich zutreffend, dass entwicklungsbedingte Unterschiede bestehen. Wie sie beschaffen sind, wie sie gesellschaftlich wahrgenommen werden und welche Bedeutung ihnen zugemessen wird, ist jedoch kulturell geprägt. Die Auffassung, Kindheit als Vorbereitungsphase auf das Erwachsenen-dasein zu begreifen, ist über die Natur der menschlichen Entwicklung scheinbar gut begründbar, wird aber durch Vertreter der Childhood Studies insofern in Frage gestellt, als die Kindheit auch als eigenständige und dann abgeschlossene Phase betrachtet wird (Abels et al. 2008).

Auch die seit Jahrzehnten zu beobachtende Ausdehnung der Lebensphase Kindheit beruht nicht auf natürlichen Erfordernissen, sondern ist gesellschaftlich erzeugt. Wann Kindheit und damit der besondere Schutz des Kindes endet, ist willkürlich gesetzt. Das spiegelt sich etwa bei rechtlichen Altersregelungen wider. Dazu einige Beispiele: Mit dem zum 1. Januar 2008 in Kraft getretenen neuen Unterhaltsrecht hat der Gesetzgeber die Regeln für Mütter, die Kinder betreuen, geändert und verlangt diesen mehr wirtschaftliche Eigenverantwortung ab. Bis zum vollendeten dritten Lebensjahr müssen Mütter keiner Erwerbstätigkeit nachgehen und können mithin vom Vater des Kindes Unterhalt verlangen. Das Oberlandesgericht Hamm geht danach von folgender Stufung aus: ab dem 3. Lebensjahr kann eine geringfügige Beschäftigung der Mutter, ab dem ersten Grundschuljahr eine Halbtags-tätigkeit und ab dem ersten Jahr auf einer weiterführenden Schule eine Vollerwerbstätigkeit der Mutter erwartet werden. Nach der UN-Kinderrechtskonvention endet die Kindheit in der Regel mit dem Erreichen der Volljährigkeit, in den meisten Ländern also mit

18 Jahren. In Großbritannien und den USA werden Kinder mit 10 Jahren strafmündig, Ehemündigkeit wird ihnen in Mississippi erst mit 21 Jahren attestiert, im Iran mit 13 Jahren. In Deutschland sind die Regelungen mehrheitlich so angelegt, dass die Kindheit mit dem vollendeten 14. Lebensjahr endet.

Stets wird dabei unterstellt, dass Kinder nicht in der Lage sind, die Folgen ihrer Handlungen verantwortlich einzuschätzen. Die Auffassung vom Kind als unfertigen, sich noch in Entwicklung befindlichen Wesen, das zu schützen und zu schonen ist, liegt all diesen Regelungen zugrunde. Dominierend ist die Grundfigur des Kindes als noch nicht kompetenten Menschen, das erst nach einem Reifungsprozess in die Welt der Erwachsenen einzugliedern und mit den dort üblichen Kriterien zu messen ist. Kritisch ist zu hinterfragen, inwieweit die Grundfigur des inkompetenten Kindes Züge einer Entmündigung von Kindern und einer systematischen Verkennung ihrer Fähigkeiten trägt. Selbstständigkeit und Selbstverantwortung sind gerade in demokratischen, offenen Bildungsgesellschaften früh zu fördern und zu entwickeln.

Der Leitgedanke des unselbstständigen, schutz- und schonungsbedürftigen Kindes wird flankiert vom Grundmotiv des bedrohten Kindes. Sexuelle Ausbeutung, Gewalterfahrungen, Überforderung und schulischer Leistungsdruck sind häufig vorgebrachte Gefährdungsszenarien, die die gedeihliche Entwicklung des Kindes gefährden. Auch die Furcht vor negativen Folgen einer zu frühen und zu umfassenden Fremdbetreuung des Kindes gehört in dieses Argumentationsmuster. Überforderungen durch allzu ambitionierte Eltern, die ihre Kinder in Schule und Freizeit zu Bestleistungen antreiben, werden dagegen selten aufgeführt. Gesellschaftlich sind Kinder längst zum „Projekt Zukunft“ mutiert (Honig 1982). Aber auch aus Sicht von Eltern scheint das Kind immer häufiger die Gestalt eines in die Zukunft gerichteten Projekts anzunehmen. Es wird viel investiert um dem Nachwuchs, und damit auch der Familie, eine gute soziale Position zu sichern. Das, was Annette Lareau (2003) „concerted cultivation“ genannt hat, ein durchstrukturierter Tagesablauf mit zahlreichen zusätzlichen Bildungsangeboten, gerne auch mit Auslandsaufenthalt und Sabbatical nach dem Abitur, und gezielter Vermittlung sozialer Kompetenzen, ist bei von sozialen Abstiegsängsten geplagten Mittelschichteltern oftmals Programm. Dem steht ein Erziehungsalltag, verbreitet in den unteren sozialen Schichten, gegenüber, den Lareau als „accomplishment of natural growth“ bezeichnet: wenig involvierte Eltern kämpfen darum, die kindliche Entwicklung irgendwie zu bewältigen.

Oft wird in diesem Zusammenhang die Auffassung vertreten, dass Kinder aus Scheidungsfamilien und Kinder, die bei nur einem Elternteil aufwachsen, schlechtere Entfaltungschancen und erhöhte Entwicklungsrisiken aufweisen als Kinder in so genannten „Normalfamilien“. Das erscheint zunächst plausibel. Allerdings

existieren keine gesicherten empirischen Befunde, dass die traditionelle Familie per se bessere Bedingungen für eine gesunde psychosoziale Entwicklung bietet als andere Familienformen (vgl. Schneider 2010). Entscheidend sind die ökonomischen Verhältnisse und hier befinden sich Alleinerziehende tatsächlich häufiger in deprivierten Situationen als traditionelle Familien.

Was wollen Eltern für ihre Kinder erreichen? Vorrangig wohl Erfolg und Lebensglück. Um Eltern in diesem Bestreben noch mehr zu unterstützen, benötigen sie eine weitere Verbesserung der sozialen Infrastruktur, möglicherweise auch verbesserte Angebote der Elternbildung zur gezielten Stärkung der Erziehungskompetenz. Weitere Verbesserungen materieller Unterstützung für die Familien, mit Ausnahme für solche in ökonomisch prekärer Lage, sind dagegen wenig hilfreich. Sie helfen weder den Kindern noch den Eltern entscheidend weiter, stattdessen tragen einige dieser Maßnahmen zur Verstetigung der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern bei. Gerade im Hinblick auf das Ehegattensplittung und die kostenfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung wurde diese Botschaft im Abschlussbericht der „Gesamtevaluation ehe- und familienpolitischer Leistungen“ recht eindeutig vermittelt (BMFSFJ 2014).

In den letzten Jahren wurde viel erreicht. Die Verbannung und Ächtung körperlicher Gewalt im Erziehungsgeschehen ist ein Beispiel für die deutliche Verbesserung der Entwicklungschancen der Kinder. Zu viel Protektionismus und eine weitere Romantisierung von Kindern und Kindheit scheinen dagegen kontraproduktiv. Die Idee, dass Kinder die besseren Menschen sind, ist obsolet. Ob Eltern, die ihren Kindern nur das Schöne und Gute erschließen und sich nicht mit ihnen auch über das Abgründige und über die Schattenseiten der Welt auseinanderzusetzen, wirklich das Beste für sie tun, darf bezweifelt werden. Gerade im Zeitalter der schwer kontrollierbaren Zugänge zur Angebotsflut des Internets können Kinder durch den kontrolliert erlernten Umgang mit Bedrohungen besser befähigt werden, sich selber zu schützen und im Sinne der Pfadabhängigkeit des Lebenslaufs (Elder 1994) ihr künftiges Leben als Erwachsene erfolgreicher zu gestalten.

Literatur

- Abels, Heinz, Michael-Sebastian Honig, Irmhild Saake, Ansgar Weymann. 2008. *Lebensphasen. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Ahnert, Lieselotte. 2010. *Wieviel Mutter braucht ein Kind?* Heidelberg: Spektrum Akademie.
- Andresen, Sabine, Isabell Diehm, Uwe Sander, Holger Ziegler. 2010. *Children and the Good Life: New Challenges for Research on Children*. Dordrecht: Springer VS.

- Ariès, Philippe. 1976. *Geschichte der Kindheit*. München: Hanser Verlag.
- Baumrind, Diana. 1991. The influence of parenting style on adolescent competence and substance use. *Journal of Early Adolescence* 11 (1): 56-95.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). 2014. *Endbericht. Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Maßnahmen und Leistungen in Deutschland*. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Bueb, Bernhard. 2006. *Lob der Disziplin*. Berlin: List.
- Bühler-Niederberger, Doris. 2011. *Lebensphase Kindheit*. Weinheim: Juventa.
- Chua, Amy. 1991. *Battle Hymn of the Tiger Mother*. Penguin Press. Deutsche Ausgabe: Schaden, Barbara, Amy Chua. 2011. *Die Mutter des Erfolgs. Wie ich meinen Kindern das Siegen beibrachte*. Zürich: Nagel & Kimche.
- Dorbritz, Jürgen, Sabine Diabaté. 2015. Leitbild Kinderlosigkeit: Kulturelle Vorstellungen zum Leben ohne Kinder. In *Familienleitbilder in Deutschland. Kulturelle Vorstellungen zu Partnerschaft, Elternschaft und Familienleben*, hrsg. Norbert F. Schneider, Sabine Diabaté, Kerstin Ruckdeschel, 113-132. Opladen: Barbara Budrich.
- Dornes, Martin. 2012. *Die Modernisierung der Seele. Kind – Familie – Gesellschaft*. Frankfurt: Fischer.
- Ehrhardt, Jens, Johannes Huinink, Martin Kohli, Ursula M. Staudinger. 2012. Theorien der Fertilität. In *Zukunft mit Kindern*, hrsg. Günter Stock et al., 72-115. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Elder, Glenn H. 1994. Time, Human Agency, and Social Change: Perspectives on the Life Course. *Social Psychology Quarterly* 57 (1): 4-15.
- Foucault, Michel. 1974. *Die Ordnung des Diskurses*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Fuhrer, Urs. 2005. Was macht gute Erziehung aus und wie können Eltern gute Erzieher werden? *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 25 (3): 231-247.
- Gottlieb, Gilbert. 1991. Experiential canalization of behavioral development: Results. *Developmental Psychology* 27 (1): 35-39.
- Guggenbühl, Allan. 2001. Kinder – romantische Fiktion oder Störfaktor? Plädoyer für eine gemäßigte Kinderfeindlichkeit. *Neue Züricher Zeitung* vom 22. Mai 2001.
- Honig, Michael S. 1992. *Verhäuslichte Gewalt*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Honig, Michael S. 1999. *Entwürfe einer Theorie der Kindheit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hornstein, Walter. 1994. Das schutzbedürftige Kind. Zur historischen Entwicklung des Kinderbildes und der Praxis des Kinderschutzes. In *Handbuch Medienerziehung im Kindergarten. Teil 1: Pädagogische Grundlagen*, hrsg. Deutsches Jugendinstitut, 573-586. Opladen: Leske+Budrich.
- Lareau, Annette. 2003. *Unequal Childhoods*. Berkeley: University of California Press.
- Juul, Jesper. 2009. *Dein kompetentes Kind: Auf dem Weg zu einer neuen Wertgrundlage für die ganze Familie*. Reinbek: rororo.
- Kraatz, Thomas. 2015. *Das verletzte Kind*. Saarbrücken: AV Akademikerverlag.
- Henry-Huthmacher, Christine, Michael Borchard, 2008. *Eltern unter Druck*. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- OECD. 2007. *Babies and Bosses – Reconciling Work and Family Life. A Synthesis of Findings of OECD Countries*. OECD. doi: 10.1787/9789264032477-en.
- Pfau-Effinger, Birgit, Thorsten Euler. 2014. Wandel der Einstellungen zu Kinderbetreuung und Elternschaft in Europa – Persistenz kultureller Differenzen. In *Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime*, hrsg. Brigitte Aulenbacher, Birgit Riegraf, Hildegard Theobald, 175-193. Baden-Baden: Nomos, Soziale Welt, Sonderband 20.

- Ravens-Sieberer, Ulrike, Nora Wille, Susanne Bettge, Michael Erhart. 2007. Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Ergebnisse der BELLA-Studie im Kinder- und Jugendgesundheitssurvey (KIGGS). *Bundesgesundheitsblatt- Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz*. doi: 10.1007/s00103-007-0244-4.
- Robert Koch-Institut (RKI). 2015. Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. <http://www.kiggs-studie.de>. Zugriffen: 10. November 2015.
- Robert Koch-Institut (RKI), Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. 2008. *Erkennen – Bewerten – Handeln: Zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland*. Berlin: Robert Koch-Institut.
- Schneider, Norbert F. 2010. Elternschaft in der Moderne. Soziologische Betrachtungen und ihre politischen Implikationen. In *Sehnsucht Familie in der Postmoderne*, hrsg. Jürgen Hardt et al., 25-43. Göttingen: Vandenhoeck & Rupprecht.
- Schneider, Norbert F., Sabine Diabaté, Detlev Lück. 2014. *Familienleitbilder in Deutschland. Ihre Wirkungen auf Familiengründung und Familienentwicklung*. Bonn: Konrad Adenauer-Stiftung.
- Schneider, Norbert F., Robert Naderi, Silvia Ruppenthal. 2012. Familie in Deutschland nach dem gesellschaftlichen Umbruch. Sind Ost-West-Differenzierungen in der Familienforschung zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung noch sinnvoll? *Zeitschrift für Familienforschung* 24: 29-53.
- Schulte-Markwort, Michael. 2015. *Burnout-Kids: Wie das Prinzip Leistung unsere Kinder überfordert*. München: Pattloch.
- Schweizer, Herbert. 2007. *Soziologie der Kindheit: Verletzlicher Eigen-Sinn*. Wiesbaden: Springer VS.
- Seitz, Stefanie B., Reinhard Heil. 2014. Epigenetik und Technikfolgenabschätzung. Steht die „Science of Change“ auch für gesellschaftlichen Wandel? *Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis* 23 (1): 59-63.
- Spiewak, Martin. 2010. Die Not ist riesengroß. Psychisch auffällige Kinder stellen die schwierigste Herausforderung für ein gemeinsames Lernen mit anderen dar. Ihre Zahl wächst rapide. *Zeit Online* vom 5. November 2010. <http://www.zeit.de/2010/45/Inklusion-Schule-Kinder>. Zugriffen: 11. November 2015.
- UNICEF. 2007. *Child poverty in perspective: An overview of child well-being in rich countries*. Innocenti Report Card 7. Florence: UNICEF.
- Winterhoff, Michael. 2008. *Warum unsere Kinder Tyrannen werden. Oder: Die Abschaffung der Kindheit*. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.

Partnerlosigkeit in Deutschland und im internationalen Vergleich

Jan Eckhard und Thomas Klein

Zusammenfassung

Der Aufsatz gibt einen Überblick über den gegenwärtigen Forschungsstand im Themenfeld der Partnerlosigkeit und der Partnerbindung. Behandelt werden der sozialwissenschaftliche Diskurs um den Themenbereich der Partnerlosigkeit, die Verbreitung von Paarbeziehungen in Deutschland und um deren Entwicklung in den letzten Jahrzehnten, der hierfür ausschlaggebende Prozess der Verkürzung von Paarbeziehungen, zentrale Einflussfaktoren der Bindungschancen, die Beziehungschancen im höheren Lebensalter sowie die Verbreitung und Entwicklung der Partnerlosigkeit im internationalen Vergleich.

Schlüsselwörter

Lebensformen, Singles, Alleinstehende, Paarbeziehung, Partnerschaft

1 Einleitung

Die Verbreitung stabiler partnerschaftlicher Bindungen in der Bevölkerung und dessen Entwicklung ist mit einer Vielzahl von sozialen und demografischen Implikationen verbunden. Ein hohe Verbreitung partnerloser Personen wirkt sich beispielsweise auf die Verbreitung von Kinderlosigkeit aus und ist somit von unmittelbarer Bedeutung für die demografische Entwicklung (Eckhard 2006). Darüber hinaus sind stabile Paarbeziehungen für die Subsidiarität der sozialen Sicherung,

377

für die Lebensbedingungen im Alter und für die Arbeitsmarktentwicklung von Bedeutung (Hradil 1995, S. 146ff.). Neben den Implikationen für Gesellschaft und Bevölkerung sollte ein weiterer Sachverhalt nicht vergessen werden: Wie Umfragen immer wieder zeigen, ist der Wunsch nach einer Partnerschaft – auch der Partnerlosen – weit verbreitet. Eine verlässliche Partnerschaft gehört für den überwiegenden Teil der Bevölkerung nach wie vor zu den wichtigsten Lebenszielen und ist daher ein zentraler Faktor der allgemeinen Lebenszufriedenheit.

In Anbetracht dieser vielfältigen Implikationen muss die Erforschung der Verbreitung, Entwicklung und der Ursachen fehlender Partnerbindung als eine zentrale Aufgabe der Demographie angesehen werden. Anliegen der nachfolgenden Erörterungen ist es daher, dem Leser dieses Sammelbands einen Überblick über den gegenwärtigen Forschungsstand im Themenfeld der Partnerlosigkeit und Partnerbindung zu vermitteln.

Nach einer einleitenden Darstellung des sozialwissenschaftlichen Diskurses um den Themenbereich der Partnerlosigkeit in Abschnitt 2 geht es in Abschnitt 3 um die Verbreitung von Paarbeziehungen in Deutschland und um deren Entwicklung in den letzten Jahrzehnten. Abschnitt 4 beleuchtet anschließend den hierfür ausschlaggebenden Prozess der Verkürzung von Paarbeziehungen. Anschließend werden in Abschnitt 5 die zentrale Einflussfaktoren der Bindungschancen diskutiert – d. h. es geht um die Frage, welche Rahmenbedingungen die Realisierung stabiler partnerschaftliche Bindungen begünstigen können und welche Faktoren im Gegenzug zu einem vergleichsweise niedrigen Risiko der Partnerlosigkeit beitragen. Eine gesonderte Erörterung erfolgt in Abschnitt 6 mit Bezug auf die Beziehungschancen im höheren Lebensalter. Zum Abschluss richtet sich der Blick auf die Verbreitung und Entwicklung der Partnerlosigkeit im internationalen Vergleich. Hierzu stellt Abschnitt 7 einige Überlegungen über sozialstaatliche Einflussfaktoren der Partnerbindung zusammen.

2 Partnerlosigkeit im sozialwissenschaftlichen Diskurs

Die Annahme einer rückläufigen Verbreitung von stabilen Paarbeziehungen lässt sich mit diversen gesellschaftstheoretischen Überlegungen begründen. Verwiesen wird zum einen auf eine wachsende soziokulturelle Optionsvielfalt der Lebensgestaltung und auf die zunehmende Idealisierung der Freiwilligkeit des Eingehens und Aufrechterhaltens persönlicher Beziehungen. So gehen die Individualisierungsthese (Beck 1986) sowie die These der Deinstitutionalisierung von Ehe und Familie (Tyrell 1988) davon aus, dass die „Freisetzung aus modernen ständischen

Geschlechtsschicksalen“ (Beck 1986, S. 194) respektive der „Abbau elementarer Selbstverständlichkeiten“ (Tyrell 1988, S. 154) dazu führt, dass Intimität und Sexualität nicht mehr automatisch mit einem impliziten Kommittent zu verlässlicher Paarsolidarität assoziiert sind. Die Betonung der Freiwilligkeit verstärkt zwar einerseits die identitätsstiftende Bedeutung der Paarbeziehung, sie sorgt aber zugleich auch dafür, dass eine realisierte oder sich anbahnende Partnerbindung permanenter Reflexion ausgesetzt und dadurch voraussetzungsvoller wird (Giddens 1991, S. 88-98).

Dass Partnerbindung zunehmend voraussetzungsvoller wird, ist zum anderen vor dem Hintergrund veränderter Bildungs- und Erwerbsbedingungen anzunehmen. Aus haushaltsökonomischer Sicht entfallen mit der Erwerbsbeteiligung von Frauen die Spezialisierungsvorteile arbeitsteilig organisierter Paarbeziehungen (Becker 1973). Mit der ökonomischen Unabhängigkeit von Frauen verbessern sich zudem die Alternativen zu bestehenden Paarbeziehungen bzw. die Möglichkeiten, auch ohne Partner auszukommen. So schließt Oppenheimer (1988) aus den verbesserten Bildungs- und Erwerbschancen für Frauen auf einen verringerten Versorgungsnutzen der Partnerbindung.¹

Auf ähnlichen Argumenten beruhte Mitte der 1980er Jahre auch die These einer drohenden „vollmobilen Single-Gesellschaft“ (Beck 1986: 199), die in den 1980er und 1990er Jahren Referenzpunkt einer breiten Diskussion um das Phänomen der Partnerlosigkeit wurde.² Zeitweise galten die „Singles“ gar als „Seismographen der Modernisierung“ und „Sperrspitze der Individualisierung“ (Hradil 1998). Vor allem die – häufig fehlinterpretierte – zunehmende Verbreitung von Ein-Personen-Haushalten erweckte in den Medien und in der Öffentlichkeit vielfach den Eindruck einer starken Zunahme der Partnerlosigkeit. Die Gleichsetzung von Ein-Personen-Haushalten mit Partnerlosigkeit beruhte nicht zuletzt auch auf einer selektiven Erfassung von Partnerschaften in der Forschung. Denn lange Zeit wurden Partnerschaften – sowohl in Umfragedaten als auch in der amtlichen Statistik – nur dann dokumentiert, wenn die Partner einen gemeinsamen Haushalt führten. Erst seit den späten 1980er Jahren konnte mit neueren Umfrageerhebungen gezeigt werden, dass die Gleichsetzung von Ein-Personen-Haushalten mit Partnerlosigkeit unzulässig ist und zu einer erheblichen Überschätzung der Partnerlosigkeit führt

-
- 1 Oppenheimer (1988, S. 583) sieht hierin eine Begründung speziell der niedrigen Eheschließungsbereitschaft, implizit aber unterstellt die Argumentation eine generelle Tendenz zu unverbindlicheren Beziehungen.
 - 2 Allerdings war die These der „Single-Gesellschaft“ ursprünglich keineswegs als Diagnose bestehender sozialer Verhältnisse gemeint, sondern vielmehr als eine idealtypische Konstruktion einer möglichen Entwicklungsfolge der Modernisierung (Beck 1986, S. 194ff.; Hradil 1995, S. 169ff.).

(Tölke 1991; Bayer und Bauereiß 1995; Bien und Bender 1995; Höhn und Dorbritz 1995; Hradil 1995; Schneider, Rosenkranz und Limmer 1998). Anhand von Retrospektivbefragungen konnte schließlich sogar gezeigt werden, dass nicht nur die aktuelle Verbreitung der Partnerlosigkeit überschätzt wurde, sondern auch deren Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten deutlich weniger dramatisch verlief, als es die Zunahme der Ein-Personen-Haushalte vermuten ließ. So zeigten die retrospektiven Partnerschaftsbiografien der ersten Welle des Familiensurvey (aus dem Jahr 1988) sogar eine weitgehende Konstanz der „Bindungsquoten“ (Klein 1999).

3 Empirische Befunde zur Entwicklung der Bindungsquoten

Mit Bezug auf das mittlere Erwachsenenalter – also auf die Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 60 Jahren – zeigen neuere Forschungsbemühungen (Eckhard 2015), dass der Befund relativ konstanter Bindungsquoten von Klein (1999) für den durch die damals verfügbaren Daten repräsentierten Zeitraum – der bis zum Ende der 1980er Jahre reicht – durchaus zutreffend war, dass es aber in der Folgezeit – also ab etwa 1990 – doch noch einen Rückgang der Partnerbindung gegeben hat. Wenn man sich auf stabile Partnerschaften mit einer Mindestdauer von einem Jahr bezieht, zeigt sich für die Zeit ab den frühen 1990er Jahren durchaus eine deutliche Abnahme des in einer festen Partnerschaft gebundenen Bevölkerungsanteils. Gleichwohl ist der Anteil der Partnerlosigkeit relativ konstant, denn dieser Rückgang der stabilen Partnerbindung geht in erster Linie mit einem Zuwachs von kurzfristigen Beziehungen mit einer unter-einjährigen Dauer einher und weniger mit einer Zunahme dauerhafter Partnerlosigkeit.

Die verschiedenen Datenquellen – vor allem das Sozio-ökonomische Panel, der Familiensurvey des Deutschen Jugendinstituts, das Beziehungs- und Familienpanel (pairfam) und der Survey of Health, Ageing, and Retirement in Europe (SHARE) – unterscheiden sich allerdings darin, ob und inwiefern auch kürzere Paarbeziehungen erfasst werden. Beispielsweise lässt sich mit dem SOEP für jedes Jahr seit 1991 ermitteln, zu welchen Anteilen die Bevölkerung in Partnerschaften gebunden oder partnerlos gewesen ist, im Unterschied zu Retrospektivdaten werden aber Paarbeziehungen im Jahr der Partnerschaftsgründung oder der Trennung nur dann dokumentiert, wenn der Beginn zeitlich vor bzw. das Ende einer Paarbeziehung zeitlich nach dem Interviewdatum liegt. Kürzere Beziehungen, die weniger als ein Jahr andauern, werden somit nur lückenhaft im SOEP erfasst. Auch zwischen den verschiedenen auf Retrospektivbefragungen beruhenden Datenquellen bestehen

Unterschiede. In den Familiensurvey-Erhebungen wurden die Befragten um Angaben über nur diejenigen ihrer vergangenen Beziehungen gebeten, die mindestens ein Jahr lang angedauert haben. Kürzere Paarbeziehungen werden im Familiensurvey somit nur dann dokumentiert, wenn sie zum Zeitpunkt der Erhebung existierten.³ SHARE und pairfam hingegen dokumentieren vergangene kürzere Partnerschaften, sofern der Befragte diese „wichtig“ findet. Im Resultat sind die kurzfristigen, d. h. der unter-einjährigen Paarbeziehungen, in pairfam und SHARE weitgehend erfasst, im Familiensurvey kaum erfasst und im SOEP nur sehr lückenhaft erfasst. Dementsprechend liegen die Bindungsquoten des SOEP in der Regel unter denen von SHARE und pairfam, aber über denen des Familiensurvey (Eckhard 2015: 36-38).

SOEP und Familiensurvey, die kurzfristige Beziehungen unter-erfassen, zeigen übereinstimmend einen Anstieg der Partnerlosigkeit in Deutschland seit Beginn der 1990er Jahre. So dokumentiert das SOEP für die deutsche Bevölkerung zwischen 18 und 60 Jahren ein Absinken der allgemeinen Bindungsquote von 82 Prozent im Jahr 1993 auf 75 Prozent im Jahr 2009 (Eckhard 2015: 50). Im Vergleich der Geburtskohorten lässt sich mit den gleichen Daten für den Altersbereich Mitte 20 ein Rückgang des in einer Partnerschaft gebundenen Bevölkerungsanteils von über 73 Prozent bei den Jahrgängen 1970-74 auf nur noch 66 Prozent bei den Geburtskohorten der späten 1970er und frühen 1980er Jahre feststellen. Im Altersbereich Mitte 30 sinkt die Verbreitung von Partnerschaften gemäß dem SOEP von 86 (Jahrgänge 1960-64) auf 81 Prozent (Jahrgänge 1970-74). Auch für die etwas höheren Altersstufen dokumentiert das SOEP eine abnehmende Verbreitung von Paarbeziehungen während der letzten zwei Jahrzehnte: für den Altersbereich Mitte 40 von 86 (Jahrgänge 1950-54) auf 82 Prozent (Jahrgänge 1960-64) und für den Altersbereich Mitte 50 von 83 (Jahrgänge 1940-44) auf unter 80 Prozent (Jahrgänge 1950-54).

Die partnerschaftsbiografischen Retrospektivdaten des Familiensurvey spiegeln auch die längerfristige Entwicklung wider. So zeigt der Familiensurvey einen Rückgang der Partnerbindung bereits ab den Geburtskohorten der 1940er Jahre. Der Rückgang fällt vor allem in die Zeit ab den späten 1980er Jahren – also in den Zeitraum, der von der älteren Studie von Klein (1999) aufgrund der damaligen Datenlage nicht mehr abgedeckt werden konnte. Dies zeigt sich daran, dass sich die Bindungsquoten im Altersbereich zwischen 24 und 26 Jahren besonders deutlich in der Abfolge der Kohorten 1960-64 und 1965-69 und im Altersbereich zwischen 30 und 34 Jahren relativ stark in der Abfolge der Kohorten 1950-54 und 1955-59 verringern (Eckhard 2015, S. 38-42).

3 Eine Ausnahme ist eine kleine Anzahl an Ehen mit einer unter-einjährigen Dauer. Ehen werden im Familiensurvey unabhängig von ihrer Dauer erfasst.

Mit den Daten von SHARE und pairfam kommt man zu ähnlichen Ergebnissen, wenn man in der Auswertung unter-einjährige Paarbeziehungen unberücksichtigt lässt.⁴ Etwas anders stellt sich die Entwicklung jedoch dar, wenn man auch kurze Paarbeziehungen einbezieht. Der Rückgang der Partnerbindung lässt sich dann auf der Basis von SHARE in einigen Altersbereichen kaum auszumachen und fällt insgesamt sehr viel moderater aus. Mit den Daten von pairfam ermittelt man für die jüngeren Jahrgänge – d.h. für die Jahrgänge 1971-73 und 1981-83 – sogar leicht ansteigende Bindungsquoten, wenn man auch kurzfristige Beziehungen einbezieht (Eckhard 2015). Der in SOEP und Familiensurvey dokumentierte Rückgang von mindestens einjährigen Beziehungen geht offenkundig nicht mit zunehmender Beziehungslosigkeit, sondern mit einer steigenden Verbreitung von sehr kurzfristigen (unter-einjährigen) Beziehungserfahrungen einher.

Im Ergebnis erfordert die Frage nach der Entwicklung der Partnerlosigkeit eine differenzierte Antwort: Versteht man unter Partnerbindung das Vorhandensein einer gewissen Stabilität der Paarbeziehung, dann ist eindeutig ein Rückgang der Partnerbindung und somit ein Anstieg der Partnerlosigkeit zu konstatieren. Geht man hingegen von einer Definition aus, die unter Partnerbindung auch sehr kurze Beziehungserfahrungen und instabile Verhältnisse subsumiert, so ist von einer weitgehenden Konstanz der Bindungs- bzw. Partnerlosigkeitsquoten zu sprechen.

4 Die Verkürzung der Beziehungsphasen

Diese Entwicklung bedeutet zugleich, dass kurze Beziehungsphasen mehr und mehr zunehmen. Mit den pairfam-Daten lässt sich zeigen, dass die Beziehungsdauer von Partnerschaften im Altersbereich Mitte 20 (24- 26 Jahre) bei den Jahrgängen 1971-74 bei etwa 14 Prozent der Beziehungen unter einem Jahr lag. Bei den Jahrgängen 1981-84 sind es sogar ca. 16 Prozent der im Altersbereich Mitte 20 existierenden Partnerschaften (Eckhard 2015:43).

Um einen Vergleich mit älteren Jahrgängen zu ermöglichen, lässt sich wiederum der Familiensurvey heranziehen. Im Familiensurvey ist zwar der Beziehungsbeginn nur jahresgenau erfasst und unter-einjährige Beziehungen werden nicht dokumentiert, von einer unter-einjährigen Bindungsdauer kann aber dann ausgegangen werden, wenn eine Beziehung im betreffenden Altersjahr erst begonnen wurde. Wie eine entsprechende Auswertung des Familiensurveys zeigt, waren die

4 Mit SHARE lassen sich hierbei die älteren Jahrgänge, mit pairfam hingegen die jüngeren Jahrgänge abbilden.

Beziehungen im Alter zwischen 24 und 26 Jahren bei den Jahrgängen 1950-1954 zu nur 4,6 Prozent weniger als ein Jahr alt. In der Abfolge der nachfolgenden Generationen wächst der Anteil derer, die in diesem Alter erst seit kurzer Zeit mit ihrem Partner oder ihrer Partnerin zusammen sind. In Bezug auf die Anfang bis Mitte der 1960er Jahre Geborenen sind von denjenigen, die im Alter Mitte 20 eine Beziehung führen, ca. 11 Prozent weniger als ein Jahr lang mit ihrem Partner oder ihrer Partnerin zusammen. Aufgrund der Nicht-Erfassung von Beziehungen, die insgesamt nur maximal 11 Monate dauerten, ist hierbei allerdings eine Unterschätzung kürzerer Beziehungsdauern in Rechnung zu stellen. Dennoch deutet sich in den Familiensurvey-Auswertungen an, dass bereits in der Abfolge der 1950er und 1960er Jahrgänge eine Verkürzung der Beziehungsdauern stattgefunden hat. Dass kürzere Bindungsdauern über die Generationenfolge zugenommen haben, ist ferner auch mit Blick auf höhere Altersbereiche zu beobachten (Eckhard 2015).

Diese Entwicklung spiegelt die zunehmende Destabilisierung der Partnerschaften wider. Auf der Grundlage des Familiensurvey zeigt sich ein Anstieg des Trennungsrisikos von Partnerschaften, welcher sich deutlich stärker ausnimmt als der allseits bekannte Anstieg des Scheidungsrisikos von Ehen. Gegenüber den Partnerschaften der 1930er Jahrgänge werden die Partnerschaften bei den 1940er Jahrgängen demnach etwa doppelt so oft, bei den 1950er Jahrgängen schon über dreimal so häufig, bei den 1960er Jahrgängen bereits über viermal so häufig und bei den 1970er Jahrgängen schließlich über sechsmal so häufig getrennt (Eckhard 2010: 70-77).⁵

Mit dem Familiensurvey lässt sich darüber hinaus auch zeigen, dass der Anstieg der Partnerlosigkeit im mittleren Erwachsenenalter ab den 1940er Jahrgängen überwiegend eine Zunahme der trennungsbedingten Partnerschaftslosigkeit und weniger eine Zunahme dauerhafter Partnerlosigkeit ist. Der Anteil derjenigen, die im Alter von 30 Jahren seit weniger als 3 Jahren ohne Partnerschaft sind, hat sich in der Abfolge der Jahrgänge immer weiter ausgedehnt. Im Vergleich der Jahrgänge 1940-1949 und 1960-1969 steigt dieser Anteil bei den Frauen von 1,8 Prozent auf 3,7 und bei den Männern von 2,6 Prozent auf 4,5. Der Anteil derjenigen, die bereits länger als 3 Jahre partnerlos sind und der Anteil derjenigen ohne Beziehungserfahrungen verändert sich in der Jahrgangsabfolge hingegen bei Frauen nur wenig (Eckhard 2010: 103-107). Lediglich bei Männern ist auch eine nennenswertere Zunahme der längerfristigen Partnerlosigkeit festzustellen. Während bei Männern

5 Diese Werte wurden unter Kontrolle der Partnerschaftsdauer und des Alters der Beziehungspartner berechnet. Dass erste Partnerschaftserfahrungen bei den jüngeren Kohorten zunehmend schon im frühen Lebensalter gemacht werden, ist hierbei also bereits in Rechnung gestellt.

der Anteil der, die im Alter von 30 Jahren noch ohne mindestens einjährige Beziehungserfahrungen waren, bei den Jahrgängen 1940-1949 noch bei etwa 12 Prozent lag, sind es bei den Jahrgängen 1960-1969 16 Prozent (Eckhard 2010)

5 Hintergründe und Einflussfaktoren der Realisierung stabiler Partnerbindung

Über mögliche Einflussfaktoren des Partnerlosigkeitsrisikos lassen sich in der Forschungsliteratur viele theoretische Überlegungen finden, die sich allerdings nur schwer zusammenführen lassen. Dies liegt nicht nur daran, dass den verschiedenen Annahmen unterschiedliche Theorieparadigmen zugrunde liegen, sondern vor allem auch daran, dass Erklärungen der Partnerlosigkeit sowohl mögliche Barrieren des Eingehens als auch Gründe für die Beendigung von Partnerschaften berücksichtigen müssen. Sie müssen zudem in Rechnung stellen, dass sowohl der Verbleib im Zustand der Partnerlosigkeit als auch das Ende einer Beziehung aus der Sicht des Akteurs einerseits freiwillig und selbstgesteuert und andererseits unfreiwillig und fremdgesteuert sein kann. So kann Partnerlosigkeit aus Trennungen resultieren und somit Folge von Umständen sein, die zu einer niedrigen Beziehungstabilität führen. Partnerlosigkeit kann aber auch auf schlechten Chancen beruhen, als Partner ausgewählt zu werden. Und sie kann zudem auch darauf beruhen, dass Paarbeziehungen nur bei Erfüllung bestimmter Ansprüche oder im Extremfall überhaupt nicht gewünscht werden. Eine erschöpfende theoretische Verortung der jeweils relevanten Einflussfaktoren würde den Rahmen dieser Abhandlung daher überschreiten. Vereinfachend beziehen wir uns hier daher auf drei zentrale Parameter, nämlich erstens auf den erwarteten Beziehungsgewinn, zweitens auf die Opportunitätskosten und drittens auf die Transaktionskosten.⁶

Von Bedeutung für den (subjektiv erwarteten) Beziehungsgewinn sind die Erwerbspartizipation und die Einkommenschancen von Frauen, die – wie oben bereits angesprochen wurde – in theoretischer Sicht mit einem Bedeutungsverlust der Versorgungsfunktion von Paarbeziehungen sowie auch mit verbesserten Alternativen gegenüber dem Leben in einer Paarbeziehung einhergehen. Aus

6 Anknüpfend an modernisierungstheoretische Annahmen (z. B. Giddens 1991) lässt sich davon ausgehen, dass Partnerbindung in der Moderne das Ideal der Freiwilligkeit impliziert und daher rationalen Entscheidungsprozessen unterliegt. Chancen und Ambitionen der Partnerschaftsgründung sowie auch die Stabilität bestehender Paarbeziehungen lassen sich vor diesem Hintergrund aus der Relation des Nutzens und der Kosten partnerschaftlicher Bindungen herleiten.

verhandlungstheoretischer Sicht führen beiden Faktoren zu einem verminderten „Drohpunkt“ der Entscheidung gegen eine bestimmte Paarbeziehung (Ott 1992). Unterstellt man eine persistierende Wirkmächtigkeit tradierter Geschlechterrollen im Sinne des vielzitierten male breadwinner model, so ist zudem davon auszugehen, dass zunehmende Arbeitsmarktschwierigkeiten von Männern einen negativen Effekt auf den zu erwartenden Beziehungsgewinn und somit auf die Partnerschaftsgründungsneigung und auf die Beziehungsstabilität haben. Vice versa bieten Männer mit guten Erwerbschancen einen hohen Beziehungsgewinn, der hypothetisch mit guten Partnerschaftsgründungschancen und einer hohen Beziehungsstabilität einhergeht.

Mit den Opportunitätskosten ist beispielsweise angesprochen, dass die Festlegung auf eine konkrete Paarbeziehung impliziert Einschränkungen der berufsbezogenen Flexibilität und ist in diesem Sinne mit Opportunitätskosten der Partnerbindung verbunden. Ein Zusammenhang zwischen sozialstrukturellen Veränderungen und wachsenden Opportunitätskosten der Partnerbindung lässt sich in mehrfacher Hinsicht vermuten. Erstens ist auf die verlängerten Ausbildungsphasen hinzuweisen. Ausbildungsphasen sind in der Regel durch ein hohes Maß an Unsicherheit über den zukünftigen Karriereverlauf gekennzeichnet. Die biografische Unsicherheit erfordert, dass Zukunftsoptionen möglichst offen gehalten werden, um potenzielle Bildungserträge nicht zu gefährden. Während der Ausbildung bestehen daher hohe Kosten der Festlegung auf einen bestimmten Partner (Oppenheimer 1988: 583).

Die Transaktionskosten der Partnerfindung bestimmen sich in erster Linie durch jahrgangsspezifische Engpässe auf dem Partnermarkt. Damit gemeint sind unterschiedliche numerische Relationen von altersmäßig zueinander passenden Männern und Frauen. Diese Relationen fallen, wie aktuelle Untersuchungen zeigen, für einzelne Männer- und Frauenjahrgänge sehr ungünstig aus (Eckhard, Stauder und Wiese 2015). Beispielsweise stehen Männerjahrgänge, die kurz vor oder während des Geburtenrückgangs der frühen 1970er Jahre geboren wurden, zahlenmäßig kleineren nachwachsenden Frauenjahrgängen gegenüber. Umgekehrt stehen Frauen, die kurz nach einem oder während eines Geburtenanstiegs geboren wurden, einem verhältnismäßig kleinen Angebot an Männer aus älteren Jahrgängen gegenüber. Aufgrund der überproportional häufigen Ost-West-Wanderungen von Frauen in den 1990er Jahren (Hunt 2006; Mai 2006) werden Partnermarktengpässe zudem für die in den 1970er und 1980er Jahren geborenen ostdeutschen Männerjahrgänge vermutet (Stauder 2011).

Für die genannten Vermutungen lassen sich in der Literatur einige empirische Evidenzen finden. Dokumentiert sind Ausbildungsphaseneffekte auf das Zusammenwohnen mit einem Partner (Lengerer 2010, S. 184ff.; 2012, S. 261ff.), negative Effekte der Erwerbsbeteiligung von Frauen auf die Stabilität von Ehen (z. B. Rapp 2013) und auf das Zusammenwohnen mit einem Partner (Lengerer 2010, S. 171f.,

191f.), steigende Effekte der Arbeitslosigkeit von Männern auf das Scheidungsrisiko (Rapp und Franzese 2013) und auf das Alleinwohnen ohne einen Partner im Haushalt (Lengerer 2010, S. 190ff., 2012, S. 264ff.) sowie schließlich Partnermarkteffekte auf Eheschließungs- (Klein 1993) und Scheidungsraten (Klein 1994). Neuere Untersuchungen auf Basis des SOEP bestätigen nun, dass sich entsprechende Zusammenhänge auch mit Blick auf das Partnerlosigkeitsrisiko aufzeigen lassen (Eckhard 2014). So zeigt sich ein risikosteigernder Effekt der Erwerbsbeteiligung von Frauen auf die Partnerlosigkeit. Darüber hinaus zeigt sich, dass dieser Effekt eine partielle Erklärung für die steigenden Partnerlosigkeitsquoten in der Jahrgangsabfolge liefert. Zudem zeigen sich ein negativer Effekt der beruflichen Positionierung von Männern und ein steigender Effekt der Arbeitslosigkeit auf das Risiko der Partnerlosigkeit. Der Positionierungseffekt trägt allerdings nicht zur Aufklärung der Kohortenunterschiede bei und steht somit in keinem Zusammenhang mit der zeitlichen Entwicklung. Der Arbeitslosigkeitseffekt lässt hingegen durchaus als einer der Hintergründe der höheren Partnerlosenquoten jüngerer Jahrgänge auffassen. Im genannten Effekt der Arbeitslosigkeit auf das Partnerlosigkeitsrisiko kommt neben einer verminderten Beziehungsattraktivität der Betroffenen möglicherweise auch zum Ausdruck, dass berufsbiografische Unsicherheiten mit höheren Opportunitätskosten der Festlegung auf einen bestimmten Beziehungspartner einhergehen. In diesem Sinne lassen sich auch weitere Befunde der Untersuchung interpretieren. So zeigt sich ein erhöhender Effekt von instabiler Beschäftigung auf das Partnerlosigkeitsrisiko von Frauen und von Ausbildungsphasen auf das Partnerlosigkeitsrisiko beider Geschlechter. Die Untersuchungen bestätigen darüber hinaus auch die Annahme, dass Partnerlosigkeit bei bestimmten Frauen- und Männerjahrgängen auf erhöhte Transaktionskosten zurückzuführen ist, die aus Engpässen auf dem Partnermarkt resultieren. So unterscheiden sich etwa die Partnerlosigkeitsanteile der in den 1960er und den frühen 1970er Jahren geborenen Männer unter Kontrolle der regionalen Partnermarktlage kaum noch voneinander. Auch die hohe Verbreitung der Partnerlosigkeit bei den jüngsten ostdeutschen Männerjahrgängen und bei den jüngsten westdeutschen Frauenjahrgängen steht z. T. in einem Zusammenhang mit deren restriktiver Partnermarktlage.

6 Partnerbindung im höheren Lebensalter

Eine spezielle Bedeutung haben Partnerbindung und Partnerlosigkeit im höheren Erwachsenenalter. Diesbezüglich muss die Entwicklung von Partnerlosigkeit und Partnerbindung anders beurteilt werden als mit Bezug auf das mittlere Erwach-

senenalter. Zum einen gibt es in der Verbreitung von Partnerschaften im Alter über 60 Jahren große Unterschiede zwischen Männern und Frauen, zum anderen zeigt sich für diesen Altersbereich eine starke Zunahme der Partnerlosigkeit mit fortschreitendem Alter. So zeigt etwa die Generali Altersstudie (Generali Zukunftsfonds und Institut für Demoskopie Allensbach 2012), dass kaum mehr als 10 Prozent der 65-69-jährigen Männer nicht mit einer Partnerin zusammenlebt, während es bei den gleichaltrigen Frauen etwa 30 Prozent sind, die nicht mit einem Partner zusammen leben. Unter den 80- bis 85-jährigen sind es bereits 30 Prozent der Männer und 70 Prozent der Frauen (Klein und Rapp 2012). Hintergrund dieser Unterschiede ist, dass Partnerlosigkeit im Alter häufig infolge des Versterbens des Partners entsteht, dass Frauen durchschnittlich länger leben als Männer, und dass Frauen meist ohnehin jünger sind als ihr Partner.

Wenngleich die Zunahme von Scheidungen und Trennungen in den letzten Jahren den Partnerlosenanteil erhöht haben mag, spielen im Alter Mortalitätseffekte in Verbindung mit dem Altersunterschied die entscheidendere Rolle. Allerdings reduzieren sich im Zuge des allgemeinen Anstiegs der Lebenserwartung auch die Geschlechterunterschiede der Sterblichkeit, so dass der Anteil der mortalitätsbedingten Partnerlosigkeit sinkt. Außerdem ist Partnerlosigkeit bei den heute 65-85-Jährigen, die in den Jahren 1931 bis 1951 geboren wurden, vor allem auch deshalb weniger verbreitet als in vorangegangenen Generationen, weil die Kriegstoten des 2. Weltkriegs und der dadurch verursachte Frauenüberschuss kaum noch eine Rolle spielen. Bei den vor 1927 geborenen Jahrgängen hingegen hatten viele Frauen ihren Mann früh verloren oder sind aufgrund des kriegsbedingten Männermangels dauerhaft partnerlos geblieben. Bei Frauen aus diesen Jahrgängen war daher Partnerlosigkeit zeitlebens stärker verbreitet als in den nachfolgenden Generationen (Lengerer 2010, S. 141). Im „Zuge des Aussterbens der Geburtskohorten, die vom Krieg betroffen waren, und der Reduktion der Sterblichkeitsunterschiede zwischen den Geschlechtern“ ist die Verbreitung von Partnerlosigkeit im höheren Alter gegenwärtig und in den letzten Jahren rückläufig (Lengerer und Klein 2007). In Anbetracht der Destabilisierung von Partnerschaften, die derzeit für das mittlere Erwachsenenalter beobachtet werden kann, ist aber davon auszugehen, dass in Zukunft wieder ein größerer Anteil der älteren Bevölkerung partnerlos sein wird (Klein und Rapp 2012).

Mit Blick auf die Beziehungschancen im höheren Alter stellt sich darüber hinaus die Frage, ob ähnliche Bestimmungsgründe zu unterstellen sind wie im jüngeren Erwachsenenalter oder ob für den späteren Lebensabschnitt andere Einflussfaktoren relevant werden. Beispielsweise ist unklar, ob Schichtunterschiede der Bindungschancen – wie sie sich im jüngeren Alter u. a. im Effekt der Berufsposition bei Männern widerspiegeln – auch nach dem Übergang in den Ruhestand bedeutsam

bleiben. Bislang weiß man über Einflussfaktoren der Partnerbindung im höheren Alter – abgesehen vom Einfluss der Sterblichkeit – kaum etwas. An der Universität Heidelberg wird jedoch derzeit das Forschungsprojekt „Determinanten der Verpartnerung im mittleren und höheren Erwachsenenalter“ durchgeführt, dessen Zielsetzung es ist, die Determinanten der Partnerbindung im höheren Alter zu erforschen (<http://www.soz.uni-heidelberg.de/projekt/details/835,77,0,0,1.html>).

7 Partnerlosigkeit im internationalen Vergleich

Von Bedeutung für die Chancen auf Realisierung stabiler Bindung ist nicht zuletzt auch der sozialstaatliche Kontext. Kaufmann (1995) spricht in diesem Zusammenhang von „struktureller Rücksichtslosigkeit gegenüber der Familie“ und bezieht sich dabei auf strukturelle und institutionelle Bedingungen auch der Partnerbindung. Diese entstammen unter anderem aus dem Sozialstaatssystem und der Familienpolitik. Mills und Blossfeld (2005) sprechen von „institutional filters“, die je nach staatlich-politischer Ausgestaltung die neuen Risiken biografischer Entscheidungen (u. a. „partnership decisions“ und „long-term binding commitments“, ebd.: 3, 18) abmildern und Entscheidungsunsicherheiten verringern können (ähnlich auch Beck 1986: 201ff.). Damit ist angesprochen, dass nicht zuletzt auch staatliche Rahmenbedingungen für die Chancen der Partnerbindung von Bedeutung sind.

So stellt sich beispielsweise die Frage, inwiefern sozialstaatliche Rahmenbedingungen den negativen Effekt unsicherer Beschäftigungsbedingungen auf die Bindungschancen abmildern können. Generell sind Dekommodifizierungseffekte zu erwarten (vgl. auch Mills und Blossfeld 2005: 13), die abschwächend auf den Zusammenhang zwischen den arbeitsmarktbezogenen Unsicherheiten und den Flexibilitätserfordernissen wirken. Anzunehmen ist, dass die Effekte der Arbeitsplatzsituation mit steigendem Dekommodifizierungsgrad schwächer ausfallen.

Erwartungsgemäß sind außerdem die familienpolitischen Ausrichtungen der Staaten von Bedeutung für die Verbreitung von stabilen Partnerschaften. Dies betrifft an erster Stelle die Frage, ob eine Unterstützung arbeitsteiliger oder egalitärer Geschlechterbeziehungen stattfindet. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Bildungs- und Erwerbspartizipation von Frauen ist hierbei von Bedeutung, dass höhergebildete Frauen, die viel in ihre Ausbildung investiert haben und sich gute Erwerbschancen erarbeitet haben, sich mehrheitlich am Ideal der egalitären Zweiverdiener-Beziehung orientieren dürften und vermutlich weniger Interesse an einer arbeitsteiligen Hausfrauenbeziehung haben. Die wachsende Zahl höhergebildeter und Frauen mit guten Erwerbschancen kann ihre Idealvorstellung von Partnerschaft

somit besser in jenen Staaten verwirklichen, die eine Unterstützung egalitärer Beziehungen praktizieren und weniger in solchen, deren Familienpolitik sich – implizit oder explizit – am sogenannten male breadwinner model ausrichtet. Bei einer starken Privilegierung des arbeitsteiligen Beziehungsmodells ist entsprechend eine vergleichsweise niedrige Bindungsneigung der Höherqualifizierten zu erwarten.

Familienpolitikprofile sind möglicherweise auch im Hinblick auf spezifisch männerbezogene Determinanten der Bindungschancen von Bedeutung. Zu vermuten ist, dass eine institutionelle Etablierung des arbeitsteiligen Beziehungsmodells dafür sorgt, dass Männer mit niedrigem Einkommenspotential als Bindungspartner besonders unattraktiv sind. Dies ist weniger der Fall, wenn egalitäre Beziehungsmuster gefördert und etabliert werden. Denn sowohl die materielle Situation als auch das Sozialprestige der Frau wird in egalitären Zweiverdiener-Beziehungen sehr viel weniger von den Merkmalen des Partners und sehr viel mehr durch die eigene Positionierung bestimmt. Limitierte Bindungschancen von Männern mit niedriger beruflicher Positionierung und mit schlechten Arbeitsmarktchancen sind daher vor allem in Staaten zu erwarten, die lange das arbeitsteilige Beziehungsmodell gefördert haben. In Staaten, in denen das egalitäre Beziehungsmodell fortschreitend institutionalisiert wurde, sollte die Beschäftigungssituation hingegen einen geringeren Einfluss auf die Bindungschancen der Männer haben.

Ob und inwiefern diese Annahmen über den Einfluss staatlicher Rahmenbedingungen zutreffend sind, lässt sich anhand des derzeitigen Stands der Forschung nicht abschließend beurteilen. International-vergleichende Untersuchungen über das Eingehen oder die Verbreitung von Paarbeziehungen basieren in der Regel auf Information über das Zusammenwohnen mit einem Partner in einem gemeinsamen Haushalt (z. B. Macura, Mochizuki-Sternberg und Garcia 2002; Finnäs 1995; Schoen 1992; Gamichael 1995; Mills, Blossfeld und Klijzing 2005; Corijn und Klijzing 2001; Irwin 1995; Liefbroer 1999). Hierbei bleibt letztlich unklar, in welchem Ausmaß die Verbreitung von Paarbeziehungen hierdurch unterschätzt wird. Folgt man verschiedenen Studien über die Verbreitung von Paarbeziehungen mit gemeinsamen Haushalten, so lassen sich durchaus einige Evidenzen für die oben vermuteten Thesen finden. Etwa zeigt Kiernan (2000, S. 48; 2002, S. 62), dass Paarbeziehungen unter den 20 bis 40-jährigen in den Ländern Europas sehr ungleich verbreitet sind – mit besonders niedrigen Anteilen in Ländern mit niedrigem Dekommodifizierungsgrad und einer Ausrichtung am arbeitsteiligen Beziehungsmodell, wie Spanien und Italien. Aus der Untersuchung von Klein, Lengerer und Uzelac (2002) geht hervor, dass in den 1990er Jahren ein Rückgang an Paaren mit einem gemeinsamen Haushalt zwar in vielen Ländern stattgefunden, in besonderem Ausmaß aber wiederum in den südeuropäischen Ländern wie Italien und Spanien. Für Frankreich hingegen, dessen Familienpolitik egalitäre Zweiverdiener-Beziehungen unterstützt, zeigt die Studie

keinen Rückgang der Verbreitung von Partnerschaften. Zahlreiche Studien aus der Lebenslaufforschung zeigen ferner, dass der Übergang in eine (erste) Partnerschaft mit einem gemeinsamen Haushalt in den skandinavischen Ländern, die für einen hohen Dekommodifizierungsgrad und Unterstützung der Zweiverdiener-Beziehung stehen, sehr früh im Lebenslauf erfolgt, während sehr späte Übergänge wiederum in den südeuropäischen Ländern zu beobachten sind (Corijn und Klijzing 2001; Liefbroer 1999; Billari 2004).

8 Ausblick

Wie der Überblick über die wissenschaftliche Forschung im Themenfeld von Partnerlosigkeit und Partnerbindung zeigt, ist dieses Forschungsfeld in Teilen bereits gut erschlossen, während in anderen Teilen noch Forschungslücken bestehen. Für Deutschland gut erforscht ist insbesondere die Verbreitung und Entwicklung von Partnerbindung im jüngeren und mittleren Erwachsenenalter. Wie die diesbezügliche Forschung zeigt, ist die Verbreitung von stabileren Paarbeziehungen seit Beginn der 1990er Jahre rückläufig: Alle Umfrageerhebungen stimmen darin überein, dass Paarbeziehungen mit einer Dauer von wenigstens einem Jahr seltener geworden sind. Die Bezugnahme auf Beziehungen mit einer Mindestdauer von einem Jahr ist hierbei sicher nicht nur aus forschungspragmatischen Gründen zielführend. Naheliegend ist die Vermutung, dass kurzlebigere Paarbeziehungen vielfach mit einem andersartigen Beziehungsverständnis und anderen Qualitäts- und Verbindlichkeitsansprüchen verbunden sind. Die Bezugnahme auf Beziehungen mit einer einjährigen Mindestdauer entspricht daher letztlich auch den gesellschaftstheoretischen Annahmen, die sich auf veränderte Voraussetzungen speziell für die verbindliche Festlegung auf eine Partnerschaft beziehen. Darüber hinaus ist zu bedenken, dass die eingangs angesprochene gesellschaftliche und demografische Relevanz von Partnerbindung – etwa die Implikationen für die Geburtenentwicklung, für die Subsidiarität der sozialen Sicherung oder für die Lebensbedingungen im Alter – sich ebenfalls primär auf die Verbreitung stabiler Partnerbindungen, weniger hingegen auf kurzfristige Beziehungserfahrungen bezieht.

Bekannt sind außerdem bereits zentrale sozialstrukturelle Einflussfaktoren der Bindungschancen im jüngeren und mittleren Erwachsenenalter. Die betreffenden Untersuchungen verdeutlichen zudem den Zusammenhang zwischen diversen sozialstrukturellen Entwicklungen und dem Anstieg der Partnerlosigkeit in den letzten Jahrzehnten. Allerdings liefern die Untersuchungen lediglich eine partielle, keine vollständige Erklärung des historischen Trends. Hieraus resultiert weiterer

Forschungsbedarf. So stellt sich unter anderem die Frage, inwiefern die Partnerlosigkeitsrisiken des einen Geschlechts von den Partnerschaftsbedingungen des jeweils anderen Geschlechts abhängig sind. Wenn eine sozialstrukturelle Entwicklung zu einer reduzierten Partnerschaftsneigung z. B. der jüngeren Frauenjahrgänge führt, dann schlägt sich dies auch auf die Bindungsmöglichkeiten der jüngeren Männerjahrgänge nieder. Erklärungszusammenhänge dieser Art wurden bisher noch nicht untersucht. Noch nicht geklärt ist außerdem, in welchem Maß neben sozialstrukturellen Veränderungen auch soziokulturelle Wandlungsprozesse zur Reduzierung der Partnerbindung beigetragen haben.

Während die Hintergründe der Partnerlosigkeit bzw. der abnehmenden Partnerbindung mit Bezug auf das jüngere und mittlere Erwachsenenalter vergleichsweise gut erforscht sind, weiß man mit Bezug auf das höhere Lebensalter noch vergleichsweise wenig. Weiterführende Erkenntnisse hierzu sind allerdings in naher Zukunft von dem Forschungsprojekt „Determinanten der Verpartnerung im mittleren und höheren Erwachsenenalter“ zu erwarten, das seit kurzem an der Universität Heidelberg durchgeführt wird.

Noch wenig bekannt ist ferner über die internationalen Unterschiede der Verbreitung, Entwicklung und Einflussfaktoren der Partnerbindung. Bislang fehlt ein systematischer Vergleich der altersspezifischen Bindungsquoten in verschiedenen Ländern welcher auch die zunehmenden haushaltsübergreifenden Paarbeziehungen berücksichtigt.

Literatur

- Bayer, Hiltrud, Renate Bauereiß. 1995. Alleinstehend und Alleinlebend. Die „Singles“ in der amtlichen Statistik. In *Das Individuum und seine Familie. Lebensformen, Familienbeziehungen und Lebensereignisse im Erwachsenenalter*, hrsg. H. Bertram. Opladen: Leske+Budrich.
- Beck, Ulrich. 1986. *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Becker, Gary S. 1973. A Theory of Marriage: Part I. *Journal of Political Economy* 81 (2): 813-846.
- Bien, Walter, Donald Bender. 1995. Was sind Singles? Ein alltagstheoretischer Zugang zur Problematik. In *Das Individuum und seine Familie. Lebensformen, Familienbeziehungen und Lebensereignisse im Erwachsenenalter*, hrsg. H. Bertram. Opladen: Leske+Budrich.
- Billari, Francesco C. 2004. Becoming an Adult in Europe: A Macro/(Micro)-Demographic Perspective. *Demographic Research, Special Collection* 3: 15-44.
- Corijn, Martine, Erik Klijzing. 2001. *Transitions to Adulthood in Europe*. Dordrecht: Kluwer.

- Eckhard, Jan. 2006. Kinderlosigkeit durch Partnerschaftslosigkeit. Der Wandel der Partnerschaftsbiographien und Zusammenhänge mit der Geburtenentwicklung. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 31 (1): 105-126.
- Eckhard, Jan. 2010. *Partnerschaftswandel und Geburtenrückgang*. Berlin: Suhrkamp.
- Eckhard, Jan. 2014. Der sozialstrukturelle Kontext der zunehmenden Partnerlosigkeit in Deutschland. *Zeitschrift für Soziologie* 43 (5): 341-360.
- Eckhard, Jan. 2015. Abnehmende Bindungsquoten in Deutschland – Ausmaß und Bedeutung eines historischen Trends. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 67 (1): 27-55.
- Eckhard, Jan, Johannes Stauder, Daniel Wiese. 2015. Die Entwicklung des Partnermarkts im Längsschnitt – Alters- und Kohorteneffekte. In *Sonderheft 2015 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, hrsg. K. Hank, M. Kreyenfeld. Wiesbaden: Springer VS.
- Finnäs, Fjalar. 1995. Entry into Consensual Unions and Marriages among Finnish Women Born between 1938 and 1967. *Population Studies* 49 (1): 57-70.
- Gamichael, Gordon A. 1995. Consensual Partnering in the More Developed Countries. *Journal of the Australian Population Association* 12 (1): 51-86.
- Generali Zukunftsfonds, Institut für Demoskopie Allensbach, 2012. *Generali Altersstudie 2013 – Wie ältere Menschen leben, denken und sich engagieren*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Giddens, Anthony. 1991. *The Consequences of Modernity*. Standfort: Standfort University Press.
- Höhn, Charlotte, Jürgen Dorbritz. 1995. Zwischen Individualisierung und Institutionalisierung: familiendemographische Trends im vereinten Deutschland. In *Familie im Brennpunkt von Wissenschaft und Forschung*, hrsg. B. Nauck, C. Onnen-Isemann. Neuwied, Kriftel, Berlin: Luchterhand.
- Hradil, Stefan. 1995. *Die „Single-Gesellschaft“. Perspektiven und Orientierungen*. München: Beck.
- Hradil, Stefan. 1998. Die Seismographen der Modernisierung. Singles in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 53: 9-16.
- Irwin, Sarah. 1995. *Rights of Passage. Social Change and the Transition from Youth to Adulthood*. London: University College London.
- Kaufmann, Franz-Xaver. 1995. *Zukunft der Familie im vereinigten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen*. München: Beck'sche Verlagsbuchhandlung.
- Kiernan, Kathleen. 2000. European Perspectives on Union Formation. In *The Ties that Bind. Perspectives on Marriage and Cohabitation*, hrsg. L. J. Waite. New York: Aldine de Gruyter.
- Kiernan, Kathleen. 2002. The State of European's Unions: An Analysis of Partnership Formation and Dissolution. In *Dynamics of Fertility and Partnership in Europe. Insights and Lessons from Comparative Research. Vol. 1.*, hrsg. M. Macura, G. Beets. New York, Genf: United Nations.
- Klein, Thomas. 1993. Marriage Squeeze und Heiratsverhalten. Eine empirische Untersuchung zum Einfluß struktureller Faktoren auf den individuellen Lebensverlauf. In *Der Familienzyklus als sozialer Prozeß. Bevölkerungssoziologische Untersuchungen mit den Methoden der Ereignisanalyse*, hrsg. A. Diekmann, S. Weick. Berlin: Duncker&Humblot.
- Klein, Thomas. 1994. Marriage Squeeze und Ehestabilität. Eine empirische Untersuchung mit den Daten des sozioökonomischen Panels. *Zeitschrift für Familienforschung* 6 (3): 177-196.
- Klein, Thomas. 1999. Pluralisierung versus Umstrukturierung am Beispiel partnerschaftlicher Lebensformen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 51 (3): 469-490.
- Klein, Thomas, Andrea Lengerer, Michaela Uzelac. 2002. Partnerschaftliche Lebensformen im internationalen Vergleich. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 27 (3): 359-379.

- Klein, Thomas, Ingmar Rapp. 2012. Partnerschaft und Beziehungen im Alter. In *Generali Altersstudie 2013 – Wie ältere Menschen leben, denken und sich engagieren*, hrsg. Generali Zukunftsfonds, Institut für Demoskopie Allensbach. Frankfurt am Main: Fischer.
- Lengerer, Andrea. 2010. *Partnerlosigkeit in Deutschland. Entwicklung und soziale Unterschiede*. Wiesbaden: Springer VS.
- Lengerer, Andrea, Thomas Klein. 2007. Der langfristige Wandel partnerschaftlicher Lebensformen im Spiegel des Mikrozensus. *Wirtschaft und Statistik* (4): 433-447.
- Liefbroer, Aart C. 1999. From Youth to Adulthood: Understanding Changing Patterns of Family Formation from a Life Course Perspective. In *Population Issues. An Interdisciplinary Focus*, hrsg. L. J. G. v. Wissen, P. A. Dykstra. Dordrecht: Kluwer.
- Macura, Miroslav, Yumiko Mochizuki-Sternberg, Jose Lara Garcia. 2002. Eastern and Western Europe's Fertility and Partnership Patterns: Selected Developments from 1987 to 1999. In *Dynamics of Fertility and Partnership in Europe. Insights and Lessons from Comparative Research. Vol. I*, hrsg. M. Macura, G. Beets. New York, Genf: United Nations.
- Mills, Melinda, Hans-Peter Blossfeld. 2005. Globalization, Uncertainty and the Early Life Course. A Theoretical Framework. In *Globalization, Uncertainty and Youth in Society*, hrsg. H.-P. Blossfeld, E. Klijzing, M. Mills, K. Kurz. London, New York: Routledge.
- Mills, Melinda, Hans-Peter Blossfeld, Erik Klijzing. 2005. Becoming an Adult in Uncertain Times. A 14-Country Comparison of the Losers of Globalization. In *Globalization, Uncertainty and Youth in Society*, hrsg. H.-P. Blossfeld, E. Klijzing, M. Mills, K. Kurz. London, New York: Routledge.
- Oppenheimer, Valerie K. 1988. A Theory of Marriage Timing. *American Journal of Sociology* 94 (3): 563-591.
- Rapp, Ingmar. 2013. *Ehestabilität in der zweiten Lebenshälfte. Eine Analysen von kumulierten sozialwissenschaftlichen Umfragedaten*. Wiesbaden: Springer VS.
- Rapp, Ingmar, Fabio Franzese. 2013. Der Einfluss von Arbeitslosigkeit auf das Trennungsrisiko von Ehen. *Zeitschrift für Familienforschung* 25 (3): 331-346.
- Schneider, Norbert F., Doris Rosenkranz, Ruth Limmer. 1998. *Nichtkonventionelle Lebensformen. Entstehung, Entwicklung, Konsequenzen*. Opladen: Leske+Budrich.
- Schoen, Robert. 1992. First Unions and the Stability of First Marriages. *Journal of Marriage and the Family* 54: 281-284.
- Tölke, Angelika. 1991. Partnerschaft und Eheschließung. Wandlungstendenzen in den letzten fünf Jahrzehnten. In *Familie in Westdeutschland: Stabilität und Wandel familialer Lebensformen*, hrsg. H. Bertram. Opladen: Leske+Budrich.
- Tyrell, Hartmann. 1988. Ehe und Familie – Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung. In *Die ‚postmoderne‘ Familie*, hrsg. K. Lüscher, F. Schultheis, M. Wehrspann. Konstanz: Universitätsverlag.

Bedeutungsverlust, Polarisierung, wachsende Vielfalt?

Gedanken zu demografischen Mehrebenen-Effekten auf Lebensformen und Familie

Johannes Huinink

Zusammenfassung

Im Beitrag wird diskutiert, welche Bedeutung Mehrebenen-Effekte demografischen Wandels für den Wandel der Vielfalt, Verteilung und kulturellen Bedeutung von Lebensformen haben könnten. Das geschieht auf der Grundlage der Annahme, dass die Veränderung sozialer Strukturen in einer Gesellschaft das Ergebnis von in der Regel interdependenten Handlungen individueller Akteure ist. Es werden verschiedene Zukunftsszenarien, wonach man entweder mit einem generellen Bedeutungsverlust, einer Polarisierung oder einer wachsenden Vielfalt erstrebenswerter Lebensformen rechnen kann, auf ihre Plausibilität hin untersucht.

Schlüsselwörter

Lebensformen, Familie, demografischer Wandel, sozialer Wandel, Mehrebenen-Effekte, Aggregationsproblem

1 Einführung

Um den Beitrag demografischer Prozesse zur Veränderung sozialer Strukturen in einer Gesellschaft zu untersuchen, bietet es sich an, ein Mehrebenen-Modell sozialen Wandels zu verwenden, das auf dem Prinzip des methodologischen Individualismus beruht. Danach wird sozialer Wandel grundsätzlich als Ergebnis von in der Regel interdependenten Handlungen individueller Akteure begriffen.

395

Umgekehrt haben gesellschaftliche Sachverhalte, soweit sie Akteure als Teil ihrer jeweiligen Lebenssituation wahrnehmen und interpretieren, einen Einfluss auf deren Entscheidungsverhalten und Handeln. Man hat es also mit komplexen Wechselwirkungsprozessen zu tun.

Demografische Makroparameter, wie Heirats-, Geburten-, Migrations- und Sterberaten oder Bildungsbeteiligungs- und Erwerbsquoten, lassen sich im Gegensatz zu den meisten makrosoziologischen Phänomenen recht einfach mittels numerischer Aggregation individueller Handlungs- oder Erlebensereignisse bestimmen (Eheschließung, Geburt von Kindern, Wanderungen, Aufnahme einer Ausbildung oder Erwerbstätigkeit, Tod). Weitere Merkmale der Bevölkerungsstruktur, die ein Teil der Sozialstruktur einer Gesellschaft ist, lassen sich daraus ebenfalls durch einfache Rechenoperationen ableiten: Altersverteilungen, Geschlechterproportionen, Bevölkerungsdichten, Bildungs- und Erwerbsquoten oder Parameter der Verteilung von Familien-, Haushalts- und Lebensformen, in denen die Menschen leben.

Demografische Strukturen zeichnen sich aber wie andere Bereiche gesellschaftlicher Strukturen typischerweise durch eine langsame Veränderungsdynamik aus, die sich kurzfristig kaum steuern lässt. Sie können sich – man denke etwa an die Altersstruktur – nicht von einem Jahr auf das andere signifikant verändert werden. Man muss, aber man kann daher auch mit ihnen „rechnen“ und ihr Wandel lässt sich mittelfristig relativ gut abschätzen. Statt diesen Sachverhalt zu nutzen, neigen die Menschen gerade deshalb dazu, demografischen und sozialen Wandel und seine Konsequenzen für die gesellschaftliche Entwicklung oder auch Gestaltung zu unterschätzen und ihm mit unangemessenen Maßnahmen zu begegnen. Eine Ausnahme von dieser Strukturndynamik bilden in relativ kurzen Zeiträumen erfolgende, massenhafte Migrationsbewegungen, wie wir sie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erlebt haben und aktuell erleben. Sie können zu kurzfristigen gesellschaftlichen Herausforderungen führen, ohne dass sie (in der Regel) langfristig einen bedeutenden demografischen oder sozialen und politischen Wandel hervorrufen müssen.

So einfach demografische Strukturen als reines Aggregationsphänomen zu erfassen sind, so schwierig gestaltet sich jedoch die Aufgabe, ihre Ursachen und ihre Folgen für den Wandel gesellschaftlicher Strukturen genau zu bestimmen. Im Folgenden wird beispielhaft diskutiert, welche Bedeutung Mehrebenen-Effekte demografischen Wandels für den Wandel der Vielfalt, Verteilung und kulturellen Bedeutung von Lebensformen haben könnten. Dabei werden weniger zurückliegende Entwicklungen untersucht. Stattdessen werden verschiedene Zukunftsszenarien diskutiert. Erleben wir in unserer Gesellschaft zukünftig einen trendhaft voranschreitenden Bedeutungsverlust intimer und familialer Lebensformen? Ist eher mit einer anhaltenden Polarisierung zwischen familialen und nicht familialen

Lebensformen zu rechnen? Oder bleiben intime und familiäre Lebensformen auf Dauer ein zentraler Teil der Lebensführung der Menschen, und wird sich allein ihre Vielfalt als Ausdruck erfolgreicher Anpassungsleistungen erhöhen?

2 Zur Logik von Mehrebenen-Effekten demografischen Wandels

Mehrebenen-Effekte demografischen Wandels zu erklären heißt zunächst zu zeigen, in welcher Weise und mit welchen Folgen er die Handlungssituation von individuellen Akteuren relevant verändert. Ein Wandel demografischer Verhältnisse kann Akteure etwa dazu bewegen, eine von ihrer Elterngeneration oder im bisherigen Leben von ihnen selbst gepflegte Handlungspraxis nicht mehr für opportun oder adäquat zu halten und daher zu verändern. Mitglieder aufeinander folgender Kohorten etwa nehmen wahr, dass der Anteil verheirateter Paare in ihrem näheren Umfeld oder in der Bevölkerung insgesamt beständig zurückgeht. Daher mögen sie eine von ihren Eltern vermittelte Haltung zur Ehe und zu deren Vor- und Nachteilen nicht in erster Linie deshalb überdenken, weil sie wahrnehmen, dass sich strukturelle Anreize für eine Ehe tatsächlich verringern, sondern weil sie durch ihre Beobachtung sinkender Heiratszahlen erst dazu angeregt werden, über Vor- und Nachteile der Heirat neu nachzudenken. Das kann dazu führen, dass die Wahrscheinlichkeit dafür, sich gegen eine Ehe zu entscheiden, steigt. Die Folge ist ein weiterer Rückgang der Heiratshäufigkeit. Aber auch der institutionelle bzw. kulturelle Wandel setzt sich fort, weshalb frühere Vorteile einer Ehe sich zunehmend verringern mögen. Der demografische Wandel kann also eine Neubewertung biografischen Handelns auslösen, die zu einer Veränderung des individuellen, in der Regel sozial rückgekoppelten Überzeugungssystems führt, das dem Handeln zugrunde liegt (vgl. Boudon 2013). Wir bezeichnen diese Mehrebenen-Effekte als *Entscheidungskalkül bezogene Effekte* demografischen Wandels. Man kann diese Argumentation einfach von individuellen auf korporative Akteure, wie wirtschaftliche und politische Organisation und Entscheidungsinstanzen erweitern.

Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass Veränderungen demografischer Strukturen einen Einfluss auf Akteurshandeln haben, der – zumindest zunächst – nicht durch eine Veränderung der Überzeugungssysteme und Entscheidungskalküle der Akteure vermittelt ist. Strukturen können hinter ihrem Rücken Handlungsspielräume (Opportunitäten) prägen und damit Handlungsweisen beeinflussen. In Anlehnung an ein Konzept von Peter M. Blau seien solche Effekte *strukturelle Effekte* demografischen Wandels genannt (Blau 1994). Peter M. Blau und andere

Autoren stellen eine Reihe von Beispielen für strukturelle Effekte in sozialen Prozessen vor. Sie verweisen auf gruppenspezifische Werte und Normen, die nicht von jedem Gruppenmitglied geteilt werden müssen, aber dennoch sein Verhalten beeinflussen. Auch die Größe und die interne Kohäsion innerhalb sozialer Gruppen, die Vernetzung zwischen verschiedenen sozialstrukturellen Gruppen oder Verteilungen von Merkmalen der Mitglieder solcher Gruppen werden angeführt.

Es gibt gute Gründe dafür anzunehmen, dass strukturellen Effekten eine eigenständige Bedeutung für die Erklärung sozialen Wandels zukommt. Der Aggregationsmechanismus des „demografisches Momentums“ bietet dafür ein anschauliches Beispiel. Er verursacht Effekte der Altersstruktur einer Bevölkerung zum Zeitpunkt t auf die Altersstruktur zu einem Zeitpunkt $t+x$ unabhängig von den Handlungsintentionen einzelner Akteure (x sei etwa der Generationenabstand). Ein methodologischer Individualist könnte zwar anführen, dass auch die Altersstruktur zum Zeitpunkt $t+x$ nur durch das Handeln (und Erleben) von Individuen erzeugt wird. Der Einfluss der Größe der im reproduktionsfähigen Alter befindlichen Bevölkerungsgruppe zum Zeitpunkt t auf die Zahl der Geburten, die von dieser Gruppe realisiert wird, ist aber als rein numerischer Größeneffekt unbestreitbar.

Haben wir es beim demografischen Momentum mit einem endogenen demografischen Mechanismus zu tun, so sind Auswirkungen demografischer Strukturen auf nichtdemografische Erscheinungen sozialen Wandels von einer anderen Art. Die Bevölkerungszahl oder -struktur wird in der Regel erst in Relation zu bestimmten sozialstrukturellen Größen gesellschaftlich relevant. So argumentierte Marx in seiner Kritik an Malthus, dass nicht die viel zu träge sich verändernde Bevölkerungszahl als solche Ursache sozialer Verelendung sein könne. Relevant sei deren Verhältnis zu der schneller schwankenden Nachfrage nach Arbeitskräften. Diese wirke sich dann auf die Höhe des Preises der Ware Arbeitskraft aus (Marx 1974, 667). Relevant ist das Verhältnis der Zahl der benötigten zur Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte in einer Gesellschaft. Ist die Größe der Erwerbspersonenzahl bevölkerungsbedingt und unter den gegebenen Regeln ihrer Rekrutierung zu klein, wird versucht, neue Bevölkerungsgruppen als Arbeitskräftereservoir zu erschließen. Für die Frage des Wandels der Lebensformen ist dieser Zusammenhang durchaus von Bedeutung. Seit den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts sind neben der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte (Gastarbeiter) im expandierenden Dienstleistungssektor verstärkt Frauen rekrutiert worden. Der Arbeitsmarkt hat unter den gegebenen demografischen Bedingungen zu der folgenden kulturellen „Emanzipation“ vom bürgerlichen Familienmodell, zu zurückgehenden Geburtenzahlen und zu einer Veränderung der Verteilung privater Lebensformen in unserer Gesellschaft beigetragen. In dieser Zeit wurde die Herausforderung geboren, eine neue Passung zwischen gesellschaftlichem und erwerbsbezogenen auf der einen und familialem

Engagement auf der anderen Seite zu erreichen – eine Herausforderung, die bis heute andauert.

Strukturelle Effekte sind grundsätzlich mit dem Konzept des methodologischen Individualismus vereinbar, da sie ihre Wirkung immer nur über das individuelle Handeln entfalten, gleichwohl ohne dass diese Wirkung im Kalkül der Handelnden begründet liegt. Strukturelle Mehrebenen-Effekte auf individuelles Handeln liegen etwa darin begründet, dass für den Akteur nicht durchschaubare, daher nicht explizit kalkulierte oder kalkulierbare, gemessen am Zeithorizont des Handelns aber stabile Verteilungen von Handlungsoptionen die Handlungswahl bzw. die Handlungsfolgen prägen. Strukturelle Effekte sind also Mehrebenen-Effekte der Merkmale von sozial(-strukturellen) Gruppen oder sozialen Kollektiven, die nicht auf entscheidungsrelevante individuelle Heterogenität ihrer Mitglieder zurückgeführt werden können. Sie sind in diesem Sinne keine „Kompositionseffekte“. In empirischen Analysen kann man Hinweise darauf im Rahmen von Mehrebenen- oder Kohortenanalysen finden, wenn man alle relevanten Individualmerkmale im Modell „kontrolliert“ und verbleibende, signifikante Unterschiede in den analysierten Handlungen – etwa zu heiraten oder eine Familie zu gründen – zwischen Ländern, Regionen oder Kohorten identifiziert.¹

Entscheidungskalkül bezogene Effekte und strukturelle Effekte gehen oft Hand in Hand. So können durch strukturelle Effekte beeinflusste Handlungsweisen eine kulturelle und schließlich im engeren Sinne institutionelle Bestätigung erfahren, die Auswirkungen auf die Entscheidungskalküle der Individuen haben. Es ist wahrscheinlich, dass eine zunächst strukturell hervorgerufene, neue Handlungspraxis, sobald sie eine gewisse Verbreitung findet, sozial gebilligt wird und soziale Wertschätzung erfährt. Diese kann ihrerseits als Motiv für weitere Teile der Bevölkerung wirken, dieser Praxis zu folgen.

Die Literatur zeigt, dass strukturelle Effekte und daraus ableitbare Auswirkungen auf das Denken der Menschen theoretisch plausibel und empirisch naheliegend sind. Zum Beispiel werden Befunde berichtet, wonach die Zahl der Migranten, die in einer Region leben, mit Einstellungen über Migranten in der autochthonen Bevölkerung korreliert. Ein struktureller Effekt ist, dass die Wahrscheinlichkeit von Kontakten mit Migranten und interethnischen Bekanntschaften mit der Größe der Migrantenpopulation zunimmt. Die Häufigkeit persönlicher Kontakte zu Migranten kann aber negativ mit xenophoben Einstellungen in der Bevölkerung korrelieren. Das ist ein der Kontakttheorie gemäß zu erwartender Folgeeffekt auf

1 Es ist allerdings nicht sicher, dass dahinter letztendlich nicht beobachtete individuelle, Entscheidungskalkül relevante Effekte stehen. Auch sind Interaktionseffekte zwischen strukturellen und individuellen Faktoren denkbar.

das individuelle Entscheidungskalkül. Der Konkurrenztheorie gemäß kann aber auch das Bedrohungsempfinden zunehmen (Savelkoul et al. 2011). Hier würde man eher einen direkten Entscheidungskalkül bezogenen Mehrebenen-Effekt postulieren, da das Bedrohungsempfinden einer – wie auch immer vermittelten und möglicherweise grob verzerrten – Wahrnehmung der regionalen Bevölkerungsstruktur entspringt.

Ein anderes Beispiel sind Auswirkungen der Größe und Sozialstruktur des Partnermarktes, d.h. des Pools der zu einem Zeitpunkt erreichbaren Personen, die für jemanden als Partner infrage kommen. Diese Merkmale dürften einen direkten Einfluss auf das Ergebnis der Partnerwahl haben (Stauder 2008). Wären im Extremfall etwa nur Personen mit der Zugehörigkeit zur protestantischen Kirche verfügbar, würde jemand unabhängig von der eigenen Kirchenzugehörigkeit eine Person mit diesem Merkmal zum Partner nehmen müssen, es sei denn, er oder sie bliebe partnerlos. Ohne die individuelle Wertschätzung zugunsten einer religiös homogame Paarbeziehung zu verändern, würde dann ein Katholik mit einer höheren Wahrscheinlichkeit partnerlos bleiben als in einer katholischen Region. Die Wahrscheinlichkeit für eine religiös heterogene Paarbeziehung stiege ebenfalls. Immerhin, der Katholik könnte auch versuchen andere Partnermärkte aufzusuchen, soweit möglich.

Gehen strukturelle Effekte und Entscheidungskalkül bezogene Mehrebenen-Effekte über eine Zeit lang Hand in Hand und verstärken sie sich dabei, kann sich sozialer Wandel relativ schnell vollziehen oder gravierende Veränderungen herbeiführen (Hernes 1976). Ein jüngeres Beispiel für eine umfassende alle Bereiche durchdringende „Transformation“ der Gesellschaft war und ist der gesellschaftliche Wandel in Osteuropa. Man könnte sich Szenarien vorstellen, in denen ein demografischer Wandel solche revolutionäre Umbrüche oder Transformationen hervorruft. So weit gehen wir hier allerdings nicht. Wir untersuchen, welchen Einfluss demografischer Wandel auf den sozialstrukturellen und kulturellen Wandel haben könnte, der sich in der veränderten Gestaltung des Lebens in privaten, intimen Beziehungen mit ihren institutionellen Korrelaten äußert. Dieser Wandel vollzieht sich, ohne dass damit auch ein drastischer politischer oder ökonomischer Wandel einhergeht. Dass Politik und Wirtschaft davon beeinflusst werden und dass sie – mehr noch – ihrerseits einen erheblichen Einfluss auf diesen Wandel ausüben, steht allerdings außer Frage.

3 Wandel der Lebensformen

Das moderne Bedürfnis nach intimer Partnerschaft und Elternschaft hat heute immer noch eine hohe Relevanz in der individuellen Lebensführung. Es bleibt jedoch von gesellschaftlichen Entwicklungen nicht unbeeinflusst. Das Zeitalter der bürgerlichen Familienverfassung, die noch eine einfache und wirkungsvolle Passung zwischen dem Privaten und Nichtprivaten ermöglichte, neigt sich dem Ende zu. Die moderne, auf geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung basierende „Harmonie“ zwischen Familie und Markt ist zerstört. Wir erleben einen Widerspruch zwischen den Erfordernissen verlässlicher, intimer, und daher bindender sozialer Beziehungen zu Lebenspartnern oder Kindern einerseits und steigenden Anforderungen an das Engagement in anderen Lebensbereichen, das vor allem dem Erwerb der Ressourcen der Lebensführung und der Wahrnehmung individueller Konsumaktivitäten dient (Huinink 2003). Den Menschen wird dabei eine hohe Handlungs- und Entscheidungsautonomie abverlangt.

Dieser Widerspruch ist umso größer, je weniger die Betroffenen bei der Lösung der Passungsprobleme auf die Unterstützung durch gesellschaftliche Institutionen, ökonomische und politische Akteure sowie soziale Anerkennung rechnen können. Damit ist die demografische Entwicklung als Folge und Ursache eng verwoben, indem sie zum einen soziale Gelegenheitsstrukturen und zum anderen ökonomische und politische Gestaltungserfordernisse beeinflusst. Bezogen auf die zukünftige Entwicklung lassen sich drei idealtypische und daher überzeichnete Szenarien unterscheiden:

1. Szenario: Nachhaltiger Bedeutungsverlusts von intimer Partnerschaft und Elternschaft

Das erste Szenario fußt auf zwei Thesen, die eher im Hintergrund der aktuellen Diskussion stehen. Die erste ist schon relativ alt und diagnostiziert einen unaufhaltsamen Trend hin zu einer Auflösung stabiler, intimer und familialer Lebensformen, hin zu einer „autistischen Gesellschaft“ (Hoffmann-Nowotny 1988, 1991). Angesichts unausweichlicher Anpassungen der individuellen Lebensgestaltung an steigende strukturelle Anforderungen, einer gleichzeitig steigenden Zahl von Handlungsoptionen und -alternativen und einer fortschreitenden Individualisierung in unserer Gesellschaft werden die persönlichen Autonomie- und Flexibilitätseinbußen durch enge soziale Bindungen und vor allem durch eine Familie mit Kindern zu groß. Nicht nur materielle Bedürfnisse und sozialer Status, sondern auch ideelle Wünsche und persönliche Anerkennung werden mehr und mehr durch die Arbeitswelt vermittelt. Stabile und institutionalisierte Formen privater Beziehungen werden entbehrlich. Es sei am ehesten noch ein „Familientyp“ denkbar,

in dem die Mitglieder „getrennt zusammenleben“ (Hoffmann-Nowotny, 1988, S. 13). Hoffmann-Nowotny resümiert: „Damit ist der Weg zu einer ‚Gesellschaft von Einzelgängern‘ (...) gebahnt. Ob er auch bis zum Ende durchschritten wird, ist eine offene Frage ...“ (Hoffmann-Nowotny, 1991, S. 318, Hervorhebung im Original).

Weniger der demografische Wandel als solcher, als der adaptive Wandel einer zunächst noch zu den sozialstrukturellen und marktbedingten Verhältnissen in Widerspruch geratenen Kultur des privaten Zusammenlebens sind für den so begründeten Bedeutungsverlust familialer und intimer Lebensformen ursächlich. Entscheidungskalkül relevante Effekte werden behauptet. Doch ein demografisch bedingter Selbstverstärkungseffekt kann aus der Annahme abgeleitet werden, dass sich im Zuge dieser Entwicklung die Partnermärkte verändern. Sie dünnen sich gewissermaßen aus, und ein befriedigender Erfolg bei der Suche nach langfristigen Bindungen wird unwahrscheinlicher (Häring/Richter/Stoyce 2014).

Diese Erwartung wird durch die zweite These von der „low fertility trap“ ergänzt (Lutz et al. 2006). Die geringe Kinderzahl bzw. eine hohe Kinderlosigkeit in unserer Gesellschaft führt zu einem demografischen Strukturwandel (Geburtenrückgang), der Erfahrungen positiver Effekte der Kinderlosigkeit begünstigt, welche die Kalkulation der Opportunitätskosten von Kindern verändern. Auch Veränderungen in der Infrastruktur einer Gesellschaft, in der Kinder immer weniger eine Rolle spielen, sind die Folge. Das Phänomen des demografischen Momentum beschleunigt das Schrumpfen des Familiensektors. Die statistische und soziale Relevanz der Familie implodiert. Kinder verschwinden gewissermaßen aus der Öffentlichkeit und das Kinderhaben wird sozial unattraktiv. Eine kaskadenhafte Ausbreitung der veränderten Kalkulationsgrundlage führt zu einer Kultur der Kinderlosigkeit und einem reproduktionsfeindlichen Hedonismus, der den strukturellen Wandel, der ihn befördert hat, verstetigt.

In diesem Szenario wird also eine sich verstärkende „Entwicklungsspirale“ unterstellt, die vielleicht auch gegen die Intentionen ihrer Mitglieder, die Gesellschaft in eine demografische, aber auch sozialstrukturelle und kulturelle Konstellation hineinführt, in der für Elternschaft kein Raum mehr ist. Der demografische Wandel gleicht einem Selbstverstärkungsmotor in einer Entwicklung, die dem self-fulfilling-prophecy-Modell nicht unähnlich ist.

2. Szenario: Dauerhafte Polarisierung der Bevölkerung

Der diagnostizierte Widerspruch zwischen Markt und Familie lässt in diesem Szenario den Familiensektor nicht verschwinden, stellt aber eine typische Voraussetzung für eine *Polarisierung* der Bevölkerung in zwei relativ homogene Lager dar (Strohmeier 1993, Birg/Filip/Floethmann 1990). In einem Teil der Bevölkerung behauptet sich das Streben nach Familie und Partnerschaft und eine eigene Kultur

der Lebensführung, die einen zumindest partiellen Verzicht auf den wirtschaftlichen Erfolg durch die Unterwerfung unter die Bedingungen des Marktes beinhaltet. Da die Familie eine große Bedeutung behält, hat man daher in der Regel auch mehr als ein Kind. In dem anderen Teil der Bevölkerung sind die Prioritäten entgegengesetzt: Die berufliche Karriere von Männern *und* Frauen genießt höchste Priorität und die Kinderlosigkeit ist hoch. Da weder der Markt noch die Politik das Passungsproblem hinreichend entschärfen, ist ein Mittelweg wegen der hohen Kosten einer Vereinbarkeitslösung relativ unattraktiv. Ob man sich für die Familien- oder für die Karrierevariante entscheidet, hängt von individuellen Präferenzen der Paare ab, die eine subjektive Gewichtung der Kosten einer Kinderlosigkeit und der Kosten eines Verzichts auf ein volles Arbeitsmarktengagement im Verhältnis zueinander vornehmen. Familiäre und nichtfamiliäre Milieus folgen dann unterschiedlichen Strategien der Herstellung individuellen Wohlbefindens und tragen gleichzeitig auf je ihre Weise zu der Produktion gesellschaftlicher Wohlfahrt bei. Empirisch lassen sich bis heute in Ländern, in denen hohe Vereinbarkeitskosten beobachtet werden können, solche Polarisierungstendenzen nachweisen (Huinink 2002).

Während der demografische Wandel im ersten Szenario zumindest den eingeschlagenen Trend zur autistischen Gesellschaft zu verstärken scheint, ist seine Rolle hier eher unklar. Auch in diesem Szenario wird die Bevölkerung jedoch, nimmt man etwaige Migrationseffekte aus, schrumpfen. Damit sind politische, ökonomische und gesellschaftliche Herausforderungen verbunden. Die demografische Entwicklung kann eine gesellschaftliche Krise verursachen, die den Bestand der mit der Polarisierung verbundenen sektorspezifischen Arbeitsteilung in der gesellschaftlichen Reproduktion infrage stellen könnte. Danach wären unterschiedliche „Ausgänge“ denkbar: Wir könnten letztendlich bei dem Szenario 1 landen. Möglich wäre auch, dass die Krise eine Abkehr von einer ökonomischen Wachstumsideologie bewirkt, somit soziale und kulturelle Strukturen fördert, die Partnerschaft und Elternschaft wieder einen höheren Stellenwert in der Gesellschaft zukommen lassen (Huinink 1995).

3. Szenario: Bedeutungserhalt und Steigerung der Vielfalt von Lebensformen

Mir scheint ein drittes Szenario wahrscheinlicher zu sein als der Weg in die „autistische“ Gesellschaft oder eine dauerhaft polarisierte Gesellschaft. Hier spielt die demografische Entwicklung eine besondere Rolle. Es gibt Anzeichen dafür, dass ein zunehmendes Problembewusstsein gegenüber einer demografischen Entwicklung, die zu einem steigenden Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nach Personal für die Wohlfahrtsproduktion beiträgt, die Bereitschaft des Marktes und anderer gesellschaftlicher Institutionen steigern wird, einen Beitrag zu Lösungen

des Konflikts zwischen Familie und Markt zu leisten. Trotz und angesichts der steigenden Anforderungen des Marktes werden sie den Menschen bessere Chancen und mehr Raum dafür geben, Strategien der Lebensführung zu entwickeln, die eine Passung zwischen den verschiedenen Lebensbereichen erlauben. Sie werden damit Lebensbedingungen erhalten helfen, welche die emotionale Stabilisierung der Menschen ermöglichen, die sie zu autonomen und entscheidungsfähigen Akteuren macht (Huinink 1995).

Anpassungsleistungen an den sozialstrukturellen und ökonomischen Wandel wird es dennoch geben müssen. Ein Ausdruck dieser Tatsache ist unter anderem, wie sich das räumliche Mobilitätsverhalten von Paaren angesichts eines immer mehr Mobilität erfordernden Arbeitsmarktes verändert. Das Pendeln gewinnt zum Beispiel eine steigende Bedeutung (Kley 2016). Es ist insgesamt eine weitere Zunahme der Vielfalt von Lebensformen, ihrer Binnenorganisation und ihrer Institutionalisierungsgrade zu erwarten. Die Einigkeit der Bevölkerung in der hohen Bewertung intimer und familialer Beziehungen und ihrer erfolgreichen Pflege wird damit durch deren wachsende Vielfalt erhalten. Die zunehmende Diversifizierung von Gestaltungsweisen partnerschaftlicher und familialer Alltagsorganisation und Familienformen ist Ausdruck notwendiger Reaktions- oder Organisationsvielfalt von Familien in spätmodernen Gesellschaften (Huinink 2011).

Vielfalt wird, das darf man dennoch nicht vergessen, immer auch als Folge des Scheiterns von Beziehungen und der folgenden Reorganisation in neuen Beziehungen und Familien generiert. Das entscheidende Argument hier ist aber, dass sie Ausdruck des – mitunter eben auch vergeblichen – Bemühens ist, eine Integration von Paar- und Familienleben mit dem Engagement in anderen gesellschaftlichen Bereichen und deren Anforderungen zu erreichen.

4 Kurzes Resümee

Die Veränderung demografischer Strukturen hat vielfältige Auswirkungen auf sozialen Wandel. Hier wurde der Frage nachgegangen, auf welche Weise sie am Wandel der Lebensformen beteiligt ist, der ja selbst wiederum demografische Trends beeinflusst.

Schwer zu konternde, strukturelle Effekte können zu einer Stabilisierung oder gar Beschleunigung gesellschaftlicher Trends beitragen, wie das Beispiel des demografischen Momentums zeigt. Das macht sie besonders „tückisch“. Doch die hervorragende Bedeutung des demografischen Wandels scheint mir in seiner Auswirkung auf andere Bedingungen gesellschaftlicher Reproduktion zu liegen,

indem er in den Widerspruch zu deren Erfordernissen zu treten droht. Er führt zur Veränderung von Entscheidungskalkülen von individuellen und korporativen Akteuren verschiedener Art. So wird er bei den ökonomischen und politischen Entscheidungsträgern vermutlich zu einer Umkehr der Präferenzen gesellschaftlicher Planung beitragen. Wenn ich das dritte unter den hier vorgestellten Szenarien eines zukünftigen Wandels der Verteilung der Lebensformen in unserer Gesellschaft für das wahrscheinlichste halte, dann deshalb, weil ich Anzeichen dafür sehe, dass die „Mechanismen“ und Folgen demografischer Entwicklung erkannt werden und darauf reagiert wird. Es deutet sich an, dass sie die Rahmenbedingungen familiärer Lebensformen signifikant verbessern. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass im Zuge damit die gesellschaftliche Entwicklung wieder stärker von den sozialen Bedürfnissen der Menschen her gedacht wird und einer schlichten ökonomischen Wachstumsideologie die Luft ausgeht. Aber sicher ist das nicht.

Literatur

- Blau, Peter M. 1994. *Structural Contexts of Opportunities*. Chicago: University of Chicago Press.
- Birg, Herwig, Detlef Filip, E.-Jürgen Floethmann. 1990. *Paritätsspezifische Kohortenanalyse des generativen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland nach dem 2. Weltkrieg*. IBS-Materialien 30.
- Boudon, Raymond. 2013. *Beiträge zur allgemeinen Theorie der Rationalität*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Häring, Armando, Aljoscha Richter, Kristian Stoye. 2014. Struktur und Funktionsweise von Partnermärkten. In *Der Partnermarkt und die Gelegenheiten des Kennenlernens: Der Partnermarktsurvey*, hrsg. Armando Häring et al., 47-68. Wiesbaden: Springer VS.
- Hernes, Gudmund. 1976. Structural Change in Social Processes. *American Journal of Sociology* 82 (3): 513-547.
- Hoffmann-Nowotny, Hans-J. 1988. Ehe und Familie in der modernen Gesellschaft. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 13: 3-13.
- Hoffmann-Nowotny, Hans-J. 1991. Lebensformen und Lebensstile unter den Bedingungen der (Post-)Moderne. *Familiendynamik* 16: 299-321.
- Huinink, Johannes. 1995. *Warum noch Familie? Zur Attraktivität von Partnerschaft und Elternschaft in unserer Gesellschaft*. Frankfurt: Campus.
- Huinink, Johannes. 2002. Polarisierung der Familienentwicklung in europäischen Ländern im Vergleich. In: *Elternschaft heute. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und individuelle Gestaltungsaufgaben* (Sonderheft 2 der Zeitschrift für Familienforschung), hrsg. Norbert Schneider, Heike Matthias-Bleck, 49-74. Opladen: Leske+Budrich.
- Huinink, Johannes. 2003. Familie und Gesellschaft. In *Blickrichtung Familie. Vielfalt eines Forschungsgegenstandes*, hrsg. Michael Feldhaus, Niels Logemann, Monika Schlegel, 1-14. Würzburg: Ergon Verlag.

- Huinink, Johannes. 2011. Die ‚notwendige Vielfalt‘ der Familie in spätmodernen Gesellschaften. In *Soziologie des Privaten*, hrsg. Cornelia Koppetsch, Kornelia Hahn, 19-31. Wiesbaden: Springer VS.
- Kley, Stefanie. 2016. Räumliche Mobilität in der Bevölkerungssoziologie. In *Handbuch Bevölkerungssoziologie*, hrsg. Yasemin Niephaus, Michaela Kreyenfeld, Reinhold Sackmann, 481-500. New York: Springer VS.
- Lutz, Wolfgang, Vegard Skirbekk, Maria Rita Testa. 2006. The Low-Fertility Trap Hypothesis: Forces that May Lead to Further Postponement and Fewer Births in Europe. *Vienna Yearbook of Population Research* 4: 167-192.
- Marx, Karl. 1974. *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Erster Band. Berlin: Dietz Verlag.
- Savelkoul, Michael, Peer Scheepers, Jochen Tolsma, Louk Hagendoorn. 2011. Anti-Muslim Attitudes in The Netherlands: Tests of Contradictory Hypotheses Derived from Ethnic Competition Theory and Intergroup Contact Theory. *European Sociological Review* 27 (6): 741-758.
- Stauder, Johannes. 2008. Opportunitäten und Restriktionen des Kennenlernens. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 60 (2): 266-286.
- Strohmeier, Karl P. 1993. Pluralisierung und Polarisierung der Lebensformen in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B17/93: 11-29.

The Road to Children is Paved with Good Intentions

Über die Determinanten von Kinderwunsch, Fertilitätsintention und deren Realisierung

Isabel N. Häberling

Zusammenfassung

Es stellt sich die Frage, wer sich heute Kinder wünscht, wer sie intendiert und wer sein Vorhaben tatsächlich realisiert. Ein Grossteil der Menschen wünscht sich ein Kind. Eine konkrete Absicht, Nachwuchs zu bekommen, hegen dagegen schon deutlich weniger. Die tatsächliche Realisierung kommt schlussendlich deutlich weniger oft vor. Es zeigt sich, dass sowohl beim Kinderwunsch, bei der Absicht ein Kind zu bekommen sowie bei der Familiengründung/-erweiterung Opportunitätskosten, die finanzielle Sicherheit der Familie sowie Normen und Werte eine zentrale Rolle spielen. Die auf der Basis des Schweizer Haushalt-Panels herausgearbeiteten Determinanten zeigen auf, welche Beweggründe hinsichtlich des Kinderkriegens bestehen, und weisen damit auf Steuerungspunkte für die (Familien-)Politik hin.

Schlüsselwörter

Kinder, Familie, Kinderwunsch, Fertilitätsintention, Familiengründung, Opportunitätskosten, Theory of Planned Behavior, Schweiz, Sprachregionen, Normen und Werte

1 Einleitung

„Kinder kriegen die Leute sowieso.“ So lautet ein Ausspruch Konrad Adenauers aus den 1950er Jahren. Lange Zeit mag dieses Zitat einen allgemeingültigen Charakter gehabt haben. Kinder bekam man also einfach, ohne dass sie das Ergebnis eines bewussten und rationalen Entscheidungsprozesses einer Person waren. Es lag in der Natur der Sache, Kinder zu bekommen, und generatives Verhalten bestand über Jahrzehnte hinweg nur aus dem Aspekt der Familiengründung und -erweiterung. Richtet man den Blick auf die heutige demographische Situation in Europa und in der Schweiz im Speziellen, so gilt das Zitat von Adenauer nicht mehr uneingeschränkt. Kinder zu bekommen, ist mittlerweile keineswegs bedingungsloser Bestandteil eines Lebenslaufs. So pendelte sich die Fertilitätsrate in der Schweiz bis Ende 2014 bei 1.54¹ Kinder pro Frau ein (vgl. BfS 2015a). Die Frage, ob man Kinder haben möchte oder nicht, scheint vollständig in den Bereich der bewussten Lebensplanung übersiedelt worden zu sein (vgl. Tölke & Diwald 2003, 349). Das Konzept der Familie steht im Zuge des kulturellen Wandels in Konkurrenz zu weiteren individualistischen Selbstverwirklichungsansprüchen und einer Vielzahl von Lebensläufen. Kinder sind in unterschiedlichem Sinne für verschiedene Aufgaben in einer Gesellschaft verantwortlich, sind sie doch die soziale Sicherung der Alten dieser Gesellschaft und verpflichten Personen, meist ihre Eltern, zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt. Zudem soll die Familie in Zeiten des Wandels Halt bieten. Vor dem Hintergrund der geringen Fertilitätsraten sind gerade die individuellen und kontextuellen Beweggründe, die hinter der Absicht, ein Kind zu bekommen, stehen, von großer Wichtigkeit für zukünftige (familien)politische Entscheide. Die eingangs zitierte Aussage Adenauers gilt in der heutigen Zeit nur noch für bestimmte Leute in bestimmten Situationen. (Vgl. Häberling 2013)

Abseits von den Diskussionen über „Mehr Kinder braucht das Land“, wie sie die Presse mit negativem Unterton führt, und dem wissenschaftlichen Diskurs über „Weniger sind mehr“ (Hondrich 2007), stellt sich vielmehr die Frage, wer sich heute Kinder wünscht, wer sie intendiert und wer sein Vorhaben tatsächlich realisiert und Kinder bekommt. Welche Merkmale zeichnen diese Personen aus? Was sind die Determinanten von Kinderwunsch, der konkreten Planung für ein Kind und der Realisierung der Familiengründung und -erweiterung? Warum zeigen diese Personen generatives Verhalten? Denn das Kinderkriegen ist nicht mehr die natür-

1 Seit 2004 ist zwar ein geringfügiger Anstieg der Geburtenziffer um 0.1 auf das heutige Niveau auszumachen. Diese Zunahme ist moderat und die Schweiz ist weit entfernt von einer hohen Geburtenziffer. Betrachtet man die letzten 40 Jahre, so ist die Gesamtzahl der Geburten klar rückläufig. (vgl. BfS 2009b, 14; 2009c)

lichste Sache im Leben einer Person. Es ist nicht länger Teil der Normalbiographie eines Individuums, sondern untersteht bestimmten Mechanismen und Prozessen. Bei welchen Prozessen in generativem Verhalten handelt es sich um die bewusste Abwägung von Kosten und Nutzen einer möglichen Elternschaft und wo spielen psychologische Strukturen eine Rolle? An diese Fragen knüpft die vorliegende Arbeit an und untersucht, inwiefern generatives Verhalten einer rationalen Planung untersteht und durch welche Faktoren diese Planung beeinflusst wird. Hieraus resultiert eine umfassende Übersicht über die Determinanten von generativem Verhalten. Ist man in Kenntnis über die Determinanten, kann dieses Wissen gezielt in der (Familien-)Politik eingesetzt werden. Die Determinanten vermögen aufzuzeigen, welche Hinderungs- und Beweggründe hinsichtlich des Kinderkriegens bestehen, und können so auf Steuerungspunkte hinweisen. Daraus lässt sich wiederum ableiten, wo Handlungsbedarf besteht und wo die (Familien-)Politik ansetzen muss.

2 Hintergrund: Fokus Schweiz – Ein Spezialfall mit weltweiter Bedeutung

Einerseits handelt es sich bei der Schweiz um einen Spezialfall aufgrund der Größe des Landes und der experimentartigen Aufstellung bezüglich Kultur und kultureller Unterschiede auf kleinstem Raum. Andererseits verfügt die Schweiz über eine Familienpolitik, welche durchaus vergleichbar ist mit derjenigen anderer Länder wie zum Beispiel der USA. Erstens ist die Schweizer Familienpolitik bis zu einem gewissen Maß staatlich geregelt. Seit 2006 gilt ein neues Gesetz über die Familienzulagen (FamZG), welches jedem Kind im Alter von 16 Jahren oder jünger Kindergeld in der Höhe von mindestens CHF 200 pro Monat zuspricht. Hinzu kommt ein Ausbildungsbeitrag von mindestens CHF 250 pro Monat pro Kind im Alter zwischen 16 und 25 Jahren – solange das Kind in der Ausbildung ist. Zweitens spielt sich die Familienpolitik in der Schweiz auch auf Ebene der 26 Kantone ab, welche in dieser Hinsicht über gewisse Eigenständigkeit verfügen. So sind die Kantone frei, Unterstützungsleistungen, welche über das gesetzliche Minimum hinausgehen, an die Familie zu leisten. Ebenso liegt die Organisation und Finanzierung der Familienzulagen in kantonaler Verantwortung. Die Kantone unterscheiden sich aber nicht nur in der Handhabung und Umsetzung der Gesetze, sondern auch in der Sprache, welche gesprochen wird. Die Schweiz gliedert sich grundsätzlich in vier Sprachregionen und unterscheidet sich somit auch bedeutend in kulturellen Normen und Werten. So schreibt auch das Bundesamt für Statistik, dass die Sprachgebiete der wichtigsten Gliederung des Landes auf größerer Ebene

entsprechen, denn sie stehen für die am stärksten fühlbare Unterteilung des Landes. Ebenso sind sie die älteste nicht-institutionelle Gliederung der Schweizer Statistik (vgl. BfS 2015b). Wir sprechen hier von Bevölkerungsräumen mit mehrheitlich deutscher, französischer, italienischer und rätoromanischer Hauptsprache. (vgl. Abbildung 1) In den folgenden Untersuchungen wird auf das rätoromanische Sprachgebiet nicht weiter eingegangen, da sich hier auf kantonaler Ebene keine Unterschiede bezüglich der relevanten Parameter ausmachen lassen.

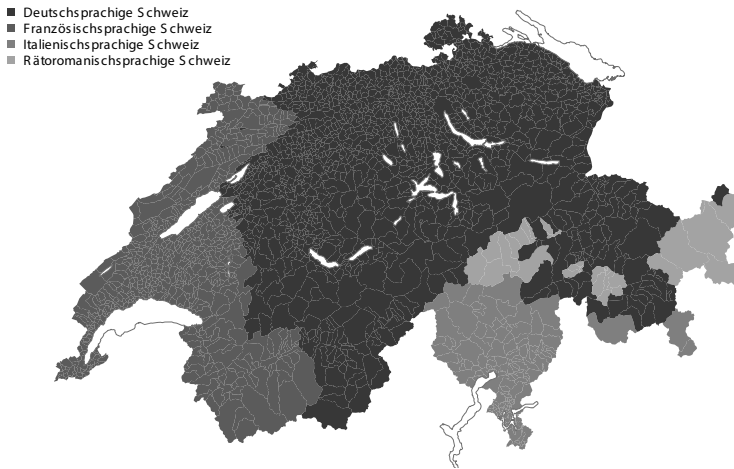


Abb. 1 Sprachregionen der Schweiz

Quelle: Eigene Darstellung

Bezüglich der Familienpolitik (wie auch bezüglich verschiedener Normen und Werte) sind die Grenzen zwischen den verschiedenen Sprachregionen innerhalb der Schweiz stärker als diejenigen zwischen den Nachbarländern, in welchen die entsprechend selbe Sprache gesprochen wird. So ist die französischsprachige Schweiz bezüglich Familienpolitik vergleichbar mit Frankreich, das sich durch eine großzügige Familienpolitik auszeichnet. Die italienischsprachige Schweiz ist bezüglich familienpolitischer Unterstützungsleistungen ebenfalls gut ausgestattet, was jedoch im Gegensatz zum Nachbarland Italien steht. Der bezüglich Normen und Werte am traditionellsten eingestellte Teil der Schweiz – die sogenannte Innerschweiz nördlich des Alpenkammes mit den Kantonen Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden

und Zug – legt großen Wert auf die Konservierung traditioneller Normen und Werte im Bereich der Familie, während der Rest der deutschsprachigen Schweiz eher marktorientiert ist und ein weniger breit gestreutes System an familialen Unterstützungsleistungen vorweisen kann. In Kürze: Die Schweiz hat drei Hauptregionen, welche sich bezüglich Sprache, Normen und Werte stark unterscheiden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Schweizer Familienpolitik grundsätzlich einem marktorientierten Modell folgt. Grundzüge sind ein eher tiefes Niveau an Unterstützungsleistungen, welches dem Markt angepasst ist (Gauthier 2002, 453). Die Verantwortung für Kinderbetreuung liegt also bei den Eltern und dem privaten Sektor. Deswegen sind die nachfolgenden Resultate nicht nur für die Schweiz, sondern für alle liberalen und marktorientierten Wohlfahrtsstaaten von Bedeutung.

3 Theorie

Das nachfolgende umfassende Theoriekonzept basiert auf der Theorie des geplanten Verhaltens. Das generative Verhalten wird im Rahmen der vorliegenden Untersuchung definiert als aus drei Pfeilern bestehend: der Kinderwunsch, die Fertilitätsintention und deren Realisation. Diese Faktoren schweben nicht in einem Vakuum, sondern stehen in einer spezifischen Verbindung zueinander. Der Wunsch nach Kindern, die Fertilitätsintention und deren Realisierung sind das Resultat geplanten Verhaltens. Anders gesagt, Verhalten wird getrieben von Intentionen, welche ihrerseits von Wünschen nach bestimmten Dingen angetrieben werden. Die Theorie des geplanten Verhaltens (TpB) (Ajzen 1985; 1991) erklärt diese Mechanismen. Kinder zu haben, ist das Ergebnis des Zusammenspiels verschiedener Faktoren und keine isolierte Handlung an sich. Daraus lässt sich schließen, dass die Entscheidung für ein Kind an diversen Punkten beeinflusst werden kann.

Ein erstes Ziel ist es, diese Faktoren zu erörtern. In einem zweiten Schritt liegt der Fokus darauf, herauszufinden, wie diese Faktoren das eigentliche Verhalten beeinflussen. Nur so kann darüber Aufschluss gewonnen werden, wie man das generative Verhalten einer Gesellschaft beeinflussen kann.

Aus einer soziologischen Perspektive müssen die verschiedenen Einflussfaktoren auf Makro- und Mikroebene herauskristallisiert und erklärt werden. Daher werden nachfolgend verschiedene Strukturen und deren Komponenten extrahiert und spezifiziert.

Die erste Ebene bildet die Motivation, welche den Kinderwunsch bestimmt (vgl. Rosenstiel et al. 1986; Fishbein 1972). Ein Wunsch wird durch drei Faktoren geformt:

intrinsische Motivation, extrinsische Motivation sowie Normen und Werte. Der Wunsch nach Kindern wird so in ein ganzheitliches Modell integriert. Die Evaluation individueller Einstellungen und Motivationen für bestimmte Handlungen wird anhand einer Kosten-Nutzen-Analyse vorgenommen. In diesem Kontext wird die „wide version“ der Rational Choice Theorie (Opp 1999) angewendet. Bezüglich der Kosten-Nutzen-Analyse werden hierzu die relevanten Komponenten, welche auf verschiedenen Ebenen angeordnet sind, in die Analyse integriert (vgl. Abbildung 2).

Individuell-ökonomische Strukturen beherbergen verschiedene Opportunitäten und Bedürfnisse. Gemäß Becker (1996) basieren Entscheidungen in einem Haushalt auf einer Kosten-Nutzen-Analyse. Oberstes Ziel einer Familie ist die Nutzenmaximierung. Bezüglich des generativen Verhaltens ist der Nutzen abhängig von der Quantität und der Qualität der Kinder wie auch von „einer Summe anderer Güter“ (Becker 1996, 103). Dabei verhalten sich die übrigen Güter komplementär zur Anzahl Kinder. Die Quantität der Kinder schwankt zwischen null und einer bestimmten Anzahl Kinder, die ein Mensch während seines Leben zu zeugen fähig ist. Die Qualität der Kinder hängt von den Investitionen in ein Kind ab und bestimmt gleichzeitig dessen Nutzen. Des Weiteren kann die Qualität durch Zuschreibung von Attributen wie Bildung und anderen Fähigkeiten und Fertigkeiten gesteigert werden. Ein Kind mit höherer Qualität bringt den Eltern mehr Nutzen als ein Kind mit niedrigerer Qualität. Qualität und Quantität sind dabei keine guten Substitute. Die höhere Qualität durch Zuschreibung von Attributen bringt in der Regel aber auch höhere Kosten mit sich. Der Preis der Kinder ist auf der Kostenseite der Kosten-Nutzen-Rechnung angesiedelt. Er setzt sich zusammen aus der Qualität der Kinder, der Kinderbetreuung und den Opportunitätskosten, welche durch den Verzicht auf alternative Tätigkeiten entstehen: „The relative cost of children is significantly affected by changes in the value of time of married women“ (Becker 1996, 140). Desweiteren haben insbesondere Frauen aufgrund von Gender Display Mechanismen mit höheren Opportunitätskosten zu rechnen.

Familial-soziale Strukturen beinhalten Faktoren bezüglich der Familie eines Individuums wie auch dessen soziale Kontakte. Diesen Strukturen verinnerlicht ist das Sozialkapital, welches Zugang zu weiteren Ressourcen bietet. Diese vermögen fertilitätsrelevante Kosten zu reduzieren und erhöhen das (non-)monetäre Kapital eines Individuums. Das Sozialkapital kann das Entstehen von Absichten beeinflussen oder sogar fördern. Ihre kostensenkende Wirkung üben sie im Bereich von emotionalen, sozialen und ökonomischen Faktoren aus und haben damit einen positiven Einfluss auf das generative Verhalten eines Individuums. (vgl. Bühler & Philipov 2004)

Kulturell-kontextuelle Strukturen sollen die noch ungeklärte Varianz in der Verteilung von generativem Verhalten aufklären. Bedeutsam ist hierbei ein System

verschiedener ideeller Aspekte, welches sich auf die Präferenzen von Individuen auswirkt. Es handelt sich hierbei um die sogenannten anderen Wünsche und Ziele (Becker 1996). Die Konkurrenz generativen Verhaltens steigt mit der Pluralisierung von Normen und Werten wie auch im Zuge der Individualisierung. Die Aufgabe des Wohlfahrtsstaates ist es, das generative Verhalten auf verschiedenen Ebenen zu beeinflussen aufgrund seiner diversen Möglichkeiten. Leistungen des Wohlfahrtsstaates können also sowohl Kosten reduzieren, die Familie und soziale Kontakte entlasten sowie auch Normen und Werte bezüglich generativen Verhaltens beeinflussen.

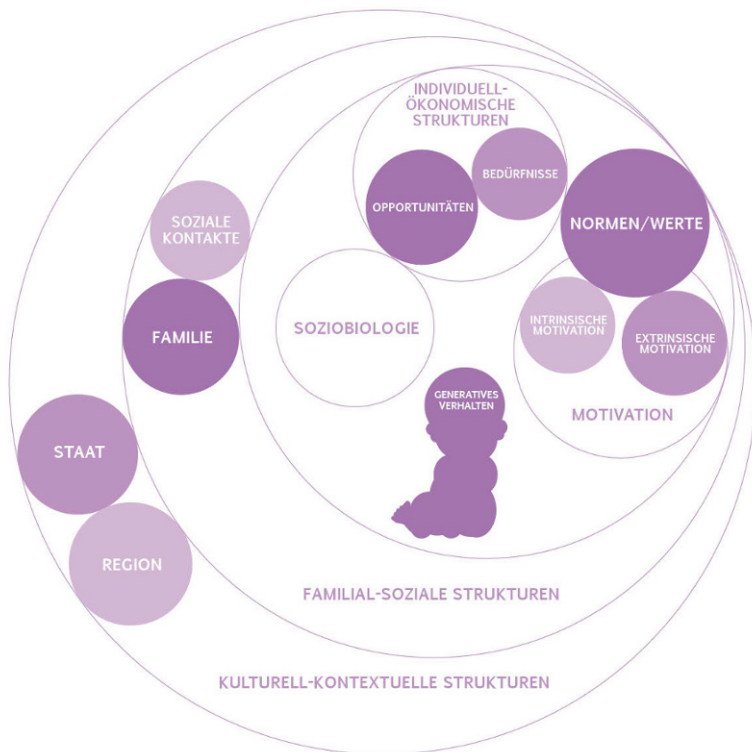


Abb. 2 Theoretisches Modell des generativen Verhaltens (eigene Darstellung)

Quelle: Eigene Darstellung

4 Hypothesen

Der Einfluss der genannten Strukturen auf das generative Verhalten wird gebündelt, wobei jeweils je nach Stufe des generativen Verhaltens unterschiedliche Aspekte der Theoriesynthese fokussiert werden. Der Kinderwunsch wird dabei vornehmlich durch die motivationalen Strukturen bestimmt, während die Fertilitätsintention und die Familiengründung und -erweiterung primär durch rationale Strukturen determiniert werden. Normen und Werten fließen auf allen drei Entscheidungsstufen maßgeblich mit ein. Die Motivation besteht hauptsächlich aus zwei Komponenten – die intrinsische und extrinsische Motivation für ein Kind. Dies streicht die Bedeutung des Kinderwunsches für die Erreichung höherer Ziele und die Bedeutung ebendieser Ziele für ein Individuum heraus. Es stellt sich hier die Frage, was ein Kind einem Individuum für einen Nutzen bringt. Korreliert ein Kind mit den erwähnten höheren Zielen, beeinflusst dies den Kinderwunsch positiv. Ist dies nicht der Fall, besteht also eine negative Beziehung zwischen einem Kind und anderen höheren Zielen, so – *ceteris paribus* – hat dies einen negativen Einfluss auf die Entscheidung für ein Kind. Je größer die intrinsische Motivation für ein Kind ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit für einen Kinderwunsch.

Fertilitätsintention und deren Realisierung sind abhängig vom jeweiligen vorgegangenen generativen Verhalten. Das heißt, die Fertilitätsintention ist abhängig vom Kinderwunsch und der Kinderwunsch wie die Fertilitätsintention wiederum beeinflussen die Familiengründung oder -erweiterung. Bestehen keine Konflikte zwischen Wunsch, Intention und deren Realisierung, dann haben sie einen positiven Einfluss aufeinander.

Konflikte bezüglich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie wohnen den individuell-ökonomischen Strukturen inne. Einerseits ist ein Grundstock an Ressourcen und Vermögen notwendig um die mit generativem Verhalten und Familien in Verbindung stehenden Kosten decken zu können. Andererseits sind es genau diese Kosten, die mit steigendem Einkommen ebenfalls zunehmen, da ein Teil des Einkommens im Zuge einer Familiengründung oder -erweiterung wegfallen würde. Die Höhe des Einkommens erhöht also die Kosten in einer Kosten-Nutzen-Analyse aufgrund höherer Opportunitätskosten (Becker 1996). Easterlin (1970) stellt fest, dass im Zusammenspiel zwischen Opportunitätskosten und Nutzen beziehungsweise Einkommen, der positive Effekt des höheren Einkommens den negativen Effekt der Opportunitätskosten (investierte Zeit in Kinder) aufwiegt. Dies gilt insbesondere für Frauen, da sie aufgrund von Gender Display Mechanismen für die Zeit, die sie mit Kindern verbringen, mit höheren Opportunitätskosten zu rechnen haben als Männer. Bei Männern hingegen wird mit steigendem Einkommen mit einer höheren Chance für positives generatives Verhalten gerechnet. Dies erklärt

sich so, dass in einer eher männerdominierten Gesellschaft Männer weniger mit der Herausforderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu kämpfen haben.

Aus den familial-sozialen Strukturen lässt sich die Hypothese ziehen, dass ein Mangel an Sozialkapital von Familien und Freunden die Chance auf ein Kind verringern kann. Bezüglich generativen Verhaltens ist Sozialkapital, welches Zeit, Geld und andere kosten- und konfliktreduzierende Ressourcen zur Verfügung stellt, am wirksamsten für positives generatives Verhalten.

Das kulturelle Umfeld ist ein weiterer wichtiger Faktor in der Entscheidung für oder gegen ein Kind. Je individualisierter und pluralisierter das kulturelle Umfeld ist, desto weniger wird ein generatives Verhalten gezeigt. Daher werden Traditionalität sowie Werte und Normen des Umfelds des Individuums in die Analyse mit einbezogen. Traditionell eingestellte Individuen sind gemäß der Theorie weniger vom Wertewandel geprägt als Personen, die sich an neue Wertorientierungen halten. Traditionell geprägte Individuen haben eine größere Wahrscheinlichkeit auf generatives Verhalten. In Bezug auf das weitere Umfeld eines Individuums lässt sich sagen, dass gerade in der Schweiz die Sprachregion von zentraler Bedeutung ist. Sie steht insbesondere für Normen und Werte im sozio-kulturellen Kontext. Die lateinische Schweiz ist zum Beispiel eher kinderfreundlich eingestellt, während die Deutschschweiz Kindern gegenüber eine vermehrt kritische Haltung einnimmt und die Individualisierung ins Zentrum rückt. Demnach äußern Personen aus der lateinischen Schweiz mit größerer Wahrscheinlichkeit einen Kinderwunsch als Individuen aus der Deutschschweiz. Familienpolitische Maßnahmen wirken sich primär kostensenkend auf die in Zusammenhang mit generativem Verhalten angestellte Kosten-Nutzen-Rechnung aus. (Vgl. Häberling 2013)

5 Daten und Methoden

Als Datengrundlage für die Erforschung von Determinanten des Kinderwunsches wird das Schweizer Haushalt-Panel (SHP) herangezogen. Das Hauptziel des SHP ist es, den sozialen Wandel und im Speziellen die Lebensbedingungen der Schweizer Bevölkerung zu beobachten. Seit seinem Start im Jahr 1998 ist das SHP ein Joint Venture Projekt zwischen dem Schweizerischen Nationalfonds für wissenschaftliche Forschung (SNF), dem Bundesamt für Statistik (BfS) und der Universität Neuchâtel. (vgl. www.swisspanel.ch) Im Jahr 2002 wurde mit „LiS 2020 – Leben in der Schweiz“ (Zimmermann et al. 2002) die strategische Grundlage für die Zusammenarbeit des SHP mit der Pilotbefragung des europäischen Statistics on Income and Living Conditions von Eurostat (SILC) gelegt. Die Pilotbefragungen

des SILC wurden 2004 und 2005 durchgeführt. Seit Anfang 2008 wird das SHP vom SNF finanziert. Geführt wird das Projekt seit diesem Zeitpunkt von der neu gegründeten Stiftung für die Forschung in den Sozialwissenschaften (FORS). Diese ist wiederum an der Universität Lausanne angesiedelt. Des Weiteren beteiligt sich das SHP im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit am Consortium of Household Panels for European Socio-Economic Research (CHER). Zudem ist das SHP Teil des Cross-National Equivalent File (CNEF). Somit ist das SHP einerseits sehr gut international vernetzt, was für weiterführende Analysen außerhalb dieser Untersuchung von großer Bedeutung ist. Andererseits bietet es aber auch auf nationaler Ebene durch die Kompatibilität mit Daten vom Bundesamt für Statistik verschiedene Anknüpfungspunkte. Zur Analyse des vorgestellten Forschungsgegenstandes und zur Überprüfung der Hypothesen eignet sich das SHP gut. Es umfasst ein breites Spektrum an Themen. Diese thematische Variation ist für demographische Fragen äußerst wichtig, da Antworten auf diese immer verschiedene Aspekte aus diversen gesellschaftlichen und individuellen Bereichen in sich vereinen. Benutzt werden für alle nachfolgenden Analysen die sechs Wellen w4 bis w9 des SHP, welche Daten aus den Jahren 2002 bis 2007 enthalten. Die Einschränkung auf genau diese sechs Wellen geschieht aufgrund der abhängigen Variable Kinderwunsch. Die Frage, auf der die Variable basiert, wird im SHP I erst seit dem Jahr 2002 und im SHP II seit dem Jahr 2004 gestellt. Zur Grundgesamtheit wird die Schweizer Wohnbevölkerung im Alter von 18 bis 51 Jahren gezählt. Die Stichprobe bilden alle befragten Personen, welche zwischen 2002 und 2007 die Frage nach dem Kinderwunsch sowie weitere interessierende Fragen beantwortet haben. Die Anzahl dieser Personen beläuft sich auf 9667.

Die verwendeten statistischen Methoden unterscheiden sich je nach Stufe des generativen Verhaltens, da jede dieser Stufen ihre eigenen mathematischen und statistischen Anforderungen stellt. Der Wunsch nach Kindern wird mit einer konventionellen logistischen Regression anhand einer Querschnittsanalyse untersucht. Fertilitätsintentionen und deren Determinanten werden mittels einer Ereignisdatenanalyse für zeitdiskrete Ereignisdaten analysiert. Hierzu bedient sich die vorliegende Studie einer komplementären log-logistischen Regression. Die Familiengründung und Familienerweiterung sind Spezialfälle. Nicht nur in der Schweiz, sondern in vielen westlichen Ländern ist eine Geburt statistisch gesehen ein eher seltenes Ereignis. In der Schweiz haben zwischen 2002 und 2009 jährlich nur rund 10 von 1000 Personen eine Familie gegründet oder erweitert. Daher qualifiziert sich das Ereignis insbesondere aus statistischer Sicht als selten. Seltene Ereignisse sind abhängige Variablen, welche sehr stark von einer Normalverteilung abweichen und somit deutlich öfter den Wert Null statt Eins aufweisen. Herkömmliche statistische Verfahren unterschätzen somit die Wahrscheinlichkeit von seltenen

Ereignissen stark. (King & Zeng 2001a) Abbildung 3 illustriert den Bias der Koeffizienten einer logistischen Regression bezüglich der Wahrscheinlichkeit und dem kausalen Effekt bei Daten mit seltenen Ereignissen. Kurz gesagt: Ereignisse werden unterschätzt, während Nicht-Ereignisse deutlich überschätzt werden. (King & Zeng 2001a) Diese Fakten erfordern eine Methode, welche die Seltenheit der Ereignisse in der abhängigen Variable berücksichtigen kann. Daher wird zur Erklärung und Vorhersage von Familiengründung und -erweiterung ein Rare Events Logit Modell nach Tomz, King und Zeng (1999) berechnet, welches dem Sachverhalt des seltenen Ereignisses – im Gegensatz zur herkömmlichen logistischen Regression oder auch zu Event History Analysen – gerecht wird. (King & Zeng 2001a; 2001b).

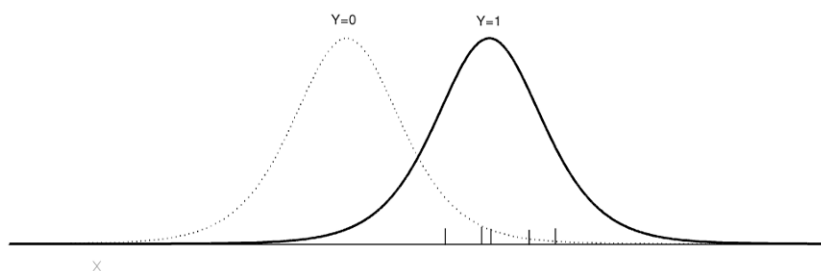


Abb. 3 Rare Events und Logit Koeffizienten

Quelle: King & Zeng 2001a, 146

6 Resultate

Grundsätzlich kann gesagt werden, dass die Mehrheit der Individuen einen Kinderwunsch hegt. Die konkrete Absicht auf ein Kind hingegen ist deutlich weniger oft vorhanden. Die tatsächliche Realisierung von Kinderwunsch und Intention ist – wie bereits gesagt – vor diesem Hintergrund ein eher seltenes Ereignis. (vgl. Abbildung 4)

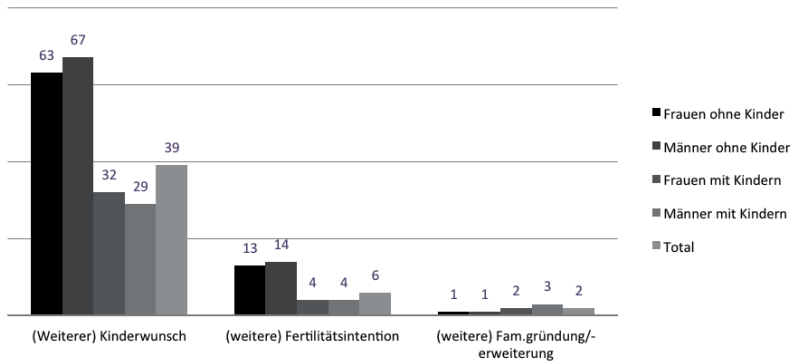


Abb. 4 Stufen generativen Verhaltens

Bemerkung: Generatives Verhalten; Ja-Anteile in %.

Quelle: Swiss Household Panel (SHP); W4 to W 9 (2002 – 2007). Eigene Berechnungen.

Weiter zeigen die Resultate, dass der Wunsch nach Kindern bestimmt wird durch Soziobiologie, durch die intrinsische und die extrinsische Motivation wie auch durch Normen und Werte. Alter hat einen negativen Effekt auf den Kinderwunsch. Dieser muss also bereits im frühen Erwachsenenalter formuliert werden, ansonsten nimmt die Chance bereits auf den Wunsch nach Kindern mit steigendem Alter stetig ab. Die Karriereaffinität einer Frau wirkt sich wie erwartet negativ auf den Kinderwunsch aus. Das kann als Beweis dafür gesehen werden, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als eine Herausforderung gesehen wird. Da Männer nicht mit erhöhten Opportunitätskosten rechnen müssen, fehlt dieser Zusammenhang bei ihnen. Auch heute noch ist das Male Breadwinner Modell auf dem Vormarsch und daher steigert eine gute finanzielle Situation des Mannes dessen Kinderwunsch. Betrachtet man weiter die Familienerweiterung, so ändern sich gewisse Parameter und in diesem Zuge auch die Determinanten. Sind die Anfangsinvestitionen getätigt, wird der Wunsch nach weiteren Kindern durch eine hohes Haushaltseinkommen weiter unterstützt. Anstelle der Karrierepläne wird die Vermögenssituation zu einem verlässlichen Prädiktor. So ist sogar der Kinderwunsch von rationalen Elementen wie verschiedenen Arten von Kosten geprägt. Bezüglich der Fertilitätsintentionen von Frauen sind Opportunitäten und deren Kosten von zentraler Bedeutung. Beruf und Familie werden immer noch als nicht einfach vereinbar wahrgenommen.

Tab. 1 Determinanten des Kinderwunschs

Variablen	Frauen ohne Kinder	Männer ohne Kinder	Frauen mit Kindern	Männer mit Kindern
<i>Soziobiologie</i>				
Alter	0.8***	0.8***	0.9***	0.9***
Gesundheit (Eher schlecht)				
Eher gut	1.4	1.6	0.7†	0.8†
<i>Extrinsische Motivation</i>				
Partner (Ohne Partner)				
Mit Partner	1.1	0.7	1.0	2.3
log. Netto-Jahreshaushalts- äquivalenz-einkommen	1.0	1.1	2.1***	2.7***
Zurechtkommen Einkommen (Schlecht)				
Mittelmäßig	0.2*	4.7*	1.5	0.8
Gut	0.2**	3.2	1.1	0.5
Anteil am Haushaltseinkommen	0.7†	0.7	1.4	1.1
Bildung (Primär)				
Sekundär	0.8	0.1*	0.7	2.5
Tertiär	0.8	0.2	0.9	2.0
<i>Normen und Werte</i>				
Traditionalität	1.0	1.1*	1.0	1.0
Kirchgangshäufigkeit (Regelmäßig)				
Feiertage/Familienanlässe	0.6	1.0	1.1	0.8
Nie	0.2**	0.7	0.5†	0.7
Gemeindetypen (Reich)				
Zentrum	1.6	0.8	0.9	1.3
Periurban	1.4	0.7	0.5†	1.1
Ländlich-peripher	1.3	0.9	0.6	0.6
Nationalität (Schweiz)				
Schweiz und andere	1.4	2.2†	1.0	1.0
Andere	2.3†	0.5	0.8	1.2
<i>Intrinsische Motivation</i>				
Herkunftsfamilie (Ohne Geschwister)				
Mit Geschwistern	1.8	1.4	2.1*	3.0*
Scheidungskind (Nein)				
Ja	0.6*	0.8	0.6*	1.1
Problemkind (Nein)				
Ja			1.5*	1.1
n:	828	718	2216	1639
McFaddens Pseudo R Squared:	0.22	0.19	0.11	0.10
AIC:	1.1	1.1	1.1	1.0
BIC:	-4564	-3847	-14531	-10306

Bemerkung: Eigene Berechnungen. Kontrolliert für Clustering der Individuen und Jahre. Signifikanzniveau: † ≤ 0.1. *p ≤ .05. **p ≤ .01. ***p ≤ .001. Quelle: Swiss Household Panel (SHP); W4 to W 9 (2002 – 2007).

Im Gegensatz zum Kinderwunsch ist die Fertilitätsintention auch abhängig von der Partnerschaftssituation. So wird die Intention nicht nur durch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch von der Vereinbarkeit von Partnerschaft und Beruf beeinflusst. So muss auch diese verbessert werden. Grundsätzlich ist ein familienfreundliches Umfeld sowohl für Frauen als auch für Männer zentral für eine Fertilitätsintention.

Die Fertilitätsintention von Kinderlosen hängt zusätzlich von der Sprachregion ab, in der die Personen leben. Frauen in der französischsprachigen Schweiz weisen eine höhere Wahrscheinlichkeit für generatives Verhalten auf als Frauen, welche in den anderen Sprachregionen der Schweiz leben. Dasselbe gilt für Männer in der italienischsprachigen Schweiz. Dies zeigt, dass generatives Verhalten stark von kulturellen Faktoren und nicht alleine von einer Kosten-Nutzen-Rechnung gesteuert wird.

Tab. 2 Determinanten der Fertilitätsintention

Variablen	Frauen ohne Kinder	Männer ohne Kinder	Frauen mit Kindern	Männer mit Kindern
<i>Soziobiologie</i>				
Alter / quadriert	.3***/ .97***	.6***/ .98***	.5***/ .98***	.7**/ .99**
Gesundheit (Eher schlecht) Eher gut	0.9	1.3	1.5	0.9
<i>Individuell-ökonomische Strukturen</i>				
log. Netto-Jahreshaushaltsäquiva- lenz-einkommen	1.4	0.9	0.7	1.8†
Anteil am Haushaltseinkommen	0.3*	0.9	3.7*	1.6
Bildung (Primär)				
Sekundär	1.4	0.5	1.5	1.4
Tertiär	1.2	0.4	8.1***	1.7
<i>Familial-soziale Strukturen</i>				
Partnerschaftssituation (Ohne Partner)				
Mit Partner	4.7**	4.6***		
Informelles Sozialkapital	1.0	1.0	1.0	1.0
Formelles Sozialkapital (Nicht Mitglied in Quartier-/Eltern- vereinigung)				
Mitglied in Quartier-/ Elternvereinigung	2.2	10.4**	0.4	1.7

Variablen	Frauen ohne Kinder	Männer ohne Kinder	Frauen mit Kindern	Männer mit Kindern
<i>Kulturell-kontextuelle Strukturen</i>				
<i>Normen und Werte</i>				
Traditionaltät	1.0	1.1*	1.0	1.1*
Sprachregion (Deutschschweiz)				
Französische Schweiz	4.1***	1.2	1.1	1.4
Italienische Schweiz	1.5	2.5	0.8	2.7†
Nationalität (Schweiz)				
Schweiz und andere	1.5	1.0	0.7	0.5
Andere	3.6**	1.6	1.2	1.1
Verweildauer / quadriert.	0.4*/1.1†	0.6/1.0	1.0/0.8†	0.5*/1.0
n:	632	594	1766	1846
McFaddens Pseudo R Squared:	0.37	0.23	0.33	0.19
AIC:	0.5	0.7	0.2	0.3
BIC:	-3691	-3290	-12729	-13238

Bemerkung: Eigene Berechnungen. Kontrolliert für Clustering der Individuen und Jahre. Signifikanzniveau: † ≤ 0.1. *p ≤ .05. **p ≤ .01. ***p ≤ .001. Quelle: Swiss Household Panel (SHP); W4 to W 9 (2002 – 2007).

Für Individuen, welche bereits Kinder haben, verändern sich die Parameter nach demselben Muster wie bereits beim Kinderwunsch gezeigt wurde. Familiengründung und Familienerweiterung sind weniger häufig als die beiden vorangehenden Stufen generativen Verhaltens. Sie sind also geplantes Verhalten. Individuen, welche eine Familie gründen oder diese erweitern, haben bereits die ersten zwei Stufen von Kinderwunsch und Fertilitätsintention genommen. Individuell-ökonomische Faktoren wie Einkommen und Kosten spielen hier eine entscheidende Rolle. Während der Kinderwunsch und die Fertilitätsintention nicht vorherrschend durch ökonomische Faktoren beeinflusst sind, so sind es die beiden letzten Stufen deutlich.

Für Frauen ist die finanzielle Sicherheit des Haushalts sehr entscheidend – einerseits. Andererseits hat ihr Beitrag, den sie zum Haushaltseinkommen leisten einen stark negativen Einfluss auf ihr zukünftiges generatives Verhalten. Auch dieser Fakt zeigt deutlich, dass ein Konflikt zwischen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf besteht und dieser nicht einfach gelöst werden kann. Auch wohlfahrtsstaatliche Anstrengungen schaffen es nicht, über diesen Konflikt hinwegzukommen. Dies gilt

wohl insbesondere für liberale Wohlfahrtsstaaten, welche Unterstützungsleistungen nur in geringem Maße ausschütten, und in welchen Kinder zu bekommen und groß zu ziehen voll und ganz in der Verantwortung der Eltern liegen. Insbesondere auf einem bereits eher hohen Wohlstandsniveau einer Gesellschaft sind monetäre Anreize alleine nicht genügend. Betrachtet man die Männer, so zeigt sich, dass das Male Breadwinner Modell immer noch sehr bedeutend ist. Dies ist für das generative Verhalten der Männer förderlich. Aber auch hier sind kulturell-kontextuelle Faktoren von zentraler Bedeutung. Individuen in ländlichen Gebieten zeigen eine deutliche höhere Wahrscheinlichkeit für generatives Verhalten.

Tab. 3 Determinanten der Familiengründung und Familienerweiterung

Variablen	Frauen ohne Kinder	Männer ohne Kinder	Frauen mit Kin- dern	Männer mit Kin- dern
<i>Generatives Verhalten</i>				
Kinderwunsch	7.5†	0.9	18.2***	1.9†
Fertilitätsintention	4.3†	27.5***	9.5***	11.0***
Anzahl Kinder (Ein Kind)				
Zwei Kinder			2.9**	0.7
Drei und mehr Kinder			9.0***	1.9
<i>Soziobiologie</i>				
Alter /quadriert	0.9*/1.0*	0.9†/1.0	0.9*/0.9*	1.1**/ 0.9**
<i>Individuell-ökonomische Strukturen</i>				
log. Netto-Jahreshaushaltsäquivalenz-einkommen	6.4***	0.8	2.8**	2.2†
Anteil am Haushaltseinkommen	0.01***	6.1†	0.2*	4.6**
Bildung (Primär)				
Sekundär	1.9	0.9	0.6	1.4
Tertiär	1.2	0.6	0.6	2.5
Prestige Job (Treiman)	1.0	1.0	1.0	1.0*
<i>Familial-soziale Strukturen</i>				
Partnerschaftsdauer (in Jahren) / quadriert	1.1†/0.9†	1.3*/0.9	0.9/0.9	0.9†/0.9
Informelles Sozialkapital	1.0	1.1†	1.0	1.1**
Formelles Sozialkapital (Nicht Mitglied in Quartier-/Elternvereinigung)				
Mitglied in Quartier-/Elternvereinigung	8.0**		1.3	0.3**

Variablen	Frauen ohne Kinder	Männer ohne Kinder	Frauen mit Kin- dern	Männer mit Kin- dern
<i>Kulturell-kontextuelle Strukturen</i>				
<i>Normen und Werte</i>				
Traditionalität	0.9†	0.9†	0.9*	0.9*
Freizeit (Eher selten Discobesuche)				
Eher häufig Discobesuche	0.5	0.5†	0.4†	1.4
Gemeindetyp (Reich)				
Zentren	1.5	1.5	0.6	0.4*
Periurban	2.8†	2.3	1.0	0.6
Ländlich-peripher	2.9†	2.5	1.0	1.1
Sprachregion (Deutschschweiz)				
Französische Schweiz	0.5	0.5	4.0	2.8
Italienische Schweiz	0.9	2.0	0.2	0.1*
Nationalität (Schweiz)				
Schweiz und andere	1.3	0.4	0.4	0.3**
Andere	1.5	0.2	0.7	0.2**
<i>Staat und Region</i>				
Familienzulagen	1.0	1.0	1.0	1.0
Anzahl Kinderkrippen und -horte pro 1000 Kinder unter 7 Jahren	1.0	1.0	0.8	0.8
n:	1522	1374	3721	3802
Modellgüte des herkömmlichen logistischen Modells: McFaddens Pseudo R squared:	0.42	0.39	0.60	0.58
AIC:	0.2	0.2	0.2	0.2
BIC:	-10663	-9464	-29748	-30505

Bemerkung: Eigene Berechnungen. Kontrolliert für Clustering der Individuen und Jahre. Signifikanzniveau: † ≤ 0.1 . * $p \leq .05$. ** $p \leq .01$. *** $p \leq .001$. Quelle: Swiss Household Panel (SHP); W4 to W 9 (2002 – 2007).

7 Konklusion

Es lässt sich festhalten, dass die verschiedenen Stufen im Prozess des generativen Verhaltens im Allgemeinen bewusst geplant sind und daher auch durch verschiedene Determinanten bestimmt werden, welche sich zumindest teilweise steuern

lassen. Auf Basis der durchgeführten Analysen kann man sagen, dass sowohl der Kinderwunsch für die Absicht, ein Kind zu bekommen, wie auch Wunsch und Intention in Kombination für die Familiengründung und -erweiterung wegweisend sind. Ohne die Vorstufen ist der Höhepunkt generativen Verhaltens – die Familiengründung und -erweiterung – nahezu unmöglich. Jedoch sind die genannten Vorstufen keine hinreichende Bedingung für Letztere: Wunsch und Intention werden überaus oft nicht in die Tat umgesetzt. Betrachtet man den Kinderwunsch, so sind zusammenfassend der extrinsische Wert eines Kindes sowie Normen und Werte am wichtigsten. Bei Frauen macht sich zudem der intrinsische Wert als überaus einflussreich bemerkbar. Bezüglich einer Fertilitätsintention erweist sich die Verweildauer im intentionslosen Zustand, welche unter anderem durch die schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie durch die Diskrepanz zwischen Bildung und Beruf im Bereich der Geschlechtermodernisierung verursacht wird, als relevante Determinante. Aber auch das Sozialkapital sowie teilweise Normen und Werte zählen zu den stärkeren Erklärungsfaktoren. Die Familiengründung und -erweiterung wird im Gegensatz zu den Vorstufen generativen Verhaltens prominent durch individuell-ökonomische Strukturen und durch das vorangehende generative Verhalten bestimmt. Aber auch familial-soziale Strukturen sind im oberen Bereich der Rangliste der stärksten Einflussfaktoren zu finden. Der Kinderwunsch und die Fertilitätsintention werden bereits von Faktoren der individuell-ökonomischen Strukturen tangiert. Deren volle Wirkung kommt aber erst bei der Realisierung von Wunsch und Intention zur Geltung und führt zum einschneidenden Ergebnis, dass nur selten eine Familie gegründet oder erweitert wird. Je konkreter und bedachter die Entscheidung für oder gegen positives generatives Verhalten wird, desto weniger findet es statt. Daraus lässt sich schließen, dass man zur Beeinflussung und Steuerung des generativen Verhaltens einer Gesellschaft insbesondere die Rahmenbedingungen der Familiengründung und -erweiterung ins Auge fassen muss, denn der Wunsch ist primär noch vorhanden. Danach soll die Bildung der Intention im Zentrum stehen, welche zwar häufiger auftritt als der Wunsch, aber dennoch eher selten geäußert wird. (Vgl. Häberling 2013)

Wie die Familienpolitik und die entsprechenden Unterstützungsleistungen erstrecken sich auch die folgenden sozialpolitischen Implikationen auf verschiedene Bereiche. Die Untersuchungen haben gezeigt, dass staatliche Unterstützungsleistungen im Bereich von Geburten- und Familienzulagen so wie im Bereich des familienexternen Betreuungsangebotes keinen Einfluss auf das generative Verhalten haben. Daraus darf keinesfalls der Schluss gezogen werden, diese Leistungen seien für die Gesellschaft überflüssig. Sie erweisen sich lediglich für die Erhöhung der Fertilitätsrate der Schweiz als einflusslos. Dagegen deuten verschiedene Faktoren darauf hin, dass die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit insbesondere

für die Frau klar verbessert werden muss. Dazu gehören auch die eben genannten Unterstützungsleistungen, welche an erster Stelle gesamtschweizerisch koordiniert werden müssen. Diese kommen möglicherweise nicht zur Geltung, da ihnen ein familienfreundliches Umfeld im Allgemeinen und bei den Arbeitgebern fehlt. Das muss geändert werden. Ebenso muss das Familien- und Mutterbild in der Gesellschaft überarbeitet werden und zwar in Richtung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das heißt, dass Muttersein nicht mehr mit Teilzeitarbeit und gleichzeitiger Vollzeitmutterschaft gleichzusetzen ist. Die Lebensbereiche Beruf und Familie sollen fusionierbar werden. Daneben muss die Diskrepanz der Geschlechtermodernisierung aufgelöst werden. Während sie sich im Bereich der Bildung bereits durchgesetzt hat, steht ihr Einzug in den Arbeitsmarkt (zumindest teilweise) noch aus. Ein erster Schritt in die richtige Richtung ist die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit für Männer – insbesondere in Kaderpositionen. Nur mit der Erfüllung der genannten Punkte ist es überhaupt möglich, dass staatliche Unterstützungsleistungen verschiedener Art ihre Wirkung entfalten und externe Betreuungsangebote Opportunitätskosten senken können. Wichtig ist dabei aber auch, dass das familienexterne Betreuungsangebot den Gegebenheiten in der Berufswelt angeglichen wird. Konkret sollten sich zum Beispiel die Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen den Arbeitszeiten der Eltern angleichen, oder aber die Unternehmen passen die Arbeitszeiten im Zuge der Vereinbarkeit von Familie und Beruf vermehrt der Familiensituation an, und lockern so ihre starren Strukturen. Hier könnte auch die Einführung von Tagesschulen Erleichterung bringen. Zusätzlich sollten die untersuchten familienpolitischen Maßnahmen in Einklang mit Hank, Andersson, Duvander, Kreyenfeld und Spiess (2004) im Kontext der gesamten staatlichen Unterstützungsleistungen in einem Gesamtkonzept analysiert werden, um ihre Wirkungsweisen dezidiert zu erforschen. Dazu gehört nicht nur die Garantie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch die Vereinbarkeit von Partnerschaft und Beruf sowie die Stärkung der Familie an sich und neuer Familienformen über die Signale, welche durch die Begünstigung bestimmter Familienformen über (finanzielle) Unterstützungsleistungen gesendet werden können (vgl. Popenoe 1988). Es soll also nicht nur die sogenannte Normalfamilie, wie es sie niemals gab (vgl. Spillmann 2008, 6), durch den Staat gefördert und gestützt werden, sondern speziell auch neue Familienformen wie Alleinerziehende, Patchworkfamilien und Gay Parenthood (vgl. Stacey 2006). Dadurch soll im Endeffekt ein durch eine positive Kosten-Nutzen-Analyse ausgelöstes frühes Auftreten von generativem Verhalten gewährleistet werden, damit der negative Einfluss des Faktors Alter durch das Aufschieben der Kinderwünsche und Fertilitätsintentionen nicht zu einem Aufheben ihrer Realisierung führt. (Vgl. Häberling 2013)

Literatur

- Ajzen, Icek. 1991. The Theory of Planned Behavior. *Organizational Behavior and Human Decision Processes* 50: 179-211.
- Ajzen, Icek. 1985. From Intentions to Actions: A Theory of Planned Behavior. In *Action Control. From Cognition to Behavior*, hrsg. Julius Kuhl, Jürgen Beckmann, 11-39. Berlin, Heidelberg, New York, Tokyo: Springer Verlag.
- Becker, Gary S. 1996. *Familie, Gesellschaft und Politik – die ökonomische Perspektive*. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Becker, Gary S. 1981. *A Treatise on the Family*. Harvard: First Harvard University Press.
- Bengtson, Vern, Carolyn Rosenthal, Lynda Burton. 1990. Families and Aging: Diversity and Heterogeneity. In *Handbook of Aging and the Social Sciences*, hrsg. Robert H. Binstock, Linda K. George, 3. Aufl., 263-287. San Diego: Academic Press.
- Brines, Julie. 1994. Economic Dependency, Gender, and the Division of Labor at Home. *The American Journal of Sociology* 100 (3): 652-688.
- Bühler, Christoph, Dimiter Philipov. 2004. Zur Bedeutung des sozialen Kapitals für Fertilitätsentscheidungen. Theoretische und empirische Darstellungen am Beispiel Bulgariens. Working Paper 2004-024. Max-Planck- Institut für demographische Forschung Rostock. <http://www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2004-024.pdf>. Zugriffen: 19. Dezember 2015.
- Bundesamt für Statistik. 2015a. Zusammengefasste Geburtenziffer. <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/06.html>. Zugriffen: 18. Dezember 2015.
- Bundesamt für Statistik. 2015b. Sprachgebiete. http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/regionen/11/geo/analyse_regionen/02.html. Zugriffen: 18. Dezember 2015.
- Easterlin, Richard A. 1970. Towards a Socioeconomic Theory of Fertility: Survey of Recent Research on Economic Factors in American Fertility. In *Fertility and Family Planning*, hrsg. Samuel J. Behrman, Leslie Corsa, Ronald Freedman, 127-156. Michigan: The University of Michigan Press.
- Fishbein, Martin. 1972. Toward an Understanding of Family Planning Behaviors. *Journal of Applied Social Psychology* 2 (3): 214-227.
- Gauthier, Anne H. 2002. Family Policies in Industrialized Countries: Is There Convergence? *Population* 3 (57): 447-474.
- Häberling, Isabel Nadine. 2013. *Kinder zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Über die Determinanten von Kinderwunsch, Fertilitätsintention und deren Realisierung*. Zürich: Seismo.
- Hank, Karsten, Michaela Kreyenfeld, Katharina C. Spiess. 2003. *Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland*. Working Paper 2003-002. Max-Planck-Institut für demographische Forschung Rostock. <http://www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2003-002.pdf>. Zugriffen: 15. Dezember 2015.
- King, Gary, Langche Zeng. 2001a. Explaining Rare Events in International Relations. *International Organization* 55 (3): 639-715.
- King, Gary, Langche Zeng. 2001b. Logistic Regression in Rare Events Data. *Political Analysis* 12: 137-163.
- Popenoe, David. 1988. *Disturbing the Nest: Family Change and the Decline of Families in Modern Society*. New York: Aldine de Gruyter.
- Rosenstiel, Lutz von, Erika Spiess, Martin Stengel, Friedemann Nerdinger. 1986. *Einführung in die Bevölkerungspsychologie*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

- Spillmann, Andreas. 2008. Vorwort. In *Familien. Alles bleibt, wie es nie war*, hrsg. Schweizerisches Landesmuseum, 1-6. Zürich: Schweizerisches Landesmuseum.
- Stacey, Judith. 2000. Gay Parenthood and the Decline of Paternity as We Knew it. *Sexualities* 9 (1): 27-55.
- Tölke, Angelika, Martin Diewald. 2003. Berufsbiographische Unsicherheiten und der Übergang zur Elternschaft bei Männern. In *Partnerschaft und Familiengründung: Ergebnisse der dritten Welle des Familien-Survey* Walter Bien, Jan H. Marbach, 349-384. Opladen: Leske+Budrich.

Das „cultural lag“ in der Familienpolitik

Wiebke Rösler

Zusammenfassung

Der Beitrag bemisst die zeitliche Lücke zwischen der zunehmenden Frauen- und Müttererwerbstätigkeit, sinkenden Geburtenraten und der Reaktion der Familienpolitik. Bis das Elterngeld und der Ausbau der Kinderbetreuung die Vereinbarkeitssituation für erwerbstätige Mütter erleichterten, vergingen mehr als 30 Jahre. Aufgrund der Zeitverzögerung wird im Aufsatz vom „cultural lag“ in Anlehnung an den Soziologen Ogburn gesprochen. Erst mit dem Ausbau der Kinderbetreuung wurden partnerschaftliche Modelle der Familienarbeit ermöglicht. Da die Geburtenrate schon während der 70er Jahre einbrach und dauerhaft niedrig blieb, wuchsen deutlich kleinere Kohorten in der Altersstruktur nach. Theoretisch ist in der Alterspyramide daher Platz für sieben Millionen Menschen.

Schlüsselwörter

Familienpolitik, Elterngeld, Kindertagesbetreuung, Kitaausbau, KiFöG, cultural lag, Frauenerwerbstätigkeit, Müttererwerbstätigkeit

Im Artikel soll aufgezeigt werden, dass der soziodemografische Wandel erst spät zu veränderten Prämissen in der Familienpolitik führte. Sowohl beim Erziehungsgeld als auch beim Ausbau der Kindertagesbetreuung vergingen viele Jahre, bis veränderte Erwerbspräferenzen der Frauen und Mütter sich in der Familienpolitik widerspiegeln. Zum Beispiel wurde das Erziehungsgeld nach seiner Einführung 21 Jahre lang nicht erhöht, obwohl sich die Frauenerwerbschancen und auch ihr

429

Einkommen währenddessen ständig verbesserten: 600 DM bzw. 307 Euro monatlich wurden den Müttern ab 1986 ausgezahlt. Erst 2007 wurde das Elterngeld als Lohnersatzleistung eingeführt. Ebenso begann der Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige erst 2004, obwohl der Mangel an Betreuungsplätzen und die Berufstätigkeit der Frauen und Mütter schon lange westdeutsche Normalität waren.

Die zeitliche Lücke zwischen der zunehmenden Frauen- und Müttererwerbstätigkeit, der fallenden Geburtenrate und niedrigen Kinderzahlen einerseits und der Familienpolitik andererseits beträgt mindestens 30 Jahre, eine ganze Generation. Die späte Investition in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zeigt ein „cultural lag“ auf, das größer war als in den europäischen Nachbarländern.

Da die Geburtenrate schon vor 45 Jahren dauerhaft unter 2,0 Kinder pro Frau sank, wuchsen deutlich kleinere Kohorten in der Altersstruktur nach. Theoretisch ist im Jahr 2015 in der Bevölkerungspyramide daher Platz für 7 Millionen Menschen im Alter von 0 und 45 Jahren. Mit Hilfe von Zuwanderung ließe sich die Alterspyramide stabilisieren. Voraussetzung ist jedoch, dass in die Integration nicht ebenso zeitverzögert investiert wird wie in familienpolitische Maßnahmen bzw. dass die demografische Dividende auch bei den Kindern ankommt.

1 Die Frauenerwerbstätigkeit – keine großen Sprünge seit 1990

Betrachtet man die deutsche Frauenerwerbstätigkeit seit 1872, so ist weibliche Erwerbstätigkeit der jungen, unverheirateten Frauen schon seit mindestens 150 Jahren selbstverständlich. Allerdings stiegen Frauen häufig mit der Heirat aus dem Berufsleben aus. Abb. 1 zeigt, dass das 3-Phasen-Modell – erst Berufstätigkeit, dann Hausfrau und Versorgung durch den Ehemann, dann eventuell eine erneute Aufnahme der Berufstätigkeit, wenn die Kinder größer sind – schon zu Beginn des letzten Jahrhunderts immer unbeliebter wurde. War 1872 nur jede zehnte verheiratete 30- bis 40-jährige Frau erwerbstätig, so betraf es 1907 schon jede Vierte. 1939, zu Beginn des Zweiten Weltkrieges, arbeitete bereits jede dritte Ehefrau (Statistisches Bundesamt 1972). Die Geburtenrate lag in dieser Zeit bei 2,5 Kindern pro Frau. Frauen trugen aus den unterschiedlichsten Gründen, aber vor allem zur Sicherung des Familieneinkommens, zur Haushaltskasse bei.

Der lange Zeitverlauf der Frauenerwerbstätigkeit macht deutlich, dass die stärksten Veränderungen im Erwerbsverhalten der Frauen zu Beginn des letzten Jahrhunderts auftraten und eine kontinuierliche Steigerung im Zeitvergleich stattfand. Seit den 90er Jahren erleben wir in Deutschland weitgehend stabile

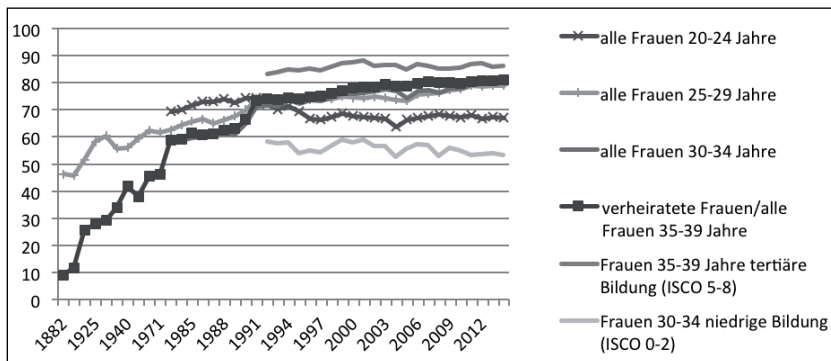


Abb. 1 Frauenerwerbstätigkeit 1882 bis 2015

Quelle: Statistisches Bundesamt 1972 und Eurostat 2016: Erwerbsquoten nach Geschlecht, Alter und Bildungsabschluss (%) [lfsa_argaed], exportierte Daten, eigene Darstellung.

Verhältnisse. Die Erwerbsquote höher gebildeter 35- bis 39-Jähriger ist seit 1992 von 83 auf 86 % angestiegen, also lediglich um drei Prozentpunkte. Frauen mit den höchsten Bildungsabschlüssen haben die höchste Erwerbsquote im Vergleich zu anderen Frauen, sie verfügen zudem über die besten Beschäftigungschancen. Die Erwerbsquote von Frauen mit mittleren Bildungsabschlüssen ist von 71 auf 82 % angestiegen, damit haben sie annähernd das Niveau von Akademikerinnen erreicht. Frauen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen sind dagegen seltener erwerbstätig: 1992 arbeiten 58 %, 2014 sind es 54 %. Im langen Zeitvergleich fand eine Umkehrung statt. Heute bedingt die Bildung die Erwerbschancen und so auch die Möglichkeit, eine Arbeit zu finden, während früher vor allem die einfachen Frauen als Arbeiterinnen und Bäuerinnen arbeiten mussten.

Wenn heute, wie gleich noch aufgezeigt wird, familienpolitische Zeit- und Geldleistungen die Frauenerwerbstätigkeit unterstützen, dann beruht dieser Politikwandel nicht auf einer markanten Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit in der jüngsten Vergangenheit. Im Gegenteil sind Frauen und Mütter schon deutlich länger erwerbstätig.

2 Die späte Einführung des Elterngeldes

Schon 1892 „betonte die erste Frauenkonferenz, die sich selbst als ‚feministisch‘ bezeichnete, die Dringlichkeit einer *protection sociale à toutes les mères*“ (Bock

1997, S 443) – eines bezahlten Mutterschutzes, der 18 Monate dauern sollte. Seit Einführung der Sozialen Sicherung in Deutschland hatten Arbeiterinnen ab 1883 ein Beschäftigungsverbot von *drei Wochen* nach Entbindung und erhielten einen 50-prozentigen Lohnersatz. Zu Beginn des 20. Jahrhundert wurde dann der Mutterschaftsurlaub von 8 *Wochen* eingeführt inklusive eines Wochengeldes und einer obligatorischen Krankenversicherung auch für Hausangestellte, „doch die –zahlreichen– Ehefrauen versicherter Lohnarbeiter blieben ausgeschlossen, wenngleich sie sich freiwillig versichern konnten (was nur den wenigsten möglich war)“ (Bock 1997, S. 443).

Und so vergingen mehr als 100 Jahre, bis die Familienpolitik die Forderung der frühen Feministinnen aufgriff und der 8-wöchige Mutterschutz 1984 um den sogenannten Erziehungsurlaub ergänzt wurde (vgl. Abb. 2). Die 600 DM wurden zunächst für zwölf Monate ausgezahlt, stufenweise wurde das Erziehungsgeld dann auf zwei Jahre verlängert mit dem Ziel, dass die berufstätige Frau zu Hause bleiben und sich um die Erziehung der Kinder kümmern kann. Bei Berücksichtigung der Frauenerwerbsquote schon zu dieser Zeit ist fraglich, ob dies dem Wunsch der Frauen entsprach und nicht einige deutlich eher in den Beruf zurückkehren wollten. In die westdeutsche Familienpolitik dieser Zeit fanden derartige Überlegungen keinen Einzug, die Tagesbetreuung für unter 3-Jährige war faktisch nicht vorhanden und wurde auch nicht ausgebaut. Dass der weiblichen Berufstätigkeit nicht besonders viel Bedeutung zugestanden wurde, wird auch daran deutlich, dass die Höhe des Erziehungsgeldes seit Einführung 1987 unverändert bei 600 DM bzw. 307 Euro verblieb. Erst 2007 – 20 Jahre später – wurde das Elterngeld als Lohnersatzleistung eingeführt und ersetzt nun 65 % des Nettoeinkommens.

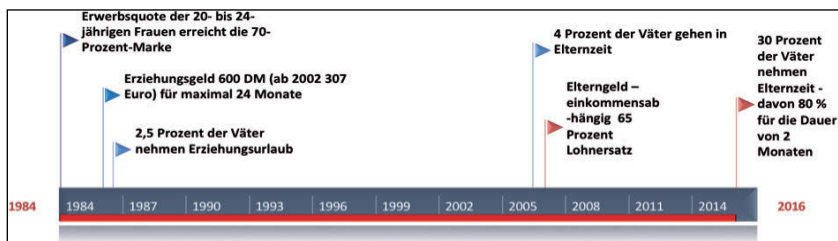


Abb. 2 Das „cultural lag“ in der Familienpolitik: Vom sogenannten Erziehungsurlaub zum Elterngeld

Quelle: eigene Abb.

Eine ähnliche Zeitverzögerung besteht auch im Hinblick auf partnerschaftliche Vereinbarkeitsmodelle mit gleicher Teilhabe von Frauen und Männern an Beruf und Familie. Einerseits heißt es in der westdeutschen sozialpsychologischen Literatur von vor 30 Jahren: „Die patriarchalische Familie ist nicht mehr modern“ (Weber-Kellermann 1984, S. 491). Hauptcharakteristikum der Familie sei „all das, was mit dem Zauberwort ‚Partnerschaft‘ zu beschreiben wäre“ (ebd.). Trotzdem nahmen Mitte der 80-er Jahre nur 2,5 % der Väter den sogenannten Erziehungsurlaub. 2004, 20 Jahre später, gingen immer noch nur 4 % der Väter in Elternzeit. Trotz weitverbreiteter Zustimmung zur partnerschaftlichen Ehe erledigten die Frauen den Großteil der Familienarbeit. Zwischen Beziehungsideal und Realität klappte eine riesige Lücke. 2015 nehmen 30 % der Väter Elternzeit, vier von fünf allerdings nur für maximal zwei Monate. Dieses Geld würde ansonsten verfallen, da es nicht auf die Mütter übertragbar ist – wäre es übertragbar, wäre der männliche Anteil heute noch geringer.

In der DDR wurde bereits 1976, also acht Jahre früher als in der BRD, das Babyjahr eingeführt. Während des Babyjahrs wurden 70 % Lohnersatz für 12 Monate gewährt und anschließend bestand ein verbindlicher Anspruch auf einen Krippenplatz (Nickel 1997) – damit waren die DDR-Maßnahmen der späten 70er Jahre vergleichbar mit dem heutigen Elterngeld und dem seit 2013 geltenden Rechtsanspruch auf Tagesbetreuung für Einjährige, worauf im folgenden Kapitel eingegangen wird.

3 Der verspätete Ausbau der Tagesbetreuung

Seit den frühen 70er Jahren war die Kinderbetreuung auch für kleine Kinder in der DDR universal und kostenlos, das heißt jedes Kind hatte Zugang und wurde betreut (Trappe 1996).

Anders in der BRD: Hier wurde nicht in den Ausbau der öffentlichen Tagesbetreuung investiert, obwohl die Geburtenrate seit den 70er Jahren massiv einbrach und dauerhaft niedrig blieb. Einerseits wurde auf die Großmütter vertraut, die den Eltern unterstützend zur Seite stehen sollten, andererseits auf Tagesmütter. Und es wurde euphorisch festgestellt:

„Die Heranziehung der Großmütter (...) muss nicht der einzige Ausweg sein, wenn die Frau ein Rollengleichgewicht in der Ehe anstrebt und ihrem Beruf nachgeht. Es gibt auch Ansätze zu neuen Entwicklungen, bei denen die Ehemänner in einer modernen Aufgabenteilung mit ihren Frauen partnerschaftlich kooperieren. Es gibt das Tagesmüttermodell. Überall entschließen sich Eltern-Kinder-Gruppen,

Initiativkreise und Wohngemeinschaften, in dieser Richtung zu experimentieren“ (Weber-Kellermann 1984, S. 502).

Doch Fakt ist: 1990 wurden in Westdeutschland 1,4 % der unter dreijährigen Kinder in öffentlicher Tagesbetreuung inklusive Tagespflege (Tagesmütter) betreut, im Osten waren es 53 % (Statistisches Bundesamt 2004). Zwischen dem Wunsch, dass die Eltern sich selbst partnerschaftlich organisieren und Tagesbetreuung aufbauen, und der Realität klappte wieder eine riesige Lücke. Das private Experimentieren ohne öffentliche Unterstützung schuf keine nachhaltigen Angebote. Wer nicht zu den Glücklichen zählte und eine Großmutter zur Hand hatte, konnte faktisch, solange die Kinder klein waren, nicht arbeiten gehen.

Vinken (2007) sieht im spezifischen westdeutschen Glaubenssatz, dass die Eltern die Betreuung ihrer Kinder selbst organisieren sollen, eine Frontstellung gegen die DDR und den ehemaligen Nationalsozialismus: Nie wieder sollte der Staat die Kinder erziehen. Kinder gehörten in Westdeutschland in den Schoß ihrer Familie (Vinken 2007, S. 51). Entsprechend wurde, anders als in Frankreich, den skandinavischen Ländern, in Großbritannien oder selbst in den USA – wo die Tagesbetreuung im Rahmen der „Early Childhood Education“ Programme für benachteiligte Kinder ausgebaut und wissenschaftlich begleitet wurde – während der 70er und 80er Jahre überhaupt nicht in die öffentliche Kinderbetreuung investiert, mit dem Ergebnis, dass bis Ende der 80er Jahre auch kein Angebot vorhanden war (vgl. Abb. 3).

In Frankreich, Schweden, Dänemark und der DDR hingegen war die Sozialpolitik auf die Förderung der erwerbstätigen Mütter ausgerichtet, hier wurde massiv in Kinderkrippen, Kindergärten, Ganztagschulen und Horte investiert; familienpolitische Maßnahmen galten hier hauptsächlich der erwerbstätigen Frau und ihren Kindern. Anders in der BRD, wo die Familienpolitik die Hausfrauen- und Versorgerehe förderte (Vinken 2007, S. 52). Laut Vinken (2007) entwickelte sich die westdeutsche Familienpolitik als Reaktion auf die Familienpolitik der DDR und erst deshalb als ein europäischer Sonderweg im Vergleich zu anderen europäischen Staaten und den USA. Nur sie überließ die Kleinkindbetreuung ausschließlich der Familie:

„Die Familie sollte in der BRD gegen den Eingriff eines totalitären Staates, wie man ihn unter nationalsozialistischer Politik erlitten hatte, geschützt werden. Die Familienpolitik der DDR, die mit der Politik anderer westeuropäischer Staaten mehr gemein hatte als mit der Politik der BRD, wurde eben als das interpretiert: als ein Hereinregieren eines totalitären Staates in das private Glück“ (Vinken 2007, S. 51).

Ebenso wurde in den 70er Jahren in vielen europäischen Staaten das Familienmodell des Vaters als Alleinverdiener neu ausgehandelt – in der BRD konnte dieser Aushandlungsprozess nicht stattfinden, so Vinken (2007, S. 50f.), weil man damit

beschäftigt war, die Familie gegen jeden Versuch staatlichen Eingreifens zu beschützen. Da Ganztagschulen fehlten, konnte ein Partner nur halbtags arbeiten. Dass diese Arbeitsteilung zu mehr Geschlechterungleichheit führte, wurde in Kauf genommen. Erst zu Beginn des neuen Jahrtausends konnte das Modell des Alleinverdieners öffentlich in Frage gestellt und die Forderung nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie laut werden.

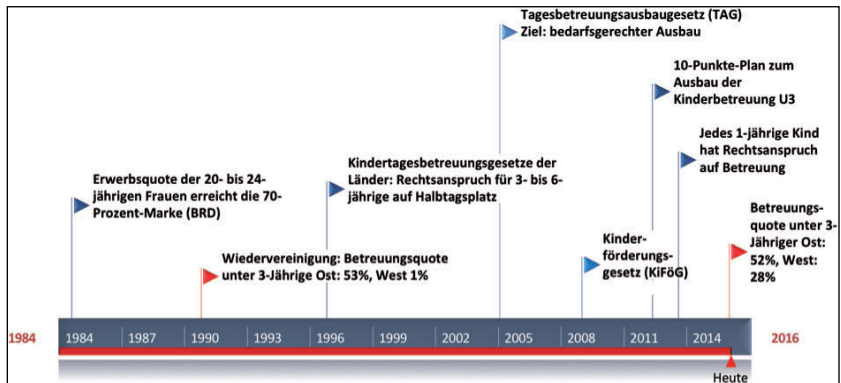


Abb. 3 Der späte Ausbau der Tagesbetreuung

Quelle: eigene Abb.

Unter Angela Merkel als amtierende Bundesfamilienministerin wurde 1996 der Rechtsanspruch 3- bis 6-jähriger Kinder auf einen *Halbtags*kindergartenplatz umgesetzt. Wohlgermerkt ging es hier nicht um eine Verbesserung der Vereinbarkeitssituation für erwerbstätige Frauen, sondern um frühkindliche Bildung. 2005 folgte dann das Tagesbetreuungsausbaugesetz mit dem Ziel, das Angebot an Tagesbetreuung bedarfsgerecht auszubauen, also auch die Wünsche der Eltern zu berücksichtigen. Weitere Meilensteine waren 2012 der 10-Punkte-Plan zum Ausbau der Tagesbetreuung für unter 3-Jährige gefolgt vom Kinderförderungsgesetz 2008. Dies beinhaltet ab 2013 einen Rechtsanspruch auch der einjährigen Kinder auf Tagesbetreuung, was einen enormen Ausbau der Kindertagesbetreuung in Westdeutschland angeschoben hat (vgl. Abb. 3). Nach wie vor bestehen große regionale Unterschiede bezüglich Angebot und Betreuungsumfang, welche die Erwerbschancen der Mütter und damit auch die Chancen einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung innerhalb der Familien massiv mitbeeinflussen (KiFöG-Bericht 2015).

4 Das „cultural lag“ und seine Folgen

Im Hinblick auf die familienpolitischen Maßnahmen der Bundesrepublik ist deutlich geworden, dass äußerst zeitverzögert auf die Frauenerwerbstätigkeit und den Wunsch der Partner nach gleichberechtigten Lebensmodellen reagiert wurde. Ogburns Theorie der kulturellen Phasenverschiebung passt recht gut zur Beschreibung des Dilemmas:

„Eine kulturelle Phasenverschiebung findet statt, wenn von zwei miteinander in Beziehung stehenden Kulturelementen das eine sich eher oder in größerem Maße verändert als das andere, so dass der Grad der Anpassung zwischen den beiden Elementen geringer wird als zuvor“ (Ogburn 1957, S. 134).

Frauen erlebten gleiche politische Rechte und durften gleichermaßen an Bildung teilhaben, hatten nun aber Probleme, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. In vielen europäischen Ländern brachen im Anschluss an den Babyboom der 50er und 60er Jahre die Geburtenraten ein. Die meisten europäischen Länder mit Ausnahme von Südeuropa und Westdeutschland investierten daraufhin in Betreuungsinfrastruktur und Ganztagschulen, um den Müttern eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu unterstützen.

Heute haben jene Länder höhere Geburtenraten, in denen die Frauenerwerbstätigkeit hoch ist und Familien durch gute Infrastruktur unterstützt werden (Arpino et al. 2015; Aassve et al. 2015; Baizan et al. 2016). Zugang zu Infrastruktur gilt zudem als die Grundvoraussetzung für eine partnerschaftliche Arbeitsteilung innerhalb der Familie. Eine partnerschaftliche Arbeitsteilung hat wiederum positive Effekte auf die Geburtenrate (Goldscheider et al. 2015; Luci-Greulich/Thévonon 2014, McDonald 2000). Dieses Investment hatte Westdeutschland lange Zeit verschlafen – die entstehende Zeitlücke der kulturellen Phasenverschiebung war besonders groß – die Geburtenrate blieb dauerhaft bei 1,4 Kindern pro Frau und die Zahl der absolut geborenen Kinder schrumpfte deutlich (vgl. Abb. 4). Dies hatte entsprechend nachhaltig negative Folgen für die deutsche Altersstruktur, auf die im nächsten Kapitel noch eingegangen wird.

Indem Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht umgesetzt und stattdessen zu lange am Hausfrau- bzw. Dreiphasenmodell festgehalten wurde, kam es in Westdeutschland zu einer Fehlanpassung im Sinne von Ogburn: Gut qualifizierte Frauen verzichteten auf Kinder. Westdeutschland hat bis heute eine der höchsten Raten der Kinderlosigkeit im europäischen Vergleich (Miettinen et al. 2015). Das gilt auch für hochqualifizierte Frauen mit türkischen Migrationshintergrund, von denen ebenfalls jede dritte kinderlos blieb (Fiedler 2016).

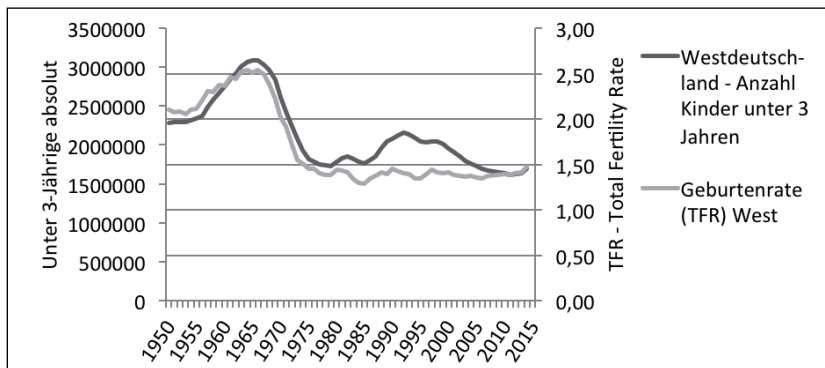


Abb. 4 Anzahl unter 3-Jähriger und Geburtenrate in Westdeutschland

Anmerkung: Anzahl unter 3-Jähriger ab 1990 ohne Westberlin, Bevölkerung jeweils am 31.12. nach Alters- und Geburtsjahren.

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, eigene Darstellung.

Bei schlechter Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind zwei Szenarien möglich: Entweder schieben Frauen ihre Kinderwünsche auf, bis sie kinderlos bleiben oder nur eine geringe Kinderzahl in einem medizinisch risikohaften Alter realisieren können. Oder Frauen müssen aufgrund ihrer Mutterschaft länger aus dem Beruf aussteigen und wenn sie zurückkehren, dann in Teilzeit, was laut international vergleichenden Studien in Westdeutschland ebenfalls überproportional häufig vorkommt (Buchholz/Grunow 2006).

Beide Möglichkeiten der Anpassung an eine schlechte Vereinbarkeit sind volkswirtschaftlich betrachtet teuer. Aufgrund der hohen Kinderlosigkeit und geringen Kinderzahlen sind die nachwachsenden Kohorten zu klein – ein Problem, welches die Verlässlichkeit der Sozialsysteme gefährdet. Ein langer Ausstieg der Frauen aus dem Erwerbsleben ist ebenfalls teuer, denn in die Ausbildung der Mädchen und jungen Frauen wurde viel investiert. Zudem weisen Einverdiener-Familien ein erhöhtes Armutsrisiko auf (Esping-Andersen 2009). Eine schlechte Vereinbarkeit, wie sie in Westdeutschland jahrzehntelang toleriert wurde, führt daher volkswirtschaftlich betrachtet in jedem Fall zu teuren Fehlanpassungen.

Der Verlauf der Geburtenentwicklung in der DDR zeigt ebenfalls eine sinkende Geburtenrate bis Mitte der 70er Jahre, dann allerdings wurde neben dem universellen kostenlosen Zugang zu Betreuungsinfrastruktur auch das Babyjahr eingeführt. Mütter konnten nun nach der Kindsgeburt ein Jahr zu Hause zu bleiben, und die ostdeutsche Geburtenrate stieg wieder an. Nach der Wiedervereinigung und der

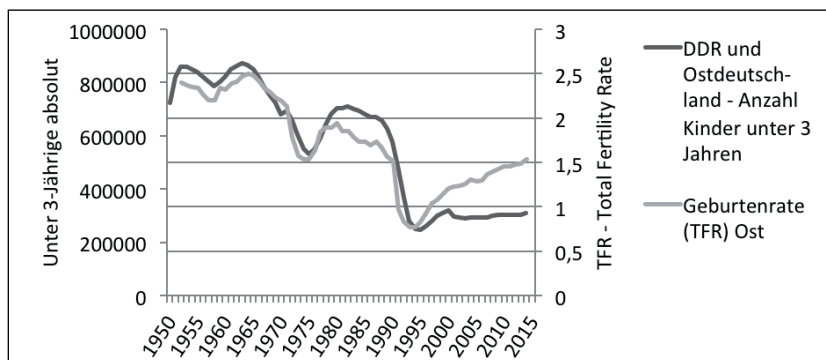


Abb. 5 Anzahl unter 3-Jähriger und Geburtenrate in Ostdeutschland

Anmerkung: Anzahl unter 3-Jähriger ab 2001 ohne Ostberlin, Bevölkerung jeweils am 31.12. nach Alters- und Geburtsjahren.

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, eigene Darstellung.

Übernahme der westdeutschen familienpolitischen Maßnahmen brach die ostdeutsche Geburtenrate massiv ein. Ursache hierfür sind in erster Linie „Timing“-Effekte, dass heißt Frauen schoben die Geburt ihrer Kinder zunächst auf. In ähnlicher Form passierte dies aufgrund des sehr niedrigen Erstgeburtsalters in allen osteuropäischen Staaten (Sobotka 2004). Familien waren in den 90er Jahren vorrangig damit beschäftigt, eine neue wirtschaftliche Basis aufzubauen, die Arbeitslosigkeit wie auch die Abwanderung aus dem Osten waren enorm. Dass die absolute Zahl der unter Dreijährigen in Ostdeutschland trotz steigender Geburtenrate seit 1994 konstant niedrig bleibt, ist ebenfalls auf die Abwanderung zurückzuführen.

5 Ausblick: die Möglichkeit, doch noch eine stabile Bevölkerungsstruktur zu erreichen

In Westdeutschland sind die Kinderzahlen seit 45 Jahren niedrig, in Ostdeutschland seit 25 Jahren. Damit ist auch die Kohorte der heutigen potenziellen Mütter – der Frauen im gebärfähigen Alter zwischen 15 und 45 Jahren – klein. Eine stabile Bevölkerungsstruktur könnte daher nur noch über Zuwanderung erreicht werden. Die folgende Alterspyramide zeigt den Aufbau der deutschen Bevölkerung 2015. Deutlich erkennbar ist die Urnenform, deren Ursache die niedrigen Geburtenziffern

seit 1970 sind. Modellhaft wurde nun eine Bevölkerung mit stabilen Geburtenraten nach 1970 kalkuliert: Wie sähe die Altersstruktur aus, wenn seit 1970 die Geburtenrate nicht unter 2,0 Kinder pro Frau gefallen wäre, sondern stabil geblieben wäre, so dass jede nachfolgende Kohorte gleich groß ist? Dann gäbe es den stabilen Bevölkerungsaufbau, der theoretisch immer gewünscht wurde. Um dies heute im Nachhinein noch zu erreichen, hätte Deutschland daher modelltechnisch Platz für 7 Millionen Migranten im Alter von 0 bis 45 Jahren (vgl. Abb. 6).

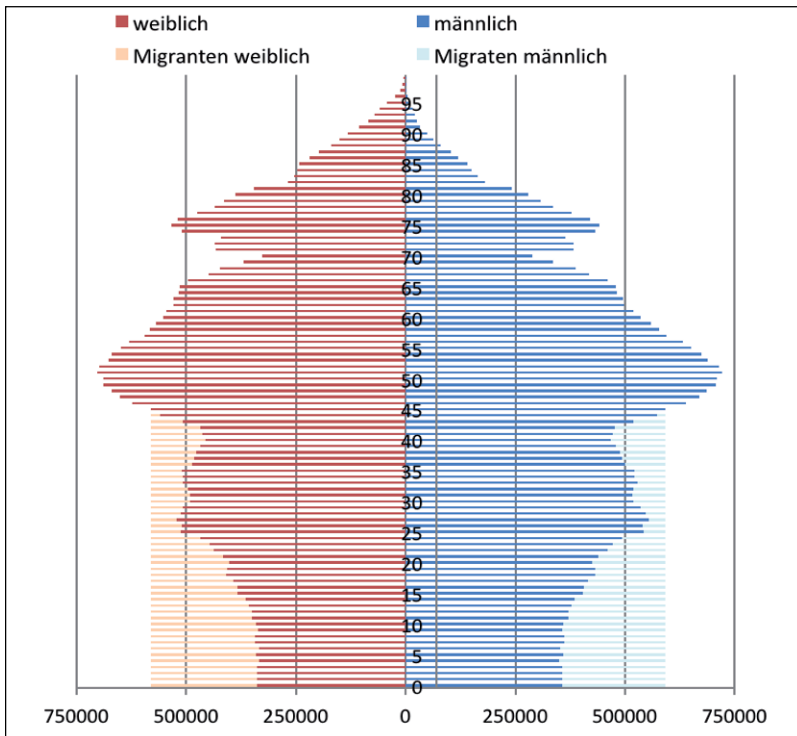


Abb. 6 Alterspyramide Deutschland 2015 – Platz für 7 Millionen Migranten

Anmerkung: Wäre die Geburtenrate ab 1970 nicht unter 2,0 Kinder pro Frau gefallen, sondern stabil geblieben, hätte Deutschland die abgebildete Bevölkerungsstruktur inklusive der hellblauen/ hellroten Bevölkerung. Aufgrund des Geburtenrückgangs seit 1970 unter 2,0 Kinder pro Frau ist Platz für 7 Millionen Migranten im Alter von 0 bis 45 Jahren.

Quelle: 13. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland. Statistisches Bundesamt Wiesbaden: download: <https://www.destatis.de/bevoelkerungspyramide/> und eigene Berechnungen einer hypothetischen stabilen Altersstruktur, eigene Darstellung.

Wenn vom heutigen Bevölkerungsstand aus in die Zukunft geschaut wird, kommt es aufgrund der starken Babyboomer, die nun ins Rentenalter eintreten, zum Rückgang der Erwerbsbevölkerung. Ohne Zuwanderung würde sich der Erwerbsquotient ungünstig entwickeln und die Bevölkerungszahl schrumpfen. Das IW Köln empfiehlt daher: „Um die Einwohnerzahl in Deutschland auf dem 2014er Stand von knapp 80,6 Millionen zu halten, müssten bis 2035 per saldo mehr als sieben Millionen Menschen zuwandern“ (Deschermeier/ Geis 2015).

Trotz lange verzögerter Familienpolitik und Fehlanpassungen lässt sich daher am Ende doch noch ein positives Fazit ziehen. Demografisch betrachtet, unter der Prämisse einer stabilen Bevölkerung, hätten wir nun Platz für 7 Millionen Menschen zusätzlich in Deutschland. Voraussetzung für eine gelingende Integration ist der Zugang zu Bildung und Infrastruktur. Jedoch zeigte sich in der Vergangenheit, dass eher die demografische Dividende eingespart wurde, statt verstärkt in den Nachwuchs zu investieren. Allein innerhalb der letzten zehn Jahre schlossen deutschlandweit 6100 Schulen (Stat. BA 2014). Dies ist nicht nur schade für die Kinder und Jugendlichen, die deutlich längere Schulwege in Kauf nehmen müssen, sondern auch schlecht für die Integration der Geflüchteten, da nun aufgrund der Sparmaßnahmen der letzten Jahre deutlich weniger Schulplätze vorhanden sind. Dabei hat Deutschland in den letzten Jahrzehnten massiv von der demografischen Dividende profitiert: nicht nur im Schulwesen wurde gespart, auch Kinder- und Elterngeld wurde an zu kleine Kohorten ausgezahlt und damit verhältnismäßig billig. Dieses in den letzten Jahrzehnten eingesparte Geld müsste nun in die jungen Menschen reinvestiert werden – in frühkindliche Bildung und Integration, in Schulen und Ausbildung. Wenn die demografische Dividende bei den jungen Menschen und bei den Migranten ankommt, könnte die Integration gelingen und ließe sich die demografische Alterung abmildern.

Literatur

- Aassve, Arnstein, Letizia Mencarini, Maria Sironi. 2015. Institutional Change, Happiness, and Fertility. *European Sociology Review* 31 (6): 749-765.
- Arpino, Bruno, Gösta Esping-Andersen, Léa Pessin. 2015. How do Changes in Gender Role Attitudes towards Female Employment influence Fertility? A Macro-Level Analysis. *European Sociology Review*. doi: 10.1093/esr/jcv002.
- Baizan, Pau, Bruno Arpino, Carlos E. Delclòs. 2016. The Effect of Gender Policies on Fertility: The Moderating Role of Education and the Normative Context. *European Journal of Population* 32 (1): 1-30.

- Bock, Gisela. 1997. Weibliche Armut, Mutterschaft und Rechte von Müttern in der Entstehung des Wohlfahrtsstaats 1890-1950. In *Geschichte der Frauen*, hrsg. Georges Duby, Michelle Perrot, Band 5: 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Buchholz, Sandra, Daniela Grunow. 2006. Women's Employment in West Germany. In *Globalization, Uncertainty and Women's Careers: An International Comparison*, hrsg. Hans-Peter Blossfeld, Dieter Hofmeister, 61-83. Cheltenham: Edward Elgar.
- Deschermeier, Philipp, Wido Geis. 2015. *Erfolgsfaktor Arbeitsmarkt. Zuwanderung*. iw-dienst 41 (44). Institut der deutschen Wirtschaft Köln. <http://www.iwkoeln.de/infodienste/iwd/archiv/beitrag/zuwanderung-erfolgsfaktor-arbeitsmarkt-247688>. Zugriffen: 15. März 2016.
- Fiedler, Christian. 2016. *Hochqualifizierte Frauen in Deutschland haben ein Vereinbarkeitsproblem*. Statistisches Bundesamt Pressemitteilung 01.
- Gerlach, Irene. 2010. *Familienpolitik*. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Goldscheider, Frances, Eva Bernhardt, Trude Lappegard. 2015. The Gender Revolution: A Framework for Understanding Changing Family and Demographic Behavior. *Population and Development Review* 41 (2): 207-239.
- KiFöG-Bericht. 2015. *Fünfter Bericht zur Evaluierung des Kinderförderungsgesetzes*. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Kleinhenz, Gerhard. 1981. Soziale Sicherung bei Mutterschaft. In *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (HdWW)*, hrsg. Willi Albers et al., Bd. 6, 629-634. Stuttgart: Gustav Fischer.
- Luci-Greulich, Angela, Olivier Thévenon. 2014. Does economic advancement 'cause' a re-increase in fertility? An empirical analysis for OECD countries (1960-2007). *European Journal of Population* 30 (2): 187-221.
- McDonald, Peter. 2000. Gender equity, social institutions and the future of fertility. *Journal of Population Research* 17 (1): 1-15.
- Miettinen, Anneli et al. 2015. *Increasing childlessness in Europe: time trends and country differences*. Working Paper Series. Families and Societies 33. <http://www.familiesand-societies.eu/wp-content/uploads/2015/03/WP33MiettinenEtAl2015.pdf>. Zugriffen: 10. März 2016.
- Nickel, Hildegard Maria. 2000. Zurück in die Moderne? Kontinuitäten und Veränderungen im Geschlechterverhältnis. In *Funkkolleg Deutschland im Umbruch, Studienbrief 5.*, hrsg. Universität Tübingen: Deutsches Institut für Fernstudienforschung.
- Ogburn, William F. 1957. Die Theorie der kulturellen Phasenverschiebung. In *Kultur und sozialer Wandel*, hrsg. Heinz Maus, Friedrich Fürstenberg. Berlin: Luchterhand Verlag.
- Sobotka, Tomáš. 2004. Is Lowest-Low Fertility in Europe Explained by the Postponement of Childbearing? *Population and Development Review* 30 (2): 195-220.
- Statistisches Bundesamt. 1972. *Bevölkerung und Wirtschaft 1872 bis 1972*. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.
- Statistisches Bundesamt. 2014. *15 % weniger allgemeinbildende Schulen als vor 10 Jahren*. Pressemitteilung Statistisches Bundesamt Nr. 146. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt. 2004. *Kinderbetreuung in Deutschland. Einrichtungen, Plätze, Personal und Kosten 1990 bis 2002*. Presseexemplar. Wiesbaden.
- Trappe, Heike. 1996. Work and Family in Women's Lives in German Democratic Republic. *Work and Occupations* 23 (4): 351-377.
- Vinken, Barbara. 2007. *Die deutsche Mutter. Der lange Schatten eines Mythos*. Frankfurt am Main: Taschenbuch Verlag.

Weber-Kellermann, Ingeborg. 1984. Ehe und Familie im geschichtlichen Wandel. In *Sozialpsychologie. Die Erforschung der zwischenmenschlichen Beziehungen*, Band 1, hrsg. Annemarie Heigl-Evers, Ulrich Streeck, 491-502. Weinheim: Beltz Verlag.

IV

Handlungsauftrag Demografie? Politische Gestaltungsmöglichkeiten; Demografienpolitik

Herausforderungen der Familienpolitik für Land und Kommunen

Ein wissenschaftspragmatischer Diskurs

Franz-Xaver Kaufmann

Zusammenfassung

Die Leitfrage ist nicht, wie sich in Deutschland die Geburtenrate erhöhen lässt, sondern wie die Fähigkeiten der einmal Geborenen besser entwickelt werden können. Kinder brauchen für die gute Entwicklung von Psyche und Intelligenz gesunde Ernährung und Alltagsbedingungen, ausreichend Bewegung, aber auch Schutz, viel Anregung – und vor allem Zuwendung. Effektive und effiziente Familienpolitik ist von den Entwicklungschancen der Kinder her praktisch zu konzipieren. Das gilt vor allem für Familienpolitik auf Landes- und kommunaler Ebene. Kindliche Entwicklungschancen hängen in erheblichem Umfang von räumlichen Bedingungen des Aufwachsens auf: Von den Wohnverhältnissen, von den Bewegungsräumen und kulturellen Erfahrungsmöglichkeiten, von den herrschenden Praktiken und Mentalitäten in den Sozialräumen.

Schlüsselwörter

Familienpolitik, Nordrhein-Westfalen, kommunale Familienpolitik, Humanvermögen, Entwicklungschancen für Kinder, Kinderarmut

1 Vorbemerkung

„Die transformative Macht der Demografie“ kann dreierlei bedeuten:

1. Wenn wir unter Demografie die bevölkerungsstatistische Repräsentanz der Verhältnisse in einer Population verstehen, so verweist der Begriff „transformative Macht“ auf die realen Veränderungen in einer Bevölkerung hinsichtlich ihrer Größe und Zusammensetzung und deren Folgen. Die Flüchtlingsströme, deren Übertritt in das Hoheitsgebiet der EU oder der Bundesrepublik uns die Fernsehnachrichten fast täglich vor Augen führen, sind eine solche vergleichsweise massive Veränderung in kurzer Zeit. Die von ihnen ausgehenden Transformationen können wir derzeit nur auf einer ersten Stufe beobachten: Überraschende Großherzigkeit, überforderte Verwaltungsstellen, brennende Flüchtlingsunterkünfte, Demonstrationen und Gegendemonstrationen usw. Auf einer zweiten Stufe tobt ein politischer und medialer Kampf um die Deutungshoheit über diese Ereignisse, an dem die Wissenschaften noch kaum beteiligt sind. Auf einer dritten Stufe geht es zunehmend um die politische und praktische Bearbeitung der durch die Flüchtlingsflut entstandenen Herausforderungen, was meist unter dem Leitbegriff „Integration“ verhandelt wird. Und schließlich fragen sich viele, welches die längerfristigen Folgen einer sich fortsetzenden massiven Zuwanderung von Menschen aus anderen Kulturkreisen sein werden. Dazu gibt es vorläufig nur mehr oder weniger argumentativ unterfütterte Spekulationen. Immerhin gibt es gute Gründe, diese Folgen als erheblich einzuschätzen, genauso wie die Folgen des ohne solche massive Zuwanderung infolge unseres Geburtendefizits absehbaren Bevölkerungsrückgangs. (Kaufmann 2005, Kaufmann/Krämer 2015). Demografische Veränderungen sind auf kurze Sicht wenig einflussreich. Sind sie aber nachhaltig, so entfalten sie eine mit der Dauer zunehmende Wucht.
2. Wenn wir Demografie im Sinne einer wissenschaftlichen Disziplin verstehen, so ist es um die „transformative Macht“ nicht so eindeutig bestellt. Während naturwissenschaftliche Innovationen häufig direkte technologische und auch gesellschaftliche Folgen zeitigen – beispielsweise das Internet – sind solche Zusammenhänge zwischen wissenschaftlichen Einsichten und praktischen Veränderungen im Bereich der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften weit weniger eindeutig. Und das gilt in besonderem Maße für die Demografie im engeren Sinne. Zwar handelt es sich hier um eine der exaktesten Sozialwissenschaften, aber wenn es um die Operationalisierung ihrer mathematischen Modelle geht, so bezahlt sie ihre Exaktheit mit einer starken Einschränkung ihres Fokus auf zählbare Einheiten einer angenommenen Gesamtheit, ohne deren unterschiedlichen Eigenschaften, ihrer internen Komplexität, Rechnung tragen zu können.

Zwar mehren sich in den letzten Jahrzehnten Versuche, Bevölkerungsprobleme interdisziplinär oder multidisziplinär zu bearbeiten. Dabei erweist sich allerdings oft, dass die demografischen Aspekte des Problems relativ trivial sind und die Einsichten anderer Disziplinen mehr zum Problemverständnis beitragen.¹ Von einer transformativen Kraft der Demografie als Wissenschaft kann allenfalls in der Form der Popularisierung demografischer Einsichten und deren Folgen die Rede sein, was allerdings, wie die Geschichte des Dritten Reichs zeigt, sehr ambivalente Wirkungen zeitigen kann.

3. Das Denken in demografischen Kategorien, das ausschließliche Denken in Quantitäten führt, wenn es zur Grundlage politischer Empfehlungen gemacht wird, zu einer Simplifizierung und Brutalisierung der Problembestimmung (Kaufmann 1983). Es kommt hinzu, dass die sozialetisch vertretbaren Beeinflussungsmöglichkeiten der Bevölkerungsentwicklung sehr bescheiden sind, und ihre Begründung stets zusätzlicher Qualifizierungen bedarf. Die transformative Macht demografischer Argumentationen ist m. E. nur interdisziplinär einlösbar. Und sie bleibt auch dann auf eine für Laien plausible Argumentationsweise angewiesen, die sich auf die Perspektive der Adressaten einlässt. Wenn Sozialwissenschaftler praktisch werden wollen, so müssen sie in der Lage sein, Laien mit ihren Argumenten zu überzeugen. Das ist ein anderer Diskurs als der innerwissenschaftliche, ich nenne ihn den wissenschaftspragmatischen (Kaufmann 2009).

In diesem Sinne sei im Folgenden ein auf bevölkerungsrelevante Politikbeeinflussung gerichteter Diskurs vorgeführt. Ich wurde kürzlich eingeladen, vor der Enquetekommission „Zukunft der Familienpolitik in NRW“ im Landtag Nordrhein-Westfalen vorzutragen.² Das Thema wurde mir weitgehend frei gestellt, doch war für mich klar, dass es darum ging, die dort versammelten Abgeordneten aller Parteien nach Möglichkeit zu überzeugen, dass es mit parteipolitischen Streitigkeiten über Familienpolitik nicht getan sei. Vielmehr gehe es um parteiübergreifende Inter-

1 Das ist wenigstens die Einsicht des Verfassers. Er hat sich seit seiner Dissertation (Kaufmann 1960) in interdisziplinärer Weise mit bevölkerungsrelevanten Fragen beschäftigt und zwischen 1980 und 1992 das Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld (IBS) aufgebaut und mit geleitet. Er gehörte auch dem Gründungsausschuss für das Max-Planck-Institut für Demografische Forschung in Rostock an. Dennoch hat er sich in der Disziplin stets als Außenseiter gefühlt, und seine wissenschaftlichen Interessen richteten sich auch weit stärker an anderen Disziplinen wie der Soziologie, der Ökonomie und der Sozialpolitik aus.

2 Der ab II, folgende Text stellt eine revidierte und um Anmerkungen ergänzte Fassung dieses Vortrags dar.

essen, die am ehesten im Konsens oder in einer großen Koalition verfolgt werden könnten – und müssten, denn die zugrunde liegende Problemlage ist gravierend.

Zum zweiten signalisierten mir meine Kontakteleute, dass es wichtig sei, die Abgeordneten auf ihre politischen Handlungsmöglichkeiten hinzuweisen, die auf Länderebene andere sind, als auf Bundesebene. Die parteipolitischen Konflikte beziehen sich in der Familienpolitik weit stärker auf die Bundes- als auf die Landesebene. Daher der ausdrückliche Fokus auf die Landes- und kommunale Ebene im Titel meines Vortrags.

Schließlich ging es darum, wissenschaftliche Einsichten in eine den praktischen Interessen nähere Terminologie zu übersetzen. Deshalb ist, z. B. nicht von Fertilität, sondern von Nachwuchs die Rede, oder es wird auf die Verwendung technischer Termini ganz verzichtet. Der breitere Assoziationshorizont und damit eine geringer Präzision der verwendeten Bezeichnungen ist durchaus beabsichtigt, da sie eher dem praktisch orientierten Erkenntnisinteresse der Zuhörer entspricht. Allerdings müssen solche „Übersetzungen“ den wissenschaftlich gemeinten Sachverhalt voll abdecken.

2 Der demografische Kontext und seine Grenzen

In allen wirtschaftlich entwickelten Ländern der Welt ist die durchschnittliche Geburtenzahl pro Frau von fünf und mehr Kindern auf Werte um 2 Kinder gesunken – und das ist auch gut so. Denn angesichts des rasanten Sterblichkeitsrückgangs müssten wir sonst mit einem explosiven Bevölkerungswachstum rechnen, wie wir es ansatzweise in Regionen Afrikas beobachten können.

In Deutschland würden durchschnittlich 2,06 Kinder pro Frau ausreichen, um den Bestand der Generationen zu erhalten, denn immer noch sterben etwa 3 % der Kinder vor der Erreichung des mittleren Fortpflanzungsalters. Dieser Wert wurde ausweislich der amtlichen Bevölkerungsstatistik allerdings seit Ende des Zweiten Weltkriegs nur noch in wenigen Ausnahmejahren um 1960 erreicht, und zwischen 1965 und 1975 reduzierte sich die jährlich gemessene Fertilität brüsk auf Werte um 1,4 Geburten pro Frau und verharrt seither in etwa auf diesem Niveau. Nordrhein-Westfalen macht da keine Ausnahme. Ohne einen kontinuierlichen Zuwanderungsüberschuss von mehreren hunderttausend Personen pro Jahr ist aktuell mit einem massiven Rückgang der Erwerbsbevölkerung und ab etwa 2035 auch der Gesamtbevölkerung in Deutschland zu rechnen. Da nach bisheriger Erfahrung sich nur etwa jeder dritte Zuwanderer dauerhaft in der Bundesrepublik niederlässt, also zwei von drei Zuwanderern das Land nach kürzerer oder längerer

Zeit wieder verlassen, entspricht der aktuelle Flüchtlingszustrom gerade in etwa der Größenordnung die für den Erhalt des demografischen Gleichgewichts in den kommenden zwanzig Jahren *pro Jahr* erforderlich wären.³ Das macht die Größe der Herausforderung deutlich.

Die Notwendigkeit von Familienpolitik wird oft mit der absehbaren demografischen Schieflage begründet, aber das ist nur eine vordergründige Betrachtungsweise. Zum einen geht es darum, Eltern das gedeihliche Aufziehen von Kindern in unserer Gesellschaft zu erleichtern, weil das Wirtschaftssystem und teilweise sogar das soziale Sicherungssystem den Kinderlosen günstigere Einkommenschancen einräumen als Personen mit Elternverantwortung. Ich habe deshalb eine *strukturelle Rücksichtslosigkeit* von Wirtschafts- und Sozialsystemen gegenüber der Familie diagnostiziert. Sie wurde seit der Jahrtausendwende durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und den Ausbau von Krippen und Kitas zwar reduziert, aber noch keineswegs überwunden. Schon ab drei Kinder erfüllen die meisten Haushalte die Bedingungen für die Gewährung von Sozialhilfe.

Zum anderen sind auch wirtschafts- und gesellschaftspolitisch nicht die schiefe Zahl des Nachwuchses oder der Zuwanderer entscheidend, sondern *die ihnen verkörperten Fähigkeiten*: Elementar sind schon die Fähigkeiten zur normalen Alltagsbewältigung, zu denen neben der sprachlichen Ausdrucksfähigkeit, Lesen, Schreiben und Rechnen, zunehmend auch der Umgang mit digitalen Apparaturen gehört, die sog. Daseinskompetenzen. Zwischen 5 und 10 % der Bevölkerung erreichen dieses Niveau offenkundig nicht, sei es infolge von Behinderungen oder von funktionalem Analphabetismus. Auf den Daseinskompetenzen aufbauend geht es um die Fähigkeiten zur Erfüllung spezifischer Aufgaben: als Erwerbstätige, als Mitglieder in familialen Netzwerken, als Staatsbürger und gesellschaftlich Aktive, also um Berufs- oder Rollenkompetenzen. Der Fünfte Familienbericht der Bundesregierung (Bundesministerium für Familie und Senioren 1994) hat für die Summe dieser verkörperten Fähigkeiten den Begriff des *Humanvermögens* eingeführt. Er ist umfassender als der ältere Begriff des Humankapitals, weil er nicht nur auf die wirtschaftlich verwertbaren Fähigkeiten abhebt, sondern auf die ganze Breite der für die Daseinsbewältigung nützlichen Fähigkeiten. Dabei wird der Beitrag der Familien deutlicher. Beim Humanvermögen kommt es im Unterschied zum demografischen Konzept der Bevölkerung nicht allein auf die Zahl der Köpfe an, sondern auf das, was in ihnen steckt.

3 Das ist die demografische Perspektive. Nähme man sie allein als Richtschnur politischen Handelns, so wären allerdings Nebenwirkungen zu erwarten, die den möglichen Nutzen der Zuwanderung in Frage stellen.

Der zentrale Grund, warum es gesellschaftspolitisch notwendig ist, die familialen Lebensweisen zu fördern, die sich gegenüber den Kinderlosen in mancherlei Hinsicht im Nachteil befinden, ist die Sicherung ausreichenden und qualifizierten *Nachwuchses*. Dabei ist Qualität wichtiger als Quantität. Wenn es uns gelänge, die Hälfte der rund 20 % unter prekären Bedingungen aufwachsenden Kinder und Jugendlichen so in ihren Daseins- und Berufskompetenzen zu entwickeln, dass sie produktive und teilhabefähige Mitglieder unserer Gesellschaft werden, so wäre das genauso gut oder noch besser als eine Steigerung der Geburtenrate um 10 %.

Ich werde deshalb hier auch nicht darüber spekulieren, wie man in Deutschland oder gar in Nordrhein-Westfalen die Geburtenrate erhöhen könnte, sondern will mit Ihnen darüber nachdenken, wie die Fähigkeiten der einmal Geborenen besser entwickelt werden können, welche in ihrer Gesamtheit das Humanvermögen der Zukunft bilden. Das bietet sich an diesem Ort auch infolge der Zuständigkeit der Länder für nahezu das gesamte Bildungswesen an. An die Schule denkt man vor allem, wenn von der Entwicklung kindlicher Fähigkeiten die Rede ist. Dennoch will ich hier nicht primär von Bildungspolitik, sondern von Familienpolitik sprechen, und zwar vor allem, soweit sie den Beitrag des Landes und der Kommunen betrifft.

3 Was Kinder brauchen

Alle Bildungsprozesse im Vorschul- und Schulsystem bauen auf den Leistungen der Familie auf. Das hat die Hirnforschung der letzten Jahrzehnte eindrücklich bestätigt. Das intelligente Gehirnwachstum beruht – vereinfacht gesagt – auf der Menge der Synapsenbildungen, also der Einrichtung von Schaltkreisen und Assoziationsbrücken im Gehirn. Und der Großteil des Gehirnwachstums vollzieht sich in den ersten drei Lebensjahren.⁴ Wie weit die sich biologisch entwickelnden Anlagen in qualitativ weiterführende Entwicklungsbedingungen entfalten, ist nachweislich vom Ausmaß der Anregung und vor allem Zuwendung im frühkindlichen Umfeld abhängig. Kinder lernen umso leichter, je mehr sie sensorisch und emotional stimuliert werden. Und natürlich spielen auch eine gesunde Ernährung und ein bewegungsreicher Lebensraum eine Rolle. In den ersten drei Lebensjahren kommt es vor allem auf die Lebensbedingungen im familialen Kontext an; außerfamiliäre Betreuung kann unter günstigen Voraussetzungen allmählich ergänzend wirken. Aber auch in den späteren Lebensphasen der Vorschul- und Schulzeit bleibt der familiäre Einfluss mitbestimmend: Zum einen über die Entwicklung von Schlüs-

4 Einen guten Überblick gibt Textor 2010.

selkompetenzen. Hier ist die Familie eine besonders wichtige Vermittlungsinstanz. Sowohl durch Vorbildlernen als auch durch gezielte Steuerung des kindlichen Verhaltens werden hier wichtige Kompetenzen vermittelt und Grundlagen für familieexterne Lernprozesse gelegt. Darüber hinaus prägen die alltäglichen Lebensweisen und die außeralltäglichen Anregungen im Freizeitbereich die Einstellungen und Praktiken der Kinder. Schließlich wirkt die Familie über die Unterstützung der Lernmotivation auch in den Bildungsbereich hinein. Dabei verändert sich die Art der fördernden Zuwendung: Es geht hier vor allem um Anerkennung und Stützung des Selbstwertgefühls, auch um Trost im Falle von Niederlagen.

Kurz zusammengefasst, lässt sich die Frage, was Kinder für eine gesunde Entwicklung von Psyche und Intelligenz brauchen, wie folgt beantworten: Gesunde Ernährung und Alltagsbedingungen, ausreichend Bewegung, aber auch Schutz, viel Anregung – und Zuwendung, Zuwendung, Zuwendung. Je älter das Kind wird, desto mehr können Zuwendung und Anerkennung auch von etwa Gleichaltrigen oder von Erwachsenen außerhalb der Familie kommen.

Zur Verdeutlichung der ungleichen Entwicklungschancen sollten wir uns vergegenwärtigen, dass Kinder zwar schon mit unterschiedlichen genetischen Voraussetzungen zur Welt kommen, aber in gesunder Verfassung stets über ein breites Spektrum von Entwicklungsmöglichkeiten verfügen. Es hängt dann von den Erfahrungen der Kleinkinder mit ihrer persönlichen, räumlichen und kulturellen Umwelt ab, inwieweit diese Potenzen aktiviert werden. Nachteilige Umweltbedingungen – beispielsweise emotionale Vernachlässigung, beengte oder gesundheitsschädliche Wohnungen und Wohnungsumfelder, fehlender Zugang zu sprachlichen, moralischen und musischen Leitbildern – beeinträchtigen die Entwicklung von Fähigkeiten. Was nicht in der frühen Kindheit oder spätestens bis zum zehnten Lebensjahr angeregt wurde, lässt sich kaum mehr nachholen.

Wir müssen von diesen kindbezogenen Einsichten ausgehen, wenn wir Familienpolitik effektiv und effizient konzipieren wollen. In der Bundesrepublik herrschte in den Nachkriegsjahrzehnten fast ein Glaubenskrieg zwischen den Vertretern der Hausfrauenehe und eines möglichst starken Erziehungseinflusses der Eltern einerseits und den Vertretern bzw. Vertreterinnen der Doppelverdiener Ehe und eines möglichst starken Einflusses familienexterner Sozialisationsinstanzen andererseits. Da diese zwei Auffassungen sich mit politischen Positionen der beiden Volksparteien verbanden, kam es auf dem Feld der Familienpolitik bis in jüngste Zeit nie zu einer stabilen ‚Großen Koalition‘, was die politische Schwäche der Familienpolitik mit erklärt. Den letzten Ausläufer dieses Glaubenskrieges haben wir Kampf um das Betreuungsgeld erlebt. Dabei hat Ursula Lehr (1974) schon nachgewiesen, dass es für den Sozialisationserfolg der Kinder nicht so sehr darauf ankommt, ob sie in einer Hausfrauenehe oder in einer Doppelverdiener Ehe aufwachsen, sondern darauf,

ob die Mütter mit der bestehenden Konstellation zufrieden oder unzufrieden sind. Kurz gesagt: Zufriedene Mütter sind bessere Erzieherinnen, und die individuellen Präferenzen sind verschieden.

Zudem kann einem schon der gesunde Menschenverstand sagen, dass eine Vollzeit-Doppelverdienerehe mit mehr als ein oder zwei Kindern in der Entwicklungsphase zum mindesten unter den deutschen Bedingungen nur bei verfügbaren Großmüttern oder bezahlten Diensten im Haushalt möglich ist. Den Haupthinderungsgrund bildeten lange Zeit der geringe Ausbau und die Kostenpflichtigkeit vorschulischer Betreuungs- und Förderungsformen. Da ist nun vieles in Bewegung geraten. Aber es bleibt als wichtiger Hinderungsgrund das Fehlen von Ganztageschulen, die in den meisten Ländern Europas schon lange die Regel sind. Nebenbei gesagt: In Frankreich, wo der Nachwuchs zum langfristigen Erhalt der Bevölkerung in etwa ausreicht, ist der Anteil der drei- und Mehrkinderfamilien etwa doppelt so hoch wie in Deutschland.⁵ Schätzungen besagen, dass etwa zwei Drittel unserer schlechteren Geburtenbilanz auf das Fehlen kinderreicher Familien und nur ein Drittel auf die Verbreitung von Kinderlosigkeit zurück zu führen ist. *Die familienpolitische Vernachlässigung kinderreicher Familien, die doch den größten generativen Beitrag leisten, ist eine typische Schwäche der deutschen Familienpolitik.*

Ich möchte für die Einsicht werben, dass die Konflikte um Familienleitbilder heute nichts mehr bewegen, sondern die Familienpolitik lähmen. Das gilt sowohl für die ehelichen Familienarrangements, in denen immer noch nahezu drei von vier Kindern aufwachsen, als auch für die tendenziell zunehmenden nicht-ehelichen Familienformen. Das sind Probleme der Erwachsenen, nicht der Kinder. Der langfristig Erfolg versprechendste Ausgangspunkt einer nachhaltigen Familienpolitik ist das Wohl und damit die Entwicklungschancen der Kinder. Diese sind nämlich nach wie vor sehr ungleich verteilt.

4 Familienpolitik auf der Ebene von Land und Kommune

Aus dieser Perspektive rückt die Familienpolitik der Länder und Kommunen ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Zwar ist die Gewährleistung von Eltern- und Kinderrechten sicher wichtig, und dafür ist der Bund zuständig. Auch die Einkommensverhältnisse werden in erster Linie durch die Steuer- und Sozialleistungsgebung des Bundes beeinflusst. Immerhin können die Bundesländer ergän-

5 Zu Unterschieden der deutschen und französischen Familienpolitik siehe Huinink 2015.

zende Einkommensleistungen einführen, und einige haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Aber Recht und Geld bilden nur den allgemeinen Rahmen für die kindliche Entwicklung. Konkret wirksam werden vor allem räumlich verteilte Gelegenheiten und die Vermittlung von Kompetenzen.⁶

Die zentrale Möglichkeit der Familienpolitik auf Landes- und kommunaler Ebene bezieht sich auf die Gestaltung der Umwelt, in der Familien leben und Kinder sich entwickeln. Man kann diese Umwelten unterschiedlich beschreiben, und daraus lassen sich auch unterschiedliche familienpolitische Prioritäten ableiten.

Ich habe mit großem Interesse den Antrag der SPD-Fraktion zur Kenntnis genommen, der der Einsetzung Ihrer Enquête-Kommission zugrunde liegt. In ihm werden familiäre Umwelten als Milieus und familiäre Opportunitäten vor allem unter dem Zeitaspekt behandelt. Das ist im Vergleich zu älteren familienpolitischen Diskursen zweifellos ein Fortschritt, denn es kommen auf diese Weise die Verschiedenheiten familiärer Umwelten systematisch zur Sprache, und mit dem Zeitaspekt wird ein wichtiger Wirkfaktor des Familienlebens thematisiert. Dennoch möchte ich zunächst aus soziologischer Sicht etwas Wasser in diesen ja auch von Soziologen geprägten Ansatz gießen.

Zunächst zum Konzept sozialer Milieus: Milieus in diesem Sinne gibt es nicht in der Alltagswelt, sondern es handelt sich um typisierende Verallgemeinerungen, um wenigstens etwas Ordnung in die verwirrende Vielfalt unserer Alltagswahrnehmungen zu bringen. Soziale Milieus als analytischer Zusammenhang von Lebensstil, sozialer Lage und Wertorientierungen resultieren aus der Auswertung von Massenbefragungen, und die Forscher besitzen einen ziemlich hohen Gestaltungsspielraum, wie viele Milieus sie unterscheiden wollen und wie Milieuunterschiede zu beschreiben sind.⁷ Da wir hier von Familienpolitik sprechen, muss ich davor warnen, den Milieubegriff zu ernst für die Leitlinien einer sozialen Unterschiede berücksichtigenden Familienpolitik zu nehmen. Politische Maßnahmen bauen notwendigerweise auf relativ groben Typisierungen auf. Man kann lediglich Entscheidungsspielräume für die leistenden Verwaltungen einbauen und hierfür Maßstäbe setzen, die das Ermessen einschränken bzw. auf bestimmte Ziele ausrichten. Man kann ferner die Berechtigung zur Inanspruchnahme von Leistungen an kategoriale Merkmale, z. B. Alleinerziehende, Behinderte, Kinderreiche oder Asylanten, binden. Ein sinnvoller Milieubegriff muss dagegen zu viele Variable erfassen, als dass die Politik damit gestaltend umgehen könnte.

6 Zur Unterscheidung von rechtlichen, ökonomischen, ökologischen und pädagogischen Interventionen zuerst Kaufmann, Herlth und Strohmeier 1980: 41 ff. Ebenda erste Wirkungsanalyse ökonomischer und ökologischer Interventionen.

7 Eine differenzierte Analyse des Milieubegriffs bei Gabriel (2016).

Sodann zur Zeitpolitik: Diese Perspektive ist analytisch und politisch interessant, aber in der Umsetzung schwierig. Wie der erwähnte Antrag zu Recht hervorhebt ist das Ziel „Mehr Familienzeit“ nur durch das Zusammenwirken von einer Vielzahl von Akteuren zu erreichen. Die Familienmitglieder unterliegen den unkoordinierten Anforderungen unterschiedlicher „Taktgeber“ (Engelbert 2014). Der wichtigste Faktor sind Umfang und Flexibilität von Arbeitszeiten der Eltern, aber auch der Beschäftigten im Kinderbereich, und da sind Fortschritte nur durch Mitwirkung von Arbeitgebern und Gewerkschaften zu erreichen. Soweit die Dienste zum öffentlichen Sektor gehören, bestehen politische Einwirkungsmöglichkeiten, und zwar gerade auf Landes- und kommunaler Ebene. Die Privatwirtschaft dürfte nur durch Überzeugungsarbeit für freiwillige Mitwirkung zu gewinnen sein.

Immerhin gibt es nicht nur im Ausland, sondern auch in Deutschland einige Kommunen, die das Thema Zeitpolitik aktiv aufgenommen und Verwaltungsstellen geschaffen haben, denen die Überzeugungs- und Koordinationsarbeit obliegt. Zweckmäßigerweise unter Beteiligung von Bürgern, Bediensteten und Nutzern wird beispielsweise versucht, Öffnungszeiten von Verwaltung und Diensten mehr an den zeitlichen Möglichkeiten und Bedürfnissen der Nutzer zu orientieren (Engelbert/Schultz 2011). Hier eröffnet sich ein neues und bürgernahes Feld kommunaler Politik, das auch Familien nützt.

Allerdings ist nicht zu erkennen, inwiefern Zeitpolitik geeignet sein könnte, den sozial benachteiligten Familien größere Vorteile zu bieten als den sozial Begünstigten. Zeitpolitik, so sinnvoll sie sein mag, ist kein Instrument zur Verringerung sozialer Ungleichheiten, sondern eher eine werbewirksame Initiative in Richtung gehobene Berufe. Damit sei nichts gegen das Konzept gesagt; mehr Familienzeit könnte gerade der knappen Ressource Zuwendung Erwachsener zu Kindern förderlich sein. Die wesentlichen Wirkfaktoren sozialer Benachteiligung von Kindern sind jedoch elementarer Art, und ihnen möchte ich mich abschließend zuwenden.

5 Beeinflussung sozialer Umwelten als Aufgabe örtlicher Familienpolitik

Kehren wir noch einmal zu den wesentlichen Bedürfnissen von Kindern und Heranwachsenden zurück: Gesunde Ernährung und Alltagsbedingungen, ausreichend Bewegung, aber auch Schutz, viel Anregung – und Zuwendung. Inwieweit diese Bedürfnisse im Zusammenhang der Familie erfüllt werden können, hängt zunächst von der Ungleichheit der Haushalteinkommen ab. Nach einer Auswertung des Mikrozensus 2011 ist

„Nordrhein-Westfalen das Bundesland mit den meisten Minderjährigen und dem stärksten Anstieg der Armut in der Gruppe der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren (scil. zwischen 2005 und 2011). ... Da die Kinderarmut in den meisten anderen Bundesländern zurückgegangen bzw. stabil geblieben ist, konzentriert sie sich zunehmend auf dieses Bundesland. Lebten 2005 noch 24,1 Prozent aller armutsgefährdeten Minderjährigen in Nordrhein-Westfalen, so waren es zuletzt 27,6 Prozent. Absolut betrachtet leben in Nordrhein-Westfalen mehr Kinder und Jugendliche in Armut als in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen zusammen. Dies überrascht, da in den drei Bundesländern zusammen (4,97 Mio.) deutlich mehr Kinder und Jugendliche in diesem Alter wohnen als in Nordrhein-Westfalen (3,01 Mio.). ... Auch die Armutsquote minderjähriger Personen mit Migrationshintergrund ist mit 36,4 Prozent überdurchschnittlich hoch.“ (Seils/Meyer 2012)

Über die Ursachen dieser Zunahme sei hier nicht spekuliert, zumal ihre Bekämpfung nur zu einem kleinen Teil die Familienpolitik betrifft. Aber die Herausforderung selbst sollte ernst genommen werden. Die Familienarmut ist in Nordrhein-Westfalen besonders verbreitet, und mit der aktuellen Flüchtlingswelle wird sie noch zunehmen. Aber es scheint mir durchaus fraglich, ob die Auswirkungen dieser Familienarmut auf die Kinder am zweckmäßigsten durch monetäre Zuwendungen sich beeinflussen lassen. Und überdies wäre das eine Frage der Sozialhilfegesetzgebung und damit Bundessache.

Vielfältige Studien, in NRW, vor allem durch das ZEFIR an der Universität Bochum, verdeutlichen, dass die armutsbedingten Beeinträchtigungen keineswegs nur vom unzureichenden Einkommen, sondern vielleicht noch stärker von den quartiersabhängigen Bedingungen bestimmt werden (Strohmeier und Kersting 1996; Bogumil und Gerber 2014). Das gilt vor allem für größere Städte und Agglomerationen, wo sich in Abhängigkeit von den Wohnungsmärkten Quartiere mit einer Ballung jeweils verschiedener Bevölkerungsgruppen herausbilden, die sich in Lebenslage, Lebensstil und häufig auch Mentalitäten deutlich voneinander unterscheiden. Hier lässt sich dann auch der Milieubegriff fruchtbar einsetzen: Kinder wachsen in unterschiedlichen Milieus auf, und diese bestimmen ihre Entwicklungschancen in gesundheitlicher, intellektueller und moralischer Hinsicht erheblich mit.

Es liegt auf der Hand, dass die Kommunen durch raumgestaltende Politik verschiedene Hebel in der Hand haben, dieser räumlichen Segregation und ihren Folgen für den Nachwuchs entgegen zu wirken (Wunderlich 2014). Leider orientieren sich kommunale Dienstleistungsangebote, aber auch diejenigen der Freien Träger häufig verstärkend und nicht kompensierend an diesen räumlichen Gegebenheiten. Das hat viele Gründe: Zum einen vertreten die Mittelschichten – die abkürzende Formulierung sei erlaubt – ihre Interessen lauter als die Unterschichten. Und die Oberschichten können sich ohnehin ihren Platz an der Sonne leisten. Sodann gehört

auch das Personal der kindbezogenen Einrichtungen meist den Mittelschichten an und zieht die Tätigkeit in sogenannten besseren Quartieren vor. Schließlich bedürfte es niedrigschwelliger Angebote in den sozial prekären Quartieren und zum Teil aufsuchender Sozialarbeit, um die sozial benachteiligten und häufig der deutschen Sprache nur wenig mächtigen Eltern dazu zu bringen, die Milieugrenzen zu überwinden und ihren Kindern milieuexterne Einflüsse zu ermöglichen.

Dies lässt sich nun nicht mehr vertiefen, aber ich hoffe, es sei mir gelungen, die Bedeutung sozialräumlicher Faktoren für die Sozialisationsbedingungen und damit für die Verfestigung sozialer Ungleichheiten überzeugend deutlich gemacht zu haben. Hier liegt ein breites Aktionsfeld für kommunale Familienpolitik brach. Immerhin gibt es gerade im Ruhrgebiet auch zahlreiche Kommunen, die die Herausforderung schon annehmen.

6 Zusammenfassung

Ich fasse zusammen. Eine nachhaltige Familienpolitik, die die qualitative Nachwuchssicherung und wirtschafts- und gesellschaftspolitisch gleichermaßen erforderliche Mehrung des kollektiven Humanvermögens im Blick hat, muss sich auf allen politischen Ebenen gemäß ihren verfassungsmäßig oder auch gesetzlich festgelegten Zuständigkeiten vollziehen. Familienpolitik wird noch allzu sehr als Bundessache verstanden und ist dort mit dem Konflikt zwischen ideologischen Familienleitbildern belastet, der das Entstehen einer „Großen“ Koalition der Familienpolitiker bisher meistens verhindert hat – Renate Schmidt und Ursula von der Leyen waren löbliche Ausnahmen.⁸ Die meisten anderen Felder der Sozialpolitik verdanken ihre Entwicklung und Stabilität einer jeweils Großen Koalition der Ressortpolitiker; ihr Fehlen ist ein Hauptgrund, warum die Familienpolitik noch als „Gedöns“ apostrophiert werden kann.

Familienpolitik auf Landes- und kommunaler Ebene hat die Chance, sich solchen fruchtlosen Konflikten zu entziehen, wenn sie von den Entwicklungschancen der Kinder her denkt und praktisch konzipiert wird. Diese Entwicklungschancen hängen in erheblichem Umfang von räumlichen Bedingungen des Aufwachsens auf: Von den Wohnverhältnissen, von den Bewegungsräumen und kulturellen Erfahrungsmöglichkeiten, von den herrschenden Praktiken und Mentalitäten in den Sozialräumen. Kommunale Familienpolitik hat sich vor allem um die Lebens-

8 Die parteiübergreifende Kontinuität war vor allem der Übernahme des Abteilungsleiters für Familienpolitik durch die nachfolgende Ministerin zu verdanken.

chancen der ökonomisch und räumlich benachteiligten Kinder zu kümmern, denn in ihnen verkümmern Begabungsreserven, auf die wir umso mehr angewiesen sind, je schmaler die Basis unseres Nachwuchses wird.

Literatur

- Bogumil, J., S. Gerber. 2014. Kleinräumige Sozialraumanalysen – Der Ansatz der Bochumer Stadtsoziologie. In *Lebenschancen vor Ort. Familie und Familienpolitik im Kontext*, hrsg. B. Citlak et al., 220-242. Opladen: Budrich UniPress.
- Bundesministerium für Familie und Senioren. 1994. 5. Familienbericht: Familie und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens. Bonn: Drucksache 12/7560.
- Engelbert, A. 2014. Zeitsouveränität: Ressource für Familien und Kommunen. In *Lebenschancen vor Ort. Familie und Familienpolitik im Kontext*, hrsg. B. Citlak et al., 261-276. Opladen: Budrich UniPress.
- Engelbert, A., A. Schultz. 2011. Familienzeit. *Herausforderungen und Ansatzpunkte für die (örtliche) Familienpolitik*. Unveröffentlichte Expertise z. Hd. des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport NRW. Bochum.
- Gabriel, K. 2016. Religiöse Milieus. In *Handbuch Religionssoziologie*, hrsg. D. Pollack et al.. Im Erscheinen.
- Huinink, J. 2015. Was tragen Politik und Wirtschaft zur Nachwuchssicherung bei? Deutschland und Frankreich im Vergleich. In *Die demografische Zeitbombe*, hrsg. F.-X. Kaufmann, W. Krämer, 153-171. Paderborn: Schöningh.
- Kaufmann, F.-X. 1983. Warum nicht Bevölkerungspolitik? In *Beiträge aus der bevölkerungswissenschaftlichen Forschung*. Festschrift für Hermann Schubnell, hrsg. S. Rupp, K. Schwarz, 35-44. Boppard am Rhein: Boldt.
- Kaufmann, F.-X. 2005. *Schrumpfende Gesellschaft*. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kaufmann, F.-X. 2009. Sozialpolitisches Erkenntnisinteresse und Soziologie. Ein Beitrag zur Pragmatik der Sozialwissenschaften (1977). In *Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen*, 3. Aufl., hrsg. F.-X. Kaufmann, 33-70. Wiesbaden: Springer VS.
- Kaufmann, F.-X., A. Herlth, K. P. Strohmeier. 1980. *Sozialpolitik und familiäre Sozialisation*. Zur Wirkungsweise öffentlicher Sozialleistungen. Stuttgart: Kohlhammer.
- Kaufmann, F.-X., W. Krämer. 2015. *Die demografische Zeitbombe*. Paderborn: Schöningh.
- Lehr, U. 1974. *Die Rolle der Mutter in der Sozialisation des Kindes*. Darmstadt: Steinkopff.
- Seils, E., D. Meyer. 2012. *Kinderarmut in Deutschland und den Bundesländern*. Hans Böckler Stiftung, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut. http://www.schulverpflege.net/wp-content/uploads/2012/12/p_wsi_kinderarmut_2012_12.pdf. Zugriffen: 9. Dezember 2015.
- Strohmeier, P., V. Kersting. 1996. Sozialraum Ruhrgebiet – Stadträumliche Differenzierungen von Lebenslagen, Armut und informelle Solidarpotentiale. In *Das Ruhrgebiet. Ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen*, hrsg. R. Bovermann et al., 451-475. Essen: Klartext.

- Textor, M. R. 2010. *Gehirnentwicklung im Kleinkindalter – Konsequenzen für die frühkindliche Bildung*. www.kindergartenpaedagogik.de/779.html. Zugegriffen: 3. Januar 2016.
- Wunderlich, H. 2014. Kommunales Management lokaler Familienpolitik. In *Lebenschancen vor Ort. Familie und Familienpolitik im Kontext*, hrsg. B. Citlak et al., 245-260. Opladen: Budrich UniPress.

Demografiefolitik zur gesellschaftlichen Transformation: Möglichkeiten und Grenzen

Michael Hüther

Zusammenfassung

Der Beitrag beleuchtet Demografiefolitik in ihrer historischen Genese und betont den Aufbruch nach der Jahrtausendwende: Die Zeiten demografischer Sorglosigkeit, Unachtsamkeit und Verdrängung waren damit vorbei. In nahezu allen demografierelevanten Politikbereichen kam es durch Sachzwänge zu entsprechenden Impulsen. Es fand eine gesellschaftspolitische Umwälzung statt, die sich in sechs Handlungskomplexen vollzog: Langlebigkeit und Bildung, Alterung und Alterssicherung, Migration und Beschäftigung, Diversität und Gleichstellung, Fertilität und Familienpolitik, Heterogenität und Engagement. Vor diesem Hintergrund wird Demografiefolitik normativ begründet und systematisch mit der Volkssouveränität verbunden.

Schlüsselwörter

Demografiefolitik, Bevölkerungswissenschaft, gesellschaftspolitische Umwälzung, Rationalitätenfalle, Generationenneutralität, Volkssouveränität

1 Historische Einordnung der Demografiefolitik

Demografiefolitik ist begrifflich und konzeptionell jung (vgl. Mayer 2011; Hüther, Naegele 2013; Hüther 2013). Eine umfassende und systematische Adressierung der mit allen Aspekten des demografisch-gesellschaftlichen Wandels verbundenen Aspekte findet bisher politisch nicht statt. Zwar greift die Politik auf allen Ebenen

459

gezielt in diesen Wandel ein, doch folgt dies jeweils einer separaten Logik wie in der Familienpolitik oder der Arbeitsmarktpolitik. Die Vorstellung einer Demografiestrategie mit entsprechenden Handlungskonzepten durch die Bundesregierung im Jahre 2012 ist zwar in diesem Sinne ein Fortschritt gewesen, doch sie hat bisher keine wirkliche Steuerungskraft entwickelt und politisch nur in Einzelthemen wie der Forderung nach einem Rechtsanspruch auf Rückkehr zur Vollzeitberufstätigkeit Spuren hinterlassen (vgl. Bundesregierung 2012 und 2015). Dieser Befund ist allerdings aus zwei Gründen nicht überraschend: Einerseits ist die Demografie in ihrer gestaltenden und verändernden Kraft so weitgehend, dass viele unterschiedliche Politikbereiche betroffen sind und Demografiepolitik als umfassendes Politikfeld weder konzeptionell noch organisatorisch leicht zu fassen ist. Andererseits gibt es gerade in Deutschland eine historisch begründete Reserviertheit gegenüber einer Politikstrategie, die im Kern immer auch so etwas ist wie Bevölkerungspolitik.

Die historischen Erinnerungen an eine politische Steuerung der Bevölkerungsentwicklung geben für das Hier und Jetzt wenig Ermunterung, senden jedenfalls gemischte Signale. Dabei entstand die Idee einer bewussten Beeinflussung der Bevölkerung in der frühen Neuzeit im Zusammenhang mit der Entwicklung moderner Staatlichkeit (vgl. Nipperdey 2012). Einerseits war es pure Not, die nach dem Dreißigjährigen Krieg durch gezielte Ansiedlung von Menschen in entleerten Regionen so etwas wie Bevölkerungspolitik antrieb. Andererseits entsprach es dem Verständnis moderner Staatlichkeit, die Bevölkerung als Gegenstand der Politik zu begreifen. So beruht der Nationalstaat auf dem Prinzip der Rechtsgleichheit derjenigen, die dazu gehören, und der rechtlichen sowie politischen Abgrenzung gegenüber den Außenstehenden; die bürgerlichen Rechte und Pflichten waren national definiert. Schließlich verband sich die Idee einer aktiven Bevölkerung von Regionen mit einer kameralistischen als auch merkantilistischen Sicht, die darin eine Grundlage der Staatsfinanzen sowie der wirtschaftlichen Expansion sahen.

Die konkrete Bevölkerungspolitik war in der frühen Neuzeit freilich von dem spezifischen Erleben und den Erfahrungen der Zeitgenossen geprägt. Die darauf beruhende Empirie wiederum orientierte die theoretische Reflexion (vgl. Brocke 2008). So beeinflussten in Mitteleuropa die Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges die hier aufkommende Bevölkerungstheorie und beförderten Anstrengungen, mittels gezielter Peuplierung wie durch die Hohenzollern in der Mark Brandenburg solche Bevölkerungsverluste auszugleichen. Eine hohe Bevölkerungsdichte erschien gleichermaßen gottgewollt und volkswirtschaftlich vorteilhaft (vgl. Süßmilch 1741).

Dagegen inspirierte das Elend der Massen, wie es zu jener Zeit in London mit Händen zu greifen war, die pessimistische Variante der Bevölkerungslehre (vgl. Malthus 1789). Auch wenn Malthus das Dilemma der Agrargesellschaft thematisierte, die mangels technischen Fortschritts und Produktivitätsgewinne in der Bevölke-

rungsfalle verharrte, so prägte er doch zugleich die wenig später aufkommende Debatte über die Industriegesellschaft, für die Karl Marx und Friedrich Engels die These zwangsläufiger Verelendung formulierten (vgl. Abel 1986). Auch wenn deren Thesen auf empirisch schwachem Grund ruhten, so waren sie doch wirkmächtig.

Jedenfalls wurde theoretisch wie politisch das Thema der Bevölkerungspolitik erst nach dem Ersten Weltkrieg wieder bedeutsam, als wiederum riesige Bevölkerungsverluste und die Neuordnung der Siedlungsgebiete die Entwicklung der Bevölkerungssoziologie motivierten und die Nationalökonomie auf den Plan riefen (vgl. Mombert 1929). Damit waren viele inhaltliche Pfade – vor allem durch Paul Momberts Idee eines Bevölkerungsoptimums – eröffnet, die sich im Dritten Reich fast nahtlos weitergehen ließen (vgl. Lausecker 2007, S. 336ff.). Von da war es nicht weit zur abschreckenden Lebensraumpolitik der Nationalsozialisten, die in ihrer Menschenverachtung alles Bisherige übertraf. Dem Volk ohne Raum sollte ein solcher militärisch verschafft werden, das Leben wurde in lebenswert sowie lebensunwert geschieden und den Frauen die Aufgabe der völkischen Bestandsicherung zugewiesen.

Angesichts dieser abscheulichen Entartung ist es nur allzu verständlich, dass die bundesdeutsche Politik sehr zögerlich war und lange blieb, eine Steuerung der Bevölkerung zu versuchen. In die gleiche Richtung wirkte die Erfahrung von Flucht und Vertreibung infolge des Zweiten Weltkriegs. Einerseits waren diese Themen lange ideologisch mit einem Drahtverhau versehen, der die Frage nach der tatsächlichen Höhe der Bevölkerungsverluste umgab (vgl. Haar 2007). Andererseits war damit eine riesige Integrationsaufgabe verbunden, die bis weit in die 1950er Jahre die Bundesrepublik beschäftigte und die letztlich erfolgreich bewältigt wurde. Immerhin waren im Westen über 8 Millionen Vertriebene und über 3 Millionen Übersiedler aus der DDR bis Anfang der 1960er Jahre zu integrieren.

Vor dieser Kulisse ist es auch nicht verwunderlich, dass die Bevölkerungswissenschaft im akademischen System der Bundesrepublik eher eine randständige Bedeutung erlangte. Man wollte nicht in das Fahrwasser brauner Ideologie geraten. Zugleich wirkte sich aus, dass der ökonomische Mainstream – die neoklassische Wachstumstheorie – zu dem Ergebnis kam, dass eine schrumpfende Bevölkerung ökonomisch nicht nur kein Problem, sondern geradezu positiv zu bewerten ist (vgl. Hüther 2008). Dies liegt an den Annahmen (1) unveränderter (trendmäßiger) Arbeitsproduktivität und Technologieneigung der Bevölkerung im Schrumpfungsprozess, (2) stabilen exogenen technischen Fortschritts und (3) steigender Kapitalintensität während der Bevölkerungsschrumpfung. Diese Annahmen erweisen sich aus unterschiedlichen Gründen als wenig plausibel. Die These jedenfalls, dass es in einem solchen demografischen Wandel zu kompensierenden

Produktivitätssteigerung kommt, ist empirisch nicht zu halten (vgl. OECD 2003, S. 28ff.; Sachverständigenrat 2011, S. 91ff., 123ff.).

Die demografische Entwicklung entfaltete dennoch eine starke transformative Kraft für die gesellschaftliche Realität der Bundesrepublik nicht allein aufgrund autonomer Prozesse jenseits der politischen Intervention – wie die Veränderung der Fertilität und der Mortalität –, sondern ebenso aufgrund gezielter politischer Eingriffe – wie der Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer. Bereits ab 1951 waren mit einzelnen europäischen Staaten kontingentierte und befristete Gastarbeitervereinbarungen getroffen worden, die in beiden Richtungen auf die berufliche und sprachliche Fortbildung durch Praktika zielten und weder eine Beschäftigungsgenehmigung noch eine Arbeitserlaubnis erforderten. Schon rein quantitativ, aber auch volkswirtschaftlich völlig anders zu bewerten sind die bilateralen Vereinbarungen über die Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitskräfte, die einseitig der Bundesrepublik ein zusätzliches Arbeitskräftereservoir erschlossen und auf reine Lohnverhältnisse zielten (vgl. Knortz 2008, S. 19ff.).

Am Anfang stand das deutsch-italienische Anwerbeabkommen 1955, dem bis 1968 acht weitere folgten. Ausgangspunkt dieser Arbeitsmigration waren ökonomische Ungleichgewichte zwischen Deutschland und den Herkunftsländern (vgl. Knortz 2008, S. 61ff.). So drängte die italienische Regierung wegen der hohen Arbeitslosigkeit sowie der Sorge vor politischen Folgen und des zunehmend deutlicheren und anhaltenden Wirtschaftsaufschwungs in Deutschland darauf, den deutschen Arbeitsmarkt für Italiener zu öffnen. Bundeswirtschaftsminister Erhard unterstützte dies Ansinnen wegen des Außenhandelsdefizit Italiens und der deshalb drohenden Beschränkung deutscher Exportmöglichkeiten nach Italien. Für die weiteren acht Anwerbeabkommen galt wirtschaftspolitisch dasselbe Motiv, die Dämpfung der Leistungsbilanzdefizite der Entsendeländer. In der deutschen Gesellschaft waren seinerzeit über 55 Prozent der Befragten mit Verweis auf hinreichend verfügbare heimische Arbeitskräfte gegen die Anwerbung, ebenso die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften (vgl. Knortz 2008, S. 74).

Da die Grundannahme dieser Anwerbeabkommen ein zeitlich befristeter Aufenthalt in Deutschland war, gab es weder von Seiten der deutschen Behörden, noch der deutschen Zivilgesellschaft, aber auch nicht von Seiten der Arbeitsmigranten selbst einen Ansatz und eine Perspektive der Integration. Das blieb selbst dann so, als der Verbleib in Deutschland dauerhaft wurde. Thematisiert wurde lediglich die unzureichende Versorgung mit angemessenen Wohnraum, die sich trotz zunehmender Sesshaftwerdung und eines verstärkten Familiennachzugs noch in den 1970er Jahren zeigte (vgl. Knortz 2008, S. 49ff.). Problematisch erschien nach 1970 der einseitige Zuzug in Ballungsgebiete; rund 50 Prozent aller Ausländer lebten auf 4 Prozent der Fläche des Bundesgebietes. Die damit verbundene Übernutzung der

sozialen Infrastruktur führt bereits vor der ersten Ölkrise zu politischen Ansätzen einer Steuerung, beispielsweise über eine Kopplung an verfügbaren Wohnraum (vgl. Knortz 2008, S. 169ff.). Nach der Ölkrise beschloss die Bundesregierung bereits am 23. November 1973 einen sofortigen Anwerbestopp.

Die Bundesrepublik verweigerte sich lange der aus dem Zuzug ausländischer Arbeitnehmer und später dem Nachzug ihrer Familien resultierenden Veränderung der Gesellschaft. Man wollte kein Einwanderungsland sein, man benötigte diese Festlegung, um die politische Akzeptanz ausländischer Arbeitnehmer zu sichern. Migration wurde – abgesehen von außenpolitischen Motiven – auf die Bedarfe und Möglichkeiten des Arbeitsmarktes bezogen, dadurch legitimiert oder de-legitimiert. So wurde 1983 das Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern erlassen, um wiederum eine Entlastung des Arbeitsmarktes zu erzielen.

2 Demografische Trends und ihre transformative Kraft

Alle demografierelevanten Entwicklungen und Politiken blieben – so ist festzuhalten – bis zur Jahrtausendwende vereinzelt bedeutsam und ohne verbindende Perspektive, das änderte sich seitdem in der gesellschaftlichen und politischen Debatte. Eine Reihe einzelner Impulse führte dazu, dass die Entwicklung der Bevölkerung in all ihren Dimensionen zum Thema wurde und sich die Option einer Demografiepolitik in Deutschland eröffnete. Die Zeiten demografischer Sorglosigkeit, Unachtsamkeit und Verdrängung sind jedenfalls vorbei. In nahezu allen demografierelevanten Politikbereichen kam es durch Sachzwänge zu entsprechenden Impulsen, die insgesamt mehr ergeben als die Addition der Einzelthemen. Erstaunlich ist dabei, dass in einer relativ engen Zeitspanne nach der Jahrtausendwende sehr grundlegende Veränderungen beschlossen wurden, die teilweise einem Paradigmenwechsel gleichkommen. Ebenso erstaunlich ist, dass trotz der Vielfalt dieser Änderungen die politische Durchsetzung und die öffentliche Reaktion vergleichsweise entspannt verliefen. Es fand eine gesellschaftspolitische Umwälzung statt, die so nicht bemerkt wurde. Sechs Handlungskomplexe lassen sich identifizieren.

- *Langlebigkeit und Bildung* (internationale Vergleichsstudien seit 2000 (PISA); Investitionsprogramm Zukunft Bildung und Betreuung – Ganztagschulprogramm des Bundes 2003; Exzellenzinitiative zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen 2005/06; Hochschulpakt 2007-2020; Konzeption für das Lernen im Lebenslauf (BMBF) 2008; Aufstieg durch Bildung – Qualifizierungsinitiative (BMBF) 2008; Bundesprogramm

Bildungsprämie für Weiterbildung seit 2008 und derzeit befristet bis 31.12.2017): Der Schock, den die erste PISA-Studie 2000 auslöste, weil das Bildungsland Deutschland sich nur auf mittleren Rängen wiederfand, war bei aller Kritik an der Methode der Studie ohne Zweifel heilsam. Die Bildungspolitik hat seitdem einen höheren Stellenwert und ist der Politikbereich mit den höchsten Ausgabenzuwächsen, was sich in entsprechenden Anstrengungen der Bundesländer und neuartigen Bundesinitiativen spiegelt. Lange Zeit undenkbar wurde durch eine –verfassungsrechtlich kritische – Finanzierung des Bundes der Ausbau von Ganztagschulen zu einem bestimmenden Trend. Gezielt wurde auch die aus der Perspektive des längeren Lebens sich ergebenden Bildungsanforderungen durch spezielle Bundesprogramme adressiert.

- *Alterung und Alterssicherung* (Altersvermögensgesetz 2001, Alterseinkünftegesetz 2004, RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz 2007): Die seit langem bekannte Überforderung des Umlageverfahrens in der Sozialversicherung durch eine gleichermaßen alternde wie schrumpfende Bevölkerung führte nach der Jahrtausendwende in Wirkungseinheit mit einer stagnierenden Volkswirtschaft und steigender Arbeitslosigkeit zu zwei folgerichtigen Schlussfolgerungen: Einerseits wurde das Umlageverfahren systematisch durch eine kapitalgedeckte private sowie betriebliche Altersvorsorge ergänzt (und die lange geforderte nachgelagerte Besteuerung eingeführt); andererseits wurden Frühverrentungsanreize abgebaut, das effektive Rentenalter so dem gesetzlichen wieder angenähert und schließlich das Rentenzugangsalter heraufgesetzt. Die Perspektive des längeren Arbeitens in einer Welt des (immer) längeren Lebens wurde damit endlich Realität und die Vorstellung eines defizitären Altersbilds aufgegeben. Inzwischen hat sich das 2009 von einer Kommission der Leopoldina geprägte Bild der „gewonnenen Jahre“ in einer breiteren Öffentlichkeit durchgesetzt. Das hat auch der politische Irrtum der abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren nicht wirklich ändern können. Allein das skizzierte politische Panorama seit der Jahrtausendwende macht deutlich, wie allokativ und distributiv verfehlt sowie gerontologisch defensiv und überholt diese Entscheidung war.
- *Migration und Beschäftigung* (Aufenthaltsgesetz 2004, Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz 2008, Anerkennungsgesetz 2012, Gesetz zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie der Europäischen Union („Blaue Karte EU“) 2012, Neue Beschäftigungsverordnung 2013): Bundeskanzler Schröder schlug im Jahr 2000 bei der Eröffnung der Cebit auf der Hannover Messe die Einführung einer Greencard für bestimmte, in Deutschland knappe Schlüsselqualifikation vor. Das kam einem Tabubruch in der Migrationspolitik gleich, weil bei sehr restriktiver Gesetzeslage nicht nur die Perspektive auf ein modernes Zuwanderungsrecht eröffnet, sondern sogar der Gedanke der angebots- respektive

potenzialorientierten Zuwanderung für Deutschland bedeutsam wurde. Damit wird Einwanderung unabhängig von einem bereits vorliegenden Arbeitsvertrag und einer Vorrangprüfung denkbar, allein weil die Kompetenzen der Person eine gute Prognose über den Arbeitsmarkterfolg nahelegen. In recht kurzer Zeit wurde in der Bundesrepublik so eines der liberalsten Einwanderungsregime etabliert und bekannte Hürden beim Zugang zum Arbeitsmarkt – wie die Anerkennung ausländischer Abschlüsse und die Mindesteinkommengrenzen für eine Jobaufnahme – spürbar abgesenkt.

- *Diversität und Gleichstellung* (Lebenspartnerschaftsgesetz 2001, Behindertengleichstellungsgesetz 2002, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz 2006): Die Arbeitswelt ist bunter geworden und reflektiert damit nicht nur die veränderten unternehmerischen Anforderungen, sondern ebenso die größere gesellschaftliche Offenheit, Präsenz und Akzeptanz für unterschiedlichste Lebensstile und Lebensmöglichkeiten. Die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften ist weit vorangeschritten, wenngleich noch keine völlige Gleichstellung zu Ehe und Familie erreicht ist. Die gestiegene Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren hat durch eine veränderte Repräsentanz in den Unternehmen ebenfalls in den letzten zwei Jahrzehnten die Arbeitswelt und die gesellschaftliche Realität verändert; in beiden Bezügen liegt Deutschland mittlerweile deutlich über dem Durchschnitt der OECD-Länder. Die Inklusion Behinderter in das Beschäftigungssystem wurde – gestützt auf die entsprechende UN-Konvention – rechtlich weiter gefördert.
- *Fertilität und Familienpolitik* (Elterngeldgesetz 2007, Kinderförderungsgesetz 2008: Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr seit 1. August 2013): Mit dem Siebten Familienbericht (vgl. BMFSFJ 2006) wurde auch die konzeptionelle Grundlage dafür geschaffen, die Familienpolitik konsequenter an der Frage auszurichten, wie die Lücke zwischen der höheren gewünschten und der niedrigeren tatsächlichen Geburtenrate geschlossen werden kann. Elterngeld als Lohnersatzleistung, Ausbau der Betreuungsinfrastruktur auch für unter dreijährige Kinder und die Ermöglichung familiärer Zeitsouveränität sind dafür als die zentralen Politikhebel identifiziert worden. Damit verband sich erstmals auch eine systematische Bestandsaufnahme und Wirkungsanalyse der familienbezogenen Leistungen, die aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Die Familienpolitik bevölkerungsorientiert zu verstehen war – gemessen an der historischen Konditionierung – ein eigentlich ungeheurer Vorgang, der dennoch ohne entsprechende Reaktionen blieb und scheinbar zur rechten Zeit Antworten auf virulente Fragen versprach. Dass inzwischen die Geburtenraten wieder steigen, kann daher auch als genuiner Erfolg der Familienpolitik gewertet werden.

- *Heterogenität und Engagement* (Gründung Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement BBE 2002, Gesetz zur Verbesserung des unfallversicherungsrechtlichen Schutzes bürgerschaftlich Engagierter 2005, Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements 2007, Nationale Engagementstrategie 2010): Der demografische Wandel führt sowohl über die individuelle Perspektive eines längeren Lebens als auch durch die kollektiven Veränderungen Alterung, regionale Schrumpfung und Wanderung zu einer deutlichen Differenzierung und Heterogenität der Lebenssituationen: Die Varianz der Gesichter des Alters gewinnt an Breite, die individuellen Bedarfslagen für ein selbstverantwortetes Leben werden immer komplexer und voraussetzungsstärker, die Bedingungen für ein gelingendes Leben in Städten und im ländlichen Raum divergieren, die Pfadabhängigkeit wirtschaftsstruktureller Voraussetzungen steigt, Netzwerke gewinnen dabei an Bedeutung. Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft erweisen sich angesichts dessen als immer bedeutsamer, um zum einen den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern sowie zu stärken und zum anderen die notwendigen Bedingungen für ein gelingendes Leben zu schaffen. Engagement ist eine immer unverzichtbarere Ressource gesellschaftlicher Entwicklung. Das hat zu ersten diskursiven Öffnungen des Engagements geführt, wie sie von der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ bereits 2002 gefordert worden waren, und die Selbstbezüglichkeit der Engagement-Szene ansatzweise aufgebrochen (vgl. BBE 2012).

In der Zusammenschau ergibt sich ein eindrucksvolles Panorama grundlegender politischer Weichenstellungen sowie gesellschaftlicher Veränderungen, das sich durch viele spezifischere Maßnahmen und Programme ergänzen ließe. Der demografische Wandel, der bis zur Jahrtausendwende vor allem als Thema der sozialen Sicherung politisch und öffentlich gewürdigt wurde, erlangte so eine sehr breite, wenngleich keineswegs umfassend-gesamthafte Würdigung. Bedurfte es indes eines Belegs für die transformative Kraft des demografischen Wandels, so lässt er sich hier finden. Diese veränderte thematische Würdigung führt auch dazu, dass die verschiedenen gesellschaftspolitischen Berichte – im Auftrag des Deutschen Bundestages, der Bundesregierung oder von Stiftungskonsortien – eine andere Positionierung im öffentlichen Diskurs erfahren: *Kinder- und Jugendbericht* (zuerst 1965), *Familienbericht* (zuerst 1968), *Altenbericht* (zuerst 1992), *Bildungsbericht* (zuerst 2006), *Jahresgutachten des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration* (zuerst 2010), *Gleichstellungsbericht* (zuerst 2011), *Engagementbericht* (zuerst 2012).

Demografiepolitik als der Versuch, umfassend und konsistent den demografischen Wandel politisch zu adressieren und seine Folgen im gesellschaftlichen sowie ökonomischen Wandel zu erfassen und zu analysieren, drängt sich angesichts dieser Befundlage über die Politik nahezu auf. Die Konstituierung eines solchen Politikfeldes setzt allerdings voraus, dass die normative Positionierung schlüssig begründet und formuliert sowie empirisch unterlegt wird. Genau das fehlt dem politischen Diskurs bisher und ist auch durch die Demografiestrategie der Bundesregierung nicht geleistet worden, wenngleich dort unter der Überschrift „Jedes Alter zählt“ eine eindeutig potenzialorientierte Sicht auf den demografischen Wandel als Ganzes dominiert.

3 Notwendige normative Begründung der Demografiepolitik

Die Veränderung der benannten demografierelevanten Politikbereiche ist eindrucksvoll, besonders angesichts der Dichte und der Kürze der Zeit, in der dies möglich war. Freilich gehorchen die Politikbereiche unverändert unterschiedlichen institutionellen Prägungen und normativen Vorgaben. Am deutlichsten ist die Veränderung in der Familienpolitik, der mit der Bevölkerungsorientierung explizit ein Ziel vorgegeben wurde, das entgegen allen traditionellen Bezugspunkten eine neue Qualität beschreibt. Damit ist aber auch das Grundproblem eines Politikfeldes Demografie ersichtlich: Einerseits folgen die verschiedenen, hier bedeutsamen Politikbereiche durchaus unterschiedlichen Orientierungen, die nicht per se konfliktfrei sind. Andererseits hat sich die normative Grundlegung einer jeglichen Demografiepolitik dem Konflikt zu stellen, der sich aus einer liberalen Position ableitet, die den Eingriff des Staates hier prinzipiell als höchst fragwürdig betrachtet. Daraus folgt der relevante Einspruch, dass es in weiten Teilen um individuelle Entscheidungen und damit die Entscheidungsfreiheit und Kompetenz des Einzelnen geht. Geburten, Familien- und Lebensmodelle, Bildung und Wanderung beruhen letztlich auf der Souveränität des Einzelnen bei der Gestaltung seiner Lebensbedingungen. Doch dies rechtfertigt nicht, jegliches politisches Eingreifen zu unterlassen. Folgende Argumente lassen sich ordnungspolitisch für eine Demografiepolitik ableiten.

- *Demografische Nichtneutralität:* Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Bedingungen in erheblichem Maße die individuellen Kalküle im demografischen Kontext beeinflussen. Zum Beispiel: Bildungssystem und Arbeitswelt definieren familiäre Zeitstrukturen

und begrenzen die Zeitsouveränität des Einzelnen; die Altersgrenzenpolitik beeinflusst gewollt oder ungewollt die Altersbilder und eröffnet oder begrenzt damit Chancen der Einbindung in gesellschaftliche Strukturen; die Steuerpolitik hemmt oder stärkt Familien und wirkt auf den Umgang mit der Langlebigkeit; die Sozialpolitik beeinflusst die Fertilität und die Mortalität. Anders gewendet: Politik, Gesellschaft und Wirtschaft wirken auch ohne explizite Bezugnahme oder gar eine Demografiepolitik auf die Bevölkerungsentwicklung und den demografischen Wandel. Das kann und darf nicht ignoriert werden. Die Frage nach der Konsistenz der Kollateralwirkungen liegt somit auf der Hand.

- *Rationalitätenfalle:* Die individuelle Rationalität kann der kollektiven Rationalität zuwiderlaufen. Das kann im Zusammenhang mit der Demografie verschiedentlich der Fall sein; beispielsweise wenn die Anpassung der Fertilität aufgrund von Verzerrungen die gesellschaftlichen Entwicklungsgrundlagen gefährdet; wenn Unterinvestitionen in Bildung die Einkommensperspektiven der Gesellschaft als Ganzes gefährden; wenn künftige Bedürfnisse in einer Welt des immer längeren Lebens gering geschätzt werden; wenn Wanderungsbewegungen regionale respektive nationale Ungleichgewichte verursachen und die gleichwertige Bereitstellung öffentlicher Güter gefährden. Die Kumulation einzelwirtschaftlicher Entscheidungen kann somit gravierende gesamtgesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Folgen haben, die erhebliche Anpassungslasten begründen. Damit sind die individuellen Entscheidungen kollektiv nicht neutral. Zur Begründung des politischen Eingriffs ist auf negative Spillover-Effekte, asymmetrische Informationsverteilung und die Meritorik zu verweisen.
- *Mangel an autonomer Kompensation:* Es gibt keine Erfahrung, aber auch keine Belege dafür, dass sich demografische Prozesse von selbst korrigieren, d. h. zu einem gleichgewichtigen Entwicklungspfad zurückkehren – so wie die Konjunktur um den Trend schwankt und mit dem Muster der systemerhaltenden Selbstorganisation beschrieben werden kann (vgl. Hinterberger, Hüther 1993). Eine Schrumpfung infolge einer Reduktion der Geburtenrate unter das bestandserhaltende Niveau muss zwar für sich genommen kein Problem sein, weil andere Politikvariablen zur Verfügung stehen. Doch lernen wir, wie sich eine deutlich geringere Geburtenrate über die Zeit in Form veränderter Gesellschaftsstrukturen über Gewöhnungsprozesse von selbst verstärken kann bzw. einen Prozess endogener Bevölkerungsschrumpfung induziert. Gerade für Deutschland (die alte Bundesrepublik) gilt, dass hier wie kaum in einem vergleichbar entwickelten Land über sehr lange Zeit eine niedrige Geburtenrate (in Kombination mit dem Anstieg der ferneren Lebenserwartung) vorherrscht. Die damit angelegten Echoeffekte führen dazu, dass wir es nicht mit einem einmaligen demografischen Übergang zu tun haben, sondern mit einem fort-

gesetzten autonomen Bevölkerungsverlust. Das stellt jedenfalls die Frage, wie es um die demografische Resilienz der kollektiven Politiksysteme bestellt ist und wie diese gestärkt werden kann.

- *Generationenverbund*: Erst durch die Familie entsteht das intertemporale Verantwortungsband, das wir mit dem Begriff der Generationengerechtigkeit beschreiben (vgl. James 2005, S. 8). Zwar funktioniert die Mehr-Generationen-Familie unverändert, und zumeist besser als in früheren Zeiten, doch das Phänomen Familie hat an Bedeutung verloren. Dennoch ist die Familie der Brennpunkt aller wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen. Familien bestimmen in ihrer Gesamtheit ganz wesentlich zwei zentrale Wachstumstreiber, nüchtern ökonomisch formuliert: die Quantität sowie die Qualität des Potenzials an Erwerbstätigen in einer Volkswirtschaft. Jede Politik, die den öffentlichen Raum gestaltet, gefährdet oder sichert, definiert zugleich den gesellschaftlichen Raum für Familie. Mit Blick auf die langfristige Bestandssicherung einer Gesellschaft ist hiermit eine starke Rechtfertigung für eine entsprechende Demografiepolitik gegeben.
- *Generationenneutralität*: Die Bedingungen und Präferenzen der verschiedenen Generationen stehen über Konkurrenzverhältnisse im Konflikt zueinander. Das gilt einerseits hinsichtlich der definitiven Eingriffe in Ressourcenbestände und die Aufnahmefähigkeit von Umweltmedien wie Senken. Das gilt andererseits für die revidierbaren Eingriffe in Humankapital, Sachkapital und Finanzkapital. Der Generationenverbund ist zugleich durch eine wechselseitige Abhängigkeit in diesen Kontexten geprägt. Dafür lässt sich aus dem Grundsatz der Generationenneutralität eine begrenzte (moralische) Verpflichtung jeder Generation ableiten. Dies verhindert eine Überforderung der heute Lebenden und reflektiert die Restriktionen bei der Wahrnehmung zukunftsorientierter Verantwortung. In den Worten von John Rawls: „Das richtige Prinzip ist demnach eines, das sich die Angehörigen jeder beliebigen Generation (und daher aller Generationen) als dasjenige Prinzip zu eigen machen würden, von dem sie wollen, dass sich früherer Generationen – einerlei, wie lange ihre Zeit schon vorbei ist – danach gerichtet hätten. ... Auf diese Weise gelangen wir zu einem Sparprinzip, das unsere Pflichten gegenüber anderen Generationen fundiert: Es stützt berechtigte Beschwerden über unsere Vorgänger und berechtigte Erwartungen an unsere Nachfahren“ (Rawls 2006, S. 247).

Ist damit eine generelle (ordnungspolitische) Rechtfertigung für die Demografiepolitik als querschnittsbezogenes, kohärentes und umfassendes Politikfeld gegeben, so schließt sich die Frage an, mit welcher normativen Orientierung dieses Politikfeld ausgestaltet wird (vgl. Hüther, Naegele 2013a). Demografiepolitik ist

originär in den Generationenverbund und damit in den Interessenausgleich der Generationen eingebunden, sie trägt dieses Merkmal unverrückbar auf ihrer Stirn. Das begründet nicht nur dieses Politikfeld, sondern gibt zugleich für dessen Ausgestaltung Hinweise: (1) Demografienpolitik muss dafür sorgen, dass die kollektiven Institutionen (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) durch verlässliche (Vor-)Leistungsversprechen und Dauerhaftigkeit Vertrauen im Wandel und in die Beherrschbarkeit des Wandels begründen. (2) Die Vorleistungsversprechen des Staates müssen sich an den Grundsätzen einer freiheitlichen Ordnung orientieren, die mit der Selbstverantwortung und Mitverantwortung des Einzelnen definiert sind. (3) Das Ziel eines gelingenden Lebens in jedem Alter verbindet die Generationenperspektive der Gesellschaft mit der Lebenslaufperspektive des Individuums. (4) Die Daseinsvorsorge muss angemessen auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zielen, in dem die notwendigen Vorleistungen des Staates und der Zivilgesellschaft für den Einzelnen erbracht werden.

4 „Dem deutschen Volke“ oder „Der Bevölkerung“?

Beide Zitate finden sich am bzw. im Reichstagsgebäude in Berlin. Die Inschrift „Dem deutschen Volke“ wurde – nach langem Widerstand des Kaisers – erst 1916 am Giebel angebracht und steht bis heute für die zentrale verfassungsrechtliche Maxime, den Grundsatz der Volkssouveränität. Das Kunstprojekt „Der Bevölkerung“ im nördlichen Lichthof begann im Jahr 2000 nach einer engagierten und kontroversen Bundestagsdebatte, in der ein Abgeordneter es so zuspitzte: „beide Begriffe werden zueinander gestellt, um miteinander einen Dialog zu führen über die Frage: In welcher Gesellschaft wollen wir künftig leben?“ (<http://www.derbevoelkerung.de/projekt/bdebat06.html>). Während seinerzeit die Debatte an dieser Themenstellung weitgehend vorbeiging und sich um die Rolle der Kunst im Parlament drehte, erweist sich die Zueinanderstellung beider Begriffe heute im Zeichen eines neuen Flüchtlingszustroms in höchstem Maße als aktuell. Lange nicht hat ein demografischer Trend eine so starke, bereits zu Beginn von weiten Teilen der Bevölkerung erkannte und thematisierte transformative Kraft besessen. Wir haben es dem Flüchtlingszustrom zu danken, dass eine elementare Bedingung der Demografienpolitik thematisiert werden muss.

Der Diskurs über Demografienpolitik beruht allerdings eher implizit auf der Feststellung, dass die Bevölkerung in einem politischen Raum durch die Souveränität des Volkes geprägt wird und dadurch ein Verantwortungs- sowie Gestaltungszusammenhang entsteht. Die Volkssouveränität ist zusammen mit den Prinzipien

der Freiheit, Rechtsgleichheit und Bürgerlichkeit, der Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung sowie der universellen, mehrheitsresistenten Menschenrechte Ausdruck einer umfassenden Modernisierung, die zwischen 1750 und 1850 zur europäischen Nationsbildung führte. Dieser Prozess kulminierte in der Französischen Revolution und den Ideen von 1789. Die europäische Geschichte hat in den zwei Jahrhunderten danach trotz aller Rückschläge und Fehlentwicklungen immer wieder zu diesen Ideen und Grundsätzen zurückgeführt. Der Nationalstaat prägt auch die Ideen von 1989: Der Fall des Eisernen Vorhangs vollendet nach langem und hindernisreichem Weg letztlich erfolgreich den Sturm auf die Bastille. Der Nationalstaat ist unverändert das passende Organisationsprinzip und Ordnungsprinzip für die Volkssouveränität (vgl. Hüther 2014, S. 44ff.).

Die Volkssouveränität und mit ihr der Anspruch des Parlaments und der Regierung „dem deutschen Volk“ zu dienen, hat durch alle transnationale Strukturen der Exekutive sowie der Legislative und die Europäische Integration ebenso wenig an Bedeutung verloren wie durch die ökonomische Globalisierung und den institutionellen Standortwettbewerb (Systemwettbewerb) (vgl. Hüther 2014, S. 59ff.). Jegliche Form der Demografiepolitik beruht auf dieser Annahme. Anders gewendet: Demografiepolitik hat den Anspruch der aktiven Gestaltung im Legitimationskontext der Volkssouveränität. Insbesondere Rechtsgleichheit und Bürgerlichkeit begründen allerdings ein ausschließendes Element, das sich als wirkmächtig erweist, wenn es um Migration und Flucht geht: Wieviel Rechtsgleichheit will man wann wem zubilligen? Mit wem will man wie lange und wohin den Weg der Integration gehen? (vgl. Hüther 2015).

So stellt sich die Frage, wie und in welcher Intensität diesem demografischen Trend eine transformative Kraft zugebilligt wird. Diese Frage einfach zu ignorieren, hilft nicht weiter und ist am Ende sogar höchst problematisch. Denn dann verliert man politisch und gesellschaftlich die Kraft, über die Qualität der Integration sowie über die potentiell zu integrierenden Personen entscheiden zu können. Das aber muss als Ausdruck der Volkssouveränität in einem politisch gewollten, verfassungsbezogenen Diskurs geschehen. Dieser Bedarf zeigt sich spätestens seit dem Sommer 2015, als die Flüchtlingsmigration endlich auch bundespolitisch zu einem Thema wurde. Jetzt erweisen sich schmerzhaft das jahrzehntelange Verdrängen einer tiefgründigen einwanderungspolitischen Auseinandersetzung und der Mangel eines kohärenten Einwanderungsgesetzes, das transparent die möglichen Wege in die deutsche Gesellschaft aufzeigt und die verschiedenen Perspektiven einer nachfrage- respektive bedarfsorientierten sowie einer angebots- respektive potenzialorientierten Steuerung sinnvoll miteinander verbindet. Der Zustrom von Asylbewerbern und Geflüchteten entzieht sich zwar der effektiven Steuerung, nicht aber der Integration.

Das Fehlen eines umfassenden Einwanderungsrechts hat dazu geführt, dass angesichts der großen Anzahl der Flüchtlinge im Hauruckverfahren wesentliche, zuvor bedeutsame Abwehrhürden gegen Integration geschleift wurden und nun auf einmal alles auf die Integration der anerkannten Flüchtlinge in Bildung, Beschäftigung und damit in die deutsche Gesellschaft zielt. Dagegen ist aus humanitären Gründen gar nichts einzuwenden, und auch die ökonomische Ratio dieses Handelns ist evident. Die Mängel und Unterlassungen früherer Jahre lassen sich nun aber nicht einfach kompensieren, zumal dann nicht, wenn eine Situation – wie Anfang September 2015 angesichts des Dramas auf der Westbalkanfluchtroute und vor allem an der Grenze zu Ungarn – keine wirklichen Optionen mehr bietet und – im Sinne von Karl Jaspers – als „Grenzsituation“ ergriffen werden muss.

Die Unbestimmtheit der gesellschaftlichen Position dazu spiegelt sich in der Auflösung und Vermischung der relevanten Kategorien: der des Seins und der des Sollens. Weil es moralisch-politisch gut ist, muss – den Eindruck erwecken viele – nun auch ökonomisch und gesellschaftlich alles gut werden. Das eine hat aber mit dem anderen nicht zwingend etwas zu tun. Die moralische Entscheidung legitimiert sich nicht durch die ökonomische Erfolgserwartung, und ein ökonomisches Misslingen entzieht dem moralischen Kalkül nicht den Grund. Die normative Frage nicht geklärt zu haben, rächt sich nun hier. Wie weit treten „das deutsche Volk“ und „die Bevölkerung Deutschlands“ in ein Spannungsverhältnis ein? Und in welcher Form wollen wir darüber streiten? Oder soll sich die *schleichende Revolution* unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit fortsetzen, die sich seit der Jahrtausendwende wie ein politisches Großprojekt ohne Namen und ohne Sponsor vollzieht?

Historisch gesehen, war dieser Diskurs bisher nicht abverlangt worden: (1) Der Zustrom von Heimatvertriebenen aus den deutschen Ostgebieten nach dem Zweiten Weltkrieg und von Übersiedlern nach der Teilung Deutschlands war rechtlich gesehen keine Herausforderung, da aus Sicht der Bundesrepublik die Rechtsgleichheit beider Gruppen im Sinne des Grundgesetzes außer Frage stand. Das hat zwar nicht dazu geführt, dass diese Flüchtlinge im Westen besonders freundlich begrüßt wurden, deren Rechtsstatus war aber unbestritten und die Integration politisch gewollt. (2) Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte zwischen 1955 und 1973 war – wie skizziert – gleichzeitig mit der Ablehnung eines Einwanderungsstatus verbunden, eine Integrationsaufgabe war deshalb damit nicht verbunden. Zaghafte Veränderungen dieser Position wurden erst erwogen als der Anwerbestopp bald ratsam wurde. (3) Der erste Asylansturm aus dem Balkan (Jugoslawien-Konflikt) nach 1990 und der zeitgleich stattfindende verstärkte Zuzug von Spätaussiedlern aus Osteuropa sowie der ehemaligen Sowjetunion führten zu einer öffentlichen Debatte über die hinnehmbare Zuwanderung. Der Asylkompromiss zum 1. Juli 1993 (Regelung sichere Drittstaaten, sichere Herkunftsstaaten, Flughafenverfahren,

Asylbewerberleistungsgesetz, eigenständiger Kriegsflüchtlingsstatus) hat dazu geführt, dass seitdem für eine Dekade das Asylthema weitgehend von der politischen und gesellschaftlichen Tagesordnung verschwand. (4) So entstand Raum für die beschriebene *schleichende Revolution* des Zuwanderungsrechts nach dem Jahr 2000.

Erstaunlich ist, dass trotz der Widerstände am rechten politischen Rand und der rechtsradikal motivierten Angriffe auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte heute ein ganz anderer Befund für Deutschland dominiert: Die Gelassenheit und das Engagement, mit der weite Teile der Gesellschaft ganz anders als vor über zwanzig Jahren auf den Flüchtlingsandrang reagiert haben. Die Zivilgesellschaft leistet Hervorragendes, ohne sie wäre die Überforderung der staatlichen Verwaltung noch evidenter und kaum zu ertragen. Sicherlich helfen die gute Arbeitsmarktlage, die wie in der Zeit von 1955 bis 1973 von hoher Beschäftigungsdynamik gekennzeichnet ist, und die in den vergangenen Jahren wieder gute Reallohnentwicklung. Aber unverkennbar ist auch, dass Deutschland als „junge Nation“ in dem Bewusstsein einer nachholenden Nationalstaatsbildung seit 1990 mit höherer Robustheit ausgestattet ist als je zuvor; das Selbstbewusstsein der deutschen Nation mag im internationalen Vergleich immer noch eher gering sein, im historischen Vergleich gilt das nicht (vgl. Hüther 2014, S. 11ff. und 229ff.). Und zudem ist nicht zu verkennen, dass die *schleichende Revolution* die Gesellschaft geöffnet und tiefer verändert hat, als dies angesichts der einzelnen politischen Entscheidungen und Maßnahmen jeweils erwartbar war.

Nun aber gilt es, die transformative Kraft dieses demografischen Trends für alle Wirkungskontexte – *Langlebigkeit und Bildung, Alterung und Alterssicherung, Migration und Beschäftigung, Diversität und Gleichstellung, Fertilität und Familienpolitik, Heterogenität und Engagement* – zu bedenken. Das ist die doppelte Herausforderung der Demografiepolitik in der Flüchtlingskrise: Einerseits die staatsrechtlichen Bedingungen klären und andererseits alle dafür relevanten Zusammenhänge zu bespielen. „Die Flüchtlingsfrage wirft somit abermals die Frage nach dem Selbstbewusstsein der Nation und nach der Stellung der Deutschen in der Europäischen Union auf“ (Tilman Allert, FAZ, 24.12.2015, S. 7).

Literatur

- Abel, Wilhelm. 1986: *Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Deutschland*. 3. Aufl. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE). 2012: Newsletter Nr. 20 vom 18. Oktober 2012 und Newsletter Nr. 23 vom 6. Dezember 2012. <http://www.b-b-e.de/>

- archiv-des-newsletters/newsletter-archiv-2012/4-quartal-2012/. Zugegriffen: 22. Dezember 2015.
- Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend (BMFSFJ). 2006. *Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik*. Siebter Familienbericht. <http://www.bmfsfj.de/doku/Publikationen/familienbericht/>. Zugegriffen: 22. Dezember 2015.
- Brocke, Bernhard vom. 2008. *Geschichte der Bevölkerungswissenschaft*. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungswissenschaft/forschung-und-lehre/fachgeschichte.html>. Zugegriffen: 8. Dezember 2015.
- Bundesregierung. 2012. *Demografiestrategie. Jedes Alter zählt*. <http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Demografiestrategie/Basis-Artikel/2012-04-18-artikel-top-basis.html>. Zugegriffen: 17. Dezember 2015.
- Bundesregierung. 2015. *Demografiestrategie. Politik für alle Generationen*. http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Demografiestrategie/_node.html. Zugegriffen: 17. Dezember 2015.
- Haar, Ingo. 2007. „Bevölkerungsbilanzen“ und „Vertreibungsverluste“. Zur Wissenschaftsgeschichte der deutschen Opferangaben aus Flucht und Vertreibung. In *Herausforderung Bevölkerung. Zu Entwicklungen des modernen Denkens über die Bevölkerung vor, im und nach dem „Dritten Reich“*, hrsg. Josef Ehmer, Ursula Ferdinand, Jürgen Reulecke, 267–281. Wiesbaden: Springer VS.
- Haar, Ingo. 2008. *Bevölkerungswissenschaft im Nationalsozialismus*. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. <http://www.berlin-institut.org/online-handbuchdemografie/bevoelkerungswissenschaft/forschung-und-lehre/bevoelkerungs-wissenschaften-im-ns.html>. Zugegriffen: 8. Dezember 2015.
- Hinterberger, Friedrich, Michael Hüther. 1993. Von Smith bis Hayek und zurück. Eine kleine Geschichte der Selbstorganisationsidee in der Nationalökonomie. In *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, hrsg. Heinz Lampert, Alois Oberhauser, Adolf Wagner, Bd. 211, 218 – 238. Stuttgart: Lucius&Lucius.
- Hüther, Michael. 2008. Intergenerational Justice and Economic Growth – A Challenge for Economic Policy. In *Demographic Change and Intergenerational Justice*, hrsg. Jörg C. Tremmel, 31–52. Berlin, Heidelberg: Springer VS.
- Hüther, Michael, Gerhard Naegele. 2013. *Demografiepolitik. Herausforderungen und Handlungsfelder*. Wiesbaden: Springer VS.
- Hüther, Michael. 2013a. Demografiepolitik und Demografiestrategie – Was notwendig ist. In *Demografiepolitik. Herausforderungen und Handlungsfelder*, hrsg. Michael Hüther, Gerhard Naegele, 365–378. Wiesbaden: Springer VS.
- Hüther, Michael. 2013b. Überlegungen zu einer Demografiepolitik. In *Soziale Gerontologie in gesellschaftlicher Verantwortung*, hrsg. Gerhard Bäcker, Rolf G. Heinze, 121–131. Wiesbaden: Springer VS.
- Hüther, Michael. 2014. *Die junge Nation. Deutschlands neue Rolle in Europa*. Hamburg: Murmann Verlag.
- Hüther, Michael. 2015. Offenheit und Bindung: Ökonomische Aspekte des Flüchtlingszustroms nach Deutschland. In *Ins Offene Deutschland. Europa und die Flüchtlinge*, hrsg. Jens Spahn, 155–162. Freiburg: Herder.
- James, Harold. 2005. *Familienunternehmen in Europa*. Haniel, Wendel und Falck. München: Verlag C.H. Beck.

- Knortz, Heike. 2008. *Diplomatische Tauschgeschäfte: „Gastarbeiter“ in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953-1973*. Köln: Böhlau Verlag.
- Lausecker, Werner. 2007. Paul Mombert und die Vordenker der Vernichtung. Eine Skizze zu Fragen nach Zusammenhängen von Bevölkerungskonstruktionen und Social Engineering im Nationalsozialismus. In *Herausforderung Bevölkerung. Zu Entwicklungen des modernen Denkens über die Bevölkerung vor, im und nach dem „Dritten Reich“*, hrsg. Josef Ehmer, Ursula Ferdinand, Jürgen Reulecke, 333-340. Wiesbaden: Springer VS.
- Malthus, Thomas Robert. 1798. *An Essay on the Principle of Population, as It effects the Future Improvement of Society*. London: St. Paul's Church-Yard.
- Mayer, Tilman. 2011. Demografiepolitik – gestalten oder verwalten? *Aus Politik und Zeitgeschichte* (10-11): 11-18.
- Mombert, Paul. 1929. *Bevölkerungslehre*. Jena: G. Fischer.
- Nipperdey, Justus. 2012. *Die Erfindung der Bevölkerungspolitik. Staat, politische Theorie und Population in der frühen Neuzeit*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- OECD. 2003. *The Sources of Economic Growth in OECD Countries*. Paris: OECD.
- Rawls, John. 2006. *Gerechtigkeit als Fairness. Ein Neuentwurf*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2011): *Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung*. http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/Expertisen/2011/expertise_2011-demografischer-wandel.pdf. Zugriffen: 10. Dezember 2016.
- Süßmilch, Johann Peter. 1741. *Die Göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts aus der Geburt, dem Tode und der Fortpflanzung desselben erwiesen*. 2 Bd. Berlin. Fassung 1761/62. http://echo.mpiwg-belin.mpg.de/ECHOdocuView?url=/permanent/echo/mpi_rostock/suessmilch_1761/index.meta, http://echo.mpiwgbelin.mpg.de/ECHOdocuView?url=/permanent/echo/mpi_rostock/suessmilch_1762/index.meta. Zugriffen: 22. Dezember 2015.

Gäbe es das Elterngeld ohne demografische Argumente?

Eine Analyse anhand des Policy-Cycle der Elterngeldreform¹

Martin Bujard

Zusammenfassung

Der Beitrag geht der Frage nach, wie der familienpolitische Paradigmenwechsel der Elterngeldreform möglich war und welche Rolle demografische Ziele gespielt haben. Dazu wird der Reformprozess des 2006 verabschiedeten Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) anhand des Policy Cycle analysiert. Im Ergebnis zeigt sich, dass das Agenda-Setting und dessen langfristige strategische Vorbereitung durch Gutachten und Bündnisse seit 2002 Hauptursachen für die Durchsetzung der Elterngeldreform waren. Es wurde die komplementäre Zielstruktur der Familienpolitik kommuniziert, so dass mehrere politische Akteure und Interessengruppen das Elterngeld aus unterschiedlichen Motiven unterstützt haben. Ergänzende Faktoren liegen im Parteienwettbewerb und in der politischen Führung. Ohne demografische Argumente – in allen Phasen des Reformprozesses – hätte es diese Elterngeldreform nicht gegeben. Allerdings hat ein großer Teil der Parlamentarier dem Elterngeld aus sozial- und gleichstellungspolitischen Motiven zugestimmt.

Schlüsselwörter

Demografie, Familienpolitik, Elterngeld, Politikwechsel, Politischer Reformprozess, Policy Cycle, Agenda-Setting, Komplementäre Zielstruktur

-
- 1 Der Autor dankt Sabine Diabaté und Kai Dreschmitt für hilfreiche Kommentare. Der zweite Abschnitt dieses Artikels ist eine überarbeitete Version der Fallstudie: Bujard, Martin (2014). Elterngeld, erschienen in: <http://regierungsforschung.de/fallstudien> und durch die Bertelsmann Stiftung finanziert.

1 Einleitung

Die Einführung des Elterngeldes kennzeichnet einen weitreichenden Paradigmenwechsel (Hall 1993) in der deutschen Familienpolitik. Dieser beruht auf zwei Aspekten: (1) Die Höhe des Elterngeldes ist am vor der Geburt des Kindes verdienten Einkommen, also den Opportunitätskosten von Kindern, orientiert. Besser verdienende Eltern bekommen dadurch deutlich mehr als einkommensschwache. Damit folgt das Elterngeld nicht den bisherigen familienpolitischen Prinzipien wie Bedürftigkeit, Lastenausgleich oder Universalität. (2) Das Elterngeld setzt explizite Anreize für Väter, eine berufliche Auszeit zugunsten der Familie zu nehmen. Derartige Auszeiten wurden zuvor sehr selten genutzt² und mit der Reform wird versucht, die paarspezifische Aufteilung von Beruf und Fürsorgearbeit zu beeinflussen. Gemeinsam mit dem Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige, der seit 2004 intensiviert wurde, normiert das Elterngeld das Zweiverdiener-Modell und einen drastisch verkürzten Berufsausstieg von Müttern. Beide Reformen stehen nicht nur im Widerspruch zur bisherigen Familienpolitik, sondern auch zum wohlfahrtsstaatlich und steuerpolitisch normierten traditionellen Familienverständnis der deutschen Politik (vgl. Gerlach 2010; Henninger und Wahl 2010; Ostner 2006).

Wie kam es zu diesem Paradigmenwechsel? Welche Rolle haben dabei demografische Argumente gespielt? Unter welchen Bedingungen kann die Demografie als Reformmotor fungieren? Der Policy-Prozess zum Elterngeld wurde zwar in einigen Studien untersucht (Blome 2014; Bujard 2013; Ehlert 2009; Henninger/von Wahl 2010; Mayer und Rösler 2013; Seeleib-Kaiser 2010), die Rolle der demografischen Argumente jedoch noch nicht systematisch analysiert.

Die Folgen des Geburtenrückgangs in Deutschland auf die Sozialsysteme wurden zu Beginn des 21. Jahrhunderts oft thematisiert (u. a. Leipert 2003; Schmähl und Volker 2001; Schmid et al. 2003; Sinn 2004). Diese Thematik mündete in zwei unterschiedlichen Argumentationen: die Forderung nach einer Reduzierung der Lohnnebenkosten durch angebotsorientierte Politikmaßnahmen und die Diskussion über die Ursachen des Geburtenrückgangs. Mehr als in der deutschen Debatte wurde in der internationalen Literatur der Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsstaat und Geburtenentwicklung thematisiert, wobei der Vereinbarkeit von Arbeit und Familie eine Schlüsselrolle zukommt (Castles 2003; Esping-Andersen 2003; vgl. OECD 2005). Im Vorfeld der Elterngeld-Reform war also beides gegeben: eine hohe Wahrnehmung des demografischen Wandels und die analytische Verknüpfung mit der Familienpolitik.

2 Laut Erziehungsgeldstatistik lag der Männeranteil von Leistungsbeziehern im Jahr 2006 bei 3,5 %.

Die Frage, welche Ziele bei der Willensbildung und Durchsetzung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) entscheidend waren, lässt sich nicht leicht beantworten. Die Analysen von Medien und Bundestagsdrucksachen hat gezeigt, dass fünf verschiedene Ziele mit dem Elterngeld verbunden sind, wobei das Ziel einer höheren Geburtenrate in Bundestag und Medien eine unterschiedlich starke Rolle spielt (Bujard 2013). Abb. 1 zeigt, dass das demografische Ziel in den Medien zwischen 2004-2012 am häufigsten genannt wurde, während es in den Bundestagsdrucksachen während des parlamentarischen Entstehungsprozesses nur selten bzw. indirekt thematisiert wurde.

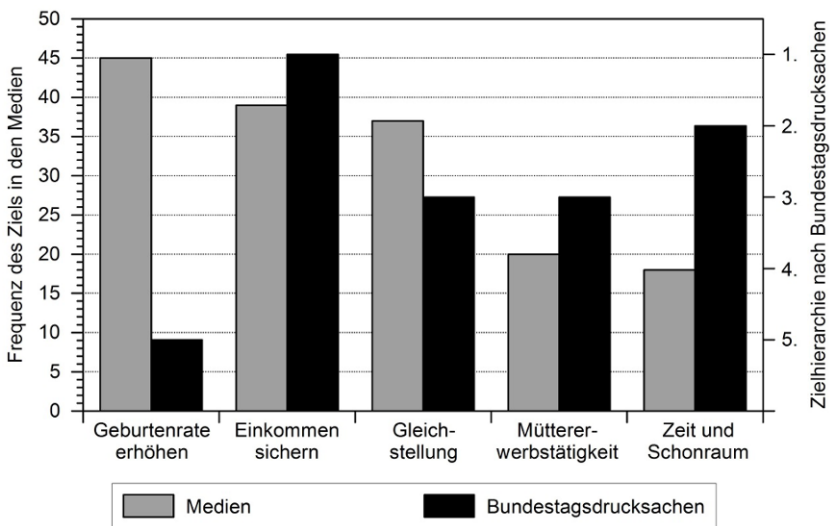


Abb. 1 Zielhierarchie des Elterngeldes: Medien und Bundestagsdrucksachen im Vergleich

Anmerkungen: Die Frequenz der Zielnennungen in den Medien bezieht sich auf Artikel zum Elterngeld in der FAZ 2004-2012. Die Rangfolge bei den Bundestagsdrucksachen basiert auf einer Inhaltsanalyse.

Quelle: Bujard 2013, S. 149

Um den Einfluss der Demografie auf die Elterngeldreform besser einschätzen zu können, ist daher eine Analyse des Reformprozesses notwendig, die Agenda-Setting, Willensbildungsprozesse, die Rolle von Parteien, Verbänden, Wissenschaft und Medien beleuchtet. Dafür wird im nächsten Kapitel die Phasenheuristik des

Policy Cycle (Jann und Wegrich 2003) in der modifizierten Variante des Reform-Kompass-Modells (Fischer et al. 2008) verwendet.

2 Der Policy-Zyklus zur Elterngeldreform

Die Analyse des Policy Cycle (Jann und Wegrich 2003; Fischer et al. 2008) wird auf der institutionellen Ebene durch die Veto-Spieler-Theorie (Tsebelis 2002) und auf der akteursbezogenen mit dem Einfluss von Parteien (Schmidt 1996) und politischer Führung (u. a. Glaab 2007) kombiniert. Dabei werden folgende drei Phasen analysiert:

1. Einsetzen der Strategieguppe und Vorbereitung des Agenda-Settings (Abschnitt 2.1)
2. Agenda-Setting (Abschnitt 2.2)
3. Politikformulierung und Entscheidung (Abschnitt 2.3)

2.1 Einsetzen der Strategieguppe und Vorbereitung des Agenda-Settings

Die erste Phase im Reformprozess zum Elterngeld begann in der 15. Legislaturperiode. Zentrale Akteurin der Kernexekutive war Bundesfamilienministerin Renate Schmidt. Sie hat systematisch externe Expertise eingeholt: durch die Vergabe zweier Gutachten an den Ökonomen Bert Rürup und den Soziologen Hans Bertram sowie durch die Berufung der Sachverständigenkommission des Siebten Familienberichts. Dadurch wurde nicht nur Fachwissen rekrutiert, beide Wissenschaftler fungierten auch als Akteure, die das Elterngeld in der Öffentlichkeit forderten. Gutachten und Familienbericht betrafen beide Dimensionen: Kompetenz und Kommunikation. Die Rolle der wissenschaftlichen Akteure sollte nicht instrumentell verstanden werden. Sie haben auch die Politik und die konkrete Ausgestaltung des Elterngeldes beeinflusst.

Welche Kernbotschaften wurden kommuniziert? Eine Kernbotschaft war, dass das Elterngeld im Kontext von Kinderbetreuung und Ganztagschulen gesehen werden muss. Eine weitere bestand darin, dass familienpolitische Maßnahmen – wie Kinderbetreuungsausbau und Elterngeld – ökonomisch hochrelevante Effekte haben, da sie die Frauenerwerbsquote und die Geburtenrate steigern können. Durch diese Botschaft konnte Unterstützung für Familienpolitik aus Bereichen

rekrutiert werden, die über die klassischen familienpolitischen Akteure hinausgehen: Unternehmensverbände, Wirtschaftswissenschaftler und Politiker anderer Ressorts. Das Politikfeld wurde so elementar aufgewertet (Klammer und Letablier 2007; Hardmeier und Wahl 2007).

Eine Voraussetzung dafür war ein Tabubruch im November 2003: Renate Schmidt konstatierte, dass die Geburtenrate in Deutschland zu niedrig ist und politisch etwas getan werden sollte.

„Wir haben in Deutschland in der Zwischenzeit die viertschlechteste Geburtenrate der Staaten in der Europäischen Union. (...) Deutschland braucht mehr Kinder, wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen. Liebe Genossen, liebe Genossinnen, das ist keine platte Bevölkerungspolitik unseligen Angedenkens, sondern Politik, die ermöglicht, dass Lebenswünsche und Lebensträume von jungen Menschen endlich wirklich werden.“ (Renate Schmidt 2003)

Bei der Vorstellung des Rürup-Gutachtens für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), aber auch in Interviews und auf dem SPD-Parteitag hat Schmidt sich offen zum Ziel einer Steigerung der Geburtenrate bekannt. Der Tabubruch wurde in Medien und in der Partei überwiegend akzeptiert. Dies hatte drei Gründe: (1) die hohe Authentizität und Glaubwürdigkeit Schmidts, (2) die gestiegene mediale Wahrnehmung der Folgen des Geburtenrückgangs für die Sozialversicherungen und (3) Schmidts gleichzeitig vorgetragenes Plädoyer für eine an Gleichstellung und Lebensrealitäten orientierte Familienpolitik (siehe folgendes Zitat).

„Was aber bieten wir der am besten ausgebildeten Frauengeneration derzeit noch in Westdeutschland für ein Lebensmodell? Sich gut ausbilden lassen, dann ein paar Jahre erwerbstätig sein, dann tickt die so genannte biologische Uhr, dann muss die Entscheidung getroffen werden: Kind ja oder nein? Wenn die Entscheidung Ja heißt, dann heißt es für die betroffenen Frauen erst einmal: drei Jahre raus aus dem Beruf, weil wir nicht die notwendige Kinderbetreuung haben. (...) in vielen Kommunen in Westdeutschland heißt Ganztagskindergarten: das Kind früh bringen, mittags um 12 oder 12.30 Uhr das Kind abholen, damit das arme Kleine zu Hause die aufgemachte Dose Ravioli oder die Fischstäbchen aus der Tiefkühltruhe bekommt, um 14 Uhr das Kind wieder bringen und um 16.30 Uhr abholen. So lässt sich nicht einmal eine vernünftige Teilzeitbeschäftigung ausüben. Das haben die Frauen bis oben hin gestrichen satt. Das wollen sie nicht mehr.“ (Renate Schmidt 2003)

Die „strategische Ökonomisierung“ (Leitner 2008) der Familienpolitik, die der nachfolgenden Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen zugeschrieben wird, wurde unter Schmidt eingeleitet. Sowohl bei Schmidt als auch bei von der Leyen handelte es sich jedoch weniger um eine Ökonomisierung, sondern eher um eine Erweiterung durch demografische und arbeitsmarktpolitische Ziele

und entsprechende Unterstützerpotenziale. Die „komplementäre Zielstruktur“ (Bujard 2011) der Familienpolitik konnte dabei strategisch genutzt werden. Die Kernexekutive hatte in dieser Phase mit Schmidt eine Persönlichkeit, die sowohl politische Macht als auch Bereitschaft und Fähigkeit hatte, politische Führung zu übernehmen (Glaab 2007).

Zwei Kooperationen und Vernetzungen sind in dieser Phase besonders zu erwähnen: Im Juli 2003 wurde die „Allianz für die Familie“ gemeinsam vom BMFSFJ und der Bertelsmann Stiftung initiiert. Dies ist eine Plattform für Akteure aus Wirtschaft und Gewerkschaften, die sich für eine familienfreundlichere Arbeitswelt engagieren. Im Januar 2004 startete die Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familie“, die auf kommunaler Ebene Netzwerke aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft darstellt. Innerhalb weniger Jahre wurden an 670 Standorten Bündnisse etabliert, in deren Reichweite etwa 56 Millionen Menschen leben (Bündnisse für Familie 2014). In beiden Projekten geht es im Kern um die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Damit hat das Familienministerium eine breite Vernetzung zu Kommunen und Betrieben initiiert. Die Bündnisse waren und sind dementsprechend sinnvoll, um die Vereinbarkeit vor Ort zu verbessern; gleichzeitig konnten Kommunen und Betriebe dadurch als Bündnispartner für die Modernisierung der Familienpolitik gewonnen werden.

Vom Elterngeld war in dieser Phase in der Öffentlichkeit noch keine Rede. Im Mittelpunkt der Familienpolitik stand 2004 die Kinderbetreuung. Das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG), das 230.000 neue Betreuungsplätze bis 2010 vorsah, wurde erarbeitet. Der Referentenentwurf des TAG wurde am 2.4.2004 und der Gesetzentwurf der Bundesregierung zum TAG wurde am 6.9.2004 vorgelegt. Schmidt verfolgte aus inhaltlichen und pragmatischen Gründen das Motto: erst die Kinderbetreuung, dann das Elterngeld. Als das TAG auf dem Weg war, thematisierte sie das Elterngeld auf der Klausurtagung des Kabinetts in Neuhardenberg am 9.7.2004. Bundeskanzler Gerhard Schröder bat sie daraufhin „Details auszuarbeiten“ (Schmidt 2004).

2.2 Agenda-Setting im politischen Diskurs und in den Massenmedien

2.2.1 Startschuss des Agenda-Settings in der Öffentlichkeit am 5.9.2004

Auf der Kabinettsklausur am 5.9.2004 in Bonn wurde beschlossen, ein einkommensabhängiges Elterngeld einzuführen. Der Begriff Elterngeld wurde erstmals erfolgreich in die mediale Arena transportiert. Inhaltsanalysen von Archiven über-

regionaler Zeitungen wie FAZ, SZ und WELT belegen, dass das Wort „Elterngeld“ erstmals zu diesem Zeitpunkt in den Medien aufgetaucht ist und dort seitdem bis heute regelmäßig thematisiert wird (Bujard 2013). Bei Sozialwissenschaftlern, Ökonomen und Demografen ist das Elterngeld aufgrund der skandinavischen Erfahrungen lange bekannt gewesen. Spätestens das Rürup-Gutachten hat es in den fachpolitischen Diskurs gebracht. Bemerkenswert ist, dass der konkrete Vorschlag von Schmidt erst in die breite Öffentlichkeit gebracht wurde, nachdem Kanzler Schröder sich dahintergestellt hatte.

„(Kanzler Schröder) verwies darauf, dass v. a. Akademikerinnen immer seltener Kinder bekommen wollten. Eine solche Entwicklung habe gesellschaftliche Folgen, warnte er.“ (Bundeskanzler Gerhard Schröder, 5.9.2004, indirektes Zitat in: FAZ 2004)

„Es geht um die Akademiker, die noch weniger Kinder bekommen als andere, was die ohnehin gestörte Tradierung kulturellen Wissens gefährdet. Damit sich das ändert, will Familienministerin Renate Schmidt ein Elterngeld einführen, das anders als das Erziehungsgeld nicht aus einer für alle gleichen Pauschale besteht, sondern aus einem Betrag, der je nach Einkommen variiert – so dass Akademikerinnen, die meist besser verdienen, pro Kind mehr bekämen als Verkäuferinnen. So will man die Gebildeten ermutigen, mehr Kinder zu bekommen.“ (Die Welt, 6.9.2004)

Die Zitate zeigen, dass bei der erstmaligen Verkündung der Elterngeld-Pläne die niedrige Geburtenrate von Akademikerinnen eine zentrale Begründung war und zudem medial verstärkt aufgegriffen wurde. Tatsächlich liegt die Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen mit 27,2 % und bei westdeutschen Akademikerinnen mit 29,1 % deutlich über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung von 19,6 % bezogen auf die Geburtskohorte 1960-69 (eigene Berechnungen mit dem Mikrozensus 2012). Die Datenlage war zu diesem Zeitpunkt noch nicht so klar, da die Frage nach den geborenen Kindern erst im Mikrozensus 2008 erhoben wurde. Vielfach kursierten in den Medien völlig überhöhte Zahlen von 40 % bezüglich einer Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen (u. a. Spiegel 2005).

2.2.2 Parteipolitische Positionierungen

Die parteipolitischen Unterschiede zwischen SPD und Christdemokraten bei Gleichstellungsthemen (vgl. Schmidt 1996: 168) sind in dieser Phase noch deutlich. Ein Hintergrund der parteipolitischen Positionierungen ist ein Anpassungsprozess an einen kulturellen Wandel, da jüngere Generationen zunehmend das Zweiverdienermodell befürworten (Blome 2014). Daher wurden von der SPD in der Folge die sozial- und gleichstellungspolitischen Ziele des Elterngeldes verstärkt kommuniziert. Viele SPD-Politiker haben das Elterngeld begründet, ohne das Ziel,

die Geburtenrate zu steigern, zu bemühen – so auch das SPD-Wahlprogramm 10 Monate nach Beginn der Agenda-Setting-Phase:

„Wir stellen dadurch sicher, dass Familien ihren Lebensstandard, auch wenn sie ihre Berufstätigkeit unterbrechen, halten können. Die Gleichstellung der Frau wird so gefördert. Väter haben dadurch bessere Möglichkeiten Elternzeit in Anspruch zu nehmen.“ (SPD-Wahlprogramm 4.7.2005)

In der CDU werden die Elterngeldpläne vehement kritisiert. Insbesondere die Verkürzung der Leistung im Vergleich zum Erziehungsgeld – von drei Jahren auf ein Jahr – wird abgelehnt. Aber auch das sozialpolitische Argument einer Verteilungsgerechtigkeit wird vorgebracht.

„Das ist Politik nach dem Motto: Wer viel hat, dem wird gegeben.“ (Bayerische Sozialministerin Christa Stewens, CSU, 12.9.2005, zitiert nach: Spiegel 2005)

„Eltern sind nach einem Jahr gezwungen, wieder zu arbeiten, der Staat darf aber niemandem Vorschriften machen.“ (CDU-Fraktionsvize Maria Böhmer, 2.5.2005, zitiert nach FAZ 2005)

Böhmer verweist auf die Erfahrung des Erziehungsgeldes, das die meisten Eltern auch in der Kleinkindphase beziehen und nur 11 % lediglich im ersten Jahr. Zudem bieten unionsregierte Bundesländer wie Bayern und Thüringen ein Landeserziehungsgeld im dritten Lebensjahr des Kindes an. Im Unterschied zur deutlichen Mehrheit in CDU und CSU spricht sich von der Leyen nicht gegen das Elterngeld aus:

„Ich habe dafür [einjähriges Elterngeld] eine gewisse Sympathie, aber wir haben als Union zunächst einen anderen Weg gewählt, nämlich den höheren Freibetrag.“ (Ursula von der Leyen, 15.7.2005, zitiert nach Handelsblatt 2005)

2.2.3 Der Siebte Familienbericht als Herzstück des Agenda-Settings

Der Siebte Familienbericht (Deutscher Bundestag 2006, Expertisen siehe: Bertram et al. 2005, 2006) wurde von der Sachverständigenkommission unter Leitung des Soziologen Hans Bertram am 17.8.2005 der Bundesregierung vorgelegt. Dieses 351-seitige Werk war ein Wegbereiter des Elterngeldes, was auf eine spezielle Kombination von „Argumentation, Dissemination und Timing“ zurückzuführen ist (Bujard 2013).

Zur Argumentation: Das parteipolitisch neutrale Wissenschaftlergremium hat einen 351-seitigen Bericht vorgelegt, in dem die Lebenswirklichkeit von Familien

dargestellt und eine nachhaltige Familienpolitik mit den drei Dimensionen Zeit, Geld und Infrastruktur empfohlen wird. Der Siebte Familienbericht argumentiert für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik und thematisiert „Zeit für Familien“. Beides sind zentrale Argumentationslinien für das Elterngeld, die über die im Rürup-Gutachten bereits genannten Argumente – Opportunitätskosten reduzieren und Geburtenrate erhöhen – hinausgehen. Konkret wird das Elterngeld an drei Stellen im Siebten Familienbericht aufgegriffen: Zuerst wird es im Kapitel „Familien in Europa“ als positives Beispiel erwähnt. Später wird es im Kapitel „Nachhaltige Familienpolitik: Neue Balancen zwischen Erwerbsarbeit und Fürsorge im Lebenslauf“ als Baustein einer nachhaltigen Familienpolitik beschrieben. Im abschließenden Kapitel zu den „Zukunftsszenarien“ wird das Elterngeld als zentrale Empfehlung der Sachverständigenkommission dargestellt. Dabei werden die Elterngeldmodelle von Schweden und Finnland als positive Beispiele im Kontrast zum deutschen Erziehungsgeld aufgezeigt. Der Gleichstellungsaspekt spielt für die Autoren eine zentrale Rolle, da das Elterngeld hilft, die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen zu gewährleisten. Die Autoren nennen ein weiteres Argument, das für Konservative schwergewichtig ist: Das Elterngeld wirkt einer „Abwertung von Fürsorgeleistungen“ (Deutscher Bundestag 2006) entgegen. Demnach vermittelt das Erziehungsgeld die Logik, dass Fürsorgeleistungen deutlich weniger wert sind als Erwerbsarbeit, während beim Elterngeld die Gleichwertigkeit durch die einkommensabhängige Konzeption gewährleistet ist.

Zur Dissemination: Bereits während der Erarbeitung hatte die Familienberichtscommission intensiv einen Dialog mit anderen Akteuren praktiziert. Zwischen dem 10.2.2004 und dem 12.4.2005 gab es 11 Dialogveranstaltungen der Kommission mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und Interessengruppen. Dabei waren u. a. beide Kirchen (Deutsche Bischofskonferenz, 10. Synode der EKG), Familienverbände (Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen, Zukunftsforum Familie, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge), Wissenschaft (Deutsche Gesellschaft für Soziologie) und die Sozialpartner (BDA, DGB) eingebunden. Die Ergebnisse des Siebten Familienberichts wurden durch Pressekonferenzen, Meinungsartikel der Autoren in Zeitungen und wissenschaftliche Transferpublikationen verbreitet. Beides, Dialog und Presseaktivitäten, hat dazu beigetragen, dass die Öffentlichkeitsarbeit nachhaltig gewirkt hat.

Zum Timing: Der Siebte Familienbericht ist parallel zur Agenda-Setting-Phase entstanden. Es gab mehrfach Rückkopplungsprozesse zwischen der wissenschaftlichen Arbeit der Kommission und der politischen Arbeit zu Strategiefindung und Agenda-Setting. Mehr noch: Es gab mit dem Elterngeld ein gemeinsames Ziel zwischen den Wissenschaftlern und der Kernexekutive im BMFSFJ. Der Kabinettsbeschluss zur Einführung des Elterngeldes am 5.9.2004 war etwa ein Jahr vor der

offiziellen Vorlage des Familienberichtbandes. Wer die Arbeit wissenschaftlicher Kommissionen und ihrer Textgenese bis zur Finalisierung kennt, der weiß, dass der Grundtenor des Familienberichts bereits beim Kabinettsbeschluss bekannt war. Die Politik hat die Wirkung des Familienberichts verstärkt und umgekehrt hat der Familienbericht den Elterngeldplänen argumentativen Rückenwind verliehen. Dieser Rückenwind bezieht sich nicht nur auf die Medien, sondern auch auf die politischen Entscheidungsoptionen: Der Siebte Familienbericht bietet mit der ausführlichen Diskussion des finnischen und des schwedischen Elterngeldmodells zwei Entscheidungsoptionen an, deren Übertragung einen Spielraum für die Entscheidung zur Ausgestaltung der deutschen Elterngeldreform erkennen lässt. Das schwedische Modell sieht einen 80-prozentigen und das finnische einen 67-prozentigen Lohnersatz vor. Das finnische Modell ermöglicht im Unterschied zu Schweden die Wahl zwischen Kinderbetreuungsplatz und einem Betreuungsgeld bis zum dritten Geburtstag eines Kindes. In der Phase, als über Elterngeld und Betreuungsgeld als konträre Alternativen diskutiert wurde, wirft der Familienbericht ein Licht auf die Finnen, die darin keinen Gegensatz sehen, sondern beides kombinieren.

2.2.4 Vorgezogene Neuwahlen

Die Elterngeldpläne wurden unter Rot-Grün nicht mehr umgesetzt. Das hatte erstens einen zeitlichen Hintergrund: Das Elterngeld kam am 6. September 2004 auf die Agenda und durch die vorgezogenen Neuwahlen im Herbst 2005 hat ab 20.5.2005 der Wahlkampf alle Kräfte beansprucht. Das Zeitfenster seit dem Agenda-Setting bis zum Wahlkampfbeginn war sehr knapp. Zweitens wurden vermutlich die Umsetzungschancen als gering eingeschätzt, da es keine Bundesratsmehrheit gab und „massive Widerstände aus dem konservativen Lager“ (Henninger und Wahl 2010, S. 370) zu erwarten waren. Eine Verabschiedung des Elterngeldes unter Rot-Grün wäre ein Erfolg für die Regierung Schröder, den die Union ihr in der zweiten Hälfte der Wahlperiode nicht ermöglichen wollte und für den sie von eigenen Wählergruppen kritisiert worden wäre.

Wohlgemerkt: Der Siebte Familienbericht wurde entgegen der Planung mitten im Wahlkampf vorgelegt. Auch das Elterngeld wurde in den Bundestagswahlkampf „hineingezogen“ und parteipolitisch diskutiert und damit ein Stück weit ideologisch diskreditiert. Im Wahlmanifest der SPD wurde das Elterngeld propagiert. Laut SPD sollte es zum 1.1.2008 eingeführt werden. CDU und CSU lehnten es ab und warben für einen Kinderbonus in der Rentenversicherung. Die Ablehnung des Elterngeldes bei der FDP erfolgte aus anderen Gründen, sie wollten Steuern senken und keine neuen Sozialleistungen.

2.3 Politikformulierung und Entscheidung

Die dritte Phase des Policy Cycles beginnt am 17.10.2005 mit den Koalitionsverhandlungen zur großen Koalition und der Stabsübergabe im Familienministerium von Schmidt auf von der Leyen im November 2005. Zu diesem Zeitpunkt existierte keine Übereinstimmung zwischen von der Leyen und CDU/CSU. Im Gegenteil, man hatte gerade einen Wahlkampf mit anderen familienpolitischen Forderungen hinter sich und die Reduzierung der Berufspause für Mütter von drei Jahren auf eines widersprach dem konservativen Weltbild vieler Christdemokraten. Angesichts der ablehnenden Haltung in großen Teilen der Union gegenüber dem Elterngeld lag nun die Kernherausforderung für Familienministerin Ursula von der Leyen darin, ihre Partei umzustimmen und mitzunehmen. Denn die Unterstützung der Partei ist Voraussetzung für Regierungshandeln, und die Mehrheitspartei einer Regierung mutiert allein durch Verweis auf den Koalitionsvertrag noch lange nicht zum Unterstützer. Fischer, Kießling und Novy (2008: S. 17) verweisen darauf, dass „die Durchsetzbarkeit sachpolitischer Entscheidungen“ davon abhängt, „ob diese normativ mit der Parteilinie übereinstimmen. Änderungen im politischen Kurs bedürfen der Zustimmung der Partei.“

Im Folgenden wird die dritte Phase des Policy Cycles entlang der drei Dimensionen Kompetenz, Kommunikation und Durchsetzungsfähigkeit analysiert. Es sei noch einmal darauf hingewiesen, dass diese Dimensionen sich gegenseitig beeinflussen: Insbesondere zeigt sich die Kompetenz als Voraussetzung für gelungene Kommunikation und letztere als wichtiges Element für die Durchsetzungsfähigkeit.

2.3.1 Kompetenz

Als neue Ministerin im BMFSFJ Ende 2005 hatte von der Leyen Experten, die Mitarbeiter ihrer Vorgängerin sind, in der engen Strategiegruppe eingesetzt. Dies gilt v. a. für den Leiter der Grundsatzabteilung des BMFSFJ, Malte Ristau, der ein wichtiger Akteur im Agenda-Setting war und auch als Autor sichtbar geworden ist, u. a. mit dem Aufsatz zum „ökonomischen Charme der Familie“ (Ristau 2005). Die Leitung der Abteilung Familie nicht mit eigenen Vertrauensleuten zu besetzen, sondern mit einer der anderen Partei nahestehenden Person, ist ungewöhnlich. Es war ein deutliches Zeichen für eine Kontinuität im BMFSFJ und eine Stärkung der familienpolitischen Kompetenz.

Der Stand der wissenschaftlichen Debatte war umfangreich aufgearbeitet. Das BMFSFJ hat wissenschaftlichen Analysen und Wirkungen einen wichtigen Stellenwert eingeräumt, so dass man partiell von einem Evidence-Based-Policy-Ansatz sprechen kann (Jun und Grabow 2008). Andere Länder wie Schweden und Finnland haben seit Jahrzehnten Erfahrungen mit dem Elterngeld. In Finnland

ist es mit einem Betreuungsgeld kombiniert, was auch an der Schwierigkeit liegt, in einem dünn besiedelten Land flächendeckend bezahlbare Kitas bereitzustellen. In Schweden hatte das Elterngeld, insbesondere durch veränderte Berechnungen für die Leistungshöhe beim zweiten Kind, einen deutlichen Effekt auf die Geburtenentwicklung (Andersson 2002; Andersson et al. 2006). Allerdings sind die dort höheren Geburtenraten auf eine Vielzahl politischer, institutioneller, kultureller und ökonomischer Faktoren zurückzuführen, so dass ein deutlicher Anstieg der Geburtenrate unmittelbar nach Einführung des Elterngeldes in Deutschland nicht zu erwarten war.

2.3.2 Kommunikation der verschiedenen Ziele

Der überwiegende Teil der Experten aus der Wissenschaft hat das Elterngeld als positiv dargestellt. Durch die Auswahl der Gutachterinnen und Gutachter lagen sozialwissenschaftliche und ökonomische Argumente für das Elterngeld vor, die von meinungsstarken und einflussreichen Persönlichkeiten (Bertram, Rürup) vertreten wurden. Dabei wurden verschiedene Ziele und Wirkungen des Elterngeldes betont: Während das Rürup-Gutachten die demografischen und arbeitsmarktpolitischen Ziele hervorhebt, spielen im Siebten Familienbericht die Ziele Gleichstellung und Einkommenssicherung im Lebensverlauf eine dominierende Rolle.

In den verschiedenen Gutachten und im späteren Gesetzentwurf wurden mit dem Elterngeld fünf unterschiedliche Zieldimensionen verbunden:

1. Einkommen in der Familiengründungsphase sichern
2. Zeit und Schonraum im ersten Jahr ermöglichen
3. Arbeitsmarktpolitisch: steigende Erwerbsbeteiligung von Müttern fördern
4. Gleichstellung (v. a. steigende Fürsorgebeteiligung von Vätern fördern)
5. Fertilität – Familiengründung erleichtern.

Die Inhaltsanalyse zu den Zielen des Elterngeldes in den Massenmedien bestätigt den Fünfklang der Ziele. Abbildung 2 zeigt, dass in FAZ und FAS alle fünf Ziele vor und nach der Reform regelmäßig genannt werden. Die Analyse zeigt allerdings auch, dass manche Ziele wie Geburtenrate erhöhen und Einkommen verbessern eine prägende Rolle in der öffentlichen Wahrnehmung spielten.

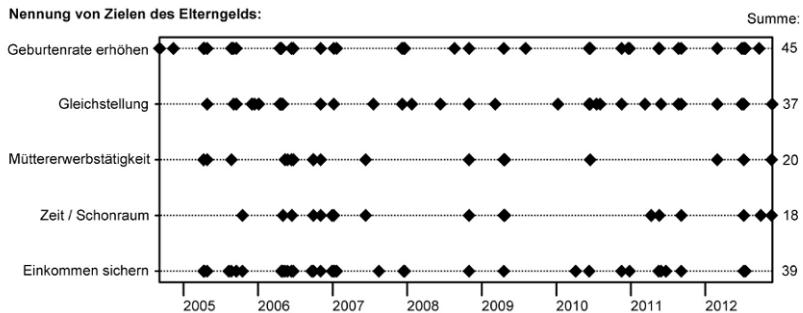


Abb. 2 Zielnennungen in Zeitungsartikeln zum Elterngeld 2004-2012

Quelle: Bujard 2013, S. 143

„Bisher führt unsere großzügige Familienförderung (...) weder zu mehr Geburten noch zu einer vernünftigen Integration der Eltern in den Arbeitsmarkt. Hier müssen wir umsteuern. (...) (Das Elterngeld ist) eine interessante Idee. (...) Zudem können wir es uns angesichts eines verschärften Fachkräftemangels nicht leisten, auf gut qualifizierte Frauen und Mütter zu verzichten.“ (Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt, 5.1.2005, zitiert nach *Die Zeit* 2005)

„Gesamteinschätzung: Die Einführung des Elterngeldes gilt als Paradigmenwechsel in der Familienpolitik durch Orientierung an der Berufstätigkeit und -fähigkeit beider Elternteile. Sie entspricht damit einer langjährigen Forderung des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften und insbesondere der Gewerkschaftsfrauen.“ (Deutscher Gewerkschaftsbund 2006)

Diese unterschiedlichen Ziele sind für unterschiedliche Parteien und Interessengruppen zentral. Die Zitate belegen, dass das Elterngeld aus demografischen und arbeitsmarktpolitischen Motiven von den Arbeitgebern und aus gleichstellungspolitischen Motiven von den Gewerkschaften unterstützt wird. Die komplementäre Zielstruktur des Elterngeldes ist auch für die Akteurskonstellation in der Verhandlungsphase relevant. Tabelle 1 gibt einen Überblick zu den Zielen und ihren Protagonisten:

Tab. 1 Ziele des Elterngeldes und daran interessierte Akteure

Ziel	Besonders relevant für
Einkommen sichern	SPD, CDU/CSU, Grüne, Linke, Familienverbände, Gewerkschaften, Kinder und Eltern (Wähler)
Zeit und Schonraum im ersten Jahr	SPD, CDU/CSU, Grüne, Linke, Familienverbände, Gewerkschaften, Kinder und Eltern (Wähler)
Arbeitsmarkt: Erwerbstätigkeit von Müttern erhöhen	SPD, CDU/CSU, FDP, Arbeitgeber
Gleichstellung	SPD, Grüne, Linke, Frauenbewegung, Gewerkschaften
Geburtenrate steigern	CDU/CSU, Teile der SPD, Arbeitgeber, Kirchen

Quelle: Bujard 2014

2.3.2 Kommunikation von Elterngeld-kritischen Positionen

Innerhalb der Union gab es erhebliche Widersprüche, worauf die folgenden Zitate hinweisen:

„Es ist nicht an uns, den Menschen zu sagen, wie sie zu leben und ihre Familie zu organisieren haben. (...) Daß Menschen umso mehr für ihre Kinder bekommen, je höher sie verdienen, ist unsozial. Das entspricht nicht der Position der CDU.“ (Parteivize und Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, 1.12.2005, zitiert nach Welt)

„Es geht darum, daß mehr Kinder geboren werden, und nicht, wer spült.“ (Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt, 20.5.2006, zitiert nach Berliner Morgenpost)

„Am größten sind die Widerstände bei Unionsmännern zwischen Mitte 40 und Mitte 50 mit Kindern im Alter zwischen 10 und 15 Jahren. Die sehen ihr eigenes Lebensmodell infrage gestellt und, oft noch wichtiger, die Biografie ihrer eigenen Ehefrauen.“ (Ein Vertrauter Ursula von der Leyens, 27.4.2006, zitiert nach Zeit)

„Wir müssen das Wickelvolontariat nicht haben. (...) Wenn's in den Familien funktioniert, kriegt man das auch so ganz gut hin.“ (CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer, 25.4.2006, zitiert nach Berliner Zeitung)

Alle diese Zitate – und es ließen sich noch viele Elterngeld-kritische finden – sind aus der Phase zwischen Koalitionsvertrag (10.11.2005) und dem Gesetzentwurf der Fraktionen (20.06.2006). Die Kritik von Rüttgers, Milbradt, Ramsauer und vielen

anderen an den Elterngeldplänen ist angesichts eines vereinbarten Gesetzesvorhabens ungewöhnlich intensiv und breit.

Darüber hinaus sind einige Aspekte des Elterngeldes für unterschiedliche Parteien und Interessengruppen problematisch (siehe Tabelle 2):

Tab. 2 Charakteristika des Elterngeldes und Konfliktpotenzial

Charakteristika des Paradigmenwechsels	Problematisch für
Einkommensbezogene Leistung	SPD, Linke, Gewerkschaften, einkommensschwache Wähler
Explizite Anreize für Väter	FDP, CDU, CSU, Arbeitgeber
Normierung von 1 statt 3 Jahren beruflicher Auszeit für Mütter	CDU, CSU, Katholische Kirche, Wähler, die das alte Modell gelebt haben

Quelle: Bujard 2014

2.3.3 Akteurskonstellation

Die SPD hatte das Elterngeld im Wahlkampf gefordert. Allerdings ist die Partei durch die Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 in einem Richtungsstreit und insofern könnte die einkommensbezogene Leistung ein Problem werden. Statt der in der SPD klassischen Umverteilung werden hochqualifizierte Frauen besonders unterstützt, eine „exklusive Emanzipation“ mit Folgen für soziale Ungleichheiten (Henninger et al. 2008). Insgesamt hat die SPD die – selbst entwickelten – Elterngeldpläne kontinuierlich im Gesetzgebungsprozess unterstützt.

Bei den Christdemokraten ist die Akteurskonstellation uneinheitlich. In der CDU sind Frauenpolitikerinnen für das Elterngeld und der überwiegende Teil, insbesondere der konservative Flügel, dagegen. Die CSU ist deutlich dagegen. Viele Haushaltspolitiker sind – angesichts der notwendigen Haushaltskonsolidierung – ebenfalls dagegen, ein Milliardenprojekt zu finanzieren. Ministerin von der Leyen ist für das Elterngeld und war zuvor bereits als Leiterin der CDU-Kommission „Eltern, Kind, Beruf“ eine prägende Kraft für die Familienpolitik der CDU. Entscheidend ist, dass die Kanzlerin und Parteivorsitzende Angela Merkel die Modernisiererinnen in der CDU und die Elterngeldpläne konsequent unterstützt (Seeleib-Kaiser 2010). Ein Grund liegt im Parteienwettbewerb und der Erfahrung bei der Bundestagswahl 2005, bei der Frauen überproportional SPD gewählt haben (Blome 2014). Allerdings hatte sie ihr politisches Schicksal keinesfalls mit dem Elterngeld verbunden. Die konservativen Kräfte stören sich neben der kürzeren Berufspause für Mütter v. a.

an den expliziten Partnermonaten, die als Zwang interpretiert werden. Diese sind jedoch für die SPD elementar wichtig (Ehlert 2010).

Zu den gesellschaftlichen Akteuren und Verbänden (vgl. Klammer und Letablier 2007): Die Arbeitgeber haben sich deutlich für ein Elterngeld positioniert, dabei geht es ihnen darum, dass Mütter möglichst früh in den Arbeitsmarkt zurückkehren. Teile der Katholischen Kirche sind gegen das Elterngeld. Aus der Wissenschaft gab es mehrere öffentlich wahrnehmbare Befürworter. In den Medien hielten sich Lob und Kritik zum Elterngeld zu Beginn der Amtszeit von Bundesfamilienministerin von der Leyen die Waage.

2.3.5 Durchsetzung der Elterngeldreform

In den Koalitionsverhandlungen haben die amtierende Familienministerin Renate Schmidt und ihre designierte Nachfolgerin von der Leyen die Arbeitsgruppe zur Familienpolitik geleitet. Nach zwei Wochen, am 2.11.2005, einigte sich der Koalitionsausschuss auf das Elterngeld mit den Eckpunkten 67 % Lohnersatz bei 1.800 € maximaler Bezugshöhe und einem Beginn 2008. Im Koalitionsvertrag, der am 18.11.2005 unterzeichnet wurde, wurde der Beginn auf 2007 festgelegt. Demnach war der Bezugszeitraum auf 12 Monate nur möglich, sofern beide Elternteile mindestens zwei Monate Elterngeld in Anspruch nehmen („12-minus-2“). Diese schnelle und konkrete Einigung war der entscheidende Durchbruch bei der Durchsetzung der Elterngeldreform. Sie war aus drei Gründen möglich:

- Das Elterngeld war durch das Agenda-Setting und inhaltliche Kompetenzen gründlich vorbereitet.
- Beide Familienministerinnen haben gleichermaßen das Ziel Elterngeld verfolgt und die Verhandlungen geschickt geführt.
- Die Akteurskonstellation war günstig, da es jeweils Rückendeckung von der Parteispitze gab, sodass mögliche Veto-Positionen der CSU zunächst überstimmt wurden.

Die Phase bis zum Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU und SPD am 20.06.2006 war relativ kurz. Das Vorziehen der Reform auf 2007 hat den parlamentarischen Entscheidungsprozess beschleunigt und den Spielraum für Veto-Spieler – zumal aufgrund des Kompetenzvorsprungs in der Strategieguppe – deutlich reduziert. In Meinungsumfragen und bei zivilgesellschaftlichen Akteuren erfuhr das Elterngeld eine große Zustimmung. Es wurde zudem von Kanzlerin Merkel und von Bundespräsident Köhler unterstützt – letzteres ist eine bemerkenswerte Einmischung in die Tagespolitik.

„Je besser die Ausbildung der jungen Frauen und Männer ist, desto seltener entscheiden sie sich für Kinder. (...) [Wir haben uns] entschlossen, ein Elterngeld einzuführen. Es wird erstmals als Einkommensersatz ausgestaltet und zusätzlich mit einer Väterkomponente verbunden. Das ist ein neuartiger Ansatz in beide Richtungen. Ich ahne schon jetzt, welche Diskussionen er hervorrufen wird. Doch die Betriebe – das sage ich ganz ausdrücklich – sollen sich stärker als bisher in der Pflicht sehen, auch einmal die Väter zeitweise freizustellen.“ (Bundeskanzlerin Angela Merkel, 30.11.2005, zitiert nach Deutscher Bundestag 2005, S. 80)

„Familien brauchen praktische Hilfe und finanzielle Entlastung. (...) Ein Elterngeld und die verbesserte steuerliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten weisen in die richtige Richtung.“ (Bundespräsident Horst Köhler, 18.1.2006, zitiert nach Berliner Morgenpost)

Merkel begründet das Elterngeld in diesem Zitat – ähnlich wie Amtsvorgänger Schröder – mit der hohen Kinderlosigkeit von Akademikerinnen, ohne in einen pronatalistischen Duktus zu verfallen. Köhler weist auf die Ziele Einkommen und Zeit für Familien hin.

Auf dem Weg bis zum Gesetzentwurf war die Kritik an dem 12-minus-2-Bezugszeitraum das größte Hindernis. Es wurde kritisiert, dass Paare bestraft werden, wenn der Vater keine Partnermonate nimmt, da dies eine Bevormundung sei. Dieses Problem wurde am 01.05.2006 im Koalitionsausschuss gelöst, indem man sich auf die etwas teurere 12-plus-2-Variante einigte, wonach für beide Partner zusammen 14 Monate Elterngeld möglich ist. Damit war der Weg geebnet für die Verabschiedung des BEEG im Deutschen Bundestag am 29.09.2006 und im Bundesrat am 03.11.2006.

Während Henninger und Wahl (2010) die Rolle des „political leadership“ hervorheben, zeigt die Analyse des gesamten Policy Cycle, dass dieser Befund zu kurz greift. Ohne das langfristig konzipierte Agenda-Setting, die Beteiligung der Verbände in den Bündnissen für Familie und der Allianz für Familie, die strategisch ausgewählten Gutachten hätten sich die breiten politischen und gesellschaftlichen Allianzen für die Elterngeldreform nicht schmieden lassen. Von der Leyen hat infolge des Agenda-Settings während der Amtszeit von Renate Schmidt eine relativ breite Unterstützung in Medien und Verbänden für das Elterngeld vorgefunden. Dieses hat sie strategisch genutzt, wobei die Beschleunigung der Reform (Beginn 2007 statt 2008) eine Schlüsselerkenntnis war. Die Analyse zeigt am Beispiel der Elterngeldreform, wie eine umfassende politische Reform durch eine systematische Verkettung von inhaltlicher Kompetenz in der Strategiegruppe, Agenda-Setting in Medien, Verbänden und Parteien sowie geschickte politische Führung möglich sein kann.

3 Fazit

3.1 Demografische Argumente waren entscheidend für die Elterngeldreform

Die Analyse des Policy Cycle bis zur Verabschiedung des BEEG hat gezeigt, dass die langfristige strategische Vorbereitung seit 2002 und das Agenda-Setting Hauptursachen für die Umsetzung der Elterngeldreform waren. Dabei wurden systematisch unterschiedliche Ziele betont, so dass mehrere politische Akteure und Interessengruppen das Elterngeld unterstützt haben. Das demografische Argument – wonach die Geburtenrate erhöht werden soll – hat in allen Phasen des Reformprozesses eine wichtige Rolle gespielt:

- In der *ersten Phase*, dem Einsetzen der Strategiegruppe und Vorbereitung des Agenda-Settings (2002-2004), hat Renate Schmidt durch den Tabubruch das Ziel einer höheren Geburtenrate explizit mit der Familienpolitik verknüpft. Mit dem Gutachten von Bert Rürup wurde dieses Ziel wissenschaftlich untermauert. Durch das Rürup-Gutachten und die Gründung der „Allianz für Familie“ mit den Sozialpartnern wurde systematisch das Ziel einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen mit der Familienpolitik verbunden. Jedoch hat sich die Strategiegruppe nicht nur auf die „Ökonomisierung der Familienpolitik“ (Leitner 2008) beschränkt. Parallel dazu wurden durch die „Lokalen Bündnisse für Familie“ und das Bertram-Gutachten die Perspektive der Familien und die Ziele Gleichstellung und Zeit für Familie betont.
- In der *zweiten Phase*, dem Agenda-Setting im politischen Diskurs und in den Massenmedien (September 2004 bis Oktober 2005), wurden die Elterngeldpläne von Kanzler Schröder mit der hohen Kinderlosigkeit von Akademikerinnen verknüpft. Allerdings war auch diese Phase von unterschiedlichen Zielvorstellungen geprägt. In der SPD und dem mit dem Agenda-Setting eng verknüpften Siebten Familienbericht wurden v. a. sozialpolitische und gleichstellungspolitische Ziele betont. Der Siebte Familienbericht hat die progressive Idee einer Zeitpolitik im Lebensverlauf popularisiert, wofür das Elterngeld als ein zentrales Instrument identifiziert wurde.
- In der *dritten Phase*, der Politikformulierung und Entscheidung (Oktober 2005 bis November 2006), zeigt sich noch deutlicher, wie unterschiedlich die Ziele sind, die einzelne Akteure mit dem Elterngeld verbinden. Ähnlich wie Gerhard Schröder hat Kanzlerin Angela Merkel den negativen Bildungsgradienten der Geburtenrate thematisiert. Ohne die Hoffnung, die Geburtenrate zu erhöhen, wäre das Elterngeld in der CDU/CSU nicht mehrheitsfähig gewesen. Die Par-

teendifferenz (Schmidt 1996) in Gleichstellungsthemen wurde durch demografische Aspekte überlagert. Jedoch zeigt sich eine Ambivalenz und Tabuisierung demografischer oder gar pronatalistischer Ziele im parlamentarischen Prozess, da in den Ausschussprotokollen und im Gesetzentwurf kein geburtensteigerndes Ziel genannt wird. Potenzielle Vetospieler (Tsebelis 2002) hatten bei der Elterngeldreform ein gemeinsames Interesse bei heterogenen Zielen, dieses wurde politisch genutzt.

Ohne das demografische Argument wäre die Elterngeldreform nicht durchgesetzt worden; zumindest nicht zu diesem Zeitpunkt. Allerdings wäre das Elterngeld ohne die strategische Kommunikation der weiteren Ziele auch nicht umsetzbar gewesen. Erst die Verknüpfung der verschiedenen Ziele mit einer Betonung des demografischen Arguments hat das Elterngeld mehrheitsfähig gemacht.

3.2 Die komplementäre Zielstruktur der Familienpolitik

Die Familienpolitik hat eine *komplementäre Zielstruktur*: Mehrere unterschiedliche Ziele lassen sich durch die gleiche Maßnahme erreichen (Bujard 2011, S. 371ff.). Der Befund im OECD-Länder-Vergleich, wonach sich der Zusammenhang zwischen Frauenerwerbsquote und zusammengefasster Geburtenrate (TFR) in einen positiven und hochsignifikanten gedreht hat, spielt eine entscheidende Rolle (Ahn und Mira 2002). Die wissenschaftliche Fundierung dieser Wechselwirkung (u. a. in den Gutachten und im Siebten Familienbericht) war dabei ein wesentliches Kommunikationsinstrument. Dadurch ist der vermeintliche Widerspruch zwischen der politischen Förderung der Frauenerwerbstätigkeit und der Geburtenentwicklung weggefallen. Die implizite Strategie des familialistischen Wohlfahrtsstaats (Esping-Andersen 2009) in der BRD, das Hausfrauenmodell und damit die Geburtenentwicklung zu fördern, ist gescheitert. Der Vergleich der entwickelten Länder zeigt seit dem Jahr 1987 eine positive Korrelation von Frauenerwerbsquote und TFR (Bujard 2011, S. 226). Das heißt, dass in den Ländern, in denen viele Frauen erwerbstätig sind, diese auch mehr Kinder bekommen. Der Schlüssel hinter dieser Entwicklung ist eine Familienpolitik, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützt (Esping-Andersen 2003, 2009; Castles 2004; Bujard 2011).

Die Tabelle 3 zeigt die komplementäre Zielstruktur der Familienpolitik am Beispiel des Elterngeldes. Es veranschaulicht, dass Eltern und Kinder ebenso wie Wirtschaft und Gesellschaft jeweils mehrfach von dieser Reform profitieren können. Zugleich gibt es beim BEEG keinen Trade-off verschiedener Ziele (abgesehen von der Kostenseite); die Ziele ergänzen sich. Die Strategiegruppe um Renate Schmidt

hat diese komplementäre Zielstruktur der Familienpolitik im Agenda-Setting aufgezeigt, was für die politische Durchsetzung der Elterngeldreform und des Kita-Ausbaus zentrale Voraussetzungen waren.

Tab. 3 Die komplementäre Zielstruktur des Elterngeldes

	Kinder	Eltern	Wirtschaft und Gesellschaft
Allgemeines Ziel	<ul style="list-style-type: none"> • Wohlbefinden der Kinder 	<ul style="list-style-type: none"> • Wohlbefinden Eltern 	<ul style="list-style-type: none"> • Humankapital • Gleichstellung
Wichtige Prinzipien	<ul style="list-style-type: none"> • Chancengleichheit • Schutz • Förderung 	<ul style="list-style-type: none"> • Wahlfreiheit • Vereinbarkeit von Beruf und Familie • Lastenausgleich 	<ul style="list-style-type: none"> • Partnerschaftlichkeit • Nachhaltigkeit • Reproduktionsfunktion von Familie anerkennen
Konkrete Ziele, die mit dem Elterngeld verbunden sind	<ul style="list-style-type: none"> • Materielle Sicherung 	<ul style="list-style-type: none"> • Materielle Sicherung 	<ul style="list-style-type: none"> • Geburten erhöhen
	<ul style="list-style-type: none"> • Zeit mit Eltern 	<ul style="list-style-type: none"> • Teilhabe an Care-Arbeit für Väter • Teilhabe am Arbeitsmarkt für Mütter 	<ul style="list-style-type: none"> • Müttererwerbstätigkeit erhöhen • Gleichstellung

Quelle: Eigene Darstellung

Welche Rückschlüsse hat der Befund, dass demografische Argumente für die Elterngeldreform entscheidend waren, für die Demografie? Zweifellos hat die Bedeutung der Demografie für die deutsche Politik in den letzten Jahren zugenommen. Einige Autoren bezeichnen Demografiepolitik sogar als ein eigenes Politikfeld (vgl. Hüther und Naegele 2013; Mayer 2012). Die demografische Entwicklung – Geburten, Migration und Lebenserwartung – hat einen immensen Einfluss auf diverse Politikfelder. Demografiepolitik ist eine Querschnittspolitik, sie benötigt kein eigenes Ministerium, muss aber mit anderen Politikfeldern systematischer verzahnt werden, um ihr Potenzial als Reformmotor zu nutzen. Neben Familienpolitik können bevölkerungswissenschaftliche Erkenntnisse insbesondere für die Politikfelder Arbeitsmarkt, Sozialversicherung, Gesundheit, Integration und Bildung wichtige Impulse geben. Dadurch können demografische Argumente – und damit auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Demografie – Reformprozesse anstoßen und eine transformative Macht (siehe Mayer i. d. B.) entfalten.

Literatur

- Ahn, Namkee, Pedro Mira. 2002. A Note on the Changing Relationship between Fertility and Female Employment Rates in Developed Countries. *Journal of Population Economics* 15 (4): 667-682.
- Andersson, Gunnar. 2002. Fertility developments in Norway and Sweden since the early 1960s. *Demographic Research* 6 (4): 67-86.
- Andersson, Gunnar, Jan Hoem, Ann-Zofie Duvander. 2006. Social differentials in speed-premium effects in childbearing in Sweden. *Demographic Research* 14 (4): 51-70.
- Berliner Zeitung vom 26.4.2006: CSU will kein Wickelvolontariat. <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/kleinster-koalitionspartner-verlangt-aenderungen-am-elterngeld-csu-will-kein-wickelvolontariat,10810590,10381630.html>. Zugegriffen: 10. April 2016.
- Berliner Morgenpost vom 19.1.2006. Einigung: Steuervorteile schon für Kleinkinder. <http://www.morgenpost.de/printarchiv/politik/article259825/Einigung-Steuervorteile-schon-fuer-Kleinkinder.html>. Zugegriffen: 11. April 2016.
- Berliner Morgenpost vom 20.5.2006. Elterngeld – Rückendeckung für Ministerin von der Leyen. <http://www.morgenpost.de/printarchiv/politik/article269976>. Zugegriffen: 10. April 2016.
- Bertram, Hans, Wiebke Rösler, Nancy Ehlert. 2005. *Nachhaltige Familienpolitik*. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.
- Bertram, Hans, Helga Krüger, Katharina C. Spieß. 2006. *Wem gehört die Familie der Zukunft?* Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Blome, Agnes. 2014. Politischer Wettbewerb und rapide Wechsel in der Familienpolitik. In *Rapide Politikwechsel in der Bundesrepublik*. *Zeitschrift für Politik, Sonderband 6*, hrsg. Friedbert W. Rüb, 153-180. Baden-Baden: Nomos.
- Bujard, Martin. 2011. *Geburtenrückgang und Familienpolitik*. Baden-Baden: Nomos.
- Bujard, Martin. 2013. Die fünf Ziele des Elterngelds im Spannungsfeld von Politik, Medien und Wissenschaft. *Zeitschrift für Familienforschung* 25 (2): 132-153.
- Bujard, Martin. 2014. Elterngeld. <http://regierungsforschung.de/fallstudien>. Zugegriffen: 23. März 2016.
- Bündnisse für Familie. 2014. <http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de/ueber-die-initiative/die-initiative.html>. Zugegriffen: 3. Juni 2016.
- Castles, Francis G. 2004. *The Future of the Welfare State. Crisis Myths and Crisis Realities*. Oxford: University Press.
- Deutscher Bundestag. 2006. *Siebter Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik*. Drucksache 16/1360.
- Deutscher Bundestag. 2005. *Stenografischer Bericht*. 4. Sitzung vom 30. November 2005: S. 80.
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB). 2005. *Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zum Elterngeld und zur Elternzeit (BEEG)*. <http://www.elterngeld.net/quellen/Elterngeld-Stellungnahme6.pdf>. Zugegriffen: 29. März 2016.
- Ehlert, Nancy. 2010. Die Familienpolitik der Großen Koalition. In *Die Große Koalition: Regierung – Politik – Parteien 2005-2009*, hrsg. Sebastian Bukow, Wenke Seemann, 142-158. Wiesbaden: Springer VS.
- Esping-Andersen, Gösta. 2003. *Why we need a New Welfare State*. Oxford: University Press.
- Esping-Andersen, Gösta. 2009. *The incomplete revolution*. Cambridge: Polity Press.

- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 6.9.2004. Schröder: Der Umbau des Sozialstaates wird fortgesetzt. Klausurtagung in Bonn: S. 4.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 2.5.2005. Motivation für Väter. <http://www.faz.net/aktuell/politik/elterngeld-motivation-fuer-vaeter-1236431.html>. Zugriffen: 20. März 2016.
- Fischer, Thomas, Andreas Kießling, Leonard Novy. 2008. *Politische Reformprozesse in der Analyse: Untersuchungssystematik und Fallbeispiele*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Gerlach, Irene. 2010. *Familienpolitik*. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer VS.
- Glaab, Manuela. 2007. Politische Führung als strategischer Faktor. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 17 (2): 303-332.
- Hall, Peter A. 1993. Policy paradigms, social learning, and the state: The case of economic policymaking in Britain. *Comparative Politics* 25 (3): 275-296.
- Handelsblatt vom 15.7.2005. CDU-Familienpolitikerin von der Leyen für höheres Kindergeld. <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/union-will-bei-wahlsieg-das-kinderbetreuungsgesetz-der-spd-kassieren-cdu-familienpolitikerin-von-der-leyen-fuer-hoeheres-kindergeld-seite-2/2526910-2.html>. Zugriffen: 20. März 2016.
- Hardmeier, Sibylle. 2007. Gebären und arbeiten. Die Zukunftsfähigkeit deutscher Familien- und Arbeitsmarktpolitik. In *Zukunftsfähigkeit Deutschland. Sozialwissenschaftliche Essays*, hrsg. Jürgen Kocka, 315-337. Berlin: Sigma.
- Henninger, Annette, Angelika von Wahl. 2010. Das Umspielen von Veto-Spielern. In *Die zweite Große Koalition. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2005-2009*, hrsg. Christoph Egle, Reimut Zohlnhöfer, 361-379. Wiesbaden: Springer VS.
- Henninger, Annette, Christine Wimbauer, Rosine Dombrowski. 2008. Geschlechtergleichheit oder „exklusive Emanzipation“? Ungleichheitssoziologische Implikationen der aktuellen familienpolitischen Reformen. *Berliner Journal für Soziologie* 18 (1): 99-128.
- Hüther, Michael, Gerhard Naegele. 2013. *Demografiepolitik*. Wiesbaden: Springer VS.
- Jann, Werner, Kai Wegrich. 2003. Phasenmodelle und Politikprozesse: Der Policy Cycle. In *Lehrbuch der Politikfeldanalyse*, hrsg. Klaus Schubert, Nils C Bandelow, 71-105. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Jun, Uwe, Karsten Grabow. 2008. *Mehr Expertise in der deutschen Politik?* Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Kauder, Volker. 2012. Interview. *Süddeutsche Zeitung* vom 6.7.2012.
- Klammer, Ute, Marie-Thérèse Letablier. 2007. Family Policies in Germany and France: The Role of Enterprises and Social Partners. *Social Policy & Administration* 41 (6): 672-692.
- Leipert, Christian. 2003. *Demographie und Wohlstand*. Opladen: Leske+Budrich.
- Leitner, Sigrid. 2008. Ökonomische Funktionalität der Familienpolitik oder familienpolitische Funktionalisierung der Ökonomie? In *Sozialpolitik. Ökonomisierung und Entgrenzung*, hrsg. Adalbert Evers, Rolf G. Heinze, 67-82. Wiesbaden: Springer VS.
- Leyen, von der Ursula. 2005. Interview in *Welt am Sonntag* vom 18.12.2005. <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/aktuelles,did=64402.html>. Zugriffen: 18. März 2016.
- Mayer, Tilman. 2012. *Demografiepolitik. Berliner Demografie Forum*. Working Paper 2. https://www.berlinerdemografieforum.org/v_1410848592000/media/pdfs/120102_demografiepolitik_mayer.pdf. Zugriffen: 15. März 2016.
- Mayer, Tilman, Wiebke Rösler. 2013. Der „Paradigmenwechsel“ zur Einführung des Elterngeldes und seine Fehlkonstruktionen. *Zeitschrift für Familienforschung* 25 (2): 173-192.
- OECD. 2005. *Babies and Bosses: Balancing Work and Family Life*. Paris: OECD.

- Ristau, Malte. 2005. Der ökonomische Charme der Familie. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 23-24: 16-23.
- Schmäh, Winfried, Ulrich Volker. 2001. *Soziale Sicherungssysteme und demographische Herausforderungen*. Tübingen: Mohr Verlag.
- Schmid, Josef, Andreas Heigl, Ralf Mai. 2000. *Sozialprognose. Die Belastung der nachwachsenden Generation*. München: Olzog.
- Schmidt, Manfred G. 1996. When parties matter: A review of the possibilities and limits of partisan influence on public policy. *European Journal of Political Research* 30: 155-183.
- Schmidt, Renate. 2003. Rede auf dem SPD-Parteitag in Bochum am 19.11.2003. http://www.pressrelations.de/new/standard/result_main.cfm?pfach=1&n_firmanr_=108645&sektor=pm&detail=1&r=140064&sid=&aktion=jour_pm&quelle=0&profisuche Zugriffen: 28. März 2016.
- Schmidt, Renate. 2004. Interview mit Renate Schmidt. *Die Zeit* vom 23.9.2004.
- Seeleib-Kaiser, Martin. 2010. Socio-economic change, party competition and intra-party conflict: The family policy of the grand coalition. *German Politics* 19 (13): 416-428.
- Sinn, Hans-Werner. 2004. *Ist Deutschland noch zu retten?* München: Econ.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). 2005. *Vertrauen in Deutschland. Das Wahlmanifest der SPD*. Berlin: Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
- SPIEGEL. 2005. Über 40 Prozent kinderlos: „Akademikerinnen finden oft keinen Partner“. *Spiegel*, 07.09.2005.
- Statistisches Bundesamt. 2015. *Öffentliche Sozialleistungen. Statistik zum Elterngeld*. Wiesbaden: Destatis.
- Tsebelis, George. 2002. *Veto Players. How Political Institutions Work*. Princeton: Russell Sage Foundation.
- Welt vom 6.9.2004. *Eltern*. <http://www.welt.de/print-welt/article338688/Eltern.html>. Zugriffen: 18. April 2016.
- Welt vom 1.12.2005. Rüttgers hält geplantes Elterngeld für verfassungswidrig. <http://www.welt.de/print-welt/article181601/Ruettgers-haelt-geplantes-Elterngeld-fuer-verfassungswidrig.html>. Zugriffen: 15. März 2016.
- Zeit vom 27.04.2006. Männer an den Herd. Mit „Vätermonaten“ heizt die CDU-Familienministerin Ursula von der Leyen in ihrer Partei einen Kulturkampf an – und scheint ihn zu gewinnen. <http://www.zeit.de/2006/18/CDU/seite-2>. Zugriffen: 15. März 2016.
- Zeit vom 5.1.2005. Zu teuer? Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt fordert eine Überprüfung der familienpolitischen Leistungen. http://www.zeit.de/2005/15/hundt_familie. Zugriffen: 15. März 2016.

Der Mortalitätseffekt auf das deutsche Rentensystem und eine automatische Anpassung des Renteneintrittsalters

Robert Fenge

Zusammenfassung

Der demografische Wandel wird ab 2020 einen erheblichen Einfluss auf die Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland haben. Die Alterung der Bevölkerung wird sowohl zu einer Erhöhung des Beitragssatzes zum Rentensystem als auch zu einer deutlichen Senkung des Rentenniveaus führen. Wir zeigen in diesem Beitrag, dass insbesondere die stetige Verringerung der Mortalität langfristig eine dominante Rolle bei dieser Entwicklung spielen wird. Um diesen Effekt steigender Lebenserwartung auf das Rentensystem zu neutralisieren, sollte eine gleichmäßigere Aufteilung der gewonnenen Lebenszeit auf die Arbeits- und die Ruhestandsphase erreicht werden. In diesem Beitrag wird gezeigt, wie das Renteneintrittsalter regelgebunden erhöht werden sollte, damit der Beitragssatz trotz des Mortalitätseffektes stabilisiert werden kann.

Schlüsselwörter

Demografischer Wandel, Mortalität, Rentenfinanzierung, regelgebundene Anpassung des Renteneintrittsalters, Lebenserwartung, Arbeits- und Ruhestandsphase

1 Einleitung

Drei wesentliche Faktoren bestimmen die demografische Entwicklung: die Fertilität, die Mortalität und die Migration. Mit der Fertilität wird beschrieben, wie sich die Geburtenzahl in einer Gesellschaft entwickelt, die Mortalität zeigt an, wie sich

501

die Lebenserwartung verändert, und die Migration beeinflusst die Bevölkerung über Ein- und Auswanderung. Alle drei Determinanten bestimmen nicht nur, wie sich die Größe der Bevölkerung entwickelt, sondern auch wie sich ihre Struktur verändert. Insbesondere die Alterszusammensetzung ist hier von Bedeutung, die einen einschneidenden Wandel gesellschaftlichen Lebens zur Folge haben kann.

So ist die Finanzierbarkeit vieler wohlfahrtsstaatlicher Bereiche von einer sich ändernden Altersstruktur betroffen, aber auch die Lastenverteilung zwischen den Generationen kann dadurch verändert werden. In einer alternden Gesellschaft werden etwa Renten- und Pflegeversicherungssysteme stärker belastet, hingegen Schul- und Ausbildungssysteme eher entlastet. In diesem Beitrag wird die Entwicklung des staatlichen Rentensystems vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in Deutschland bis 2060 analysiert und prognostiziert.

Das staatliche Rentensystem ist bei weitem der größte staatliche Ausgabenbereich des Staates. Das Rentenbudget umfasst etwa ein Drittel der sozialstaatlichen Ausgaben und macht ca. 23 % des gesamten Staatshaushalts aus. Die Leistungen der staatlichen Rentenversicherung sind etwa 1,5 mal so hoch wie die der gesetzlichen Krankenversicherung, fast zehnmal so hoch wie die der staatlichen Arbeitslosenversicherung, und sie sind mehr als doppelt so hoch wie die öffentlichen Ausgaben im Bildungsbereich (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2014; Statistisches Bundesamt 2015a,b). Das zeigt, dass die Folgen des demografischen Wandels gerade im Bereich der Altersversorgung für den Staat von erheblicher Bedeutung sind.

Die in diesem Beitrag vorgestellte Studie analysiert, wie die demografische Entwicklung die Rentenfinanzierung in Deutschland beeinflusst. Im Folgenden wird gezeigt, dass dabei die Entwicklung der Mortalität einen stetigen und wesentlichen Einfluss auf das Rentenbudget hat, der in Zukunft sogar den Effekt niedriger Fertilität dominieren wird. Daraus ergibt sich die Frage, welche Reform diesen Einfluss der Mortalität neutralisieren oder abmildern kann. Eine zunehmende Lebenserwartung belastet die Rentenfinanzierung umso mehr, je weniger gleichmäßig sie auf die Erwerbsphase und Ruhestandsphase aufgeteilt wird. Deshalb wird in diesem Beitrag dargestellt, wie eine automatische Anpassung des Renteneintrittsalters an die Mortalitätsentwicklung den beitragsatzsteigernden Effekt einer längeren Lebenserwartung auffangen kann.

2 Der demografische Einfluss auf das Rentenbudget

Zunächst soll die Frage geklärt werden, wie sich die einzelnen Faktoren des demografischen Wandels auf das Rentensystem auswirken. Dabei ist a priori nicht klar, ob die geringe Kinderzahl in Deutschland die dominante Rolle bei der Finanzierung des Rentensystems spielt. Der Pillenknick in den 1960er Jahren hat bewirkt, dass die Geburtenrate je gebärfähiger Frau von 2,5 (1965) auf 1,45 (1975) gesunken ist und seitdem im Durchschnitt bei etwa 1,4 liegt (The World Bank 2016). Das hat zur Folge, dass etwa zwanzig Jahre später diese geringe Anzahl an Kindern als Beitragszahler im Rentensystem mitwirkt.

Nun hat die demografische Forschung aber gezeigt, dass die Mortalität eine ebenfalls rasante Talfahrt genommen hat: sie sinkt seit über hundert Jahren kontinuierlich von Jahr zu Jahr (Oeppen und Vaupel, 2002). Dafür gibt es viele Gründe, die insbesondere in Verbesserungen der Lebenswelt (Ernährung, medizinische Versorgung, Hygiene etc.) und der Arbeitswelt (Arbeitsschutzbestimmungen, Maschineneinsatz statt schwerer körperlicher Arbeit etc.) liegen. Wird ein Kind ein Jahr später geboren, dann ist seine Lebenserwartung um durchschnittlich 2,6 Monate höher. Diese stetige Entwicklung hat seit 1960 dazu geführt, dass die Lebenserwartung bei Geburt um etwa 10 Jahre angestiegen ist. Die restliche Lebenserwartung einer 65-jährigen Person ist in diesem Zeitraum um ca. 5 Jahre gestiegen (Statistisches Bundesamt 2016).

Dabei blieb bis zum Jahr 2011 die Lebensarbeitszeit mit einem gesetzlichen Rentenalter von 65 konstant. Das heißt, die gewonnene Lebenszeit wurde allein dem Ruhestand zugeschlagen. Die Rentenbezugsdauer hat sich dementsprechend seit 1960 von 9,9 Jahren auf 19 Jahre erhöht (Deutsche Rentenversicherung 2015). Durch den Anstieg der Personen im höheren Alter sowie die Verlängerung der Zeit, in der sie eine Rente in Anspruch nehmen, haben sich die Ausgaben des staatlichen Rentenbudgets erheblich erhöht.

Dieses Rentenbudget mit den Beitragseinnahmen auf der linken Seite und den Rentenausgaben auf der rechten Seite der Gleichung lässt sich stilisiert folgendermaßen darstellen:

$$\text{Beitragssatz} \times \text{durchschnittliches Arbeitseinkommen} \times \text{Anzahl der Beitragszahler} \\ = \text{Durchschnittliche Rente} \times \text{Anzahl der Rentner}$$

Stellt man das Budget um, ergibt sich für den Beitragssatz:

$$\text{Beitragssatz} = \frac{\text{\textcircled{0}} \text{ Rente}}{\text{\textcircled{0}} \text{ Lohn}} \times \frac{\# \text{ Rentner}}{\# \text{ Beitragszahler}}$$

Das Verhältnis der Rentnerzahl zur Zahl der Beitragszahler – der sogenannte Rentnerquotient – stellt dabei den demografischen Einfluss auf das Rentenbudget dar. Der Beitragssatz zum Rentensystem würde sich *ceteris paribus* verdoppeln, wenn der Rentnerquotient sich verdoppelt. Oder das Rentenniveau – die durchschnittliche Rente im Verhältnis zum durchschnittlichen Arbeitseinkommen – würde sich *ceteris paribus* halbieren.

Die Entwicklung des Rentnerquotienten kann näherungsweise durch den Altersabhängigkeitsquotienten beschrieben werden (siehe Abbildung 1). Dieser gibt an, wieviele Personen im Alter ab 65 Jahren auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren kommen, in etwa also das Verhältnis von Personen im Rentenalter zu Personen im erwerbstätigen Alter. Berechnungen auf Basis der Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Bundesamtes in Deutschland (Statistisches Bundesamt 2015) zeigen, dass die Personenzahl der über 65-jährigen von heute 35 auf etwa 62 im Jahr 2060 steigt, die auf 100 Personen im Erwerbsalter kommen. Unter den gegenwärtigen politischen Rahmenbedingungen, bei denen keine einseitige Fixierung eines der Rentenparameter vorgesehen ist, hätte diese demografische Alterung für das Rentenbudget zur Folge, dass sowohl der Beitragssatz erheblich steigen müsste als auch die Rente im Verhältnis zum Arbeitseinkommen deutlich unter das gegenwärtige Niveau fallen würde.

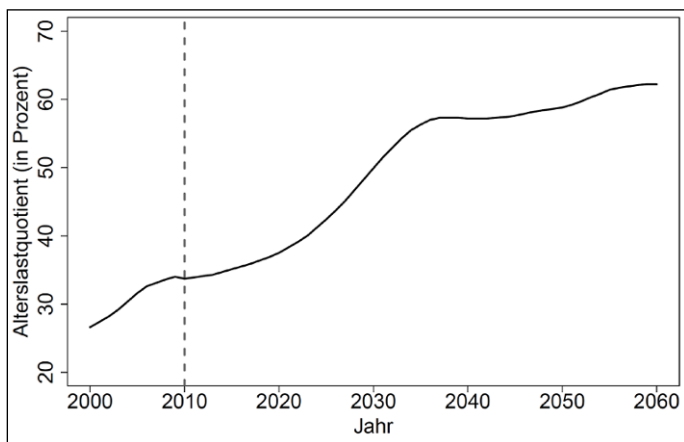


Abb. 1 Entwicklung des Altersabhängigkeitsquotienten in Deutschland, 2000-2060
Quelle: Statistisches Bundesamt 2015.

3 Entwicklung des Beitragssatzes und Rentenniveaus im deutschen Rentensystem

Das deutsche Rentensystem wird im Vergleich zur stilisierten Darstellung oben durch viele weitere Elemente beeinflusst, die bei einer korrekten Prognose in einem Simulationsmodell berücksichtigt werden müssen. So wird das Rentenbudget in einem erheblichen Maß durch Steuermittel bezuschusst, den sogenannten Bundeszuschuss, der heute schon etwa ein Drittel der Ausgaben mitfinanziert. Mit dem Bundeszuschuss kann der Staat die für die Öffentlichkeit wahrnehmbaren Beitragslasten stabil halten und durch die unmerkliche Finanzierung über Steuern ergänzen.¹

Ein weiterer wesentlicher Bestimmungsfaktor für die Entwicklung der Rentenparameter ist die zukünftige Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die Beschäftigungsquoten und die Löhne für sozialversicherungspflichtige Arbeit sind für die Berechnungen der zukünftigen Zahl der Beitragszahler und der Beitragshöhe notwendig. Ebenso muss die Zahl der Rentner, die bis 2060 Alters-, Erwerbsminderungs- oder Hinterbliebenenrenten in Anspruch nehmen werden, als auch der Zeitpunkt, zu dem sie in Rente gehen, geschätzt werden.

Unter Berücksichtigung all dieser Faktoren lässt sich die zukünftige Entwicklung der Rentenparameter abschätzen. In unserem Simulationsmodell haben wir für das Basisszenario folgende Annahmen gemacht (Fenge/Peglow 2016a). Die Fertilität wird bis 2025 wieder etwas steigen, nämlich auf 1,6 Kinder pro gebärfähiger Frau, und dann dort verharren. Die Lebenserwartung bei Geburt steigt bis 2060 um 6,3 Jahre für Frauen und 7,3 Jahre für Männer. Die Nettomigration nach Deutschland wird sich bis 2060 bei etwa 100.000 Personen pro Jahr einpendeln. Auf dem Arbeitsmarkt wachsen die Löhne jährlich um etwa 2,5 % und die Arbeitslosigkeit liegt bei 7,7 %.²

In Abbildung 2 und 3 sind die Prognosen für den Beitragssatz und das Rentenniveau dargestellt, die unser Simulationsmodell des deutschen Rentensystems auf Basis aktueller Schätzungen für die Bevölkerungsentwicklung ergeben hat.

Wie Abbildung 2 zeigt, wird der Rentenbeitragssatz nach dieser Simulation im Jahr 2030 die im Sozialgesetzbuch (§154 SGB VI) als Obergrenze festgelegten 22 % übersteigen und bis 2060 etwa 24,6 % erreichen. Gleichzeitig wird das Rentenniveau in Abbildung 3, hier dargestellt nach Abzug von Sozialversicherungsbeiträgen (Nettorentenniveau vor Steuern), auf 42,1 % im Jahr 2060 fallen.

1 Zu den Folgen einer stärkeren Steuerfinanzierung der Renten siehe Fenge (2013).

2 Zur Diskussion der Annahmen siehe Fenge und Peglow (2016a). In dem Artikel werden neben dem Basisszenario auch Ergebnisse für andere Varianten von Annahmen vorgestellt.

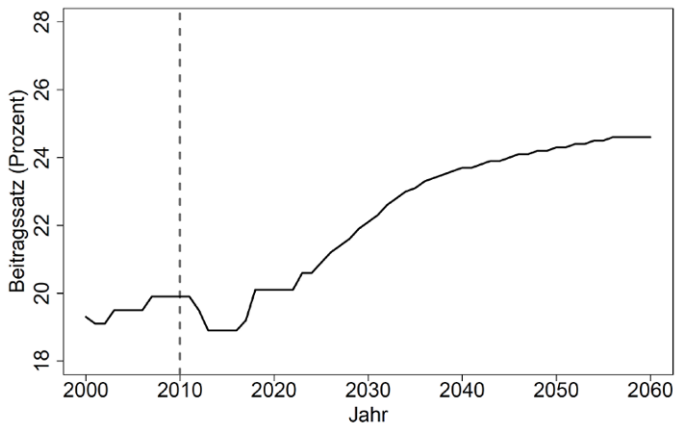


Abb. 2 Entwicklung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland, 2000-2060

Quelle: Fenge und Peglow (2016a), geschätzte Werte ab 2010.

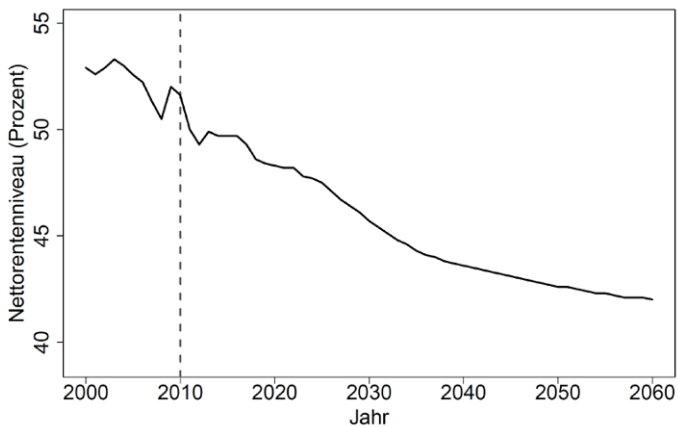


Abb. 3 Entwicklung des Nettorentenniveaus vor Steuern in der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland, 2000-2060

Quelle: Fenge und Peglow (2016a), geschätzte Werte ab 2010.

Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf den demografischen Wandel zurückzuführen. Im Folgenden gehen wir der Frage nach, in welchem Ausmaß die Rentenparameter Beitragssatz und Rentenniveau auf die demografischen Bestimmungsfaktoren Fertilität, Mortalität und Migration im Einzelnen reagieren.

4 Dekomposition des demografischen Einflusses

Wir nehmen als Basisjahr das Jahr 2010 und simulieren von da an bis 2060 die Rentenparameter insbesondere unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung. Um die Wirkung der einzelnen Komponenten der demografischen Entwicklung auf das Rentensystem zu isolieren, trennen wir den Struktureffekt von den Effekten der zukünftigen Entwicklungen der Fertilität, der Mortalität und der Migration von 2010 bis 2060. Der Struktureffekt beschreibt den Einfluss der im Jahr 2010 bestehenden Bevölkerungsstruktur auf die zukünftigen Rentenparameter. In ihm ist also der Einfluss der vergangenen demografischen Entwicklung bis 2010 enthalten, da ein Jahr als Basisjahr immer willkürlich gewählt werden muss. Im Struktureffekt des Jahres 2010 zeigt sich im Wesentlichen die Wirkung der vergangenen Fertilitätsentwicklung, die insbesondere in den 1960er Jahren mit dem Pillenknick einen nachhaltigen Einfluss auf das zukünftige Rentensystem hatte. Der Einfluss der zukünftigen Fertilitätsentwicklung ab 2010 wird durch den Fertilitätseffekt beschrieben, indem die anderen demografischen Komponenten Mortalität und Migration auf dem Niveau von 2010 konstant gehalten werden. Ähnlich wird der Einfluss der zukünftigen Mortalität und Migration bestimmt.

Abbildung 4 zeigt die Aufteilung der gesamten Entwicklung des Beitragssatzes auf die Effekte der einzelnen demografischen Komponenten. Es wird deutlich, dass der Anstieg des Beitragssatzes über die gesamte Zeit bis 2050 überwiegend durch den Struktureffekt, d. h. die vergangene Fertilitätsentwicklung bewirkt wird. Bis zum Jahr 2060 trägt der Struktureffekt etwa 3 Prozentpunkte zum Beitragssatzanstieg von insgesamt 5,5 Prozentpunkten bei. Der zweite treibende Faktor ist ab 2025 die zukünftige Mortalitätsentwicklung, die den Beitragssatz bis 2060 nahezu kontinuierlich ansteigen lässt. Ab 2052 dominiert der Mortalitäts- den Struktureffekt und macht im letzten Jahr der Betrachtung etwa 3,8 Prozentpunkte des Gesamtanstiegs des Beitragssatzes aus. Während der Mortalitätseffekt den Beitragssatz stetig ansteigen lässt, endet der steigende Einfluss des Struktureffekts etwa 2035 und geht ab 2052 sogar zurück. Zukünftige Fertilität und Migration beeinflussen den Beitragssatz hingegen nur geringfügig und bremsen den Anstieg sogar um jeweils 0,7 Prozentpunkte im Jahr 2060.

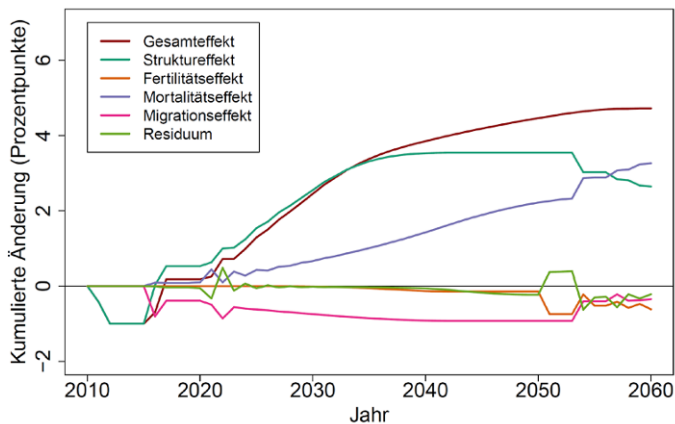


Abb. 4 Dekomposition der demografischen Effekte auf die Änderung des Rentenbeitragssatzes, 2010-2060

Quelle: Fenge und Peglow (2016a).

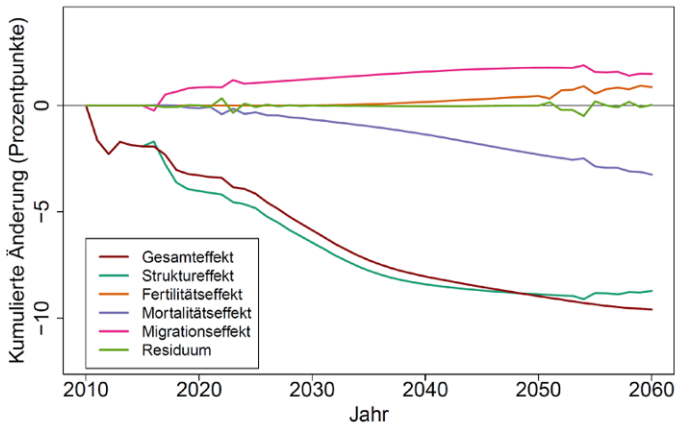


Abb. 5 Dekomposition der demografischen Effekte auf die Änderung des Nettorentenniveaus, 2010-2060

Quelle: Fenge und Peglow (2016a).

Für die Entwicklung des Nettorentenniveaus zeigt sich in Abbildung 5 eine ähnliche Aufspaltung der Effekte der demografischen Komponenten, wenn auch hier der Struktureffekt, also die vergangene Fertilitätsentwicklung, dominant bleibt. Der gesamte Rückgang des Rentenniveaus um 10,7 Prozentpunkte bis 2060 wird hauptsächlich durch den Struktureffekt mit etwa 10 Prozentpunkten und dem Mortalitätseffekt mit 3,5 Prozentpunkten bewirkt. Der Fertilitäts- und der Migrationseffekt hingegen mildern die Senkung des Rentenniveaus um 1,5 bzw. 1,2 Prozentpunkte.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass in Deutschland die Bevölkerungsstruktur im Startjahr der Analyse, in der die vergangene demografische Entwicklung bis 2010 kondensiert ist, sowie die zukünftige Mortalität die wesentlichen demografischen Komponenten sind, die die Rentenparameter beeinflussen. Dabei hat sich die Bevölkerungsstruktur im Jahr 2010 besonders durch den als Pillenknick bekannten Rückgang der Fertilität ab 1965 ergeben, der mit zeitlicher Verzögerung auf die Rentenparameter der Zukunft wirkt. Nach 1975 blieb die Fertilität bei etwa 1,4 Kindern pro gebärfähige Frau nahezu konstant. Hingegen ist die Lebenserwartung aufgrund sinkender Mortalität seit 1950 kontinuierlich angestiegen. Dieser Anstieg wird voraussichtlich auch in Zukunft anhalten, so dass ab etwa 2050 die Mortalitätsentwicklung den Fertilitätseffekt in ihrer Bedeutung für das Rentensystem überwiegen wird.

5 Anpassung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung

Die anhaltende Bedeutung des Mortalitätseffekts für das Rentenbudget legt nahe, bei einer Reform der Rentensystems darüber nachzudenken, wie die zusätzlich gewonnenen Lebenszeit auf die Erwerbsphase und Ruhestandsphase im Leben aufgeteilt werden sollte. Bei fixem Renteneintrittsalter wird die zusätzliche Lebenszeit vollständig dem Ruhestand zugeschlagen, während die Länge des Arbeitslebens konstant bleibt. Das bedeutet, dass in der gleichen Anzahl von Arbeitsjahren Beiträge gezahlt werden müssen, die die Renten für eine im Umfang des Anstiegs der Lebenserwartung längere Dauer finanzieren. Steigt aufgrund dessen der Beitragssatz, um die gewachsenen Ausgaben zu finanzieren, würde die gesamte Finanzierungslast durch die gestiegene Lebenserwartung auf die Beitragszahler abgewälzt werden.

Ein Anstieg des regulären Renteneintrittsalters würde die Zunahme der Lebenszeit gleichmäßiger auf Arbeits- und Rentenphase verteilen und damit eine gerechtere Verteilung der Finanzlast auf Beitragszahler und Rentner erreichen.

Doch wie soll die Anpassung des Renteneintrittsalters an die steigende Lebenserwartung gekoppelt werden?

Die durch die steigende Lebenserwartung verursachte Finanzierungslast im Rentensystem drückt sich durch den Anstieg des Beitragssatzes aus, der durch den Mortalitätseffekt bedingt wird. Würde man das Renteneintrittsalter soweit erhöhen, dass der Beitragssatzanstieg gerade um diesen Effekt verringert würde, dann hätte man den Teil der Finanzierungslast der demografischen Entwicklung herausgerechnet, der durch die Änderung der Lebenserwartung verursacht wird.

Unser Vorschlag ist also, das Renteneintrittsalter so zu berechnen, dass dabei eine Beitragssatzentwicklung herauskommt, die um den Mortalitätseffekt bereinigt ist. Daraus ergibt sich eine Obergrenze für die Entwicklung des Renteneintrittsalters, bei der die Beitragszahler genau um den Anteil des Beitragssatzanstiegs entlastet werden, der durch die längere Lebenserwartung zustande kommt.

Unsere Berechnungen (Fenge/Peglow, 2016b) ergeben, dass das Renteneintrittsalter bis 2060 auf 74 Jahre steigen müsste, um den Mortalitätseffekt zu neutralisieren. Bei jährlicher Anpassung des Rentenalters ab dem Jahr 2012 hätte dies einen Anstieg um 2,2 Monate pro Jahr bedeutet. Mit dieser Maximalanpassung wäre die Belastung der Beitragszahler durch die steigende Lebenserwartung bis 2060 ausgeglichen worden.

Da bei diesen Maximalwerten für das Renteneintrittsalter die Last der Beitragszahler aus dem Mortalitätseffekt aufgehoben wird, stellt sich die Frage, wie die Entlastung gleichmäßiger auf Beitragszahler und Rentner verteilt werden kann. Eine gleichmäßigere Lastenverteilung sinkender Mortalität auf Rentner und Beitragszahler würde eine entsprechend geringere Anpassung des Renteneintrittsalters (unterhalb der Obergrenze) erforderlich machen. Würde man den Mortalitätseffekt z. B. nur zur Hälfte neutralisieren, dann würde ab 2015 eine Steigerung des Renteneintrittsalters um etwa 1,4 Monate pro Jahr ausreichen, so dass im Jahr 2060 das reguläre Rentenalter etwa 71 Jahre betragen würde.

6 Schlussfolgerungen

Unsere Berechnungen für das Renteneintrittsalter geben Grenzwerte an, die zeigen, wie stark der reguläre Renteneintritt nach hinten verschoben werden müsste, um den Effekt steigender Lebenserwartung auf den Beitragssatz zu neutralisieren. Gleichzeitig werden dadurch die Kosten höherer Lebenserwartung für das Rentensystem quantifiziert, die in Form „zusätzlicher Jahre im Arbeitsleben“ ausgedrückt werden.

Obwohl die Erhöhung des Renteneintrittsalters eine politisch sehr umstrittene Reformoption darstellt, ist es eine wichtige Maßnahme zur Stabilisierung und gerechten Verteilung der Finanzlasten, die der demografische Wandel im Rentensystem verursacht.

In der Diskussion um die Durchführbarkeit eines weiteren Anstiegs des Renteneintrittsalters wird häufig in Frage gestellt, ob die Gesundheit in höherem Alter eine längere Lebensarbeitszeit überhaupt erlaubt. Ob mit sinkender Mortalität auch die Morbidität ab- oder möglicherweise sogar zunimmt, wird seit Jahrzehnten mit unterschiedlichen Ansätzen diskutiert (siehe Fries 1980, Gruenberg 1977). Mehrere empirische Studien jüngerer Zeit unterstützen aber die Ansicht, dass eine längere Lebenserwartung damit einhergeht, dass die Menschen auch länger gesünder leben (Doblhammer/Kytir 2001, Unger 2006).

Eine weitere Frage ist, wie der Arbeitsmarkt ältere Arbeitnehmer aufnimmt. Hier wäre es allerdings verkehrt, aus der vergangenen Personalpolitik der Unternehmen auf die Zukunft zu schließen. Abgesehen von dem Anstieg der Beschäftigungsquoten von über 55-jährigen, der in den letzten Jahren zu beobachten war, sind sich die Arbeitgeber des demografischen Wandels und der Konsequenzen für die Zusammensetzung ihrer zukünftigen Arbeitnehmerschaft durchaus bewusst. Deshalb werden Unternehmen in den nächsten Jahrzehnten mehr altersgerechte Arbeitsplätze einrichten und die Erfahrungsvorteile älterer Arbeitnehmer stärker zu nutzen wissen. Aber auch wenn die Erfahrung andere Produktivitätsnachteile wettmacht (Börsch-Supan/Weiss, 2011), so bleibt es trotzdem auch Aufgabe der Arbeitnehmer, dem Abbau ihres Humankapitals entgegenzuwirken und sich lebenslang weiterzubilden.

Ein weiterer Vorteil der Anpassung des Renteneintrittsalters besteht darin, dass nicht nur eine gerechtere Lastenverteilung entsteht, sondern ein Effizienzgewinn erzielt wird. Durch den Anstieg des regulären Rentenalters werden die Beitragszahler entlastet, indem der Anstieg des Beitragssatzes reduziert wird. Das bedeutet, dass auch eine Verringerung der impliziten Steuerbelastung des Faktors Arbeit erreicht wird. Dadurch entstehen Leistungsanreize und aufgrund geringerer Nebenkosten eine stärkere Nachfrage nach Arbeit, die sich effizienzsteigernd bemerkbar machen dürften.

Literatur

- Börsch-Supan, A., M. Weiss. 2011. *Productivity and age: Evidence from Work teams at the assembly line*. MEA Discussion Paper 07148. Munich Center for the Economics of Aging (MEA): Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales. 2014. *Sozialbudget 2014*. http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a230-14-sozialbudget-2014.pdf?__blob=publicationFile. Zugegriffen: 16. Februar 2016.
- Deutsche Rentenversicherung (DRV). 2015. *Rentenversicherung in Zeitreihen*, DRV-Schriften Band 22, Sonderausgabe der DRV. Berlin: Deutsche Rentenversicherung Bund, Geschäftsbereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation.
- Doblhammer, G., J. Kytir. 2001. Compression or expansion of morbidity? Trends in healthy-life expectancy in the elderly Austrian population between 1978 and 1998. *Social Science and Medicine* 52: 385-391.
- Fenge, R. 2013. „Denn eins ist sicher: Die nächste Rentenreform“. In *Die Zukunft der Wohlfahrtsgesellschaft – Festschrift für Hans-Werner Sinn*, hrsg. Kai Konrad, Ronnie Schöb, Marcel Thum, Alfons Weichenrieder, 121-140. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Fenge, R., F. Peglow. 2016a. *The Impact of Demographic Developments on the German Statutory Pension System*. http://www.rostockerzentrum.de/content/forschung/GRV-Demography_2014-09-07-PC.pdf. Zugegriffen: 16. Februar 2016.
- Fenge, R., F. Peglow. 2016b. *Reform options for a sustainable pension system – Aging and legal retirement ages in Germany*. mimeo. Universität Rostock.
- Fries, J. F. 1980. Ageing, Natural Death, and the Compression of Morbidity. *New England Journal of Medicine* 303: 130-135.
- Gruenberg, E. M. 1977. The failure of success. *Milbank Memorial Foundation Quarterly. Health and Society* 55: 3-24.
- Oeppen, J., J. W. Vaupel. 2002. Broken Limits to Life Expectancy. *Science* 296 (5570): 1029-1031.
- Statistisches Bundesamt. 2015a. *Bildungsfinanzbericht 2015*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt. 2015b. *Gesundheit. Ausgaben 2015*, Fachserie 12, Reihe 7.1.1. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt 2015c. *Bevölkerung Deutschlands bis 2060*, 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt 2016. *Lebenserwartung in Deutschland. Durchschnittliche und fernere Lebenserwartung nach ausgewählten Altersstufen*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Sterbefaelle/Tabellen/LebenserwartungDeutschland.html>. Zugegriffen: 16. Februar 2016.
- Unger, R. 2006. Trends in active life expectancy in Germany between 1984 and 2003- a cohort analysis with different health indicators. *Journal of Public Health* 14 (3): 155-163.
- The World Bank. 2016. *Fertility rate*. <http://databank.worldbank.org/data/reports.aspx?source=2&country=&series=SP.DYN.TFRT.IN&period>. Zugegriffen: 16. Februar 2016.

Langfristige Tragfähigkeit der Sozialfinanzen

Martin Werding

Zusammenfassung

Der demografische Wandel führt zu großen Herausforderungen für die Finanzierung des sozialen Sicherungssystems in Deutschland, die sich aus heutiger Sicht klar absehen lassen. Langfrist-Projektionen zur finanziellen Entwicklung der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung und Berechnungen zur Höhe der daraus resultierenden „Tragfähigkeitslücke“ der gesamten öffentlichen Finanzen geben eine Orientierung über die Größenordnung der sich abzeichnenden Probleme. Vor diesem Hintergrund lassen sich Handlungsoptionen aufzeigen, um einen ökonomisch wie auch politisch gangbaren Weg durch die bevorstehende Phase der akuten demografischen Alterung zu finden. Erforderlich ist dafür in jedem Fall ein Maßnahmenbündel, nicht ein einzelner Reformschritt.

Schlüsselwörter

demografische Alterung, Sozialversicherungen, öffentliche Finanzen, Alterssicherung, Gesundheit, Pflege, Arbeitsmarkt, Tragfähigkeit

1 Einleitung

Während manche ökonomische Auswirkungen der bevorstehenden Phase akuter demografischer Alterung vorab unklar sind, lassen sich die Effekte für die Finanzen des sozialen Sicherungssystems in Deutschland vergleichsweise gut absehen. Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sind hierzulande ganz überwiegend im

513

Umlageverfahren finanziert, d. h. aus laufenden, v. a. von den aktiven Mitgliedern entrichteten Beiträgen (und teilweise auch aus laufenden Steuereinnahmen). Bei langsamer wachsender Beitragsbemessungsgrundlage und stark steigenden Leistungen an ältere Versicherte geraten sie – trotz bereits erfolgter Reformen – unter dem derzeit geltenden Recht unweigerlich in eine wachsende finanzielle Anspannung. Erhöhungen der Beitragssätze oder Senkungen der Leistungen, mit denen sich diese Situation lösen ließe, können einerseits die wirtschaftliche Entwicklung, andererseits die soziale Sicherheit massiv beeinträchtigen. Bevor geprüft werden kann, welche Auswege es aus diesem Dilemma gibt, ist eine Orientierung über die Größenordnung der sich abzeichnenden Probleme vonnöten.

Der vorliegende Beitrag stellt daher zunächst in knapper Form Langfrist-Projektionen zur finanziellen Entwicklung des deutschen Sozialversicherungssystems in der Zeit bis 2060 vor (vgl. Kapitel 2). Anschließend wird weiterverfolgt, wie sich diese Entwicklung unter einigen zusätzlichen, stark stilisierten Annahmen auf die öffentlichen Finanzen im Ganzen auswirken kann, um auf dieser Basis die Größe der „Tragfähigkeitslücke“ im gesamtstaatlichen Haushalt zu bestimmen (vgl. Kapitel 3). Dabei wird prinzipiell auch den bestehenden Unsicherheiten über die Zukunft Rechnung getragen. Ausgehend von diesen Analysen wird abschließend nach Optionen dafür gefragt, die sich abzeichnenden Probleme zu verringern und die Herausforderung durch die demografische Alterung letztlich zu bewältigen (Kapitel 4).

2 Projektionen für die Ausgaben der Sozialversicherungen

Die hier vorgestellten Projektionen wurden mit Hilfe des vom Autor entwickelten Simulationsmodells SIM.13 („*Social Insurance Model*, Version 2013“) erstellt.¹ Zahlreiche Hintergründe und Details der Berechnungen können hier nicht näher beschrieben und diskutiert werden. Einen Überblick über Annahmen, die dem demografischen und makroökonomischen Hintergrundscenario der Ausgabenprojektionen zugrunde liegen, gibt Tabelle 1:

1 Die Nummerierung der Version zeigt das letzte Jahr an, für das im Modell durchgängig Ist-Daten hinterlegt sind. Methodik, Datengrundlagen und Annahmen sind in Werding (2013) dokumentiert. Angaben zu jüngsten Aktualisierungen sowie zu Änderungen der Modellierung finden sich in Werding (2016).

Tab. 1 Grundlagen der Projektionen für die Referenzvariante

	2010	2020	2030	2040	2050	2060
<i>Demografie:</i>						
zusammengefasste Geburtenziffer	1,39	1,41	1,41	1,41	1,41	1,41
Lebenserwartung bei Geburt						
– Frauen (Jahre)	82,7	84,3	85,8	87,3	88,9	90,4
– Männer (Jahre)	77,7	79,5	81,3	83,1	84,9	86,7
Wanderungssaldo (Tsd.)	127,7	150,0	150,0	150,0	150,0	150,0
Wohnbevölkerung (Mio.)	81,7	81,9	80,6	78,4	75,4	72,0
Altenquotient ^{a)}	31,1	34,7	46,1	53,2	56,5	61,5
<i>Arbeitsmarkt:</i>						
Erwerbsbeteiligung (im Alter 15–64)						
– Frauen (%)	74,6	81,0	83,2	83,6	84,0	84,5
– Männer (%)	84,5	86,2	86,7	86,5	86,5	86,7
Erwerbspersonen (Mio.)	43,8	45,7	43,2	40,2	38,3	35,6
Erwerbstätige (im Inland, Mio.)	41,0	43,9	41,4	37,9	35,5	32,8
Erwerbslosenquote (%) ^{b)}	6,4	4,1	4,3	6,0	7,2	7,9
Arbeitslosenquote (%) ^{c)}	7,7	5,8	6,2	8,5	10,3	11,3
<i>Makroökonomische Entwicklung:</i>						
Arbeitsproduktivität (% p.a.) ^{d)}	0,6	1,0	2,0	2,0	1,8	1,8
BIP-Wachstum (% p.a.) ^{d)}	0,9	1,7	1,4	1,1	1,1	0,9
BIP pro Kopf (% p.a.) ^{d)}	0,9	1,7	1,6	1,4	1,5	1,4
reales BIP (i. Pr. v. 2010, Mrd. €)	2.576	3.027	3.488	3.898	4.365	4.796

Anmerkungen:

- a) Personen im Alter 65+ je 100 Personen im Alter 15–64.
- b) In % aller Erwerbspersonen; international standardisierte (ILO-)Definition.
- c) In % aller zivilen Erwerbspersonen; nationale Definition.
- d) Reale Wachstumsraten (jahresdurchschnittliche Werte im vorangegangenen 10-Jahres-Zeitraum).

Quellen: Angaben für 2010 basieren auf Daten der amtlichen Statistik; alle weiteren Angaben basieren auf Projektionen mit dem Modell SIM.13.

Die Annahmen zur demografischen Entwicklung lehnen sich an diejenigen für die jüngste Aktualisierung der Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes (2015) an.² Wichtig für die weiteren Resultate sind v. a. die projizierten

2 Übernommen werden dabei die Basisannahme des Statistischen Bundesamtes zur Entwicklung der Fertilität sowie die Annahme eines „starken Anstiegs“ der Lebenserwartung (die besser dem seit 1970 beobachteten Trend entspricht als die Basisannahme mit

Entwicklungen von Erwerbsbeteiligung und Erwerbslosigkeit, die modellendogen ermittelt werden. Eher gering ist dagegen die Sensitivität der Ergebnisse bezüglich des Produktivitätswachstums und anderer makroökonomischer Größen, da im Folgenden v. a. auf relative Größen (Ausgaben je Bruttoinlandsprodukt, Leistungsniveaus, Beitragssätze etc.) abgestellt wird, nicht auf absolute Größen, die über lange Zeiträume in die Zukunft generell schwer zu interpretieren sind.

Vor diesem Hintergrund werden nun zunächst Projektionen zur Entwicklung der Ausgaben der verschiedenen Zweige des deutschen Sozialversicherungssystems dargestellt, die sich unter dem geltenden Recht ergeben. Fallweise werden dabei auch Szenarien mit alternativem Rechtsstand oder Resultate abweichender Modellierungen betrachtet. Die gleichfalls projizierten Beitragssätze, die zur Finanzierung dieser Ausgaben erforderlich sind, werden anschließend zusammenfassend ausgewiesen.

2.1 Gesetzliche Rentenversicherung (GRV)

Die GRV ist von Effekten der demografischen Alterung ganz unmittelbar betroffen. Der absehbare Anstieg des Altenquotienten (s. erneut Tab. 1) verändert die demografischen Fundamentaldaten für die Rentenfinanzierung. Zwar lässt sich der Rentnerquotient durch Veränderungen der Erwerbsbeteiligung und des Rentenzugangsverhaltens zumindest teilweise davon entkoppeln. Die demografische Alterung ist in Deutschland aller Voraussicht nach aber so ausgeprägt, dass die finanzielle Anspannung im Rentensystem nur gemildert, aber nicht beseitigt werden kann. Das gleiche gilt effektiv auch für die Serie von Reformen, die zu diesem Zweck – zunächst 1992 (Stärkung der versicherungsmathematischen Äquivalenz und Stabilisierung des Netto-Rentenniveaus), dann 2001 (*ad-hoc*-Formel zur Senkung des Netto-Rentenniveaus), 2004 (automatische Senkung des Netto-Rentenniveaus durch den „Nachhaltigkeitsfaktor“) und 2007 (Heraufsetzung der Regelaltersgrenze zwischen 2012 und 2031) – ergriffen wurden.³

„moderatem Anstieg“). Die beiden Annahmen über den jährlichen Wanderungssaldo, von denen das Amt keine als „Basisannahme“ kennzeichnet, werden gemittelt.

3 Effekte, die die zukünftige finanzielle Anspannung *per se* – wenn auch nur leicht – erhöhen, hat dagegen das „Rentenreformpaket 2014“ (mit der „Mütterrente“, Ausnahmebestimmungen für eine volle „Rente mit 63“ sowie weniger rigiden Bestimmungen zur Bemessung von Erwerbsminderungsrenten; vgl. Werding 2014).

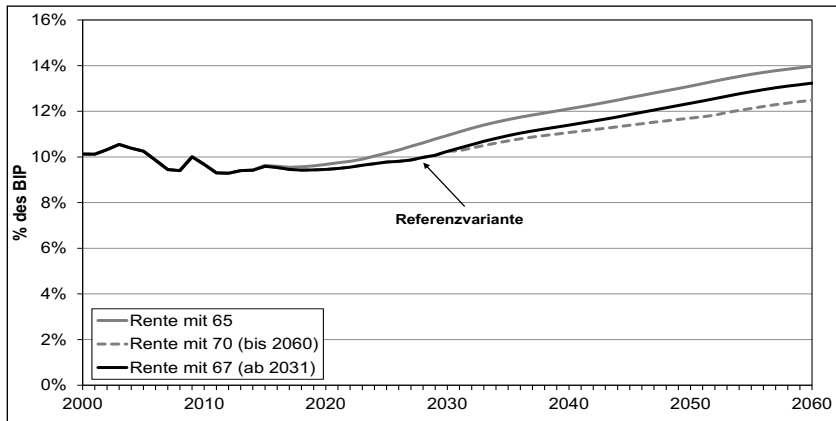


Abb. 1 Ausgaben der GRV

Quellen: Deutsche Rentenversicherung, Statistisches Bundesamt (Ist-Daten bis 2014); SIM.13.

Abbildung 1 zeigt, wie sich die Ausgaben der GRV in Relation zum laufenden BIP vor diesem Hintergrund in Zukunft entwickeln könnten. Auf umfassende Sensitivitätsanalysen muss dabei verzichtet werden. Neben einer „Referenzvariante“, die auf dem derzeit geltenden Recht basiert (u. a. mit dem Übergang zur „Rente mit 67“), werden allerdings auch die Effekte alternativer Regelungen zum Rentenalter betrachtet, nämlich zum einen einer unveränderten Regelaltersgrenze bei 65 Jahren, zum anderen einer fortgesetzten Heraufsetzung dieser Grenze ab 2032 auf zuletzt 70 Jahre.⁴ Die Ausgaben je BIP erhöhen sich dabei in der Referenzvariante gegenüber zuletzt (2014: 9,4 %) zum Ende des Projektionszeitraums um knapp 4 Prozentpunkte; in den Alternativvarianten weichen sie 2060 um rund $\pm 0,75$ Prozentpunkte ab.

In allen drei Szenarien vollzieht sich im Hintergrund eine nennenswerte Senkung des Rentenniveaus – am stärksten in der Variante „Rente mit 65“, am wenigsten stark bei der „Rente mit 70“ –, die jeweils durch den „Nachhaltigkeitsfaktor“ gesteuert wird.⁵ Trotzdem steigen in allen Fällen die Beitragssätze, die zur Deckung

4 Angesichts der erwarteten Erhöhung der Lebenserwartung (vgl. Tab. 1) bleibt dabei im Falle einer vollen Erwerbsbiographie die Dauer der Rentenphase relativ zur der aktiven Phase annähernd unverändert. Eine solche Lösung könnte direkt geregelt, aber auch durch eine automatische Regelbindung der Altersgrenze an die jeweils beobachtete Lebenserwartung herbeigeführt werden.

5 Gegenüber aktuellen Werten sinkt das Rentenniveau (netto, vor Steuern) in der „Referenzvariante“ bis 2060 um rund 15 %, gegenüber Werten aus der Zeit, als das Netto-

der jeweiligen Rentenausgaben erforderlich sind, ab etwa 2025 stark an (vgl. Kapitel 2.5). Sowohl Rentenniveau als auch Beitragssätze werden unter dem geltenden Recht nur bis etwa 2030 innerhalb der gesetzlich festgeschriebenen Grenzwerte (lt. § 154 (3) SGB VI) gehalten. Für die Zeit danach, d. h. für Renten an Personen, die heute 50 Jahre und jünger sind, bietet das System in seiner jetzigen Form noch keine verlässliche Grundlage.

2.2 Gesetzliche Krankenversicherung GKV)

Für Gesundheitsausgaben und damit für die Finanzen der GKV ist die Altersstruktur der Bevölkerung mit ihren absehbaren Änderungen nur einer unter mehreren Bestimmungsfaktoren – und dabei nicht notwendig der bedeutsamste. Zwar steigen die altersspezifischen Pro-Kopf-Ausgaben der GKV etwa ab dem 60. Lebensjahr deutlich an. Nimmt man aber an, dass sie bei unverändertem Altersprofil Jahr um Jahr generell mit der Wachstumsrate der Löhne ansteigen, die einen wichtigen, kostenbestimmenden Faktor darstellen, so ergibt sich aufgrund der veränderten Besetzung aller Altersklassen – also aufgrund „rein demografischer Effekte“ – für die Ausgaben der GKV je BIP (2014: 6,7 %) bis 2060 nur eine Zunahme um gut 1,5 Prozentpunkte (vgl. Abb. 2). Absolut wie auch relativ zum Ausgangsniveau fällt diese Steigerung deutlich kleiner aus als bei der GRV.

Gleichzeitig erweisen sich die Projektionen für die Ausgaben der GKV aber als deutlich unsicherer als diejenigen für die GRV. Diskutiert wird in der Literatur nämlich über gegenläufige Effekte von weiteren, möglichen Determinanten (vgl. Breyer 2015). Einerseits könnte sich der Anstieg der altersspezifischen Pro-Kopf-Ausgaben bei steigender Lebenserwartung systematisch immer weiter verzögern („gesundes Altern“). Andererseits könnte der „medizin-technische Fortschritt“ – wie in der Vergangenheit klar zu beobachten – die Pro-Kopf-Ausgaben über alle Altersstufen hinweg noch stärker steigen lassen als mit der Lohnwachstumsrate, etwa durch steigende Kapitalintensivierung („Apparatemedizin“) oder ständige pharmakologische Innovationen, die jeweils nicht zugleich zu Personalkostensenkungen oder anderen Rationalisierungen führen.⁶ Obwohl beide Effekte hier in entsprechenden

rentenniveau noch konstant gehalten werden sollte (vor der Rentenreform 2001) sogar um rund 25 %.

6 In vielen anderen Feldern wirkt technischer Fortschritt dagegen insgesamt kostensenkend. Prinzipiell ist dies auch im Gesundheitswesen denkbar, aus heutiger Sicht aber nicht absehbar.

Alternativvarianten nicht mit maximaler Stärke berücksichtigt werden,⁷ ergibt sich am Ende des Projektionszeitraums im günstigen Fall nur ein Anstieg der Ausgabenquote der GKV um rund 0,5 Prozentpunkte, im ungünstigen Fall ein Anstieg um über 3,5 Prozentpunkte. Die gesamte Streubreite der für 2060 projizierten Ausgaben je BIP liegt damit bei mehr als 3 Prozentpunkten.

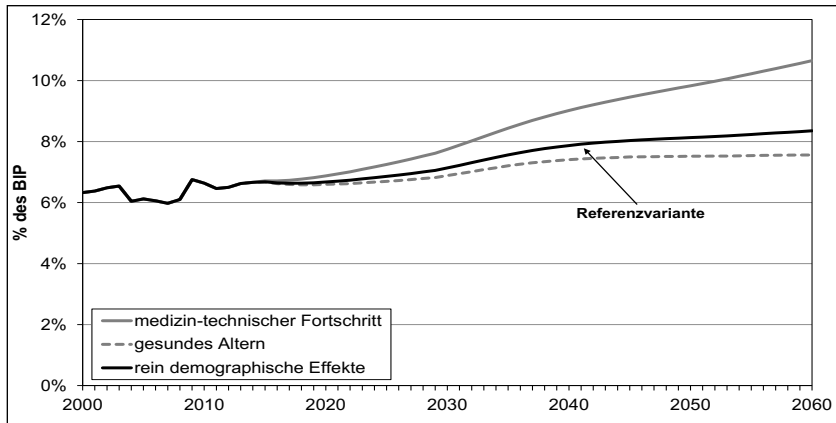


Abb. 2 Ausgaben der GKV

Quellen: Bundesministerium für Gesundheit, Statistisches Bundesamt (Ist-Daten bis 2014); SIM.13.

Grund für diese Unsicherheiten ist letztlich, dass die GKV, anders als die GRV, keine mehr oder weniger klar bezifferbaren, finanziellen Ansprüche deckt, sondern Sachleistungen gewährt, von denen weder die Art noch die Preise über lange Zeiträume in die Zukunft absehbar sind. In jedem Fall wird hier davon ausgegangen, dass die GKV ihren Charakter als (annähernde) Vollversicherung für alle medizinischen Leistungen behält, die dem jeweiligen medizinischen Wissensstand entsprechen.

7 Für die Variante „gesundes Altern“ wird hier unterstellt, dass sich der Anstieg der Pro-Kopf-Kosten mit dem Lebensalter jeweils um ein halbes Jahr verzögert, wenn die Lebenserwartung um ein Jahr zunimmt. Bei der Variante „medizin-technischer Fortschritt“ wird der von Breyer und Ulrich (2000) für die Jahre 1970 bis 1995 gemessene, kostensteigende Effekt (Pro-Kopf-Ausgaben der GKV: + 1 % p.a.) halbiert.

2.3 Soziale Pflegeversicherung

Weil das Risiko, pflegebedürftig zu werden, ein weit ausgeprägteres Altersprofil aufweist als die Leistungsausgaben der GKV, können die Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung von der demografischen Alterung prinzipiell recht direkt beeinflusst werden. Dazu trägt bei, dass eine deutliche Zunahme der zugrunde liegenden Risiken erst ab dem 80. Lebensjahr einsetzt und dass der Bevölkerungsanteil der betroffenen Altersgruppe in Zukunft besonders stark steigen dürfte. Entscheidend für die zukünftige Entwicklung der Ausgaben der Pflegeversicherung ist allerdings, in welchem Ausmaß u. U. stark steigende Pflegekosten durch Leistungen dieser Sozialversicherung gedeckt werden. Anders als die GKV wurde sie bei ihrer Errichtung im Jahre 1995 von Anfang an nur als Teilversicherung ausgestaltet, deren Sicherungsniveau seither wechselnden Trends folgte.

Bis 2006 wurden die Nominalbeträge der Pflegeleistungen überhaupt nicht angepasst. Entsprechend sank in dieser Phase das Leistungsniveau der Versicherung, gemessen an den tatsächlichen Pflegekosten. Seither wurde das Leistungsniveau jedoch wieder deutlich angehoben, zuletzt in engem Zusammenhang mit grundlegenden Reformen der Struktur der Leistungen (u. a. Einführung und Ausbau von Leistungen für Demenzzranke, differenziertere Einstufungen des Grades der Pflegebedürftigkeit). Als gesetzlicher Orientierungswert – nicht aber als klare Regelbindung – für zukünftige Anpassungen der Leistungen gilt seit 2012 allerdings die Inflationsrate. Berücksichtigt man, dass die Kosten der Pflege im Wesentlichen von Personalkosten bestimmt werden, während andere Bestimmungsfaktoren als weniger wichtig erscheinen, führen ständige inflationsorientierte Anpassungen der Pflegeleistungen auf Dauer aller Voraussicht nach wieder zu einer deutlichen Reduktion des Leistungsniveaus.⁸ Die Ausgabenentwicklung, die sich für ein solches Szenario abzeichnet, bleibt aus genau diesem Grunde von der demografischen Alterung so gut wie unbeeinflusst (vgl. Abb. 3). Stattdessen wird für die Referenzvariante hier jedoch unterstellt, dass die Pflegeleistungen regelmäßig mit der Wachstumsrate der Löhne angepasst werden, so dass das Leistungsniveau der Versicherung tendenziell konstant bleibt. In diesem Szenario ergibt sich eine deutliche Zunahme der Ausgaben je BIP. Absolut betrachtet fällt diese mit mehr als 1 Prozentpunkt zwar nicht so gravierend aus wie bei GRV oder GKV. Angesichts eines niedrigen Ausgangsniveaus (2014: 0,9 %) erweist sich die relative Zunahme (um rund 250 %) aber als enorm.

8 Bis 2060 würde es sich, ausgehend von einem mittleren Deckungsgrad von derzeit ca. 60 % der tatsächlich anfallenden Kosten, annähernd halbieren.

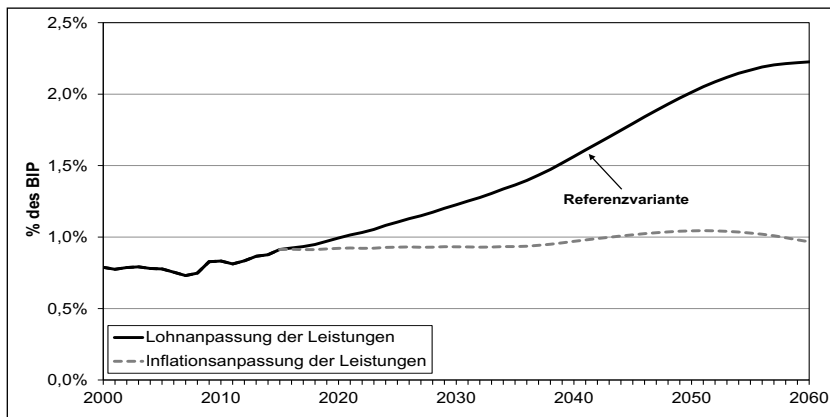


Abb. 3 Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung

Quellen: Bundesministerium für Gesundheit, Statistisches Bundesamt (Ist-Daten bis 2014); SIM.13.

2.4 Arbeitslosenversicherung

Direkte Zusammenhänge zwischen demografischer Alterung und Arbeitslosigkeit sind zwar nicht erkennbar.⁹ Es gibt aber indirekte Zusammenhänge, die v. a. aus ungünstigen Rückwirkungen steigender Beitragssätze der gesetzlichen Sozialversicherungen (und anderer Abgaben) auf die Beschäftigung resultieren können. Solche Effekte werden im verwendeten Simulationsmodell abgebildet. Deswegen und weil die Arbeitsmarktentwicklung generell eine wichtige Grundlage für die Finanzierung des gesamten Sozialversicherungssystems darstellt, wird hier ergänzend auch die Entwicklung der Ausgaben der Arbeitslosenversicherung einbezogen.

Wegen der projizierten Erhöhungen der Sozialbeiträge (vgl. erneut Kapitel 2.5) steigt die Arbeitslosenquote im Projektionszeitraum von aktuell recht günstigen Werten (2014: 6,7 %) bis 2060 wieder auf 11,3 % an. Entsprechend erhöhen sich die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung in Relation zum BIP (von 2014: 1,1 %) langfristig um knapp 0,6 Prozentpunkte.

⁹ So hat das Risiko, arbeitslos zu werden, seit der Abschaffung der „Altersrente nach Arbeitslosigkeit“ und anderer Frühverrentungsregelungen praktisch keinen erkennbaren altersspezifischen Bezug mehr.

2.5 Sozialbeiträge

Bisher wurden hier v. a. die Ausgaben der Sozialversicherungen betrachtet und mögliche Auswirkungen der demografischen Alterung sowie des geltenden Rechts auf das Leistungsniveau – insbesondere der GRV und der Pflegeversicherung – angesprochen. Zusammenfassend soll nun auch die projizierte Entwicklung der Beitragssätze der Sozialversicherungen vorgestellt werden, die nach dem derzeit geltenden Recht zur Deckung der Ausgaben in Zukunft erhoben werden müssen.

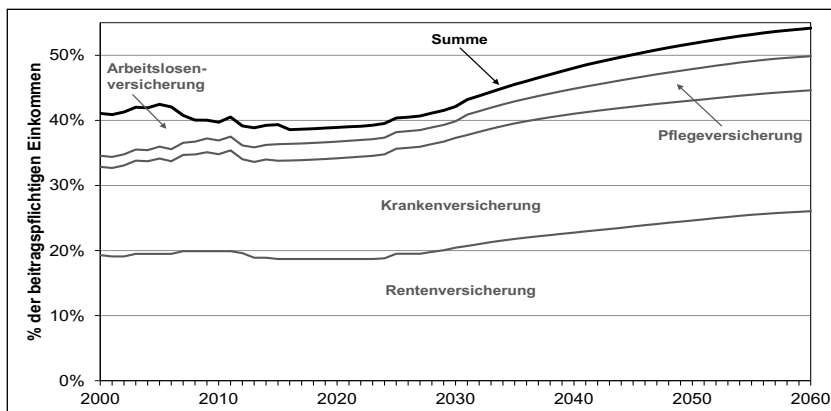


Abb. 4 Beitragssätze der Sozialversicherungen (Referenzvariante)

Quellen: Deutsche Rentenversicherung, Bundesministerium für Gesundheit, Bundesagentur für Arbeit (Ist-Daten bis 2015); SIM.13.

Der Übersichtlichkeit halber konzentriert sich Abbildung 4 auf Angaben für die Referenzvariante der hier angestellten Projektionen. Die Summe der Sozialbeiträge steigt in dieser Variante von derzeit (2015) 39,3 % der beitragspflichtigen Einkommen bis zum Ende des Projektionszeitraums auf knapp unter 55 %.¹⁰ Fasst man alle „günstigen“ Einzelprojektionen für die verschiedenen Sozialversicherungszweige (mit dem jeweils geringsten Anstieg der Ausgabenquote) zu einer insgesamt eher „optimistischen“ Variante zusammen und alle „ungünstigen“ Einzelprojektionen

¹⁰ Der Beitragssatz der GRV erhöht sich dabei auf rund 26 %, der Beitragssatz der GKV (inkl. Zusatzbeiträge) auf rund 19 %. Die Beitragssätze der Pflege- und Arbeitslosenversicherung liegen jeweils um 5 %.

zu einer insgesamt eher „pessimistischen“ Variante, so ergibt sich bis 2060 statt dessen eine Zunahme auf rund 45 % einerseits, auf etwas über 60 % andererseits – jeweils zusätzlich zur anfallenden Lohn- oder Einkommensteuer.¹¹ Zumindest in der Referenzvariante und in der pessimistischen Variante erscheinen die sich abzeichnenden Belastungen der inländischen Wertschöpfung mit entsprechenden Lohn- und Lohnnebenkosten, z. B. im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Produkte mit denen weniger stark alternder entwickelter Volkswirtschaften, als kaum tragbar.

3 Effekte für die öffentlichen Finanzen

Die Ausgaben der in Kapitel 2 betrachteten Sozialversicherungen addieren sich – bereinigt um Zahlungen zwischen den einzelnen Zweigen, die nicht doppelt gezählt werden dürfen – derzeit (2014) auf 16,2 % des BIP (oder rund 37 % aller öffentlichen Ausgaben). In der Referenzvariante erhöhen sie sich bis 2060 um rund 6,5 Prozentpunkte auf zuletzt knapp 23 % des BIP. In den zusammenfassenden, insgesamt eher optimistischen oder eher pessimistischen Alternativvarianten ergibt sich ein Anstieg dieser BIP-Quote um rund 2,5 bzw. rund 10 Prozentpunkte. Nimmt man – vereinfachend bzw. mangels genauerer Untersuchungen – an, dass alle sonstigen öffentlichen Ausgaben von der demografischen Alterung unbeeinflusst und daher in Prozent des laufenden BIP konstant bleiben, übertragen sich die hier ermittelten Steigerungen, gemessen in Prozentpunkten, Eins zu Eins auf die BIP-Quote der gesamten „primären Ausgaben“ (ohne Zinszahlungen) des Staates.

Für einige öffentliche Einnahmen, nämlich die Sozialbeiträge, wurde hier ebenfalls ein Anstieg aufgrund der demografischen Alterung projiziert. In den weiteren Berechnungen wird davon zunächst wieder abgesehen, nicht im Sinne einer Vereinfachung, sondern als Rechenkonvention für die Analyse der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Dabei wird zuerst die Höhe einer etwaigen „Tragfähigkeitslücke“ bestimmt, die sich allein aus der projizierten Ausgabendynamik ergibt. Erst auf dieser Basis kann darüber nachgedacht werden, wie eine solche Lücke – u. a. mit Hilfe erhöhter Beitragssätze und/oder verminderter Leistungen – gegebenenfalls zu schließen ist. Unterstellt man in diesem Sinne, dass auch alle

11 Die Entwicklung solcher Steuern wird in den Projektionen nicht betrachtet. Wenn sich an den sonstigen öffentlichen Ausgaben in Relation zum BIP nichts ändert, müssen aus Steuereinnahmen zumindest auch die gleichfalls zunehmenden Bundeszuschüsse zu den Sozialversicherungen (v. a. zur GRV) aufgebracht werden.

öffentlichen Einnahmen in Prozent des laufenden BIP konstant bleiben, führen die projizierten Ausgabensteigerungen unmittelbar zu einer Erhöhung der BIP-Quote des „primären Finanzierungsdefizits“.¹² Es ergeben sich also rechnerische Effekte der demografischen Alterung für die öffentlichen Finanzen im Ganzen.

3.1 Staatsverschuldung

Durch die hier projizierten Effekte der demografischen Alterung für die Ausgaben der Sozialversicherungen kann sich eine „Tragfähigkeitslücke“ der öffentlichen Finanzen ergeben. Die Höhe dieser Lücke wird hier nach einer auf EU-Ebene entwickelten Methodik bestimmt, die zum laufenden, multilateralen Monitoring der Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten eingesetzt wird (vgl. EU Economic Policy Committee 2003; zuletzt: European Commission 2016). Grundlage dafür sind Projektionen zur Entwicklung einzelner Ausgabenquoten, die anschließend – wie gerade erläutert – in eine rechnerische Entwicklung des primären Finanzierungsdefizits je BIP übertragen werden.

Erhöhungen der primären Defizitquote gegenüber dem Ausgangswert erhöhen im ersten Jahr unmittelbar die gesamte Defizitquote (einschließlich Zinszahlungen) des Staates sowie die Schuldenstandsquote. In allen Folgejahren fallen für den höheren Schuldenstand jeweils auch höhere Zinszahlungen an, die – bei unveränderter Einnahmenquote des Staates – sowohl auf die Defizitquote als auch auf die Schuldenstandsquote zurückwirken. Effektiv können diese beiden finanzpolitischen Kennziffern daher in eine selbstverstärkende Interaktion geraten, bei der der Schuldenstand, getrieben von ständig steigenden primären Defizitquoten, regelrecht „explodiert“.

Genau dies ergibt sich, wenn auch im unterschiedlichen Maße, für alle hier betrachteten Varianten der Ausgabenprojektionen (vgl. Abb. 5). Wegen einer vergleichsweise günstigen Haushaltslage am aktuellen Rand und einer noch geraume Zeit anhaltend günstigen Wirtschaftsentwicklung geht die Schuldenstandsquote in der Referenzvariante von zuletzt (2014) rund 75 % des BIP zwar bis etwa 2030 noch erkennbar zurück. Anschließend beginnt sie aber immer schneller zu steigen und erreicht zum Ende des Projektionszeitraums nicht weniger als 215 % – mit weiter steigender Tendenz, falls die Effekte der demografischen Alterung für die öffentlichen Ausgaben danach nicht wieder verschwinden. In der optimistischen Variante

12 Um Verwirrung über die Richtung der Effekte zu vermeiden, wird hier durchgängig von (primären) Finanzierungsdefiziten gesprochen, auch wenn diese – wie derzeit – negativ, d.h. Überschüsse, sein können.

sieht der Verlauf der Schuldenstandsquote zwar günstiger aus. Ohne grundlegende Trendwende bei der Ausgabenentwicklung setzt sich der Wiederanstieg auf zuletzt rund 70 % nach 2060 aber ebenfalls immer weiter fort. Eine anschauliche Illustration der möglichen „Explosion“ der Schuldenstandsquote liefert die pessimistische Variante, mit einem sich ständig beschleunigenden Anstieg auf rund 380 % bis 2060.

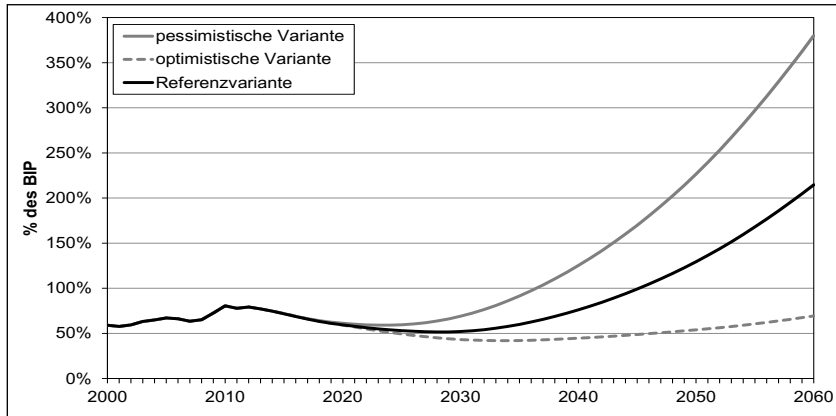


Abb. 5 Gesamtstaatlicher Schuldenstand

Quellen: Statistisches Bundesamt (Ist-Daten bis 2014); SIM.13.

3.2 Tragfähigkeitslücke

Die öffentlichen Finanzen gelten als langfristig tragfähig, wenn der Staat in der Lage ist, seine intertemporale Budgetbeschränkung einzuhalten. Der Staatshaushalt hat demnach zwar in jedem einzelnen Jahr Spielräume zur Verschuldung, die er für verschiedene Zwecke nutzen kann. Er muss aber stets in der Lage sein, alle seine zukünftigen Ausgaben und auch den bereits aufgelaufenen Schuldenstand durch zukünftige Einnahmen zu decken (Blanchard 1990).

Eine einfache Kennziffer dafür, wie weit der Staat davon unter Berücksichtigung der Effekte der demografischen Alterung für seine zukünftigen Ausgaben entfernt ist, ist die sogenannte „Tragfähigkeitslücke“.¹³ Sie misst, um wieviel Pro-

13 In aktuellen Arbeiten der EU-Kommission wird die hier verwendete Definition mit dem Kürzel „S2“ bezeichnet – neben anderen Definitionen, die weniger strikt sind und

zent des BIP der aus den Ausgabenprojektionen ermittelte Zeitpfad des primären Finanzierungsdefizits korrigiert – d.h. parallel nach unten verschoben – werden müsste, damit die Bedingung für tragfähige Finanzen eingehalten werden kann. Praktisch entspricht dies einer Konsolidierung des Staatshaushalts durch Erhöhung der Einnahmen, Senkung der Ausgaben oder eine Mischung beider Strategien um einen festen Prozentsatz des BIP, die sofort vorgenommen und anschließend dauerhaft eingehalten wird. Die Schuldenstandsquote konvergiert dann zum Ende des Projektionszeitraums gegen einen „tragfähigen“ Wert, der dauerhaft konstant gehalten werden kann, wenn auch die primäre Defizitquote anschließend konstant bleibt, d. h. wenn sich die Effekte der Alterung nicht noch weiter verstärken oder wieder nachlassen.

Für die Referenzvariante ergibt sich eine Tragfähigkeitslücke in Höhe von 3,2 % des BIP. Die Vergleichswerte für die „optimistische“ und die „pessimistische“ Variante lauten 0,7 % bzw. 5,8 %. Die öffentlichen Finanzen erscheinen also in keinem Fall als tragfähig, die Lücke ist unter variierenden Annahmen lediglich verschieden groß. U. a. deswegen erscheinen Projektionen wie diese als sinnvoll: nicht als Punktschätzung, sondern als klare Trendaussage. Ein Konsolidierungsbedarf in Höhe von 3,2 % des BIP entspricht, ausgehend von Werten für das Jahr 2014, rund 95 Mrd. Euro im Jahr oder 7,5 % der gesamtstaatlichen Ausgaben. Anpassungen dieser Größenordnung einzuleiten und Jahr um Jahr durchzuhalten, erfordert demnach enorme haushaltspolitische Anstrengungen.

Konzeptionell ist die Höhe der Tragfähigkeitslücke unabhängig davon, ob sie durch höhere öffentliche Einnahmen oder durch geringere Ausgaben geschlossen wird. Effektiv könnten die Wirkungen dieser beiden Strategien jedoch asymmetrisch sein. Im Falle erhöhter Einnahmen können sich ungünstige Rückwirkungen auf Beschäftigung und Wachstum ergeben, durch die der Konsolidierungsbedarf weiter ansteigt. Im Falle von Ausgabensenkungen hängt dies stark von der Art der betroffenen Ausgaben ab und lässt sich prinzipiell vermeiden. So steigt die Tragfähigkeitslücke in der Referenzvariante nach den hier angestellten Projektionen auf 4,6 % des BIP und in den optimistischen oder pessimistischen Alternativvarianten auf 0,9 % bzw. 8,0 %, wenn die Beitragssätze der Sozialversicherungen tatsächlich so erhöht werden wie zuvor ermittelt. Durch diese Beitragserhöhungen werden die Lücken dabei jeweils noch nicht geschlossen.

4 Handlungsoptionen

Welche Handlungsmöglichkeiten bestehen, um die öffentlichen Finanzen in Deutschland trotz der hier projizierten Effekte der demografischen Alterung langfristig tragfähig zu halten, kann hier abschließend nur thesenhaft behandelt werden. Angesichts der Dimension der sich abzeichnenden finanziellen Anspannungen im sozialen Sicherungssystem ist dafür sicherlich ein Maßnahmenbündel erforderlich, nicht ein einzelner Reformschritt. Auch werden sich die Probleme, die in den Sozialversicherungen zu Tage treten, nicht allein innerhalb dieser Systeme bewältigen lassen. Dies würde entweder untragbare Erhöhungen der Beitragssätze oder aber eine weitgehende Erosion der dort verfolgten Sicherungsziele erfordern. Gleichwohl werden sich diese Systeme und viele andere Institutionen von Staat und Gesellschaft unter dem Druck der Demografie verändern müssen, um einen sowohl ökonomisch als auch politisch gangbaren Weg durch die bevorstehende Phase der akuten demografischen Alterung zu finden.

Effektiv gibt es viele Stellschrauben, um den Herausforderungen durch die demografische Alterung zu begegnen, angefangen von der Demografie über den Arbeitsmarkt bis hin zur Ausgestaltung der sozialen Sicherung. Zuwanderung kann bei der Bewältigung der absehbaren Probleme hilfreich sein, und zwar besser in Form eines kontinuierlich hohen Wanderungssaldos als bei einem vorübergehenden Migrationsschub binnen weniger Jahre. Eine Erhöhung der jahrzehntelang niedrigen Fertilität wirkt sich nur sehr langsam günstig aus – so richtig erst jenseits des Zeithorizonts der hier angestellten Projektionen. Aber sie bietet letztlich die einzige Chance, nach 2035/40 eine nachhaltige Trendwende beim Alterungsprozess einzuleiten.

Eine wichtige Voraussetzung dafür, dass solche Entwicklungen die Tragfähigkeit des sozialen Sicherungssystems und der öffentlichen Finanzen erhöhen, ist, dass der Arbeitsmarkt in Zukunft flexibel und aufnahmefähig bleibt. Ganz generell gilt es, die Erwerbslosigkeit niedrig halten, und zwar gegebenenfalls auch trotz steigender Sozialabgaben und/oder Steuern, und die geschlechts- und altersspezifischen Erwerbsquoten zu erhöhen, wo dafür derzeit noch Reserven bestehen. Konkret ist dies am ehesten bei Frauen mittleren Alters der Fall – mit Auswirkungen auf Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (oder Bildung und Familie) und auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung – sowie bei Personen im fortgeschrittenen Erwerbsalter. Gewisse Veränderungen in beiden Bereichen sind in den hier angestellten Projektionen allerdings bereits berücksichtigt.

Wenn sich die hier aufgezeigten Finanzprobleme allein innerhalb der Sozialversicherungen nicht auffangen lassen, sind alle Spielräume zu prüfen, sonstige Staatsausgaben zu reduzieren, um im gesamtstaatlichen Haushalt Raum für die

Effekte der demografischen Alterung zu schaffen. Trotzdem wird es sich kaum umgehen lassen, das jetzige oder das für die Zukunft absehbare Sicherungsniveau in allen Zweigen der sozialen Sicherung auf den Prüfstand zu stellen. Neue oder höhere Leistungen kommen ab sofort wohl bestenfalls in Betracht, um damit Anpassungen zu befördern, die das System langfristig demografiefester machen oder um besondere Härten bei der Umsetzung der nötigen Reformen zu mildern.¹⁴ Wenn umlagefinanzierte Sozialversicherungen im Zuge der demografischen Alterung schlicht keine ausreichende Grundlage mehr bieten, angemessene Sicherungsziele zu verfolgen, bleibt als Ausweg schließlich, den bei der Alterssicherung mit der Rentenreform 2001 – etwas halbherzig – begonnenen Weg zu mehr ergänzender Kapitaldeckung weiter zu entwickeln. Wichtig ist allerdings, dass dieser Schritt nicht nur formell vollzogen wird, sondern dass sich messbare Effekte für gesamtwirtschaftliche Ersparnis, (Real-)Investitionen und Staatsausgaben ergeben. Kapitalgedeckte Vorsorge bringt neue Risiken mit sich, eröffnet zugleich aber die Möglichkeit, die zur Finanzierung der sozialen Sicherung anfallenden Lasten anders über die Zeit und über die betroffenen Generationen zu verteilen als im Umlageverfahren und sie zumindest teilweise von der heimischen Demografie zu entkoppeln. Weitere Schritte in diese Richtung müssten allerdings bald erfolgen, weil Kapitaldeckung – anders als Umlagefinanzierung – immer eine gewisse Ansparzeit erfordert und die Phase akuter Alterung bereits nahe herangerückt ist.

Zwar gibt es kein einzelnes wirksames Gegenmittel gegen die Effekte der demografischen Alterung für die Sozialfinanzen. Eine Schlüsselrolle kommt jedoch wohl politischen und auch gesellschaftlichen Änderungen zu, bei denen die Altersgrenze zwischen aktiver Phase und Nach-Erwerbsphase neu gezogen wird. Konkret bedeutet dies, dass die laufende Erhöhung der Regelaltersgrenze der Rentenversicherung nach 2031 konsequent fortgesetzt werden sollte. Dies muss nicht nur rein rechtlich geschehen, sondern auch tatsächlich, d. h. zu entsprechenden Verhaltensänderungen führen. In gewisser Weise lässt sich den Trägheiten demografischer Prozesse ein Schnippchen schlagen, wenn wir sowohl in der Selbst- als auch in der Fremdwahrnehmung neu definieren, was „Alter“ ist und v. a. wann es beginnt.

14 Diesen Anforderungen genügen unter den Elementen des „Rentenreformpakets 2014“ (vgl. Fn. 3) z. B. wohl nur die vorgenommenen Leistungsverbesserungen bei den Erwerbsminderungsrenten.

Literatur

- Blanchard, Olivier J. 1990. *Suggestions for a New Set of Fiscal Indicators*. Working Paper 79. Paris: OECD Economics Department.
- Breyer, Friedrich. 2015. Demographischer Wandel und Gesundheitsausgaben: Theorie, Empirie und Politikimplikationen. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 16 (3): 215-230.
- Breyer, Friedrich, Volker Ulrich. 2000. Gesundheitsausgaben, Alter und medizinischer Fortschritt: Eine Regressionsanalyse. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 220 (1): 1-17.
- Economic Policy Committee. 2003. *The Impact of Ageing Populations on Public Finances: Overview of Analysis Carried out at an EU Level and Proposals for a Future Work Programme*. http://europa.eu/epc/pdf/pensionmaster_en.pdf. Zugriffen: 10. März 2016.
- European Commission. 2016. *Fiscal Sustainability Report 2015*. European Economy Institutional papers No. 18.
- Statistisches Bundesamt. 2015. *Bevölkerung Deutschlands bis 2060: 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Werdning, Martin. 2013. *Modell für flexible Simulationen zu den Effekten des demographischen Wandels für die öffentlichen Finanzen in Deutschland bis 2060: Daten, Annahmen und Methoden*. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.
- Werdning, Martin. 2014. *Demographischer Wandel und öffentliche Finanzen: Langfrist-Projektionen 2014–2060 unter besonderer Berücksichtigung des Rentenreform-Pakets der Bundesregierung*. Arbeitspapier, Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, No. 01/2014. <http://econstor.eu/bitstream/10419/103838/1/804391270.pdf>. Zugriffen: 11. März 2016.
- Werdning, Martin. 2016. *Modellrechnungen für den vierten Tragfähigkeitsbericht des BMF*. FiFi-Berichte Nr. 20. Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln. <http://www.fifo-koeln.org/images/stories/fifo-bericht%2020%20werding.pdf>. Zugriffen: 11. März 2016.

Der demografische Wandel läuft und läuft

Ohne regionale Anpassungsstrategien geht es nicht

Steffen Maretzke

Zusammenfassung

Der demografische Wandel vollzieht sich in den Regionen mit sehr unterschiedlicher Intensität und in starker Abhängigkeit von den ökonomischen, sozialen und siedlungsstrukturellen Potenzialen der Regionen. Besonders betroffen sind dabei strukturschwache Regionen, in denen sich starke Schrumpfungsprozesse und eine geringe Einwohnerdichte paaren und/oder die einen hohen Internationalisierungsgrad ihrer Bevölkerung aufweisen. Diese Regionen sind meist überfordert, aktiv und gestaltend auf diese Herausforderungen zu reagieren, weil ihnen die finanziellen und personellen Potenziale dafür fehlen. Die Demografiestrategie der Bundesregierung, die sich den vielfältigen demografischen Herausforderungen aktiv stellt, sollte auch für diese besonders vom demografischen Wandel betroffenen Regionen geeignete Lösungsansätze bieten.

Schlüsselwörter

Demografischer Wandel, Region, Wanderung, Fertilität, Schrumpfung, Alterung, Internationalisierung, Demografiestrategie, Analyse, Prognose

1 Einleitung

Seit Anfang der 1970er Jahre sichert das Geburtenniveau in Deutschland den Ersatz der Elterngeneration nicht mehr, während die Lebenserwartung der Männer und Frauen immer weiter steigt. Demografische Schrumpfungs- und Alterungs-

531

prozesse, die langfristig aus dieser Veränderung resultieren, können einzig durch Wanderungsgewinne vermindert oder ins Gegenteil (Wachstum, Verjüngung) umgekehrt werden.

Tatsächlich konnte Deutschland, das ein attraktives und wirtschaftsstarkes Land ist, in den letzten Jahren z.T. beachtliche Wanderungsgewinne gegenüber dem Ausland realisieren. Im Ergebnis erhöhte sich von 1970 bis 2014 die Bevölkerungszahl um 3,1 Mio., auf 81,2 Millionen Einwohner. Und dies trotz latenter Sterbeüberschüsse seit 1972. Der demografische Alterungsprozess konnte durch diese Außenwanderungsgewinne ebenfalls abgeschwächt werden, weil diese Wanderungen vergleichsweise stärker von jungen Menschen getragen werden (vgl. Abb. 1).

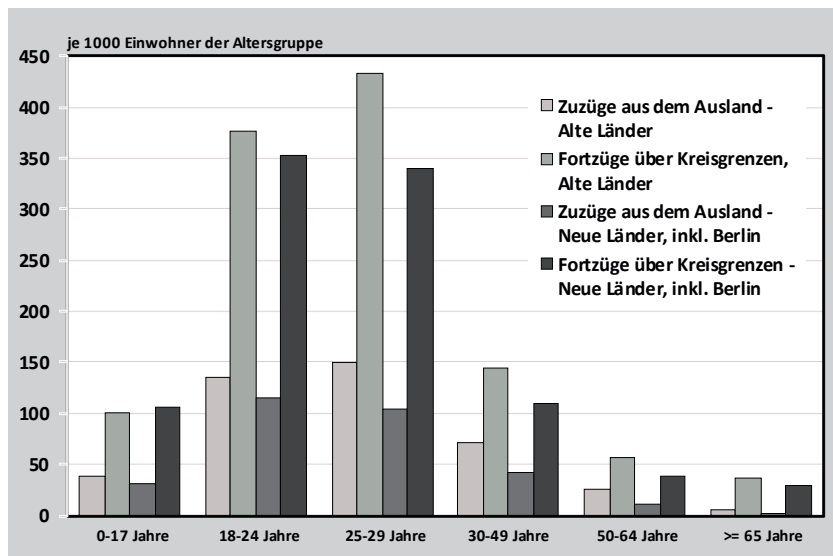


Abb. 1 Altersselektivität der Wanderungen 2009 bis 2013, Alte und neue Länder

Quelle: Laufende Raumbeobachtung des BBSR, eigene Berechnungen

Da sich das Durchschnittsalter der Bevölkerung in diesem Zeitraum kontinuierlich weiter erhöhte, konnten die Wanderungsgewinne die demografische Alterung allerdings nur etwas bremsen.

Im regionalen Kontext gestalten sich diese Prozesse von Wachstum, Schrumpfung und demografischer Alterung erheblich vielfältiger. Hier wird die Wanderungskom-

ponente noch um das Thema Binnenwanderung erweitert, aus der z. T. beachtliche Umverteilungsprozesse innerhalb Deutschlands resultieren. Insbesondere dann, wenn sich diese Wanderungen langfristig sehr einseitig gestalten, können die betroffenen Räume massiv in ihrer demografischen Entwicklung gestärkt (Wanderungsgewinner) oder geschwächt (Wanderungsverlierer) werden, weil die Außen-, vor allem aber die Binnenwanderungen sehr altersselektiv sind.

Tatsächlich sind solch langfristig relativ einseitig verlaufende Wanderungsprozesse für viele Räume in Deutschland typisch. Dabei gestalten sich gerade die Binnenwanderungen in sehr direkter Abhängigkeit von der Strukturstärke oder –schwäche einer Region, wobei wirtschaftlich boomende Regionen bevorzugte Wanderungsziele und die strukturschwächeren eher Schwerpunkte der Abwanderung sind. Im Ergebnis haben diese Wanderungen die Altersstruktur der Bevölkerung in den betroffenen Räumen so stark modifiziert, dass die Altersstruktur der Bevölkerung selbst zu einem wichtigen Faktor regional differenzierter Bevölkerungsentwicklung wurde. Dieser Fakt wird oftmals außer Acht gelassen, obwohl er für viele Regionen prägend ist.

Im Rahmen dieses Beitrages sollen wesentliche Herausforderungen für Politik und Gesellschaft skizziert werden, die sich vor allem aus der regional differenzierten Bevölkerungsentwicklung ableiten. Denn im regionalen Kontext zeigen sich extreme Ausprägungen demografischer Strukturen und Trends, die die betroffenen Regionen vor demografische Herausforderungen stellen, die sich aus der Gesamtentwicklung in Deutschland gar nicht ableiten lassen. Wesentliche demografische Herausforderungen, die hier für Regionen identifiziert werden, sollen im Weiteren ersten Arbeitsergebnissen der Bundesregierung gegenübergestellt werden, die sich im Rahmen ihrer Demografiestrategie (Demografiestrategie 2013, S. 52) gezielt mit den besonders vom demografischen Wandel betroffenen Regionen auseinandersetzt. Von Interesse ist dabei vor allem, wie diese Problemräume abgegrenzt, welche Herausforderungen besonders thematisiert werden und wie diesen Räumen langfristig geholfen werden soll.

2 Wesentliche Herausforderungen

Die vielfältigen, z. T. völlig konträren Herausforderungen, die sich aus dem demografischen Wandel für einzelne Regionen ableiten, wurden bereits in zahlreichen Arbeiten ausführlich diskutiert (Berkel et al. 2002; BMI 2011; Gatzweiler/Schlömer 2008; Kirchgässner 2005; Mai/Scharein 2009; Maretzke 1995-2013; Outreville 2001). Demnach verändert der demografische Wandel das Bevölkerungspotenzial einer

Region zum einen quantitativ, also über die Bevölkerungszahl und zum anderen qualitativ, über selektive Modifizierungen der Alters- und Geschlechterstruktur.

Im Wesentlichen lassen sich hier die folgenden Herausforderungen des demografischen Wandels identifizieren, die in starker Wechselwirkung miteinander stehen und aus denen sich für Politik und Gesellschaft im regionalen Kontext ein mehr oder weniger starker Handlungsbedarf ableitet:

- das quantitative Niveau der Bevölkerungsentwicklung (Wachstum vs. Schrumpfung);
- die selektiven Wirkungen der Wanderungsprozesse;
- die Zunahme von Disproportionen in der Geschlechterstruktur;
- die Intensität der demografischen Alterung sowie
- der wachsende Internationalisierungsgrad der Bevölkerung.

Unterzieht man diese Herausforderungen einer zusammenfassenden Bewertung, indem man für jede einzelne einen repräsentativen Indikator entwickelt und diese Indikatoren über einen kumulativen Index zusammenfasst (vgl. Tabelle 1), ist es möglich die mehr oder weniger starke Betroffenheit der Regionen von demografischen Herausforderungen zu beschreiben.

Tab. 1 Bewertung demografischer Herausforderungen

Demografische Herausforderungen	eher günstig	eher ungünstig
Quantitatives Niveau der Bevölkerungsentwicklung	Bevölkerungswachstum	Bevölkerungsrückgang
selektive Wirkungen der Wanderungsprozesse	Wanderungsgewinne	Wanderungsverluste
Disproportionen in der Geschlechterstruktur	ausgeglichene Geschlechterstruktur	starke Männerüberschüsse
Intensität demografischer Alterung	niedriges Durchschnittsalter	hohes Durchschnittsalter
Internationalisierungsgrad der Bevölkerung	niedriger Anteil an Personen mit Migrationshintergrund	hoher Anteil an Personen mit Migrationshintergrund

Die hier vorgestellten Bewertungsmaßstäbe wurden vor allem mit Blick auf die wirtschaftliche, soziale und demografische Entwicklung einer Region getroffen. Dabei fiel die Bewertung der Dimensionen „Niveau der Bevölkerungsentwick-

lung“, „selektive Wirkungen der Wanderungsprozesse“ und „Disproportionen in der Geschlechterstruktur“ noch relativ leicht. Zum einen, weil Wachstum und Wanderungsgewinne eng zusammenhängen und selektive Wanderungen sich ja gerade dadurch auszeichnen, dass vor allem junge und gut ausgebildete Personen ihren Wohnort wechseln, wovon die Arbeitsmärkte der Zuzugsregionen klar profitieren. Zum anderen, weil starke Männerüberschüsse Ausdruck einer Deformierung des demografischen Potenzials sind, die sich zudem limitierend auf die Geburtenzahlen auswirken.

Weniger leicht fiel die Bewertung der Dimensionen „Intensität demografischer Alterung“ und „Internationalisierungsgrad der Bevölkerung“. So führt die demografische Alterung zu einer Minderung der Zahl der Frauen im reproduktiven Alter, wie zu einer Verringerung des Anteils junger Erwerbspersonen, wobei sich letzteres u. a. auf das regionale Potenzial innovativer Leistungsträger auswirken kann. Zudem setzt der Arbeitsmarkt noch immer das klare Signal, dass ältere Arbeitnehmer im Wettbewerb um Arbeitsplätze schlechtere Karten als jüngere haben. Natürlich gibt es auch Stimmen, die stärker auf die Potenziale demografischer Alterung hinweisen. Diese verweisen u. a. auf den Erfahrungshintergrund älterer Arbeitnehmer, auf die steigende Zahl aktiver und gesunder Rentner/Pensionäre u. a. m. Mit Blick auf die direkten Auswirkungen auf das demografische Potenzial und die Arbeitsmarktsituation älterer Arbeitnehmer wurde hier die höhere Intensität demografischer Alterung letztendlich aber als eher ungünstig bewertet. Ähnlich problematisch gestaltet sich die Bewertung der Dimension „Internationalisierungsgrad der Bevölkerung“. Der zentrale Träger der Internationalisierung der Bevölkerung ist die Zuwanderung aus dem Ausland. Einerseits wird von vielen betont, dass man die Zuwanderung der Menschen im Kontext demografischer Schrumpfungsprozesse und des zunehmenden Fachkräftemangels (BMVI 2015, MORO-Praxis 1/2015: 17) als Chance begreifen muss. Andererseits bringt die Zuwanderung erhebliche Integrationslasten mit sich, weil viele der Zugewanderten nur gering qualifiziert sind. Gerade im Niedriglohnsektor kann diese Zuwanderung den Lohndruck verschärfen und das Arbeitsplatzrisiko erhöhen (vgl. Sinn 2015). Mit Blick auf den Arbeitsmarkt zeigt sich zudem, dass die Integration ausländischer Arbeitnehmer in allen Regionen schwierig ist, denn sie sind durchgängig von einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit betroffen. Bundesweit waren im Februar 2016 16,1 Prozent der ausländischen zivilen Erwerbspersonen arbeitslos (Deutsche 5,7 %), wobei es in Ostdeutschland deutlich mehr (24,0 %) als in Westdeutschland waren (15,3 %) (Bundesagentur für Arbeit 2016: 53f.). Diese Ost-West-Unterschiede verdeutlichen zudem, dass der Erfolg der Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern auch von der Leistungsfähigkeit regionaler Arbeitsmärkte abhängig ist, wobei boomende, strukturstarke Regionen deutlich erfolgreicher als strukturschwache sind.

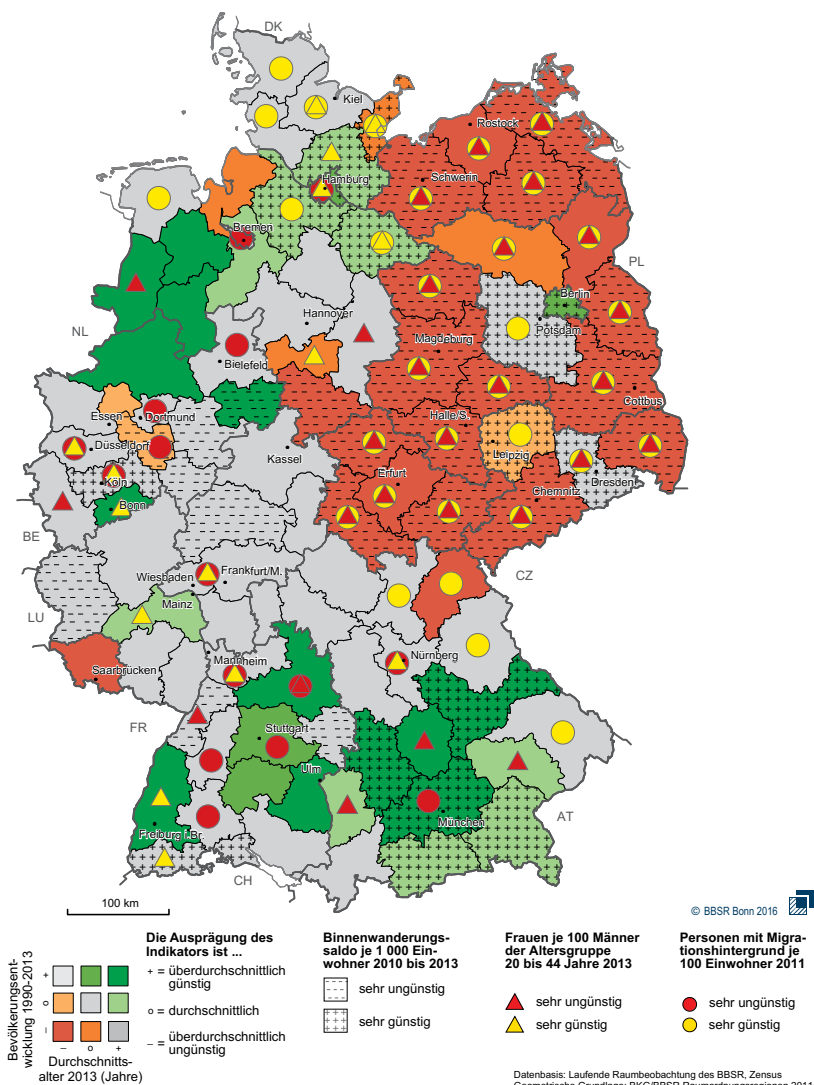
3 Starke regionale Disparitäten

Karte 1 zeigt, dass die Raumordnungsregionen¹ sehr unterschiedlich von diesen demografischen Herausforderungen betroffen sind. Zum einen gibt es viele Regionen, in denen sich eher günstige Ausprägungen der Herausforderungen des demografischen Wandels kumulieren (u. a. München, Oldenburg, Schleswig-Holstein Süd, Regensburg, Südlicher Oberrhein). Diese liegen fast alle in den alten Bundesländern. Zum anderen konzentrieren sich auf viele Regionen eher ungünstige Ausprägungen demografischer Herausforderungen (u. a. Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, Oberlausitz-Niederschlesien, Altmark, Südsachsen, Südthüringen, Lausitz-Spreewald, Mecklenburgische Seenplatte). Auch wenn sich die Extreme dieser ungünstigen Ausprägungen klar auf die ostdeutschen Regionen konzentrieren, finden sich auch in den alten Ländern einige Regionen mit einer eher ungünstigen demografischen Situation. Zu nennen wären hier die Regionen Bochum/Hagen, Emscher-Lippe, Saar, Westpfalz und Bremerhaven.

Letztendlich zeigt sich in diesem regionalen Betroffenheitsmuster, dass sich die demografischen Strukturen und Trends in starker Abhängigkeit von der strukturellen Stärke oder Schwäche einer Region gestalten. Die Regionen, die eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung realisieren, weisen auch einen attraktiven Arbeitsmarkt mit einer stabilen Arbeitskräftenachfrage und einem niedrigem Arbeitslosigkeitsniveau auf, was sich per Saldo in stabilen Binnen- und Außenwanderungsgewinnen und einem niedrigen Durchschnittsalter der Bevölkerung niederschlägt. In den weniger strukturstarken Regionen ist genau das Gegenteil der Fall. Ihre strukturellen Schwächen schlagen sich in einem niedrigen Niveau der Wertschöpfung, relativ hohen Arbeitslosenquoten, stabilen Binnenwanderungsverlusten und einer ungünstigen demografischen Situation nieder. Für diese Regionen sind entsprechend starke Schrumpfungsprozesse und eine hohe Intensität der demografischen Alterung typisch.

1 Raumordnungsregionen (ROR) setzen sich in der Regel aus mehreren Kreisen zusammen. Sie stellen das Beobachtungs- und Analyseraster der Bundesraumordnung dar und bilden u. a. den räumlichen Bezugsrahmen für

- großräumige Analysen der raumstrukturellen Ausgangslage,
- großräumige Analysen der raumwirksamen Bundesmittel,
- Prognosen der großräumigen Entwicklungstendenzen,
- Aussagen über großräumige Disparitäten im Bereich der Infrastruktur und der Erwerbsstruktur.



Karte 1 Strukturen und Trends des demografischen Wandels, 1990 bis 2013

Stellvertretend seien hier die Herausforderungsprofile der Raumordnungsregionen München und Anhalt-Bitterfeld dargestellt, die bundesweit die Extremwerte demografischer Herausforderungen repräsentieren (vgl. Abb. 2).

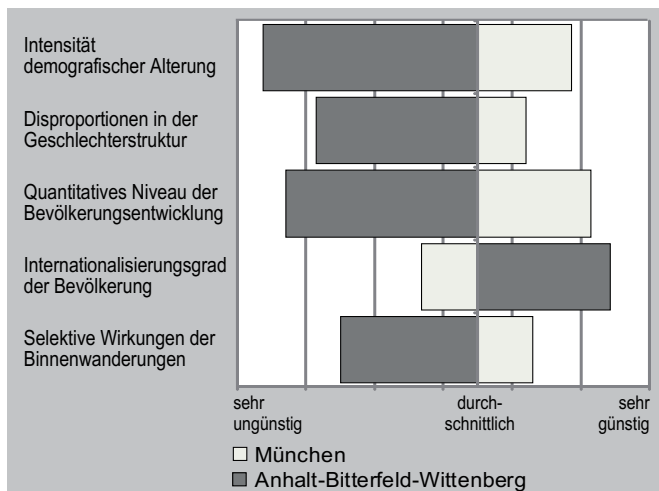


Abb. 2 Niveau demografischer Herausforderungen*

* Für jede demografische Herausforderung wurde ein Indikator berechnet (siehe Karte 1), der standardisiert und in seiner Wertausrichtung gegebenenfalls so gedreht wurde, dass ein hoher Indikatorwert für eine eher günstige Ausprägung des Indikators steht und vice versa. Dadurch werden sie miteinander vergleichbar.

Quelle: Laufende Raumbeobachtung des BBSR, eigene Berechnungen

Die *Region München* weist bundesweit das niedrigste Niveau an demografischen Herausforderungen auf. Im Zeitraum von 2000 bis 2013 stieg die Bevölkerungszahl der Region um 19,4 Prozent. Basierend auf einer hohen Wirtschaftskraft (2012 = 82.051 € Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Erwerbstätigen) und einem niedrigen Arbeitslosigkeitsniveau (2013 = 4,0 Arbeitslose je 100 zivile Erwerbspersonen (JD)) realisiert die Region seit langem stabile Binnenwanderungsgewinne, wodurch das regionale Bevölkerungswachstum auf direktem und indirektem Wege gestärkt wird. Direkt, weil die Bevölkerungszahl infolge dieser Gewinne steigt, von 2010 bis 2013 um 8,9 Personen je 1000 Einwohner. Indirekt infolge der selektiven Wirkungen der Wanderungen, weil viele der jungen zugewanderten Frauen ihren Nachwuchs in der Zuzugsregion München zur Welt bringen. Da Jüngere und Frauen an den

Zuwanderungen vergleichsweise stärker partizipieren gestaltet sich die Geschlechterstruktur der 20 bis 44-Jährigen im Jahr 2013 relativ ausgeglichen (102,4 Frauen je 100 Männer), während das Durchschnittsalter der Bevölkerung mit 42,3 Jahren deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Weil sich die Außenwanderungsgewinne schon lange auf diese Region konzentrieren (2010 bis 2013 = +39,1 Personen je 1000 Einwohner) lag 2011 der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund mit 25,4 % in der Region München auch weit über dem Durchschnitt. Naturgemäß leiten sich aus dieser Entwicklung auch höhere Integrationsbedarfe ab. Für eine strukturstarke Region sollten diese allerdings leistbar sein, zumal viele dieser Personen relativ unproblematisch integrierbar sind.

In der Raumordnungsregion *Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg* gestaltet sich die Situation in jedem demografischen Herausforderungsfeld völlig konträr zur Münchener Situation. Von 2000 bis 2013 schrumpfte in dieser Region die Bevölkerungszahl um 26,4 Prozent. Im Ergebnis einer weit unterdurchschnittlichen Wirtschaftskraft (2012 = 51.216 € BIP je Erwerbstätigen) und einem sehr hohen Arbeitslosigkeitsniveau (2013 = 11,4 Arbeitslose je 100 zivile Erwerbspersonen (JD)) realisiert die Region seit langem hohe Binnenwanderungsverluste (2010 bis 2013 = -22,2 Personen je 1000 Einwohner). Diese Binnenwanderungsverluste forcieren die demografischen Schrumpfungsprozesse der Region, zusätzlich zu den Gestorbenenüberschüssen. Die abgewanderten jungen Frauen sind der Region auch für die Stabilisierung ihrer demografischen Situation verloren gegangen, weil viele dieser Frauen ihren Nachwuchs erst an ihrem neuen Wohnort (z. B. München) zur Welt bringen. Die selektiven Wirkungen dieser Wanderungsverluste hinterließen auch deutliche Spuren in der Geschlechterstruktur der 20 bis 44-Jährigen (2013 = 86,9 Frauen je 100 Männer), während das Durchschnittsalter der Bevölkerung 2013 bereits bei 48,8 Jahren liegt. Unter den Raumordnungsregionen in Deutschland ist dies der absolute Spitzenwert. Weil diese Region, auch aufgrund ihrer ostdeutschen Geschichte, bislang kaum von Außenwanderungsgewinnen profitierte (2010 bis 2013 = + 2,7 Personen je 1000 Einwohner) liegt der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund hier auch sehr weit unter dem Bundesdurchschnitt (2011 = 3,2 %). Abgeleitet aus den bislang eher geringen Integrationsbedarfen, haben die Akteure dieser Region auch nur wenig Erfahrung mit der Integration von Ausländern in ihre regionalen Teilmärkte (Arbeiten, Wohnen ...).

Die Entwicklung in den Regionen zeigt, dass sich der demografische Wandel in starker Abhängigkeit von der strukturellen Stärke oder Schwäche einer Region vollzieht. Statistische Analysen auf Ebene der Raumordnungsregionen belegen dies. Danach fällt in einer Region die Bevölkerungsentwicklung umso günstiger, die Intensität der demografischen Alterung umso schwächer und der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund umso höher aus, je stärker die Wirtschaft

und je niedriger das Arbeitslosigkeitsniveau ist.² Siedlungsstrukturelle Indikatoren weisen dagegen deutlich schwächere Wechselwirkungen zu den hier betrachteten demografischen Strukturen und Trends auf. Entsprechend stellen sich die regionalen Disparitäten der demografischen Prozesse und Strukturen auch nicht in der Stadt-Land-Dimension dar. Vielmehr gibt es städtische und ländliche Räume, die je nach ihrer strukturellen Situation wachsen oder schrumpfen.

In einer aktuellen Arbeit hat der Autor dies am Beispiel der ländlichen Räume beschrieben, von denen oft und undifferenziert behauptet wird, dass diese besonders unter dem demografischen Wandel leiden (Maretzke 2016: 175f.). Dem kann in dieser Pauschalität allerdings nicht zugestimmt werden, denn neben vielen erfolgreichen, strukturstarken ländlichen Räumen gibt es auch einige strukturschwächere, auf die sich die Herausforderungen des demografischen Wandels tatsächlich konzentrieren (vgl. Tab 2).

Tab. 2 Bevölkerungsentwicklung im Zeitraum 2000 bis 2013, differenziert nach Typen des ländlichen Raumes

Indikatoren	Typen des ländlichen Raumes					Deutsch-land
	Strukturstärkere ländliche Räume ...			Strukturschwächere ländliche Räume ...		
	mit ausgeprägter Produktionsorientierung	mit ausgeprägter Dienstleistungsorientierung	mit vielfältigen Potenzialen	meist ohne große touristische Potenziale	meist peripher gelegen und/oder mit großen touristischen Potenzialen	
Summe der altersspezifischen Geburtenziffern 2011 bis 2013 (Durchschnittswert)	1406	1427	1466	1513	1479	1401
Gestorbene je1000 Einwohner 2013	11,9	11,2	10,7	12,9	13,0	11,1
Saldo der Geborenen und Gestorbenen 2011 bis 2013 je 1000 Einwohner	-12,3	-9,4	-7,7	-15,1	-15,3	-7,4

2 Hier einige der identifizierten Korrelationen: „Bevölkerungsentwicklung 1990-2013 (%)“ : „Arbeitslosenquote 2013 (JD in %)“ corr=+0,755; „Anteil Personen mit Migrationshintergrund 2011 (%)“: „BIP je Erwerbstätigen 2012 (Euro)“ corr=+0,788; „Durchschnittsalter der Bevölkerung insgesamt 2013 (Jahre)“ : „BIP je Erwerbstätigen 2012 (Euro)“ corr=-0,687; „Durchschnittsalter der Bevölkerung insgesamt 2013 (Jahre)“ : „Arbeitslosenquote 2013 ((JD in %) corr=+0,681“.

Frauen je 100 Männer im Alter von 20 bis 44 Jahren 2013	94,8	96,9	95,7	90,7	91,9	97,6
Durchschnittsalter der Bevölkerung 2013 (in Jahren)	45,1	45,0	44,3	47,3	47,0	45,0
Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung 2011 (in %)	14,3	13,5	13,4	5,3	4,5	18,7
Saldo der Zu- und Fortzüge über Kreisgrenzen (Binnenwanderungen) im Durchschnitt der Jahre 2012 und 2013 je 1000 Einwohner	-1,3	1,3	1,4	-2,1	-2,5	0,0
Entwicklung der Bevölkerungszahl 2000 bis 2013 (in %)	-5,3	-0,8	0,9	-10,5	-10,5	-1,8

Quelle: Laufende Raumbeobachtung des BBSR, eigene Berechnungen

2012 lebten in diesen, aus demografischer Sicht besonders betroffenen strukturschwachen ländlichen Räumen, 12,6 Prozent der Bevölkerung. Die besondere Betroffenheit dieser Regionen leitet sich u. a. daraus ab, dass sich die starken Schrumpfungs- und Alterungsprozesse auf sehr peripher gelegene und gering verdichtete Regionen konzentrieren, in denen die Kommunen nur über beschränkte Möglichkeiten verfügen, sich den demografischen Herausforderungen aktiv entgegen zu stellen.

Diese Beschränkungen sind mehreren Faktoren geschuldet, von denen hier einige kurz skizziert werden sollen:

- Strukturelle Schwächen gehen meist mit kommunaler Finanzknappheit einher, so dass die betroffenen Kommunen nur über geringe finanzielle Gestaltungsspielräume verfügen;
- Weil die Kommunen ihre Kosten nicht im Tempo des Bevölkerungsrückgangs verringern können, ergeben sich für sie relative Kostensteigerungen (Kostenremanenzeffekt), so dass sie für den Erhalt des gleichen Leistungsspektrums (KiTa, Schule, ÖPNV, Wasser, Abwasser ...) immer mehr Geld aufwenden müssen.
- Erforderliche Rückbaumaßnahmen sind teuer und bringen den Einwohnern und Unternehmen der Kommune/Region kurzfristig keinen Mehrwert.

- Weil sich das ohnehin geringe Bevölkerungspotenzial weiter verringert, wird der Standort für einheimische Einwohner wie regional orientierte Unternehmen immer unattraktiver. Weitere Abwanderungen, Unternehmensverlegungen bzw. –aufgaben können die Folge sein (von Neuansiedlungen ganz zu schweigen), was die demografische und wirtschaftliche Situation der Kommune/Region weiter destabilisiert.

Die aktuelle Bevölkerungsprognose des BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im BBR) zeigt, dass die strukturschwachen ländlichen Räume auch künftig stärker von den negativen Begleiterscheinungen des demografischen Wandels betroffen sein werden. Sie haben bis 2035 die stärksten Bevölkerungsverluste und eine höhere Intensität der demografischen Alterung zu erwarten (vgl. Tab. 3). Und weil die Regionen mit den bislang günstigeren demografischen Strukturen und Trends auch künftig eine spürbar bessere Entwicklung zu erwarten haben, werden sich die regionalen Disparitäten in der demografischen Situation weiter verschärfen.

Tab. 3 Bevölkerungsentwicklung 2012 bis 2035 nach Raumtypen

Indikatoren	Typen des ländlichen Raumes					Deutschland
	Strukturstärkere ländliche Räume ...			Strukturschwächere ländliche Räume ...		
	mit ausgeprägter Produktionsorientierung	mit ausgeprägter Dienstleistungsorientierung	mit vielfältigen Potenzialen	meist ohne große touristische Potenziale	meist peripher gelegen und/oder mit großen touristischen Potenzialen	
Zahl der Bevölkerung 2035 (in 1000)	4851	5401	5023	6686	2037	78248
Bevölkerungsanteil an insgesamt 2035 (in %)	6,2	6,9	6,4	8,5	2,6	100,0
Durchschnittsalter der Bevölkerung 2035 (in Jahren)	49,1	48,4	48,0	51,2	51,6	47,8
Anstieg des Durchschnittsalters der Bevölkerung 2012 bis 2035 (in %)	10,5	9,7	9,9	9,9	11,9	8,5
Entwicklung der Bevölkerungszahl 2012 bis 2035 (in %)	-6,9	-1,2	3,0	-13,5	-14,6	-2,8

Quelle: BBSR-Bevölkerungsprognose 2012 bis 2035/Zensus, eigene Berechnungen

4 Zur Demografiestrategie der Bundesregierung

Die bisherigen Analysen zeigen, dass sich aus der regional differenzierten Bevölkerungsentwicklung sehr unterschiedliche Herausforderungen für das Handeln der regionalen Akteure ableiten. Zu nennen wären hier vor allem:

1. Die Herausforderungen, die sich aus Schrumpfungs- bzw. Wachstumsprozessen ableiten: Der Autor geht dabei von der These aus, dass sich demografische Herausforderungen, die sich aus Wachstumsprozessen ableiten, einfacher gestalten lassen als Schrumpfungsprozesse. Im Falle von steigenden Bevölkerungszahlen muss der wachsenden Nachfrage nach spezifischen Infrastrukturen beispielsweise erst dann durch Neubau nachgekommen werden, wenn die vorhandenen Strukturen trotz vollständiger Auslastung den Bedarf nicht mehr befriedigen. In Schrumpfungsregionen können nichtausgelastete Strukturen dagegen nicht einfach vom Markt genommen werden, weil es sich in diesen peripheren Räumen immer öfter um die letzte Einrichtung ihrer Art handelt oder die Erreichbarkeiten der verbleibenden Einrichtungen nicht zumutbar sind. Daraus leiten sich für die Schrumpfungsregionen relativ höhere Betreuungskosten ab.
2. Die unterschiedliche Intensität demografischer Alterung: Aus dieser Entwicklung resultiert in allen Regionen eine steigende Zahl älterer, die zunehmend mehr gesundheitliche, pflegerische u. a. Leistungen nachfragen. Vor allem in den strukturschwachen ländlichen Räumen stellt sich angesichts der hohen Intensität des demografischen Alterungsprozesses und der anhaltend starken Schrumpfungsprozess allerdings die Frage, ob die veränderten Haushalts- und Familienstrukturen bislang gewohnte Betreuungsstrukturen (Betreuung erfolgt in der Familie) langfristig absichern können. Zum einen werden die Haushalte immer kleiner. Zum anderen ist ja gerade die jüngere Generation aus diesen Räumen abgewandert, so dass notwendige Betreuungsleistungen immer öfter extern abgesichert werden müssen. In Zeiten des zunehmenden Fachkräftemangels wird es sicher schwierig sein, das dafür erforderliche Personal zu akquirieren.
3. Die steigende Zahl an Personen mit Migrationshintergrund: Bislang konzentrierte sich dieser Personenkreis vor allem auf strukturstärkere und/oder hochverdichtete Regionen. Angesichts des sich ausbreitenden Fachkräftemangels, der in Schrumpfungsregionen direkt aus den demografischen Veränderungen resultiert und in den Wachstumsregionen eine Folge der boomenden wirtschaftlichen Entwicklung ist, steigt auch die Akzeptanz von Zuwanderung aus dem Ausland als ein Lösungsansatz für dieses Problem. Inzwischen gilt die Entwicklung einer Willkommenskultur – auch für zugewanderte Fachkräfte – in Deutschland als ein wichtiger Schritt zur Zukunftssicherung unseres Landes, untersetzt durch

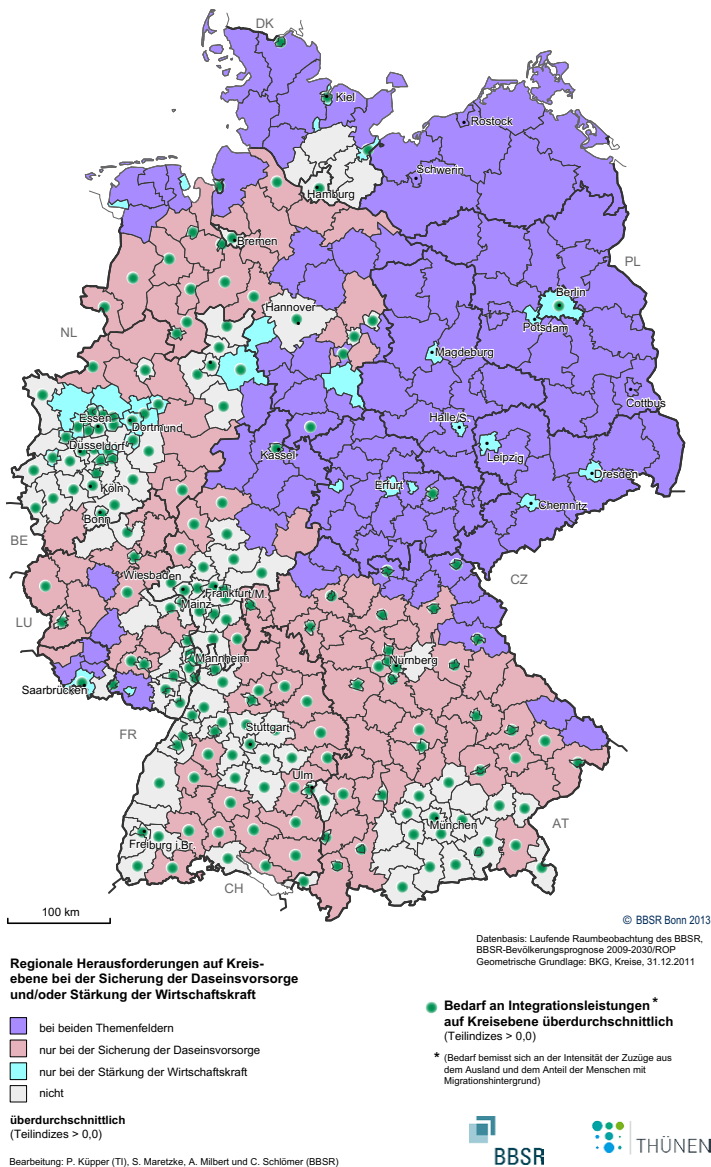
Änderungen im Zuwanderungsrecht und zahlreiche Informationskampagnen. Der Wandel, hin zu einer modernen, an den wirtschaftlichen Notwendigkeiten ausgerichteten Zuwanderungspolitik ist unübersehbar (BMWi 22.3.2016).

Diese demografischen Herausforderungen sollten sich auch in den Ergebnissen der Arbeitsgruppe D „Regionen im demografischen Wandel stärken“ wiederfinden, die im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung die Unterstützungsmöglichkeiten für jene Regionen identifizieren soll, die besonders vom demografischen Wandel betroffen sind (BMI 2016: 38). Im Wesentlichen ist das auch der Fall. Ende 2013 wurde von der Arbeitsgruppe D auf dem Demografieportal des Bundes und der Länder eine Methodik vorgestellt, mit der sich nach bundesweit einheitlichen Maßstäben die einzelnen Kreise nach dem Ausmaß ihrer Betroffenheit vom demografischen Wandel abgrenzen lassen. Diese Ergebnisse wurden über mehrere Karten publiziert (Demografieportal des Bundes und der Länder 22.3.2016).

In den Karten wurden als wesentliche regionale Herausforderungen des demografischen Wandels die Sicherung der Daseinsvorsorge, die Stärkung der Wirtschaftskraft sowie der Bedarf an Integrationsleistungen in den Landkreisen und kreisfreien Städten herausgearbeitet. Beispielhaft sei hier die Karte „Kumulation der Herausforderungen“ präsentiert, die zusammenfassend darstellt, in welchen Bereichen (Daseinsvorsorge, Wirtschaftskraft, Integrationsbedarf) die Herausforderungen des demografischen Wandels der Kreise im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich groß sind. (vgl. Karte 2). Diese Karte zeigt, dass sich die besonderen Herausforderungen im Kontext der „Sicherung der Daseinsvorsorge“ und der „Stärkung der Wirtschaftskraft“ vor allem auf die ostdeutschen Regionen konzentrieren, während sich der Bedarf an Integrationsleistungen stärker auf die westdeutschen konzentriert.

Die in Karte 2 dargestellten demografischen Herausforderungen werden im Demografieportal des Bundes und der Länder über mehrere Karten noch differenzierter illustriert, z. T. auch kleinräumiger untersetzt. Über eine interaktive Karte (Demografieportal des Bundes und der Länder 24.3.2016) wird dort beispielsweise differenziert für jeden Kreis über den demografisch veranlassten Handlungsbedarf in den folgenden Handlungsfeldern informiert:

1. Sicherung der Infrastruktur für Kinder und Jugendliche
2. Ausbau seniorenspezifischer Infrastruktur
3. Sicherung allgemeiner sozialer Infrastruktur
4. Sicherung technischer Infrastruktur
5. Sicherung des Arbeitskräftepotenzials



Karte 2 Regionen im demografischen Wandel – Kumulation der Herausforderungen
Quelle: (Demografieportal des Bundes und der Länder 23.3.2016)

6. Förderung von Wirtschaftswachstum
7. Anpassung an sinkende regionale Nachfrage
8. Integrationsbedarf
9. Anpassung an Bevölkerungswachstum

Diese Ergebnisse der Arbeitsgruppe D sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Sie quantifizieren die unterschiedliche Betroffenheit der Regionen und bieten z. B. den Ländern eine wichtige Informationsgrundlage zur Abgrenzung ähnlicher Problemräume. In Mecklenburg-Vorpommern und Bayern gibt es bereits vergleichbare Ansätze, in denen die demografische Situation ein wichtiges Kriterium für die Abgrenzung von Fördergebieten war. So hat Bayern in seinem Landesentwicklungsprogramm 2013 Räume mit besonderem Handlungsbedarf (STMI 5.3.2016) und Mecklenburg-Vorpommern im Entwurf des Landesraumentwicklungsprogramms Mecklenburg-Vorpommern die neue Raumkategorie „Ländliche GestaltungsRäume“ abgegrenzt (LEP M-V 2015: 26f.). Dabei war das Ziel der Festlegung dieser Ländlichen GestaltungsRäume „... eine auf Landesebene einheitliche Definition und Darstellung der Teile der Ländlichen Räume mit besonderen Entwicklungsproblemen, die Erarbeitung von fachübergreifenden Strategien zur Überwindung der Strukturschwächen und die Entwicklung von Maßnahmen, mit denen diesen Räumen geholfen werden kann“ (Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern 2015: 4).

Einen solchen Ansatz hat die Arbeitsgruppe D im Kontext ihrer Arbeiten zur Entwicklung einer Demografiestrategie der Bundesregierung bislang jedoch noch nicht vorgelegt, obwohl gerade eine eindeutig abgegrenzte Förderkulisse ideale Voraussetzungen böte, um den besonders vom demografischen Wandel betroffenen Räumen geeignete Förderangebote zu unterbreiten, im Idealfall ressortübergreifend abgestimmt. Die bislang vorgestellte Methodik, wie die Verbindlichkeit der identifizierten Problemräume, lassen bislang noch einige Wünsche offen:

- Die bislang vorgestellte Abgrenzung besonders vom demografischen Wandel betroffener Regionen bleibt unvollendet, weil sie auf die Festlegung einer eindeutigen Fördergebietskulisse verzichtet. Akteure aus peripheren, strukturschwachen Regionen (Altmark, Uckermark), die ohne Frage besonders vom demografischen Wandel betroffen sind, verweisen beispielsweise darauf, dass ihnen solch eine Abgrenzung durchaus helfen würde, da sie sich in ihren Regionen z. T. noch immer dafür rechtfertigen müssen, dass sie das Thema Demografie regelmäßig auf die Tagesordnung setzen. Im Alltag ist schnell auch mal ein anderes Thema, z. B. Windkraftanlagen, Breitband u. a. m. wichtiger (Maretzke 2015: 16).

- Eine solche Abgrenzung braucht eindeutige Standpunkte zu der Frage, wann ein Raum besonders vom demografischen Wandel betroffen ist und unter welchen Voraussetzungen sich der Bund und die Länder im Rahmen einer Demografiestrategie engagieren wollen. Ist Bevölkerungswachstum wirklich ein Thema der Demografiestrategie? Dieses immer seltener werdende Phänomen ist doch einzig ein Thema strukturstarker Regionen.
- Auch wenn das Handlungsfeld „Integration“ in den Ergebnissen durch mehrere Karten berücksichtigt wird, findet dieser Aspekt in der vorgestellten Abgrenzungsmethodik keine Berücksichtigung. Im Methodikpapier wird dies damit begründet, dass die aus der Internationalisierung resultierenden Herausforderungen zwar prinzipiell wichtig sind, diese auf Grund ihres unklaren Bezugs zu den Handlungsfeldern „Sicherung der Daseinsvorsorge“ und „Stärkung der Wirtschaftskraft“ aber nicht berücksichtigt werden (Küpper et al. 2013: 1). Diese Argumentation überzeugt nicht. Zum einen ist beim Thema Internationalisierung der Zusammenhang zur demografischen Entwicklung wesentlich direkter als bei der Wirtschaftskraft. Zum anderen konzentriert sich die ausländische Bevölkerung auch auf viele strukturschwache, meist hochverdichtete Regionen (z. B. im Ruhrgebiet), woraus sich Integrationsbedarfe ableiten, die diese oft finanzschwachen Kommunen/Regionen kaum alleine befriedigen können. Wichtig ist zudem, dass es sich beim Handlungsfeld „Integration“ im Vergleich zur demografischen Schrumpfung bzw. Alterung um eine völlig andere Qualität an demografischer Herausforderung handelt.
- Für die einzelnen Handlungsfelder wird eine Vielzahl an Indikatoren verwendet (16 für das Handlungsfeld „Sicherung der Daseinsvorsorge; 22 für die „Stärkung der Wirtschaftskraft“). Einige dieser Indikatoren beschreiben ihr Themenfeld eher unbefriedigend. Die Aggregation der Indikatoren zu Teilindizes ist für Außenstehende zudem sehr intransparent und täuscht eine Wissenschaftlichkeit vor, die einer fachlichen Diskussion kaum standhält. Fundierte, theoriebasierte Argumente zur Auswahl der Indikatoren fehlen. Weniger ist manchmal mehr (Maretzke 2015: 17).
- Der demografische Wandel wird als eine wichtige Stellgröße wirtschaftlicher Entwicklung herausgestellt. Entsprechend wird der „Stärkung der Wirtschaftskraft“ auch ein eigenes Handlungsfeld zugeordnet. Hier stellt sich allerdings die Frage, ob demografischen Strukturen und Trends tatsächlich solch eine große Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung zukommt. Was ist mit möglichen Produktivitätssteigerungen? Wie hat die Region ihren Strukturwandel im Griff u. a. m.? Angesichts der Vielzahl anderer bedeutsamer Einflussfaktoren auf die regionale Wirtschaftskraft kann die Abgrenzung dieses Handlungsfeldes nicht überzeugen. Hätte man sich hier nicht eher auf die Entwicklung des

Arbeitskräfteangebotes konzentrieren sollen, wobei selbst das nicht nur vom demografischen Wandel geprägt wird?

5 Fazit

Der demografische Wandel läuft in den Regionen unaufhaltsam und das mit einer sehr unterschiedlichen Dynamik. Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass die Pfade der demografischen Entwicklung ein relativ stabiles Regionsmuster aufweisen. Weil sich regionale Strukturen nur langsam verändern werden die demografischen Wachstumsregionen der Vergangenheit sicher auch die Regionen mit der günstigeren Entwicklung in der Zukunft sein und vice versa. Aufgrund des niedrigen Geburtenniveaus, das in keiner Region den Ersatz der Elterngeneration mehr sichert, werden von den demografischen Schrumpfungsprozessen langfristig immer mehr Regionen erfasst. Einzig Wanderungsgewinne könnten diese Verluste kompensieren, wobei Binnenwanderungsgewinne der einen Region immer auch -verluste einer anderen Region sind.

Mit Blick auf diese Veränderungen wird es immer dringlicher, den demografischen Wandel aktiv zu gestalten. Egal ob wir handeln oder nicht. Der demografische Wandel wird sich unaufhaltsam fortsetzen und eine weitere

- Zunahme der regionalen Disparitäten in Bevölkerungsentwicklung, wie in der Intensität der demografischen Alterung;
- Schwächung der Siedlungsstruktur und Verschlechterung der Daseinsvorsorge in vielen strukturschwachen ländlichen Räumen;
- Minderung der Attraktivität der Schrumpfstandorte;
- Konzentration der Personen mit Migrationshintergrund u. a. m. bewirken.

Damit stellt sich vor allem für die strukturschwächeren ländlichen Räume immer stärker die Frage, wie hier das Leitbild der Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen glaubwürdig abgesichert werden kann. Denn diese Regionen, die am schärfsten vom demografischen Wandel betroffen sind, sind am wenigsten gerüstet, diesen allein und erfolgreich zu meistern. Schon heute läuft vieles in diesen Regionen in Richtung Konzentration und Schließung von Dienstleistungsangeboten und Infrastrukturen. Dabei drohen die Räume außerhalb dieser Konzentrationsräume auf der Strecke zu bleiben. Ihr Anschluss an die vielfältigen, lebensnotwendigen Versorgungsinfrastrukturen verschlechtert sich immer weiter und der ÖPNV sichert deren Erreichbarkeit nur unbefriedigend. Die starken Binnenwanderungsverluste

dieser Räume signalisieren, dass diese Arbeits- und Lebensbedingungen nicht den Bedürfnissen der Menschen entsprechen. Und die höchste Intensität an demografischer Alterung zeigt eindrucksvoll, welch drastische Spuren diese Abwanderung in der Bevölkerungsstruktur dieser Regionen bereits hinterlassen hat.

Auch wenn die Zivilgesellschaft viel unternimmt, um sich dieser prekären Entwicklung in ihrer Region entgegenzustellen und viele Kommunen sich z. B. über interkommunale Kooperationen und andere Aktivitäten bemühen, bislang noch ungenutzte Potenziale zu heben. Es gilt die Vermutung, dass die aktiven Bürger und die finanzschwachen Kommunen mit der Bewältigung dieser Herausforderungen weit überfordert sind. Das signalisieren beispielsweise die Erfahrungen aus dem Modellvorhaben der Raumordnung „Aktionsprogramm „Regionale Daseinsvorsorge“. Viele besonders vom demografischen Wandel betroffene Regionen wurden im Rahmen dieses Modellvorhabens bei der Entwicklung von Regionalstrategien zur Absicherung einer langfristig leistungsfähigen Daseinsvorsorge unterstützt, damit sie sich den Herausforderungen des demografischen Wandels erfolgreich entgegen stellen können. Im Programmverlauf hat sich allerdings gezeigt, dass die Umsetzung dieser Strategie kein Selbstläufer ist. Sie erfordert insbesondere auf der Regions-, wie auf der Projektebene neben Information und Kommunikation vor allem Koordination und Management. Vielfach können die notwendigen Maßnahmen und Projekte nur kooperativ bzw. im Netzwerk umgesetzt werden. Die Modellregionen versuchen daher die Regionalstrategien durch die Weiterführung der Prozessesstrukturen umzusetzen und zu verstetigen. Weil sie vielfach erheblichen finanziellen und strukturellen Restriktionen unterliegen, nutzen letztlich jedoch nur wenige Modellregionen eigene finanzielle Mittel bzw. organisatorische Umstrukturierungen, um ein regionales Daseinsvorsorgemanagement zu verstetigen (Dehne/Kaether/Neubauer 2014: 210).

Mit Blick auf diese Entwicklung muss die Gleichwertigkeitsdiskussion dringend geführt werden. Dabei geht es z. B. um die Fragen:

- ob im Rahmen der Arbeiten an einer Demografiestrategie der Bundesregierung eine eindeutig abgegrenzte Fördergebietskulisse entwickelt werden sollte, die für alle Bundesressorts die Grundlage für im Idealfall abgestimmte Förderaktivitäten ist. Diese Kulisse sollte möglichst über ein einfaches Modell abgegrenzt werden, was gut für deren Transparenz und die Vermittelbarkeit gegenüber der Öffentlichkeit wäre.
- ob wir Räume langfristig „aufgeben“ wollen (kurzfristig geht es eher um Ortsteile!) um das Leitbild für die verbleibenden Räume absichern zu können? Auch wenn in diesen „aufgegebenen“ Räumen nur wenige Menschen leben, brauchen die

dort ansässigen Einwohner und Unternehmen ehrliche und belastbare Aussagen zur Perspektive ihrer Standorte.

- ob wir verbindliche, durchaus auch raumspezifische Mindeststandards brauchen. Denn an einem bestimmten Punkt des Infrastrukturabbaus sollten ein Stopp-Zeichen gesetzt und verbindliche Mindeststandards quantifiziert werden, weil die Einführung solcher Standards nicht von der Finanzkraft eines Bundeslandes abhängig sein darf, sondern einem Wertekanon entsprechen sollte, der sich aus der ehrlichen Diskussion um die Absicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse ableitet.
- ob in besonders vom demografischen Wandel betroffenen Regionen an große, demografiesensible Investitionsentscheidungen neue Anforderungen im Sinne eines „Demografiechecks“ gestellt werden sollten, die den Bedarf dieses Projektes unter Einbezug der Kommunen im Einzugsbereich des Projektes kritisch prüfen.

Neben den Herausforderungen, die sich aus den Schrumpfungsprozessen und der demografischen Alterung ergeben, sollten im Kontext der Entwicklung einer Demografiestrategie der Bundesregierung auch konkrete Vorstellungen zum Thema „Zuwanderungen aus dem Ausland“ entwickelt werden. Noch immer ist beispielsweise unklar, ob Deutschland sich als Einwanderungsland versteht, obwohl es schon lange z. T. beachtliche Wanderungsüberschüsse gegenüber dem Ausland realisiert. Ganz zu schweigen von den vielen Flüchtlingen, die aktuell nach Deutschland kommen.

Wenn Deutschland sich als Einwanderungsland sieht sollte auch geklärt werden, ob es dabei um eine kontrollierte Zuwanderung geht oder nicht. Mayer kritisiert, dass: „Genau diese Kontrolle und gar Auswahl ... in Deutschland nicht statt(findet)“ (Mayer 2016). Die Bundesagentur für Arbeit und das Land Baden-Württemberg prüfen derzeit zumindest solch eine Option der kontrollierten Zuwanderung. Sie koppeln die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte ab Herbst 2016 im Rahmen des „Punktebasierten Modellprojekts für ausländische Fachkräfte“ (PUMA) erstmals, testweise und nur in einem begrenztem Rahmen an ein Punktesystem, das einer Fachkraft mit einem qualifizierten Berufsabschluss in einem Ausbildungsberuf den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt auch in einem Nicht-Engpassberuf öffnet, falls diese eine hinreichende Integrationsfähigkeit nachweist. Dieser Nachweis gelingt, wenn diese Person über gute Deutschkenntnisse verfügt und über andere definierte Kriterien mindestens 100 Punkte für Integrationsfähigkeit erreicht (BMAS 29.3.2016). Mit Blick auf die verschiedenen regionalen Potenziale stellt sich zudem die Frage, ob man die Verteilung dieser Zuwanderer auf die Regionen in Deutschland dem Zufall überlässt? Angesichts des wichtigen Gutes „Bewegungsfreiheit“ sind die Möglichkeiten zur Steuerung der regionalen Verteilung sicher

begrenzt. Zuwanderer könnten aber zumindest gezielt – entsprechend des Prinzips „Koordination durch Information“ – über ihre konkreten Integrationschancen in den Regionen informiert werden.

Im Falle der starken Flüchtlingszuwanderung, von der Deutschland aktuell betroffen ist, kann von Kontrolle natürlich keine Rede sein. Vielmehr wird im Kontext dieser Zuwanderungen immer wieder betont, dass es für krisenbasierte Zuwanderungen keine limitierende Höchstquote geben darf. Entsprechend müssen sich derzeit alle Regionen in Deutschland auf die Integration vieler Flüchtlinge vorbereiten, deren Erfolg von der Dauer des Integrationsprozesses und den auf dem Arbeitsmarkt einsetzbaren Qualifikationen abhängt, weil die Kosten eines verzögerten Handelns bei der Qualifizierung und Integration erheblich sind (BMF 2016: 4). Und hier sind wir wieder bei den strukturschwächeren Regionen/Kommunen, die – insbesondere in den neuen Ländern – aufgrund ihrer limitierten kommunalen Haushalte und ihrer begrenzten Integrationserfahrungen deutlich schlechter aufgestellt sind, diesen Integrationsprozess erfolgreich zu meistern.

Quellen

- Berkel, Barbara, Axel Börsch-Supan, Alexander Ludwig, Joachim Winter. 2002. *Sind die Probleme der Bevölkerungsalterung durch eine höhere Geburtenrate lösbar?* Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und demografischer Wandel. http://mea.mpsoc.mpg.de/uploads/user_mea_discussionpapers/eguod8uw4qw92yaf_dp25.pdf. Zugegriffen: 16. März 2016.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS). 2016. *Projektbeschreibung des Modellprojekts PUMA*. <http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Pressemitteilungen/2016/projektbeschreibung-puma.pdf>. Zugegriffen: 29. März 2016.
- Bundesministerium der Finanzen (BMF). 2016. *Vierter Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen*. Berlin: Bundesministerium der Finanzen.
- Bundesministerium des Innern (BMI). 2011. *Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes*. <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2011/demografiebericht.html>. Zugegriffen: 9. Februar 2012.
- Bundesministerium des Innern (BMI). 2016. *Jedes Alter zählt. Demografiestrategie der Bundesregierung*. https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/Demografie/demografiestrategie-langfassung.pdf. Zugegriffen: 16. März 2016.
- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI). 2015. *Sicherung des Fachkräfteangebots im ländlichen Raum MORO Praxis*. Berlin: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi). 2016. *Willkommenskultur und Zuwanderung*. <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Ausbildung-und-Beruf/Fachkraefte->

- sicherung/willkommenskultur-und-zuwanderung,did=603898.html. Zugriffen: 22. März 2016.
- Bundesagentur für Arbeit (2016): *Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland – Monatsbericht Februar 2016*. Berlin: Bundesagentur für Arbeit.
- Dehne, Peter, Johann Kaether, Anja Neubauer. 2014. *Endbericht – Teil II Wissenschaftlicher Endbericht zum Modellvorhaben der Raumordnung „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“*. Neubrandenburg: Hochschule Neubrandenburg.
- Demografieportal des Bundes und der Länder. 2016. *Vom demografischen Wandel besonders betroffene Regionen: Abgrenzung und Handlungsbedarf*. http://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Informieren/DE/ZahlenFakten/Betroffene_Regionen.html. Zugriffen: 22. März 2016.
- Demografieportal des Bundes und der Länder. 2016. *Vom demografischen Wandel besonders betroffene Regionen: Abgrenzung und Handlungsbedarf*. http://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Arbeitsgruppen/DE/2012/Ergebnisse/AG_D_Karte_Kumulation_der_Herausforderungen.pdf. Zugriffen: 23. März 2016.
- Demografieportal des Bundes und der Länder. 2016. *Demografischer Wandel in Stadt und Land. Informationen zum demografischen Wandel in Ihrem Kreis oder Ihrer kreisfreien Stadt*. <https://www.bbr-server.de/imagemap/demographie/index.html>. Zugriffen: 24. März 2016.
- Gatzweiler, Hans-Peter, Claus Schlömer. 2008. Zur Bedeutung von Wanderungen für die Raum- und Stadtentwicklung. *Informationen zur Raumentwicklung* 3-4/2008: 248- 250.
- Kirchgässner, Gebhard. 2005. *Wirtschaftliche Probleme einer alternden Bevölkerung: Übersicht und grundsätzliche Aspekte*. St. Gallen: Universität St. Gallen, Schweizerisches Institut für Außenwirtschaft und Angewandte Wirtschaftsforschung.
- Küpper, Patrick, Steffen Maretzke, Antonia Milbert, Claus Schlömer. 2016. *Darstellung und Begründung der Methodik zur Abgrenzung vom demografischen Wandel besonders betroffener Gebiete*. http://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Arbeitsgruppen/DE/2012/Ergebnisse/AG_D_Methodik_Abgrenzung.pdf?__blob=publicationFile&v=6. Zugriffen: 24. März 2016.
- Fortschreibung Landesraumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern (LEP M-V). 2015. *Entwurf zur zweiten Stufe des Beteiligungsverfahrens*. <http://lung.dvz-mv.com/mvLEP2/website/pdfs/LEP%202016%202.20Beteiligung%20Text.pdf>. Zugriffen: 5. März 2016.
- Mai, Ralf, Manfred Scharein. 2009. Effekte der Binnenmigration auf die Bevölkerungsentwicklung und Alterung in den Bundesländern. In *Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland: demografische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen seit der Wende*, hrsg. Insa Cassens, 75-99. Wiesbaden: Springer VS.
- Maretzke, Steffen. 1995. Demographische Prozesse und Strukturen. In: *Regionalbarometer neue Länder – Zweiter zusammenfassender Bericht*, hrsg. Steffen Maretzke, Wendelin Strubelt, Wilfried, Gömar, Ferdinand Böltken, Kap. 2.1/2.2. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt-, und Raumforschung.
- Maretzke, Steffen, Antonia Blach. 1995b. Das Arbeitskräfteangebot in den Regionen Deutschlands bis 2010. *Informationen zur Raumentwicklung* 12/1994: 881-902
- Maretzke, Steffen. 2001. Regionale Unterschiede in der Altersstruktur. In *Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland – Bevölkerung 2001*, hrsg. Leibniz-Institut für Länderkunde, Franz-Joseph Kemper, Paul Gans. Wiesbaden: Springer VS.

- Maretzke, Steffen. 2005. Regionale Alterung und Pflegebedarf. *informationsdienst altersfragen* 03: 4-8.
- Maretzke, Steffen. 2008. *Städte im demografischen Wandel. Wesentliche Strukturen und Trends des demografischen Wandels in den Städten Deutschlands*. BIB-Materialien Heft 125.
- Maretzke, Steffen. 2009. Die Bevölkerungsentwicklung in den Regionen Deutschlands – Ein Spiegelbild der vielfältigen ökonomischen und sozialen Disparitäten. In *Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland. Demografische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen seit der Wende*, hrsg. Insa Cassens, Marc Luy; Rembrandt Scholz, 223-260. Wiesbaden: Springer VS Research.
- Maretzke, Steffen, Wolfgang Weiß. 2009. Demografische Herausforderungen Ländlichster Räume. In *Ländliche Räume im demografischen Wandel. Dezembertagung des Arbeitskreises Städte und Regionen der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) in Kooperation mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) vom 1. Dezember bis 2. Dezember 2008 in Berlin*, hrsg. BMVBS, BBSR. Bonn: BBSR-Online-Publikation 34/2009.
- Maretzke, Steffen. 2013. Neue demographische Herausforderungen. Regionalpolitik in Deutschland. Wie gehen wir mit dem Demographischen Wandel um? *Politische Studien Themenheft* 1: 71-82.
- Maretzke, Steffen. 2015. Die Demografiestrategie der Bundesregierung: Ein Hoffnungsträger für viele Regionen, weil sie sie brauchen! In: *Demografiestrategie – Work in Progress?*, hrsg. DGD. Bonn: DGD-Online-Publikation 01/2015.
- Maretzke, Steffen. 2016: Demografischer Wandel im ländlichen Raum. So vielfältig wie der Raum, so verschieden die Entwicklung. *Informationen zur Raumentwicklung* 2: 168-186.
- Mayer, Tilman (2016): *Eröffnungsrede DGD-Jahrestagung 2016 zum Thema „Aktuelle nationale und internationale Herausforderungen der Demografie“*, 9. März 2016. Leipzig (unveröffentlichte Tagungsunterlagen)
- Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern. 2015. *Kurzfassung 2. Stufe der Beteiligung vom 29. Juni bis 30. September*. Schwerin: Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern.
- Outreville, Francois. 2001. The Ageing Population and the Future of Healthcare Plans. *Geneva Papers on Risk and Insurance* 26: 126 – 131.
- Sinn, Hans-Werner. 2015. Warum die Zuwanderung die Staatskasse belastet. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 2. Januar 2015.
- Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr (STMI). 2016. *Räume mit besonderem Handlungsbedarf in Bayern 2014*. https://www.stmi.bayern.de/assets/stmi/suk/kommunen/f%C3%B6rderprogramm_anlage_1.pdf. Zugegriffen: 5. März 2016.

Gibt es eine sichere Rente?

Volker Deville

Zusammenfassung

Die Altersvorsorge steht vor großen Herausforderungen und bedarf einer neuen Ausrichtung. Die gesetzliche Rentenversicherung wird fundamental umgebaut werden, von einem Umlagesystem zu einem kombinierten System mit integrierter steuerfinanzierter Grundsicherung. Trotzdem kann die gesetzliche Rente aufgrund der alternden Gesellschaft nur begrenzt zur Altersvorsorge beitragen, betriebliche und private Vorsorge gewinnen an Bedeutung. Aufgrund weiter steigender Lebenserwartung und jahrzehntelanger Zeiten im Ruhestand sind diese drei Säulen zu ergänzen, insbesondere um längere Lebensarbeitszeit, altersgerechtes Wohnen sowie Lernen und Aktivitäten im Alter. Mit den Handlungsfeldern Altersgrundsicherung und Gesundheit/Pflege ergibt dies acht Säulen für eine moderne, nachhaltige Altersvorsorge.

Schlüsselwörter

Altersvorsorge, Berliner Demografie-Forum, Betriebliche Altersvorsorge, Lebensarbeitszeit, Lebenslanges Lernen, Lebensversicherung, Rentensystem, Rentenversicherung (gesetzliche, private), Wohnen (altersgerechtes)

1 Problemstellung

Die finanzielle Absicherung von Alter und Pflegefall bleibt eine grundlegende Herausforderung für unsere Gesellschaft (vgl. Manfred Knof, in: Berliner Demografie-Forum 2016, S. 26).

Im Folgenden wird die Vorsorge für das Alter genauer untersucht, und zwar insbesondere die Frage, inwieweit die staatliche Altersrente, allein oder kombiniert mit den weiteren Säulen der betrieblichen und privaten Altersvorsorge, sicher ist oder für ein oft jahrzehntelanges Leben im Alter weiter ausdifferenziert und ergänzt werden muss.

Hintergrund ist die weiter steigende Lebenserwartung, nicht nur in den Ländern der Nordhalbkugel. Sie wird dazu führen, dass sich die Zahl der Menschen auf unserem Planeten im Alter ab 60 innerhalb eines Jahrhunderts verzehnfacht, von 200 Millionen auf über 2 Milliarden Menschen (vgl. Tabelle 1).

Tab. 1 Alterung der Weltbevölkerung

Jahr	Weltbevölkerung (Mio)	davon 60+ Jahre (Mio)	Anteil
1950	2.525	202,1	8,0 %
1975	4.061	342,1	8,4 %
2000	6.127	607,1	9,9 %
2025	8.142	1.216,4	14,9 %
2050	9.725	2.092,0	21,5 %

Quelle: United Nations, World Population Prospects 2015.

Viele Menschen, die demnächst in Ruhestand gehen werden, haben weniger eigene Kinder, die für sie sorgen könnten, und die Fragezeichen bei staatlichen Renten und durch schlecht verzinsten Spargroschen mehren sich. So fordern im April 2016 einige deutsche Parteichefs für die Zukunft ein Einfrieren des hohen Niveaus der gesetzlichen Renten (vgl. tagesschau.de 2016).

Wie sicher wäre eine solche Rentengarantie bei viel mehr Rentnern und weniger Beitragszahlern? Und welche weiteren Säulen für eine zuverlässige Altersvorsorge gibt es?

2 Wir brauchen viele Säulen für die Altersvorsorge

2.1 Grundsicherung im Alter

Eine Sicherung des Existenzminimums soll in Deutschland wie in den meisten anderen EU-Staaten auch bei Armut im Alter durch staatliche Transferzahlungen sichergestellt werden. Falls Altersrenten künftig nur noch einen kleineren Anteil des Finanzbedarfs von Senioren abdecken, werden mehr Rentner auf die niedrige Grundsicherung im Alter angewiesen sein. Daher wird seitens der Politik vermehrt gefordert, das Niveau der staatlichen Altersrenten nicht weiter absinken zu lassen.

In ihrem Koalitionsvertrag hatte die Große Koalition diese Probleme nur indirekt angesprochen, bei der Verbesserung der Rentenansprüche von Erwerbsgeminderten und Vermeidung von Sicherungslücken (vgl. Bundesregierung 2013, S. 72).

Das Netz einer staatlichen Grundsicherung hat auch deshalb an Bedeutung gewonnen, weil sie die frühere Sicherung ersetzt, die alten Menschen ein Überleben durch Unterstützung von ihrer eigenen (Groß-)Familie und Kindern ermöglichte.

2.2 Staatliche Altersrenten

Die gesetzliche Rentenversicherung ist heute weitgehend ein Umlageverfahren von Einzahlungen der jetzt in abhängiger Beschäftigung arbeitenden Generation und von Auszahlungen an ehemals abhängig Beschäftigte im Rentenalter.

Den größten Einfluss auf die langfristige Finanzierbarkeit von Renten hat der Anstieg der Lebenserwartung. Er führt zu unzureichenden finanziellen Ressourcen für den Ruhestand und erfordert folglich höhere Beiträge und/oder längere Beitragszeiten (vgl. OECD 2014, S. 22).

In den OECD-Ländern werden die Ausgaben für die öffentlichen Rentensysteme bis 2060 zwischen 8 und 10 Prozent des BIP zunehmen, was nur durch eine Kombination von mehreren Maßnahmen gedämpft werden kann, wie eine Entlastung der Rentensysteme, längere Erwerbszeiten sowie höhere Produktivität und Beschäftigung (vgl. OECD 2014, S. 23).

In Deutschland wird diese Entwicklung ähnlich dem OECD-Durchschnitt verlaufen: Verglichen mit einem Niveau der Rentenausgaben im Jahr 2015 von 9,3 Prozent des BIP erreichen sie im Jahr 2060 ein Niveau zwischen 11,6 und 12,8 Prozent des BIP (vgl. Bundesministerium der Finanzen 2016, S. 12f.).

Wenn das Rentenniveau also von der Politik auf hohem Niveau eingefroren wird, und gleichzeitig mehr Senioren Renten beziehen und weniger Erwerbstätige in die Rentenversicherung einzahlen, ändert sie sich von einem Umlageverfahren

zu einem teilweise steuerfinanzierten Alterssicherungssystem, mit allen Konsequenzen für die Haushaltspolitik.

2.3 Gesundheit und Pflege im Alter

Während private Konsumausgaben im hohen Alter abnehmen, werden umgekehrt verstärkt Dienstleistungen und Güter für Gesundheit und Pflege gebraucht. Ein Großteil der Kosten wird in Deutschland von den umlagefinanzierten Kranken- und Pflegeversicherungen getragen.

Der schnelle Anstieg der Menschen in hohem Alter führt dazu, dass sich die Zahl der Pflegebedürftigen von 2 Millionen im Jahr 2005 auf etwa 4 Millionen im Jahr 2050 verdoppeln wird (vgl. Statistisches Bundesamt 2015, S.126). Die Pflegeversicherung wird schneller als die Renten- und Krankenversicherung die demografische Alterung der Gesellschaft zu bewältigen haben.

Die Krankenversicherungen werden effektiver mit Anreizen und speziellen Programmen für ihre Mitglieder ein gesundheitsbewusstes und aktives Leben auch in höherem Alter fördern müssen.

2.4 Betriebliche Altersrenten

Die Gesamtheit der Sozialleistungen von öffentlichen und privaten Arbeitgebern und Versorgungswerken ist vielfältig und vom Volumen her nicht unerheblich (vgl. Tabelle 2). Gut die Hälfte stammt von den Pensionen öffentlicher Arbeitgeber, der Rest aus dem privaten Sektor.

Tab. 2 Sozialleistungen der zweiten Säule 2013

System	Leistungen
Betriebliche Altersversorgungen	24,0 Mrd. €
Betriebliche / überbetriebliche Zusatzversorgungen	11,4 Mrd. €
Pensionen im öffentlichen Dienst	47,8 Mrd. €
Alterssicherung der Landwirte	3,0 Mrd. €
Versorgungswerke	4,8 Mrd. €
Summe	91,0 Mrd. €

Quelle: Statistisches Bundesamt 2015, S. 226.

Diese Säule hat sich als finanzielle Ergänzung zur Altersvorsorge bewährt, ist aber im Vergleich zu den 263,8 Mrd. € Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung noch deutlich ausbaufähig. Ohne eine größere Verbreitung der staatlich geförderten betrieblichen Alterssicherung wird keine lebensstandardsichernde Versorgung breiter Bevölkerungsschichten möglich sein (vgl. Rürup et al. 2014, S.81).

2.5 Private Vorsorge mit Finanzanlagen

Zur Ergänzung staatlicher Renten sind betriebliche und private Vorsorge für ein auskömmliches finanzielles Niveau im Alter wichtig. Die Geneva Association, der Think Tank der globalen Versicherungswirtschaft, betont zwei ex-ante nicht beantwortbare Fragen, die Menschen für ihre Rentenplanung haben (vgl. Bouts 2013):

- Wieviel Ersparnisse kann ich bis zum Ruhestand aufbauen?
- Wie lange werde ich im Ruhestand leben?

Die Unsicherheit in der ersten Frage wird typischerweise mit klassischer Vermögensbildung angegangen, also mit Wertpapieranlagen, Asset Management-Produkten und Kapitallebensversicherungen. Soweit diese Vermögen nicht im Alter verbraucht werden, fallen sie im Erbfall der nächsten Generation zu.

Für die zweite Frage wird die Unsicherheit der individuellen Lebenserwartung (neben staatlichen/betrieblichen Renten) durch private Leibrenten gelöst, die bei Lebensversicherungsunternehmen im Kollektiv der Versicherten das finanzielle Risiko der eigenen Langlebigkeit abdecken und ein lebenslanges zusätzliches Einkommen sicherstellen.

2.6 Vorsorge für altersgerechtes Wohnen

Neben der finanziellen Vorsorge hat inzwischen das altersgerechte Wohnen eine zentrale Rolle eingenommen. Die Beobachtung, dass auch pflegebedürftige Menschen noch lange eigenbestimmt leben können, wenn Haushalt und Pflege aufeinander abgestimmt sind, führt zu entsprechenden Überlegungen und Vorbereitungen älterer Menschen.

In Deutschland wünschen sich fast 60 Prozent der 65-85-jährigen im Falle der Pflegebedürftigkeit eine eigene Wohnung mit Pflegedienst (vgl. Generali Zukunftsfonds 2012, S. 126), aber nur 31 Prozent sehen ihre derzeitige Wohnsituation als ausreichend altersgerecht an (vgl. ebd., S.121). Insofern muss man den Kapitalbedarf

zum altersgerechten Umbau der eigenen Wohnung oder des Eigenheims in der Vorsorgeplanung berücksichtigen.

Es gibt bereits vielfältige Modelle für altersgerechtes Wohnen, wie Wohneigentum in Altersheimen und Häusern mit betreutem Wohnen, Daueraufnahme in Seniorenheimen mit Zukaufsoptionen für Hilfs- und Pflege-Dienstleistungen oder Beteiligung an Wohnungsbaugenossenschaften, die Seniorenwohnungen vermieten.

2.7 Längere Lebensarbeitszeit

Eine längere Lebensarbeitszeit meint nur eine höhere Zahl an Arbeitsjahren, die aber mit gleichzeitig reduzierter Jahresarbeitszeit einhergehen kann. Eine längere Lebensarbeitszeit bedeutet also nicht automatisch, dass die Menschen wieder mehr Stunden in ihrem Leben arbeiten werden, aber zumindest, dass die Stunden auf mehr Jahre verteilt werden.

Alters- und alternsgerechte Arbeit gewinnt in unserer Gesellschaft an Aufmerksamkeit. Zentrale Handlungsziele sind gute Arbeitsbedingungen, Weiterbildungskultur und Gesundheitsschutz (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2015, S. 26). In der betrieblichen Praxis ist ein flexibles und auf die individuelle Situation von Arbeitnehmer und Betrieb abgestimmtes Arbeitsmodell von großer Bedeutung.

In vielen Ländern ist tatsächlich heute schon ein Anstieg der Lebensarbeitszeit zu verzeichnen, bei allerdings großen Niveauunterschieden zwischen den einzelnen Ländern (vgl. Tabelle 3).

Tab. 3 Erwerbstätige im Alter 60-64

	2012	2014	Anstieg
Deutschland	46,5 %	52,6 %	6,1 %
Italien	22,8 %	31,1 %	8,3 %
Spanien	31,7 %	33,0 %	1,3 %
Frankreich	21,7 %	25,1 %	3,4 %
Großbritannien	45,3 %	48,1 %	2,8 %
USA	52,0 %	53,3 %	1,3 %
Süd-Korea	56,1 %	58,3 %	2,2 %
Japan	57,6 %	60,7 %	3,1 %
China (2010)	49,1 %		

Quelle: BDF Demografie-Kompass, in: Berliner Demografie-Forum 2016, S. 21.

2.8 Lebenslanges Lernen und Aktivität

Lernen im Erwachsenenalter ist seit langem eine Priorität von Unternehmen, Staaten und supranationalen Organisationen, beispielsweise vom UNESCO Institute for Lifelong Learning (vgl. UNESCO Recommendation). Der Fokus lag bislang auf dem Lernen von Menschen im Erwerbsalter, nicht in der Zeit danach. Da inzwischen die Zeit nach dem Erwerbsleben aber mehrere Jahrzehnte betragen kann, müssen wir Konzepte entwickeln, wie Menschen im Alter zwischen 60 und 90 mehr in Lernen, Anwenden und Lehren involviert werden können.

Wie können wir einzelne Volkshochschulkurse für Senioren durch anspruchsvolle, aber altersgerechte Bildungs- und Lernangebote ergänzen, die auch eine praktische Relevanz haben?

3 Conclusio

Eine tragfähige Politik muss das Arbeitskräftepotenzial und die Produktivität einer älter werdenden Gesellschaft und Volkswirtschaft sicherstellen. Notwendig sind dafür Fortschritte auf allen Ebenen des Bildungsbereichs, z. B. Aus- und Weiterbildung gerade auch hinsichtlich der Digitalisierung, höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren und gezielte Fachkräfteeinwanderung (vgl. Bundesministerium der Finanzen 2016, S. 36).

Die eigentliche Neuorientierung bei der Altersvorsorge ist die Ergänzung der finanziellen Absicherung als bislang alleinige Basis. Es kommen neue Dimensionen hinzu, die speziell mit den Fähigkeiten und dem Lebensstil im Alter zu tun haben: aktive Erwerbsarbeit und andere Tätigkeiten im Alter, Erhalt von Fitness und Gesundheit, lebenslanges Lernen und bewusste Gestaltung der Wohnsituation (vgl. Abbildung 1). Hierzu muss die gesamte Gesellschaft beitragen, der Einzelne durch agile Gestaltung seines Lebensumfeldes auch in höherem Alter, die Wirtschaft durch flexible Angebote bei der Gestaltung der Arbeit und der Staat durch Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen.

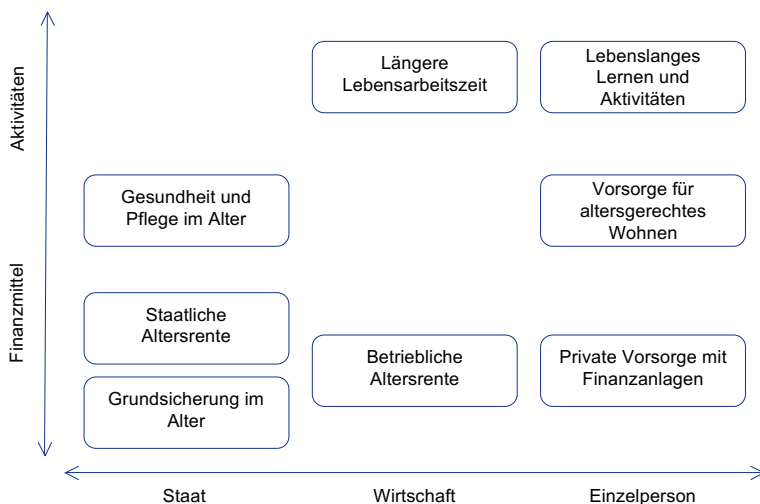


Abb. 1 Handlungsfelder Altersvorsorge

Quelle: Eigene Darstellung

Eine konträr zur demografischen Alterung unserer Gesellschaft versprochene Rente auf hohem Niveau ist also sicher nicht mit künftigen Rentenbeiträgen finanzierbar. Aber wir haben insgesamt genug Säulen, um unseren Ruhestand auskömmlich und in Würde zu gestalten.

Quellen

- Berliner Demografie-Forum. 2016. *Labour – Perspectives – Prosperity*. hrsg. V. Deville Berlin.
- Bouts, T. 2013. *The Future of Retirement Systems*. Life and Pension Newsletter Nr. 52. The Geneva Association. <https://www.genevaassociation.org/media/182109/ga2013-4p52-bouts.pdf>. Zugriffen: 13. April 2016.
- Bundesministerium der Finanzen. 2016. *Vierter Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen*. Berlin BMF. http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Tragfaehige_Staatsfinanzen/2016-02-17-4-trag-faehigkeitsbericht-anlage.pdf?__blob=publicationFile&v=4. Zugriffen: 13. April 2016.

- Bundesministerium für Arbeit und Soziales. 2015. *Grünbuch. Arbeiten 4.0*. Berlin: BMAS http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen-DinA4/gruenbuch-arbeiten-vier-null.pdf?__blob=publicationFile&v=2. Zugriffen: 13. April 2016.
- Bundesregierung (Hrsg.) (2013). *Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 18. Legislaturperiode*. Berlin. <https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf>. Zugriffen: 12. April 2016.
- Generali Zukunftsfonds. 2012. *Generali Altersstudie 2013. Wie ältere Menschen leben, denken und sich engagieren*. 1. Aufl. Frankfurt Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- OECD. 2014. *OECD Pensions Outlook 2014*. Paris: OECD.
- Rürup, B., D. Huchzermeier, M. Böhmer, O. Ehrentraut. 2014. *Die Zukunft der Altersvorsorge. Vor dem Hintergrund von Bevölkerungsalterung und Kapitalmarktentwicklungen*. Düsseldorf: Handelsblatt Research Institute.
- Statistisches Bundesamt. 2015. *Statistisches Jahrbuch. Deutschland und Internationales*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Tagesschau. 2016. *Auch die SPD buhlt um Rentner*. <http://www.tagesschau.de/inland/rente-155.html>. Zugriffen: 13.04.2016.
- UNESCO Institute for Lifelong Learning. UNESCO Recommendation. Onlinepräsenz. <http://uil.unesco.org/adult-learning-and-education/unesco-recommendation>. Zugriffen: 13.04.2016.
- United Nations. Department of Economic and Social Affairs, Population Division. 2013. *World Population Prospects. The 2015 Revision*. DVD Edition.

Die transformative Macht der Demografie

Franz Müntefering

Zusammenfassung

Demografische Entwicklungen sind beeinflussbar, gesellschaftliche auch. Und eines mit dem anderen. Beides gibt es, seit es Menschen gibt, das ist banal. Auffällig sind in unserer Zeit Entwicklungen mit scheinbar-anscheinend ungebändigtem dichtem Potenzial. Der Klimawandel ist im Gange, eher mehr als weniger. Die gesamte Bevölkerung weltweit wächst rasch sehr stark. Die individuelle Lebenserwartung des einzelnen Menschen steigt – im Durchschnitt – zügig. Die Körpergröße steigt. Maschinen übertreffen Menschen an Leistungsfähigkeit, irgendwann oder schon heute an gestaltender Intelligenz, Supergehirne in rostfreien Maschinen. Die Mobilität ist total. Die Präsenz der Jetztzeit übertönt die Vergangenheit und ignoriert die Zukunft. Alles zusammen gute Gründe für Hoffnung auf eine Phase der Menschheitsgeschichte in Wohlstand in der Einen Welt? Oder doch – auch – für Besorgnisse finaler Art? Jedenfalls eine globale Herausforderung, bei der bisher die Antwort auf die entscheidende Vorfrage fehlt: Wie wollen wir leben, heute, morgen, übermorgen? Wen verstehen wir da als Wir? Was ist das Ziel, wo ist der zielführende Weg?

Schlüsselwörter

globale Bevölkerungszahl, individuelle Lebenserwartung, Menschenrechte, Deutschland in Europa, internationale Zusammenarbeit, Mobilität, Bildung, Kommunen, Gemeinschaftsaufgabe

Wieder einmal stellt sich die Frage, ob zuerst das Ei war oder das Huhn. Klar ist aber: Huhn und Ei haben miteinander zu tun, ganz unmittelbar. Und so ist es auch mit der Demografie und den gesellschaftlichen Prozessen. Wichtiger ist für den Politiker, den Nicht-Wissenschaftler, die Gewissheit, dass wir Menschen Einfluss haben, dass wir gestalten können, auch zum Besseren. Fortschritt ist möglich. Das heißt: Demografische Entwicklungen sind beeinflussbar, gesellschaftliche auch. Und eines mit dem anderen. Beides gibt es, seit es Menschen gibt, das ist banal. Auffällig sind in unserer Zeit Entwicklungen mit scheinbar-anscheinend ungebändigtem dichtem Potenzial. Der Klimawandel ist im Gange, eher mehr als weniger. Die gesamte Bevölkerung weltweit wächst rasch sehr stark. Die individuelle Lebenserwartung des einzelnen Menschen steigt – im Durchschnitt – zügig. Die Körpergröße steigt. Maschinen übertreffen Menschen an Leistungsfähigkeit, irgendwann oder schon heute an gestaltender Intelligenz, Supergehirne in rostfreien Maschinen. Die Mobilität ist total. Die Präsenz der Jetztzeit übertönt die Vergangenheit und ignoriert die Zukunft. Alles zusammen gute Gründe für Hoffnung auf eine Phase der Menschheitsgeschichte in Wohlstand in der Einen Welt? Oder doch – auch – für Besorgnisse finaler Art? Jedenfalls eine globale Herausforderung, bei der bisher die Antwort auf die entscheidende Vorfrage fehlt: Wie wollen wir leben, heute, morgen, übermorgen? Wen verstehen wir da als Wir? Was ist das Ziel, wo ist der zielführende Weg?

DIE ZAHL DER MENSCHEN AUF UNSEREM PLANETEN STEIGT RASANT. – Das hat mit der Zahl der Geburten zu tun, mit medizinischer Leistungsfähigkeit, mit der individuellen Lebenserwartung. In der Schule lernte ich – Anfang der 50er Jahre –, dass es 1,8 Milliarden Menschen gibt auf der Erde. Jetzt sind wir 7,3, um 2050 werden es nach VN-Schätzung 9,7 Milliarden sein, um 2100 dann 11,2 Milliarden, eher mehr. Die Entwicklungen sind sehr unterschiedlich. China rechnet mit sinkender Bevölkerungszahl nach 2030. In Brasilien sank die Fertilität im Verlauf von kaum mehr als eine Generation von 5,8 auf deutlich unter 2,0. Afrikas Bevölkerungszahl wird sich noch in diesem Jahrhundert etwa vervierfachen. In Afrika leben dann so viele Menschen wie 1980 auf der ganzen Erde. Und Afrika ist der unmittelbare Nachbar Europas, wir erleben es gerade. Wer angesichts all dessen Entwicklungspolitik auf beliebige Spendengaben reduziert und im übrigen Übervorteilung dieser und anderer Teile der Welt für legitime ökonomische Raffinesse hält, der hat die Lage nicht verstanden. Und wer glaubt, sich im 21. Jahrhundert hinter verschlossenen künstlichen Stadttoren da heraushalten und in Ruhe und Wohlstand leben zu können, der ist politischer Analphabet oder Zyniker, im Zweifel beides.

Natürlich sind die genannten Zahlen Prognosen, nicht mehr. Es kann auch anders kommen. Willkürlich sind die prognostizierten Trends aber nicht, sie sind

seit langer Zeit in ihrer Tendenz bestätigt. Die Frage steht: Können auf unserem Planeten Erde rund 10 Milliarden Menschen ernährt, gebildet, gesundheitlich betreut werden und kann es dabei friedlich bleiben? Ja, das geht, das Potential ist gegeben. Es liegt an uns Menschen. Auch dazu gibt es Erfahrungen. Die Millenniumsziele der Vereinten Nationen zu Ernährung, Grundschulbildung, Gesundheitsvorsorge, Beschäftigung sind in den vergangenen 25 Jahren keineswegs gescheitert, sondern weitgehend erreicht worden. Aber gleichzeitig wuchs auch die Zeit der Menschen in Armut und Perspektivlosigkeit noch schneller an. Insgesamt muss es deshalb auch erklärtes Ziel sein, das Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern zu bremsen. Mit Wohlstand und Bildung, auch mit Mut zur Polarisierung der Geburtenbeschränkung. Schnell mal eben geht das alles nicht.

Orientierung für die Strategie im Umgang mit demografischen Entwicklungen müssen die Menschenrechte sein. Jeder Mensch soll menschenwürdig leben können und so auch alt werden. Der Umgang mit den Alten wird dabei zu einer Nagelprobe für die Menschheit, noch in diesem Jahrhundert. Die Möglichkeit, dass Nützlichkeitsabwägungen fiskalischer Art Gewicht gewinnen könnten gegenüber verletzlichen Menschen, ist nicht ausgeschlossen. Auch deshalb müssen wir im eigenen Land zeigen, wie mit diesen Entwicklungen umgegangen werden kann, in Respekt vor jedem einzelnen Leben. So wie es die Einsicht gibt in die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit weltweiter Vereinbarungen und Anstrengungen zu Sicherung von Natur und Umwelt, muss es auch vergleichbar intensive Bemühungen geben um die Gestaltung der demografischen Veränderungen, ausgerichtet an den Menschenrechten. Aber die Frage zum Gelingen einer bald 10-Milliarden-Welt richtet sich ja nicht nur auf Nahrung speziell und Lebenschancen allgemein, sondern auch auf Friedfertigkeit. Die Geschichte von Kain und Abel ist voll tiefer Wahrheit und keineswegs überholt. Entspannung und konkret Friedfertigkeit können auf vielerlei Weise gefördert werden, denn sie haben Vorteile für alle Beteiligten. Auch der zurückhaltende Umgang mit Waffen – bei Herstellung und Verbreitung – kann hilfreich und sehr sinnvoll sein. Aber die Wahrscheinlichkeit ist doch groß, dass, solange es Menschen gibt, immer wieder ein Kain auftritt und zuschlägt ohne Erbarmen, wenn ihm dazu Gelegenheit gelassen wird. Eigene Friedfertigkeit zuerst, ja, aber sie hilft nicht immer. Es kann auch nötig sein, Gewalt zu bremsen und zu verhindern, auch zu bekämpfen, mit Legitimation durch die Gemeinschaft. Was heute durch Desinteresse zugelassen oder durch Ausbeutung und Waffengeschäfte mit ausgelöst wird, wird teuer, mindestens für die nachfolgenden Generationen, auch Europas. Alles, was auf der Erde passiert, betrifft auch Europa, heute noch mehr als gestern, morgen noch mehr als heute. Die Herausforderungen, vor denen die Menschen stehen, sind groß. Denn der politische Primat zur Lösung internationaler und globaler Aufgaben ist bisher unzureichend.

Deutschlands und Europas Möglichkeiten für konstruktive Beiträge sind begrenzt, kein Zweifel. Wir dürfen uns nicht überschätzen, bei dem was wir tun können. Allmächtig sind wir bei weitem nicht, aber eben auch nicht ohnmächtig. Wir dürfen uns nicht aus Bequemlichkeit klein machen. Mindestens nicht als Deutschland in Europa. Und Europa, als EU, spielt eine wichtige Rolle bei dem Versuch, Formen internationaler Zusammenarbeit zu finden, die in diese Zeit passen.

Der Nationalstaat bleibt, also bleiben wir deutsche Staatsbürger/innen. Europa als Union bleibt – hoffentlich – auch, also sind wir auch europäische Bürger/innen. In beiden Eigenschaften sind wir Beteiligte und Betroffene, wenn es um internationale Politik geht. Wir deutschen Demokratinnen und Demokraten genügen unserer Aufgabe nicht allein damit, dass wir den frechen und peinlichen Egoismus und Nationalismus von heute, der in unserem Land zu Rassismus, Diffamierung, Brandstiftung und Gewalt führt, zurückweisen. Wir müssen die zentrale Herausforderung gezielt annehmen: Mithelfen, so bescheiden unser Beitrag sein kann, die Eine Welt zu bauen, die auf der Idee der Menschenrechte gründet und die bei uns mit Europa anfängt und mit unseren anderen Nachbarn auch. Wir wollen gute Nachbarn sein, nach innen und nach außen.

DEUTSCHLANDS DEMOGRAFISCHE PERSPEKTIVE IST IM AUSGANGSPUNKT EINE ANDERE! – Wir werden weniger Menschen, leben im Durchschnitt deutlich länger, die Gesellschaft wird bunter. Diese Tendenzen bekamen nach 1950 Fahrt und führten zu einer Unterjüngung der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft. In der Gesamtzahl zeigt es sich bisher kaum, denn der Anstieg der individuellen Lebenserwartung überdeckt die kommende Lücke. Aber das ändert sich bald. Die geburtenstarken Jahrgänge sind heute 50 bis 65 Jahre alt, 2050 sind sie dann 85 bis 100. Zwischen 2040 in 2050 wird die Zahl der Todesfälle die der Geburten – es sei denn, diese nehmen überraschend deutlich zu – weit übertreffen. Heute tun Sie das um rund 200.000 jährlich, dann um 400.000 und mehr. Konsequenz dann: Die Gesamtzahl nimmt ab, die Relationen zwischen den Alterskohorten normalisiert sich, begrenzt. Die Spirale dreht sich weniger stark, aber sie wird auch dann nicht gestoppt. Die Fertilität müsste steigen, von etwa 1,5 heute auf etwa 2,0, um Stabilität in der Gesamtzahl zu erreichen. Bis jetzt ist noch jede nachfolgende Elterngeneration zahlenmäßig geringer als die vorherige. Diese Zusammenhänge in der deutschen Demografie sind bekannt. Und nun eben verändert eine große Zuwanderung von Flüchtlingen die Eckdaten, damit auch die Handlungsperspektiven. Das ist gut und anstrengend gleichermaßen. Die Frage ist, ob wir das begreifen und fair nutzen. Oder ob wir Gründe und Instrumente suchen, die Zuwanderung so gering wie möglich zu halten und weiter ins Risiko zu gehen.

EIN NEUER LEBENSABSCHNITT. – Es wird Zeit, das Renteneintrittsalter abzuschaffen, – als Begrifflichkeit in deren Dominanz, nicht als Fakt, – versteht sich. Dass wir uns gegenseitig über die Generationen hin per Versicherung versichern/versprechen/garantieren, füreinander zu zahlen, ist eine relativ junge Tradition, ein menscheitsgeschichtlicher Fortschritt. Als 2007ff. in der Finanzkrise weltweit kapitalgedeckte Alterssicherungssysteme kollabierten, gewann das Prinzip zusätzliche Rechtfertigung. Unsere Rentenbeiträge sind dem Risiko der Finanzmärkte weitgehend entzogen und das soll auch so bleiben. Sie wandern unmittelbar von den Beitragszahlern heute zu den Rentenempfängern heute. Demografiebedingt wird die Zahl der Einzahler sinken, die der Empfänger und die Dauer ihres Rentenbezugs steigen. Stellschrauben sind die Löhne und deren Höhe, die Höhe der Beitragssätze, die Dauer der Lebensarbeitszeit, auch der zusätzliche Beitrag aus der Staatskasse, um den Demografieberg zu überbrücken. Auch das Niveau zukünftiger Renten hängt von all dem ab, darum hätte man sich 2014 eher kümmern sollen als um ziemlich willkürliche Begünstigungen weniger Gruppen zu Lasten der Rentenkasse. Das Thema der Alterssicherung bleibt wichtig.

Und es geht auch um die Qualität des Stücks Lebens obendrauf, das es so früher nur selten gab und das jetzt zur guten Selbstverständlichkeit wird. Die durchschnittliche Lebenserwartung steigt inzwischen von rund 80 Jahre in absehbarer Zeit auf 83 und mehr Jahre. Es kommt für viele, für die meisten, eine relativ gesunde Lebensphase von 10 bis 15 Jahren mehr hinzu. Was machen wir mit diesem Lebensabschnitt?

Dem Leben Sinn geben, klar. In Kindheit und Jugend denkt man darüber kaum nach, das Leben ist selbstverständlich und spannend und man lernt spielend Dinge, die für die Selbstbestimmung und das weitere Leben praktisch und wichtig sind, Bildung und Qualifikation vor allem. Irgendwann gegen Ende der Schulzeit schlägt das Spiel um in den oft zitierten „Ernst des Lebens“. Das Miteinander, meistens im Kern als Partnerschaft, Familie und der Beruf als Mischung von Existenzsicherung, Selbstbestätigung und Hobby bestimmen die nächsten vier bis fünf Jahrzehnte. Und dann besagtes Rentenalter, samt sogenanntem Ruhestand, den wir in einer Mischung aus Selbstironie und Einsicht gerne Unruhezustand nennen.

Was ändert sich mit dem Ausstieg aus der bezahlten Tätigkeit? Geht man erwartungslos geduldig den Lebensweg zu Ende? Wie geht es mit der Gesundheit weiter? Denn irgendwann schrumpfen im ballistischen Lebensverlauf Tempo, Kraft, Ausdauer und Koordination. Was ist und was bleibt wichtig? Demokratie hat keinen Schaukelstuhl. Solange der Kopf klar ist und auch der übrige Gesundheitszustand es hergibt, bleibt jeder von uns sein Leben lang mitverantwortlich für das, was mit ihm und was mit der Gesellschaft geschieht. Sollen sich die Älteren und Alten einmischen? Die müssen es, es ist ihre bürgerliche Pflicht und ihr Recht,

im umfassenden Feld der Gesellschaft, wie auch im speziellen Bereich der Politik. Das Ausscheiden aus dem (bezahlten) Beruf entbindet niemanden davon. Dass sich Senioren-Organisationen bilden, in Kommunen, in Verbänden, in Parteien, das macht Sinn. Wichtig ist, dass sie sich als Teil der Gesellschaft begreifen, nicht als abgegrenzte verbündete Solitäre. Dass sich Menschen auch im Alter in gesellschaftlichen und politischen Strukturen aktiv beteiligen, ist Teil unserer Demokratie.

Es geht aber nicht nur um diese gesellschaftspolitische Komponente, sondern auch um die Lebensqualität für jeden Einzelnen. Um soziale Sicherheit, um altersgerechtes Wohnen, um Mobilität, medizinische und bei Bedarf niedrigschwellige Betreuung und hochqualifizierte pflegerische Versorgung. Um Teilhabe und Teilnahme am gesellschaftlichen Miteinander, in Familie, Freundeskreis, Nachbarschaft, Stadtteil, Dorf, Kommune. Um soziale Kontakte. Um selbstverständliches Eingebundensein in gesellschaftliche Zusammenhänge. Auch auf der letzten Strecke des Lebens, dem Sterben. Viel mehr Menschen als zuvor – in Zukunft noch ansteigend – sterben betagt oder hochbetagt. Viel mehr werden auch – mit der steigenden Lebenserwartung hin zu Hochaltrigkeit – dement sein und besondere Betreuung benötigen, sofern nicht bald in der Ursachen- und Behandlungsforschung Fortschritte erzielt werden. Diese Forschung hat hohe Priorität, besser – verdient sie mehr noch als bisher. Außer Nahrung und Schlaf braucht der Körper auch Bewegung und der ganze Mensch Begegnung. Laufen, lernen und lachen sorgen dafür. Bewegung der Beine ernährt das Gehirn. Neugierde hat viele Chancen, denn zu Wissen und zu Erleben gibt es große Angebote. Und Lachen ist immer richtig, denn das Leben hat was. Und bekanntlich müssen wir uns Sisyphos als einen glücklichen Menschen vorstellen.

Also weshalb kein fröhliches „Semester“ zu Mobilität und Technologien, Partnerschaften und Nachhilfeunterricht, altengerechten Wohnen und Wohnumfeld, ambulante und stationäre Betreuung und Versorgung, Erbfragen, Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht, Seniorensport im Verein oder Freundesclub, zivilgesellschaftliches Engagement oder Ehrenamt, freiwilliges soziales Jahr.

Und bei allem nicht übersehen: Alter ist ziemlich unbedeutend. Es ist nicht erheblich, wie alt jemand nach dem Kalender ist. Immer ist immer ist die individuelle Lebensqualität bedeutsam, sind die sozialen Kontakte wesentlich, ist die gesellschaftliche Aktivität wichtig. Man hat nicht Recht, nur weil man alt ist, – aber auch nicht Unrecht. Und das gilt für die Jungen in gleicher Weise. Das Senioritätsprinzip ist in einer alten Gesellschaft auf verlorenem Posten, – na und?

WANDERUNGEN, INNEN UND AUSSEN. – Die umfassende Mobilität macht heute Reisen und Wohnortwechsel im eigenen Land und weltweit einfacher. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Demografie. Auch auf Flucht und Vertreibung. Von rund 60 Millionen Flüchtlingen weltweit ist zur Zeit die Rede. Das ist viel, wohl

mehr als je zuvor. 60 Millionen, das sind 0,8 % der Weltbevölkerung. Eigentlich müsste Platz sein für sie, wenn die anderen 99,2 % es wollen.

Bei Wanderungen insgesamt geht es um recht unterschiedliche Motive, aber auch um die äußeren Bedingungen, die sich verändern. Ohne die neuen Informations- und Kommunikationstechniken wären die heutigen, weltweit großen Wanderungen der Vertriebenen wohl nicht realisierbar gewesen. Mindestens nicht die uns unmittelbar betreffenden. Es gilt mal wieder: Jeder Fortschritt hat (Sekundär-)Wirkungen, die ungeahnte, verborgene, überraschende Türen öffnen, auch Falltüren, ja, aber auch solche, die – in diesem Fall – hundertausend Menschen die Möglichkeit verbessern oder erst eröffnen, ihr Leben durch Flucht zu retten. Ein Lob dieser Technik.

Etwa 3,5 Millionen von rund 82 Millionen in Deutschland wechseln jährlich ihre Wohnung, mehr oder weniger weit von ihrem bisherigen Wohnsitz. Das sind über 4 % der Gesamtbevölkerung. Rund 1 Million davon ziehen je Jahr in ein anderes Bundesland, also über 1 % der Bevölkerung. Interessant ist, welche Alters- und Einkommensgruppen an den Binnenwanderungen besonders stark beteiligt sind. Die Bildungswanderung ist demografisch besonders wichtig. Mehr junge Menschen mit Hochschulreife führt zu mehr Wegzug dieser Kohorte aus den Regionen in Uni-Städte oder deren Umfeld. Da jungen Frauen, von denen mehr als je zuvor die Hochschulreife erreichen, das besonders konsequent so machen und sich nach dem Studium viele gute Gründe finden, nicht wieder in den Herkunftsort zurückzuziehen, bilden sich neue Partnerschaften und Familie dieser Bildungswanderer überproportional in Uni-Städten und Umgebung. Die Unterjüngung in ihren Herkunftsregionen wächst. Das wirkt sich, über Jahrzehnte praktiziert, raumordnerisch erheblich aus. Es führt zu der wichtigen Frage: Welche Lebenschancen gibt es vor Ort und regional für junge Frauen, Mütter, Eltern, in einer Stadt, einem Stadtteil, einer Region, einem Dorf? Da geht es nicht primär um die Einwohnerzahl der Kommune. Es geht um Qualität und Quantität der Angebote, von der Kita über Schule, Arbeit, Qualifizierung, Wohnen, Kultur, gesellschaftliche Netzwerke. Aber auch um Daseinsvorsorge bis ins Alter, um sozialräumliche Qualität des Wohnorts.

Ganz konsequent ist der Realität sind da nicht, Vorurteile spielen eine nicht so kleine Rolle. Bestimmte Vorteile großer, prosperierender Städte sind evident, aber die entfernteren oder strukturgeschwächten Regionen sind in Sachen Lebensqualität oft attraktiv, sogar attraktiver, als sie selbst es zu wissen scheinen. Sie brauchen mehr Selbstbewusstsein, mehr Mut und Geschick für überzeugungsstarke Eigendarstellung, Klebekraft für Junge. Vor Ort und gerade in der Fläche ist eine qualifizierende Berufsorientierung wichtig. Die meisten Eltern können sich wohl nur vorstellen, dass das Abitur (das sehr oft gute bis sehr gute!) sinnvoller Weise und definitiv zur Universität führt. Die Betroffenen wissen es auch nicht so genau und folgen dem

Zug der Zeit. Abbrecherquoten sind entsprechend, Versandungen auch. Die duale Ausbildung hat bei zu vielen inzwischen das Image der Zweitklassigkeit. Formen des Verbundstudiums als Kombination von qualifizierter Praxis und Hochschule brauchen dringend einen Popularitäts- und Verbreitungsschub. Es geht um Arbeit und Arbeitskräftenachwuchs in der Fläche. Das Risiko ist erheblich und nicht gebannt, mindestens ab 2020 folgende.

Die Bedeutung der Wanderungen für das Wohnen und den Wohnungsmarkt und für Immobilienwerte ist offensichtlich. Mit der Zuwanderung Wohnungsloser nach Deutschland in großer Zahl bekommt die Wohnungsfrage in kürzester Frist größte Brisanz. Vernünftig zu steuern ist sie bestenfalls auf mittlere Distanz. Trotzdem muss noch geklärt werden, welcher Weg gegangen werden soll. Wo werden, neben den Binnenwanderern, die Asylberechtigten und andere Bleibeberechtigten wohnen, leben? Der Verbleib in Lagern, Heimen oder gar Zelten, die übers Land verstreut sind, kann nur eine befristete Notmaßnahme sein. Mit einer ehrlichen Integration verbindet sich auch die Frage, wo diese Personengruppe angemessene, individuelle Bleibe finden wird. Heinrich Zille hat immer noch recht: Mit der Wohnung kannst du einen Menschen erschlagen wie mit einer Axt!

Sichere Arbeitsplätze und Nähe zur eigenen Ethnie sind in der Regel gesucht und plausibel. Aber wann klärt sich was? Das Recht auf Freizügigkeit bei der Wahl des Wohnorts kann jedenfalls nicht über die Aufnahmephase hinaus dauerhaft eingeschränkt werden. Es ist deshalb wichtig, ein abgestimmtes „Konzept Wohnen“ zu entwickeln und umzusetzen. Hier verbinden sich Demografie-, Migrations- und Integrationspolitik unvermeidlich. Wer das jetzt übersieht, wird konfrontiert sein mit den Folgen solcher unzureichender Herangehensweise.

DIE ROLLE DER KLEINEN EINHEIT, DER KOMMUNE. – In der globalisierten Welt, in der wir leben, gewinnen die großen und die kleinen Einheiten an Gewicht. Nationalstaaten gibt es seit – geschichtlich gesehen – relativ kurzer Zeit und sie sind weiterhin unverzichtbar. Die Vernetzung aus den Nationalstaaten heraus und untereinander ist dichter als je zuvor. Aber in dieser von Mobilität geprägten Zeit und Lebensweise ist doch der Ort besonders wichtig, an dem wir leben, mit Familie, wo wir dazugehören, verwurzelt sind, uns in Vereinen, Gruppen und Netzwerken bewegen, zu Hause sind. Diese kleinen Einheiten sind in sehr unterschiedlicher Finanzlage, von wohlhabend-aktionsfähig bis pleite. Das ist ein Problem, das bisher nicht wirklich angegangen wird. Aus der Länder- und Bundespolitik abgeleitete Finanzausgleiche helfen, aber doch nur bedingt. Es gibt nur ein marginal wirksames Bewusstsein für die Erfordernisse einer zeitgemäßen Raumordnungspolitik, die dem Gesichtspunkt der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen gerecht wird. Der übliche Armuts- und Reichtumsbericht sollte

umfassend erweitert werden um die Fragen, welchen Einfluss auf Lebenschancen der Wohnort und das Elternhaus haben. Es ist Zeit für eine Gemeinschaftsaufgabe, die Fragen der Demografie und der Migration und der Integration miteinander in einem geschlossenen Konzept behandelt und nachhaltig umsetzt. Eine willige Unterstützung für Dynamik einerseits und weitgehende Ignoranz – gepaart mit Selbsthilfeappellen – andererseits, das reicht nicht. Das „freie Spiel der Kräfte“ ist keine hinreichende Antwort für die Aufgabe, in der wir uns befinden, nämlich auch jetzt und jetzt gerade und in Zukunft den Ansprüchen eines „demokratischen und sozialen Bundesstaates“ zu genügen. Ein gutgemeintes, aber beliebiges Nebeneinander demografischer Aktivitäten und von Maßnahmen der Migration und Integration wird unnötig kostspielig und geht letztlich zu Lasten der Schwachen, der schwachen Individuen und der schwachen Regionen. Es reicht nicht allgemein guter Wille, gepaart mit Aktion; ein tragfähiges, mittelfristig belastbares Konzept ist auch von Nöten. Eine der wichtigen Aufgaben einer Gemeinschaftsaufgabe ist es auch, der Erodierung tendenziell gefährdeter Städte, Stadtteile und Regionen vorzubeugen.

Der Staat als Bund und Länder muss diese Gerechtigkeit im Blick haben. Er muss die Kommunen stark machen, dieser Aufgabe genügen zu können. Kommunen sind nicht das Kellergeschoss der Demokratie, sondern eine ihrer tragenden Säulen. Dabei sind Kommunen zu unterschiedlich, als dass sie mit Bundes- und Länderregelungen ihrer spezifischen Situation gerecht werden können. Sie müssen mitreden und ihren optimalen Weg beschreiten können. Runde Tische haben ihren Sinn. In diesem Fall wäre aber ein dreiseitiger Tisch sinnvoll, an dem die Kommunen auf gleicher Augenhöhe bei den für sie essentiellen Fragen der kommenden Jahre mitreden können.

DIE GEMEINSCHAFTSAUFGABE! – Demografie, Migration und Integration werden für längere Zeit das gesellschaftliche Leben und die Aufgaben der Politik in Deutschland (und Europa) wesentlich beeinflussen und herausfordern. Es ist deshalb vernünftig, eine „Gemeinschaftsaufgabe Demografie–Migration–Integration“ einzurichten, in Anlehnung an die grundgesetzlichen Festlegungen zu diesem Instrument und in spezieller Ergänzung für die heutige und im weiteren zu erwartende Entwicklung. Eine so außergewöhnliche Situation wie die gegenwärtige erfordert auch außergewöhnliche Lösungsansätze. Man muss dabei keine Sorge haben, mit solcher Vorgehensweise fruchtbare demokratische Streitkultur für die Entscheidungsprozesse auszuhebeln. Im Gegenteil, Kontroversen und auch richtigen Streit kann und wird es geben, wenn die Gesetze zur Gemeinschaftsaufgabe entwickelt und beraten werden, denn vertikal und horizontal stoßen zahlreiche Interessen aufeinander und es müssen in teils schwierigen, aber möglichen Kompromissen Lösungen gefunden werden. Die frontale Gestaltung der Gemeinschaftsaufgabe

zwingt alle Beteiligten, sich dieser Entscheidungsfindung gemeinsam zu stellen. So werden auch Verantwortlichkeiten benannt und mit der Gesetzgebung gibt es auch weitgehende Klarheit über Ziele, Maßnahmen und Handlungsstrukturen.

Im Herbst 2017 ist Bundestagswahl. Bis zum Spätherbst 2016 kann die Regierungskoalition in Berlin, gemeinsam mit den Bundesländern, unter Beteiligung der Kommunen, die Gemeinschaftsaufgabe gesetzlich fixieren, ihr Verbindlichkeit geben und sie auch dauerhaft, bis 2030, verlässlich finanziell ausstatten. Noch 2016 können wesentliche Teile der Gemeinschaftsaufgabe erkennbar in Bewegung kommen und die zahlreichen konstruktiven Aktivitäten, die es allerorten gibt, noch zielführender vorantreiben. Das wird gut sein für die Sache und auch für unsere repräsentative Demokratie. Wir stehen mit ihr und den mitwirkenden demokratischen Parteien in einer Bewährungsprobe, die 2017 bei der Bundestagswahl in eine klare Richtung geführt und entschieden werden muss. Es wäre unverantwortlich, sich jetzt auf Wahlkampfführung zu kaprizieren, statt die Phase 2016/17 für gemeinsame Lösungsansätze zu nutzen.

Es ist auch sinnvoll, diese Gemeinschaftsaufgabe in der EU, mindestens punktuell, als gemeinsames Instrument anzubieten. Das würde auch dem Ziel einer politisch nachhaltigen Entwicklung, wie es von der EU vertreten wird, nutzen können.

Innenpolitische Handlungsfelder der Gemeinschaftsaufgabe neben Wohnen und Berufsorientierung müssten unter anderem sein: Sicherheit, bei der das Gewaltmonopol beim demokratisch legitimierten Staat und seinen Organen liegt, in unmissverständlicher Weise. Integration, die nicht Assimilation meint, aber auch keine Sonderrechte. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Landesteilen. Finanzierung, – nämlich die Benennung und Begründung der Wahrheit, dass jetzt und für einen längeren, aber überschaubaren Zeitraum viel Geld aus dem Aufkommen des Staates in die Handlungsfelder der Gemeinschaftsaufgabe investiert werden muss, – und dass sich das mittel- und langfristig lohnen wird. Das zivilgesellschaftliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger braucht Unterstützung; nur so kann auch sozialräumliches Handeln vor Ort breitenwirksam sein und können die Synergieeffekte von haupt- und ehrenamtlicher Zusammenarbeit optimiert werden. Kommunikation, – eine regelmäßige, mehrsprachige, faktenbelegte, offene Information zum Fortgang der Gestaltung von Demografie, Migration und Integration wäre hilfreich. Die Geschichte muss erklärt, die Probleme müssen bewusst gemacht und die Lösungsansätze begründet werden. Ungeklärt ist zur Zeit das mittelfristige Verhalten der einzelnen EU-Länder in dieser Flüchtlings-Problematik. Wir müssen in Deutschland zu besonderen Anstrengungen bereit sein, wenn wir – hoffentlich – die Perspektiven für die Europäische Union sichern helfen können. Bis jetzt stimmte die Richtung deutsche Politik in dieser Phase hoher Migration. Ohne die praktizierte weitgehende Aufnahmebereitschaft Deutschlands und einiger

anderer EU-Länder im Herbst 2015 und bis jetzt, wäre die Europäische Union als Wertegemeinschaft implodiert und als politische Gemeinschaft blamiert gewesen. Und Deutschland stünde heute irreversibel als Hauptverweigerer und -verursacher fest. Menschliches Verhalten und nationale Interessen und europäische Perspektive sind diesbezüglich sehr wohl kompatibel, in dieser Kombination sogar unverzichtbar. Aber auch unabhängig vom weiteren Verhalten anderer Länder in der EU gilt: Unser Land muss tun, was jetzt in Verknüpfung von Demografie, Migration und Integration in und mit Deutschland möglich ist.

DEMOGRAFIE UND DER STAAT. – In unserem Grundgesetz, Art. 20 (1), steht es: „Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“.

Ein „demokratischer Staat“. Wenn bald ein Drittel der Menschen in unserem Land älter ist als 65 Jahre, aber nur noch 16% jünger als 20 Jahre, – hat das verzerrenden Einfluss auf die Gesetzgebung, auf die Positionierung des Staates? Simpel-provokativ: Fordert das ältere Drittel seine Interessen ein und folgt der Gesetzgeber dieser großen und relativ wahlfreudigen Kohorte, zulasten der Jungen und der Jüngsten? Und wenn die Jugend das nicht akzeptieren will, gibt es dann Generationenkonflikte oder die Implosion der Demokratie?

Nein, es werden nicht die Alterskohorten gegeneinander stehen: Denn die reichen Alten wenn sich nicht mit den armen Alten verbünden gegen die Jungen. Und für die Jungen gilt Vergleichbares. Es geht auch nicht um einen Generationenvertrag, der gerne benannt wird, den es aber so nicht gibt. Es geht um den Gesellschaftsvertrag, der alle umfasst, von der Wiege bis zur Bahre, und der sogar die im Blick hat, die noch nicht geboren sind. Das löst nicht die Probleme, aber das klärt die Fronten.

Die repräsentative Demokratie ist grundgesetzlich verbindlich. Sie hat dem Volk zu dienen, nicht umgekehrt. Formen unmittelbarer, direkter Demokratie können diese repräsentative ergänzen, aber nicht ersetzen. Wahlenthaltung, wie wir sie vermehrt erleben, muss noch keine Demokratieskepsis oder gar -ablehnung anzeigen, kann sich aber dahin entwickeln. Offene Debatte ist unverzichtbar. Herausforderungen müssen rechtzeitig thematisiert werden. Lösungen dürfen nicht übergestülpt werden, ohne dass der Lösungsbedarf und das zugrundeliegende Problem richtig erkennbar geworden sind. Die Zeit für diese Debatte ist da. Es geht um Grundsätzliches. Das erfordert Grundsatzdebatten, letztlich Grundsatzentscheidungen.

Ein „sozialer Staat“. Der Sozialstaat wurde schrittweise konkret, seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In Deutschland gab es damals zwei fundamentale Veränderungen. 1871 die Konstituierung des deutschen Kaiserreichs preußischer Prägung. Und die Industrialisierung gewann an Fahrt. Eine große Zahl von Menschen wurde zu neuen Lebensentwürfen gezwungen. Armenfürsorge war als staatliche

Aufgabe anerkannt, praktiziert nach den Regeln der Barmherzigkeit. Das reichte nicht mehr für diese neue Situation und die aufbegehrende Industrie-Arbeiterschaft.

1871 kam es zum Reichs-Haftpflicht-Gesetz, die Beweislast bei Unfällen lag allerdings beim verunglückten Arbeitnehmer. In Etappen wurde es verbessert. 1883 entstand die Krankenversicherung, 1889 das Invaliditäts- und Alterssicherungsgesetz. Alles marginal, gemessen an heute. Aber das Prinzip der Sozial-Versicherung stand. 1927 kam es zur Arbeitslosenversicherung, 1994/5 zur Pflegeversicherung. Und vieles rankt sich drumherum. Insgesamt umfasste die Sozialgesetzgebung immer mehr Lebensbereiche und wurde komplexer und auch unübersichtlich. Ab 1975 wurde in Etappen das Sozialgesetzbuch verbindlich, das Strukturen schaffte und Verzerrungen entgegenwirkte. Aber auch Bedenken wegen Finanzierbarkeit und Nachhaltigkeit wurden virulent und bauten sich auf. Und das erleben wir gerade in dieser Zeit deutlichen demografischen Wandels wieder massiv. Markante Veränderungen der Bevölkerungszahl, bei Altersstrukturen und Wanderungsbewegungen Innen und Außen wirken sich deutlich auf die Bedingungen des Sozialstaates aus und erfordern höchste Aufmerksamkeit. Vieles ist diesbezüglich seitens der Politik bereits unternommen worden. Aber es bleibt noch viel zu tun und die Zuwanderung in großer Zahl ergibt zweifellos auch neue Herausforderungen.

Um 2010 lag der jährliche Zugewinn bei Zu- und Auswanderungen in Deutschland unter 100.000 Personen jährlich. Seit 2012 steigt der jährlichen Netto-Zugewinn auf 400.-500.000. Insbesondere durch junge Menschen aus Südeuropa, dann aus anderen EU-Ländern und nun durch Flüchtlinge und besonders Asylberechtigte aus Ländern unter Krieg und Terror.

In den Prognosen unseres Landes waren für die Zeit bis 2030 immer zwei bis drei Millionen (netto!) Zuwanderer als erwünscht und wahrscheinlich eingerechnet. Die Zahl werden wir deutlich eher erreichen. Damit kann aber auch die Integration jetzt beginnen, auch die Ausbildung und Qualifizierung, die bekanntlich einige Jahre dauert. So gewinnen wir Anschluss an den verstärkten Bedarf, der ab etwa 2020 zu erwarten ist.

Die Bereitschaft Deutschlands, sich als Einwanderungsland zu verstehen und deutlich in diesem Sinne zu agieren, ist in unserem eigenen Interesse, ist aber auch ein sozialstaatlicher Fortschritt internationaler Dimension. Das ist kein leichter Weg und es gibt keine Garantie für bedingungslosen Erfolg. Aber auch wenn wir die Chance nicht nutzen, gibt es trotzdem keinen leichten Weg und keine Garantie. Sicherheit im Wandel gibt es am ehesten durch gestalteten Wandel, nicht durch verweigerten. Und das Ringen um eine europäische Idee mit einem sozialstaatlichen Anspruch bekommt – vielleicht – einen neuen, dringend nötigen Impuls. Eine EU, die sich dieser Herausforderung und möglichen Chance verweigert, aus egoistischen Motiven oder aus Hasenfüßigkeit, versagt und schadet sich selbst. Wir

sind ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Gelingen kann er – und kann eine Europäische Union mit gleichem Anspruch – aber nur, wenn er eingebettet ist in eine Soziale Gesellschaft und wenn er von ihr getragen und komplettiert wird.

DEMOGRAFIE UND DIE GESELLSCHAFT. – Man kann es als Ursache und/oder als Konsequenz des demografischen Wandels erkennen: Veränderte individuelle Lebensentwürfe und veränderte Gesellschaftsentwürfe. Vieles ist nicht mehr, was 1950/60 in Deutschland (West) war: Das Verschweigen des Holocaust, das Ende der deutschen Geschichte in den Schulen mit dem Kaiserreich, Abhängigkeit der Frauen bei Berufswunsch und Bankkonto von der Zustimmung ihres Mannes, Strafbarkeit von Homosexualität, Prügelstrafe in Schulen und manchen Familien, Verruf der Mischehe, getrennte Volksschulen für katholische und für evangelische Kinder. Heute: Weniger Kinder, mehr alleinerziehende Elternteile (meist Mütter), mehr kinderlose Paare, weniger Ehepaare, gleichgeschlechtliche Ehepaare, mehr und bessere Schulbildung, mehr Studierende, auch und besonders bei den jungen Frauen. Wegbrechen viele Arbeitsplätze im Primärbereich, sinkender Anteil des produzierenden Gewerbes, mehr Dienstleistungs-Arbeitsplätze, neue Arbeitsmethoden und -strukturen. Mobile Familien, mehr autonome Alte. Deutlich erhöhte und permanente Informationsdichte, weniger gelebte Tradition IM Verein, Kirche, Partei. Mehr Entscheidungen. Mehr unsichtbare und weniger sichtbare Gespräche. Mehr und differenzierte Netzwerke. Weniger Volkstum, mehr Urbanität. Hohe Jetztzeit-Orientierung.

Dabei ist weniger nicht gleich schlechter und mehr nicht gleich besser. Aber umgekehrt gilt das auch. Wir sind Zeugen und wir sind Teil dieser Prozesse und müssen „auf der Höhe der Zeit sein“, wenn Gutes bewirkt werden soll.

Da ist es gut, dass die Konstanten verlässlich sind, die Liebe und die Solidarität, die Freundschaft und die Familie. Die Bereitschaft zu helfen und sich helfen zu lassen, ist eine Tugend, die es wohl in größerer Intensität und Wirksamkeit in der Geschichte der Menschheit noch nie gegeben hat. Menschen sind über die Zeit nicht nur klüger geworden, sondern auch sozialer. Es wird weltweit mehr geholfen als je zuvor. Auch in unserem Land gibt es viele gute Beispiele dafür. Die Hospiz- und Palliativ-Bewegung ist so eines. Zur Zeit gehört die Hilfe für Flüchtlinge, die zu uns kommen, und die Hilfe für Notleidende in der Welt dazu. Ich denke – ein Beispiel – an Ärzte ohne Grenzen. Gut so.

Das zivilgesellschaftliche Engagement erstreckt sich über alle Lebensbereiche und ist bestimmt von der Bereitschaft, anderen Menschen Gutes zu tun, indem man ihnen Wissen und Können schenkt, Zeit und Geld, ohne dafür einen leistungsadäquaten, marktüblichen Lohn zu erwarten und zu bekommen. Städte und Dörfer, Gemeinnützige Vereine und Wohlfahrtsverbände, Initiativen und Private

organisieren dies in vielfältiger Weise. Technische Hilfsmittel sind dabei oft nützlicher Begleiter. Der mutmachende Kern dieser Bewegung heißt aber unverändert: Menschen für Menschen, im Sinne der Menschenrechte, – das ist das beste Mittel gegen alles, was Menschen bedroht und belastet. Der demokratische und soziale Bundesstaat ist eine unverzichtbare Bedingung für die Art und Weise, wie wir leben wollen. Aber ohne die solidarische Gesellschaft, die unabhängig vom gesetzlich fixierten Rechten und Pflichten aufeinander achtet, ist der Staat chancenlos.

Wesentliches und im Grundgesetz ausdrücklich angesprochenes Instrument der Verknüpfung von Staat und Gesellschaft sind die politischen Parteien. Sie haben den Auftrag, bei „der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken“. In den rund 150 Jahren, in denen es nun demokratische politische Parteien in Deutschland gab und gibt, haben sich die Bedingungen für Ihre Arbeit vielfach verändert, nicht nur erleichtert. Sie bemühen sich nachhaltig um aufklärerische Debatten, organisieren Prozesse der politischen Meinungsbildung und suchen und nominieren qualifizierte und demokratisch verlässliche Kandidatinnen und Kandidaten für Legislative und Exekutive. Politische Parteien zeigen auch Schwächen und haben Probleme. Aber sie bleiben in unserem Land ein wichtiger Stabilisator der Demokratie. Sie überzeugender machen zu wollen, ist ein guter Grund, dort mitzumachen, sich einzumischen. Sie für überflüssig oder auch nur nebensächlich zu halten, ist ein schlimmer Irrtum. Die sich da anstrengen, auch wenn sie Fehler machen, sind tausendmal gerechtfertigte als die, die sich das Maul darüber zerreißen, aber nicht bereit sind, sich um Sachkunde zu bemühen und Verantwortung zu übernehmen.

NACHHALTIGKEIT UND EUROPA. – Mit der transformativen Macht des demografischen Wandels eng verknüpft ist das Zusammenwirken nationaler und europäischer Nachhaltigkeitsstrategien. Nach 1945, mit Kriegsende, veränderte sich der Gang der Welt rasch tiefgreifend. Die Welt war bald zweigeteilt in West und Ost, Kapitalismus und Kommunismus. Deutschland war bald verkleinert und auch zweigeteilt. 1950/1 kamen Frankreich, Italien und die Benelux-Länder auf Deutschland zu und ermöglichen die Montan-Union. Es ging um Kohle und Stahl, um Wirtschaft und Wohlstand. Mit D-Mark und neuer Demokratie in Deutschland auch um einen kräftigen Bremsblock gegen das, was sich östlich tat. So war ja auch statt Morgenthau ein Marshall-Plan wirksam geworden. Die Botschaft, die vor allem bei den jungen Menschen in Deutschland und Europa ankam, hieß, spätestens mit der EG 1957: Frieden und Freizügigkeit, zersägt die Grenzbäume, wir wollen endlich als Nachbarn friedlich miteinander leben. Seitdem, in Trippelschritten und manchmal kräftigen Sprüngen, entstand die EU. Seit 1967 berichtet die Kommission regelmäßig über die soziale Lage in Europa. Mit der Einführung des Binnenmarktes bis 1992 kam es zur förmlichen Ausweitung von sozialpolitischen

Kompetenzen. Die angestrebte Einheitliche Europäische Akte – EEA – berechnete die Gemeinschaft, umfassend die Arbeitswelt zu gestalten. Wesentlich ausgelöst von Kommissionspräsident Delors, der die soziale Dimension des Binnenmarkts stark hervorhob, damit verbunden auch den „großräumigen Arbeitsmarkt“. In der Charta hieß es im Entwurf: „Die Verwirklichung des Binnenmarktes ist das wirksamste Mittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Gewährleistung eines Höchstmaßes an Wohlstand in der Gemeinschaft“. Aber Charta und Aktionsprogramm erhielten nicht die Billigung des Vereinigten Königreichs und sie wurden so nicht verbindlich. Die formale und die gefühlte Einstimmigkeit-Formel der EU war zerstörerisch für ihre Zukunftsfähigkeit.

Seitdem wird in Europa versucht, mit der Offenen Methode der Koordinierung die Dinge zu lenken und so die europäische mit den nationalen Nachhaltigkeitsstrategien zu verknüpfen. Zehn ausdrücklich benannte Themenfelder machen deutlich, woran gearbeitet werden soll. Dabei ist auch die demografische Entwicklung ausdrücklich genannt, mit Hinweis auf Lebenserwartung und Altersquotient. Aber der damit aufgezeichnete Weg ist so plausibel wie bescheiden. So entsteht keine Orientierung und kein Bewusstsein davon, was Nachhaltigkeit für Europa bedeutet.

Die Zuversicht ins Gelingen Europas darf nun aber nicht verloren gehen, nur weil eine verdammt harte Etappe zu bestehen ist. Und wenn auch manche hinterhältig-bösartig, kleingläubig, ahnungslos oder feige behaupten, das sei alles auf dem Weg in den Orkus, das sei ein bisschen schade oder das sei sogar gut so, muss klar bleiben: Wir wollen Europa und seinen Fortschritt. Der heißt: Europa als demokratisches und soziales Europa. Das ginge, das ist klar. Wir dürfen das Ziel nicht unklar lassen. Und wir müssen um das Vertrauen bitten, die Richtung des Weges dahin festlegen zu dürfen. Denn die muss nun entschieden werden. Eindeutig! 2017 ist Bundestagswahl!

NB.

Nach Abschluss dieses Textes kam es am 23.06.2016 zu dem bekannten Votum der abstimmungswilligen unter den abstimmungsberechtigten Briten für den Brexit, den Austritt ihres Landes aus der EU. Noch ist unklar, wann was genau sich daraus ergibt und was dabei speziell für die demografische Entwicklung in Europa, auch in Deutschland. Man kann aber lapidar feststellen: Keine der skizzierten demografischen Gestaltungsaufgaben entfällt damit und keine wird leichter.

Den demografischen Wandel ernst nehmen, Familienpolitik als Gesellschaftspolitik, Vereinbarkeit von Kindern und Beruf

Ein Interview mit Renate Schmidt

Zusammenfassung

Renate Schmidt skizziert die Rolle der Familienpolitik als Gesellschaftspolitik und fordert ein geschlossenes Handeln seitens der Bundesregierung zur aktiven Gestaltung des demografischen Wandels und seiner Folgen. Eine nachhaltige Familienpolitik habe es Menschen mit Kinderwunsch zu ermöglichen, diesen auch zu realisieren. Die Vereinbarkeit von Beruf und Kindern sei hierfür das Schlüsselement. Schmidt plädiert für die Einrichtung eines Demografieministeriums und erläutert die Sinn- und Notwendigkeit einer strikten Trennung von Familienpolitik und Frauen- bzw. Gleichstellungspolitik.

Schlüsselwörter

Familienpolitik, Gesellschaftspolitik, Gleichstellungspolitik, Demografieministerium, Kinderwunsch, Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Sie sind Familienministerin im Kabinett von Gerhard Schröder gewesen, der dieses Haus einmal als Ministerium für „Gedöns“ bezeichnete. Was waren Ihre Erfahrungen im Kabinett: Wurden familienpolitische Anliegen gewürdigt?

Also ich kann Ihnen sagen, dass ich ohne Gerhard Schröder und auch ohne Hans Eichel im Kabinett aufgeschmissen gewesen wäre, also sowohl Schröder als auch Eichel haben das Thema Familienpolitik als ihres erkannt. Vielleicht auch ein Indiz dafür: Im Jahr 2001 habe ich als Stellvertretende Parteivorsitzende den Antrag zur

Familienpolitik auf bei unserem Bundesparteitag vertreten. Auf Bundesparteitagen ist es klassischerweise so, dass nach den Hauptreden, bzw. nach der Rede des Parteivorsitzenden und der Aussprache erst einmal alle den Saal verlassen. Gerhard Schröder war derjenige und zwar der einzige vom Vorstand, der bei meiner Rede und dann auch bei der Aussprache von der ersten bis zur letzten Minute dabei war, d. h. er hat alles mitverfolgt, sich manchmal amüsiert, vor allem aber wirklich zugehört. Im Kabinett hätte ich ohne ihn zum Beispiel nicht den Alleinerziehendenfreibetrag durchgesetzt. Ihn haben wir 2003 eingeführt, nachdem das Bundesverfassungsgericht 1998 geurteilt hatte, dass der Haushaltsfreibetrag entweder auf alle ausgedehnt oder abgeschafft werden müsse, was dann für die Alleinerziehenden einen ziemlichen Nachteil bedeutet hätte.

Der öffentliche Eindruck also, dass Gerhard Schröder der Sache ein wenig distanziert gegenübersteht, ist also eigentlich nicht korrekt.

Wenn Sie mich fragen würden, ob er der Frauenpolitik oder der Gleichstellungspolitik distanziert gegenüberstand, würde ich sagen ja. Aber bei der Familienpolitik in keiner Weise. Und zum Stichwort „Gedöns“: So hat er bei Christine Bergmann, der damaligen Familienministerin, einmal flapsig den ja zugegebenermaßen ziemlich langatmigen Namen des Ministeriums bezeichnet – und das wird ihm wohl bis zum Ende seiner Tage vorgehalten werden. Seine Bemerkung bezog sich deutlich mehr auf diese Ausdifferenzierung der Politikfelder des Ministeriums als dass sie kundtun wollte, er habe irgendetwas gegen Familienpolitik gehabt. Bei mir hat Schröder niemals in irgendeiner Weise abfällig über Familienpolitik gesprochen. Im Gegenteil, ich bin bei Themen hinzugezogen worden, die für die Familienministerin nicht unbedingt selbstverständlich waren.

Zum Punkt Demografie und Geburtendefizit: Sie haben damals entscheidend dazu beigetragen, die Tabuisierung des Themas der niedrigen Geburtenrate zu beenden, als sie formulierten, dass Deutschland für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung mehr Kinder braucht. „Mehr Kinder in die Familien und mehr Familie in die Gesellschaft zu bringen“ wurde erklärtes Ziel der von Ihnen initiierten „nachhaltigen Familienpolitik“. Das wird ihnen hoch angerechnet. Bedurfte es vielleicht einer Sozialdemokratin, dieses Tabu aufzubrechen? Waren die Konservativen zu schwach oder vielleicht zu feige?

Ganz sicher war das ein großes Tabuthema damals. Ursprünglich wollte ich über den Antrag damals bei dem Bundesparteitag von 2001 die Überschrift wählen: „Deutschland braucht mehr Kinder“ – wir haben ihn geändert. Inhaltlich hatte er zwar gestimmt, aber es wäre doch ein Stück zu plakativ gewesen und hätte die Diskussion unter Umständen in eine falsche Richtung gebracht. Für mich war einfach der Tatbestand alarmierend, dass sich die jungen Menschen in Deutschland mehr Kinder wünschen als sie haben, und zwar Frauen und Männer gleichermaßen, etwas mehr vielleicht die Frauen, etwas weniger bei den Männern. Die Politik muss sich also fragen: Warum wird aus dem Wunsch nicht Wirklichkeit? Der andere Aspekt ist, dass wir seit Anfang der 1980er Jahre, also seitdem ich im Bundestag war, etliche Enquetekommissionen zur Problematik des demografischen Wandels und ähnliches mehr hatten – immer mit dem Resultat, dass sie mit einem Nicken zur Kenntnis genommen wurde, ohne dass irgendetwas daraus entstanden ist. Familienpolitik ist Gesellschaftspolitik und deshalb muss man sich um sie kümmern; das Geburtendefizit hat Auswirkungen auf sämtliche Bereiche. Für mich waren die Beweggründe für diesen Kurs zum einen, dass die Menschen etwas anderes wollen als sie dann tatsächlich verwirklichen und zum anderen, dass der demografische Wandel nicht eine Fiktion ist, sondern dass er einen realen Hintergrund hat.

Zurück zu Ihrer Frage, ob das nun eine Sozialdemokratin hat sein müssen: Ich glaube wahrscheinlich schon, Sie haben wohl Recht mit Ihrer Vermutung. Wenn Konservative ein solches Statement formuliert hätten, dann wäre ihnen das sofort als Bevölkerungspolitik in der Nachfolge der NS-Bevölkerungspolitik ausgelegt worden – und das wollen weder die Konservativen, noch die Sozialdemokraten, noch sonst irgendjemand. Es geht schlicht und einfach darum zu sagen: Wenn wir alle älter werden und immer weniger Kinder geboren werden, dann hat das irgendwann einmal negative Auswirkungen auf sämtliche Bevölkerungsgruppen. Und dies kann und darf nicht sein, zumal die Menschen doch offensichtlich tatsächlich selber etwas anderes wollen! Da muss man die Dinge verändern.

Leider hat sich bezüglich des Ernstnehmens der demografischen Probleme wenig getan: Die Demografiestrategie der Bundesregierung ist eine Nullnummer! Im letzten Jahr, in 2015, hat nicht ein einziger Termin stattgefunden, weil das so dünne war, was da auf dem Tisch lag, dass man das eigentlich niemandem präsentieren konnte. Ich habe gerade erst wieder bei dem *Konvent für Deutschland* zum Thema ein kurzes Statement gehalten¹ – wir haben fünf Thesen entwickelt,

1 Konvent für Deutschland: Positionen zum Megathema „Demografischer Wandel“ vom 22. September 2015. <https://www.konvent-fuer-deutschland.de/deu/Demografie/positionspapier.asp> (letzter Zugriff 18. April 2016).

die zusammenfassen, was in unseren Augen die notwendigsten Punkte sind, um etwas zu verändern:

- These 1: Lebenslanges Lernen muss verbindlich werden
- These 2: Mut zu Kindern – Zeit für Alte. Arbeits- und Privatleben in demografischen Einklang bringen;
- These 3: Schrumpfen und Wachsen organisieren – Landflucht versus Urbanisierung
- These 4: Gezielte Einwanderung statt Asylumwege
- These 5: Potentiale der Älteren erkennen – mehr Freiheit in den sozialen Sicherungssystemen

Die ganze Diskussion zu unseren Thesen und meiner Rede in Frankfurt im vergangenen September kreiste dann wieder einmal nur um Flüchtlinge. Peter Altmaier war da, und natürlich war das Flüchtlingsthema sein Thema. Als Staatsminister im Kanzleramt weiß er aber auch gut über das Thema Demografie Bescheid und eigentlich hatten wir also ein ganz gutes Podium. Dennoch ging es wieder einmal nicht um den Kern der Sache – es war nicht zum Aushalten, die Politik kommt einfach nicht in die Pötte. Es passiert nichts.

In den fünf Thesen sagen wir auch: Wir bräuchten eigentlich ein Demografieministerium, das federführend und stets alle Maßnahmen abklopft bezüglich der Frage, was sie vor dem Hintergrund des demografischen Wandels bedeuten. Es muss aktiv werden können, wenn es darum geht, bestimmte Dinge anzuregen und dann auch umzusetzen und nicht nur drüber zu reden.

Ein Demografieministerium fordere ich seit 2012. Und von der Demografiestrategie könnte man ja nun angesichts der Flüchtlingsthematik verlangen, dass man Konzepte hätte, an denen man sich orientieren kann. Angesichts der gegenwärtigen Migrationswelle wird heute wieder die Hoffnung artikuliert, dass Zuwanderer die Alterung der Gesellschaft aufhalten könnten. Die Demografiestrategie wäre eine gute Basis, um eine vernünftige Politik zu betreiben, aber so scheint die Regierung aber eher etwas unterzugehen mit der Thematik. Wie sehen Sie die heutige Lage?

Also wenn jetzt viele junge Menschen kommen und wir es tatsächlich schaffen sollten, sie zu integrieren, dann wird der Druck des demografischen Wandels ein Stückchen geringer – natürlich mit einer erheblichen zeitlichen Verzögerung. Aber zu glauben, dass wir durch die Zahl zusätzlicher Migranten jetzt unser Demografieproblem lösen, liefe in die Irre. Wir sind sicherlich in der Lage, eine hohe sechsstellige Zahl

über mehrere Jahre hinweg hier bei uns aufzunehmen, und wenn wir uns wirklich darum kümmern, also wirklich eine vernünftige Integrationspolitik betreiben und bestimmte alte Zöpfe auch einmal abschneiden – was ich im Moment beileibe nicht sehe – dann, ja, würde die aktuelle Migrationslage sicherlich einen positiven Effekt haben, wenn auch eben einen geringen und keineswegs eine Lösung unseres demografischen Problems.

Kommen wir zurück zur Familienpolitik: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Seit mehr als 30 Jahren kann man immer wieder in Deutschland über dieses Thema reden, ohne dass sich eigentlich substantiell irgendetwas verändert hätte im Sinne der Vereinbarkeit: Woran liegt das eigentlich?

Gisela Erler hat einmal in einem Aufsatz geschrieben, dass erstaunlicherweise in allen Ländern, die eine faschistische Diktatur gehabt haben das gleiche Phänomen zu beobachten ist – also in Deutschland, Japan, Griechenland, Spanien, Portugal, Italien. In all diesen Ländern ist das gleiche Phänomen zu beobachten, nämlich, dass es dort eine geringe Geburtenrate gibt, und gleichzeitig eine unterdurchschnittliche Erwerbsbeteiligung von Frauen, schlechte Kinderbetreuung, etc. also all das, was wir diesbezüglich in Deutschland kennen. Ich behaupte jetzt nicht, dass Faschismus in die Gene übergeht, aber es ist natürlich so, dass die Großmuttergeneration in dieser Zeit jung war. Diese Generation ist mit dem Mutterkreuz groß geworden und hat mitbekommen und hat dieses Gedankengut mitbekommen; deshalb waren nicht alle ihre Vertreterinnen Nazis, aber das gesellschaftliche Umfeld hat sie geprägt. Und dieses Umfeld hat nachgewirkt, auch nach dem Krieg, und zwar zu Zeiten als in anderen Ländern, insbesondere in den skandinavischen Ländern und in den Beneluxstaaten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ganz oben dran stand und man nach Konzepten schaute: Wie könnte diese Vereinbarkeit ausschauen? Ebenso in Frankreich, das immer eine Bevölkerungspolitik betrieben hat. In der Zeit also, in der man in Frankreich die Idee von Tagesmüttern und Crèches, in den skandinavischen Ländern andere entsprechenden Einrichtungen entwickelte und umsetzte, sprach man bei uns über Doppelverdienerinnen. Arbeitende Frauen wurden damit quasi verunglimpft; es war die Zeit der Rabenmütterdiskussion und ähnlichem mehr. Dieses Bild haben die Konservativen in ihre Programmatik übernommen: Sie haben a la Adenauer „Kinder kriegen die Leute von alleine“ gedacht, man müsse jetzt nur dafür sorgen, dass die Frauen zu vernünftigen Bedingungen zu Hause bleiben können – Ehegattensplitting und all die anderen Initiativen entstanden, die dazu dienen, dass es finanziell sinnvoller ist, lieber nicht erwerbstätig zu. Gut erinnere ich mich daran, wie ich ausgelacht wurde, als ich 1991 im Bundestag, im

Rahmen des Einigungsvertrags – das steht in den Protokollen noch drin –, gefordert habe, dass wir einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz verankern müssen. Dieser Anspruch sollte dann erst im Zusammenhang mit der Novellierung des §218 kommen. Als ich ihn vertrat bzw. forderte, hieß es, ich wolle die Familie zerstören. Dasselbe im Bayerischen Landtag, als ich gesagt habe, wir brauchen nicht nur Ganztagskindergärten, sondern auch Ganztagschulen: ich würde die bayerische Familie zerstören, usw. Heute würde sich das keiner mehr trauen. In der Zwischenzeit ist diese Forderung Allgemeingut – aber wir hinken immer noch hinterher. Und natürlich ist es dann schwierig einen 30jährigen Vorsprung schlicht und einfach eben einmal aufzuholen. Umso mehr, da dies eben doch auch nicht vollends Konsens in unserer Gesellschaft ist, was immense Auswirkungen auf die Wirtschaft hat. Zwar sind Unternehmen auch in anderen Ländern nicht überall nur familienfreundlich, aber in vielen Ländern, Dänemark ist ein gutes Beispiel, hat sich ein common sense entwickelt, dass es einfach notwendig ist, dass Firmen Möglichkeiten der Vereinbarkeit anbieten müssen. Sich neben dem Beruf um Kinder und alte Menschen kümmern zu können – das ist bei uns noch viel zu wenig ausgeprägt. Bei den Firmen ist dies übrigens ein gesamtdeutsches Phänomen. Wir haben im Moment in Deutschland rund 15 % von Unternehmen, die irgendetwas anbieten, was man als Vereinbarkeit von Familie und Beruf bezeichnen kann; durch Betriebsvereinbarungen, Tarife oder sonstige Absprachen. Das heißt umgekehrt, dass 85 % der Unternehmen diesbezüglich nichts anbieten.

Eine weitere Frage zu Ihrem Selbstverständnis als Ministerin. Wenn man – sozialwissenschaftlich gesprochen – an familienpolitische Intervention denkt: War es mehr Ihr Hauptanliegen, den Lebensweg von Eltern unterstützen oder eher ihn zu korrigieren?

Das eine bedingt das andere. Ich würde mir niemals anmaßen, Menschen vorzuschreiben, wie sie zu leben haben. Das hat die Politik nicht zu tun. Aber sie hat den Menschen zu ermöglichen, so zu leben wie sie es wollen. Und wenn wir wissen, dass der Kinderwunsch deutlich höher ist als die Realisierung dieses Wunsches, dann hat die Politik dafür zu sorgen, dass die Menschen ihre Wünsche verwirklichen können und damit entsteht Veränderung. Der Kinderwunsch war zu meiner Zeit noch ein bisschen höher als heute, womöglich wird er derzeit wieder größer, nachdem er eine Weile ziemlich abgesunken war. So oder so klaffen aber Wunsch und Wirklichkeit auseinander. Insoweit ist nicht wirklich zu trennen, ob man unterstützen oder korrigieren möchte. Natürlich wollte ich das Ergebnis, also eine Korrektur des Ergebnisses – aber die Korrektur wollte ich dadurch, dass ich den Menschen ermögliche, sich zu erfüllen, was sie sich wünschen.

Stichwort Frauenministerin: Als Familienministerin waren sie zuständig für Eltern, Kinder, Familie, den Generationenzusammenhang – aber sie waren eben auch Frauenministerin. Manche Vor- und Nachfolgerinnen meinen, in erster Linie und fast nur hierfür tätig sein zu wollen. Gibt es einen Konflikt zwischen Familien- und Frauenministerin?

Dort liegt ein Konflikt! Und ich rate dazu, die beiden Bereiche zu trennen. Ich würde sogar den Bereich Gleichstellung aus dem Ministerium herausnehmen. Und sagen: Gleichstellung ist ein Tatbestand, der auch andere Personen – ethnische Gruppierungen zum Beispiel – umfasst. Ich würde dazu raten, einen Staatsminister/ eine Staatsministerin im Bundeskanzleramt damit zu betrauen. Damit umgeht man den Konflikt. Ansonsten ist es immer so, dass Familienpolitik als Frauenpolitik gedacht wird oder Frauenpolitik zum Anhängsel von Familienpolitik wird. Ich habe immer gesagt, es sind zwei getrennte Bereiche: Gleichstellungspolitik ist mir auch ungeheuer wichtig, aber Gleichstellungspolitik hat nicht automatisch zum Beispiel etwas mit Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu tun. Es gibt auch Frauen, die sind kinderlos und unverheiratet und sind auch benachteiligt in bestimmten Bereichen und brauchen auch an bestimmten Stellen Unterstützung; auch Männer können einmal irgendwo benachteiligt sein. Familienpolitik und Frauen- bzw. Gleichstellungspolitik immer in eine Soße gerührt, und das ist einfach falsch.

Kommen wir zur letzten Frage: Welche politischen Entfaltungsspielräume hat Familienpolitik im Vergleich zum Beispiel zur Arbeits- und Sozialpolitik?

Als Gerhard Schröder mich fragte, ob ich Familienministerin werden möchte – das war übrigens am letzten Tag vor dem Abschluss des Koalitionsvertrages, als alle Ministerinnen und Minister feststehen sollten, am 17. Oktober 2002, sagte er: „Liebe Renate, du hast jetzt 5 Minuten Zeit, dich zu entscheiden; ich sage dir, erstens: du musst das jetzt machen, zweitens: du hast in diesem Ministerium keine eigenen Zuständigkeiten/Kompetenzen, und drittens: du bekommst kein Geld, aber der Ludwig Stiegler hat mir gesagt, du kannst das.“ Ich habe dann meinen Mitarbeitern im Ministerium in meiner Abtrittsrede gesagt, dass wir die Aufgabe haben, uns überall einzumischen. Wir sind das Menschenministerium. Wir sind ein Ministerium für Gesellschaftspolitik. Und wir haben darauf zu schauen, was die anderen Ministerien machen und uns einzumischen, wenn das, was sie tun, uns etwas angehen könnte. Wenn wir ein föderaler Staat bleiben, dann ist es nun einmal so, dass für die Kinderbetreuung nicht der Bund sondern die Länder und die Kommunen zuständig sind. Wenn es um die Frage nach der Qualität von

Kinderbetreuungseinrichtungen geht, die nachhaltig gesteigert werden müsste, dann ist es eben so, dass nicht die Bundesfamilienministerin dafür zuständig ist, sondern die FamilienministerInnen in den Bundesländern. Das ist natürlich eine zusätzliche Erschwernis, aber dadurch existiert auch ein höherer Freiheitsgrad – und diesen Freiheitsgrad muss man nutzen und man muss schauen, dass man sich einmischt und es versucht, auf die ein oder andere Art, Dinge umzusetzen. Gesellschaftspolitik wird nicht immer ein durch Gesetze untermauertes Thema sein. Das heißt aber um Himmelswillen nicht, dass man nichts erreichen kann.

Das Interview führte Tilman Mayer; es wurde am 8. Januar 2016 aufgezeichnet.

Autorenverzeichnis

Alexander Barth ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Empirische Sozialforschung und Demografie an der Universität Rostock. Zuvor studierte er Politikwissenschaft und Demografie an der Universität Bamberg. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Entwicklung des Pflegebedarfs und gesundheitlicher Unterschiede in Europa im höheren Alter mit besonderem Schwerpunkt auf körperlichen und kognitiven Einschränkungen.

Axel Börsch-Supan ist Direktor des Munich Center for the Economics of Aging (MEA) des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik, Professor an der TU München und Research Associate des National Bureau of Economic Research (NBER), Cambridge, USA. Er studierte Mathematik und Volkswirtschaftslehre in München und Bonn, promovierte 1984 am M.I.T. in Volkswirtschaftslehre, war 1984-89 Assistant Professor an der J.F. Kennedy School of Government der Harvard University und 1989-2011 Professor für Makroökonomik und Wirtschaftspolitik an der Universität Mannheim. Er ist Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der Deutschen Nationalen Akademie Leopoldina, koordiniert den Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE), leitete die Rentenreformgruppe der Nachhaltigkeits-(„Rürup“)-Kommission, ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, des Beraterkreises „Demografischer Wandel“ beim Bundespräsidenten und der Expertengruppe „Demografie“ der Bundesregierung.

Eckart Bomsdorf ist Professor am Institut für Ökonometrie und Statistik der Universität zu Köln, Jahrgang 1944. Er studierte Mathematik, Physik und Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Marburg und Kiel und arbeitet seit 1970 an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln. Zwischenzeitlich hatte er Positionen an den Universitäten – GH – Wuppertal und

Essen sowie im Rahmen des CEMS-Faculty-Exchange an der Universität – HSG – St. Gallen inne. Bomsdorf übt beratende Tätigkeiten in Wirtschaft, Verwaltung und Politik aus und ist u. a. Mitglied der Enquête-Kommission Demografischer Wandel des 14. Deutschen Bundestages sowie des Expertenkreises Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Bundesamtes. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Entwicklung und Einsatz quantitativer Methoden in Theorie und Praxis, seit 1992 insbesondere Demografie und Alterssicherungssysteme.

Martin Bujard, 1975, Dr. rer. pol., ist Forschungsdirektor des Bereichs „Familie und Fertilität“ im Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) in Wiesbaden. Er hat an der Universität Heidelberg promoviert und wirkte danach an der Humboldt-Universität zu Berlin als wissenschaftlicher Koordinator in der Akademieguppe „Zukunft mit Kindern“ (BBAW und Leopoldina). Seit 2011 arbeitet er am BiB, seit 2015 ist er Forschungsdirektor. Seine Forschungsgebiete sind Fertilität, Familiensoziologie, Familienpolitik und quantitative Methoden.

Stephen Clark ist Postdoc an der School of Geography an der University of Leeds, UK. Seine aktuellen Forschungsinteressen liegen im Bereich der Schätzung und Prognosen über die ethnische Bevölkerungszusammensetzung in Großbritannien. Vor seiner Universitätslaufbahn war Stephen Clark in der Verkehrsforschung und als Transportplaner auf kommunaler Ebene tätig, im Jahr 2012 begann er dann seine Doktorarbeit über lokale Gesundheitsversorgung.

Volker Deville, Jg. 1958, ist Direktor und Fachbereichsleiter für Zukunftsthemen der Allianz Deutschland AG. Nach dem Studium der Mathematik und der Promotion in Wirtschaftswissenschaften arbeitete er seit 1989 in leitenden Funktionen der Allianz-Gruppe (u.a. Finanzcontrolling, Lebensversicherung in Südkorea, Strategieentwicklung, Leiter der Berliner Repräsentanz). Zu seinen Tätigkeitsfeldern zählen Demografie, internationales Risikomanagement, sowie Zukunft der Digitalisierung und Arbeit. Deville wirkt im Beirat des Berliner Demografie-Forums mit, sowie im Präsidium des Wittenberg-Zentrums für Globale Ethik, als Dozent bei Sommerakademien der Studienstiftung und als Honorarprofessor der Universität Bayreuth.

Gabriele Doblhammer ist Professorin für Empirische Sozialforschung und Demografie an der Universität Rostock. Sie ist leitende Direktorin des Rostocker Zentrums zur Erforschung des Demografischen Wandels, einer gemeinsamen Einrichtung des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung und der Universität Rostock sowie Gruppenleiterin für Demografie am Deutschen Zent-

rum für Neurodegenerative Erkrankungen. Ihre Forschung konzentriert sich auf Trends der Gesundheit, der Morbidität und des Pflegebedarfs im hohen Alter mit besonderem Schwerpunkt auf kognitive und körperliche Funktionsfähigkeit sowie neurodegenerative Erkrankungen.

Jürgen Dorbritz ist seit 2007 Wissenschaftlicher Direktor am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) in Wiesbaden und seit 2015 Forschungsdirektor des Bereichs „Migration und Mobilität“. Nach seinem Abschluss als Diplomsoziologe an der Humboldt-Universität zu Berlin im Jahr 1980 arbeitete er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Demografie des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin, wo er 1988 seine Promotion ablegte. 1992 wechselte er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter ins BiB. Dorbritz unterhielt Lehraufträge an der Goethe-Universität Frankfurt am Main (2000–2003) und an der Johann Gutenberg-Universität Mainz (2004–2006).

Jan Eckhard, Dr. rer. pol., leitet das DFG-Projekt „Bestimmungsgründe sozialer Isolation“ am Max-Weber-Institut für Soziologie an der Universität Heidelberg. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Sozialstrukturanalyse, Demografie, Familiensoziologie und Persönliche Beziehungen. Zu seinen Veröffentlichungen zählen: *Partnerschaftswandel und Geburtenrückgang*, Suhrkamp Berlin, 2010; *Der sozialstrukturelle Kontext der zunehmenden Partnerlosigkeit in Deutschland*, Zeitschrift für Soziologie 43, 2014; *Theoretical explanations of increasing childlessness*, Comparative Population Studies 39, 2014; und *Die Entwicklung des Partnermarkts im Längsschnitt* (mit Johannes Stauder und Daniel Wiese), Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 55, 2015.

Robert Fenge ist Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Rostock und Forschungsgruppenleiter am Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels. Er hat mit Pierre Pestieau das Buch *Social Security and Early Retirement* bei MIT Press (2005) sowie zahlreiche Fachartikel zur Effizienz von Rentensystemen veröffentlicht. Seine Forschungsgebiete sind neben der ökonomischen Analyse des Sozialstaats die Familienökonomie, die Bildungsökonomik und der Fiskalföderalismus.

Stefan Fuchs ist Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Theorie, Ideen- und Zeitgeschichte am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn. In der Amtszeit von Prof. Dr. Tilman Mayer als Präsident der Deutschen Gesellschaft für Demografie (2010–2016) fungierte er als Geschäftsführer dieser Gesellschaft. Seine Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind Familienpolitik und

Fertilität, Sozialpolitik und demografischer Wandel sowie Gesellschaftstheorien im sozialen Wandel. Im Jahr 2014 erschien seine Dissertation unter dem Titel *Gesellschaft ohne Kinder – woran die neue Familienpolitik scheitert* im Springer Verlag.

Sonja Haug ist seit 2010 Professorin für Empirische Sozialforschung und Soziologie an der Ostbayerischen Technischen Hochschule (OTH) Regensburg. Zuvor, in den Jahren 2005 bis 2010, war sie Referatsleiterin in der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Sie war als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), an den Universitäten Stuttgart und Leipzig und dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) tätig, wurde im Jahr 2000 in Mannheim promoviert und habilitierte 2007 an der Universität Mainz. In den Jahren 2010-2016 übte sie das Amt der Vizepräsidentin der Deutschen Gesellschaft für Demografie (DGD) aus.

Isabel Häberling, Dr. phil., ist Soziologin und arbeitet seit 2012 bei Wüest & Partner im Bereich Markt & Research mit Schwerpunkten in der Analyse komplexer Datensätze und ökonometrischen Methoden zur Erstellung von Bevölkerungsprognosen, hedonischen Schätzungsmodellen sowie Standort- und Marktratings. Bis Ende 2011 war sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Dozentin am Soziologischen Institut der Universität Zürich im Bereich statistische Forschungsmethoden und Demografie sowie wissenschaftliche Adjunktin und Koordinatorin der Studiengänge Bachelor, Master und Doktorat der Soziologie.

Gerhard K. Heilig war von 2006 bis 2013 Leiter der „Population Estimates and Projections Section“ in der „Population Division“ des „United Nations Department of Economic and Social Affairs“ in New York. Er war unter anderem verantwortlich für die Erstellung der „World Population Prospects“ und der „World Urbanization Prospects“. Davor war er rund 17 Jahre am „International Institute for Applied Systems Analysis“ (IIASA) in Laxenburg, Österreich tätig.

Charlotte Höhn, geb. 1945 in Wiesbaden, war von 1988 bis Ende 2008 Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BIB) in Wiesbaden. Nach ihrem Studium der Volkswirtschaft arbeitete sie als Assistentin am Statistischen Seminar der Universität Frankfurt (1970-1973), war danach im Statistischen Bundesamt zuständig für die laufenden Bevölkerungsstatistiken und Bevölkerungsvorausschätzungen (1973-1980), gefolgt von ihrem Einstieg in das BIB als Wissenschaftliche Mitarbeiterin (1980-1988). Höhn erlangte die Promotion 1982 in Familiendemografie, ihre Habilitation 1988 in Bevölkerungswissenschaft. Sie ist Mitglied der DGBw/DGD (2004-2010 Präsidentin), der PAA, der IUSSP und Ehrenpräsidentin der EAPS.

Johannes Huinink ist seit 2003 Professor für Soziologie mit Schwerpunkt „Theorie und Empirie der Sozialstruktur“ am Forschungszentrum „Ungleichheit und Sozialpolitik“ der Universität Bremen. In den Jahren 1999-2003 war er als Professor für Soziologie mit Schwerpunkt „Bevölkerungs- und Familiensoziologie“ am Institut für Soziologie der Universität Rostock und von 1994–1998 als Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt „Vergleichende Analyse von Gegenwartsgesellschaften“ am Institut für Soziologie der Universität Leipzig tätig. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der Sozialstruktur-, Lebenslauf- und Familien- und Mobilitätsforschung.

Michael Hütther ist seit Juli 2004 Direktor und Mitglied des Präsidiums des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. Nach seinem Studium der Wirtschaftswissenschaften sowie der mittleren und neuen Geschichte legte er 1991 seine Promotion ab, war danach Wissenschaftlicher Mitarbeiter und ab 1995 Generalsekretär des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. 1999 wurde er Chefvolkswirt der DekaBank und 2001 Bereichsleiter Volkswirtschaft und Kommunikation ebenda. 2001 wurde er zum Honorarprofessor an der EBS Business School in Oestrich-Winkel ernannt. Er ist Mitglied der 6. Altenberichtskommission sowie der 1. und 2. Engagementberichtscommission der Bundesregierung.

Franz-Xaver Kaufmann, Dr. oec. Dr. h.c. mult., ist emeritierter Professor für Sozialpolitik und Soziologie an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielfeld. Von 1980-1992 war er Co-Direktor des von ihm gegründeten Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik ebenda. Wichtigste einschlägige Publikationen sind: *Die Überalterung*, 1960, *Zukunft der Familie im vereinten Deutschland*, 1995, *Schrumpfende Gesellschaft*, 2005.

Thomas Klein ist Professor am Max-Weber-Institut für Soziologie an der Universität Heidelberg. Seine Promotion legte er 1986 in Frankfurt a. M., seine Habilitation 1990 in Karlsruhe ab. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Familien- und Bevölkerungssoziologie, Sozialstrukturanalyse, Soziologie der Gesundheit und Methoden der empirischen Sozialforschung. Er hat zahlreiche Publikationen in den genannten Gebieten veröffentlicht.

Sandra Krapf, Dr., ist seit 2014 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie und Sozialpsychologie der Universität zu Köln. Zuvor arbeitete sie in der Forschungsgruppe „Lebenslauf, Sozialpolitik und Familie“ am Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock. Sie promovierte an der Universität Rostock zum Thema „Public Childcare Provision and Fertility Behavior. A Comparison of

Sweden and Germany“. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich Fertilität, Familienpolitik, Familienformen, Mobilität und Partnerschaft.

Michaela Kreyenfeld, Dr., ist Professorin für Soziologie an der Hertie School of Governance in Berlin. Sie war Leiterin der Abteilung Lebenslauf, Sozialpolitik und Familie am Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock und Junior-Professorin für Soziologie an der Universität Rostock. Derzeit ist sie u. a. als Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) und im Herausbergergremium der Zeitschrift für Familienforschung und der Zeitschrift Comparative Population Studies aktiv. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen die Lebenslaufforschung und Familiensoziologie und -demographie. Zu den aktuellen Forschungsschwerpunkt gehören vor allem Analysen der Familienentwicklung nach Trennung und Scheidung sowie das Thema Migration und Familie.

Martina Lizarazo López, geb. Kortmann, 1986 in München, studierte 2005 bis 2011 an den Universitäten Bonn und Aix-en-Provence die Fächer Vergleichende Literaturwissenschaft, Politische Wissenschaft und Musikwissenschaft. Seit Januar 2012 promoviert sie bei Prof. Dr. Tilman Mayer im Fach Politische Wissenschaft an der Universität Bonn über das Thema „Bevölkerungsdiskurse und Demografiepolitik in Frankreich zwischen den 1970er und 1990er Jahren“ (Arbeitstitel). Seit April 2013 ist Martina Lizarazo López Promotionsstipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung. Während des Studiums erhielt sie Stipendien der Studienstiftung des Deutschen Volkes sowie der französischen Regierung (DAAD).

Nik Lomax ist ein University Academic Fellow für räumliche Datenanalyse an der University of Leeds, UK. Er ist ein Experte in der Aufbereitung und Analyse großer Migrationsdatensätze und Co-Investigator des NewETHPOP Projekt, das Prognosen über die ethnische Bevölkerungszusammensetzung in Großbritannien erstellt. Nik Lomax ist Mitglied der nationalen Expertengruppe für Bevölkerungsprognosen.

Stefan Luft, Jahrgang 1961, studierte Geschichte und Politische Wissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München, promovierte 1992 zum Dr. phil., war in den Jahren 1992 bis 1995 Referent in der Journalistischen Nachwuchsförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung, 1995 bis 1999 Pressesprecher und persönlicher Referent beim Senator für Inneres der Freien Hansestadt Bremen, 1999 bis 2004 stellvertretender Sprecher des Senats und 2004 bis 2008 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen, wo er 2008 habilitierte und seitdem als Privatdozent mit den Schwerpunkten Regierungslehre und Politikfeldanalyse tätig ist. Seine Forschungsschwerpunkte sind Migration

und Integration. Er war Sachverständiger bei Enquête-Kommissionen in Rheinland-Pfalz und Hessen.

Wolfgang Lutz, geb. 1956 in Rom, studierte Philosophie, Theologie und Mathematik/Statistik in München, Wien und Helsinki und Demografie an der University of Pennsylvania, wo er 1983 den Ph.D. im Fach Demografie erhielt. 1988 habilitierte er in Statistik an der Universität Wien. Seit 1988 leitet er das World Population Program am Internationalen Institut für angewandte Systemanalyse (IIASA) in Laxenburg bei Wien, seit 2002 das Vienna Institute of Demography der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (VID/ÖAW) und seit 2008 ist er Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien (WU). Er ist Gründungsdirektor des Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital, einer Kooperation der drei genannten Institutionen auf Basis des Wittgenstein Preises 2010. Lutz ist Autor und Editor von 28 Büchern und mehr als 250 referierten Artikeln, darunter auch sieben in „Science“ und „Nature“.

Marc Luy ist Leiter der Forschungsgruppe „Gesundheit und Langlebigkeit“ am Vienna Institute of Demography der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien und Direktor der Deutsch-Österreichischen „Klosterstudie“. Er erhielt mehrere wissenschaftliche Auszeichnungen, unter anderem den Gunther Beyer Award der European Association for Population Studies im Jahr 2003 und einen ERC Starting Grant im Jahr 2010. Seine Promotion legte er 2004 an der Universität Rostock ab, wo er anschließend eine Juniorprofessur für Demografie und ihre Anwendungsgebiete inne hatte. Seine Arbeiten konzentrieren sich auf die Erforschung der Determinanten des gesunden Alterns sowie die anwendungsorientierte Entwicklung demografischer Methoden. Bis heute hat Luy mehr als 50 Forschungsarbeiten veröffentlicht, unter anderem in den drei demografischen Top-Zeitschriften *Demography*, *Population and Development Review* und *Population Studies*.

Steffen Maretzke, Dr. oec., geb. 1959 in Berlin, ist seit 1990 Projektleiter im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn. Er studierte von 1980-1984 Wirtschaftswissenschaften und promovierte 1987 an der HfÖ Berlin zu Fragen der demografischen Entwicklung in ländlich geprägten Regionen der DDR. Zwischen 2010 und 2016 war er Mitglied des Vorstandes der Gesellschaft für Demografie (DGD). Seine Forschungsschwerpunkte sind: Regionalanalyse wirtschaftlicher, sozialer, demografischer Strukturen und Trends in Deutschland mit besonderem Blick auf den ostdeutschen Transformationsprozess.

Tilman Mayer, geb. 1953 in Freiburg i. Br., ist Professor für Politische Theorie, Ideen- und Zeitgeschichte am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn. Nach seinem Studium u. a. der Politikwissenschaft, der Philosophie und der Germanistik in Freiburg (1979 Magister Artium bei Prof. Dr. Wilhelm Hennis) arbeitete er von 1979-1989 als Assistent von Prof. Dr. Paul-Ludwig Weinacht an der Universität Würzburg (1983 Promotion) und leitete anschließend ein zeitgeschichtliches Deutschlandforschungsprojekt in der Jakob-Kaiser-Stiftung in Königswinter bei Bonn. 1993-1995 war Tilman Mayer Leiter des Bonner Büros des Instituts für Demoskopie Allensbach. Nach seiner Habilitation (*Die demographische Krise. Eine integrative Theorie der Bevölkerungsentwicklung*) im Jahr 1997 folgte eine Reihe von Gastprofessuren bis er schließlich im Juli 2001 den Ruf auf die Bonner Professur für Politikwissenschaft erhielt. Von 2010-2016 war Prof. Dr. Tilman Mayer Präsident der Deutschen Gesellschaft für Demografie (DGD).

Frank Micheel, Wissenschaftlicher Rat, geb. 1974 in Stade, studierte Betriebswirtschaftslehre an der Universität Trier und ist seit 2003 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) in Wiesbaden tätig. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Übergang in den Ruhestand, demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement. Er unterhielt Lehrtätigkeiten an der Universität Trier und an der Fachhochschule Mainz (2008-2011). Zu seinen wichtigsten Publikationen zählen: *Bürgerschaftliches Engagement und Engagementpotenziale von 55- bis 70-Jährigen in Deutschland*, in: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie 2016 und *Die Bereitschaft zur Weiterbeschäftigung im Ruhestandsalter im Zusammenhang mit sozioökonomischen Merkmalen*, in: Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 2010 (zusammen mit Juliane Roloff und Ines Wickenheiser).

Harald Michel, Dr. phil., Dipl. Soziologe, ist seit 1992 Leiter des Instituts für Angewandte Demografie Berlin-Brandenburg (IFAD), www.ifad-berlin.de/ Seine Arbeitsfelder im Bereich der Demografie sind: sozio-demografischer Wandel, Geburtenrückgang, Familienbildung, Migration; historische Demografie und Dogmengeschichte der Demografie; Stadt- und Regionalsoziologie. Seit 1992 lehrt er zum Thema „Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Aspekte der Demografie“ an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin.

Franz Müntefering, geb. 1940 in Neheim/Sauerland, Industriekaufmann 1954-1975, Sozialdemokrat seit 1966, Bundesminister a.D., war Mitglied im Stadtrat, Bundestag, Landtag und wieder im Bundestag in den Jahren 1969 bis 2013. Seit 2015 ist er Vorsitzender der BAGSO-Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen.

Paul Norman ist Lecturer an der School of Geography, University of Leeds, UK, wo er auch Programmleiter des MSc in GIS und Leiter der Postgraduiertenstudiengänge ist. Er forscht und lehrt in Bevölkerungsgeographie, angewandter Demografie und Gesundheitsgeographie und verfügt über besondere Expertise in Zeitreihen- und Längsschnittanalysen. Pauls Normans Forschung umfasst gesundheitsselektive Migration und die demografische Analyse kleinflächiger Geographien in Großbritannien sowie ein aktuelles Projekt über ethnische Bevölkerungsprognosen.

Olga Pöttsch studierte Ökonomie mit Schwerpunkt Bevölkerungsstatistik in Moskau und arbeitet seit 1994 beim Statistischen Bundesamt. Die Kernpunkte ihrer Arbeit sind die koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen für Deutschland und die Bundesländer sowie Analysen der Fertilität und der Wanderungen. Sie war maßgeblich an der Etablierung der fertilitätsrelevanten Fragen in den amtlichen Befragungen wie der Sondererhebung „Geburten in Deutschland“ und dem Mikrozensus beteiligt. In ihren Veröffentlichungen und Vorträgen verfolgt sie einen ganzheitlichen Ansatz, indem sie die Ergebnisse der Geburtenstatistik mit den Angaben der Surveys verknüpft. Sie ist die Deutschland-Beauftragte für die Datenbereitstellung für die Human Fertility Database.

Philip Rees ist Professor emeritus an der School of Geography, University of Leeds, UK. Er ist weiterhin forschungsaktiv und leitet eine Vielzahl von Projekten, einschließlich des NewETHPOP Projekts, das Prognosen über die ethnische Bevölkerungszusammensetzung in Großbritannien erstellt. Er ist ein Experte für demografische Modelle, die Bevölkerungszahlen abschätzen und Zukunftsszenarien entwickeln. Außerdem ist er Berater nationaler und internationaler statistischer Agenturen sowie des englischen National Health Service.

Wiebke Rösler, Dr. phil, Dipl. Sozialwissenschaftlerin, ist Referentin für Jugendhilfeplanung in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft in Berlin. Sie begleitete das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bei seiner Demografiestrategie und war wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Demografie und Familienpolitik.

Josef Schmid, geb. 1937 in Linz, studierte Betriebs- und Volkswirtschaft an den Universitäten München und Innsbruck und Soziologie, Philosophie und Psychologie an der Universität München, war danach Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie ebenda. 1974 promovierte er mit einer kultursoziologischen Dissertation und habilitierte 1980. Ab 1980 war er Inhaber des Lehrstuhls für

Bevölkerungswissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, des ersten Lehrstuhls seiner Art. Entpflichtet seit 2003, war er weiterhin in der Lehre bis 2007 und in Funktionen der Forschung und Politikberatung tätig. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Bevölkerungsanalyse der industrialisierten Welt und der Entwicklungsländer; Weltbevölkerung und ihre geopolitische Relevanz; Kulturelle Evolution und Systemökologie. Er ist Mitglied internationaler Fachgremien, der Deutschen Gesellschaft für Demografie (DGD) und Ehrenmitglied der Deutschen Gesellschaft für Humanökologie.

Susanne Schmid studierte Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Otto-Friedrich Universität Bamberg. Sie promovierte 2011 an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Von 2000 bis 2007 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) in Wiesbaden. Von 2008-2011 war sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg im Bereich Demografie und weltweite Migration tätig. Ehrenamtlich leitet sie seit 2009 den Arbeitskreis „Weltbevölkerung“ der Deutschen Gesellschaft für Demografie e. V. (DGD; www.weltbevölkerung.org). Seit 2012 leitet sie das Referat „Arbeit und Soziales, Demografischer Wandel, Familie, Frauen und Senioren“ an der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) in München.

Renate Schmidt geb. 1943, verheiratet, hat drei erwachsene Kinder und fünf Enkelkinder. Sie war 48 Jahre Vollzeit beschäftigt, davon 12 Jahre als Programmiererin und Systemanalytikerin, sieben Jahre als Betriebsrätin und 29 Jahre in unterschiedlichen politischen Funktionen: als Bundestags- und Landtagsabgeordnete (in Bayern, dort Fraktionsvorsitzende der SPD). Sie war Vizepräsidentin des Bundestags und von 2002-2005 Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Seit 2009 ist sie im Ruhestand und übt unterschiedliche ehren- und „halbhauptamtliche“ Funktionen aus.

Rembrandt D. Scholz, Dr. oec., Diplom-Mathematiker, geb. 1953 Berlin, studierte von 1972-1977 Mathematik an der Humboldt-Universität zu Berlin, war von 1977-1998 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialmedizin und Epidemiologie ebenda (Charité) und von 1999-2000 Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl Demographie im Institut für Soziologie und Demographie der Universität Rostock. Seit dem Jahr 2000 ist er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für demografische Forschung Rostock beschäftigt. Er hat zahlreiche Publikationen zum Thema: Lebensverlängerung und Lebenserwartung in Deutschland veröffentlicht (<http://www.demogr.mpg.de/en/staff/scholz/default.htm>).

Norbert F. Schneider ist seit 2009 Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden; zuvor war er zwölf Jahre Professor für Soziologie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Er lehrt als Gast- und Honorarprofessor an den Universitäten Mainz, Frankfurt am Main und Wien. Seit 2016 ist er Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Demografie. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der Familien-, Bevölkerungs- und in der Mobilitätsforschung.

Martin Werding, geb. 1964, ist seit 2008 Professor für Sozialpolitik und öffentliche Finanzen an der Ruhr-Universität Bochum. Zuvor studierte er Philosophie und Volkswirtschaftslehre in München und Passau und leitete ab 2000 den Forschungsbereich „Sozialpolitik und Arbeitsmärkte“ am ifo Institut in München. Seine Forschungsschwerpunkte sind öffentliche Finanzen und soziale Sicherung; daneben befasst er sich mit Fragen der Bevölkerungsökonomie sowie der Arbeitsmarktökonomik. Er ist regelmäßig als wissenschaftlicher Berater des Bundesministeriums der Finanzen, des Bundesfamilienministeriums und des Bundesinnenministeriums tätig. Seit 2013 ist er Mitglied der Akademie der Wissenschaften und Literatur in Mainz.

Pia Wohland ist Gesundheitsgeographin und arbeitet an der Hull York Medical School, UK, wo sie über gesundheitliche Ungleichheit forscht und lehrt sowie den Bibliotheksssausschuss leitet. Sie ist Co-Investigatorin im NewETHPOP Projekt, das Prognosen über die ethnische Bevölkerungszusammensetzung in Großbritannien erstellt. Außerdem ist sie Spezialistin in der Entwicklung sekundärer Daten, insbesondere in der Abschätzung demografischer Größen, die nicht direkt erhoben werden.